Nr. 750
2. Januar 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

KCK: Die Grundprinzipien der Deklaration sollten mit dem Vorsitzenden Abdullah Öcalan verhandelt werden

Stellungnahme der KCK zur 14-Punkte-Deklaration von der Jahresversammlung des „Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft“ DTK, 29.12.2015

In einer Zeit des Widerstands des kurdischen Volkes für die Selbstverwaltung eine Deklaration zu verabschieden, die auf die demokratische Einheit der Türkei abzielt, trägt eine große Bedeutung für den Demokratiekampf der Türkei.

Die Deklaration besagt, dass die demokratische Einheit der Türkei über die Demokratisierung und ihre Auswirkungen auf die Lokalitäten zu erreichen ist, und zeigt zugleich die notwendigen politischen Richtlinien für die Türkei auf. Vor diesem Hintergrund ist sie auf die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei ausgerichtet.

Die einzige politische Methode, die Türkei auf der Grundlage von Frieden und Stabilität in Einheit zu bewahren, ist die Demokratie und deren Umsetzung auf lokaler Ebene und in der gesamten Gesellschaft.

In der heutigen Welt schöpfen demokratische Methoden ihre volle Legitimität aus Demokratien, die auf lokaler Ebene gelebt werden. Die Ära, in der die Legitimität von Herrschaft mit Waffengewalt erzeugt wurde, neigt sich ihrem Ende zu. Heute beruht die Legitimität der Staaten in den von ihnen dominierten Gebieten auf der Existenz lokaler Demokratien. Die Länder, in denen lokale Demokratien gelebt werden, sind Länder, die ihre Einheit gestärkt haben. Die Abspaltungstendenzen wurden mit der Existenz regionaler Demokratien überwunden.

Wir erkennen diesen Geist in der DTK-Deklaration und glauben fest daran, dass er seine Rolle bei der Demokratisierung der Türkei und der Lösung der kurdischen Frage spielen wird.

Es ist notwendig, die Grundprinzipien der Deklaration mit dem Hauptunterhändler der Kurden, dem Vorsitzenden Öcalan, zu verhandeln und das Ergebnis als Lösungsprojekt ins Parlament zu tragen. Es ist wichtig, dass das Parlament eine solche demokratische Lösung in die Verfassung aufnimmt und dies rechtlich untermauert. Eine Lösung auf der Grundlage der Demokratisierung kann nur auf diese Weise möglich sein.

Die Ausrufung der Selbstverwaltung durch das kurdische Volk zielt im Prinzip auf die Lösung der kurdischen Frage auf Grundlage der Demokratisierung ab.

Einer Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage der Demokratisierung wurde bei den Verhandlungen mit der Ablehnung des Dolmabahçe-Abkommens eine Absage erklärt. Und als parallel dazu der Krieg gegen das kurdische Volk eingeleitet wurde, hat dieses mit lokalen Demokratieoffensiven begonnen, im praktischen Kampf die Grundlagen für die Demokratisierung der Türkei zu legen. Weil die Dekla-

→

523 Menschen festgenommen, 117 inhaftiert

Während die AKP Regierung ihre massiven Angriffe gegen die kurdischen Gebiete fortsetzt, haben auch die Operationen des politischen Völkermordes in den Städten der Region Serhat in Nordkurdistan ein Rekordniveau erreicht.

Hunderte von Bürger_innen wurden ermordet und tausende weiterer sind durch türkische Staatskräfte seit Beginn der massiven Angriffe der AKP Regierung, die sowohl seit dem 24. Juli 2015 mit Luftschlägen gegen die PKK im Qandil-Gebirge (Südkurdistan), als auch gegen die Völker Kurdistans im eigenen Territorium vorgeht, verhaftet worden.

Seit dem 21. Oktober wurden in den Provinzen Wan (türk. Van), Colemêrg (türk. Hakkari), Erzirom (türk. Erzurum), Mûş (türk. Muş), Agirî (türk. Ağrı), Bidlîs (türk. Bitlis), Reşqelas (türk. Iğdır), Qers (türk. Kars) und Erdêxan (türk. Ardahan) über 562 Menschen festgenommen und davon 117 Menschen inhaftiert.

Im Rahmen der Operationen des politischen Völkermordes wurden die folgenden Personenzahlen in den einzelnen Städten verhaftet und inhaftiert:

140 Menschen in Wan festgenommen, davon 15 inhaftiert
65 Menschen in Colemêrg festgenommen, davon 10 inhaftiert
97 Menschen in Erzirom festgenommen, davon 13 inhaftiert
95 Menschen in Mûş festgenommen, davon 14 inhaftiert
52 Menschen in Agirî festgenommen, davon 24 inhaftiert
40 Menschen in Bidlîs festgenommen, davon 7 inhaftiert
44 Menschen in Reşqelas festgenommen, davon 17 inhaftiert
24 Menschen in Qers festgenommen, davon 12 inhaftiert
5 Menschen in Erdêxan festgenommen, alle inhaftiert

Während die Verhaftungen hauptsächlich damit begründet werden, dass die Beschuldigten „Propaganda für eine kriminelle Organisation“ gemacht hätten und „Mitglieder in einer kriminellen Organisation“ sind, besteht die Mehrheit der Beschuldigten aus Vorsitzenden und bekannten Personen der HDP und DBP.

Hinzu kommt, dass unter den 562 Festgenommenen 60 Minderjährige sind, von denen ebenfalls 15 inhaftiert wurden.

Die Verhaftungen in Agirî, Qers und Reşqelas basieren größtenteils auf dem gleichen Konzept, das Behauptungen von anonymen Zeugen und Listen einschließt, die von einigen Behörden im Voraus erstellt worden sind.

Unter denjenigen, die in den erwähnten Provinzen während der letzten zwei Monate eingesperrt wurden, sind die Ko-Bürgermeister_innen der Stadt Digor in Qers, Ekrem Bingül und Şengül Erkmen, die Ko-Bürgermeisterin der Stadt Rûbarok (türk. Derecik) in Colemêrg, Cabbar Taş, sowie die JINHA (Frauennachrichtenagentur) Reporterin Vildan Atmaca und den DIHA (Dicle Nachrichtenagentur) Reporter İdris Yılmaz ein. *(ANF, 27.12.2015, ISKU)*

Meldungen:

DTK: Wiederaufnahme der Friedensgespräche

Mit einer Teilnahme von 501 Delegierten fand am vergangenen Wochenende der Kongress des DTK (Demokratischer Gesellschaftskongress) in Amed (Diyarbakır) statt. Hauptforderung des Kongresses ist die Beendigung der gewaltsamen Angriffe des türkischen Staates auf die kurdische Zivilbevölkerung im Südosten der Türkei und eine Wiederaufnahme des Friedensprozess zwischen der türkischen AKP-Regierung und der PKK. Unter dem Gesichtspunkt der Geschehnissen in Nordkurdistan tagte der Demokratische Gesellschaftskongress mit der Teilnahme der wichtigen VertreterInnen der kurdischen Politik der Türkei in Amed. Kernforderungen der 14 Punkte umfassenden Abschlussresolution waren sowohl die Anerkennung der Demokratischen Selbstverwaltung in den kurdischen Gebieten, als auch die Wiederaufnahme von Gespräche zwischen der türkischen Regierung und der PKK. „Es ist äußerst wichtig, dass die Dialog- und Verhandlungskanäle erneut beschritten werden, damit wir all unsere Probleme überwinden können. Vor diesem Hintergrund erachten wir es für zwingend notwendig, dass die Freiheit vom kurdischen Volksrepräsentanten Abdullah Öcalan gewährleistet wird. Nur so kann der Verhandlungsprozess stabil und auf Augenhöhe geführt werden.“ *(CA, 29.12., ISKU)*

YDG-H: 35 Staatskräfte in Cizîr und Silopî getötet

Der kurdische Volkswiderstand zur Selbstverwaltung hat als Antwort auf die anhaltenden, brutalen Angriffe der türkischen Einheiten, durch lokale Selbstverteidigungseinheiten in Cizîr (türk. Cizre) und Silopî (türk. Silopi) in der Provinz Şirnex (türk. Şırnak), 35 türkische Polizisten und Soldaten getötet und 7 weitere verwundet.

Die patriotische revolutionäre Jugendbewegung (YDG-H) veröffentliche eine Erklärung, in der sie Information zu ihren Aktion zur Verfügung stellt, die als Antwort auf die gewaltsamen Angriffe der Staatskräfte durchgeführt werden.

Die YDG-H erklärte, dass das türkische Militär seine Angriffe auf die Viertel Nur und Cudi in Cizîr auf Befehl der Standortkommandantur der Provinz fortsetzt. Die Viertel, die durch die Selbstverteidigungseinheiten ge-

Zivilverteidigungseinheiten (YPS) in Nisêbîn gegründet

In Bezirk Nisêbîn (türk. Nusaybin) in der Provinz Mêrdîn (türk. Mardin), der in den letzten Monaten bereits sechsmal unter Ausgangssperren lag, haben Jugendliche die Gründung der YPS (Yekîneyên Parastina Sivil – Zivilverteidigungseinheiten) bekannt gegeben, um ihre Viertel und Städte zu verteidigen und die Angriffe des Staates zurückzudrängen.

Die Gründungserklärung der YPS-Nisêbîn kam nach der gestrigen Gründungserklärung der Zivilverteidigungseinheiten-Botan im Bezirk Cizîr (türk. Cizre) in der Provinz Şirnex (türk. Şırnak).

Die Gründung der YPS-Nisêbîn wurde in einer Erklärung bekannt gegeben, die hervorhob, dass die Selbstverteidigungseinheiten ein Schritt sind, um gegen die türkische Staatspolitik der Besatzung, Assimilation und des Völkermordes vorzugehen, die in den Städten Bakûrs (Nordkurdistans) im Laufen dieses Jahres durchgeführt wurden und immer noch werden.

Erklärend, dass die Selbstverwaltungen als Schutz der eigenen Existenz und des Willens aufgebaut werden, betonte die Erklärung der YPS-Nisêbîn: „Der Unterdrückungs- und Besatzungsstaat versucht seit Jahren die Völker Kurdistans im Rahmen der Entvölkerung, der physischen und kulturellen Völkermordpolitik, die bis heute mit einer faschistischen Aggressivität auf den Willen der Völker Kurdistans abzielt, zu vernichten. Als entschlossene Antwort auf diese Angriffe verstärken wir unsere Selbstverteidigung unter der Führung der Jugend und der Frauen. Der türkische Besatzungsstaat macht seit Jahren Anstrengungen, um den Willen der Völker Kurdistans zu brechen und sie durch die Entvölkerung der Dörfer, durch Morde, Verhaftungen und Folter zu vernichten. Zur Zeit werden unschuldige Menschen auf unseren Straßen ermordet. Tausende Menschen sitzen in den Gefängnissen, weil sie ihre Sprache und ihre Kultur leben wollten. Bürger_innen wurde von Luftangriffen ins Visier genommen. Wenn das nicht Terrorismus ist, was dann? Und heute werden Kinder, Frauen, Alte in den Straßen Kurdistans ermordet. Die Selbstverteidigung der Menschen, die legitim ist, wird als Terrorismus diffamiert. Obwohl der Kampf der Völker Kurdistans auch ein Kampf für die Völker der Türkei und für die ganze Menschheit ist. Die Menschen und die Öffentlichkeit der Türkei und der ganzen Welt dürfen diese barbarischen Angriffe nicht stillschweigend hinnehmen.“.

Den Volkswiderstand von Farqîn (türk. Silvan), Cizîr, Silopi, Kerboran, Sûr und Dêrik grüßend, wurde die Gründung der YPS-Botan beglückwünscht.

Die YPS-Nisêbîn versprach, ihren Kampf als Teil der YPS-Botan und auf Grundlage der kommunalen und demokratischen Werte und für die Freiheit des Vorsitzenden Abdullah Öcalan zu führen und die Menschen gegen die Angriffe des Besatzungsstaates zu verteidigen.

Die Erklärung endet mit einem Aufruf an alle Menschen Kurdistans, vor allem an die Frauen und die Jugend, sich den Reihen der Zivilverteidigungseinheiten anzuschließen und den Willen der Menschen zu schützen. *(ANF, 26.12., ISKU)*

QSD/HSD überqueren den Euphrat

Die Demokratischen Kräfte Syriens (arabisch: Qūwāt Sūriyā ad-dīmuqrāṭīya – QSD; kurdisch: Hêzên Sûriya Demokratîk – HSD) haben die Westseite des Tishrin Damms betreten, der am vergangenen Freitag befreit wurde.

Einheiten der Demokratischen Kräfte Syriens, die die Operation im südlichen Kobanê fortführen, hatten am vergangenen Freitag den Tishrin Damm eingenommen. Nachdem der Damm und die Umgebung eingekreist wurde, haben QSD/HSD Einheiten den Damm nach Gefechten mit IS-Banden am Samstagnachmittag unter ihre vollkommene Kontrolle gebracht.

Im Verlauf der andauernden Operation, haben QSD/HSD Einheiten die Westseite des Tishrin Damms betreten, wo die Befreiungsaktionen derweilen weitergehen.

Das Tishrin Gebiet, dass zur Stadt Munbic bei Aleppo gehört, liegt circa 115km von Aleppo entfernt, sowie circa 80km von der türkischen Grenze bei Serxet und circa 70km südwestlich von Kobanê. *(ANF, 26.12., ISKU)*

→ KCK: Die Grundprinzipien...

ration in diesem Rahmen die lokale Demokratie und die Selbstverwaltungsoffensive behandelt, verfügt sie über einen Lösungscharakter.

Die AKP-Regierung hat diesen Vorschlag, der auf die Demokratisierung der Türkei abzielt und auf diese Weise den Anspruch eines Modells für die gesamte Region erhebt, als Separatismus und Fantasie abgestempelt und angegriffen. Damit hat sie ihre wahre Mentalität offenbart. Sie hat erneut gezeigt, dass sie weder die Lösung der kurdischen Frage anstrebt noch über eine demokratische Mentalität verfügt, sondern auf eine kulturellen Genozid praktizierende Kolonialherrschaft aus ist.

Es sollte klar gesagt werden: Die Mentalität des türkischen Staates und der AKP-Regierung, der Irrsinn, eine Nation über den kulturellen Genozid an Kurden zu errichten, stellen heutzutage eine nicht zu verwirklichende Fantasie dar. Realistisch und richtig ist es vielmehr, auf der Grundlage der Autonomie die lokale Demokratie zu entwickeln. Weltweit gibt es kein Land, das die Mentalität und Politik des türkischen Staates verteidigt. Diejenigen Staaten im Mittleren Osten, die mit einer ähnlichen Mentalität zur Polarisierung beitragen, werden nacheinander überwunden. (…)

Es ist offensichtlich, dass die Bemühungen der Kurden, ihre Existenz, ihre Identität, ihre Sprache und Kultur im Rahmen einer demokratischen Verfassung und ihrer Selbstverwaltungen zu erreichen, keine Akzeptanz finden und in keiner Weise toleriert werden. Dadurch wird auch klar, warum das Dolmabahçe-Abkommen abgelehnt wurde und warum gegen den Vorsitzenden, der mit allen Mitteln eine Lösung anstrebt, erneut eine Totalisolation angewandt wird. Die ganze Welt sieht jetzt, dass die Schutzgräben und Barrikaden den Widerstand gegen diese Verleugnungs- und Unterdrückungspolitik darstellen.

Diese Realität zeigt zugleich die Notwendigkeit, einen Demokratieblock zu bilden, in dem alle demokratischen Kräfte aus der Türkei und Kurdistan zusammenkommen, und den Kampf gegen die AKP-Regierung zu stärken. Alle demokratischen Staaten, Institutionen und Kreise sollten endlich die antidemokratische Haltung der AKP gegenüber der DTK-Deklaration erkennen und ebenfalls ihren Platz im Demokratiekampf einnehmen. Ohne das Zurückdrängen der gegenwärtigen Mentalität und Politik der AKP ist die Lösung der Probleme in der Türkei nicht möglich.

schützt werden, stehen unter dem Beschuss der türkischen Panzer. Durch eine Aktion einer YDG-H Einheit konnte ein Panzer zerstört werden, dabei wurden 3 Soldaten getötet.

Am 27. Dezember haben Staatskräfte das Viertel Çemruke von drei Seiten angegriffen. Während der darauf folgenden Auseinandersetzungen, wurden nach Angaben der YDG-H, 14 Staatskräfte getötet und 7 weitere verwundet.

In den Stadtvierteln Zap und Barbaros in Silopî wurden am Sonntag bei Selbstverteidigungsaktionen 9 Polizisten der Spezialeinheiten getötet.

Selbstverteidigungseinheiten töteten in einer anderen Aktion gegen mehrere gewaltsame Räumungen von Häusern im Stadtviertel Nuh 9 weitere Mitglieder von Spezialeinheiten.

Die Erklärung betonte, dass die Angriff des unterdrückenden AKP Regimes gegen die selbstverwalteten Gebiete nicht unbeantwortet bleiben werden. Sie betont weiter, dass die Selbstverwaltung der Völker Kurdistans legitim ist und ruft alle patriotischen Jugendlichen Kurdistans dazu auf, sich dem Widerstand anzuschließen und ihn über alle kurdischen Gebiete auszuweiten. *(ANF, 28.12., ISKU)*

Eilantrag vor den EGMR getragen

Nachdem das türkische Verfassungsgericht einen Eilantrag der stellvertretenden Co-Vorsitzenden der HDP, Meral Danış Beştaş, abgeleht hatte, wurde dieser nun an das Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) getragen. Die Demokratische Partei der Völker beklagt in ihrem Gesuch die gesetzeswidrigen Ausgangssperren, wodurch der Bevölkerung Grundrechte wie Freiheit, Recht auf Leben, Bildung und Reisefreiheit entzogen werden. In dem Antrag bilanzierte die HDP die Anzahl der zivilen Todesopfer seit Verhängung der Ausgangssperren in 18 Kreisstädten auf 122. *(CA, 29.12., ISKU)*

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur
CA Civaka Azad

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 751
8. Januar 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Krieg und Völkermord

Blickt man dieser Tage in den Mittleren Osten, so sieht man die Völker Kurdistans auf jedwedem staatlichen Territorium um ihr legitimes Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung kämpfen. In Rojhilat (Ostkurdistan/Nordwestiran) gegen das iranische Regime, in Başûr (Südkurdistan/Nordirak) gegen Daesh (Islamischer Staat) und gegen die kapitalistische und patriarchale Herrschaft Barzanis, in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) gegen Daesh, al-Nusra und das Assad-Regime, in Bakûr (Nordkurdistan/Südosttürkei) gegen Daesh und vor allem gegen das AKP-Regime unter dem Despoten Erdoğan.

Es gibt bei weitem noch mehr Völker und Ethnien, die um ihre legitimen Rechte auf Anerkennung, Freiheit und Selbstverwaltung kämpfen, wie die syrische Bevölkerung im Ganzen, die palästinensische Bevölkerung, usw. Dennoch hat sich aus allen kämpfenden Freiheitsbewegung die Kurdische besonders hervor getan –, und das ist auch ihren Feinden mehr als deutlich, so also auch Erdoğan.

Was im Sommer als erneute Angriffe gegen die Guerilla im Qandîlgebirge und in den Medya Verteidigungsgebieten begann, wurde innerhalb weniger Wochen zu einem immer radikaleren Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Bereits die ersten Opfer der türkischen Luftangriffe waren einfache DorfbewohnerInnen und das Ziel somit alles anderes als ein militärischer Stützpunkt.

Doch gehtt es ja eigentlich in keiner Weise darum, eine Unterscheidung zu machen und herauszustellen, dass es falsch ist ZivilistInnen, aber richtig, die Guerilla zu bombardieren.

Denn so oder so ist es ein Angriff auf die unterdrückten Minderheiten, egal ob KurdInnen, AlevitInnen, EzîdInnen oder sonst wer.

Und genau hier liegt auch ein entscheidender Unterschied zum türkischen Krieg gegen die Völker Kurdistans in den 1990er Jahren. Damals gab es eine relativ klare Trennung zwischen Bevölkerung und Guerilla, nicht etwa, weil es keinen Bezug gab oder die Guerilla nicht von der Bevölkerung unterstützt oder getragen wurde, ganz im Gegenteil, sondern weil es fast ausschließlich die Guerilla war, die den offensiven Kampf einging.

Und eben dieser Punkt hat sich gewaltig geändert. Bisher hat sich die Guerilla ausschließlich in den abgeschiedenen ländlichen Bereichen aktiv gezeigt und das vor allem durch Straßenkontrollen und Sabotageakte. Die Selbstverteidigung der Viertel und Städte, die Angriffe auf Polizeistationen und Militärposten, die Gräben und Barrikaden, all das kommt von der Bevölkerung, von den Frauen und der Jugend.

Die Trennlinie der 90er Jahre löst sich mehr und mehr auf und heute steht der türkische Staat, steht Erdoğan nicht einfach nur einer Guerilla gegenüber, sondern mehreren Millionen Menschen, die sich ihr legitimes Recht auf Anerkennung, Freiheit und Selbstbestimmung nicht mehr nehmen lassen, sondern dafür bis zuletzt kämpfen werden.

An eben jenem Punkt zeigt der türkische Staat unter der AKP und Erdoğan seine ganze nationalistische und faschistische Fratze. Und diese Fratze ist nichts anderes, als die kurdische Frage, sowie jede andere Minderheitenfrage zu negieren und statt eines gemeinsamen Lösungsprozesses, wie mit Abdullah Öcalan, einen offenen Krieg zu führen, einen erneuten Völkermord, wie wir ihn zurzeit am stärksten in Silopî (türk. Silopi), Amed/Sûr (türk. Diyarbakır/Sur) und Cizîr (türk. Cizre) sehen können.

Inzwischen wird bereits von mehreren hunderten Toten gesprochen, so berichteten die HPG (Hêzên Parastina Gel – Volksverteidigungskräfte) von über 200 Gefallenen, hinzu zählt der İHD (İnsan Hakları Derneği – Menschenrechtsverein) weitere mehrere Hundert getötete ZivilistInnen.

Was in Bakûr von statten geht, ist kein Genozid wie an den ArmenierInnen zu Beginn der türkischen Republik, bei dem die Menschen zu hunderttausenden deportiert und ermordet wurden. Der aktuelle Völkermord gegen die Menschen in der Südosttürkei ist ein langsamer und zermürbender Prozess. Täglich werden in den Städten Menschen erschossen, Häuser ausgebombt. Nicht allein die direkte Vernichtung der Menschen ist das Ziel, sondern der Wille und die Entschlossenheit sollen gebrochen werden.

Was Erdoğan will, ist die endgültige Unterdrückung und Assimilierung in sein "Kalifat". Eine Assimilierung die in den 1990er Jahren durch die kurdische Freiheitsbewegung unter Abdullah Öcalan nicht abgeschlossen werden konnte. Und unter dieser Perspektive bekommt auch die Totalisolation Öcalans seit April letzten Jahres eine tiefere Bedeutung.

Unter dieser Perspektive kann man auch Erdoğans Aussage, dass wenn er zur Zeit der Verhaftung Öcalans bereits Premierminister gewesen wäre, er eben diese Leitfigur, diesen demokratischen Widersacher, eben Öcalan hätte hinrichten lassen, so wie es unter seiner Feder 2013 bei Sakine Cansız (Sara), Fidan Doğan (Rojbîn) und Leyla Şaylemez (Ronahî) gemacht wurde.

Der Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung kennt keine Grenzen. Es ist unser aller Kampf! *(ISKU, 6.1.)*

HPG veröffentlicht Kriegsbilanz für 2015

Die Pressestelle der Volksverteidigungskräfte (HPG-BIM) veröffentlichte eine Bilanz über den Krieg in Nord- und Südkurdistan für das Jahr 2015, die von ANF English übersetzt wurde.

Die HPG erklärte, dass die kurdische Freiheitsbewegung ihren Teil geleistet hat und ihre Verantwortung für das Voranschreiten des Prozesses erfüllt hat, der vom kurdischen Vorsitzenden Abdullah Öcalan mit einer historischen Stellungnahme am 21. März 2013 begonnen wurde, nämlich die Demokratisierung der Türkei, die Lösung der kurdischen Frage und die Schaffung eines friedlichen Mittleren Ostens auf der Grundlage der Perspektive der Demokratischen Nation. Gleichzeitig betonte die HPG, dass die AKP Regierung bisher keinen einzigen Schritt für diesen Prozess unternommen hat, dafür aber einen umfassenden Krieg, auf Grundlage eines Aktes der inneren Sicherheit vorbereitet hat.

„Als ein Teil der Vorbereitungen für diesen Krieg, hat die Regierung einen Krieg begonnen, indem sie 263 Artillerieangriffe von Beginn des Prozesses, bis Juni 2015 auf die Grenzgebiete durchführte. Mit den Luftangriffen am 11. April im Landkreis Giyadîn (türk. Diyadin) in der Provinz Agirî (türk. Ağrı) und am 30. Juni in Oremar (türk. Dağlıca) in der Provinz Colemêrg (türk. Hakkari) brach die türkische Regierung den Waffenstillstand, die unsere

→

Meldungen:

Verbleib des Reporters der Nachrichtenagentur DIHA weiter unklar

37 Personen wurden am Morgen des 5. Januar in Silopi festgenommen, unter ihnen auch Nedim Oruç, Reporter der Nachrichtenagentur DIHA. Alle wurden in eine Sportanlage im Stadtteil Yenişehir gebracht, wo sie von „Sicherheitskräften" der Türkei vernommen und ihre Personalien aufgenommen worden sind.

Als bei der Personalienfeststellung offen wurde, das Nedim Oruç für die unabhängige Nachrichtenagentur DIHA arbeitet, wurde er von von den „Sicherheitskräften" schwer angegangen und gefoltert. Später wurden er sowie sein Cousin in ein Auto gezwungen. Seitdem fehlt jede Spur von ihnen. Bisher ist weiter unklar, wohin sie verbracht wurden. *(ANF, 5.1., ISKU)*

Spezialeinheiten der Polizei stürmen DBP Hauptsitz in Amed

Spezialeinheiten der Polizei haben den Hauptsitz der Demokratischen Partei der Regionen (DBP – Demokratik Bölgeler Partisi) in der kurdischen Hauptstadt Amed gestürmt.

Die Polizei sperrte die Umgebung großräumig ab und untersagte jedweder Person, das Gebäude zu betreten oder zu verlassen, in dem eine intensive Durchsuchung stattfand. *(ANF, 5.1., ISKU)*

Frauen protestierten im Hamburger Rathaus gegen Massaker an kurdischer Zivilbevölkerung

Um auf die andauernde Belagerung kurdischer Städte durch das türkische Militär sowie die Ermordung von über 200 ZivilistInnen – darunter schwangere Frauen, Mütter, Mädchen und Kinder – hinzuweisen, protestierten am Dienstag 50 Frauen im Hamburger Rathaus. Sie forderten von der Hamburger Bürgerschaft, umgehend aktiv zu werden, um weitere Massaker zu verhindern. Dabei hielten sie die Bilder von 34 Mädchen und Frauen hoch, die in den letzten Wochen durch türkische Sicherheitskräfte ermordet wurden. Besucher des Rathauses sahen sich die Bilder interessiert an.

Eine Vertreterin des kurdischen Frauenrates Rojbin übergab dem Direktor bei der Bürgerschaft Johannes Düwel einen Brief an die Hamburger Bürgerschaft, in dem folgende Forderungen erhoben wurden:

Berlin: HDP-Büro von Faschisten verwüstet

Das HDP-Büro in Berlin wurde am 1. Januar Opfer faschistischer Gewalt. Der Angriff, der passieren konnte, obwohl wir die Berliner Polizei schon oft über Angriffe und Drohungen informiert haben, bestand aus Verwüstungen, Materialschaden und Schmierereien an den Wänden (es wurde u.a. 'MHP' geschrieben).
Wir sind nicht darüber verwundert, dass unsere demokratische Organisation auch in Europa solche feigen Angriffe ertragen muss, während Tayyip Erdoğan und sein Regime unsere Leute in Kurdistan massakriert. Wir möchten aber deutlich sagen, dass es nicht nur Erdoğan und seine unterstützende Kräfte sind, die verantwortlich für diesen Angriff sind. Auch die Berliner Polizei und Sicherheitskräfte, die unsere Sicherheit nicht gewähren können und solche Angriffe nicht verhindern, tragen eine Mitschuld.
Die Tatsache, dass unser Büro nicht ausreichend gesichert wurde und es bisher unzureichende Ermittlungen bezüglich vorangegangener Ereignisse gab, ermöglichte weitere Anschläge und Vandalismus.
Wir denken, dass es die Aufgabe aller linken, demokratischen, anti-faschistischen und revolutionären Kräfte ist, solchen Angriffen, die die Hass-Kampagne gegen die HDP nach Europa weitertragen, entgegenzustellen und zu verhindern. Wir sagen noch einmal in voller Deutlichkeit, dass wir niemals unsere Freiheit und die Werte aufgeben, für die wir als HDP von Anfang an stehen und für die wir kämpfen. Wir sagen: Schulter an Schulter gegen Faschismus!

HDP/HDK Berlin
02.01.2016

→ HPG veröffentlicht Kriegsbilanz...

Bewegung unter schwersten Bedingungen erringen konnte. Dennoch hat unsere Bewegung weiterhin einseitig an dem Waffenstillstand festgehalten. Nachdem ein umfassender Vernichtungsprozess durch die massiven Luftangriffe vom 24. und 25. Juli letzten Jahres begonnen wurde, hat unsere Bewegung einen ganzheitlichen Kampf des Widerstandes angefangen".
Bemerkend, dass der türkische Staat mit neuester militärischer Ausrüstung in den Krieg gegen die Guerilla in den Medya Verteidigungsgebieten vorgeht, stellte die HPG klar, dass kurz nach den intensiven Luftangriffen, Operationen mit Bodentruppen folgten. „Als Antwort auf die massive Kriegsintervention reagierte die Guerilla mit wirksamen Vergeltungsmaßnahmen, der Widerstand wurde verstärkt und hat Erdoğan, sowie den AKP Faschismus in Kurdistan vereitelt".
Trotz der Anstrengungen der türkischen Armee die Konsequenzen dieses Konfliktes und der Zusammenstöße zu verbergen, die ihre Truppen in Oremar, Geliyê Doski (türk. Dargeçit) und Elkê (türk. Beztüşşebap) erlitten haben, war die türkische Armee gezwungen sich nach den Rückschlägen in diesen Regionen zurückzuziehen und somit keinen Fortschritt durch die Operation in den Guerillagebieten zu erreichen.
Hinsichtlich der erschwerten Isolierung des kurdischen Vorsitzenden Abdullah Öcalan seit Anfang 2015, erklärte die HPG: „Nach dem Beginn des umfassenden Kriegskonzeptes gegen die Guerilla vom 24. Juli, haben Erdoğan und die AKP Regierung alles daran gegeben, den demokratischen Willen der Völker zu unterdrücken und ein neues Konzept der Vernichtungspolitik begonnen. Der Plan war sowohl die Guerilla, als auch die Grundlage für eine demokratische Politik in der Türkei zu vernichten. Gegen diese schmutzige und heuchlerische Politik und den Besatzungsplan hat unsere Freiheitsbewegung dem freien Willen der Völker Kurdistans geholfen, den Selbstverwaltungen einen Status und eine eigene Darstellung der Ereignisse zu vertreten. Auf dieser Basis hat sich der Widerstand der Selbstverwaltungen durch die Jugend Kurdistans in vielen Städten und Dörfern ausgeweitet. Es ist ziemlich deutlich, dass der kurdische Freiheitskampf heute einen bedeutenden Wendepunkt in seinem revolutionären Kampf, durch die Errichtung dieses historischen Widerstandes gegen die türkische Kolonialpolitik in den Bergen, Ebenen und Städten erreicht hat".

Offensiven und Operationen der türkischen Armee:

Bodenoperationen:	321
Luftangriffe durch Flugzeuge:	362
Luftangriffe durch Helikopter:	103
Mörser-, Haubitzen-, Panzer- und Artillerieangriffe:	1514
Flugaktivitäten durch Flugzeuge:	455
Erkundungsflüge:	1082

Reaktionen der HPG/YJA-STAR Guerilla

Aktionen der Guerilla:	757
Aktionen mit unbekanntem Ergebnis:	110
Straßenkontrollen:	135
Gefechte durch Bodenoperationen:	75

Ergebnisse der Aktionen:

Getötete Soldaten durch Aktionen und Gefechte:	1250
Getötete Polizisten:	132
Getötete Spezialeinheiten:	162
Getötete hohe Offiziere (Oberst – Oberstleutnant):	13
Verwundete Soldaten:	398
Verwundete Polizisten:	86
Verwundete Spezialeinheiten:	60
Zerstörte gepanzerte Fahrzeuge:	132
Abgeschossene Helikopter:	3
Abgeschossene Drohnen:	3
Gefallene Guerilla: (in Gefechten, Aktionen oder Luftangriffen)	220

KRIEGSBILANZ DES KAMPFES GEGEN DEN IS

Bemerkend, dass 2015 auch ein anderer bedeutender Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung gegen die Unmenschlichkeit des IS in Şingal und Südkurdistan geführt wurde, erklärte die HPG: „Die barbarische Aggression gegen Şingal, in Folge der Besatzungsoffensive vom 03. August 2014, bei der mehr als 3.000 Menschen massakriert und über 15.000 Menschen gefangen genommen wurden und mindestens 460.000 Menschen fliehen mussten, endete mit der erfolgreichen Befreiung Şingal's am 13. November 2015, infolge des aufopferungsvollen, engagierten und organisierten Widerstandes der HPG und YJA-Star Kräfte".
Die Bilanz bemerkte zudem, dass die Wellen der Angriffe der IS Banden in der südkurdischen Stadt Kerkûk (Kirkuk) und um das Dorf Mexmûr (Makhmur) ebenfalls auf bedeutende Art und Weise im Jahr 2015 zurückgeschlagen werden konnten.
Darauf hinweisend, dass die Banden infolge der immer wieder gemeinsamen Operationen und Offensiven durch die Guerilla und lokalen Kräften, sowie den Peshmerga schwere Schläge einstecken mussten, sagte die HPG: „Diese Offensiven zielen auf die Befreiung des Umlandes von Kerkûk, der Stadt Dakok, sowie eine großen Anzahl von Dörfern und Siedlungen ab. Die Pläne der mörderischen IS Banden wurden durch den breiten Widerstand vereitelt.".
Die HPG veröffentliche folgende Zahlen für das Jahr 2015 bezüglich des Kampfes gegen den IS in Südkurdistan:

Getötete Bandenmitglieder in Şingal und Kerkûk:	2736
Verwundete Bandenmitglieder:	804
Zerstörte Fahrzeuge des IS:	147
Eroberte Waffen: sowie Munition	492

41 Guerillas sind als MärtyrerInnen in ihrem heldenhaften Kampf für die Befreiung Şingal's gefallen *(ANF, 3.1.2016)*

• Die Entsendung von Beobachter- und Menschenrechtsdelegationen in die vom türkischen Militär belagerten Städte! Insbesondere nach Sur (Amed), Silopi, Cizire, Sirnak und Mardin!
• Einsatz für die Beendigung des Krieges gegen die kurdische Zivilbevölkerung und die Einstellung der deutschen Unterstützung für das AKP-Regime! Es dürfen keine weiteren Bundeswehrsoldaten und Waffen an den Unrechtsstaat Türkei geliefert werden!
• Die Kriegspolitik der AKP darf nicht durch 3 Mrd. Euro aus dem EU-Flüchtlingsfonds und Wiederaufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen belohnt werden!
• Die offizielle Anerkennung der demokratischen Autonomie in Kurdistan!
• Einsatz für die sofortige Freilassung von Abdullah Öcalan und aller politischer Gefangenen aus türkischen Gefängnissen!
Nachdem Herr Düwel zugesichert hatte, die Erklärung sowie Informationsdossiers der Präsidentin der Bürgerschaft sowie den Fraktionsvorsitzenden zu übergeben, wurde die Aktion mit den Parolen "Schweigt nicht zum Massaker in Kurdistan!" und "Deutschland finanziert, Türkei bombardiert!" beendet. Nach der friedlichen Beendigung des Protestes hielt die Polizei Frauen auf und stellte gegen deren Willen ihre Personalien fest.

(Frauenrat Rojbîn, 5.2., ISKU)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Termin:

Buchvorstellung, Lesung und Erinnern an Sara, Sakine Cansiz
Im Gedenken an die drei am 9.1.2013 in Paris ermordeten kurdischen Revolutionärinnen findet am **13. Januar** um **19 Uhr** im **TATORT KURDISTAN Café im Centro Sociale** (Sternstr. 2, U-Bahn Feldstrasse, **Hamburg**) eine Veranstaltung statt, bei der der zweite Band des Buches "Mein Leben war immer ein Kampf" von Sakine Cansiz vorgestellt wird.

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 752
16. Januar 2016

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

YPS-Jin: Jeder Stein für die Barrikaden ist ein Stein für Freiheit

Das Motto „Ein Stein für die Barrikaden, ein Stein für ein freies Leben" halt durch die belagerte Stadt Nisêbîn (Nusaybin), in der Frauen die Verteidigungseinheiten YPS-Jin (Yekîneyên Parastina Sivîl-Jin – Zivile Frauenverteidigungseinheiten) gegründet haben, sie sagen, die Organisierung der Frauen ist notwendig.
Der türkische Staat hat bisher sechsmal 24-stündige Ausgangssperren über die Stadt Nisêbîn in der Provinz Mêrdîn (türk. Mardin) verhängt. 23 Menschen starben bisher während der Belagerung Nisêbîns, aber der Widerstand ist ungebrochen. Nachdem die Bevölkerung in Angesicht der Angriffe die Zivilverteidigungseinheiten (YPS – Yekîneyên Parastina Sivîl) gründete, haben nun Frauen die ihre eigenen, autarken Einheiten gegründet, die YPS-Jin.
Die Barrikaden erstrecken sich über fünf Stadtteile. Die EinwohnerInnen gehen von Tür zu Tür und rufen: „Zu den Barrikaden", diese werden nachts errichtet und immer weiter verstärkt, während andere EinwohnerInnen Nachtwachen organisieren. Frauen der YPS-Jin erklärten warum sie sich entschieden haben den Selbstverteidigungseinheiten beizutreten.
Hêvî war Studentin, als die Auseinandersetzungen in der Region eskalierten.
„Ich saß im Hörsaal der Universität und jede Minute kamen neue Nachrichten, darüber das Kinder ermordet wurden. Ich konnte nicht länger ruhig bleiben. Daher habe ich mich entschlossen der YPS beizutreten.", so Hêvî. „Während ich im Hörsaal saß, wurde jede Minute ein weiteres Leben in meiner Heimat umgebracht. In einem Land, in dem unschuldige Menschen getötet werden, nur weil sie KurdInnen sind, hilft mir auch meine wirtschaftliche Zukunft nicht weiter". Hêvî sagte, dass ihr klar wurde, dass sich Gedanken zur persönlichen Zukunft in solch einer Situation zu machen, egoistisch wäre und kehrte daher in ihre Heimatstadt Nisêbîn zurück.
Als die Barrikaden in ihrem Viertel errichtet wurden, fand sich Ronahî in der YPS-Jin wieder.
„Alles passierte sehr plötzlich, so ist es im Krieg.", erklärte Ronahî. „Es geschah von heute auf morgen, als die Friedensverhandlungen vom türkischen Staat beendet wurden. Niemand von uns wollte das. Auch ich wollte es nicht, aber ich stelle mich gegen die Zwangsherrschaft, die mich mit Bomben und Gewehren töten will. Den Menschen wurde bewusst, dass nun die Zeit gekommen ist die Waffen zu erheben".
„So plötzlich wie der Krieg in unserer Heimat war, so spontan trat ich der YPS-Jin bei.", sagte Ronahî.
YPS-Jin Kämpferin Dilgeş erklärte, warum Frauen, die sich der YPS angeschlossen haben, eine eigene Struktur gegründet haben.
„Einerseits führen wir einen bewaffneten Kampf, andererseits führen wir Frauen auch einen Kampf gegen die patriarchale Gesellschaft.", so Dilgeş. „Als Frauen versuchen wir überall präsent zu sein. Gäbe es also nur die YPS, wäre es ein unzureichendes Bild".
„Abdullah Öcalan sagt, dass 'eine Gesellschaft erst frei ist, wenn die Frauen frei sind'.", zitierte Dilgeş den inhaftierten Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK – Partiya Karkerên Kurdistanê). „Aus diesem Grund ist es für uns selbstverständlich, dass wir uns als YPS-Jin organisieren".
„Alle müssen Barrikaden in ihren Heimatstädten errichten, da jeder Stein für die Barrikade uns einem freien Leben näher bringt.", so Dilgeş abschließend.
(JINHA, 15.1., ISKU)

Aufruf der InternationalistInnen in Rojava an die Jugend

Internationalistische KämpferInnen aus den Reihen der YPG (Yekîneyên Parastina Gel – Volksverteidigungseinheiten) und YPJ (Yekîneyên Parastina Jin – Frauenverteidigungseinheiten) haben eine Erklärung veröffentlicht, in der sie den Widerstand in Bakûr (Nordkurdistan) grüßen. Die RevolutionärInnen rufen die Jugend auf, sich dem Widerstand der YPS und YPS-Jin, sowie den Guerillakräften HPG (Hêzên Parastina Gel – Volksverteidigungskräfte) und YJA-Star (Yekîtiya Jinên Azad-Star – Verband der freien Frauen-Star) anzuschließen.
Die Pressekonferenz der internationalen KämpferInnen wurde an der Grenze zwischen den Städten Qamişlo in Rojava und Nisêbîn in Bakûr abgehalten. Die Erklärung der deutschen, französischen und spanischen RevolutionärInnen auf Kurdisch, Spanisch, Deutsch und Englisch ruft alle Jugendlichen weltweit auf, die Revolution in Kurdistan zu unterstützen:
„Wir sind RevolutionärInnen aus aller Welt, die aus ihrem eigenen Willen nach Kurdistan gekommen sind, um sich dem Kampf für die Befreiung anzuschließen.
Wir leben in einer Zeit des anhaltenden Krise. Während im Herzen des Leviathans der Feind die Menschen weiterhin auf gründlichste und schlechteste Weise abstumpfen lässt, sie betäubt und versklavt, gehen die Schranken im Krieg verloren. Heute lebt die Unterdrückung von 500 Jahren Kapitalismus in unzähligen Formen.
Die Herrschenden kennen keine Grenzen, wenn es darum geht ihren Reichtum zu sichern und ihre Interessen zu verfolgen. Wenn wir auch nur auf die Nachrichten eines einzigen Tages blikken, fällt es leicht in Verzweiflung zu versinken. Und das ist genau der Punkt. Wir sollen glauben, dass es keine Alternative gibt, dass das System, in dem wir leben, die einzige Wahl ist.
Als die Sowjetunion zusammengebrochen ist, wurde gesagt, dass wir „am Ende der Geschichte" angekommen sind. Aber nun, 25 Jahre später, sehen wir erneut, dass der Kapitalismus weder im Stande war, noch jemals sein wird, unsere Probleme zu lösen. Im Gegenteil hat er mit jeder so genannten Lösung die Probleme nur multipliziert.
Das System gedeiht auf Unterdrückung. Die Unterdrücker brauchen uns. Sie können ohne uns nicht existieren, aber wir können ohne sie. Sklaverei, Krieg und Leid, Einsamkeit und Verzweif-

→

Meldungen:

Ermittlungen gegen 1128 AkademikerInnen, die zum Frieden aufrufen
Der Oberstaatsanwalt von Istanbul hat Ermittlungen gegen 1128 türkische AkademikerInnen aufgenommen, die für ein Ende der Belagerungen der kurdischen Städte aufrufen.
1128 türkische AkademikerInnen haben eine Petition unter dem Leitsatz „Wir werden kein Teil dieser Verbrechen sein" unterschrieben, mit der sie für ein Ende der Ausgangssperren und Belagerungen in Kurdistan durch den türkischen Staat aufrufen. Gestern eröffnete der istanbuler Oberstaatsanwalt für Terrorismus und organisierte Kriminalität Ermittlungen gegen die 1128 auf Grund der vermeintlichen„Propaganda für eine Terrororganisation, sowie der Volksverhetzung gegen den türkischen Staat".
Zeitgleich gab der türkischen Präsident Recep Tayyip Erdoğan eine Erklärung ab, in der er die AkademikerInnen als „Verräter" betitelt und sie „ungebildet" nennt. Er sagte, dass „diejenigen bestraft werden müssen, die auf Kosten des Staates leben und dann Verrat begehen".
Der Rat der Hochschulbildungen, der unter anderem die Universitäten der Türkei regelt, gab ebenfalls eine Erklärung ab, die die AkademikerInnen anklagt den „Terrorismus zu unterstützen".
Mehrere AkademikerInnen haben ihre Anstellungen verloren oder wurden verhaftet, nachdem landesweit Staatsanwälte Untersuchungen gegen die UnterzeichnerInnen der Erklärung aufnahmen.
(JINHA, 15.1., ISKU)

Proteste vor dem Europäischen Parlament gegen AKP Angriffe
Kurdische Organisationen protestieren vor dem Europäischen Parlament in Brüssel, um die Angriffe und Massaker der AKP in Nordkurdistan anzuprangern.
Die Organisationen Kongreya Civakên Demokratîk a Kurdîstanîyên Ewrupa (KCD-E – Kongress der demokratischen Gesellschaften in Europa) und Tevgera Jinên Kurd li Ewropayê (TJK-E – Bewegung kurdischer Frauen in Europa) wollen gemeinsam drei Tage lang protestieren.
Die Sprecher_in des Protests fordert sämtliche internationalen Institutionen auf gegen die

23 Soldaten der türkische Armee desertieren in Şirnex

23 Soldaten, darunter 12 Offiziere einer Spezialeinheiten sind von der türkische Armee desertiert, aufgrund der eskalierenden Massaker und der psychologischen Kriegsführung gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei. Die Namen der Soldaten wurden veröffentlicht.
Trotz der heftigen Operationen der AKP Regierung, sowie der Völkermordmassaker in Şirnex (Şırnak) und Silopî (Silopi), bzw. der ganzen Provinz Cizîr (Cizre), wird der Volkswiderstand in den selbstverwalteten Gebieten seit nun mehr als einem Monat aufrecht erhalten.
Anfang des Monats wurde ein offizielles Dokument veröffentlicht, dass ausführlich über die Hintergründe der Massaker durch die türkischen Staatskräfte gegen die Zivilbevölkerung Nordkurdistans berichtete. Das „klassifizierte" sechs Punkte Dokument bezeugte den Befehl des Kommandos der Landstreitkräfte an die türkische Armee ihre Waffen gegen die Bevölkerung der kurdischen Städte zu nutzen, allgemein auf Waffengewalt zu setzen und sich keine Bedenken über rechtliche Konsequenzen zu machen.
Laut den Berichten zuverlässiger Quellen wollen große Teile der türkischen Armee nicht an den Operationen in den kurdischen Städte teilnehmen.
So wurde berichtet, dass 23 Unteroffiziere der Spezialeinheiten und hohe Offiziere des türkischen Militärs desertiert sind. Dies gliedert sich an das Çakırsöğüt Polizeiregiment in Şirnex, wo Dutzende Dorfschützer ebenfalls ihre Waffen niedergelegt haben, um nicht weiter Bestandteil der Aggressionen gegen kurdische ZivilistInnen zu sein.
Gemäß der Berichte, haben die Soldaten aufgrund der Kriegsverhältnisse in den Städten und der bewussten Erschießung der BürgerInnen in den anhaltenden Operationen desertiert.
Außerdem wird berichtet, dass die Öffentlichkeit weder über die getöteten türkischen Soldaten, noch über die Desertion oder Verweigerungen der Soldaten während der Operationen in Städten wie Cizîr oder Silopî in der Provinz Şirnex informiert wird. *(ANF, 13.1., ISKU)*

→Aufruf der InternationalistInnen...

lung sind weder Schicksal noch Zufall, sie sind unvermeindliche Eigenschaften einer kapitalistischen Gesellschaft. Es ist deshalb unsere dringenste Pflicht, sich dagegen zu organisieren. So sehr, sie auch versuchen unser Gewissen zu überwältigen und ihre Wahrheit in unsere Herzen zu pflanzen – wir lassen uns nicht länger täuschen. Die Alternative existiert direkt vor unseren Augen.
Der Widerstand der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê – Arbeiterpartei Kurdistans) gegen die Besatzer, namentlich vor allem gegen den türkischen Staat, besteht seit mehr als 40 Jahren. Die PKK kämpft für die Freiheit und Autonomie, nicht nur der KurdInnen, sondern für alle Völker des Mittleren Ostens. Vor 4 Jahren entzündete der Funke im westlichen Kurdistan, genannt Rojava, das dann von der syrischen Besatzung befreit wurde. Die Menschen aus Rojava haben sich selbstorganisiert und gemeinsame eine umfassende soziale Revolution geführt. Überall wurden Räte und Kommunen für die lokalen Verwaltungen und Kooperativen gegründet, als Basis für eine neue Wirtschaft. Der historische Widerstand zur Verteidigung der Revolution, der Kampf der Guerilla, die Befreiung der Frau, radikale Demokratie und Ökologie als Fundament einer alternativen Gesellschaft – dies sind unsere Hoffnungen für das 21. Jahrhundert. Wir ziehen Mut und Hoffnung aus der Revolution in Kurdistan.
Die aktuelle Lage ist sehr kritisch. Der Krieg in Nordkurdistan, dem durch die Türkei besetzten Teil, wütet seit einem halben Jahr. Die Angriffe, auf die von der Guerilla kontrollierten Gebiete, durch die türkischen Besatzungstruppen am 24. Juli wurden von den Menschen durch die Deklaration der Demokratischen Autonomie in vielen Gebieten Nordkurdistans beantwortet. Sie bilden Kommunen und Gemeinderäte, so wie in Rojava. Geführt durch die Jugend der YDG-H (Yurtsever Devrimci Gençlik Hareketi – Patriotisch Revolutionäre Jugendbewegung) und der YDG-K (Yurtsever Devrimci Gençlik Kadın – Patriotisch RevolutionäreFrauenbewegung), organisieren die Menschen ihre Selbstverteidigung und errichten Barrikaden in ihren Vierteln. Der türkische Staat sieht dies als eine Bedrohung für seine Autorität, die seit den letzten Jahren sowieso nur noch symbolisch in den kurdischen Gebieten existierte und greift daher mit äußerster Brutalität an.
Seit Monaten widersetzen sich die Menschen nun, allen voran die revolutionäre Jugend, der zweitgrößten Armee der NATO. Die schweren Kämpfe gehen in den Städten Cizîr (türk. Cizre), Silopî (türk. Silopi), Kerboran (türk. Dargeçit), Şirnex (türk. Şırnak), sowie in den Vierteln Sûr (türk. Sur) und Farqîn (türk. Silvan) der Stadt Amed (türk. Diyarbakır) weiter.
Während der Wintermonate schränkt der Schnee den Bewegungsraum der Guerilla stark ein. Das ist der Grund, warum der Feind alles versucht, um den Willen der Menschen vor Beginn des Frühlings zu brechen. In den 90er Jahren hat der Staat tausende von Dörfern niedergebrannt, um die Bevölkerung von der Guerilla zu trennen und die Menschen zur Flucht zu zwingen. Heute versuchen sie es erneut, sie greifen die Menschen mit Panzern, Helikoptern und schwerer Artillerie an.
Täglich gibt es Berichte über Kinder, Jugendliche und ganze Familie, die durch Staatskräfte hingerichtet wurden. Der Staat hat tausende seiner besten Einheiten und schweren Waffen in die kurdischen Regionen entsandt, um den revolutionären Aufstand niederzuschlagen. Die Besatzungstruppen haben Ausgangssperren in allen kurdischen Städten ausgerufen, Wasser und Strom gekappt und streuen weiter anti-kurdische Propaganda, während sie alle türkischen Medienquellen zensieren.
Trotz alledem stellen sich die Menschen sämtlichen Einschüchterungsversuchen entgegen, davon zeugen der unerschütterliche Mut und der Willen, die täglich auf den Straßen Nordkurdistans zu sehen sind. Erst vor kurzem wurden die Zivilverteidigungseinheiten YPS/YPS-Jin nach dem Vorbild der YPG/YPJ in Rojava gegründet, um den Widerstand zu unterstützen und zu verteidigen.
Wir gratulieren zur Gründung der YPS/YPS-Jin und senden unsere herzlichsten Grüße und unseren Respekt an die YDG-H/YDG-K. Viele unserer GenossInnen sind in diesem Kampf gefallen. Ihr Andenken gibt uns Kraft und ihre Opfer werden nicht vergebens sein. Wir werden die Flamme der Revolution mit unserem ganzen Herzen und Geist weitertragen. Unser Platz ist hier, Seite an Seite mit unseren GenossInnen, kämpfend für ein freies Kurdistan und einen freien Mittleren Osten.
Wir rufen alle RevolutionärInnen weltweit auf – schließt euch dem Widerstand an. Dies ist nicht die Zeit um daheim zu sitzen und zu überlegen was sein könnte. Wir bauen die Zukunft auf und verteidigen sie jetzt. Wir rufen nach Widerstand und Solidarität. Aufstand gegen die imperialistischen Mächte. Greift die Einrichtungen des türkischen Staates überall auf der Welt an. Kommt nach Kurdistan und tretet den Kräften der YPG/YPJ, YPS/YPS-Jin und der Guerilla bei!"

(ANF, 14.1., ISKU)

Angriffe der AKP in Aktion zu treten. *(JINHA, 14.1., ISKU)*

Bomben- und Raketenangriff auf Polizeihauptwache in Çinar in der Provinz Amed
Die Polizeihauptwache im Landkreis Çinar (türk. Çınar) in der Provinz Amed (türk. Diyarbakır) wurde heute Nacht Ziel einer Autobombe. Nach dem Bombenanschlag schlugen mehrere Raketen in das fünfstöckige Gebäude ein, das vollkommen zerstört wurde.
Es wird von Gefechten in dem Bereich berichtet, nachdem der Anschlag verübt wurde.
Während mehrere Rettungswagen zum Anschlagsort fahren, liegen jedoch keine genaueren Informationen vor.
(ANF, 14.1., ISKU)

Heftige Zusammenstöße zwischen YPS und Staatskräften in Cizîr
Es wird von schweren Gefechten in Cizîr (türk. Cizre) in der Provinz Şirnex (türk. Şırnak) berichtet, wo es seit nun über 32 Tagen zu brutalen Angriffe durch die türkischen Staatskräfte kommt.
Da die Panzer der türkischen Armee seit letzter Nacht unaufhörlich weiter feuern, haben die Selbstverteidigungseinheiten der YPS (Yekîneyên Parastina Sivîl – Zivilverteidigungseinheiten) mit harten Gegenangriffen geantwortet, die Gefechte verlaufen am stärksten in den Vierteln Cudi und Nur. Die sich über die komplette Nacht hinweg ziehenden Kämpfe erlauben es der türkischen Armee nicht in die Stadtviertel ein zu marschieren.
Der Weilen konnte der Leichnam von Abdulselam Yılmaz, der von Spezialeinheiten der Polizei ermordet wurde, da er sich gestern außerhalb seines Hauses im Stadtteil Nur befand, aufgrund der anhaltenden Kämpfe nicht ins Krankenhaus gebracht werden.
(ANF, 14.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
JINHA	Jin Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 753
22. Januar 2016

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Nicht in unserem Namen! Davutoglu ist nicht Willkommen!

Der Ministerpräsident der Türkei Davutoglu und alle Verantwortlichen einschließlich dem türkischen Staatspräsidenten Erdogan gehören auf die Anklagebank!

Die AKP-Regierung, mit ihrer Politik unter Einsetzung von Militär, Polizei und bewaffneten Spezialeinheiten gegen die mehrheitlich kurdische Zivilbevölkerung (insbesondere gegenüber Frauen und Kindern), stellt seit dem Juli 2015 eine Bedrohung des Friedens dar. Es werden schlimmste Menschenrechtsverletzungen begangen. Die Bilder erinnern an die überwunden geglaubten Szenen aus den 90er Jahren. Wo im Zuge der Vernichtungspolitik der türkischen Regierung gegenüber den KurdInnen über 4000 Dörfer zerstört, Frauen und Kinder verbrannt, erschossen, gekocht und vergewaltigt und teilweise in Massengräbern geworfen wurden.

Die frauenfeindlichen Angriffe Erdogans und der AKP-Regierung, die massenhafte und gezielte Tötung von Frauen und Kinder, die besonders seit den manipulierten Wahlen im Juni und November 2015 enorm gestiegen ist, ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Insgesamt wurden über 60 Kinder und 40 Frauen getötet, viele Leichname liegen immer noch auf den Gehwegen in Städten wie Amed, Cizire und Silopi und können nicht beerdigt werden, da jeglicher Versuch angeschossen wird. Es ist mittlerweile kein Geheimnis mehr, dass die türkische Regierung Terrororganisationen wie den sog. Islamischen Staat (IS) und ihre Verbündeten, die im Irak, Syrien und der Türkei schwerste Menschenrechtsverletzungen an der überwiegend kurdischen und der ezidischen Bevölkerung begehen, unterstützt. So hat der sog. IS seit dem 3.8.2014 mit dem Versuch eines Genozids gegen die ezidischen KurdInnen begonnen, der bis Heute noch andauert. Der türkische Journalist Can Dündar wurde nach Entblößung der Unterstützung der türkischen Regierung des sog. IS ins türkische Gefängnis gesteckt, so wie Tausende weitere regierungskritische Journalisten, AktivistInnen, BürgermeisterInnen, JuristInnen, AkademikerInnen und Kinder.

Wie bei allen faschistischen Gruppierungen richten sich die grausamen Angriffe vor allem gegen Frauen. Die Jahrtausend alte patriarchale Denkweise erlebt einen brutalen Aufschwung, mit dem alle menschlichen Werte mit Füßen getreten werden.

Die Konsequenz darf für Davutoglu nicht die Teilnahme an einer Kabinettsitzung der Bundesregierung sein, sondern er gehört zusammen mit dem Staatspräsidenten Erdogan und allen weiteren mit ihnen Verantwortlichen; u.a. das türkische Militär und die Polizei, angezeigt und strafrechtlich verfolgt nach dem Völkerstrafgesetzbuch in Deutschland wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozids und Kriegsverbrechen, auf die Anklagebank.

Tagtäglich erreichen uns- wir die hier aufgrund des Staatsterrors und der Vernichtungspraxis der türkischen Regierung, dem türkischen Militär und der türkischen Polizei gegenüber der kurdischen, christlichen, alevitischen und andersdenkenden Bevölkerung, nach Deutschland geflohen sind, Bilder von schlimmsten extralegalen Hinrichtungen und Menschenrechtsverletzungen, allen voran gegenüber Frauen und Kindern, die auf schlimmste Weise regelrecht hingerichtet wurden und werden. Eines der erschreckenden Bilder und Menschenrechtsverletzungen war eine versuchte Tötung einer Frau durch die türkischen Sicherheitskräfte, bei der ihr Ungeborenes durch einen Schuss in ihren Bauch hinein getötet wurde.

Der türkische Staatspräsident Erdogan und seine Unterstützer begehen ein Verbrechen gegen die Menschheit, die die zivile Bevölkerung in der Türkei und Kurdistan „vernichten" wollen und daher auch die Friedensverhandlungen mit Herrn Abdullah Öcalan zur Lösung der kurdischen Frage eingestellt haben.

Wir fordern von der Bundesregierung das PKK-Verbot aufzuheben und dazu beizutragen, dass die Friedensverhandlungen mit Herrn Abdullah Öcalan in Freiheit fortgesetzt werden.

Wir fordern die Unterstützung der Frauenselbstverwaltungs- und -verteidigungsstrukturen in Rojava, Sengal und in Nord-Kurdistan (Türkei). Denn so lange die Türkei, Syrien und der Irak keine funktionierenden Rechtsstaaten sind und den Tätern der Menschenrechtsverletzungen kein Prozess gemacht wird, sondern von VertreterInnen von Rechtsstaaten, wie etwa Deutschland, wie ehrenwerte Gäste eingeladen und hofiert werden, ist Frauenwiderstand Pflicht.

Als Frauen können und wollen wir dazu nicht schweigen!

Ceni – kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

HPG: Mehr als 30 Polizisten bei Angriff in Çınar getötet

Das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte (HPG-BIM) hat eine detaillierte Stellungnahme über die Guerillaaktion gegen das Polizeihauptquartier in Landkreis Çınar in der Provinz Amed (türk. Diyarbakır) veröffentlicht.

Die HPG erklärte, dass der schwere Angriff auf das Polizeihauptquartier in Çınar eine Vergeltung für die Hinrichtungen der 12 Guerillakämpfer durch den türkischen Staat in Wan (türk. Van) am 10. Januar war. Laut der Stellungnahme sind durch die Aktion am 13. Januar gegen 23:30Uhr mehr als 30 Polizisten getötet und viele weitere verwundet worden, genaue Angaben könne dazu jedoch nur der Feind machen.

Angesichts der türkischen Medien, die von 6 Getöteten spricht, davon 1 Polizist und 5 ZivilstInnen, erklärte die HPG, dass dies eine bewusste Täuschung und Vertuschung sei. In Anbetracht der getöteten ZivilistInnen sagte die HPG: „Die Aktion war auf die Polizei im fünfstöckigen Gebäude gerichtet. Zu unserem Bedauern starben jedoch auch 2 BürgerInnen im direkt angrenzenden Haus, da die Auswirkungen des Angriffs zu stark waren. Unabhängig davon, brach auf einem naheliegenden Haus ein Stromtransformator zusammen und explodierte anschließend, dabei wurden 3 Menschen getötet,

→

Meldungen:

2. Jahrestag der autonomen Selbstverwaltung in Qamişlo

Die Feierlichkeiten zum 2. Jahrestag der Demokratischen Autonomie und Selbstverwaltung des Kantons Cezîre wurden in Qamişlo begannen.

Die RepräsentantInnen des Ko-Vorstandes, der Verwaltung des Kanton Kobanî's, des Demokratischen Rates Syrien's, der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD/HSD – arab. Qūwāt Sūriyā ad-dīmuqrāṭīya / kurd. Hêzên Sûriya Demokratîk), kurdischer und arabischer Stämme, aller politischen Parteien der Rojava Revolution, sowie des Rates Yekîtiya-Star nahmen an dem feierlichen Programm teil.

Das Programm begann mit einer Schweigeminute für die Gefallenen, danach trat die Musikgruppe der Asayîş Rojava (Städtische Sicherheitskräfte) auf.

Im Verlauf der Feierlichkeiten traten noch weitere MusikerInnen, TänzerInnen und Theatergruppen auf.

(ANHA, 21.1., ISKU)

Explosionen treffen Polizeibus in Nisêbîn

Am Donnerstag kam es zu mehreren Explosionen als ein Bus der türkischen Polizei eine Straße nahe des Viertels Dicle in Nisêbîn (türk. Nusaybin) in der Provinz Mêrdîn (türk. Mardin) befuhr.

Die Explosionen auf der historischen Seidenstraße haben bei dem Polizeibus einen Totalschaden verursacht. Bisher liegen allerdings keine genauen Informationen vor, sodass nur vermutet werden kann, ob es Tote gibt. Jedoch fuhr eine ganz Menge an Rettungswagen und gepanzerten Fahrzeugen zum Ort des Geschehens.

Die zugezogenen gepanzerten Fahrzeuge eröffneten unmittelbar nach den Explosionen das Feuer auf das Viertel Dicle.

(ANF, 21.1., ISKU)

Polizei verhindert Ausstrahlung einer Dokumentation über kurdischen Frauenkampf

Am Dienstag verhinderte die Polizei in Istanbul die Abendausstrahlung der Dokumentation „Sara", welche das Leben der Mitbegründerin der PKK (Kurdische ArbeiterInnenpartei) Sakine Cansız zeigt.

Sakine Cansız war Gründungsmitglied der PKK. Auf sie wurde zusammen mit den kurdischen Frauenrechtsaktivistinnen Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris, am 9. Januar 2013, ein tödliches Attentat verübt. Die

Türkische Armee greift Gire Spi an

Die türkische Armee hat laut Militärquellen am Dienstag das Hauptquartier der Volksverteidigungseinheiten (YPG) in der Grenzstadt Gire Spi (Tell Abyad) bombardiert. Mehrere Granaten der türkischen Armee trafen die YPG-Zentrale in der Grenzstadt.
Mindestens zwei kurdische Kämpfer wurden verletzt, drei gepanzerte Fahrzeuge wurden bei dem Angriff zerstört, berichtete die YPG am Dienstagabend.
Die Stadt, war eine wichtige Grenzstation an der syrisch-türkischen Grenze. Im Juni letzten Jahres konnte Gire Spi durch die YPG/YPJ vom IS befreit werden. Seitdem haben die türkische Grenzpolizei sowie Armee-Einheiten das kurdische Hauptquartier 23 Mal bombardiert.
„Diese Angriffe zeigen die türkische Unterstützung für die IS-Terroristen", sagte der Sprecher der YPG Habun Osman gegenüber ARA news in Gire Spi, „Als die Stadt unter Kontrolle des IS stand, führte die türkische Armee keine Militäroperationen durch. Nachdem jedoch die kurdischen Kräfte die Stadt befreien konnten, hat die türkische Armee wiederholt sowohl die Stadt als auch ihre Vorstädte bombardiert."
Gire Spi liegt im Norden der Provinz Raqqa, die Stadt Raqqa gilt de facto als Hauptstadt des islamischen Staates. *(AN, 20.1., ISKU)*

Gemeinsame Erklärung kurdischer Organisationen zum Tod von Prof. Dr. Andreas Buro

Der Tod von Prof. Dr. Andreas Buro ist ein schwerer Verlust für die zukünftige Friedensarbeit. Wir gedenken ihm in großer Verbundenheit und mit großem Respekt und sprechen unser Beileid seiner Familie und den Freundinnen Freunden als auch allen FriedensaktivistInnen aus. Prof. Dr. Andreas Buro, der Vater der Friedensbewegung und einer der Initiatoren der Ostermärsche, hat sich immer unermüdlich für den Frieden weltweit eingesetzt.
Vor allem die politische Lösung der kurdischen Frage war für ihn ein wichtiges Anliegen für das er sich stark engagierte. Folglich hat das kurdische Volk und die demokratische Öffentlichkeit in der Türkei mit seinem Tod einen wichtigen Mitstreiter verloren. Sein Wissen und seine Bemühungen bleiben für uns weiterhin Wegweiser für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage.
Noch im Dezember erklärte er zu der aktuellen politischen Entwicklungen im Mittleren Nahen Osten, dass der „Krieg gegen den Terror" die gesamte Region im Nahen Osten destabilisiert. Krieg sei keine Antwort auf Terror, sondern selbst Terror, der die Verletzung und Tötung von Zivilisten und Zivilistinnen hinnimmt. Der IS und seine Ideologie müssten politisch bekämpft werden und den Menschen, die Opfer des IS-Terrors sowie des syrischen Kriegs wurden, müsste solidarische Hilfe geleistet werden. Krieg sei das falsche Mittel, um einer perspektivlosen, kriegsgeschädigten, traumatisierten und fanatisierten Jugend eine Zukunft zu eröffnen.
Seine ermahnenden Worte, die nicht nur die Region im Mittleren Osten sondern auch die Situation in Europa beschreiben, fordern uns FriedensaktivistInnen dazu auf, den Frieden stärker in die Gesellschaft hineinzutragen. Dies ist sein Vermächtnis, das er uns hinterlassen hat.
In unserem Kampf für Frieden, Demokratie und Freiheit wird er immer gegenwärtig sein.

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V.
FEDA – Föderation der demokratischen Alewiten e.V.
FCIK – Föderation Islamische Gesellschaft aus Kurdistan e.V.
FKE - Föderation der Yezidischen Vereine e.V.
YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.
Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frienden e.V
Kurd-Akad – Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Kurdisches Institut für Wissenschaft und Forschung
Civaka Azad – Öffentlichkeitszentrum der Kurden in Deutschland
ISKU – Informationstelle Kurdistan e.V.
TEV-CAND – Bewegung für Kunst und Kultur

→HPG: Mehr als 30 Polizisten ...

zwei von ihnen waren Kinder. Es ist klar, dass unsere Bewegung niemals die Absicht hatte, hat und haben wird ZivilistInnen zu treffen, das widersprecht sowohl unserer grundsätzlichen Linie, als auch den politischen Gegebenheiten. Die Aktion hatte die Sicherheitskräfte zum Ziel und wurde umsichtig geplant, um jeglichen Schaden gegenüber ZivilistInnen zu vermeiden. Dennoch hat die Aktion zivile Todesfälle geschaffen, für die wir unser größtes Bedauern ausdrükken und gegenüber den Familien der getöteten Menschen unser tiefstes Beileid aussprechen".
Die HPG unterstrich, dass die türkischen Sicherheitskräfte die Bergung der Opfer zurückhielt und den Bereich um den Elektrizitätsmast absperrte, der infolge des Angriffs Feuer fing. Die HPG betonte, dass die Verwundeten und Toten von dem Ort mit fast 50 Rettungswagen aus Amed abgeholt wurden.
Angesichts der anhaltenden Angriffe durch das türkische Militär und der Polizei auf die gesamte kurdische Region, erklärte die HPG, dass der Krieg des kolonialistischen AKP Staates in Kurdistan extrem gnadenlos und unmoralisch ist. Die Stellungnahme der HPG unterstrich außerdem, dass die „Artillerieangriffe und gezielten Exekutionen unsere Völker als Ganzes ins Visier nehemen, die Leben von Frauen, Kindern und den Alten in ganz Kurdistan an sich reißen. Cizîr (türk. Cizre) und Sûr (türk. Sur) waren nur der Anfang. Alleine die Zahlen der etablierten Presse zeugen von über insgesamt 170 getötete BürgerInnen, davon 29 Kinder und 39 Frauen, durch die Angriffe des türkischen Staates, die die Zivilbevölkerung direkt ins Visier nimmt und dennoch wird der Kurs der Aggression weiter befeuert".
Die Stellungnahme erläuterte zudem, dass der türkische Präsident die Wahrheit verdreht und den Willen der Menschen unterdrückt, indem er die Verteidigungskräfte der Menschen diffamiert, sie würden Massaker begehen, während Kinder und BürgerInnen in den kurdischen Gebieten tagtäglich aus seine Anordnung hin ermordet werden.
Die HPG fügt schließlich hinzu, dass sie Aktion wie in Çınar fortsetzen und weiterhin auf die Angriffe des türkischen Staates antworten werden, so lange die Türkei an ihrer Kriegspolitik festhalten wird. *(ANF, 16.1., ISKU)*

Ausstrahlung der Dokumentation über Sakine Cansızs Leben „Sara" in Istanbul war auf gestern angesetzt und sollte im Atlas Cinema im Stadtzentrum von Beyoğlu gezeigt werden.
Gestern rief die Polizei die KünstlerInnen vom Mesopotamia Culture Center, die die Filmvorstellung organisiert hatten, an und sagte ihnen: „Wir können nicht für Ihre Sicherheit garantieren, Sie können den Film nicht zeigen." Die KünstlerInnen des Kulturzentrums entschieden sich dafür, die Filmvorführung abzusagen, um sicherzustellen, dass keine ZuschauerInnen geschädigt werden.
„Sie verhängen Selbstzensur, um ihr Imperium der Angst zu halten. Wenn es um Kurd_innen geht, wird das Kino geschlossen," sagte „Sara"-Produzentin Elif Elgin Şimşek, als sie an diejenigen, die gekommen waren um den Film zu gucken, ein Statement zur vorliegenden Situation vor dem Kino gab. *(JINHA, 20.1., ISKU)*

Wiederaufbau in Til Temir

Letztes Jahr, am 10. Dezember, kam es in Til Temir im Kanton Cezîrê (Rojava) zu drei Explosionen, bei denen viele Menschen verletzt und getötet wurden. Die Explosionen hinterließen zudem große Verwüstungen und eine ganze Reihe zerstörter Häuser.
Um die verwüsteten und zerstörten Teile Til Temir's wieder aufzubauen, haben nun die Arbeiten durch das Wiederaufbaukomittee für Kobanê, sowie die Volksverwaltung Til Temir's begonnen.
Die EinwohnerInnen Til Temir's unterstützen die Arbeiten, um die Trümmer, die durch die Explosionen entstanden sind, zu beseitigen und Häuser, sowie die Infrastruktur wieder aufzubauen, damit die Menschen in ihr Zuhause und ihre Läden zurückkehren können. *(ANHA, 20.1., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
AN	ARA News
JINHA	Jin Nachrichtenagentur
ANHA	Hawar Nachrichtenagentur

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 754
29. Januar 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Protestaktionen am 30. Januar 2016

Überall ist Sûr – Überall ist Cizîr

Seit der Belagerungen der kurdischen Städte im Südosten der Türkei/Kurdistan sind zahlreiche ZivilistInnen (vor allem Kinder, Frauen, ältere Menschen und Jugendliche) getötet worden. Mehr als 200.000 Menschen sind innerhalb der Region auf der Flucht vor dem Staatsterror der Türkei. Bezirke der Städte sind zerstört und jegliche Grundversorgung wie Strom, Wasser und Nahrungsmittel werden durch die Belagerungen nicht durchgelassen. Die Städte wie u. a. Sûr in Amed (tr. Diyarbakir) die unter dem Schutz des UNESCO Weltkulturerbe stehen, sind komplett nieder gebombt.
Vor allem in Cizîr (tr. Cizre) spitzt sich die Lage weiter zu. Dort kam es in der letzten Woche zu einem gezielten Angriff mit Mörsergranaten auf ein Gebäude, in dem sich ausschließlich ZivilistInnen befunden haben sollen. Örtlichen Angaben zu Folge wurden bei dieser Attacke türkischer Sicherheitskräfte 5 Menschen getötet und 23 Menschen verletzt. Aufgrund der andauernden Angriffe des türkischen Militärs können weder die getöteten Menschen geborgen werden, noch ist es den verletzten Menschen möglich ins Krankenhaus zu gelangen. Scharfschützen attackierten u.a. eine Person, die Wasser in das Gebäude tragen wollte. Inzwischen ließen die eingesperrten Verletzten verlautbaren, dass die Angriffe auf das Haus weiterhin anhalten und sie sich daher im Keller des Gebäudes versteckt halten. Um das Bluten der offenen Wunden zu stoppen, gebrauchen die Verwundeten das Futter von Kissen und Decken.
Obwohl die Anwälte der Betroffenen nach dem Sie einen Antrag an das Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gestellt haben und recht bekamen und in diesem Zusammenhang die Türkei mahnte, dass die Türkei ihrer Pflicht den Schutz der eigenen StaatsbürgerInnen zu gewähren, nachkommen muss. Eine Delegation der Demokratischen Partei der Völker (HDP) traf sich aufgrund dieses Notzustandes mit Vertretern des türkischen Innenministeriums.
Der HDP-Abgeordneter Faysal Sarıyıldız äußerte am Mittwoch vor Ort, dass der Delegation versichert worden ist, dass die Verwundeten das Gebäude verlassen dürfen, woran sich aber bis jetzt der türkische Staat nicht hält. Der Gouverneur von Sirnex (tr. Şirnak) erklärte, dass niemand nur in die Nähe der Verletzten gelangen könnte. Nach dieser Äußerung intensivierten sich die Angriffe auf das Viertel, in dem die türkische AKP-Regierung die Bevölkerung von Cizîr in die Knie zwingen wollte. „Nachdem sie gesehen hat, dass die Menschen von Cizîr sich nicht ergeben werden, führt die AKP einen Krieg gegen jeglicher Prinzipien in der Region durch und dadurch auch laut Erklärung der AKP keinen Halt von humanitären Prinzipien zu zulassen. Sarıyıldız sagte ferner; Eines Tages wird sich die AKP, die türkischen Sicherheitskräfte und das Paramilitär vor Menschenrechtsgerichten zu diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten müssen.“
Viele Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Medico International appellieren an den türkischen Staat unter der Führung der AKP-Regierung, die Angriffe auf die kurdische Zivilbevölkerung einzustellen und rufen zur humanitären Hilfe für die betroffenen Opfer auf.
Der Belagerungs- und den Vernichtungskrieg des Erdogan und der AKP gegenüber dem kurdischen Volk nehmen wir in keiner Weise hin und rufen alle demokratischen Kräfte auf ihre Stimme gegen den schmutzigen und faschistischen Krieg zu erheben.

Protestaktionen am 30. Januar 2016

Berlin
Demonstration/Kundgebung am Potsdamer Platz um 15.00 Uhr

Köln
NRW-weite Demonstration/ Kundgebung am Roncalli Platz um 14.00 Uhr

Frankfurt/Main
Demonstration/Kundgebung Kaiserstr. 1/ HBF um 14.00 Uhr

Stuttgart
Demonstration/ Kundgebung Lautenschlager Str./ HBF um 16.00 Uhr

Cizîr: Verbindung zu den Verletzten im Keller abgebrochen

Seit dem vergangenen Freitag befinden sich 23 verletzten Personen eingeschlossen im Keller im Stadtteil Cudi in Cizîr. Auch die Leichname der wegen mangelnder medizinischer Versorgung verstorbenen 5 Personen befinden sich noch im Keller.
Seit Donnerstag gibt es keine Verbindung mehr. Zuletzt hatte der Kovorsitzende des Volksrats von Cizîr Mehmet Tunc am Abend mit dem kurdischen Fernsehsender MedNuçe telefoniert, dann war die Verbindung abgebrochen. Militärfahrzeuge seien bis auf 10 Meter vor das Gebäude vorgedrungen. Mit schweren Geschützen sei das Haus weiter beschossen worden, so Mehmet Tunc gegenüber dem Fenrsehsender. Krankenwagen der Gemeinde Cizîr, die sich auf dem Weg zu den Eingeschlossenen gemacht hatten, wurden von staatlichen Kräften gestoppt und zu der Polizeistation im Stadtviertel Konak geleitet; seit dem stehen sie dort.
Das Parlamentsmitglied der HDP Faysal Sarıyıldız forderte erneut die staatlichen Kräfte auf, dass sie sich zurückziehen und den Weg für die Krankenfahrzeuge freizugeben haben.

Solidarität aus Nisêbîn
Tausende aus dem Stadtteil Girê Mira in Nisêbîn (türk. Nusaybin) haben sich in Solidarität mit den Menschen in Cizîr zu einer Demonstration versammelt und auf den Weg nach Cizîr gemacht, um gegen das Vorgehen der staatlichen Kräfte zu protestieren. In Kemîna, auf der Straße von Mêrdîn nach Şirnex, wurden sie am Donnerstag Morgen von Soldaten und Polizeikräften mit gepanzerten Fahrzeugen gestoppt.

(DIHA/ANF, 28.1., ISKU)

Meldungen:

Besetzung des Leanderturms für Cizîr
Die Vereinte Revolutionäre Partei (türk. Birleşik Devrimci Parti) hat aus Protest über die Kriegszustände in Cizîr (türk. Cizre) den Leanderturm (türk. Kız Kulesi) in Istanbul besetzt.
AktivistInnen der Vereinten Revolutionären Partei haben das Istanbuler Wahrzeichen besetzt, um Aufmerksamkeit auf die kriegerischen Angriffe und Handlungen des türkischen Staates in Cizîr und die 23 Verwundeten zu ziehen, die immer noch in einem Haus festsitzen, zu dem keine Rettungskräfte durchgelassen werden.
Die Aktion der AktivistInnen dauert an. *(JINHA, 28.1., ISKU)*

Parlamentarier der HDP wegen Lage in Cizîr im Hungerstreik
Der Vizepräsident der HDP-Gruppe Îdrîs Baluken, die Parlamentarier der Demokratischen Partei der Völker HDP Meral Daiş Beştaş und Osman Baydemîr sind wegen der unhaltbaren Situation in der Stadt Cizîr (türk. Cizre) in den Hungerstreik getreten. Wie wir berichteten, befinden sich in dem von staatlichen Kräften belagerten Haus im Stadtteil Cudi noch immer 23 zum Teil schwer verletzte Personen, 5 sind bereits ihren Verletzungen erlegen, weil keine medizinische Versorgung bereitgestellt wurde. Nach Ankündigung der Hungerstreikenden werden sie ihren Protest so lange fortführen, bis die Verletzten aus dem Haus geborgen und ins Krankenhaus gebracht worden sind.
(DIHA, 27.1., ISKU)

Ausgangssperre über weitere 5 Viertel von Amed verhängt
Neben dem Stadtviertel Sûr wurde über 5 weitere Viertel von Amed (türk. Diyarbakır) eine Ausgangssperre verhängt. Der türkische Kreisgouverneur gab in einer offiziellen Erklärung bekannt, dass über die Stadtviertel Abdaldede, Alîpaşa, Lalebey, Suleyman Nazîf und Ziya Gokalp sowie die Straße Melîkahmet von Mittwoch, 27. Januar 2016 ab 11:30 Uhr bis zur Aufhebung des Verbots durch den Kreisgouverneur eine Ausgangssperre verhängt wurde.
Seit den frühen Morgenstunden drängen türkische „Sicherheitskräfte“ die Bewohner der betroffenen Viertel, dass sie ihre Häuser verlassen. Auf den Straßen haben sich die Staatskräfte mit gepanzerten Fahrzeugen postiert. Von der Straße Melikahmet aus

Kaniya Dil/Dscharabulus: Volksverteidigungseinheiten greifen vom IS kontrollierte Stadt an

Einheiten der Volksverteidigungseinheiten YPG haben den Islamischen Staat (IS) in Kaniya Dil/Dscharabulus mit schwerer Artellerie angegriffen. Der YPG-Sprecher Nuraddin Gaban erklärte gegenüber ara-news, dass bei dem Angriff ein IS-Sicherheitscenter, ein Scharia-Gericht und mehrere militärische Fahrzeuge zerstört wurden. Außerdem sollen mindestens 21 IS-Mitglieder getötet worden sein. „Wir haben unsere militärische Kampagne gegen die Terrorgruppe im Norden von Halep/Aleppo in Abstimmung mit der US-geführten Koalition intensiviert", so Gaban. Kaniya Dil ist zurzeit ein wichtiges Ziel, „wenn wir die Stadt einnehmen, blockieren wir einen der Hauptwege der ausländischen Terroristen, die aus der Türkei nach Syrien gelangen, um ihrem angebliche Kalifat beizutreten", erklärte der YPG-Sprecher.

Kaniya Dil/Dscharabulus liegt an der syrisch-türkischen Grenze gegenüber der Stadt Girgamêş (türk. Karkamış) am linken Ufer des Euphrat und gilt seit langem als strategischer Ort für radikale islamistische Gruppierungen, um über die Grenze nach Syrien zu gelangen. *(an, 26.1., ISKU)*

Gefangene im Hungerstreik

Gefangene PKK- (Partiya Karkerên Kurdistanê – Arbeiterpartei Kurdistans) und PAJK- (Partiya Azadiya Jin a Kurdistanê – Partei der freien Frauen Kurdistans) Mitglieder, die in türkischen Gefängnissen festgehalten werden, sind aus Protest über die totale Isolation Abdullah Öcalans und den Völkermord ähnlichen Angriffen gegen die Zivilbevölkerung in Nordkurdistan seit dem 26.01.2016 in einen dreitägigen Hungerstreik getreten.

In einer Erklärung des Großteils der PKK und PAJK Gefangenen, sagt Deniz Kaya, dass ihr Protest sich zusammen mit der Erhebung des Volkes angesichts der nicht endenden faschistischen Praxis verstärken wird. Er erklärte weiter, dass der Genozid durch die AKP (Partei für Fortschritt und Gerechtigkeit) und die Massaker gegen das kurdische Volk, sowie die verstärkten Isolationshaft Abdullah Öcalans, die Menschen in Kurdistan an die Grenze ihrer Toleranz bringt. Betonend, dass die Verlegung zweier Mitinsassen Öcalans ins Gefängnis von Silivri, eine offene und gefährliche Bedrohung für das kurdische Volk und die Freiheitsbewegung darstellt, sagte Kaya: „Auch nicht eine Kraft sollte unsere Haltung gegenüber unserem Vorsitzenden testen. Der türkische Staat und seine Regierung wissen sehr genau Bescheid über die Wut unseres Volkes und der Bewegung in Hinsicht einer direkten Bedrohung unseres Vorsitzenden, der unser freier Wille und unser Stolz ist, unser Grund für Krieg und Frieden, Leben und Tod. Diejenigen, die in der Zeit des 12. Septembers ihr Leben in den Gefängnissen ließen, opferten sich selbst, sie schossen die erste Kugel des Widerstandes und riefen alle den Namen des Vorsitzenden, sie riefen: „Unsere Sonne kann nicht verdunkelt werden".".

Sie erklärten weiter, dass sie Angesichts der Bedrohungen und faschistischen Handlungen gegen die Völker Kurdistans und Abdullah Öcalan nicht länger schweigen werden. Sie warnen die AKP dem Vorsitzenden auch nur ein Haar zu krümmen, da ansonsten das gesamte Land im Chaos versinken werde.

Kaya ruft alle Unterdrückten Völker der Türkei auf, die ihre Zukunft nicht länger von der Gnade einer faschistischen Regierung abhängig machen wollen, eine Haltung gegen diese Gräueltaten einzunehmen und ihre Stimme für ein Ende der Isolation und einer Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Öcalan, dem Garanten für Frieden, zu erheben.

(ANF, 25.01.16, ISKU)

Polizist spricht Wahrheit über Sûr:

Der Staat vertuscht seine Verluste

Die kriegshetzenden, türkischen Medien unternehmen jegliche Anstrengungen, um den Misserfolg der Truppen im Altstadtbezirk Sûr (türk. Sur) in Amed (türk. Diyarbakır) zu verbergen, wo die Angriffe seit nunmehr 54 Tage anhalten. Nun kommt die Wahrheit jedoch durch Soldaten und Polizisten selbst ans Tageslicht.

Ein Polizeibeamter in Sûr erklärte, dass der Staat nicht die Erfolge erzielen konnte, die er wollte und seine Verluste unter den türkischen Truppen vertuscht. Er bat darum anonym zu bleiben und betonte, dass der Staat entgegen jeglicher Medienberichte, keine Fortschritte in Sûr macht. Er bemerkte zudem, dass es noch andere Viertel gibt, in die die türkischen Truppen bisher keinen Fuß hineinsetzen konnten.

Der Polizist stellte fest, dass es zu Gefechten in den Vierteln Hasırlı, Cumhuriyet, Savaş und Dabanoğlu kommt und beispielsweise bisher keine Offensive gegen das Viertel Alipaşa gestartet worden ist, wo es jedoch auch Gräben und Barrikaden gibt.

„Es kann so nicht weitergehen. Soweit ich es sagen kann, stellt es sich als sehr schwierig heraus die Gräben und Barrikaden zu überwinden. Selbst wenn die Gräben überwunden werden, so wird dieses Problem noch Monate dauern.", so der Beamte.

Der Polizist bemerkte außerdem, dass türkische Medien behaupten, die „Säuberungen würden unaufhörlich weitergehen", die „PKK flieht", „Polizei und Militär arbeiten Hand in Hand", aber all dies ist nicht die Wahrheit. Er erklärte, dass der Misserfolg der türkischen Kräfte auch nur irgendeinen Fortschritt zu erzielen unter den Soldaten und Polizisten eine enorme Demoralisierung verursacht.

Laut seiner Aussagen haben viele Soldaten und Polizisten, einschließlich ihm selbst, ihre Befehlsverweigerung ausgesprochen, die jedoch nicht akzeptiert wird.

Betonend, dass das türkische Militär und die Polizei große Verluste in Sûr erleiden, sagte der Polizist, dass dies vor der Öffentlichkeit sorgfältig verborgen wird. „Leichenhäuser sind mit getöteten Polizisten und Soldaten voll.", so der Beamte.

Der Polizist erklärte, dass sie die Menschen nicht kennen, die in der Esedullah Einheit sind, einer Einheit von Daesh/IS Kämpfern, die neben den Staatskräften handeln. Er sagte abschließend, dass diese Mannschaft aus Menschen besteht, die verschiedene Sprachen sprechen und deren verstorbene Mitglieder keine offizielle Bestattung erhalten.

(ANF, 25.1., ISKU)

werden bereits die Häuser von den „Sicherheitskräften" mit scharfer Munition beschossen.

(ANF, 27.1., ISKU)

Kobanê feiert den ersten Jahrestag der Befreiung auf dem Hügel Miştenûr

Die Verwaltung der Demokratischen Autonomie in Kobanê hat Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag der Befreiung der Stadt vom Daesh (IS) organisiert.

Die Feierlichkeiten fanden auf dem Newroz Platz statt, der auf dem bedeutenden Hügel Miştenûr liegt. Bereits in den frühen Morgenstunden strömten tausende Menschen aus dem gesamten Kanton Kobanê in die gleichnamige Stadt, darunter befanden sich auch offizielle VertreterInnen der Stadt Girê Spî (Tall Abyad).

Das Fest begann mit einer militärischen Zeremonie der KämpferInnen der YPG/YPJ, die gefolgt wurde von einer Eröffnungsrede der YPJ Kommandantin Rehîme Kobanê.

Es folgten Reden der Verwaltung der Demokratischen Autonomie Kobanê's und der Bewegung für eine demokratische Gesellschaft (TEV-DEM – Tevgera Civaka Demokratîk). Die Sicherheit für die Festlichkeiten wurde von den Asayiş (Öffentliche Sicherheitskräfte) übernommen und geschützt. *(ANF, 25.1., ISKU)*

Hungerstreik in Paris fortgesetzt

Die vier hungerstreikenden kurdischen Aktivisten, die am Montag von der Pariser Polizei festgenommen worden sind, sind wieder frei gelassen worden. Aus Protest gegen das anhaltende Töten der Bevölkerung in Nordkurdistan/Türkei durch die türkischen Sicherheitskräfte hatten die vier vor dem französischen Parlament mit einem Hungerstreik begonnen. Die vier Aktivisten sowie zwei weitere setzten nun den Hungerstreik fort.

(ANF, 26.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
AN	ARA News
JINHA	Jin Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 755
6. Februar 2016

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Schlagt Lärm für den Frieden

Der Kovorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Selahattin Demirtaş und der Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) Kamuran Yüksek haben in einer im Rathaus von Mêrdîn (türk. Mardin) gehaltenen Pressekonferenz über die Situation in Sûr und Cizîr (türk. Cizre) informiert und Stellung bezogen. An der Pressekonferenz nahmen auch der Bürgermeister von Mêrdîn Ahmet Türk und ehrenamtlich im Gesundheitsbereich Tätige von TTB und SES teil. Auch heute waren die Bemühungen fortgesetzt worden, die in einem Keller in Cizîr im Stadtteil Cudi eingeschlossenen Verletzten und die an ihrer Seite befindlichen Toten zu bergen. Wieder scheiterten alle Bemühungen daran, dass die Rettungswagen nicht vor Ort gelassen wurden. „Um die Rettungswagen nur ja nicht durch lassen zu müssen, werde Scheingefechtslärm initiiert. Einziges Ziel sei es zu verhindern, dass heraus kommt, was wirklich in dem Gebäude geschehen ist", sagt Demirtaş. Am Ende seiner Stellungnahme ruft Demirtaş dazu auf nicht nur in Sûr und Cizîr sondern überall seine Stimme gegen den Krieg zu erheben. „Jede und jeder solle auf dem Balkon, am Fenster oder auch im Auto abends um 19.00 Uhr die Stimme gegen den Krieg erheben und Lärm schlagen. Von Istanbul über Europa, von Colemêrg (türk. Hakkari) über Qers (türk. Kars) soll ein jeder der sagt ‘Ich will Frieden, ich bleibe nicht stumm gegenüber dem Grauen des Krieges’ Lärm schlagen. Und jeden Abend soll der Lärm für den Frieden lauter und lauter werden …" Für den Kongress für eine demokratische Gesellschaft (DTK) haben noch am selben Tag die Kovorsitzenden Hatip Dicle und Selma Irmak ihre Unterstützung dafür zugesagt.

Seit 13 Tagen warten die Verletzten in Cizîr nun schon auf Rettung, seit 5 Tagen ist der Kontakt zu ihnen unterbrochen. Wie jetzt durch den Vorsitzenden des Volksrates vom Cizîr Mehmet Tunç bekannt wurde, gibt es ein weiteres Haus in Cizîr im Stadtteil Cudi in dessen erstem Stock 37 Menschen eingeschlossen sind, darunter auch Verletzte.

Cizîr: 9 Menschen in weiterem Gebäude verbrannt

Während 15 verwundete, 7 getötete und 9 in Lebensgefahr schwebende Menschen seit nunmehr 14 Tagen in einem Keller in Cizîr festsitzen, wurde am Donnerstag bekannt, dass dutzende weiterer Menschen in einem anderen Haus des gleichen Viertels gefangen sind.

Der Ko-Vorsitzende des Volksrats von Cizîr, Mehmet Tunç telefonierte Donnerstagabend mit dem Fernsehsender Özgür Gün und erklärte, dass im Erdgeschoss des zweiten Gebäudes 37 Menschen eingeschlossen sind, darunter auch viele Verwundete.

Tunç stellte klar, dass bei den schweren Artillerieangriffen der türkischen Armee auch dieses Gebäude getroffen wurde, indem viele Menschen Schutz suchten, dabei brach durch ein Artilleriegeschoss ein Feuer im Dachstuhl aus, infolge dessen 9 schwer verwundete Menschen in den Flammen starben.

Während das Feuer im 3ten und 4ten Stock weiterhin wütet, erklärte Tunç folgendes: „Die anderen 28 Personen leben, allerdings haben einige von ihnen schwere Verbrennungen. Unter den aktuellen Bedingungen schaffen sie keinen weiteren Tag. Wir geben Zahnpasta auf die Wunden. 9 schwer verwundete Menschen sind in einem Raum bei lebendigem Leib verbrannt. Wir hatten etwas Wasser, wir haben versucht sie zu löschen, sie zu retten, aber wie haben es nicht geschafft. In dem Gebäude gibt es zwei Wohnungen, wir sind nun in die andere Wohnungen geflüchtet. Die Mörserangriffe gehen weiter, gepanzerte Militärfahrzeuge fahren draußen Patrouille. Falls wir hier sterben sollten, dann war es eindeutig Mord".

Mittlerweile konnten einige verwundete, sowie getötete Personen identifiziert werden. Die Namen von 6 der verbrannten Personen lauten: Şervan Adıgüzel, Ercan Pişkin, Muhammet Özkül, Nizar Isırgan, Cengiz Sansak und Ramazan Çömlek. Die drei Anderen konnten bisher nicht identifiziert werden.

(ANF, 4./5.2., ISKU)

YPG: Wir werden die türkische Gewalt an Rojava’s Grenze nicht mehr stillschweigend hinnehmen

Die Generalkommandantur der Volksverteidigungseinheiten (YPG – Yekîneyên Parastina Gel) hat eine Erklärung bezüglich der anhaltenden Provokationen, der Gewalt und der Angriffe des türkischen Staates im Grenzgebiet zu Rojava (Westkurdistan).

Nachdem auf die bisherigen Angriffe des türkischen Militärs gegen die Gebiete in Rojava, sowie die Stellungen der YPG Einheiten an der Grenze eingegangen wurde, wies die Erklärung darauf hin, dass die Angriffe und Grenzverletzungen vor allem in einer Zeitentschlossen fortgesetzt werden, in der eine gemeinsame Lösung für den Konflikt in Syrien gesucht wird.

Die YPG betonte die letzte Grenzverletzung der türkischen Truppen am 28./29. Januar im Dorf Sermisax, 13 km westlich der Stadt Derik und 13 km nördlich der Stadt Girkê Legê in Rojava und erklärte: „Türkische Soldaten schossen auf Einheimische, die sich in der Nähe der Grenze versammelten, um gegen die Angriffe zu protestieren. Der Angriff kostete zum Glück kein Leben".

Die YPG erklärte abschließend, dass sie die Angriffe des türkischen Staates zukünftig nicht mehr stillschweigend hinnehmen wird und fügte hinzu: „Im Falle einer erneuten Grenzverletzung Rojava’s durch den türkischen Staat und seine Streitkräfte, werden wir unser Land und die Menschen verteidigen. Sollte eine solche Verletzung sich widerholen ist die Regierung des türkischen Staates für die Konsequenzen allein verantwortlich".

(ANF, 30.1., ISKU)

Meldungen:

Şengal grüßt den Widerstand in Nordkurdistan

Die auf dem Şengalgebirge lebenden ÊzîdInnen haben aus Protest gegen die Massaker des türkischen Staates gegen die ZivilistInnen demonstriert und den Widerstand für die Selbstverwaltung in Nordkurdistan gegrüßt.

An der Demonstration nahmen hunderte Mensche mit Transparenten teil, auf denen Märtyrer_innen (Gefallene) der YPS (Yekîneyên Parastina Sivîl – Zivilen Verteidigungseinheiten) und YPS-Jin (Yekîneyên Parastina Sivîl-Jin – Zivilen Frauenverteidigungseinheiten) abgebildet waren.

Der HPÊ (Hêza Parastina Êzîdxan – Verteidigungskräfte Êzîdkhans) Kommandant, Heydar Şeşo, der ebenfalls an der Demonstration teilnahm, betonte die Wichtigkeit des Volkswiderstandes für die Verteidigung der Selbstverwaltung, die nunmehr seit über 2 Monaten anhält.

Şeşo erklärte, dass dieser Widerstand ein Teil ganz Kurdistans war und rief alle auf, Druck auf die internationalen Mächte auszuüben, um den gewissenlosen Angriffen des türkischen Staates eine Ende zu setzen.

(ANF, 2.2., ISKU)

13-Jähriger in Sûr bei Granatenbeschuss getötet

In der Nacht vom 4. auf den 5. Februar wurde der 13-jährige Murat Menekçe in seinem Haus getötet, zwei weitere Kinder wurden bei dem Angriff der türkischen „Sicherheitskräfte" verletzt.

Seit 66 Tagen herrscht in dem Altstadtviertel von Amed eine durch die Staatsorgane verhängte „Ausgangssperre". Auch in der letzten Nacht kam es zu erneuten Angriffen durch staatliche Kräfte. Panzer schossen in das Viertel. Dabei wurde auch das Haus getroffen, in dem sich Murat Menekçe befand. Zwei weitere Kinder (9 und 11 Jahre) sollen nach letzten Meldungen schwere Verletzungen erlitten haben. Rettungskräfte konnten bisher nicht zur Hilfe kommen, da ihnen die Zufahrt durch die türkischen „Sicherheitskräfte" verweigert werden. Murat wurde im Garten seiner Familie begraben.

(JINHA, 5.2., ISKU)

Frühlingsferien in Rojava beendet

Am Montag kehrten in Rojava 173.362 SchülerInnen aus den Frühlingsferien zurück und besuchten erstmals ihre neuen Kurse.

Türkei bombardiert erneut Dörfer im Qandilgebirge

Türkische Kampfflugzeuge haben in der Nacht zum Mittwoch erneut über 4 Stunden Dörfer im Qandilgebirge bombardiert. Bei den Luftangriffen kamen glücklicherweise keine Menschen ums Leben, jedoch wurden viele Häuser zerstört und Vieh getötet.
Der türkische Staat versucht die Massaker an der Zivilbevölkerung, die er in Nordkurdistan verrichtet, auch in Südkurdistan durchzuführen. Türkische Kampfflugzeuge bombardierten erneut zivile Ortschaften im Qandilgebirge, bei denen glükklicherweise kein Mensch ums Leben kam. Dennoch wurden viele Häuser zerstört, große Teil des Nutzviehs getötet, Felder und Gärten vernichtet.
Die türkische Bombardierung begann in der Nacht um 00:00 Uhr letzte Nacht und dauert an bis 4:30 Uhr in der Früh. Das von den Bombardements betroffene Gebiet umfasst die Dörfer Lewcê, Bukriskan, Enzê, Suredê, Şêxan und Sitêwrêka.
Bereits am vergangenen Donnerstag in den frühen Morgenstunden, gegen 4:00 Uhr, haben Kampfflugzeuge der türkischen Luftwaffe die Grenze zu Südkurdistan/Nordirak überflogen und die Gebiete Garê und Zap in den von der Guerilla kontrollierten Meder-Verteidigungsgebieten bombardiert. Ach einen Tag zuvor hatten türkische Kampfflugzeuge die Grenze zu Südkurdistan verletzt und die Gemeinde Qandîl angegriffen.
Das Qandilgebirge in Südkurdistan wurden bereits in der Vergangenheit oft zum Ziel des türkischen Staates, bei denen dutzende Menschen umgebracht wurden, so wurde z. B. am 21. August 2011 die Region Korten im Qandilgebirge bombardiert, dabei wurden 7 Menschen umgebracht oder aber am 1. August 2015, als das Dorf Zergele ebenfalls im Qandilgebirge bombardiert wurde und dabei 8 ZivilistInnen ermordet und 15 weitere verletzt wurden.

(ANF, 4.2., ISKU)

„Der Weg zur Freiheit ist die YPJ"

Die Kämpferinnen der YPJ (Yekîneyên Parastina Jin – Frauenverteidigungseinheiten) beschreiben die Einheiten als Beginn der Befreiung der Frauen von der ganzheitlichen Herrschaft der Männer.
Kämpferinnen der YPJ zeigten Frauen auf der ganzen Welt eine Perspektive, als sie monatelang den Widerstand gegen Daesh (Islamischer Staat) in der Stadt Kobanê führten. YPJ Kämpferinnen sprachen mit JINHA über ihren Kampf und über die Möglichkeiten, die dieser ihnen ermöglicht hat.
„Wir dachten Freiheit für Frauen bedeutet sich anziehen zu können, wie man will, Makeup tragen zu können, raus zu gehen, ohne um Erlaubnis zu bitten.", sagte die YPJ Kämpferin Havîn Botan. „Die meisten Frauen verstehen Freiheit so". Havîn erklärte, dass Frauen von dieser „falschen Freiheit" betrogen werden.
„Wir Frauen müssen für die Befreiung der Gesellschaft und für unsere eigene Freiheit kämpfen.", so Havîn. Die aktuelle Situation zielt auf die Freiheit dieser Gebiete und dieses Landes ab. Solange es einen Staat gibt, der Menschen irgendwo gefangen hält, können weder die Frauen, noch die Gesellschaft frei sein".
Bêrîtan Botan kommt aus Sêrt (türk. Siirt),Nordkurdistan. Sie erzählte, dass sie bevor sie der YPJ beigetreten sei, in den „Schulen des Systems" war. Um ihre kämpfende Familie zu unterstützen, verließ sie die Schule und fing an zu arbeiten. Nach mehreren Monaten verbat ihr Bruder ihr weiter zu arbeiten und sie war erneut gefangen in ihrem eigenen Haus.
„Deshalb ging es mir nicht gut", sagte Bêrîtan. Als der Krieg um Kobanê begann, gingen drei FreundInnen von Bêrîtan, um sich dem Widerstand der YPJ anzuschließen. Alle drei sind gefallen. Bêrîtan war davon schwer bewegt und schloss sich ebenfalls der YPJ auf der Suche nach der Freiheit an, die sie bisher nicht finden konnte. Sie erklärte, dass ihr Kampf für die Befreiung nun Tag für Tag wächst.
Die Kämpferin Sorxwîn Cudî sagte, dass viele Freundinnen der YPJ ihr die Bedeutung eines ethischen und selbstbestimmten Lebens zeigten. „Ich möchte den Frauen, die zuhause sitzen, etwas sagen.", sagte Sorxwîn. „Geht raus und seht wie groß die Welt ist und schmeckt sie süße Freiheit. Seit tausenden Jahren haben uns die Herrschenden eingeschlossen, unser Leben eingenommen, aber dank des Kampfes schreiten wir auf dem Pfad zur Freiheit voran".
„Der Weg zur Freiheit ist die YPJ.", sagt sie zum Schluss.

(JINHA, 1.2., ISKU)

Silopî: Wir werden gemeinsam ein neues Leben aufbauen

Die Menschen Silopî's (türk. Silopi) waren gezwungen unter dem herrschenden Kriegsrecht, auch "Ausgangssperre" genannt, ihre Häuser für über 37 Tage zu verlassen. Nun konnten sie in ihre Häuser zurückkehren. Die Menschen erklärten: "Wir werden unsere Häuser wieder aufbauen, wir werden gemeinsam ein neues Leben aufbauen und unsere Heimat nie wieder verlassen".
Das Kriegsrecht, salopp als „Ausgangssperre" betitelt, herrschte 37 Tage in Silopî in der Provinz Şirnex (türk. Şırnak). Die Menschen, die gezwungen waren ihre Häuser zu verlassen, konnten nun zurückkehren. Sie bauen ihre Häuser für ein neues Leben wieder auf. Die Mutter von 10 Kindern, Sarya Mutlu verharte während der "Ausgangssperre" über 20 Tage in ihrem Haus und widerstand den Angriffen. Die zwangen mich und meine Kinder unser Haus zu verlassen. Als ich zurückkehrte fand ich mein zweistöckiges Haus vollkommen demoliert wieder. Ich hatte ein Kuh. Ich gab die Milch meinen Kindern. SIe haben meine Kuh getötet. Genug! Stoppt diesen Krieg! Niemand soll mehr sterben. Wir werden unsere Heimat bis auf unseren letzten Tropfen Blut verteidigen".
Bese Mutlu, eine weitere Einwohnerin der Stadt sagte: "Ich habe gebetet, als sie mein Haus beschossen. Ich nahm meine Kinder und wir flohen in den Keller, ich konnte nicht einmal mein Gebet beenden. Wir werden nicht flüchten, wir werden uns widersetzen, selbst wenn der Staat uns dabei töten sollte oder unsere Häuser abreißt. Wir fordern das unsere eigene Identität und Sprache anerkannt werden. Wir wollen unsere Sprache sprechen, wie sie ihre sprechen. Meine Mutter und mein Vater wurden hier geboren. Ich bin hier ebenfalls geborden. Dies ist unser Land. Ich werde unseren legitimen Kampf niemals aufgeben".

(JINHA, 1.2., ISKU)

Im Anschluss an die Abschlussprüfung und die 15-tägigen Ferien kehrten die SchülerInnen heute in ihre Klasse und Kurse in den Kantonen Cezîre, Kobanî und Efrîn zurück.
114.194 SchülerInnen in 977 Schulen in Cezîre, 16.000 SchülerInnen in 514 Schulen in Kobanî und 43.168 SchülerInnen in Efrîn begannen das neue Schulhalbjahr. *(ANHA, 1.2., ISKU)*

Spanien: 9 Personen wegen vermeintlicher PKK-Mitgliedschaft und Kampf gegen den IS festgenommen

Neun Menschen wurden am 27. Januar 2016 in den Städten Madrid (5), Valencia (3) und Bilbao (1) festgenommen. Ihnen wird eine Verbindung mit der Arbeiterpartei Kurdistans PKK vorgeworfen. Sie seien in den letzten Monaten nach Syrien gereist, um dort gegen den Islamischen Staat (IS) zu kämpfen. Konkret heißt das: „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation". Acht von den Festgenommenen besitzen eine spanische, eine Person die türkische Staatsangehörigkeit.
In Pressemeldungen werden sie als "Mitglieder von Kollektiven mit kommunistischer Ideologie" beschrieben. Sie seien in der "Rojava Solidarität" und "Rojava ist nicht allein" organisiert und in internationalistischen Zusammenhängen aktiv.
Eine der Razzien fand bei der Gruppe "Reconstrucción Comunista" – zu Deutsch: Kommunistischer Weideraufbau statt. Diese Gruppe hatte letztes Jahr mehrere antifaschistische Kundgebungen in Bilbo und Vitoria-Gasteiz organisiert.
Die Festgenommenen seien – laut Untersuchungsquellen – an Propaganda und Rekrutierungstätigkeiten in Spanien und Deutschland unterwegs gewesen. Die Razzia lief unter dem Name "Operación Valle" was im Deutschen „Operation Tal" bedeutet; weitere Festnahmen werden – laut Medienberichten – erwartet.

(el correo, 27.1., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
JINHA	Jin Nachrichtenagentur
ANHA	Hawar Nachrichtenagentur

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 756
12. Februar 2016

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Massaker in Cizîr

Die Bilanz des Massakers in der kurdischen Stadt Cizîr (Cizre) nimmt immer grausamere Züge an. Mittlerweile wurden in insgesamt drei Wohngebäude der Stadt, in denen Menschen durch das türkische Militär eingekesselt wurden, 66 Menschen ermordet. Von 73 weiteren Menschen gibt es nach wie vor kein Lebenszeichen.
In einem der drei Gebäude sollen am 10. Februar 20 verletzte Menschen durch Spezialeinsatzkräfte des türkischen Staates bei lebendigem Leib verbrannt worden sein. Bei dem letzten Kontakt zu den 25 übrigen Menschen in demselben Wohngebäude berichtete Derya Koç aus dem Gebäude telefonisch, dass sie die Schreie der Menschen aus dem Keller hören konnten, die durch Einsatzkräfte in Brand gesteckt wurden. Koç berichtete außerdem, dass sie und die übrigen im Gebäude festsitzenden Menschen, von denen viele verletzt seien, aufgrund des starken Gasgranateneinsatzes kaum noch Luft bekommen würden. Die Einsatzkräfte sollen während ihres Angriffs das Wohngebäude mit nationalistischen türkischen Märschen beschallt haben. Nach diesem letzten Telefongespräch mit Koç am Nachmittag des 10. Februars konnte kein Kontakt mehr zu dem Menschen im Haus hergestellt werden.
Aus dem zweiten Wohngebäude sind am 10. Februar die Leichname von zehn Menschen mit Krankenfahrzeugen wegtransportiert worden. Insgesamt sind aus diesem Gebäude, in dem sich wohl 62 Menschen befunden hatten, bislang 37 Leichname weggebracht worden. Von den 25 übrigen Menschen gibt es kein Lebenszeichen. Der HDP Abgeordnete Faysal Sariyildiz befürchtet, dass wohl alle 62 Menschen bei einem Angriff des türkischen Militärs auf das Gebäude in der Nacht auf den 9. Februar hingerichtet worden sind. Der türkische Sender TRT verkündete in jener Nacht, dass "60 Terroristen" getötet worden seien, nahm die Meldung später allerdings nach einer Stellungnahme der AKP-Regierung, die wohl das Ausmaß des Massakers verschleiern wollte, wieder zurück.
Zu dem dritten Wohnhaus, in dem sich 31 Menschen befanden, gibt es seit nunmehr 12 Tagen keinerlei Kontakt mehr. Zuletzt wurde berichtet, dass sieben Menschen aufgrund ihrer Verletzungen in dem Gebäude ums Leben gekommen und mindestens 15 weitere Menschen verletzt sind. Das türkische Militär lässt trotz unzähliger Aufforderungen keine Krankenfahrzeuge in die Nähe des Gebäudes.

Sarıyıldız: Falsche Zahlen werden den Kern dieser Gräueltat nicht verändern

Der HDP-Abgeordneter Faysal Sarıyıldaz, der sich zur Zeit in der Stadt Cizîr (türk. Cizre) in der Provinz Şirnex (türk. Şırnak), sprach mit ANF über die aktuelle Lage in der Stadt und über das Massaker an den verwundeten Menschen, die seit Tagen in einem Keller im Viertel Cudi gefangen sind.
Sarıyıldız erklärte folgendes: „Nach den Berichten über die Massenhinrichtung letzter Nacht, kam es zu einer gewaltigen Explosion in der Stadt. Wir haben später erfahren, dass 7 Leichname in ein Krankenhaus eingeliefert wurden, wo, wie man sagt, das Personal in einem Raum eingesperrt wurde und die türkischen Truppen die Kontrolle über das Krankenhaus übernommen haben. Wir wissen nicht, ob diese 7 Menschen verwundet oder ermordet wurden. Wir mussten bereits erfahren, dass über 9 Menschen in einem Gebäude, in dem sie gefangen waren, bei lebendigem Leib verbrannt sind. Laut der bisherigen Informationen, die uns über indirekte Wege erreichten, sind noch weitere verbrannte Leichname entdeckt worden. Diese Menschen wurden durch die türkische Armee verwundet, festgesetzt und eingekesselt. Der Panzerbeschuss löste dann ein Feuer in den oberen Stockwerken des Gebäudes aus. Wir können bisher keine genauen Angaber darüber machen, wie viele Menschen dort letzte Nacht hingerichtet wurden."
Der HDP Parlamentsabgeordnete berichtete außerdem, dass Soldaten und Spezialeinheiten der Polizei in die Stadt gekommen sind, zwei kommunale Krankenwagen beschlagnahmt und damit die Leichname aus dem Viertel Cudi geholt haben. Er erklärte, dass 30 verbrannte Leichname in ein Krankenhaus eingeliefert wurden, was nun auch von der türkischen Seite bestätigt wurde.
Bezüglich der Stellungnahme des Gouverneurs Büros, dass „10 Terroristen neutralisiert wurden", erklärte Sarıyıldız folgendes: „Der offizielle staatliche Fernsehsender TRT sagte letzte Nacht, das 60 Menschen getötet wurden. Später hieß es 30 Menschen und nun sind es laut dem Gouverneurs Büro nur noch 10. Sie mögen die Zahlen herunterspielen, um die öffentliche Reaktion und Meinung klein zu halten, aber die Tatsache ist, dass hier ein brutales Gemetzel stattgefunden hat. Falsche Zahlen werden den Kern dieser Gräueltat nicht verändern".

Körper der Todesopfer verstümmelt und nicht identifizierbar

Bisher wurden insgesamt 27 verbrannte und verstümmelte Leichname vom Ort des Massakers geborgen, das türkische Staatskräfte vor 2 Tagen in einem Keller der Stadt Cizîr (türk. Cizre) in der Provinz Şirnex (türk. Şırnak) verübten. Die Leichname wurden am Dienstag von kommunalen Krankenwagen in das staatliche Krankenhaus in Cizîr verbracht, nachdem die Rettungskräfte endlich die Erlaubnis bekamen das Haus, in dem das Massaker stattfand zu betreten.
12 Leichname wurden später nach Şirnex, 7 nach Riha (türk. Urfa) und 8 nach Mêrdîn (türk. Mardin) gebracht. Diese wurden aus dem zweiten Gebäude und dessen Umgebung geborgen, in dem ebenfalls ein Massaker an den Menschen begangen wurde, die im Keller Schutz gesucht hatten.
Laut den Aussagen derer, die an der Autopsie beteiligt waren, sind die Leichname größtenteils verbrannt und verstümmelt und dadurch nicht identifizierbar. Ein Leichname hatte bei der Einlieferung keinen Kopf und wurde demnach Enthauptet. Bei einer anderen Leiche fehlen beiden Beine.
Es wird davon ausgegangen, dass sich unter den Ermordeten auch der Kovorsitzende des Volksrates von Cizîr Mehmet Tunç befindet. Tunç hatte die Öffentlichkeit überhaupt erst über das Drama, das sich in Cizîr im Schatten der Ausgangssperre abspielte, informiert und die Öffentlichkeit dazu aufgerufen, sich für die Rettung der Eingeschlossenen und Verletzten einzusetzen. In einem letzten Kontakt per Handy erklärte er: „ Im Moment warten wir auf den Tod. Mit dem Zusammenbrechen des Hauses wird auch die Menschlichkeit unter den Mauern des Kellers begraben. Aber sie sollen nicht vergessen, eines Tages werden sie dafür vor der Geschichte Rechenschaft ablegen müssen."
Mehmet Tunç legte allen ans Herz niemanden ohne Obduk-

→

Erklärungen:

Innenminister erklärt Menschenrechte zur Verhandlungssache: Wir fordern den Rücktritt von Thomas de Maizière!

Am 12. September 1980 putschte das türkische Militär gegen eine gewählte Regierung. In der Folge verschwanden Hunderttausende in den Knästen der Türkei – misshandelt, gefoltert und über 800 von ihnen hinter Gittern ermordet.
Damals unterstützte die Bundesregierung gemeinsam mit anderen NATO-Bündnispartnern diesen Putsch und schwieg zu den Verbrechen und schweren Verstößen gegen die Menschenrechte. Das war ein Verbrechen. Niemand stellt das heute in Zweifel, es ist gut dokumentiert.
Heute führt die türkische Regierung Krieg gegen die kurdische Bevölkerung im Osten ihres Landes, zerstört die Städte mit schweren Waffen, vertreibt zehntausende Menschen, sie hat bereits mehr als 200 Zivilisten getötet und schafft so neue Fluchtgründe. Selbst Friedensaufrufe werden als „Terrorismus" geahndet und Journalisten droht lebenslange Haft.(...) Die Menschenrechte werden in der Türkei mit Füßen getreten. (...)
Davon unbeeindruckt erklärt Innenminister Thomas de Maizière auf die Frage eines Journalisten, warum eine Kritik der Bundesregierung am Vorgehen der türkischen Regierung ausbleibe: *"Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich, das nicht fortzusetzen. Wir haben Interessen. Die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt."* Und weiter: *"Natürlich gibt es in der Türkei Dinge, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es im Zuge des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt."*
Dazu sagen wir:
• Der Kriegskurs der türkischen Regierung ist fatal und MUSS kritisiert werden.
• Die benannten „Interessen" sind nicht unsere. Wenn die Türkei in einen Bürgerkrieg abgleitet, wird es nur Verlierer geben. Deutschland und die EU werden davon nicht verschont bleiben.
• Es stellt dies einen Ausverkauf der universellen Menschenrechte durch die Bundesregierung und eine politische und moralische Bankrotterklärung dar und ein willentliches Verwerfen der Charta der Vereinten Nationen und des Grundgesetzes der Bundesrepublik. Wenn Menschenrechte

Am 17. Jahrestag seiner Verschleppung fordern wir:

Freiheit für Abdullah Öcalan

Was passiert gerade in Kurdistan?
Der IS terrorisiert Rojava, und sein langjähriger Helfer, der türkische Präsident Erdogan, terrorisiert die kurdischen Gebiete in der Türkei. Erdogan hat sich für Krieg und Staatsterror gegen die Bevölkerung entschieden. Hunderte von toten Zivilisten und zerbombte Städte sind die Bilanz der letzten Wochen – nicht in Syrien, sondern in der Türkei!

Autonomieforderungen
Die Autonomie, die sich die KurdInnen in Rojava (Syrien) erkämpft haben, lässt den türkischen Staat immer aggressiver auf Forderungen nach mehr Selbstbestimmung der KurdInnen in Bakur (Türkei) agieren. Erdogan aber schließt alle Gespräche kategorisch aus und setzt voll auf Bürgerkrieg und eine »militärische Lösung«, die es nicht geben kann. Die einzige mögliche Lösung sind Gespräche über die politischen Forderungen der kurdischen Bevölkerung.

Unermüdlicher Einsatz für den Frieden
Seit vielen Jahren versucht Öcalan, günstigere Bedingungen für eine friedliche, politische Lösung des Konflikts herbeizuführen. Jahrelang führte er mit der türkischen Regierung Gespräche über eine Lösung. 2009 legte er seine »Roadmap für den Frieden« vor. 2013 stoppte sein Aufruf zum Rückzug der Guerilla effektiv den bewaffneten Konflikt in der Türkei. Immer wieder ist er die Stimme des Friedens und der Vernunft.

Isolationshaft statt Gespräche
Doch Erdogan will diese Stimme zum Schweigen bringen. Deswegen ist Öcalan auf der Insel Imrali völlig von der Außenwelt abgeschnitten. 11 Jahre lang war er der einzige Häftling auf der Insel – bewacht von mehr als 1000 Soldaten. Nun ist er einer von 4 Häftlingen in Isolationshaft. Seit Ende Juli 2011 hat Öcalan mit keinem Anwalt sprechen können. Öcalan hält so den »Europa-Rekord« für Haft ohne Zugang zu Anwälten: über 4½ Jahre! Seit April 2015 gab es keinerlei Besuche mehr auf der Insel. Diese Zustände machen Imrali zum schlimmsten der ohnehin berüchtigten türkischen Gefängnisse, zum türkischen Guantanamo.

Öcalans Freiheit ist notwendig
Öcalans Freiheit ist nicht nur eine Forderung von Millionen Kurden. Zusammen mit der Freilassung der anderen politischen Gefangenen stellt sie einen notwendigen Schritt auf dem Weg zum Frieden dar. Öcalan wird allseits als Schlüssel Er hat eine friedliche Lösung auf die Agenda der Kurden gesetzt. Seine »Roadmap« ist der bis dato einzige umfassende Friedensplan. Er muss frei und in der Lage sein zu kommunizieren.

Warum sind wir hier?
Die erneute Totalisolation Öcalans und der Gefängnisinsel Imrali war das Startsignal für die jetzigen Eskalation. Erdogan tut alles, um eine friedliche Lösung zu blockieren. Wir wollen Frieden und eine demokratische Lösung in Kurdistan und der Türkei. Wir halten Öcalan mit seinen Konzepten für eine demokratische Autonomie in einer demokratischen Republik für den Garanten einer solchen Lösung. Wir wollen seine Freiheit, jetzt!
Deshalb:
- Stopp der Massaker in Kurdistan! Sofortige Aufhebung aller Belagerungen und Ausgangssperren!
- Respekt für die kurdischen Forderungen nach Autonomie!
- Nur freie Menschen können verhandeln: Freiheit für Öcalan und alle politischen Gefangenen in der Türkei!
- Isolationsfolter beenden, Imrali schließen!

Frieden in Kurdistan
Flugblatt der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«, Februar 2016

"Botschaft" Rojavas in Moskau eröffnet

In Russlands Hauptstadt Moskau wurde am 10. Februar feierlich eine diplomatische Vertretung der Selbstverwaltung der Demokratischen Autonomie Rojavas (Westkurdistans) eröffnet, anwesend waren sowohl kurdische VertreterInnen, als auch offizielle russische VertreterInnen und PolitikerInnen.
Bei der Eröffnung sprach ANF mit Rojavas Verantwortliche für Außenbeziehungen, Sinam Mohamad, sie sagte, dass heute ein historischer Tag für die Anerkennung des Modells der Demokratischen Autonomie ist, das nunmehr seit drei Jahren in Rojava existiert. Mohamad betonte, dass dieses Projekt, das auf der Geschwisterlichkeit der Völker und auf den grundlegenden Werten von Gleichheit und Demokratie beruht, ein Beispiel für die Lösung des Konfliktes Syriens und des ganzen Mittleren Ostens darstellt. Sie fügte hinzu, dass die Eröffnung einer Botschaft in Moskau einen gewaltigen Schritt hin zu einer stärken Außenbeziehung aufzeigt.
Die nun als Vertreterin der Selbstverwaltung der Demokratischen Autonomie Rojavas in der Russischen Föderation eingesetzte Rodi Osman erklärte, dass sie eine große Wichtigkeit in der Teilhabe und Offenheit für russische PolitikerInnen, offizielle Persönlichkeiten, sowie NGOs, AkademikerInnen und der kurdischen Gesellschaft in Russland sieht.
„Die Eröffnung dieser Botschaft ist eine gewaltiger historischer Schritt für Rojava und Kurdistan. Wir sehen diesen Schritt als eine Grundlage zur Anerkennung der Demokratischen Autonomie und ihrer Selbstverwaltung in Rojava. Dieser Schritt dient der Lösung der Probleme in Syrien und dem ganzen Mittleren Osten."
Die Vertretung ist mehrsprachig beschildert, auf Russisch, Kurdisch, Arabisch und Assyrisch, damit manifestiert die Selbstverwaltung Rojavas die Vielfalt ihrer Völker nun auch in Russland.
(ANF, 10.2., ISKU)

→ Massaker in Cizîr

tion zu beerdigen. Er sagte: „Die AKP verlangt die sofortige Bestattung der Toten um sich rein zu waschen. Und unsere Menschen nehmen es hin. Von jetzt an soll in Cizîr niemand mehr beerdigt werden … Wenn sie die Leichname aus den Kellern holen, dann muss es eine Obduktion geben … 60 Tage schreie ich jetzt schon meine Stimme aus dem Leib. Die Bevölkerung von Cizîr hat alles getan was in ihrer Macht stand. Sie haben ihre eigenen Körper zu Schutzschilden gemacht gegen Panzer, Mörser und Raketen. Daran solle niemand den geringsten Zweifel hegen. Meine Gedanken sind bei jenen, die den Kampf weiter führen werden. Die Bevölkerung von Cizîr hat trotz der Kälte, trotz des Hungers, trotz des Durstes sich nicht gebeugt. Wer bleibt kann mit Stolz unserer gedenken. Ich weiß, sie rücken näher. Die Gefahr, dass sie uns liquidieren, ist spürbar. Gestern kamen sie und riefen ergebt euch, ansonsten verbrennen wir euch alle, ersticken euch da drinnen". Ich weiß nicht was die AKP-Regierung, der Gouverneur oder das Innenministerium macht, aber ich weiß das hier in Cizîr jetzt barbarisches geschieht. An Cizîr wird ein Massaker verübt."
(CA, 11.2./ANF, 8.-10.2., ISKU)

zu Verhandlungsmasse in taktischen Manövern werden, ist das Bekenntnis zu ihnen nur noch eine Farce. Es ist ein offener Bruch der Verfassung.
Wer dies offen vertritt, ist in Regierungsverantwortung einer Demokratie nicht mehr tragbar. Innenminister Thomas de Maizière muss zurücktreten.
Petition bei change.org
(TATORT Kurdistan, 8.2., ISKU)

Ausdruck deutsch-türkischer Komplizenschaft: Razzia im Jugendzentrum Hannover
In den Morgenstunden wurden am11.2 die Räumlichkeiten des „Unabhängige Jugendzentrums" (UJZ) in Hannover durchsucht, nach Angaben der Staatsanwaltschaft Lüneburg aufgrund des Verdachts des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz, weil dort angeblich die PKK unterstützt werde. (...)
Diese gegen Kurd*innen und sich mit ihnen solidarisierende Menschen gerichtete Polizeioperation ist Ausdruck der jüngsten deutsch-türkischen Komplizenschaft und des Krieges, den das AKP-Regime gegen die kurdische Zivilbevölkerung führt.
Durch das Schweigen von Kanzlerin Merkel bei ihrem kürzlichen Besuch in Ankara zu dem grausamen Massaker von Cizre und den Kriegsverbrechen des türkischen Militärs und sogenannter Sicherheitskräfte in zahlreichen anderen kurdischen Städten, sehen sich deutsche Strafverfolgungsbehörden aufgefordert, auch hier wieder gegen Kurd*innen vorzugehen. Vor dem Hintergrund der vielen Proteste gegen den Kriegskurs des türkischen Regimes und der Haltung der Bundesregierung sollen wohl Menschen eingeschüchtert und kriminalisiert werden, die sich mit den Kurdinnen und Kurden gegen diese Politik und „schmutzigen Deals" solidarisieren.
AZADÎ verurteilt diese Razzia scharf und erklärt sich solidarisch mit den Kurdinnen und Kurden und allen, die ihren Widerstand gegen Krieg und Unterdrückung zum Ausdruck bringen wollen: Nicht in unserem Namen.
(AZADÎ e.V., 11.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank
IBAN: DE42370100500003968506
BIC: PBNKDEFF
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter: **www.isku.org**

Nr. 757
19. Februar 2016

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkische Schuldzuweisung nach schwerem Anschlag in Ankara zur Vorbereitung einer Intervention in Rojava/Syrien

Eine absehbare Beschuldigung

Schon am Morgen nach dem verheerenden Anschlag in Ankara, bei dem mindesten 28 Menschen ums Leben gekommen sind, haben die Ermittlerteams der türkischen Sicherheitskräfte ganze Arbeit geleistet und den scheinbar Verantwortlichen bereits ermittelt: Demnach ist der Täter ein 24-jähriger namens Salih Neccar, geb. 1992 in der nordsyrischen Stadt Amudê. Das ließ der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu am Donnerstag verlautbaren. Neccar habe sich selbst in die Luft gejagt und sei – welch Überraschung! – Mitglied der YPG (Volksverteidigungseinheiten, Teil der Demokratischen Kräfte Syriens).

Dass die türkischen Behörden in ihren Ermittlungen nach Anschlägen dieser Art immer sehr schnell Ergebnisse präsentieren können, ist nichts Neues. Oft kommen dann die Täter zufällig genau aus demjenigen politischen Milieu, auf welche sich die politischen Verantwortlichen gerade eingeschossen haben. So auch dieses Mal. Die Türkei beschießt seit Tagen in Rojava und Nordsyrien diejenigen Gebiete, die von den Demokratischen Kräften Syriens kontrolliert oder jüngst aus den Händen islamistischer Organisationen wie der Al-Nusra Front oder Ahrar-al Sham befreit worden sind (siehe S. 2). Gegen diesen Beschuss der Türkei, bei dem auch mehrere Menschen ums Leben gekommen sind, regte sich internationaler Protest. Doch die Türkei bemühte sich der Welt klar zu machen, dass es sich um „Terroristen“ handele, gegen welche sie vorgeht. Leider fehlten ihr dafür die nötigen Argumente, um ihr eBehauptungen zu stützen. Und letztlich profitierte, neben den von der Türkei gesteuerten, und gerne auch in Deutschland als „gemäßigte Opposition“ betitelten Islamisten, der Al-Nusra Front und Co., auch der Islamische Staat (IS) von den Angriffen der Türkei. Denn gegen keinen Kampfverband hat der IS größere Gebietsverluste in Syrien hinnehmen müssen, wie gegen die Demokratischen Kräfte Syriens.

„Davutoğlu will mit dieser Behauptung die Grundlage für eine Intervention in Rojava erschaffen“

Nun versucht die Türkei aus dem Anschlag in Ankara verzweifelt und äußerst unrühmlichen politischen Profit herauszuschlagen, indem sie mit dem Finger auf die YPG zeigt. Auch wenn es auf Behauptungen wie diese keiner Reaktion bedarf, meldete sich der PYD Co-Vorsitzende Salih Muslim beim arabischsprachigen Nachrichtensender Skynews Arabî zu Wort und erklärte, dass weder der vermeintliche Attentäter Salih Neccar mit ihnen etwas zu tun hat, noch die YPG in irgendeiner Weise mit diesem Anschlag in Verbindung zu bringen ist.

Auch die YPG selbst meldete sich am Donnerstagmittag zu Wort und erklärte, dass sie mit diesem Anschlag in absolut keiner Weise etwas zu tun haben. „Davutoğlu will mit dieser Behauptung die Grundlage für eine Intervention in Rojava und Syrien erschaffen“, heißt es weiter. Zudem macht die YPG in ihrer Erklärung darauf aufmerksam, dass von Seiten der YPG auch an der syrisch-türkischen Grenze zu keinem Zeitpunkt eine Aggression gegen die Türkei ausgegangen ist. „Und das wissen das türkische Militär und die AKP am besten“, so die YPG.

(CA, 18.2., ISKU)

Kurdischer Aktivist Muhlis K. in Düsseldorf festgenommen

Am 6. September 2011 hat das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) den Generalbundesanwalt ermächtigt, kurdische AktivistInnen gemäß § 129b Abs. 1 in Verbindung mit § 129a Abs. 1 Strafgesetzbuch strafrechtlich zu verfolgen, die mutmaßlich als Deutschlandverantwortliche oder Verantwortliche für in Deutschland bestehende PKK-Gebiete tätig sind bzw. waren. Sie werden – wie in der Türkei – der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ beschuldigt.

Die Linksfraktion im Bundestag richtete eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zu Auskünften über die „Verfolgung sogenannter ausländischer terroristischer Vereinigungen aus der Türkei“ (BT-Drucksache 18/7228). Wie das BMJV am 26. Januar 2016 u a. mitteilte, sind „zwischen April 2011 und September 2015“ insgesamt 17 Ermächtigungen gegen Kurden wegen ihrer politischen Aktivitäten für die PKK erteilt worden.

Einer von ihnen ist Muhlis K., der am 16. Februar in Düsseldorf festgenommen wurde und am Mittwoch dem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe zur Eröffnung des Haftbefehls „vorgeführt“ wurde.

Auf die Frage, aus welchen Quellen das notwendige Wissen für die Strafverfolgung nach § 129b stamme, verwies das BMJV in seiner Antwort u. a. auf „bilaterale Gespräche“ des Auswärtigen Amtes mit dem türkischen Außenministerium, des Bundesinnenministeriums mit dem türkischen Innenressort sowie zwischen deutschen und türkischen Sicherheitsbehörden.

Der bis heute ungelöste türkisch-kurdische Konflikt, dessen Lösung vor einigen Jahren in greifbare Nähe gerückt war, im Sommer 2015 aber vom AKP-Regime beendet wurde und dessen militärische Eskalation sich derzeit vor den Augen der Weltöffentlichkeit abspielt, ist für die Strafverfolgungsbehörden kein Grund zur Änderung ihres Vorgehens gegen Kurdinnen und Kurden. Mehr denn je können sie sich auf eine politische Rückendeckung verlassen.

Wo sind die mutigen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte oder Richterinnen und Richter, die angesichts des staatsterroristischen Vorgehens von Präsident Erdoğan und seines Ministerpräsidenten Davutoğlu gegen die eigene Bevölkerung nicht mehr bereit sind, direkt und indirekt Handlangerdienste für dieses Regime zu leisten? AZADÎ fordert die Abschaffung der Verfolgungsermächtigungen nach §129b durch das BMJV, die Einstellung aller politisch motivierten Verfahren und die Freilassung der bislang sieben Gefangenen, die sich in Straf- bzw. U-Haft befinden. *(Azadî e.V., 17.2., ISKU)*

Erklärung:

Delegation der Vereinten Nationen nach Cizîr gefordert

Brief des HDP-Abgeordneten von Şirnex (Şırnak), Faysal Sarıyıldız, an das Generalsekretariat der Vereinten Nationen, an den Internationalen Gerichtshof und den Ministerrat des Europäischen Parlaments:

“Auf Befehl der Regierung und mit Beschluss des Gouverneurs von Şirnex ist im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ am 14.12.2015 in Şirnex im Kreis Cizîr (Cizre) die Ausgangssperre verhängt worden. Aufgrund der Ausgangssperre, die im Widerspruch zur türkischen Verfassung, nationaler Gesetze und internationalen Vereinbarungen steht – denen auch die Türkei verpflichtet ist – sind die Bürger vieler Rechte wie dem Recht auf Leben, auf Gesundheit, auf Ausbildung, der Erreichbarkeit und Reisefreiheit beraubt worden. Staatliche Kräfte begehen in Cizîr Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Während der Ausgangssperre sind die Regeln der Menschenrechte verletzt worden. Sämtliche Regeln des Positiven Rechts waren geradezu ausgehebelt.

In Cizîr wurde unter dem Synonym Ausgangssperre eine Blockade praktiziert, bei der von Seiten staatlicher Sicherheitskräfte Panzer und anderes schweres Gerät gegen das Zentrum des Kreises eingesetzt wurde. Es gibt Hinweise, dass bei den Angriffen möglicherweise auch chemische- und flammenwerfende Waffen zum Einsatz gekommen sind. Autopsieberichte belegen, dass eine Großzahl derer, ihr Leben wegen des Feuers verloren haben, und auch ihre Körper dabei erheblich verbrannten.

In den 64 Tagen, die die Ausgangssperre andauerte, haben in Cizîr 80 Menschen, deren Identität bereits festgestellt werden konnte, und weitere 129 Menschen, bei denen zurzeit die Identitätsfeststellung andauert, ihr Leben verloren. Außerdem wurden hunderte Menschen aufgrund des Schusswaffengebrauchs verletzt. Durch Kugeln und Granatsplitter verletzte Bürger konnten tagelang nicht ins Krankenhaus gebracht werden. Im Namen der „Sicherheit“

Türkische Armee bombardiert Rojava

Die türkische Armee hat in Rojava die beiden Dörfer Malkiyê und Tinib bombardiert. Bei den Angriffen, die 12. Februar gegen Mittag begannen, sind viele Zivilisten verletzt worden. Die Türkei beruft sich bei dem Angriff auf „ihr Recht auf Selbstverteidigung“. Sie wären „provoziert“ worden und hätten deshalb zum „Gegenschlag“ ausgeholt wie Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu erklärte.
Zu den Hintergründen: Am 11. Februar haben YPG und Ceyş El Suwar (Revolutionäre Armee) die Kontrolle über den der Militärstützpunkt Menagh und das Dörf Minih erlangt und im Anschluss die Kontrolle al Qaider naher Kräfte über die nahe gelegenen Dörfer Merinaz, Kefer Entuwan und Elqemiya beendet. Der Militärstützpunkt Mengah liegt im Dreieck zwischen Azaz, Afrin und Halep (Aleppo). Dabei war auch die Verbindung zwischen der Türkei und Halep unterbrochen worden.
Davutoğlu erklärte, er habe gegenüber dem Vizepräsidenten der USA, Joe Biden, erklärt: „Die YPG hat sich umgehend von Azaz und Umgebung zu entfernen, wage sich keinesfalls auch nur in deren Nähe. Wage es nicht noch einmal, den Korridor (nach Halep) zu unterbrechen. Sie solle nicht mal daran denken, den Flughafen von Minnak gegen die Türkei oder die Opposition nutzen zu wollen und habe umgehend den Flughafen zu verlassen.“
Ceyş El Suwar ihrerseits verurteilte die Angriffe der Türkei aufs schärfste und erklärte: „Sollte die Türkei die Intention haben unseren Boden zu besetzen, dann werden wir bereit sein unseren Boden und unser Volk zu verteidigen. So wie wir gegen das Baath Regime Widerstand leisten, so werden wir auch gegen jeglichen Versuch der Besatzung durch den türkischen Staat Widerstand leisten“.
Nach Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP habe die USA die Türkei aufgefordert, die Bombardierungen der Dörfer einzustellen. Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, John Kirby, erklärte: „Wir sind besorgt über die Ereignisse um Halep. Wir tun alles in unserer Macht stehende um die Situation zu entspannen. Wir legen beiden Seiten nahe sich auf den gemeinsamen Feind zu fokussieren.“
Nun liegt auch eine Erklärung des offiziellen Sprechers der YPG des Kantons Afrin, Firat Xelîl, vor. Firat Xelîl erklärte im Namen der YPG: „In den 4 Jahren (sie wurde vor 4 Jahren gegründet) ist weder von Afrîn aus noch aus einem der anderen Gebiete Rojavas auch nur eine Kugel in Richtung türkischen Staat abgefeuert worden“. Nach seinen Angaben ist die Ceyş El-Suwar im Vormarsch. Das gefalle der Türkei nicht weshalb sie Stellungen der Ceyş El-Suwar und zivile Ortschaften mit teils schwerem Gerät beschieße. Sie habe den Beschuss auch am 14. Februar fortgesetzt. Wie Xelîl Firat angibt sind durch die Angriffe der Türkei „mehrere Kämpfer der Ceyş El Suwar verletzt worden.“

(ANF/Mi 11.-14.2., ISKU)

Massive Angriffe gegen Altstadtviertel Sûr

Seit 80 Tagen hält der Widerstand der Bevölkerung im Altstadtviertel Sûr von Amed den staatlichen Kräften stand. Aber die „Sicherheitskräfte“ gehen immer härter gegen das Viertel vor.
Mazlum Dolan, Mitarbeiter der kurdischen Nachrichtenagentur DIHA, ist gemeinsam mit weiteren 32 Personen in einem Keller in Sûr eingeschlossen. Mittwoch früh kam eine letzte Meldung von ihm. Er berichtete, das sie keine Nahrung, Wasser oder Medikamente mehr haben. Neun von ihnen seien schwer verletzt, sie würden sich in einem kritischen Zustand befinden. Er rief die Bevölkerung auf, sie nicht allein zu lassen und erinnerte an den Kampf um Kobanê, der siegreich geführt werden konnte, weil sich alle erhoben haben. In Sûr sollen 200 Personen eingeschlossen sein. Die Angriffe der staatlichen türkischen Kräfte halte unvermindert an. Die Lage erinnert an das von staatlicher Seite durchgeführte Massaker von Cizîr. Im Centrum von Amed haben Demonstrationen stattgefunden. HDP und DBP hatten dazu aufgerufen. Nach der Rede der HDP-Agbeordneten Sîbel Yîgîtalp griffen die staatlichen Kräfte mit Gas und Wasserwerfern an. Die Bevölkerung baute daraufhin Barrikaden und rief zur Solidarität mit Sûr auf.

(ANF, 17.2, ISKU)

Initiative von EU-Abgeordneten zur Streichung der PKK von der “Terrorliste”

102 Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben eine Unterschriftenkampagne gestartet, in der sie die Europäische Union dazu aufruft, die PKK von der Liste terroristischer Organisationen zu streichen. Zwei der unterstützenden ParlamentarierInnen haben heute vor der Europäischen Kommission in der belgischen Hauptstadt Brüssel eine Pressekonferenz abgehalten. Die HDP Abgeordnete von Bidlîs (türk. Bitlis), Mizgîn Irgat und der Ko-Bürgermeister von Sêrt (türk. Siirt), Tuncel Bakırhan, die sich zur Zeit in Europa für diplomatische Gespräche aufhalten, nahmen ebenfalls an der Pressekonferenz teil.
Vor der versammelten Presse erklärte Marie Christine Vergiat, Ko-Vorsitzende der kurdischen Freundschaftsgruppe im Europäischen Parlament, dass der andauernde schmutzige Krieg in Nordkurdistan (Bakûr), hauptsächlich in Gebieten geführt wird, in denen die AKP kaum Wahlstimmen erhalten hat, die Aggression also eine Art Strafe der AKP Regierung für diejenigen ist, die sich bei den Wahlen gegen die AKP und für die Völkerverständigung entschieden haben. Vergiat sagte weiter, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan bereits eine weitere rote Linie überschritten und verletzt hat, indem er Angriffe auf Rojava ausführen lässt und weiterhin die Einstufung der PKK als Terrororganisation und das damit verbundene Verbot für seine politischen Machtinteressen ausnutzt. Das PKK-Verbot als eine durch und durch politisches beschreibend, erklärte Vergiat, dass sie ihre Bemühungen fortsetzen werden, um die PKK von der Terrorliste zu streichen. Sie betonte, dass die GUE/NGL (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordischen Grünen Linken) immer an der Seite der Völker Kurdistans stehen wird.
Danach sprach die italienische Parlamentarierin Barbara Spinelli ihre Solidarität mit den Völkern Kurdistans, den Menschen in Rojava und den AkademikerInnen für Frieden in der Türkei aus. Sie verurteilte das Schweigen und die Unterstützung der europäischen Staaten gegenüber den Massakern und dem Völkermord durch die türkische Regierung, Spinelli fügte hinzu, dass die türkische Regierung den weltweiten Frieden bedrohe. „Friedensgespräche können nur mit den Rebellen geführt werden, also mit der PKK“.
In Bezug zu den Genfer Gesprächen, äußerte Spinelli, dass es von der EU und den westlichen Ländern töricht war, die KurdInnen nicht einzuladen, da sie die einzige Kraft sind, die den IS erfolgreich bekämpft. Die italienische Parlamentarierin warnte, dass Europa einen moralischen und politischen Selbstmord begeht, falls es sich der Strategie des Erdoğan-Regimes beugt.

(ANF, 16.2., ISKU)

wurde den durch die Angriffe Verletzen verwehrt, ins Krankenhaus gebracht zu werden. Sie waren gezwungen in Häusern und Kellern Schutz zu suchen. Der Öffentlichkeit ist ebenfalls bekannt, dass in den Häusern und Kellern, in denen sich die Verletzten befanden, durch Angriffe Seitens des Militärs und der Polizei duzende Menschen ermordet und verbrannt wurden.
Als Ergebnis der Angriffe der staatlichen Kräfte sind in Cizîr tausende Häuser und Arbeitsstätten verbrannt, zerstört. Die Infrastruktur des Kreises ist vernichtet. Durch die systematischen Angriffe des Staates – mit direkter Zielname der Wohngebiete – sind an die 100.000 Menschen gezwungen worden ihren Wohnsitz zu verlassen.

Der Innenminister der Türkei erklärte am 11. Februar die (Militär-) Operation in Cizîr für beendet, aber die Ausgangssperre dauert weiter an. Ohne operative Aktivitäten kann das Andauern der Ausgangssperre nur der Beseitigung von Beweisen dienen. Aufgrund des Verbotes wird Abgeordneten, Menschenrechtsorganisationen und NGOs der Zugang zur Kreis(stadt) verwehrt.

Wir tragen ernsthafte Sorge, dass Beweise und Spuren, die den Einsatz von chemischen und flammenwerfenden Waffen von Seiten des Staates während der Ausgangssperre belegen, vernichtet werden könnten. Deshalb fordern wir jetzt, wo die Beweise und Spuren noch nicht vernichtet und verwischt sind, die Entsendung einer Delegation der Vereinten Nationen nach Cizîr, um die Vorwürfe vor Ort zu untersuchen“

(ANF, 14.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad
Mi	Milliyet

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank
IBAN: DE42370100500003968506
BIC: PBNKDEFF
Weitere Informationen findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 758
26. Februar 2016

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Beschuss und Belagerung von Sûr/Amed halten weiter an

Auch am 86. Tag der Ausgangssperre und Blockade über Sûr durch das türkische Militär dauern die Bombardierungen unvermindert an. Reyhan Kavak, eine Mutter die mit ihren Kindern in einem der Häuser festsitzt berichtet, während der Lärm der Explosion einer Granate am Handy zu hören ist: „Sie ist im Nachbarhaus eingeschlagen. Wir sind zu 18. im Haus. Mit den anderen Zivilisten bekommen wir keinen Kontakt. Wir wohnen im ersten Stock, das Haus hat keinen Keller und sie bombardieren es. Kurz zuvor haben sie eines der Zimmer getroffen und zerstört. Wir sind in den zweiten Stock. Auch dort haben sie die Fenster zerstört, die Wände sind durchschlagen. Von dort sind wir dann auf den Zwischenflur ausgewichen."

Die Bombardierung von Sûr dauerte den ganzen Tag über an. Die HDP-Abgeordnete von Amed (Diyarbakir), Siebel Yigitalp, erklärte: „Es gibt durch die über den Tag anhaltenden Bombardierungen viele Verletzte unter den Zivilisten. Unter den Verletzten ist auch ein Kind. Ihm wurde ein Finger abgerissen. Weil die Verbindung nach Sûr nur schwer herzustellen ist liegen keine weiteren Kenntnisse über Anzahl der Verletzen und Ausmaß der Verletzungen vor.

Unterdessen haben Hatip Dicle (Co-Vorsitzender der DTP), Kamuran Yüksek (Co-Vorsitzender der DBP), Sara Aktaş (Mitglied der Koordination von KJA), Ömer Önen (Co-Kreisvorsitzender der HDP von Amed), Gültan Kışanak (Co-Bürgermeisterin von Amed) und Fırat Anlı gemeinsam eine Pressekonferenz abgehalten. Es wurde dazu aufgerufen, die täglich um 19 Uhr sattfindende Lärmaktion ohne Unterbrechung bis zur Aufhebung der Blockade von Sûr fortzusetzen. Außerdem riefen sie zur massenhaften Teilnahme an einer Pressekonferenz am 27. Februar in Amed auf. Um ein Massaker wie in Cizîr (Cizre) zu verhindern, sind jeder und jede dazu aufgerufen, am 27. Februar nach Amed zu kommen.

Letzen Meldungen zu Folge haben türkische Sicherheitskräfte die englische Parlamentarierin Natalie McGray festgenommen. Sie war in Sûr, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen.

(ANF/BN, 25.2., ISKU)

Newroz 2016 – Den Widerstand für Frieden und Demokratie im Mittleren Osten stärken!

Aufruf zur Teilnahme an der Newrozdelegation 2016

Dem Mythos zufolge markiert das Newrozfest die Befreiung des medischen Volks unter der Führung des Schmieds Kawa von der Unterdrückung des Großassyrischen Reichs, das vom Tyrannen Dehak beherrscht wird. Newroz – der 21. März, ist somit nicht nur Fest des Frühjahrsbeginns, welches zugleich von vielen Völkern des Mittleren Osten als Neujahr betrachtet wird. Es ist aus Sicht der kurdischen Bevölkerung auch der Tag des Widerstands gegen Tyrannei und Unterdrückung.

Historisch wird die Befreiung der Meder vom Assyrischen Reich auf das Jahr 612 v. Chr. datiert. Über 2600 Jahre nach diesem Ereignis markiert das Newrozfest erneut einen Tag gegen die Tyrannei und Unterdrückung eines Regimes, das der gesamten kurdischen Bevölkerung den Krieg erklärt hat. Das Regime Erdoğan verfolgt, bombardiert und massakriert nicht allein Kurdinnen und Kurden innerhalb des türkischen Staatsgebiets in Nordkurdistan. Es attackiert auch die Selbstverwaltung von Rojava, droht mit einer Intervention in das Gebiet der Demokratischen-Autonomen Selbstverwaltung im Norden Syriens und provoziert damit, den Krieg in der Region auf eine neue Dimension zu tragen.

Doch jede Tyrannei führt unweigerlich auch zum Widerstand. Dieses Gesetz ist mindestens so alt wie das Newrozfest. Und so wird auch dieses Newrozfest zu einem Zeichen des kollektiven Widerstands gegen die Kriegs- und Unterdrückungspolitik des AKP-Regimes darstellten.

Wie in den vergangenen Jahren auch, werden rund um den 21. März in allen größeren Städten Nordkurdistans Newrozfeierlichkeiten stattfinden. Wir rufen alle solidarischen Kreise dazu auf, am diesjährigen Newrozfest in Kurdistan teilzunehmen und dort Teil des gemeinsamen Widerstands zu werden. In diesem Jahr ist es besonders wichtig, dass möglichst viele internationale Delegationen am Newrozfest teilnehmen, weil nur durch ihre Präsenz eine internationale Beobachtung der Feierlichkeiten gewährleistet werden kann.

Gastgeberin der internationalen Delegationen wird die Demokratische Partei der Regionen (DBP) und die Stadtverwaltung von Amed sein. Wir empfehlen allen Interessierten, dass diese für die Reise den Zeitraum vom 16.3. bis zum 22.3. einplanen. Es wird für diesen Zeitraum ein gemeinsames Reiseprogramm für die TeilnehmerInnen organisiert. Flug- und Übernachtungskosten müssen von den TeilnehmerInnen selbst getragen werden. Als Richtwert für die Kosten der Teilnahme kann bei Unterbringung in einem Standardhotel und inkl. der Flugkosten von 450€ bis 500€ pro Person ausgegangen werden. Zusätzlich sollte je nach individuellem Bedarf Taschengeld eingeplant werden. In den Hotels wird i.d.R. nur das Frühstück gestellt. Da Hotelplätze während der Newrozzeit knapp sind, lohnt sich eine frühe Anmeldung.

Der Anmeldeschluss ist am 6. März. TeilnehmerInnen sollten ihre Flüge direkt nach der Anmeldung selbst buchen. Die Hotelreservierungen können wir nach der Buchung des Flugs übernehmen.

Alle Interessierten können sich direkt an NAV-DEM wenden.
Die Kontaktdaten lauten:
Mail: info@navdem.com
Tel: 0211 17 11 451
Mobil: 0157 33 88 12 94

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V.

Meldungen:

Neapel zeichnet Öcalan mit Ehrenbürgerschaft aus

Im Rahmen einer offiziellen Zeremonie wurde Abdullah Öcalan in Neapel zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. An der Ernennung nahmen neben dem Bürgermeister Luigi de Magistris, Mitglieder der Stadtverwaltung, ein Rechtanwalt Öcalans Carmine Malinconico, die HDP-Abgeordnete Dilek Öcalan, das Kurdistan Informationsbüro und Mitglieder von Solidaritätskomitees teil.

Die Verleihung der Ehrenbürgerschaft ist eine Reaktion auf die Verschwörung, die zu der Entführung und Festnahme am 15. Februar 1999 führte.

Bei der Zeremonie wurde auch die Totalisolation Öcalans auf der Gefängnisinsel Imrali verurteilt. Es wurde betont, dass ein dauerhafter Frieden ohne Öcalan nicht möglich sei.

Ebenso wurden die jüngsten Massaker, die der türkische Staat in Nordkurdistan durchführte, verurteilt. Der Bürgermeister von Neapel grüßte den Widerstand in Kurdistan und erklärte, dass Neapel, eine Stadt des Friedens, auch gegen den Faschismus gekämpft habe.

Nach der Zeremonie gab es noch ein Konzert, auf dem die Ehrenbürgerschaft gefeiert wurde. 500 Menschen nahmen daran teil.

Neapel ist nun die zweite Stadt in Italien, die Abdullah Öcalan mit einer Ehrenbürgerschaft ausgezeichnet hat. Bereits am 14. Dezember 2015 ernannte die sizilianische Stadt Palermo Öcalan zum Ehrenbürger, stellvertretend für das kurdische Volk.

(ANF, 17.2., ISKU)

Türkei soll Chemiewaffen gegen Guerilla auf Berg Bagok eingesetzt haben

Bei einem Angriff der türkischen Luftwaffe auf dem Berg Bagok wurden 4 Guerillakämpfer der HPG (Hêzên Parastina Gel – Volksverteidigungskräfte) getötet. ZivilistInnen, die die getöteten Guerilla geborgen haben, berichten nun über Reizungen an Augen und Nase, sowie über Hautausschlag, dies sei ein Anzeichen für den Einsatz chemischer Waffen durch die Türkei.

Demnach haben türkische Kampfflugzeuge den Berg nahe der Stadt Nisêbîn (türk. Nusaybin) in der Provinz Şirnex (türk. Şırnak) am 17. Februar bombardiert und dabei 4 Guerillakämpfer der HPG getötet. ZivilistInnen, die das mittlerweile als „spezielle Sicherheitszone" dekla-

Traurige Nachricht aus Kurdistan

"Die Revolution ist nicht nur Krieg und Waffen tragen, die Revolution bedeutet, das Leben richtig zu verstehen. Um dieses Leben zu verteidigen, und die Werte der Menschlichkeit, sind wir bereit, in diesem schwersten Krieg Erfolg zu haben."

Günter Hellstern

Nun ist es offiziell, dass am Dienstag ein weiterer deutscher Internationalist in Al Shadadi in der Provinz Heseke gefallen ist. Sein Klarname ist Günter Hellstern, sein Kampfname Rustem Cudi. Günter war 55 Jahre alt, hat 30 Jahre bei der Bundeswehr und der Fremdenlegion gekämpft. In dem Film berichtet er, dass er Vater eines Sohnes ist. "Ich musste hierherkommen", sagte er. Nachdem er die Grausamkeiten von Daisch im Internet gesehen hatte, konnte er nicht anders, als zur YPG zu gehen. (…) "Ich kämpfe hier nicht für mich oder für Deutschland oder für irgendeinen Privatmann, oder sonst irgendwas, ich kämpfe für das kurdische Volk, das neue System hier mit der Rätestruktur, Kommunestruktur, das alles funktioniert wirklich. Kobani funktioniert schon so."

Es heisst, sein Bataillon wurde gerufen, um eine Schule in Shadadi einzunehmen, die von Daisch gehalten wurde, Es kam zu einem heftigen Gefecht, als einer seiner Genossen verletzt wurde, rannte er nach vorne, um ihm zu helfen. Während er ihm half, wurde er durch einen Scharfschützen getroffen.

Er wird einen Platz in den Herzen der Freiheitsliebenden einnehmen.

Seiner Familie herzliches Beileid.

(ISKU, 25.2.)

QSD unterstützen Waffenruhe in Syrien

Die Generalkommandantur der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) erklärte, dass sie die am 22. Februar zwischen Russland und Amerika zustande gekommenen Übereinkunft der Waffenruhe in Syrien achten werden. In ihrer Erklärung heißt es: „Wir betrachten diesen Vorschlag als positiven Schritt für eine friedliche und demokratische Lösung. Wenn sich an die Übereinkunft gehalten wird, dann werden auch die in uns vereinten Kräfte sich an die Waffenruhe halten. Unsere Kräfte werden sich im Falle eines Angriffs, von wem er auch kommen mag, (allerdings) verteidigen." Im Verlauf der Erklärung der QSD heißt es weiter: „Wir achten die Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie zum Erfolg führt für eine politische Lösung. Wir werden unseren Teil dazu beitragen ein vereintes und demokratisches Syrien aufzubauen. Wir halten die Waffenruhe für eine gute Grundlage, um in Syrien eine Hinwendung zu einer friedlichen und demokratischen Politik zu ermöglichen. Auf der Grundlage rufen wir alle bewaffneten Kräfte dazu auf die Waffenruhe zu beachten."

Unterdessen gehen die Angriffe der Türkei auf Rojava, die am 24. Oktober 2015 begannen und sich seit dem 13. Februar dieses Jahres erheblich verstärkten, unvermindert weiter. Erst gestern wurde das Dorf Şadiya (Kreis Şera) das zu Afrîn gehört und drei weitere Dörfer des Kreis Reco von Afrîn von der Türkei mit Mörsern und von Panzern beschossen.

Der türkische Ministerpräsident Davutoğlu erklärte dann auch am Donnerstag: „Die Waffenruhe ist etwas, dass Syrien im Inneren betrifft. Wenn es um die Sicherheit der Türkei geht, werden wir, ohne jemanden (um Erlaubnis) zu fragen, alle notwendigen Maßnahmen ergreifen. … Wenn es um die Sicherheit der Türkei geht ist die Waffenruhe für uns nicht bindend."

(ANF, 25.2., ISKU)

Spinelli: Die PKK als terroristisch zu bezeichnen hat politische Gründe

Bei einer Presseerklärung im Europäischen Parlament bezeichnete die italienische Abgeordnete im Europäischen Parlament Barbara Spinelli (Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) die Einstufung der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) als „terroristische Organisation" für politisch motiviert.

Frau Spinelli sprach auf der Pressekonferenz, die als Teil der Petitionskampagne von europäischen ParlamentarierInnen zur Streichung der PKK von der Liste der „terroristischer Organisationen" der Eurpäischen Union (EU) durchgeführt wurde. Die Unterschriftenaktion fordert die Streichung der PKK von dieser Liste, da sie, die PKK, ein entscheidender Akteur für eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage ist. Aus diesem Anlass wurde am Dienstag vor dem Europäischen Parlament eine Presseerklärung abgehalten und die Petition wurde bis jetzt von 114 ParlamentarierInnen unterschrieben.

In ihrer Rede unterstrich Spinelli die Fixierung des türkischen Staates auf das kurdische Volk und die derzeitige Barbarei in Kurdistan und sagte weiter, dass die Suche nach Gerechtigkeit unabhängig von Zeit und Raum sei. Die KurdInnen sind die Hauptkraft im Kampf gegen den IS (Islamischen Staat) im Mittleren Osten und die Türkei greife gegenwärtig diese kurdischen Kräfte an, so die Italienerin.

Auf Fragen von JounalistInnen zur Explosion in Ankara sagte der zypriotische Abgeordnete des EU-Parlaments Costas Mavrides (Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament), das der Präsident Erdoğan alles tun würde um zu beweisen, das er recht hat, selbst seine eigenen Bürger töten. Mavrides errinnerte nochmal daran, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die YPG (Volksverteidigungseinheiten) nicht als terroristische Organisation ansieht und erklärt weiter, dass der türkische Staat versucht, Gründe für einen Beschuss von Rojava zu erzeugen.

Auf die Behauptung, dass die Mehrzahl der türkischen ZivilistInnen gegen die PKK wären, antwortete Barbara Spinelli, dass auch die Mehrheit der ItalienerInnen Musollini unterstützt haben, jedoch kurz darauf mit revolutionären Kräften zusammengearbeitet haben. Eine ähnliche Situation konnte im Fall der IRA (Irisch Republikanische Armee) in Irland gesehen werden und die Situation in der Türkei war nicht anders, sagt Spinelli weiter.

Mavrides antwrtete auf die Frage, wie europäische Länder wie Frankreich und Deutschland aufhören könnten die Barberei von Erdoğan zu unterstützen, das der türkische Präsident den europäischen Ministern mit der Flüchtlingskrise droht. Weiter sagt er, dass die EuropäerInnen aufgrund der geopolitischen Bedeutung der Region Völker wie die KurdInnen als Gegensatz zum Regime in der Türkei unterstützen sollten. Er fügte hinzu, dass die Unterstützung der KurdInnen mehr leben retten und zudem mit den republikanischen Werten von Europa übereinstimmen würde.

Zum Schluss machte Spinelli nochmal deutlich, dass Russland und USA Rojava betreffend zu einer Einigung gekommen seien. Die Türkei könnte aufgrund ihrer fehlgeschlagenen Politik und weil sie in die Enge getrieben sei, noch grausamer handeln könnte.

(ANF, 24.2., ISKU)

rierte Gebiete betraten, um die getöteten Guerillakämpfer zu bergen, weisen mittlerweile Reizungen an Augen und Nase auf, sowie größere Hautreizungen.

Ein Mitglied der Stadtverwaltung von Nisêbîn, Şefik Duman erklärte, dass sie sich auf den Weg zum Berg Bagok machten, nachdem ein Hirte die Leichname der Guerilla entdeckte. Als sie den Ort erreichten bemerkten sie, dass die Erde und die Felsen rund um die Leichname verfärbt waren. Sie schlossen daraus, dass es dort zum Einsatz chemischer Waffen kam.

Duman betonte, dass er nach der Bergung der Leichnam Anzeichen einer Allergie bei sich bemerkte und dies auch bei den anderen ZivilistInnen auftrat, die mit ihm auf den Berg kamen. Die betroffenen Person zeigten Anzeichen von Reizungen an Augen und Nase, sowie Hautausschläge. Duman fügte hinzu, dass der ihn behandelnde Arzt seine Vermutung bestätigte, dass die Symptome auf den Gebrauch chemischer Waffe zurück zu führen sei. BewohnerInnen der zum Berg nahe gelegenen Dörfer klagen mittlerweile ebenfalls über ähnliche Symptome.

(ANF, 22.2., ISKU)

TAK bekennen sich zu Anschlag in Ankara

Die Freiheitsfalken Kurdistans (TAK – Teyrêbazên Azadiya Kurdistan) haben sich zum Anschlag auf den Militärkonvoi in der türkischen Hauptstadt Ankara bekannt.

Die TAK erklärten, dass der Anschlag von Abdulbaki Sönmez, Kampfname Zinar Raperin, geborgen 1989 im Stadtteil Gürpınar in Wan (türk. Van) ausgeführt wurde. Dies wurde inzwischen durch genetische Untersuchungen bestätigt und damit die türkische Regierung der Lüge überführt, die unmittelbar nach dem Anschlag ein angebliches Mitglied der YPG als Täter präsentiert und damit die weitere militärische Eskalation in Richtung Rojava begründet hatte.

(ANF, 19.2., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
BN	Besta Nuçe

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 759
4. März 2016

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

HDP: Wir müssen ein Massaker in Sûr stoppen

Bis zum heutigen Tage sind in 21 Landkreisen einschließlich vieler Stadtteile von 7 kurdischen Provinzen 58 mal Ausgangssperren verhängt und 290 EinwohnerInnen ermordet worden. Der Ausnahmezustand und damit eine Ausgangssperre in Sûr, ein Stadtteil von Diyarbakir, wird schon seit 90 Tagen aufrecht erhalten. Der Gouverneur von Diyarbakir hat am 2.12.2015, ohne irgendein ein gesetzliches oder verfassungsrechtliches Fundament eine Ausgangssperre in Sûr ausgerufen. Seit dieser Ausgangssperre sind in Sûr 24 zivile Opfer zu beklagen.

Der Stadtteil Sûr gilt aufgrund kultureller, soziologischer und wirtschaftlicher, sowie der geschichtlicher Hintergründe als das Herz von Diyarbakir. Der momentan ausgerufene Ausnahmezustand in Sûr gleicht einer Armeefestung, da es vom türkischen Militär eingekesselt ist. Die Ausgangssperren wiedersprechen der türkischen Verfassung, in dem das Recht auf Leben, Gesundheit, Bildung und Reisefreiheit den Menschen als Grundrecht zugesichert wird. Es widerspricht zu dem der Meinungsfreiheit, die der Staat den BürgerInnen gewähren sollte.

Sûr ist mittlerweile ein Stadtteil geworden, an dem das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben aufgehört hat zu existieren, weil die Menschen von Trinkwasser und Elektrizität abgeschnitten, die Apotheken und Bäckereien geschlossen sind und täglich Kinder, Frauen und ältere Menschen vor den Augen der Welt schikaniert und ermordet werden. Soldaten, Polizei und paramilitärische Gruppen haben sich verbündet, um die Bauten und Denkmäler der antiken Stadt zu zerstören. Der unter UNESCO Weltkulturerbe stehende Stadtteil Sûr wird durch die Geschosse der Panzer regelrecht bis zur Unkenntlichkeit zerstört.

Viele alte unter Denkmalschutz stehende religiösen Bauten mitten in Sûr, wie die 500 Jahre alte Kursunlu Moschee, die Hasirli Moschee, die 1700 Jahre alte Saint Mary Kirche, Sûrp Giregos Kirche und die protestantischen Kirchen werden regelrecht zerstört und unbenutzbar in Schutt und Asche hinterlassen.

In der Stadt Cizre, welches immer noch unter der Ausgangssperre leidet, sind in dem Keller der Gräueltaten 178 Leichen geborgen worden. Laut Familienangehörigen waren die Leichen so schwer verbrannt, dass sie während der Autopsie nicht identifiziert werden konnten. Die verbrannten Leichen wurden für Autopsieuntersuchungen in verschiedene Städte der Türkei transportiert, was für die Angehörigen zusätzlicher Folter gleich kam.

Damit so ein Leiden nicht auch den Menschen und Familien in Sûr wiederfährt, appellieren wir für eine sofortige Aufhebung der Ausgangssperren. In Cizre wurde vor den Augen der Welt ein Massaker an kurdischen ZivilistInnen durchgeführt. Um dies in Sûr zu verhindern, muss die Ausgangssperre sofort aufgehoben werden. Weiterhin muss die Militärblockade aufgehoben und Menschen, die sich in Gefahr befinden, in Sicherheit gebracht werden.

Die aktuellen Gräueltaten in Sûr sollte die ganze Weltbevölkerung interessieren. Um die Sicherheitsstandards in der Türkei und den Nachbarländern aufrecht zu erhalten bzw. friedlich zu gestalten, bedarf es einer weltoffenen Politik mit den jeweiligen politischen Akteuren in den Ländern und einem Appell an die Weltöffentlichkeit, die mehr Verständnis gegen diese Bluttaten an der kurdischen Bevölkerung zeigen sollte.

Angesichts der Entwicklungen in der Türkei ist es dringend notwendig eine klare Haltung für Freiheit, Frieden und Demokratie einzunehmen.

Wir rufen alle nationalen und internationalen Verbände und Institutionen auf, sich öffentlich gegen die politische und menschliche Gräueltaten in Sûr zu mobilisieren und Solidarität mit den leidenden Menschen in Sûr zu zeigen.

Figen YÜKSEKDAG, Selahattin DEMIRTAS, Ko-Vorsitzende der Demokratischen Partei der Völker

Die Demonstrationen nach Sûr werden fortgesetzt

Auch am Morgen des 3. März wurde Sûr, das Altstadtviertel von Amed (Diyarbakir)durch türkisches Militär heftig bombardiert. Aus Sûr konnte sich Remziye Tosun melden. Bei ihr sind nach wie vor auch Kinder. Nachdem sie sagte: „Ich ersticke. Meine Kinder sterben, meine eineinhalb jährige Tochter Berîtan hat das Bewusstsein verloren. Seit einer Stunde kommt sie schon nicht mehr zu sich", brach das Gespräch ab. Es konnte bisher keine erneute Verbindung zu ihr hergestellt werden. Es gibt keinen Schritt zurück

Der Co-Vorsitzende der HDP Selahattin Demirtaş, der Co-Vorsitzende der DBP Kamuran Yüksek und die Co-Vorsitzenden der DTK Selma Irmak und Hatip Dicle sowie die Co-Sprecherin der HDK Gülistan Koçyiğit gaben am gleichen Tag gemeinsam in Amed eine Erklärung ab.

Im Falle, dass die Belagerung und die Ausgangssperre aufgehoben wird, betonte Demirtaş, wäre eine Delegation aus Zivilisten bereit in den Stadtteil zu gehen und die eingeschlossenen Zivilisten zu bergen. Er berichtete, dass gestern 12 Zivilisten geborgen werden konnten.

„Wie viele Personen dort noch festsitzen weiß weder die Regierung noch wir. Denn es gibt keine funktionierende Verbindung. Die Menschen, die sich dort befinden, können ihre Häuser nicht verlassen, können nicht in die anderen Häuser gehen. Es herrscht Ausgangssperre. Außerdem besteht Beschuss durch Panzer, Mörser, durch Scharfschützen. Die AKP weiß nicht, wie viele Menschen in dem Viertel, in dem mit der ganzen Macht des Militärs eine Operation durchgeführt wird, eingeschlossen. Sie will es auch nicht wissen. Das ist ihnen völlig egal. Das ist auch denen in Ankara völlig egal. Wenn es nach Davutoğlu und seiner Truppe geht, dann sind sie so grausam, dass sie am liebsten das

→

Meldungen:

Verletzte aus Sûr geborgen

Laut Meldungen, hat das Militär vorübergehend die Angriffe auf Sûr einstellt. Ein Krankenwagen wurde nach Sûr entsandt, darf aber nicht bis vor das belagerte Haus vorfahren. Die dort eingeschlossene Seniha Sümer soll daraufhin mit den Verletzten und einem Baby, der vier Monate alten Elif Su, das Haus verlassen haben, um zu Fuß den Krankenwagen zu erreichen. Der Transport der Verletzten wird als äußerst problematisch bezeichnet.

Wie von der Abgeordneten der HDP von Amed (Diyarbakır) Sibel Yiğitalp zu erfahren war, ist es gelungen nach einer ersten Gruppe von 11 ZivilistInnen am Vortage, am 3. März eine weitere Gruppe von ZivilistInnen aus Sûr zu bergen. Es handelt sich dabei um eine Gruppe von 22 ZivilistInnen, darunter auch Verletzte. Nachdem die Verletzten zu einem Krankenwagen gebracht werden konnten, wurde die Gruppe vom türkischen Militär unter Beschuss genommen. Es kam zum Teil zu schweren Verletzungen bei einigen Mitgliedern der Gruppe. Die Bergung der Verletzten aus dem Stadtteil Sûr soll trotzdem weiter durchgeführt werden.

Die geborgenen Verletzten – auch das Baby – wurden festgenommen. Der Mezopotamische Rechtsanwälte Verein (MHD) hat bei der Staatanwaltschaft ihre Freilassung beantragt. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

(BN/ANF, 3.3., ISKU)

Kinder in Şeddadê befreit

Die Menschen in der Stadt Şeddadê lebten lange unter der Verfolgung des IS (Islamischer-Staat). Unter dem Schutz der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) können sie nun frei leben. Die Kinder der Stadt erzählten, dass sie, nach dem der IS die Stadt verlassen hat, ein friedliches Leben haben.

Die Stadt Şedad Şeddadê im Kanton Cizîre und wurde durch die QSD während der Operation Xezeba Xabûr (Zorn des Habur) vom IS befreit. Die hauptsächlich von AraberInnen bewohnte Stadt litt lange unter der Herrschaft des sogenannten Islamischen Staates. Die arabischen Kinder, die in der Stadt leben, teilten ihre Freude darüber mit dem Team von JINHA und sagten: „Die Mitglieder des IS haben alles verboten. Wir konnten nicht spielen und nicht raus gehen.Nachdem die Demokratischen Kräfte Syriens kamen,

YPS gewährleistet die demokratische Autonomie

Die YPS-JIN (Zivile Frauenverteidigungseinheiten) Kommandantin Yildız Cûdi gab gegenüber Frauennachrichtenagentur JINHA Auskunft über den kurdischen Volkswiderstand für eine Selbstverwaltung und sprach über die Angriffe der Sicherheitskräfte des türkischen Staates auf die Selbstverwaltung.
„Das herrschende System regiert als Nationalstaat. Sie nehmen verschiedene Kulturen, Sprachen und die Willenskraft der Völker nicht war. Sie greifen sogar die Menschen, die sich dagegen streuben, an. Wenn wir uns die Welt anschauen, können wir regionale Initiativen hervortreten sehen. Ausgeschlossene Völker versuchen, Gebiete zu finden, in denen sie mit ihrer Sprache und Kultur leben können. Beispiele dafür können wir in Amerika, Indien und vielen weiteren Ländern sehen. In manchen Orten leben Menschen unter einem föderalen System während andere wiederum in autonomen Systemen oder kantonalen Systemen leben.“
„Der Widerstand in Cizre, Sûr, Silopi, Nusaybin, Derik, Dargeçit und Şırnak ist sehr bedeutungsvoll. Wie können wir diesen Widerstand bewerten? Als Erstes ist da ein nationaler Aspekt für den Widerstand. Das kurdische Volk will sich mit seiner eigenen Sprache, seiner Identität und seiner Kultur selbst verwalten. Das ist eine nationale Haltung. Das kurdische Volk möchte in ihrem eigenen Land ohne Unterdrükkung oder Vernichtung leben. Natürlich müssen wir in diesem Widerstand auch über wirtschaftliche, rechtliche, kulturelle, medizinische und soziale Bedürfnisse nachdenken. Die Menschen wollen ihre Bedürfnisse ohne staatliche Unterdrückung erfüllen. Das ist eine natürliche Forderung. Das kurdische Volk möchte keine Bildung ohne kurdische Sprache. Das kurdische Volk möchte in ihren eigenen Gesundheitseinrichtungen behandelt werden. Das kurdische Volk akzeptiert die systematische Assimilation, welche sie ausgesetzt ist, nicht mehr.“
Weiter betont Yıldız, dass die Türkei derzeit sehr faschistisch handelt. „Die Zentralregierung verleugnet alle Verschiedenheiten der Türkei. Die Menschen, die das nicht akzeptieren, werden getötet, eingesperrt oder zum Schweigen gebracht. Um ihre Rechte zu bekommen, erklärten die Menschen die Selbstverwaltung. Die Gebiete, in denen die Selbstverwaltung ausgerufen wurde, wurden vernichtet. Dann kam der Bau von Barrikaden und Gräben in den Vordergrund. Wenn der Staat die eigenen Menschen angreift, haben die Menschen das Recht sich durch Selbstverteidigung zu schützen. Selbstverteidigung ist ein Aspekt der Selbstverwaltung, der die KurdInnen um sich vor den staatlichen Angriffen zu schützen. Die YPS sind eine Kraft, um die Werte des kurdischen Volkes zu schützen. Die YPS ist die Garantie der demokratischen Autonomie. Viele Menschen wurden getötet. Menschen verloren ihr Zuhause. Die AKP-Regierung tut das Gleiche in Kurdistan wie der IS in Syrien. Aber sie müssen wissen, dass die AKP Kurdistan verlieren wird wie der IS Kobanê verloren hat. Wir, als YPS und YPS-JIN geben den Menschen unser Wort, dass wir den Sieg errringen werden.“

(JINHA, 26.2. , ISKU)

Offensive in Cizirê erfolgreich beendet

Kino Gabriel, einer der Sprecher der QSD (Demokratische Kräfte Syriens) und Mitglied des Militärrats der Süryani nahm in einen Interview Stellung zur erfolgreichen Beendigung der „Zorn des Habur“ genannten militärischen Operation der QSD. Die Operation wurde noch vor Beginn der von Russland und Amerika ausgehandelten Waffenruhe beendet. Sie richtete sich gegen die DAIŞ (IS) und führte zur Befreiung von Şeddadê.
In dem Interview, das ANF mit ihm führte, erklärte Gabriel: „Die Operation hat ihren Namen in Anlehnung an die Geschehnisse des 23. Februar 2015 erhalten.“ Vor einem Jahr hatte die DAIŞ Dörfer bei Tel Temir und Dörfer der Assyrer/Süriyani an den Ufern des Habur angegriffen. Dutzende Menschen wurden damals von der DAIŞ ermordet, hunderte verschleppt. Gabriel führte aus, das Şeddadê für die DAIŞ sowohl militärisch, ökonomisch als auch von der geographischen Lage her von strategischer Bedeutung war. „Alle Angriffe (der DAIŞ) gegen den Kanton Cizirê wurden von Şeddadê aus organisiert und koordiniert. Speziell war es auch das Zentrum von dem aus die Angriffe gegen die Assyrer-Süryani erfolgten und koordiniert wurden. Kriegsgefangene, die die DAIŞ machte, wurden von ihnen nach Şeddadê verschleppt. Êezîdische Frauen aus dem Şengal wurden von dort aus auf die Märkte verkauft.“
Gabriel erklärte, dass nach den Erfolgen in Hol und Tişrin der Erfolg in Şeddadê der dritte Erfolg von QSD sei. Mit der Operation konnte Şeddadê und der Süden von Hesekê von der DAIŞ befreit werden. Zum ersten Mal ist damit das ganze Gebiet des Kantons Cizirê von der DAIŞ bereinigt. „Mit der Operation ist die Sicherheit des Kantons Cezirê hergestellt“, so Gabriel und erklärt weiter: „Alle der QSD verbundenen Kräfte haben an der Operation teilgenommen. Die Operation der QSD hat auch Unterstützung von Seiten der internationalen Kräfte aus der Luft erhalten“. Dass die Operation innerhalb kürzester Zeit vollendet werden konnte führt er auf “die harmonische Zusammenarbeit der Kräfte des QSD und die Unterstützung aus dem Volk“ zurück. In seinen weiteren Ausführungen erklärte Gabriel, dass auf der militärischen Ebene die QSD und auf der politischen Ebene die MSD (Demokratischer Rat Syriens) die Einheit der Bevölkerung vertritt. In der MSD seien alle Völker Syriens vertreten.
Zum Ende des Interviews rief er die Bevölkerung auf, zurückzukehren und beim Aufbau zu helfen. „Das Land zu verlassen ist weder Rettung noch Lösung“ sagt er, „Die wirkliche Rettung besteht darin im eigenen Land aktiv zu werden.“

(ANF, 28.2., ISKU)

→Die Demonstrationen nach Sûr...

ganze Viertel in die Luft jagen würden. In Cizîre haben sie es getan. Wenn sie es in Sûr bisher nicht gemacht haben, dann weil das Volk wachsam ist.“
Mittlerweile gibt es auch einen weiteren Aufruf von DTK, HDK, HDP, DBP und KJA. Darin heißt es: „Bis in Sûr die Belagerung und die Verbote beendet sind, wird unser Marsch andauern. Bis die Blockade aufgehoben ist, kehrt niemand nach Hause zurück und keiner macht einen Schritt zurück. Selbst wenn es Tage dauern sollte, solle jeder auf der Straße bleiben, niemand nach Hause zurückkehren. Jeder soll dort, wo er ist, Lärm schlagen und den Marsch nach Sûr lärmschlagend fortsetzen. Wir sind an einem historischen Tag, mit unserm Widerstand können wir die Blockade niederreißen, können die Menschen in Sûr, die von einem Massaker bedroht sind, retten. Schon früher hat Amed mit seinem Widerstand Geschichte geschrieben. Heute wird es mit seinem Widerstand erneut Geschichte schreiben.“
Mittlerweile haben die Auseinandersetzungen auf ganz Amed übergegriffen.

(BN/ANF, 2./3.3., ISKU)

waren wir sicher vor der Verfolgung durch IS-Mitglieder.“
Beyda El Xetab, eines der Kinder, sagte uns: „Wir sind so glücklich das Şeddadêvon den Banden des IS gesäubert wurde. Die Demokratischen Kräfte kamen und retteten uns. Sie brachten den Frieden in unsere Stadt. Sie machen die Menschen, vor allem die Kinder, glücklich. Der IS erlaubte kein Spielen und vor die Tür gehen.“
Ein Kind namens Îsra erzählte uns mehr über die Verfolgung durch die IS-Mitglieder. „Der IS erlaubte uns nicht rauszugehen. Wenn sie es uns erlaubten, legten sie Regeln fest. Wir mussten schwarze Kleider anziehen, und wir konnten nicht ohne Schal rausgehen. Wenn einige diese Regeln nicht befolgten, folterten sie sie. Dann kamen die Demokratischen Kräfte Syriens und befreiten unsere Stadt. Wir danken dem QSD dafür, dass sie uns vor diesen herzlosen Bandenmitgliedern gerettet haben. Lang lebe der Widerstand der Demokratischen Kräfte Syriens.“

(JINHA, 2.3., ISKU)

Gegend um Hezex bombardiert

Türkische F-16 Kampfflugzeuge bombardierten das Umland der im Bezirk Şırnak (Şirnex) liegenden Stadt Hezex (Idil), die sich seit 16 Tagen in einem Belagerungszustand befindet. Es wurde berichtet, dass das Ziel der Luftschläge das ländliche Gebiet zwischen den Dörfern Hedil und Ivan ist. Die Angriffe geschahen in der Nähe des Tals Cehennem Deresi, in dem letzte Woche 12 Menschen bei Luftangriffen getötet wurden. Während dessen gehen die Kämpfe im Zentrum von Hezex weiter, wo die YPS (Zivile Verteidigungseinheiten) und YPS-Jin (Zivile Frauenverteidigungseinheiten) auf Angriffe von staatlichen Kräften auf das Stadtviertel Turgut Özal antworteten. Durch andauernden Artilleriebeschuss fangen viele Häuser an zu brennen.

(ANF, 2.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
JINHA	Jin Nachrichtenagentur
BN	BestaNuçe

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 760
11. März 2016

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Der 8. März steht für Selbstbestimmung und Freiheit!

Weltweit gehen Frauen heute auf die Straße, um den internationalen Frauenkampftag zu feiern. Der Aufschrei der Fabrikarbeiterinnen, die sich am 8. März 1857 in den USA gegen Unterdrükkung und Ausbeutung wehrten und den Preis für ihren Widerstand mit ihrem Leben bezahlten, ist auch heute noch auf der ganzen Welt zu hören. Er zeugt nicht nur von Schmerz, sondern ist vor allem Ausdruck des Aufbegehrens.

Seit 5000 Jahren herrscht das Patriarchat als ein Unterdrükkungssystem mit immer ausgefeilteren Methoden. Militarismus, Rassismus, staatszentriertes Denken und Sexismus bilden die Grundlage für die Ausbeutung von Frauen, Gesellschaften und der Natur. Auf der ganzen Welt sind grenzenlose Gewalt, Ausbeutung der Arbeitskraft und der Körper von Frauen, Mord, Übergriffe und Vergewaltigung Methoden des Feminizids. Das patriarchale Herrschaftssystem bedroht die gesamte Menschheit mit Kriegen, durch Naturzerstörung herbeigeführten Katastrophen und Armut.

In verschiedenen Regionen der Welt finden vom kapitalistisch-imperialistischen System hervorgerufene Kriege statt. Besonders betroffen von diesem noch nicht benannten dritten Weltkrieg sind der Mittlere Osten und Frauen. Der IS symbolisiert das patriarchale Herrschaftssystem in Reinform. Niemals war so deutlich wie heute, dass die Rettung der Menschheit vom Kampf der Frauen abhängt. Die größte Unterstützung findet der IS bei der türkischen Regierungspartei AKP, die ebenfalls daran arbeitet, Frauen ins Mittelalter zurückzuversetzen. Sie betrachtet die Frauen und den Widerstand der Völker Kurdistans als größtes Hindernis, das es mit blutigen Massakern zu beseitigen gilt.

Vor allem in Kobane und Şengal, in Rojava und ganz Kurdistan ist offensichtlich geworden, dass Frauen mit ihrem Kampf die Werte der Menschheit verteidigen. In Rojava und Nordkurdistan wird Schritt für Schritt ein auf Freiheit und Selbstverwaltung basierendes System aufgebaut, das eine Alternative zum zerstörerischen Kapitalismus darstellt. In diesem System übernehmen Frauen die Führungsrolle.

Frauen müssen weltweit gemeinsam kämpfen gegen Versklavung, Erniedrigung und Ausbeutung, gegen Gewalt, Misshandlung und Vergewaltigung, gegen den Ausschluss aus dem öffentlichen Leben. Die Welt muss aus Frauensicht neu interpretiert, die Menschheitsgeschichte neu geschrieben werden. Wir brauchen eine feministische Wissenschaft, die wir Jineologie nennen.

Dabei stützen wir uns auf das Erbe von Frauen wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg. In der jüngeren Vergangenheit sind es kurdische Frauen wie Zilan, Beritan, Sara, Arin, Seve und unzählige weitere, die im Kampf ihr Leben verloren haben und uns den Weg weisen.

Sie geben uns die Hoffnung, dass eine andere Welt möglich ist!

Es lebe der Frauenkampf!

Kurdische Frauenbewegung Europa (TJK-E)
Verband der Frauen aus Kurdistan in Deutschland (YJK-E)

Militäroperation in Sûr beendet

Im Stadtteil Sûr von Amed (Diyarbakır) ist am Mittwoch ab 16.00 Uhr die Militäroperation nach 99 Tagen beendet worden. Über Sûr ist am 28. November 2015 die Ausgangssperre verhängt worden. Am 2. Dezember wurde die Ausgangssperre über die Viertel Cevatpaşa, Fatihpaşa, Dabanoğlu, Hasırlı, Cemal Yılmaz und Savaş sowie über die Straße Gazi erweitert. Mit Verhängung der Ausgangssperre begann die Militäroperation. Mit den Aufräumarbeiten soll auch die Ausgangssperre wieder aufgehoben werden.

Erneutes Massaker am Dienstag

Erst am Dienstag waren in Sûr fünf Zivilisten ermordet worden. Das türkische Militär setzte die Bombardierung des Viertels fort, dabei wurden fünf Zivilisten ermordet, weitere 50 wurden verletzt. In einer SMS, die die Abgeordnete der HDP von Amed Sibel Yiğitalp erhalten hat, heißt es: „ An 3 verschiedenen Orten sind Menschen unter den Trümmern begraben. Wir bekommen sie nicht herraus. Selbst wenn ein Rettungswagen ins Viertel gesandt werden sollte, wir haben niemanden mehr der sie tragen könnte.“ Dazu muss man wissen, nach langen Gesprächen der HDP mit dem Gouverneur gelang es in den Tagen zuvor zwei Gruppen von ZivilistInnen, darunter Frauen und Kinder, aus Sûr zu bergen. Dazu wurde jeweils ein Rettungswagen in das Viertel gesandt. Dieser erhielt jedoch nicht die Genehmigung bis zu den Verletzten vorzufahren. Sie mussten jeweils umständlich und gefährlich – ein Verletzter wurde auf dem Weg zum Rettungswagen in letzter Minute noch vom türkischen Militär ermordet – von ebenfalls in Sûr befindlichen ZivilistInnen bis zum Rettungswagen getragen werden. Unter den Verletzten, die von den Trümmern begraben sind, sollen sich laut Sibel Yiğitalp auch Kinder und Schwangere befinden.

Menschen aus Amed, die nach einem Aufruf von DBP, HDP, KJA und DEM-GENÇ, im Viertel Bağlar von Amed zusammen gekommen sind, um die Verletzten aus dem Viertel zu befreien, wurden von der Polizei daran gehindert, später dann mit Tränenengas beschossen. Daraufhin kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und HelferInnen.

Der Ko-Vorsitzende der DBP, Ali Şimşek, hat die Bevölkerung von Amed mittlerweile dazu aufgerufen um 18.00 Uhr auf die Straße zu gehen und ihren Protest gegen ein bevorstehendes Massaker zum Ausdruck zu bringen. Er gab an, dass die Gespräche bisher zu keinem Ergebnis geführt haben und erklärte: „ In 2 Kellern (von Sûr) kämpfen die Menschen gerade um ihr Überleben.“

(ANF, 7.3., ISKU)

Meldungen:

YPG: Türkische Armee bombardierte unsere Stellungen im Februar siebenmal

Das YPG (Yekîneyên Parastina Gel – Volksverteidigungseinheiten) Pressezentrum veröffentlichte einen Kriegsbericht über den Monat Februar, in dessen Zeitraum 171 Bandenmitglieder des IS getötet wurden und 89 KämpferInnen der YPG/YPJ im Kampf gefallen sind.

Der Bericht enthält zudem genauere Informationen über Angriffe der türkischen Armee und Gefechte mit IS/Daesh Einheiten. Demnach hat die türkische Armee allein im letzten Monat siebenmal Stellungen der YPG/YPJ bombardiert. Bei den türkischen Angriffen mit schwerer Artillerie kam jedoch auch ZivilistInnen ins Visier, zwei starben.

Folgende Zahlen gehen aus dem Kriegsbericht für den Monat Februar hervor:

Offensiven und Operationen der YPG/YPJ:	20
Schusswechsel und Gefechte während der Offensiven und Operationen:	35
IS Angriffe mit Autobomben:	6
Getötete IS Kämpfer:	171
Geborgene Leichname von IS Kämpfern:	25
Offensiven, Operationen, Schusswechsel und Gefechte mit bisher unbekanntem Ausgang:	17

YPG/YPJ-Einheiten konnten zudem eine große Menge an Munition beschlagnahmen.

Im Laufe des Monat Februar sind 89 KämpferInnen der YPG/YPJ gefallen und wurden zu MärtyrerInnen. Diese Statistik schließt die Operationen der HSD/SDF Einheiten nicht mit ein. *(ANF, 5.3., ISKU)*

HSD/SDF: Rasche Fortschritte nordöstlich von Raqqa

Die Militäroperation „Êlîn und Cûdî's Zorn“, der Demokratische Kräfte Syriens (HSD/SDF – kurd. Hêzên Sûriya Demokratîk / engl. Syrian Democratic Forces), die westlich des Berges Kizwan und nordöstlich von Raqqa gestartet wurde, begann vor 4 Tagen.

Bisher konnte ein Gebiet von mehr als 153 Quadratkilometern befreit werden. Dutzende Kämpfer des IS wurden dabei getötet und große Mengen an Munition konnten dabei beschlagnahmt werden.

HSD/SDF Einheiten setzen die Offensive fort, um den IS weiter zurück zu schlagen und kontinuierlich Fortschritte zu machen.

(ANF, 5.3., ISKU)

Hannover – 19. März 2016 – 10 Uhr – Waterlooplatz

Aufruf zur bundesweiten NEWROZ-Kundgebung

Kurdistan und der Nahe Osten sind auch in diesem Jahr von Krisen, Chaos und außerordentlichen Entwicklungen gezeichnet. Die internationalen Kräfte, die bislang in Syrien einen Stellvertreterkrieg geführt haben, haben sich nun selbst ins Feld begeben, um die Region entsprechend ihren Interessen zu gestalten.
Auf der anderen Seite verstärken auch die regionalen, reaktionären Mächte ihre schmutzigen Kriegsmethoden gegen die Bevölkerung, um den Status Quo sowie ihre Interessen zu verteidigen.
Das kurdische Volk hat aus ihrer 40jährigen Widerstandserfahrung heraus in Syrien und Nordkurdistan entgegen jeglicher staatlicher Lösungen ihre demokratischen Selbstverwaltungen ausgerufen und auch begonnen, diese umzusetzen. Diese Selbstverwaltungen stellen ein Model für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen in Form einer demokratischen Nation dar.
Während dieses Modell für die Bevölkerungsgruppen eine Zukunftsperspektive darstellt, sehen die internationalen und regionalen Kräfte in diesem eine Bedrohung. Vor allem die autokratisch-diktatorischen Regime wie die Türkei haben über die menschenverachtenden Mörderbanden des selbsternannten Islamischen Staates (IS) versucht, dieses Model in Syrien zu zerschlagen. Als die Selbstverteidigungseinheiten der demokratischen Selbstverwaltungen den IS sowohl in Rojava (Nord-Syrien) als auch in Şengal (Nord-Irak) erfolgreich zurück gedrängt und ihm eine historische Niederlage zugefügt haben, gerieten die Unterstützerstaaten wie die Türkei in Bedrängnis.
Die demokratische Lösungsperspektive, welche der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan in seiner Newroz-Botschaft 2013 öffentlich machte, führte dazu, dass bei den Wahlen am 7. Juni die Demokratische Partei der Völker (HDP) als ein breites Bündnis unterschiedlicher Volks- und Glaubensgemeinschaften sowie linke, demokratische und liberale Kreise die alleinige Machtmehrheit der AKP durchkreuzten. Die AKP reagierte gegen diese Niederlage mit einem zivilen Putsch und aufgezwungenen Neuwahlen. Nachdem die AKP neben der außenpolitischen Niederlage auch innenpolitisch von den Kurden an ihrem Vorhaben – mit dem Präsidialsystem seine Diktatur zu institutionalisieren –, gehindert wurde, hat die AKP seit dem 8 Juni einen erbarmungslosen Krieg gegen das kurdische Volk sowie gegen die demokratischen Kräfte in der Türkei begonnen.
Die AKP Regierung hat die Friedensgespräche einseitig eingestellt und eine Rückkehr zur Verleugnungs- und Vernichtungspolitik vollzogen. Ganze Stadtteile werden seitdem über Monate durch Ausgangssperren von der Außenwelt abgeriegelt, das kurdische Volk durch die türkischen Sicherheitskräfte und Sondereinheiten einer Kollektivbestrafung unterzogen. In Folge dieser Politik haben bis heute über 400 Zivilisten, darunter Kinder, Frauen und ältere Menschen ihr Leben verloren. Allein bei den brutalen Angriffen am 7. Februar in Cizîr (tr. Cizre) wurden annähernd 200 Menschen ermordet.
Die Bundesregierung verstärkt ihre Beziehung zur Türkei während der IS für die Türkei weniger gefährlich erscheint als die Kurden, so erscheint für die Bundesregierung die Türkei weniger gefährlich als die Kurden.
Die Bundesregierung hält noch immer an seiner Politik fest, die Kurden zur Verhandlungsgrundlage zu machen. Während die AKP-Regierung die 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak gegen Europa erfolgreich ausspielt, erhält die Türkei in ihrem rechtswidrigen Krieg gegen das kurdische Volk grünes Licht und Unterstützung von der Bundesregierung.
Die Bundesregierung macht inzwischen kein Geheimnis daraus, dass die Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit interessensbedingt verhandelbar sind.
Wir rufen alle Menschen, die an Freiheit, Frieden, Demokratie und selbstbestimmtes Leben glauben, zur Teilnahme an unserem diesjährigen Widerstandsfest NEWROZ auf. Gemeinsam wollen wir Rassismus, Faschismus, Sexismus eine Absage erteilen und unsere Unterstützung für die Menschen, die gegen reaktionäre und dunkle Kräfte Widerstand leisten, zum Ausdruck bringen.

Es leben die demokratischen Selbstverwaltungen in Rojava und Bakûr
Es lebe der Widerstand für Geschwisterlichkeit
Es lebe Newroz – Fest der Freiheit und des Friedens

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V., März 2016

Nisêbîn: MLKP Jugend schließt sich den YPS an

Jugendliche der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) haben sich in der Stadt Nisêbîn (türk. Nusaybin) in der Provinz Mêrdîn (türk. Mardin) den Zivilen Verteidigungseinheiten (YPS – Yekîneyên Parastina Sivîl) angeschlossen, wo der entschlossene Widerstand gegen die Angriffe des Staates weitergeführt wird.
Stellvertretend für die Jugend der MLKP erklärte Cihan Saruhan, dass sie die Völker Kurdistans grüßen, die für ihre Autonomie und Selbstverwaltung kämpfen. Er sagte, dass sie nicht nur ihre Solidarität bekunden wollen, sondern nun aktiv am Kampf gegen den türkischen und imperialistischen Kolonialismus teilnehmen werden.
Saruhan versprach, dass sie den herrschenden faschistischen Diktator und Schuldigen der Massaker von Cizîr (türk. Cizre) gemeinsam mit dem Widerstand der Völker Kurdistans zur Rechenschaft ziehen werden. Er sagte: „Wir wissen, dass Selbstverwaltung und Autonomie den Menschen in der Türkei und im gesamten Mittleren Osten endlich Freiheit bringen wird und wir glauben an den Widerstand hinter den Gräben und Barrikaden. Dieser Widerstand wird den einfallenden Faschismus in Kurdistan zerschlagen".
Cihan Saruhan ruft alle Menschen dazu auf sich dem Kampf gegen den Faschismus anzuschließen und erklärte dazu, dass der Kampf auf den Barrikaden der einzige Weg ist den Faschismus zurück zu schlagen. „Die letzten Worte von dem ermordeten Mehmet Tunç waren: 'Wir haben uns nicht ergeben, sondern Widerstand geleistet', diese Worte sind ein Erbe und eine Aufgabe für uns. Aus diesem Grund sind wir hierher gekommen, um gegen den Faschismus Widerstand zu leisten. Wir werden nicht aufgeben, sondern über den Faschismus triumphieren, durch den Kampf den wir nun aufnehmen". *(ANF, 3.3., ISKU)*

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Gelungene Flucht aus dem Hochsicherheitsgefängnis von Amed

Am Morgen des 6. März bemerkten Wächter des Gefängnisses vom Typ D in Amed (Diyarbakır) – einem Hochsicherheitsgefängnis –, dass 6 politische Gefangene nicht mehr da waren. Nach Darstellung der Tageszeitung Cumhuriyet handelt es sich bei den Gefangenen allesamt um PKK'ler. Bisherigen Meldungen zu Folge sollen sie während des Hofgangs mit Bettlacken die meterhohe Gefängnismauer überwunden haben und anschließend, wegen der herrschenden schlechten Witterungsbedingungen –Sturzregen und Nebel – seelenruhig über die Felder davon gegangen sein. Der bei der Flucht ausgelöste Daueralam scheint vom Gefängnispersonal nicht weiter beachtet worden zu sein, da man von einem Defekt der Anlage ausgegangen sei. Auch die auf den Dächern installierten Kameras sollen wegen der schlechten Witterungsverhältnisse keine klaren Bilder geliefert haben. Bei den geflüchteten Gefangenen soll es sich ohne Ausnahme Mitglied der PKK handeln.
Drei der jetzt Geflüchteten sollen bereits über Erfahrungen verfügen. So sollen sie am 25. September 2013 bei einem Ausbruch aus dem Gefängnis des Typs M in Cewlig (Bingöl) beteiligt gewesen sein. Die 18 politischen Gefangenen der PKK, denen die Flucht dort gelang, gruben sich damals mühsam den Weg in die Freiheit, der Tunnel soll 80 Meter lang gewesen sein. Auf dem Weg in die Berge wurden sie allerdings bereits einen Tag später wieder verhaftet. Einen einseitigen Waffenstillstand der PKK, der damals anhielt, wollten sie, wie sie sagten, nicht gefährden … *(ISKU, 7.3.)*

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 761
18. März 2016

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Drohungen, Festnahmen, Militäroperationen und weitere Ausgangssperren

Der türkische Staatspräsident Recep Tayip Erdoğan erklärte in einer Rede am 14. März: „Es gibt keinen Unterschied zwischen einem Terroristen, der eine Waffe in die Hand nimmt, und jenem, der seinen Titel und seinen Stift in den Dienst des Terrors stellt. Dem Namen mag zu Grunde liegen, dass es sich um einen Abgeordneten, einen Journalisten oder um einen Vertreter einer NGO handelt. All das ändert aber nichts daran, dass diese Person nichts anderes als ein Terrorist ist." Im gleichen Atemzug kündigte Erdoğan an, dass „das türkische Strafgesetzbuch erneuert werden solle" und dort auch eine „neue Definition des Begriffs „Terror" und „Terrorist" einfließen solle".
Rechtsanwalt Ebru Timtik vom Rechtsanwaltsbüro des Volkes erklärte in einer Stellungnahme dazu, dass eine solche Haltung nur dazu führt, die Gesellschaft in „AKP'ler und nicht AKP'ler einzuteilen."
Gökmen Yeşil, Vorsitzender des Zeitgenössischen Rechtsanwälte Vereins von Istanbul (ÇHD) sprach gar davon, dass im Hinblick auf die Angriffe in den kurdischen Provinzen und die Polizeieinsätze in Gazi und am Okmeydan davon auszugehen sei, dass der „Notstand im ganzen Land installiert werden" solle und warnte: „In den kommenden Tagen ist davon auszugehen, dass Massenfestnahmen gegen Berufsverbände, JournalistInnen und RechtsanwältInnen zu erwarten" sind.
Inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass seine Vorahnung eintreffen wird. Drei namhafte AkademikerInnen, Dr. Muzaffer Kaya, Dr. Esra Mungan und Dr. Kıvanç Ersoy, die gemeinsam mit mehr als 1128 weiteren türkischen AkademikerInnen eine Petition unter dem Leitsatz „Wir werden kein Teil dieser Verbrechen sein" unterschrieben hatten, mit der sie für ein Ende der Ausgangssperren und Belagerungen in Kurdistan durch den türkischen Staat aufrufen hatten, sind verhaftet worden. In einer kurzen Erklärung gaben die AkademikerInnen bekannt, dass sie auch weiterhin hinter ihrer Erklärung stünden.
Die Verhaftung der AkademikerInnen scheint nur der Anfang zu sein. Vielerorts sind die traditionell stattfindenen Newrozfeierlichkeiten verboten worden. In Nisêbîn (Nusaybin), im Zentrum von Şirnes (Şırnak), in Gever (Yüksekova) und in Bağlar, einem Stadtteil von Amed, ist teilweise seit drei Tagen die Ausgangssperre verhängt worden. Mit den Ausgangssperren begannen auch die Angriffe des türkischen Militärs auf die Wohnviertel. Es werden zum Teil schwere Kämpfe aus den betroffenen Kreisstädten gemeldet.

Auseinandersetzungen in Sûr halten an
Vor einer Woche wurde die Militäroperation im Stadtteil Sûr von Amed (Diyarbakir) offiziell für beendet erklärt. Die Ausgangssperre dauert jedoch weiter an. Am vergangenen Freitag wurden wieder 7 Leichname und am Samstag ein weiterer aus Sûr geborgen. Alle – wie offizielle Stellen mitteilen – „ getötet bei Gefechten" in Sûr zu einer Zeit, wo doch die Militäroperation für „beendet" erklärt worden ist.
Der türkische Innenminister erklärte am 11. März, dass "weitere Operationen" folgen werden. Er nannte auch die Orte: im Zentrum von Şirnex , in Gever und in einigen Bezirken von Nisêbîn
(ANF, BN, 16.3., ISKU, 12.3.)

Bund der Revolutionären Bewegung der Völker gegründet

Der Bund der Revolutionären Bewegung der Völker TŞYG (kurd.: Tevgera Şoreşa Yekbûyî ya Gelan, türk.: Halkların Birleşik Devrim Hareketi) hat am 12. März seine Gründung bekanntgegeben. In ihm vereinen revolutionäre Organisationen aus der Türkei und Kurdistan „ihre Kraft und ihre Aktivitäten". Bei den Organisationen handelt es sich um TKP/ML, PKK, THKP-C/MLSPB, MKP, TKEP-LENİNİST, TİKB, DKP, DEVRÎMCÎ KARARGAH und MLKP. Der Vereinigung waren seit Dezember Gespräche vorausgegangen, die jetzt in der Gründung des Bund der Revolutionären Bewegung der Völker gipfelten. Bei der Verkündung der Gründung im Gebiet der Guerilla, waren neben den Vertretern der beteiligten Organisationen auch Duran Kalkan, Mitglied des Exekutivrats der PKK, anwesend. Duran Kalkan erklärte in seiner Eröffnungsrede, dass neben erwähnten Organisationen auch die Proleter Devrimciler Koordinasyonu am Bund beteiligt sei und dass an den Gesprächen, die zu seiner Bildung führten, auch die Diriliş Hareketi beteiligt gewesen sei, welche sich positiv zur Frage einer Beteiligung geäußert habe.
In der Gründungserklärung erklärten die beteiligten Organisationen, dass die Zielsetzung ihres Bundes die Verstärkung des Kampfes gegen „die AKP, die mit einer Politik der Restauration der Militärputsche vom 12. März 1971 und vom 12. September 1980 den Faschismus erneut institutionalisiere und eine neue faschistische Diktatur gründe", sei. Das Bündnis setze sich ein „für eine Zukunft in Freiheit" durch die Errichtung „der Herrschaft des Volkes in der Türkei und Errichtung von demokratischen Selbstverwaltungen in Kurdistan". In dem Rahmen sieht sie „die Verteidigung der Revolution in Rojava, die Verteidigung des Widerstands der kurdischen Selbstverwaltungen und die Verteidigung der gemeinsamen Revolution der "Völker" als grundlegend und vorrangig an für die „Sicherheit des Lebens und der Zukunft" aller Demokraten und Völker.
(ANF, 12.3., ISKU)

Meldungen:

Newrozfeierlichkeiten in vielen Städten verboten
Die Newrozfeierlichkeiten um den 21. März sind in mehreren Städten in Nordkurdistan/ Bakur und der Türkei verboten worden. Begründet werden die durch die Gouverneursämter ausgesprochenen Verbote damit, dass es zu Behinderungen, Provokationen durch Massenveranstaltungen und Demonstrationen kommen kann.
Das Gouverneursamt von Şirnex/Şırnak erklärte alle Aktivitäten und Veranstaltungen im Stadtzentrum von Şirnex sowie in den Bezirken ab Mittwoch bis auf weiteres für verboten. Das gleiche gilt auch für die Provinz Mêrdîn/Mardin.
In Agirî und Dersim sind die Veranstaltungen nur am 21. März erlaubt.
In Istanbul soll die Feier am 20. März in Bakirköy Halk Pazarı stattfinden.
Die größte Veranstaltung wird traditionell am 21. März in Amed stattfinden, gefolgt von Cizîr einen Tag später.
(ANF, 16.3., ISKU)

KDP schließt Grenzübergänge Sêmelka und Welid
Die südkurdische KDP (Partiya Demokrata Kurdistanê – Demokratische Partei Kurdistans) hat die Grenzübergänge Sêmelka und Welid sowohl für kommerzielle, als auch für alle sonstigen Grenzübertritte geschlossen.
Die Grenzübergänge von Başûr (Südkurdistan) nach Rojava (Westkurdistan) waren seit einem Parlamentsbeschluss vom Oktober 2014 offen. Gegen diesen parlamentarischen Beschluss schloß die KDP heute auf eigene Entscheidung die Grenzübergänge.
(ANF, 16.3., ISKU)

Kämpferinnen der YPJ befreiten 19 Frauen und Kinder
Die Frauenverteidigungseinheiten YPJ konnten 19 êzîdische Frauen und Kindern aus den Händen des Daesh (IS-Islamischer Staat), die bei der Stadt Rakka gefangen gehalten wurden, befreien. Die 5 Frauen und 14 Kinder wurden ins Newroz Camp der ÊzîdInnen gebracht. Eine Kämpferin der YPJ erklärte, dass sie bisher hunderte ÊzîdInnen aus den Händen von Daesh befreien konnten, doch noch immer viele von den Banden gefangen gehalten werden. Bei dem

“Er war der wertvollste Teil meines Herzens”

Ekrem Sevilgen (17) war eine der Personen, die im zweiten sogenannten „Todeskeller“ in Cizîr (türk. Cizre) ermordet worden sind. Behiye Sevilgen, die Großmutter von Ekrem, zog ihn auf, da seine Eltern sich trennten. Ekrem's Traum war es, Fußballspieler zu werden. „Er war der wertvollste Teil meines Herzens, sie haben mir mein Herz genommen“, so Behiye Sevilgen.
Alte, Frauen, Kinder, Babys und unschuldige Ungeborene wurden in Cizîr von Staatskräften massakriert. Einer von ihnen war Ekrem Sevilgen, er wurde 17 Jahre alt. Seine Familie musste ihr Dorf Boyuncuk in den 90er Jahren aufgrund der Vertreibungen aus den kurdischen Dröfern verlassen und kam nach Cizîr. Ekrim ist in den Straßen von Cizîr aufgewachsen.
Ekrem war als Fußballspieler unter allen BewohnerInnen der Nachbarschaft bekannt, er liebte Fußball und Fußball zu spielen. Ekrem war bei den Menschen im Viertel beliebt. Er hat seine FreundInnen und seine Großmutter geliebt. Nachdem das Kriegsrecht ausgerufen worden ist, hat er sein Haus im Viertel Nur nicht mehr verlassen. Bei den Angriffen der Staatskräfte wurde er verwundet. EinwohnerInnen brachten ihn zum Schutz in den zweiten Keller. Dort wurde er mit den anderen Menschen niedergemetzelt, während sie auf den Krankenwagen warteten. Die Familie fand seinen Leichnam im Artuklu Krankenhaus in Mardin, nachdem ein DNA Test durchgeführt wurde. Seine Familie verabschiedete sich dort von ihm.
Sein Tod zerreißt seiner Großmutter das Herz. Behiye Sevilgen sagte: „Er war der wertvollste Teil meines Herzens. Sein Tod hat ein riesiges Loch gerissen. Sie haben mir mein Herz genommen. Niemand kann diesen Riss fühlen. Er hat uns gebeten, im Viertel zu bleiben und Widerstand zu leisten. Mein Mann war sehr krank und wir mussten dennoch gehen, aber der Rest der Familie ist dort und wird sich weiter widersetzen“.

(JINHA, 16.3., ISKU)

Qandil: Türkische Kampfjets bombardieren zivile Dörfer

Türkische Kampfflugzeuge haben Dörfer in der Region Qandil in der Nacht zum 10. März bombardiert. Qandil liegt in Başûr/Südkurdistan in dem von der kurdischen Guerilla kontrollierten Medya-Verteidigungsgebiet.
Die Luftangriffe richten sich gezielt gegen Gebiete, in den ZivilistInnen leben. Bei den Angriffen, die ca. 3 Stunden anhielten, wurden die Dörfer Enze, Pirdeşalê und Kalatuka zum Ziel genommen. Häuser, eine Schule sowie das Vieh und die Felder der BewohnerInnen wurden bei dem Angriff der türkischen Luftwaffe geschädigt. Auch der Friedhof des Dorfes Pirdeşal wurde zerstört. Flora und Fauna werden bei den regelmäßigen Angriffen stark geschädigt.
Die Bewohner der betroffenen Dörfer kritisieren die Regierungen von Başur und dem Irak, da sie wie immer zu den Angriffen schweigen.
Nevzat Mahmut, dessen Haus ebenfalls beschädigt wurde, erklärte, dass sie immer wieder gezielt angegriffen werden. „Türkische Kampfflugzeuge griffen unser Dorf gegen 21 Uhr an. Immer wieder sind wir Ziel der türkischen Luftwaffe. Durch die Angriffe werden wir, unser Vieh und die Natur stark beeinflusst. Viele von uns haben materiellen Schaden erlitten“, so Mahmut „Als ein russisches Kampfflugzeug für einige Sekunden in den türkischen Luftraum eindrang, wurde es sofort abgeschossen. Hier in Başûr werden wir seit Monaten von der türkischen Luftwaffe angegriffen, sie bombardieren Zivilisten, unsere Häuser und Tiere. Doch die Regional- wie auch die Zentralregierung schweigt zu dieser Aggression. Die Regierungen müssen endlich ihr Schweigen brechen.“

(ANF, 10.3., ISKU)

“Gemäßigte” Opposition führt Krieg gegen KurdInnen in Aleppo

Seit dem offiziellen Beginn des Waffenstillstands in Syrien haben die islamistischen Gruppen der sog. gemäßigten Opposition ihre Angriffe auf Şêx Meqsûd (Scheich Maksud), den kurdischen Stadtteil von Aleppo, deutlich erhöht. Durch den wahllosen Raketenbeschuss und den Einsatz von sog. Höllenkanonen sind allein seit dem 6. März mindestens 17 Zivilisten ums Leben gekommen und 26 weitere Menschen verletzt worden.
Am 6. März wurde die Beobachtungsstelle für den Waffenstillstand in Syrien durch die Volksverteidigungseinheiten der YPG schriftlich über die Angriffe islamistischer Gruppen auf Şêx Meqsûd informiert. Die YPG erklärte darin, dass diese Gruppen, den seit dem 27. Februar ausgerufenen Waffenstillstand dazu missbrauchen, um ihre Angriffe auf die von den Kurden bewohnten Gebiete in Aleppo zu konzentrieren. Die YPG erwarte daher ein klares Statement der Beobachtungsstelle zu diesen Vorfällen und ein Eingreifen für die Beendigung dieser Angriffe.
An den Angriffen Şêx Meqsûd sind neben der Al-Nusra Front, die als syrischer Arm der Al-Kaida gilt, auch die islamistische Gruppierungen von Ahrar Al-Sham, Dschaisch Al-Islam, Dschaisch Al-Mudschahadin, Ketîbeyên Sultan Murad, Lîwai Sultan Mihemed Fatih und weitere Gruppen beteiligt, die von der Türkei aktiv unterstützt, aber auch im Westen gerne als “gemäßigte Opposition” betitelt werden, obwohl sie eine ähnliche Agenda wie der IS verfolgen.

(CA, 8.3., ISKU)

Neue Festnahmewelle gegen HDP und DBP

Türkische Polizeieinheiten haben am Donnerstagmorgen eine neue Welle von Festnahmen gestartet, die sich gegen kurdische PolitikerInnen der HDP und DBP richtet. In Adıyaman wurden u.a die HDP-PolitikerInnen Zeliha Karınca, Ayten Yılmaz und Rıza Bilgiç, das MEYA-DER -Mitglied Sabri Bilgiç und in der Provinz Kars der DBP-Covorsitzende Kamuran Yüksek festgenommen. Zu näheren Hintergründen ist zur Zeit noch nichts bekannt.

(ANF, 17.3., ISKU)

Zusammenkommen mit Vertreterinnen der êzîdischen Frauenversammlung im Newroz Camp versprach die YPJ-Kämpferin, dass sie auch die retten werden, die sie bisher nicht befreien konnten.

(JINHA, 4.3., ISKU)

Jugendlicher in Sûr von Panzer überrollt

Wieder sind Fotos im Internet erschienen, die an Grausamkeit kaum zu überbieten sind und die ganze Abartigkeit des Krieges des türkischen Staates gegen die KurdInnen zeigen. Abgebildet ist der Jugendliche Mahsun Gürkan. Das erste zeigt ihn vor dreieinhalb Monaten in Sûr/Amed vor der 4 Säulen Moschee, an dessen Fuße just zu dem Zeitpunkt der Menschenrechtler und Präsident der Rechtsanwaltskammer von Diyarbakır Tahir Elçi von zwei Polizisten ermordet wurde. Zu dem Zeitpunkt lebt Mahsun Gürkan und wäre, wenn man es genau nimmt, ein wichtiger Zeuge des Geschehens.
Das zweite Bild zeigt den Leichnam eines jungen Mannes, langgestreckt, das Gesicht und der Körper in die Erde gedrückt. Spuren im Boden zeigen, dass der Länge nach ein Panzer mit Ketten über ihn gefahren sein muss. Bei dem Toten soll es sich um Mahsun Gürkan handeln. Eine Armlänge vor ihm entfernt liegt eine langläufige Waffe auf dem Boden. Allerdings, und dass lässt einen stutzig werden, ist sie im Gegensatz zu ihm nicht in den Boden gedrückt …
Mahsun Gürkan, war einer aus der Gruppe der Jugendlichen, die einen Hilferuf aus Sûr gesandt hatten. Sie saßen in einem Zimmer fest und konnten es nicht mehr verlassen. Zu dem Zeitpunkt war Mahsun Gürkan bereits verwundet.

(BN, 14.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
JINHA	Jin Nachrichtenagentur
BN	BestaNûçe
CA	Civaka Azad

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 762
25. März 2016

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Newroz 2016 – Aufruf zum Frieden

Im Folgenden die Rede von Sırrı Süreyya Önder (Abgeordneter der Partei der Demokratischen Völker HDP für und Sprecher der Imrali-Delegation), die er bei der Newrozkundgebung in Amed (Diyarbakir) gehalten hat:

„Eure tiefe Verbundenheit mit der Ehre ist wertvoller als alles, ich gratuliere euch zum Newrozfest. Wir empfinden Ehre mit Amed, Sûr, Cizîr, mit Şirnex, sie sind unser Stolz. Seit 4 Jahren verlese ich euch hier die Botschaften des wehrten Herrn Öcalans. 3 Jahre haben wir vom Frieden des Newroz gelesen. Der wehrte Herr Öcalan hat 4 Jahre lang den Wert des Friedens betont und vor der Gefahr des Krieges gewarnt. Ich hatte die Ehre, diese verlesen zu dürfen. Als ich die Friedensbotschaft zu Newroz hier auf dieser Plattform verlass, war es ein Newoz, das von 40 TV-Kanälen live übertragen wurde. Jetzt begehen wir das Newroz des Widerstands, außer unseren Freunden und den unabhängigen Medien ist sonst niemand da.

So mancher wurde Geisel von Spezalkriegsmethoden, der Angst, des Druckes. Hier sind wir zusammen mit unseren Freunden, aber als der Kampf begann, war das auch nicht anders. Unsere Freunde sollen uns genug sein. In den Tagen, in denen Mazlum Doğan die Zündschnur des Kampfes mit 3 Streichhölzern entflammte, waren es keine 200, heute sind wir Millionen. Den Medien, die morgens um 9.00 Uhr den Platz filmen und auch so weiter tragen, denen sage ich, seht, das ist der Platz des Newroz, so lange dort auch nur ein Mensch ist, so lange wird die Fackel des Widerstand nicht erlöschen.

Jene die von den Gegebenheiten dieser Region nichts verstehen versuchen uns ohne Unterlass unter Druck zu setzen. Verurteilt diesen, kritisiert jenen sagen sie. Wenn sie diese Mütter hier kennen würden, würden sie wissen, dass diese einen Teil ihrer Kinder in die Berge, einen Teil auf den Friedhof, einen Teil ins Parlament gesandt haben. Im Namen von Tahir Elçi geben wir euch allen unser Wort. Wir bringen euch den Frieden. Jene, die in jungen Jahren getötet und zu Grabe getragen wurden, haben das nicht umsonst getan, es ihr Vermächtnis an uns, dass wir diesem Boden ein Leben in Frieden, Freiheit und Gleichheit bringen. Zwischen uns und dem wehrten Herrn Öcalan mögen Berge und Meere liegen. 3 Jahre haben wir um des Friedens willen zusammen gearbeitet, alles was geschrieben, gesagt, diskutiert wurde für eine bessere Welt und ein besseres Land, beschäftigt uns trotz des faschistischen Regimes auch heute noch. Wahrscheinlich hätte er folgendes gesagt: Ach ihr Dummköpfe, habe ich euch gegenüber nicht vom „Geist von Ashme“ gesprochen, ich sagte, lasst uns die Region zu unserem gemeinsamen Haus machen. Ich sagte es meinen Weggefährten, sie haben euch geholfen, deshalb wünschte ich mir, es wäre ein Funken für den Frieden den ihr gebracht hättet nach Sûr, nach Nisêbîn, nach Cizîr.

Der werte Herr Öcalan würde seine Worte mit „Ach ihr Dummköpfe“ beginnen und würde dann hinzu fügen, was glaubt ihr, wie weit ihr mit diesem Verstand kommen werdet. Der Ministerpräsident ist für die öffentliche Ordnung entbrannt. Der werte Herr Öcalan würde, wie es sich für einen Menschen des Wissens geziemt, antworten, die öffentliche Ordnung lässt sich nicht mit Polizeimethoden herstellen. Kommt lasst sie uns herstellen.

Er sagt, das was man als eine ganzheitliche Verhandlungsordnung bezeichnet, könnte es schaffen. Was Öcalan auch sagt, sie verstanden das Gegenteil bzw. betrachteten es banal und machten das Gegenteil. Der wehrte Herr Öcalan würde Davutoğlu bitter anlächeln und sagen, er kann das Haus der Kurden nicht betreten, das Haus der Türken kann er aber auch nicht verlassen; da nimm sie deine öffentliche Ordnung. Seht, das ist eure öffentliche Sicherheit, wo hat sie das Land nur hingebracht. Dabei waren wir dem Frieden doch so nah.

Wenn wir unsere Arme ausgesteckt hätten, hätte man sie greifen können, so nah war sie. Auch heute sind wir nicht weit entfernt, dieses Blut, das fließt, der Tod wird uns nicht abschrecken. Mit Gefängnis und Verbannung können sie uns nicht abschrecken. Wenn ihr Hasenfüße sucht, dann seht in den Spiegel. Wenn ein Antrag auf Aufhebung der Immunität eintraf, dann wart ihr diejenigen, die sagten, wir vertrauen den Gerichten, die Himmel und Erde überragen, nicht. Den Gerichten, den ihr nicht vertraut sollen etwa wir vertrauen, da könnt ihr lange warten.

Der Friede ist nicht in weiter Ferne. Jene, die auf diesem Boden die Macht an sich gerissen haben, haben nicht die Gewohnheit aus der Weisheit zu lernen, sie lernen nur aus Katastrophen. Die Methoden, mit der wir unser Land und unsere Region in ein Paradies auf Erden wandeln, ist klar, sie sind: eine politische Lösung und Verhandlungen. Von hier aus, als Delegation nach Imrali, möchte ich dem werten Herrn Präsidenten gegenüber einen Aufruf machen. Lassen Sie das Gerede mal beiseite.

So wie wir, so kennen auch Sie die Realität der Region. Dass das so nicht immer so andauern kann, muss Ihnen klar sein. Die demokratische Geduld der Bevölkerung der Region ist noch nicht völlig verpufft. Sie sind der Präsident, bevor Sie auf diesen Boden heimlich wie ein Dieb kommen und gehen, öffnen sie den Weg nach imrali, was mit Ihnen noch zu reden ist, lassen sie es uns dort beginnen und das Antlitz unseres Landes innerhalb einer Woche verändern.

Ich sorge dafür, dass unsere Landsleute Reisefreiheit zugestanden bekommen, sagst du die Hand an der Klinke, aber die Menschen in diesem Ihrem Land können nicht einmal spazieren gehen, ja schämen Sie sich denn überhaupt nicht? Mit allen unseren Menschen und all unseren Institutionen richten wir einen äußerst wichtigen Aufruf an Sie. Allen Müttern sage ich hier zu. Wenn in diesem Land mit dieser Ernsthaftigkeit vorgegangen wird, ist es die Arbeit von einer Woche zu einer Waffenruhe zu kommen. Wenn dem nicht so sein sollte, dann erhängt mich auf dem Marktplatz von Amed, wer dann weinen sollte ist eine Schuft.

Aus den Erkenntnissen heraus, die wir aus den Besprechungen mit dem werten Herrn Öcalan getätigt haben, wegen der Beunruhigung der Mütter, kommt, lasst uns uns nicht noch mehr beschmutzen. Jenen zwischen 7 und 70, die sich nicht der Unterdrückung beugen, die einen Nachruf ablehnen, all diesen meinen Geschwistern gebe ich dieses Wort und begrüße euch alle mit Respekt, Liebe und Dankbarkeit. An serkeftin an serkeftin. Newroz piroz be…”

(BaN, 21.3., ISKU)

Meldungen:

Marsch auf Gever

Um die seit dem 12.März andauernde Blockade um Gever (Yüksekova) zu durchbrechen, haben sich am Mittwoch hunderte BewohnerInnen der Nachbardörfer und Städte gemeinsam auf den Weg nach Gever gemacht. Es haben sich jeweils aus Wan (Van) Colemêrg (Hakkari) und Şemzînan (Şemdinli) Gruppen auf den Weg gemacht. Aber auch aus Esendere (Bajirgeh), vom alten Flughafen und dem Gebiet Doski haben sich hunderte auf den Weg gemacht, woraufhin die türkischen Sicherheitskräfte ihre Truppen dort verstärkten und die DemonstrantInnenen am Vormarsch zu hindern versuchten. In Höhe des Dorfes Veziyan wurden sie dann mit Tränengas Granaten angegriffen. Die einzige Alphaltstraße zwischen Wan und Colemêrg in Höhe der Kaserne von den Jandarmas blockiert. Auf einer alternativen Strecke, 500 Meter davon entfernt, hatten Soldaten einen Graben ausgehoben, um auch diesen Weg zu versperren. An dem Punkt wurden die Menschen dann auch von den Soldaten angegriffen, worauf hin ihr Marsch erst einmal zum Stillstand kam.

Eine weitere Gruppe von mehreren tausend TeilnehmerInnen machte sich vom Büro der Demokratischen Partei der Regionen DBP in Başkale aus auf den Weg, während die Geschäftsleute des Kreises aus Solidarität ihre Geschäfte geschlossen hielten. Die Gruppe aus Başkale stieß dann auf die Gruppe aus Wan. Zusammen gelang es ihnen die Blockade der Soldaten zu durchbrechen und ihren Marsch auf Gever fortzusetzen.

An der Gruppe aus Wan nehmen die Abgeordneten der HDP für Wan Bedia Özgökçe Ertan und Tuğba Hezer, so wie Doğan Erbaş (HDP), Veysi Dilekçi (HDP), Nazmiye Acar (DBP) teil. Nachdem ihre Gruppe zum 6. Mal seit ihrem Aufbruch auf eine Blockade der Soldaten stieß, führten sie eine Pressekonferenz durch. Die Abgeordnete der HDP für Wan Bedia Özgökçe Ertan ergriff das Wort und erklärte: „Wir werden unseren Kampf bis zu Ende fortführen. Das Volk von Gever ist nicht allein. Was auch passiert, wir stehen bis zum Ende an seiner Seite.“

Während sich aus allen Richtungen Menschen auf den Weg gemacht haben um Gever zu Hilfe zu eilen, haben sich die Gefechte in Gever verschärft. In den Stadtteilen Cumhuriyet und

Konstituierende Erklärung zum föderalen System in Rojava/Nordsyrien

"Eine echte Möglichkeit für den Aufbau eines föderalen demokratischen Systems"

Dem Aufruf der Gesamtkoordination der Gebiete der Demokratischen Autonomie (Cizîre, Kobanî, Afrîn) folgend, organisierten die verschiedenen Teile der Gesellschaft, die politischen Kräfte und Parteien sowie gesellschaftlichen AktivistInnen aus den oben genannten und den aus den Händen der Terrororganisationen neu befreiten Gebieten ein breites Treffen, um eine umfassende politische Perspektive zur Überwindung des Chaos in Syrien zu finden. Als Abgeordnete dieser Gebiete haben wir am 16. und 17. März unsere Versammlung abgehalten. Das von uns dargelegte Ergebnis wollen wir dem Andenken der Gefallenen unserer Völker widmen, den Gefallenen, die mit ihrem Blut die größten und heldenhaften Legenden wahr gemacht und mit legendärer Tapferkeit große Opfer gebracht haben. Ihnen gilt unser Respekt. Durch ihr Beispiel haben unsere Völker diesen Schritt erreicht.

Als Ergebnis dieses Treffens wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Ein zukünftiges Syrien wird für alle Bevölkerungsgruppen Syriens sein; dies wird durch ein föderales und demokratisches System auf Grundlage der Beteiligung aller Gruppen erreicht werden.
2. Es soll für die Gründung eines föderalen demokratischen Systems in Rojava-Nordsyrien gearbeitet werden.
3. Die Wahl von gemeinsamen Ko-Vorsitzendenden durch den Rat wurde durchgeführt sowie ein Komitee von 31 Mitgliedern gebildet.
4. Das Komitee soll innerhalb von sechs Monaten einen Gesellschaftsvertrag vorbereiten und ein umfassendes politisches und rechtliches Konzept für dieses System erarbeiten.
5. Alle Komitees und Dokumente des Rates erkennen die Erklärung der Vereinten Nationen über die individuellen und kollektiven Rechte an, die ihrem Inhalt nach den Aufbau eines demokratischen Gesellschaftssystems versichern. Die Teilnehmenden dieses Treffens betonen ebenfalls ihre tiefe Verbundenheit zu Syrien und sehen das neu gegründete System als einen Teil davon. Gleichzeitig bekennen sie sich zum Grundsatz des Friedens und der Verbundenheit mit allen Völkern der Region und bringen dieses Projekt im Dienste aller voran.
6. Die Freiheit der Frau ist Grundprinzip des föderalen demokratischen Systems. Die Frau hat das Recht auf gleiche Teilnahme und Teilhabe an allen sie betreffenden Entscheidungen. Es besteht gleiche Repräsentation auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Lebens.
7. Jeder Teil der Gesellschaft, der unter dem föderalen System von Rojava-Nordsyrien lebt, kann nach eigenem Ermessen politische, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Beziehungen und demokratische Formen der Zusammenarbeit ausüben sowie an der Ausübung des Glaubens und der Kultur auf regionaler und staatsübergreifender Ebene teilhaben; auf eine Weise, dass die Beziehungen nicht Ziel und Möglichkeiten des syrischen demokratischen Föderalismus entgegenstehen.
8. Die Gebiete, die von der Kontrolle von Terrororganisationen befreit werden, haben das Recht gemäß den Prinzipien Teil des föderalen demokratischen Systems von Rojava-Nordsyrien zu werden.
9. Das Ziel des föderalen demokratischen Systems von Rojava-Nordsyrien auf regionaler Ebene besteht in der Verwirklichung des demokratischen Föderalismus im Mittleren Osten sowie im Vorantreiben föderaler und demokratischer Prinzipien auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Ebene sowie zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Mittleren Osten. Auf dem Weg der Überwindung der nationalstaatlichen Grenzen besteht die Möglichkeit ein friedliches, sicheres und gemeinschaftliches Zusammenlebens zu erreichen.
10. Das föderale demokratische System soll innerhalb der territorialen Integrität Syriens verwirklicht werden.

An die Völker Syriens, Kurdistans und Rojavas, an alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppen: Wir erleben heute eine historische Phase und befinden uns in einer bedeutenden Situation. Syrien erlebt in unserer heutigen Zeit tragischste und schlimmste Zustände. Diese Situation, die Syrien in den Grundfesten erschüttert hat, umfasst Millionen Flüchtlinge und hunderttausenden Toten, nicht zu reden von den großen Zerstörungen. Trotz alledem sehen wir in Rojava während der vergangenen Jahre eine fortgeschrittene Erfahrung, die mit dem Blut der Gefallenen verteidigt wurde. Auf dieser Grundlage ist klar zu sehen, dass der Erfolg von Rojava innerhalb dieser Zeit viele Möglichkeiten und Errungenschaften hervorgebracht hat. Dies wird als eine echte Möglichkeit für den Aufbau eines föderalen demokratischen Systems in Rojava-Nordsyrien gesehen. Wir glauben und vertrauen darauf, dass dies ein Beispiel für die Überwindung des Chaos in Syrien sein kann.

Auf Grundlage der historischen Entscheidungen, die wir getroffen haben, laden wir dazu ein, dass die Frauen als Repräsentation des freien Lebens, die Jugend, die Vereinigungen, die Arbeitenden, die verschiedenen Teile unserer Bevölkerung und alle gesellschaftlichen Teile diesen Entscheidungen ihre Aufmerksamkeit schenken, sich an ihnen beteiligen und so den Aufbau des föderalen demokratischen Systems organisieren. Wir laden alle demokratischen, fortschrittlichen Kräfte, die für die Menschheit arbeiten, ein, um uns in unseren Bemühungen zu unterstützen. Für die Selbstbestimmung, gemeinsames Leben und die Verbundenheit der Völker.

Konstituierender Rat der föderalen demokratischen Einheit von Rojava – Nordsyrien, 17. März 2016

Schwere Kämpfe in Şirnex

In Şirnex (Şırnak), wo der Widerstand der Selbstverwaltung gegen die völkermörderischen Angriffe seit bereits sieben Tagen anhält, halten die Zusammenstöße weiter an. Staatliche Kräfte, die weiterhin versuchen in die Bezirke zu kommen, werden vom Widerstand der Zivilen (Frauen)-Verteidigungseinheiten (YPS/YPS-JIN) immer wieder zurückgedrängt.

In sechs Stadtteilen brachen nach andauerndem nächtlichen Artellerie- und Haubitzenbeschuss in vielen Häusern Brände aus, aus gepanzerten Fahrzeugen heraus wurden Granaten verschossen. Nachdem Kämpfer_innen der YPS und YPS-JIN die Angriffe beantworteten, kam es in den Bezirken Yeşilyurt und Dicle zu schweren Zusammenstöße. Während die Schläge durch Panzer, Haubitzen und andere Artillerie auf die Stadt weitergingen, brachen auch in den Stadtteilen Gazipaşa und Ismetpaşa direkte Kämpfe aus. Da zahlreiche Rettungswagen gesehen wurden, wie sie in den frühen Morgenstunden in Richtung der Kommandantur der 23. Gendarmerie gefahren sind, wird angenommen, dass viele Spezialkräfte verletzt wurden.

In einer schriftlichen Erklärung der YPS-Hauptkoordination bezüglich der andauernden Zusammenstöße in der Stadt wurde erklärt, das die Widerständlerin Gurbet Kaya (Jiyan Amargi) bei den Kämpfen gegen die staatlichen Attacken im Stadtteil Dicle ihr Leben verlor. (...)

(ANF, 21.3., ISKU)

Eski Kışla, wo es dem Staat bisher nicht geglückt ist den Widerstand zu brechen, haben sie Bagger und schwere Baufahrzeuge aufgefahren und damit begonnen Häuser einzureißen. Häuser, die den Baufahrzeugen stand hielten, wurden von ihnen in die Luft gesprengt. Diese Sprengungen führten zu großen Schäden an unzähligen Häusern und Geschäften. Während die Kräfte von YPS und YPS-JIN unter starker Bombardierung durch türkisches Militär stehen, setzen sie ihren Widerstand fortsetzten. Meldungen der Koordination der YPS zu folge sollen allein am 22. März im Dreieck zwischen den Stadtteilen Dızê, Kışla und Cumhuriyet mindestens 16 Mitglieder der türkischen Spezialeinheiten getötet worden sein.

(ANF, 23.3., ISKU)

Brüssel: Faschisten greifen kurdische Mahnwache an

Am 22. Februar hatten KurdInnen vor dem Menschengerichtshof in Strasbourg einen Sitzstreik begonnen. 20 Tage später wurde die Aktion verlegt und in Brüssel vor den Toren vom Europa Parlament und Europarat weiter geführt. Der Protest der Kurden richtet sich gegen das Schweigen gegenüber den Kriegsverbrechen des AKP-Regimes an ihrer Bevölkerung.

Jetzt sind die streikenden KurdInnen selbst zum Ziel von Angriffen geworden. Nach dem seit Tagen in den türkischen Medien Äußerungen von Ministerpräsident Davutoğlu und Staatspräsident Erdoğan lanciert wurden in denen diese sich befremdlich geäußert hatten, dass in Brüssel eine Aktion der Kurden geduldet wird, ist letzte Nacht das Zelt der Kurden von einer Gruppe Faschisten angegriffen und angezündet worden. Es wurde dabei Teilweise zerstört. Im Namen der Veranstalter der Aktion hat Xebat Öcalan die Behörden dazu aufgerufen tätig zu werden. Xebat Öcalan erklärte aber auch, dass der zerstörte Bereich des Zeltes repariert wird und die Aktion fortgesetzt wird.

(ANF, 20.3., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
BaN	Basnews

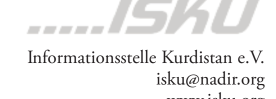
N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 763
1. April 2016

Nûçe

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Newroz in Amed: Hunderttausende trotzen den Terrordrohungen

In der kurdischen Metropole Amed (Diyarbakir) versammelten sich anlässlich des Newrozfestes am 21. März hunderttausende Menschen auf dem zentralen Newrozplatz in der Stadt. Trotz des anhaltenden Staatsterrors in den Stadtbezirken von Amed Sur und Bağlar, und trotz der in den letzten Tagen in der Stadt gestreuten Gerüchte, der IS würde einen Anschlag beim Newrozfest planen, trafen ab den Morgenstunden die Menschen auf dem Versammlungsplatz ein, um das kurdische Neujahrsfest zu feiern. Bis zum offiziellen Programmstart um 12 Uhr füllte sich der Platz mit hunderttausenden Menschen aus Amed und den umliegenden Städten.

"Kehrt vom Krieg ab und wir können die kurdische Frage binnen einer Woche lösen"

Nach den Begrüßungsreden der beiden Co-Bürgermeister von Amed, Firat Anli und Gültan Kişanak, wendete sich der HDP-Abgeordnete und Imrali-Delegationssprecher Sirri Süreya Önder an die Menschenmenge. Önder hatte bei den Newrozfeierlichkeiten der vergangenen Jahre die Message des inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan mit der Öffentlichkeit geteilt. Önder begann seine Rede mit den Worten, dass in den vergangenen drei Jahren ein Newroz des Friedens gefeiert wurde. Dieses Jahr feiere man ein Newrozfest des Widerstands. Doch der HDP Abgeordnete machte in seiner Rede auch deutlich, dass der Weg zu einem Frieden noch nicht verschlossen sei. Önder richtete von Amed aus seine Worte an den türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu und erklärte: "Öffnen Sie den Weg nach Imrali, lassen Sie uns mit den Verhandlungen an den Punkt weitermachen, an dem wir angelangt waren und lassen Sie uns so binnen einer Woche das Schicksal dieses Landes in eine andere Richtung lenken."

Die Co-Vorsitzende der HDP Figen Yüksekdag betonte vor hundertausenden Menschen in Istanbul am 20.03.2016, dass die Menschen dem Verbot des Präsidentenpalast das Newroz-Fest zu verbieten, nicht nachgekommen sind. „Es handelt sich um unsere Verantwortung entgegen den politischen Angriffen und Repressionen Widerstand zu leisten.", so Yüksekdag weiter-HDP-Co-Vorsitzender Demirtas gedachte in seiner Rede auf dem Newrozfest in Amed zunächst den Opfern der Angriffe türkischer Sicherheitskräfte in den letzten Monaten. Weiter ließ er folgendes verlautbaren: „Wir haben sämtlichen Völkern des Nahen und Mittleren Ostens die Nachricht des Friedens übermittelt. Wir haben auf dem Pfad zum Frieden bei den Feierlichkeiten des Newroz-Festes in den letzten drei Jahren gesehen, wie schön der Frieden ist und festgestellt, dass es sich dabei um keine Utopie handelt. Wir haben gezeigt, dass das Festhalten an den Prinzipien von Gleichheit und Freiheit den Frieden möglich macht. Trotz all der traurigen Geschehnisse zeigt sich das diesjährige Newroz-Fest der Welt als Fest des Friedens."

Bei den landesweiten Newroz-Feierlichkeiten kam es hunderten Festnahmen. Noch immer befinden sich dutzende von Menschen in Haft. Auch aus Deutschland wurden vier Teilnehmer einer Beobachtungsdelegation bei der Newroz-Feier in Amed festgenommen.

(CA, 22.3., ISKU)

Amed: DTK hält ersten außerordentlichen Kongress ab

Der Kongress der Demokratischen Gesellschaft DTK hat heute im Konferenzsaal des Rathauses von Amed (Diyarbakır) seinen 1. außerordentlichen Kongress abgehalten. Der DTK sah einen außerordentlichen Kongress für notwendig an, um ihre Organisationsstruktur der aktuellen Lage in Kurdistan, in der Türkei und im Nahen Osten entsprechend neu zu formulieren. Am Kongress nahmen neben Hatip Dicle und Selma Irmak, Selahattin Demirtaş, Co-Vorsitzender der HDP, Gülistan Kılıç Koçyiğit, Co-Sprecherin der HDP, auch eine Reihe Abgeordneter und Vertreter von NGO's teil. Die Eröffnungsrede hielt Selma Irmak Co-Vorsitzende des DTK. In ihrer Rede wies Selma Irmak auf die Deklaration des DTK vom 27. Januar hin. Ziel der Deklaration war es, zu einer Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zu kommen. Im Rahmen der Deklaration wurden mehrere Ermittlungsverfahren gegen ihre Protagonisten eröffnet, gegen einige wurden auch Anträge auf Aufhebung der Immunität erhoben. Irmak betonte, dass der DTK auch in Zukunft alles tun werde, damit die Kurden im Rahmen eines demokratischen Grundgesetzes ihre Rechte zugestanden bekommen und erklärte, dass die Kurden sich nicht von ihrer Forderung nach eine Demokratischen Autonomie abwenden werden. Die Kurden fordern einen Status für sich, erklärte sie. Sie wies auch auf die Notwendigkeit hin, dass in der aktuellen Phase weitere Bündnisse geschlossen werden müssen. Namentlich nannte sie Mesut Barzani und forderte ihn auf, seine Haltung gegen über der Bewegung zu revidieren und seiner Rolle als Sohn Mele Mustafa Barzanis gerecht zu werden. Danach ging Selma Irmak auch auf die Beschlagnahmung von Orten wie Sûr ein und sagte: „Tagelang ließen sie die Leichname unserer Menschen auf der Straße liegen, sie fuhren mit Panzern über sie hinweg, jetzt strecken sie ihre Hände nach unseren Städten aus, nehmen alles zur Habe und besetzen das Land. Jetzt spreche ich als Frau. In der aktuellen Phase ist der grundlegendste Kampf in Kurdistan der, der sich unter der Führung der Frauen vollzieht. Wir reden hier nicht nur über die Freiheit eines Bezirks, einer Region, die grundlegende Freiheit die wir anstreben ist die Freiheit der Frau."

Hatip Dicle ging in seiner Rede kurz auf die Geschichte der Kurden in den letzten hundert Jahren ein. Nach der Teilung der Kurden durch das Abkommen von Sykes-Picot ist es, obwohl viele Proble-

→

Meldungen:

Şirnex: Stadtteile der Selbstverwaltung unter starkem Beschuss

Die HDP-Abgeordnete für Êlih (Batman), Ayşe Acar Başaran, ist seit Beginn des Angriffs auf Şirnex (Şırnak) in der Stadt. In einem Interview erklärte sie: „Şirnex steht bereits seit 2 Monaten unter Blockade. Seit 15 Tagen auch täglich unter starkem Beschuss." Über die Situation in der Stadt erklärte sie: „Auf den hohen Gebäuden sind Scharfschützen positioniert. Für die Menschen hier gibt es keine Sicherheit. Sie dürfen nicht auf die Straße, sie können noch nicht einmal ans Fenster, um die Vorhänge vorziehen." Ayşe Acar Başaran geht davon aus, dass schon viel früher beschlossen wurde, Şirnex anzugreifen und dass der Angriff lange andauern wird. Sie sagt: „Der Staat hat alle seine offiziellen Einrichtungen zuvor nach Cizîr (Cizre) verlegt. Der Staat denkt an seine Institutionen, aber seine Menschen sind ihm egal. Wer hier krank ist, kann nicht ins Krankenhaus gehen. In den Stadtteilen mit Selbstverwaltung gibt es seit 15 Tagen keinen Strom und kein Wasser.

In Şirnex haben die Menschen lediglich gesagt, dass sie sich selbst verwalten möchten. Das hat gereicht, um ihnen jetzt mit einem Massaker zu drohen, sie hungrig und durstig zu lassen.

Der Co-Vorsitzende des Volksrates von Şirnex, Ümran Yiğit, erklärte in einem Interview: „Wir leisten jetzt seit 15 Tagen Widerstand in Şirnex. Seit der ersten Stunde greift der Feind sehr heftig an. Es kommt alles zum Einsatz. Mörser, Panzer, Granaten, zuletzt sogar einige Raketen.

Die Banditen der AKP haben nur ihre Technik. Sie konnten bisher in keine unserer Stadtteile eindringen. Überall begegnet ihnen ein ganz großartiger Widerstand. Der Feind konnte bisher nicht einen Schritt auf unser Gebiet setzen. Sie beschießen lediglich die Stadtteile mit Mörsern und Granaten aus Panzern, die sie um die Stadt herum positioniert haben." Ümran Yiğit rief im Folgenden dazu auf, den Widerstand in Gever, Nisêbîn und Şirnex zu unterstützen.

(BN/ANF, 29.3. ISKU)

Türkische „Sicherheitskräfte" überfallen Vezirava

Das Dorf Vezirava gehört zum Kreis Gever (Yüksekova) und ist Teil der Provinz Colemêrg (Hakkari). Es liegt in der Nähe von

Cizîr: Aufruf zur Solidarität

Menschen, die nach 80 Tagen Ausgangssperre nach Hause kommen, finden dort hunderte zerstörte Häusern vor. Nachdem in den Kellern über 150 Menschen lebendig verbrannten, wurden in den noch stehenden Häusern alle Möbel geplündert. In einem Interview mit ANF ruft der Ko-Bürgermeister der Stadtverwaltung von Cizîr (Cizre), Kadir Kunur, alle KurdInnen dazu auf Solidarität zu zeigen, damit Cizîr das tägliche Leben wieder aufnehmen kann.
Kunur zu folge haben sie angefangen, für die Reparatur von hunderten von Häusern mit der GABB (Vereinigung der Stadtverwaltungen Südostanatoliens) zusammenzuarbeiten. Er sagte: „Mit dem Aufheben der Ausgangssperre in Cizîr ist erst der Umfang der Schäden im Bezirk ans Licht gekommen. In Cizîr geschah im wahrsten Sinne des Wortes eine Grausamkeit, die sich auf Zerstörung fokusierte. Kein Haus blieb unbeschädigt, unzerstört. Wir als Stadtverwaltung haben mobilisiert, um Häuser mit geringeren Schäden und die Infrastruktur zu reparieren, damit unsere Leute in ihr Zuhause zurückkehren können. Wir haben festgestellt, dass die Beseitigung der Schäden eine Angelegenheit ist, die wir oder die benachbarten Verwaltungen nur mit den vorhandenen Mitteln nicht bewältigen können, weshalb wir uns an die GABB, für dringende Hilfe, gewandt haben. Sie zeigten das nötige Feingefühl in der Sache. Während wir sprechen, arbeiten Einheiten von den Großstadtverwaltungen von Amed (Diyarbakır), Mêrdîn (Mardin) und Wan (Van) für funktionierendes Trink- und Abwasser. Diese Arbeit hat jetzt einen bestimmten Punkt erreicht. Wir können diese Leistungen in 70% unseres Bezirkes zur Verfügung stellen. Die gerichtlichen Instanzen sollen noch Untersuchungen in denen als „Kellern des Grauens“ bekannten Gebiet durchführen, weshalb wir dort nicht viel arbeiten können. Für das Erfassen von rechtsgültigen Beweisen führen wir noch Korrespondenzen durch.“
Kunur weiter: „Wir fordern jede NGO (Nichtregierungsorganisation) und jede politische Partei dazu auf, hierher zu kommen, um die Gräuel, welche die Menschen in Cizîr erlitten haben, mit eigenen Augen zu bezeugen. Kurz gesagt, wir erwarten, dass das kurdische Volk nach Cizîr kommt. Sie sollen kommen und die Grausamkeiten selbst sehen.“
Der Ko-Bürgermeister betont, dass alle Häuser während der „Ausgangssperre“ geplündert wurden und ruft zur Solidarität auf, damit die täglichen Bedürfnisse befriedigt werden können. „Es ist kein verwendbares Essen in den Häusern zurückgeblieben. Es blieben keine Gerätschaften zurück. Die Kühlschränke, Waschmaschinen und Öfen wurden alle zerstört. Wie wir alle wissen, ist der Sommer in Cizîr sehr heiß. Deshalb werden die Menschen in einem Monat, ohne Kühlschränke, enormen Schwierigkeiten gegenüberstehen. Siebzigtausend Menschen sind ohne grundlegende Geräte. Aus diesem Grund würde es dem täglichen Leben wirklich helfen, wenn die Menschen ausserhalb von Cizîr Kühlschränke oder Waschmaschinen für jeden Haushalt schicken würden.“ *(ANF, 29.3., ISKU)*

Jandarma-Kaserne vollständig zerstört

Am verganenen Donnerstag wurde die Mermer Kasserne zwischen Amed (Diyarbakir), Pîran (Lice) und Cewlig (Bingöl) vollständig zerstört. In ihr sind Spezialeinheiten der Jandarmas (JÖH) stationiert. In den 1990er Jahren galt sie als Zentrum von Jitem und Abtrünnigen der PKK, die sich zum Dienst für das türkische Militär heranziehen ließen. Gegen 22.00 Uhr explodierte eine Autobombe auf dem Hof der Kaserne. Anschließend soll die Kaserne eine halbe Stunde lang pausenlos beschossen worden sein. Nach dem Angriff kam es zu einem Brand. Nach offiziellen Angaben aus Kreisen des türkischen Militärs sind 3 Soldaten getötet und 28 weitere verletzt worden. Es ist eine Nachrichtensperre verhängt worden.
Mittlerweile übernahmen die Volksverteidigungskräfte HPG die Verantwortung für die Aktion. Zu dem Zeitpunkt waren 60 dort stationierte Jandarmas und weitere 20 JÖH anwesend. Die Aktion sei in Erinnerung an die in Sûr und Cizîr Ermordeten so wie in Erinnerung an einen Kommandanten der HPG, den Genossen Çiyager Batman, der in Sûr (Amed) im Kampf sein Leben verloren hatte, durchgeführt worden. Die HPG spricht von 28 getöteten Soldaten und 32 Verletzten. *(ANF, 25.3., ISKU)*

→Amed: DTK hält ersten...

me bestehen, den Kurden im Süden gelungen einen Status zu erlangen. Auch die Kurden in Rojava arbeiten daran. An dieser Stelle begrüßt Hatip Dicle ausdrücklich die Ausrufung der Föderation in Rojava-Nordsyrien und kritisierte die Regierung Südkurdistans wegen der Schließung des Grenzübergangs Sêmelka am gleichen Tag. Die Regierung in Süd-Kurdistan rief er auf, ihre Haltung zu überdenken und ihren dahingehenden Beschluss zurückzunehmen. In seiner Rede erklärte Hatip Dicle, dads sich für Kurdistan und den Nahen Osten heraus kristallisiert habe, dass eine nationalstaatliche Herangehensweise keine Lösung mit sich bringt werde und nur Quell neuer Probleme mit sich bringe. Dafür würdigte er die Bemühungen Abdullah Öcalans, dass er mit dem Modell der Demokratischen Nation den Weg für eine Lösung konkretisiert habe. Die Übereinkunft von Dolmabahçe, sagt Dicle, sei eine Roadmap. Sie stellte nicht nur eine Lösung der Probleme der Kurden dar. Sie könne eine Lösung für alle durch das nationalstaatliche Konzept an den Rand gedrängten Gesellschaften darstellen. Die AKP und der Staatspräsident habe jedoch den Verhandlungstisch umgestoßen. Der Genozid, der an Armeniern und Süryani verübt wurde, soll heute an den Kurden verübt werden, sagt Dicle und warnt eindringlich vor den Folgen der Beschlagnahme Sûrs, welche für ihn ganz klar Teil des Genozid an den Kurden darstelle. Hatip Dicle beendet seine Rede mit einem Aufruf an die Regierung und alle Verantwortlichen im Staate. „Seit einem Jahr steuert Ihr das Land in eine große Zerstörung. Nehmt Abstand davon. Wir zeigen nur den Weg auf. Das ist alles. Der richtige Weg führt über die Freiheit des wehrten Herrn Öcalans, die Rückkehr an den Verhandlungstisch und ein Schiedsverfahren zur Erreichung eines Waffenstillstands. Laßt uns auf den Weg einschwenken, bevor noch mehr Schaden angerichtet ist. Denn morgen kann es zu spät sein“, erklärte er.
Nach den Reden von Selma Irmak und Hatip Dicle ergriffen Selahattin Demirtaş und Gülistan Kılıç Koçyiğit das Wort. Selahattin Demirtaş warnte in seiner Rede eindringlich vor dem Verständnis der Vereinheitlichung. „Dies führe nur zu Faschismus. Das Verständnis davon, dass alles Eins sein solle vereint uns nicht. Das vorderste Ziel des DTK ist, die demokratische Gesellschaft zu entwickeln. Es gilt ein Paradigma zu entwikkeln, dass alle Unterschiede in sich vereint,“ so Demirtaş.
Auf dem Kongress wurden Leyla Güven und Hatip Dicle als neue Co-Vorsitzenden des DTK gewählt. *(ANF, 26.3., ISKU)*

Oremar (Dağlıca). Am Eingang des Dorfes wurde am 29. März ein ziviler PKW von türkischen Sicherheitskräften aus einem weißen Ranger und einem weiteren gepanzerten Fahrzeug heraus beschossen. Die beiden Insassen des PKW werden bei dem Beschuss schwer verletzt, so schwer, dass sie nicht mehr bei Bewusstsein sind. Anschließend sollen sie ins staatliche Krankenhaus von Gever gebracht worden sein. Ob das tatsächlich der Realität entspricht, darüber gibt es keine Nachrichten.
Das Dorf wird umstellt, alle Straßen und Zufahrtswege gesperrt, Panzer um das Dorf positioniert. Hunderte Spezialeinsatzkräfte von Polizei und Jandarma werden aus Hubschraubern abgesetzt. Aus gepanzerten Fahrzeugen heraus und von der örtlichen Moschee wird die Bevölkerung dazu aufgerufen, das Dorf zu verlassen. Es heißt: „Verlasst sofort das Dorf, ansonsten verbrennen wir euer Dorf und euch gleich mit“. Das ist deutlich. Nach den Durchsagen wird jeweils einer aus jedem Haus auf dem Dorfplatz gesammelt, alle weiteren zum Haus gehörenden Personen werden aus dem Dorf getrieben. Hunderte Menschen müssen sich durchsuchen lassen und müssen von einer Sekunde auf die andere Haus und Dorf verlassen.
Schafschützen werden positioniert. Das Dorf anschließend mit Hunden durchsucht. Von der Familie Han werden 13 Personen verhaftet. Man sagt ihnen: „Wenn ihr uns keine Informationen liefert, müsst ihr für immer hier bleiben.“ Einen Tag später wird abends um 20.00 Uhr die Ausgangssperre über das Dorf Vezirava und über die Ansiedlung Çimenli verhängt. Der Gouverneur von Colemêrg hat sie verfügt. Als Grund wird benannt, 2 Personen seien entkommen. Es ist jetzt verboten, das Dorf zu betreten. Es ist aber auch verboten das Dorf zu verlassen. Wie lange das weiß niemand… *(ANF, 30.3., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
BN	BestaNuçe
CA	Civaka Azad

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 764
8. April 2016

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Zusammenfassung der Ereignisse der vergangenen Woche

Staatlicher Terror und Angriffe – Der Widerstand in Rojava und Bakur hält an

Die Gefechte in der Stadt Gever (türk. Yüksekova) setzen sich auch am 25. Tag der massiven Bombardierung durch die türkischen Truppen fort.
Nachdem die Selbstverteidigungseinheiten der YPS (Yekîneyên Parastina Sivîl – Zivilen Verteidigungseinheiten) und YPS-Jin (Yekîneyên Parastina Sivîl-Jin – Zivile Frauenverteidigungseinheiten) in weitere Stadtteile vorgerückt ist und befreit hat, hat das türkische Militär begonnen die Viertel Cumhuriyet, Güngör und Orman massiv zu bombardieren.
Mittlerweile sind hunderte Häuser und Geschäfte vollkommen zerstört worden. Dies liegt unter anderem daran, dass durch die Explosionen Feuer ausgebrochen sind und die türkischen Truppen die Feuerwehr und Rettungskräfte daran hindern, zu den betroffenen Orten vor zu dringen.
Auch in Nisêbîn (türk. Nusaybin) setzen sich die Auseinandersetzungen fort. Heute ist bereits der 24. Tag angebrochen, an dem die türkische Armee die Viertel Fırat, Abdulkadirpaşa, Yenişehir und Dicle von ihren befestigten Stellungen aus mit Artillerie beschießt. Dennoch setzt sich auch in Nisêbîn der Widerstand der Bevölkerung fort.
In Silopiya (türk. Silopi) fing das türkische Militär an Häuser in den Stadtvierteln Zap und Barbaros mit Panzern zu beschiessen und zwang die Bevölkerung gewaltsam ihre Häuser zu verlassen. Bei den Angriffen starb mindestens eine Person und viele weitere wurden verletzt.
Derweilen überreichte die russische Regierung die bereits bekanntgegebenen Dokumente über die Verbindungen zwischen der türkischen Regierung und dem Islamischen Staat an den UN-Sicherheitsrat. Die Dokumente bezeugen vor allem den Waffenhandel und Schmuggel zwischen den beiden Parteien, durch den der türkische Staat sowohl explosive, als auch chemische Munition und Waffen in die vom IS besetzten Regionen um Reyhanlı, Azez, Qamişlo und Jarablus transportierte.
Dabei scheinen nach bisherigen Informationen vor allem der türkische Geheimdienst und die Başar Foundation eine zentrale Rolle zu spielen. Während der Geheimdienst sowohl den IS, als auch islamistisch/nationalistische TurkmenInnen mit Waffen versorgt, kümmert sich die Başar Foundation um das leibliche Wohl und hat beispielsweise im Januar circa 50 Tonnen Nahrung in IS kontrollierte Gebiete geliefert.
Daneben tritt auch die neue Offensive der kurdischen Guerilla in Aktion, so gab es einen Angriff auf den Militärposten der türkischen Armee in Qoser (türk. Kızıltepe). AugenzeugInnen berichteten, dass kurz vor der Explosion im Militärposten der Strom in dem Gebiet ausfiel. Auch in Oremar (türk.Dağlıca) und Amed (türk. Diyarbakır) kam es zu Angriffen auf einen militärischen Außenposten und einem Militärkonvoi, bei dem laut HPG (Volksverteidigungskräfte) 11 Soldaten getötet worden sind. Unterdessen gehen die Luftangriffe der türkischen Armee im Qandil (Südkurdistan/Irak) weiter. In der Nacht zum 5. April wurden zwei Dörfer bombardiert, wobei nur Häuser zerstört aber niemand verletzt worden ist.

→

Hezex: Ausmaß der Zerstörung wird erst jetzt sichtbar

Nachdem am 16. Februar 2016 die „Ausgangssperre“ über Hezex (Idil), einer Kreisstadt von Şirnex (Şırnak), verhängt wurde, war Hezex 44 Tage unter Beschuss. Es waren vor allem die beiden Stadteile Yeni Mahalle und Turgut Özal durch die Angriffe betroffen. Als dann die Ausgangssperre seit kurzem teilweise aufgehoben wurde wird zunehmend deutlicher, welch furchtbare Tage hinter Hezex liegen und welche Verbrechen auch hier der Staat während der „Ausgangssperre“ verübt hat. In den 44 Tagen der Ausgangssperre etwa 80 Menschen (die genaue Anzahl konnte noch nicht ermittelt werden) in Hezex ermordet. Der jüngste von ihnen war 13 der älteste 70 Jahre.
Im Stadtteil Turgut Özal kam es am 19. Tag der Ausgangssperre zu einem heftigen Gefecht zwischen den zivilen Sicherheitseinheiten YPS und staatlichen Kräften. Das Gefecht konzentrierte sich um ein dreistöckiges Gebäude in der Pınar Caddesi. Bei dem Gefecht wurden 6 Kämpfer der YPS verletzt. Mittlerweile gibt es Anhaltspunkte dafür, dass sie ermordet wurden. Das Gebäude ist durch das Gefecht nahezu zerstört. Augenzeugen berichteten, dass die 6 Verletzten in dem Keller Schutz gesucht hätten. Danach wurde das Gebäude von Seiten staatlicher Kräfte mit schweren Waffen unter Beschuss genommen. Anschließend wurde der Keller in Brand gesteckt. Zu dem Zeitpunkt waren die sechs noch im Keller. Danach konnten nur noch ihre Leichname geborgen werden.
Hezex ist von alters her eine Stadt der Süryani, einer christlichen Minderheit in der Türkei. Zwischen 1913 und 1964 wird die Stadt sieben Mal Zeuge von Massakern. Sieben Mal wurde die Stadt zerstört, verbrannt und von seinen BewohnerInnen trotzdem immer wieder neu aufgebaut.
Die BewohnerInnen der Stadt, die mit Verhängung der Ausgangssperre Hezex verlassen hatten, kehren, seitdem die Ausgangssperre teilweise aufgehoben wurde, wieder in ihre Stadt zurück. Die Aufräumarbeiten haben sie begonnen. Es gibt einen Aufruf an freiwillige Helfer und Helferinnen nach Hezex zu kommen und beim Wiederaufbau zu helfen.

(ANF, 2.4., ISKU)

Meldungen:

Cizîr: DIHA-Journalist festgenommen
Als der Journalist der kurdischen Nachrichtenagentur Firat Duymak am Mittwochmorgen seine Wohnung in Cizîr (Cizre) verlassen wollte, wurde er von der Polizei aufgehalten und festgenommen. Die Polizeikräfte führten ihn in ein gepanzertes Fahrzeug und erklärten, dass sie ihn zu einem Picknick einladen. Bisher ist nicht bekannt, wo Firat Duymak festgehalten wird.
Der Vater von Firat Duymak zählt zu den Opfern, die in den Kellern von Cizîr von türkischen „Sicherheitskräften“ ermordet worden sind.
(DIHA, 6.4., ISKU)

Çelê: Spezialeinheiten gegen Neubepflanzung
Die in Çelê (Çukurca), Kreis Colemêrg (Hakkari) anlässlich des Geburtstags von Abdullah Öcalan gepflanzten Bäume, wurden in der Nacht zum Mittwoch von türkischen Spezialeinheiten rausgerissen und entfernt.
Als Reaktion darauf blieben am nächsten Tag aus Protest alle Läden und Werkstätten der Bevölkerung geschlossen, Menschen gingen nicht zur Arbeit.
Der von vermummten türkischen „Sicherheitskräften“ angerichtete Schaden wurde wieder hergerichtet. Viele aus der Bevölkerung kamen zusammen und bepflanzten die Hügel aufs Neue. *(DIHA, 6.4., ISKU)*

Erneut Angriffe gegen die Bevölkerung in Helep
Einheiten von SUK und ENKS griffen den Stadtteil Şêx Meqsûd an. Şêx Meqsûd ist ein Stadtteil von Helep/Aleppo im Norden Syriens mit mehrheitlich kurdischer Bevölkerung. Bei dem Angriff auf den Stadtteil sind 17 Zivilisten getötet und 63 weitere verletzt worden. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Zahl der Toten und Verletzten noch erhöhen kann, da unzählige Menschen unter zerstörten Gebäuden verschüttet sind. Auch dauern die Angriffe durch SUK und ENKS weiter an. Schon früher war Şêx Meqsûd häufig Ziel von Angriffen. *(ANF, 5.4., ISKU)*

Prag: Vertretung der YPG/YPJ eröffnet
Die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ eröffneten ihre offizielle Vertretung am 3. April in Prag. An der Eröffnung nahmen Vertreter

Kein Fußbreit den türkischen Faschisten!

Wir, die unterzeichnenden Organisationen verfolgen mit großer Besorgnis die Umtriebe des türkischen Staates in Deutschland und in Europa. Das despotische AKP-Regime, welches in der Türkei alle demokratischen und rechtstaatlichen Grundlagen de facto aufgehoben hat, djihadistischen Terrorbanden weiter Unterstützung leistet und einen brutalen schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk führt, versucht Zwiespalt und Feindschaft zwischen den kurdischen und türkeistämmigen Migrant*innen in Deutschland zu säen.
Eine bisher unbekannte »Initiative Friedensmarsch für die Türkei-AYTK (Europäische Neue Türken Komitee – Avrupa Yeni Türkler Komitesi)« hat angekündigt, in den Städten wie Berlin, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover, Hamburg, Köln, Nürnberg, München und Wuppertal am 10. April 2016 Demonstrationen durchzuführen, die offensichtlich von der AKP-Regierung zentral gesteuert werden. Für eine unbekannte Gruppe ist es kaum möglich, eine solche Aktion zu starten. Uns ist bekannt, dass verschiedene regierungsnahe nationalistische Organisationen wie UETD oder DITIB, sowie andere nationalistisch-faschistische Gruppen im Hintergrund die Mobilisierung übernehmen. Während auf Deutsch angegeben wird, dass die Demonstrationen ein »Protest gegen den Terror der PKK und des IS« seien, wird auf Türkisch mit der Losung, »Alles für das Vaterland – Märtyrer sterben nicht, das Vaterland kann nicht geteilt werden« mobilisiert.
Das AKP-Regime instrumentalisiert die Versammlungsfreiheit in Deutschland für ihre nationalistische Propaganda und Demagogie. Zu gleicher Zeit werden auch in türkischen Städten mit der gleichen Losung Massendemonstrationen vorbereitet. Wir haben die Befürchtung, dass sowohl in der Türkei als auch hier in Deutschland Stimmung gegen kurdische und linke türkische Vereine gemacht wird und Pogrome stattfinden.
Es ist ein offenes Geheimnis, dass der türkische Staat seit Jahrzehnten in Deutschland und in Europa geheimdienstlich, organisatorisch und propagandistisch tätig ist. Wie in der Vergangenheit ist es nicht auszuschließen, dass während oder nach diesen Demonstrationen Angriffe gegen Demokraten gestartet und Ausschreitungen provoziert werden. Das AKP-Regime scheint entschlossen zu sein, seinen schmutzigen Krieg nach Deutschland zu übertragen und hier die öffentliche Ordnung und Sicherheit für ihre Zwecke zu gefährden.
Wir rufen die staatlichen Behörden auf, jegliche Pogromversuche und Angriffe zu unterbinden. Es darf nicht zugelassen werden, dass auf hiesigen Straßen türkischer Nationalismus propagiert wird und rassistische Hetze stattfindet. Staatsanwaltschaft und kommunale Verwaltungen fordern wir auf, von Amts wegen tätig zu werden und ggf. diese Demonstrationen zu verbieten. Denn Faschismus ist keine Meinung.
Wir sagen: kein Fußbreit den türkischen Faschisten und rufen die demokratische Öffentlichkeit, die Gewerkschaften, Kirchen, die Friedensbewegung und antifaschistische Kräfte auf, dem türkischen Faschismus die Stirn zu bieten und die Gegendemonstrationen für die Demokratisierung der Türkei, für die demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage zu unterstützen.

FIDEF – AGIF – NAV–DEM – NOR ZARTONK – AABF – ADHF – ATIF – TJKE – SYKP – FEDA – FCIK – FKE – YXK – Young Struggle – Die Grünen und Linke Zukunft Partei – Revolutionary Proletariat

(Die ausgeschriebene Liste der Unterzeichnenden ist unter isku.blackblogs.org/2060/ *zu finden.)*

Qandil: Türkische Luftwaffe fliegt Angriffe gegen Bevölkerung

In der Nacht zum 5. April hat die türkische Armee erneut Qandil bombardiert. Der Angriff der Luftwaffe richtete sich gegen zwei Dörfer, Bukriska und Komuta. Bei dem Angriff gegen 21.10 Uhr wurden u.a. zwei Häuser zerstört. Bextiyar Mehemmed Seyfedin lebt in einem dieser Häuser und wurde nur durch Zufall nicht getötet. Er war zum Zeitpunkt des Angriffs bei Verwandten in einem Nachbardorf. Bextiyar Mehemmed Seyfedin macht vor allem die Kurdische Regionalregierung für den Angriff verantwortlich. „Der türkischen Armee sollte es nicht so leicht möglich sein, Dörfer und Felder in Kurdistan zu bombardieren. Die Regierung sollte ihre Zusammenarbeit mit Erdoğan und der AKP aufkündigen. So wie es jetzt ist, sind sie mittverantwortlich und Schaden dem Land und seinen Menschen", so Seyfedin
Heci Mehemmed ist Nomade und betreibt Viehwirtschaft auf den Almwiesen in der Nähe des Dorfes Komuta. Er erklärt, dass er, als das Dorf angegriffen wurde, mit seiner Familie und dem Vieh ganz in der Nähe war. „Als sie das Dorf Komuta bombardierten glaubten wir, sie würden uns bombardieren. Unsere Kinder rannten zu uns und weinten. Wir wussten nicht was wir tun sollten. Splitter flogen um uns und über unsere Köpfe hinweg. Es war reines Glück das uns nichts passierte". *(ANF, 5.4., ISKU)*

→Staatlicher Terror und Angriffe...

Auch im Stadtzentrum von Şirnex (türk. Şırnak) setzt sich der Widerstand fort. Die massiven Angriffe der türkischen Truppen nähren sich auch hier dem 24. Tag, dabei erleiden die Soldaten vor Ort schwere Verluste, so wurde von zwei großen Explosionen in den Stadtteilen Dicle und Cumhuriyet berichtet, zu denen eine große Anzahl an Rettungswagen eilte.
Trotz der schwierigen Situation in vielen Teilen Kurdistans wurde am 4. April in vielen Städten der Geburtstag von Abdullah Öcalan gefeiert.
Aber auch in Rojava und Nordsyrien gehen die Entwicklungen weiter, so haben sich Gruppen und Einheiten wie Şems El-Şemal, Suwar El-Minbic (Revolutionäre Minbic) Euphrat Regiment Koalition, Cind El-Heramên Regiment, Euphrates Martyrs Regiment, El-Qewsî Regiment und Tirkman El-Minbic zur Koordination zum Militärrat der Region Minbic zusammengefunden. Der oberste Kommandant des Militärrats, Ebû Emced versprach gemeinsam mit den KurdInnen, AraberInnen, TurkmenInnen und allen weiteren Bevölkerungsgruppen Minbic von den Banden des Islamischen Staates zu befreien.
Zudem informierte die YPG-Generalkommandantur erneut die ISSG Schaltstelle für die militärische Koordination in Syrien über den Beschuss der Stadt Qamişlo durch türkische Truppen. In Helep/ Aleppo greifen Islamistische Milizen und Einheiten des ENKS den mehrheitlich von KurdInnen bewohnten Stadtteil Şêx Meqsûd an. Durch die gezielten Attacken wurden 17 ZivilistInnen getötet und 63 weitere verletzt. Bei Gegenangriffen der YPG (Volksverteidigungseinheiten) wurden 36 Islamisten getötet.
(ISKU, 6.4)

Rojavas und Tschechiens teil. Für den Kanton Cizîre war der Vorsitzende der Kommission für Außenbeziehungen Dr. Ebdilkerîm Umer zugegen. Für die YPG/YPJ war die für diplomatische Beziehungen Verantwortliche Nesrîn Ebdullah nach Prag gekommen. Anwesend war auch Îman Derwêş, Verantwortlicher des Büros der YPG in Europa. *(ANF, 3.4., ISKU)*

Amed: Geflohene aus Hochsicherheitsgefängnis "gut angekommen"
Am 6. März ist im Hochsicherheitsgefängnis von Amed (Diyarbakır) das Fehlen von 6 politischen Häftlingen bemerkt worden. Bei den 6 politischen Häftlingen handelt es sich ausnahmslos um Mitglieder der PKK. Wie jetzt über ein Interview mit Murat Karayılan gegenüber Radyo Dengê Kurdistanê bekannt wurde, haben „die sechs Gesund und Munter freies Gebiet erreicht".
Am Morgen des 6. März bemerkten Wächter des Gefängnisses vom Typ D in Amed (Diyarbakır) – einem Hochsicherheitsgefängnis –, dass 6 politische Gefangene nicht mehr da waren. Nach Darstellung der Tageszeitung Cumhuriyet handelt es sich bei den Gefangenen allesamt um PKK'ler. Bisherigen Meldungen zu Folge sollen sie während des Hofgangs mit Bettlacken die meterhohe Gefängnismauer überwunden haben und anschließend, wegen der herrschenden schlechten Witterungsbedingungen –Sturzregen und Nebel – seelenruhig über die Felder davon gegangen sein. Der bei der Flucht ausgelöste Daueralam scheint vom Gefängnispersonal nicht weiter beachtet worden zu sein, da man von einem Defekt der Anlage ausgegangen sei. Auch die auf den Dächern installierten Kameras sollen wegen der schlechten Witterungsverhältnisse keine klaren Bilder geliefert haben. *(HS, 24.3., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
HS	Haber Sol

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 765
15. April 2016

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Die Provokation an den Hängen des Tendürek

Als die AKP erkannte, dass ein Frieden in der Türkei auch das Ende ihres Ein-Parteien-Regimes bedeuten würde, wandte sie sich von Frieden ab und gab das Signal zum Krieg.
Am Wendepunkt zwischen beidem stand eine Provokation. Es ist der 11. April 2015. Die Provokation an den Hängen des Tendürek markiert einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Türkei. In jenen Tagen herrschte ein Waffenstillstand der PKK und die Bemühungen Abdullah Öcalans um einen Frieden dauerten an. Es gab Gespräche zwischen dem türkischen Staat und Öcalan. Sie waren 2013 aufgenommen worden und führten zur Übereinkunft von Dolmabahce. Das letzte Treffen der Delegation nach Imrali, auch sie Teil der Friedensbemühungen, war am 5. April 2015. Sechs Tage später kam es zur Provokation am Tendürek, einem Berg im Landkreis Giyadîn (Diyadin) der Provinz Agirî (Ağrı).
Für den 11. April 2015 war eine Friedensaktivität der Bauern aus dem Umland geplant, es sollten Bäume auf den Hängen des Tendürek gepflanzt werden. Anlässlich des Geburtstags von Abdullah Öcalan Bäume zu pflanzen, ist zur Tradition bei den Kurden geworden. Diese Aktivität war offiziell und den Behörden bekannt. Doch am Abend zuvor sickerten, trotz des bestehenden Waffenstillstands der PKK, eine Handvoll Soldaten auf Befehl des Gouverneurs von Agirî, einem ehemaligen Sekretär des Innenministers Efkan Ala, auf die Hänge des Tendürek ein. Dem Einsickern dieser Gruppe folgte eine Militäroperation. Es kam zum Gefecht. Die HPG-Kämpfer Serhat Kızılay (Can Feda) und Yıldırım Mat (Delil Dozwan) sowie der ehemalige Kreis Co-Vorsitzende der HDP von Diyadin, Cezmi Budak, wurden ermordet. Cenap İlboğa, Vertreter von MEYADER, wurde schwer verletzt. Auch eine Reihe von Soldaten wurde verletzt.
Danach nahm die Provokation ihren Lauf. Die Volksverteidigungskräfte HPG wurden beschuldigt, das Feuer eröffnet, den Waffenstillstand verletzt und die Friedensbemühungen ad absurdum geführt zu haben. Bilder des Ereignisses, die von der Nachrichtenagentur DIHA veröffentlicht wurden, offenbarten, dass es sich bei dieser Darstellung um eine Manipulation handelte. Ganz im Gegenteil. Die Bevölkerung bemühte sich um das Leben der Soldaten und trug die verletzten Soldaten mit Wolldecken von den Hängen des Berges. Sie bemühten sich gleichermaßen um das Leben der Guerilla-Kämpfer wie auch um das Leben der verletzten türkischen Soldaten, die dort im Stich gelassen worden waren. Eine Erklärung der militärischen Führung (Genel Kurmay), wonach die dort verletzen Soldaten mittels Einsatz von Hubschaubern geborgen worden wären, wurden durch die von DIHA veröffentlichten Bilder ebenfalls der Lüge gestraft. Die Imrali-Delegation war sofort im Anschluss an die Ereignisse vor Ort und stellte fest, dass die Soldaten schon Tage zuvor Vorbereitungen für eine militärische Operation getroffen hatten und dass der Gouverneur von Agirî daran beteiligt gewesen war und somit der herrschende Waffenstillstand von diesen und nicht von der PKK gebrochen worden war. Doch obwohl die Provokation selbst dechiffriert war, änderte es nichts mehr an dem, was folgen sollte. Die Weichen waren gestellt. Mit oder ohne ihr.
Gleich im Anschluss an das Ereignis begannen der türkische Präsident Tayyip Erdoğan und sein Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu (AKP), sich auf die HDP einzuschießen und zu fordern, dass es der HDP bei der am 7. Juli 2015 anstehenden Wahl nicht gelingen solle, die Wahlhürde von 10 % zu knacken.
Der Frieden wurde ad acta gelegt. Was kommen sollte, waren der Krieg und das Sultanat.

(BN, 11.4., ISKU)

Bevölkerung von Nisêbîn seit 13. März im Widerstand

In Nisêbîn (türk.: Nusaybin) in der Provinz Mêrdîn (türk.: Mardin) wurde am 13. März die Ausgangssperre verhängt. Es ist die 8. über Nisêbîn verhängte Ausgangssperre im letzten halben Jahr. Mit Verhängung der Ausgangssperre begann die Militäroperation.
Aber es begann auch der Widerstand. Seit dem sind Gefechte tägliches Geschehen in Nisêbîn. Vor allem in den Stadtteilen Abdulkadirpaşa, Zeynelabidin, Kışla, Fırat, Dicle und Yenişehir konzentriert sich der Widerstand. Nachdem Militär und Sondereinheiten von Jandarma und Polizei herbe Verluste gegen die Zivilen Verteidigungseinheiten YPS und die Zivilen Frauenverteidigungseinheiten YPS-JIN einstecken mussten wurde der Gouverneur von Mêrdîn dafür verantwortlich gemacht. Er wurde zwar nicht gleich abgesetzt, jedoch wurden ihm am 9. April wichtige Befugnisse genommen und dem Militär unterstellt. Das war in der Türkei immerhin ein so einschneidendes Ereignis, dass in der Boulevardpresse Stimmen laut wurden, die von einem „Militärputsch“ sprachen. Auch der türkische Staatspräsident schaltete sich ein und gab Anweisung, wie mit dem Widerstand leistenden Nisêbîn zu verfahren sei. So schlug er vor, dass wenn es notwendig sei einfach alles aus der Ferne zu bombardieren und zerstören.
Devlet Bahçeli, Chef der MHP, wollte da nicht zurückstehen und forderte: „Lasst in Nisêbîn keinen Stein auf dem anderen, unterwerft sie alle.“ Das blieb nicht ohne Wirkung. Das türkische Militär hat seine Angriffe forciert. Der Beschuss von Nisêbîn dauert ohne Unterbrechung an. Die Zerstörung ist groß. Viele Gebäude sind aus der Ferne mit Artilleriebeschuss zerstört worden. Die Vertreibung der in der Stadt verbliebenen Bevölkerung wird vorangetrieben.
Doch die Bevölkerung leistet weiter Widerstand. Sie alle kennen Vertreibung und Unterdrükkung und wollen nicht noch einmal alles verlassen müssen. Sei bleiben in ihrer Stadt, sie gehen

→

Freiheit für Mustafa Çelik!
Mustafa Çelik ist Linker, Kurde, Aktivist. Seit Jahren setzt er sich für die Demokratisierung der Türkei und eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts ein. Jetzt wird er vor einem Gericht in Celle angeklagt, Mitglied der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK) zu sein.
Im Herbst 2014 wurde öffentlich und laut über die Aufhebung des PKK-Verbots in der BRD nachgedacht: im Bundestag wurde diese Frage debattiert, die Medien berichteten breit und offen, ein Großteil der Gesellschaft nahm damals teil an den Entwicklungen in Kurdistan. Die Rettung zehntausender Êzîd-Innen im Nordirak, die couragierte Verteidigung Kobanês gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS), der Aufbau einer Selbstverwaltung in Rojava (Westkur-distan/Nordsyrien), welche alle ethnischen, religiösen und sozialen Gruppen auf demokratischer Grundlage teilhaben lässt, wurden der PKK hoch angerechnet. Das alles ist nun anderthalb Jahre her – zwei harte Winter und einen heißen Sommer.
Den Dialog über Friedensverhandlungen, den der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan bis vor einem Jahr mit der Regierung der Türkei geführt hatte, hat das AKP-Regime einseitig abgebrochen. Tayyip Erdoğan merkte, dass die türkische Gesellschaft zunehmend die Demokratische Partei der Völker (HDP) wählt und seine AKP sich nicht länger durch Parlamentswahlen, sondern nur noch durch Krieg an der Macht halten kann. Anstatt die Forderungen weiter Teile der Bevöl-kerung nach Demokratie anzuerkennen, unterdrückt das Regime sie. So führt es seit letztem Sommer einen brutalen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in Bakûr (Nordkurdistan/Südosten der Türkei).
Die Bundesregierung macht sich an den Verbrechen des AKP-Regimes mitschuldig. Denn sie schweigt zu den zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, den Angriffen auf die Presse- und Meinungsfreiheit und die Zerschlagung der Demokratischen Autonomie in Kurdistan; mehr noch: sie unterstützt durch den EU-Türkei Deal sogar den Krieg in Kurdistan und gegen Menschen auf der Flucht nach Europa, maßregelt Erdoğan-kritische Stimmen, wie den Satiriker Jan Böhmermann, und verfolgt auch selbst kurdische und türkische AktivistInnen.
Bezeichnenderweise wird Mustafa Çelik nicht vorge-worfen, in

Vor sieben Jahren begann die sogenannte KCK-Operation – 10.000 Personen wurden verhaftet

Sieben Jahre sind seit Beginn der „KCK-Operation" genannten Verhaftungswelle gegen oppositionelle Kurden und Kurdinnen vergangen. Die „KCK-Operation" genannte Verhaftungswelle begann nur einen Tag nachdem die Gemeinschaft der Gesellschaften KCK am 13. April 2009 ihre Waffenruhe bis zum 1. Juli verlängert und in ihrer Deklaration davon gesprochen hatte, dass „zum ersten Mal die Möglichkeit besteht, das Problem in einem Umfeld der Waffenruhe zu lösen".

Den Befehl zur „KCK-Operation" gab die Staatsanwaltschaft von Diyarbakir am 14. April. In 15 Landkreisen wurde zeitgleich an mehreren Orten Razzien durchgeführt. In einer ersten Welle wurden 51 Menschen verhaftet, am Ende des Monats weitere 225. Im Mai folgten 116 und im Juni noch einmal 73 Menschen, die im Rahmen der KCK-Operation verhaftet wurden. Am 24. Dezember wurden Hatip Dicle, seiner Zeit Co-Vorsitzender vom Demokratischen Gesellschaftskongress und weitere 80 Politiker und Politikerinnen verhaftet, darunter der Vorsitzende des IHD von Amed (Diyarbakır) Muharrem Erbey und der Bürgermeister von Elih (Batman), Necdet Atalay. 24 von ihnen, darunter auch Hatip Dicle wurden verhaftet. Es sollte 5 Jahre dauern, bis sie ihre Freiheit wieder erlangen sollten. Aber ihren Kampf setzten sie auch in den Jahren im Gefängnis unbeirrbar fort.

Die KCK-Operation begann mit der Verhaftung von Politikern und Vertretern von NGO's und ergriff wellenförmig alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. PolitikerInnen, BürgermeisterInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen, Frauen, RechtsanwältInnen. Am Ende der Operation in Jahre 2011 waren etwa 10.000 Menschen unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der KCK verhaftet worden.

Der Hauptprozess gegen die im Rahmen der „KCK-Operation" Verhaften erfolgte in Amed. Jeder Prozesstag dort endete in einer Krise, hatten sich doch die dort angeklagten PolitikerInnen dazu entschlossen, ihre Verteidigung in ihrer Muttersprache – kurdisch – abzugeben. Ihr Beharren auf dem natürlichsten Recht des Menschen – dem Recht in seiner Muttersprache zu sprechen und sich zu verteidigen – führte am Ende zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes, dass die Muttersprache in der Verteidigung zu lies.

Nahit Eren, Verteidiger im Hauptverfahren, in dem 191 Menschen, darunter Hatip Dicle angeklagt waren, weist allerdings auch darauf hin, dass dies nicht das einzige Problem war und erklärte, dass allein die Tatsache, dass der Prozess nacheinander vor 3 verschiedenen Gerichten und demententsprechend wechselnden Richtern geführt wurde, ein Skandal war. Nachdem die Gerichte mit Spezieller Befugnis (ÖYM), Nachfolger der berüchtigten DGM, demontiert wurden, und statt ihrer nun Schwere Strafgerichte ihre Aufgabe übernahmen, wurde das Verfahren zuerst an das 2. später an das 6. Schwere Strafgericht überstellt. Im Rahmen des Verfahrens wurden allein Aufgrund der Verteidigung ihrer Mandanten gegen 103 RechtsanwältInnen Strafanträge gestellt. Zwei davon führten zu Ermittlungsverfahren. Die Anklage beruhte „auf Aussagen geheim gehaltener Zeugen, es gab keinerlei konkrete Beweismittel".

Für Nahit Eren hat sich in den seit dem zurück liegenden sieben Jahren im Rechtssystem der Türkei nichts geändert. Er sagt: „Leider ist es immer noch so, dass es Gerichtverhandlungen gibt, die in gleicher Manier auf geheim gehaltenen Zeugen, Abhören, abstrakten Begriffen aus der politischen Diskussion oder eben solcher Art von Operationen beruhen." Das größte Problem der KCK-Operation sieht er darin, dass letztlich jegliches politisches Engagement auf lokaler Ebene kriminalisiert wurde. Erklärend fügt Nahit Eren hinzu: „Wenn Politiker sich (im Lokalen) engagieren wird das kriminalisiert und so dargestellt, als handele es sich dabei um die Aktivität einer illegalen Organisation." Und ergänzt: „Die Gerichte, so wie sie aktuell sind, kriminalisieren die Arbeit der Bürgermeisterein." *(BN, 14.4., ISKU)*

Chemiewaffen gegen Şêx Meqsûd

Die von Saudi-Arabien unterstützten Terroristen der sogenannten "Armee des Islams" (arab. Ceyş'ül İslam) erklärten öffentlich, geächtete und verbotene Waffen gegen die kurdischen EinwohnerInnen im Aleppoer Stadtteil Şêx Meqsûd eingesetzt zu haben.

In der veröffentlichten Erklärung heißt es offiziel: "Ein Battalionskommandeur der Ceyş'ül İslam hat in einzelnen Gefechten international geächtete und verbotenen Waffen eingesetzt".

Sowohl die YPG (Yekîneyên Parastina Gel – Volksverteidigungseinheiten), als auch lokale JournalistInnen, sowie der Kurdische Rote Halbmond (Heyva Sor a Kurd) bestätigten, dass terroristische Gruppen Giftgas/Chemiewaffen gegen das von KurdInnen bewohnte Viertel eingesetzt haben.

Das Viertel steht seit Mitte Februar unter dauerhaftem Beschuß durch islamistische Gruppen, dem bislang nach Angaben des Kurdischen Roten Halbmonds mehr als 100 ZivilistInnen zum Opfer fielen.

(ANF, 8.4., ISKU)

→Bevölkerung von Nisêbîn seit...

nicht weg. Wohin sollten sie auch gehen? Sieht es doch in den Nachbarorten nicht anders aus. In Şirnex (türk.: Şırnex) und und Yüksekova (türk.: Gever) ist die Situation gleich. Auch dort herrscht Ausgangssperre was Militäroperationen bedeutet seit fast einem Monat. In Silopî wurde sie vor einigen Tagen erneut verhängt. In Hezex (türk.: Idil) ist sie gerade erst aufgehoben. Die Stadt trägt starke Spuren. Cizîr, Sûr, Bağlar, Farqîn sind Synonym der Politik des türkischen Staates, seiner Massaker, seines Willens, das kurdische Volk mit seinem Widerstand auszulöschen. Aber der dauert an. So wie auch der Vernichtungskrieg der AKP gegen das kurdische Volk andauert. Wir leben in einer modernen Zeit. Heute sind die Menschen informiert darüber was um sie herum passiert. Ihr Widerstand wird andauern und mit ihrem Widerstand auch der Widerstand von YPS und YPS-JIN.

(ANF, 13.4., ISKU)

Kurdistan gekämpft oder sonst wie Gewalt angewendet zu haben. Auch sein Engagement für die HDP im Wahlkampf 2015 verstößt nicht gegen deutsche Gesetze. Aber er soll eben Mitglied der PKK sein, was der Staatsanwaltschaft reicht, Mustafa Çelik (nach § 129b Strafgesetzbuch) als „Terroristen" anzuklagen.

Ähnlich geht es zehn AktivistInnen der Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa (ATIK). Ihnen wird zur Last gelegt, Mitglieder der Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML) zu sein. Ihnen werden keine konkreten Handlungen vorgeworfen, bloß Mitgliedschaft in einer Organisation: die TKP/ML soll „terroristisch" sein, ist in der BRD jedoch nicht einmal verboten!

Immer wieder werden Organisationen und Menschen, die sich mit den Verfolgten solidarisieren, Ziele staatlicher Repression. Im Falle der PKK wird den Betroffenen dann ein Verstoß gegen das Vereinsgesetz vorgeworfen – quasi, sich nicht an das PKK-Verbot gehalten zu haben.

Zwei Beispiele aus Hannover: das Unabhängige Jugendzentrum Kornstraße (UJZ Korn) wurde Mitte Februar von einem schwer bewaffneten Großaufgebot der Polizei gestürmt und stundenlang durchsucht – bisher ohne Ergebnis. Des Weiteren wurden in den letzten Wochen über ein Dutzend kurdische AktivistInnen von der Polizei vorgeladen. Sowohl bei der Durchsuchung als auch bei den Vorladungen geht es nicht um die Verfolgung konkreter Vergehen, sondern um die Einschüchterung, Verunsicherung und Kriminalisierung der Betroffenen.

Den Prozess gegen Mustafa Çelik werden wir kritisch begleiten und den Genossen nicht allein lassen. Wir rufen dazu auf, das gemeinsam mit uns zu tun:

29.4.2016: Prozessauftakt: 9.15 Uhr, OLG Celle

Kundgebung: 13.00 Uhr, Stechbahn/Celle

Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen Celle/Hannover

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
BN	BestaNûçe

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 766
22. April 2016

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Karayılan: Historischer Frühlingsprozess hat begonnen

Der Oberkommandierende der kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG – Hêzên Parastina Gel), Murat Karayılan verlass am 30. Todestag von Mahsum Korkmaz, Kampfname Egîd, eine Botschaft an alle Guerillas. Die Botschaft erreichte per Funk sowohl die Guerillakräfte in Başûr (Südkurdistan), als auch in Bakûr (Nordkurdistan). Karayılan betonte die außerordentlich wichtige Rolle von Mahsum Korkmaz für die kurdische Freiheitsbewegung. Zudem ging er auf den Widerstand in den kurdischen Städten und die anhaltende menschenverachtende Politik der AKP ein. Er erklärte, dass die kurdischen Guerillakräfte den kommenden historischen Frühlingsprozess nutzen und dass die Völker Kurdistans letztlich siegen werden. Karayılan machte noch einmal deutlich, dass es in den kommenden Monaten zu einer Offensive der Guerilla kommen wird:

"Als die türkische Armee gegen die städtischen Selbstverteidigungen vorging, warnten wir sie, dass wir intervenieren würden, wenn sie den Krieg in die Städten brächten. Sie setzten Panzer ein und zerstörten Städte, als sie die Jugendlichen angriffen, während diese ihre Viertel lediglich mit Schrottflinten und Kalashnikovs verteidigten. Ihr wahres Ziel war die Zerstörung der kurdischen Städte und die Niederschlagung der Bevölkerung und der Jugend durch ihre brutalen Angriffe.

Trotz alledem war der Widerstand in Sûr und Cizîr gegen die kolonialistischen Angriffe ein historischer. Wir haben Gefallene, aber sie starben nicht umsonst, sondern für den Sieg. Dies ist der Geist unserer Zeit. Mit diesem Geist ist es möglich zu siegen, lernen wir aus der Vergangenheit und versuchen wir Neues.

Der Frühling ist nun da und somit wird von nun an die HPG in das Geschehen aktiv eingreifen. Die Offensive der Guerilla wird dabei nicht in den Städten statt finden, sondern von den Bergen aus, die Selbstverteidigung der kurdischen Jugend in Form der YPS (Yekîneyên Parastina Sivîl – Zivilen Verteidigungseinheiten) unterstützen. Die Aktion der HPG auf den Militärposten in Mermer zeigt einen erfolgreichen Schritt in diese Richtung.

Hätte die türkische Armee die Städte nicht angegriffen, dann müsste die Guerilla nun nicht intervenieren. Aber wir müssen jetzt eingreifen, der türkische Staat zwingt uns dazu. Es gab keinen Grund für diesen Krieg. Die Gräben und Barrikaden hätten friedlich beseitigt werden können, wenn der Staat anders auf die Probleme regaiert hätte.

Die Forderung der Menschen nach Autonomie ist ein universelles Recht. Verschiedene Kulturen und Sprachen existieren friedlich und respektvoll nebeneinander auf die Welt unter der Bedingung der Autonomie. Die Forderung der Völker Kurdistan nach Autonomie ist legitim und der Widerstand gegen die Angriffe auf diese Forderung, ist der Widerstand der Demokratie und der Freiheit. Der Kampf um die Autonomie Kurdistans demokratisiert die Türkei, aber nun wird die Guerilla vor allem den Widerstand gegen den türkischen Staat unterstützen, der die Autonomiebestrebungen mit Panzern und Artillerie vernichten will.

Türkische Abgeordnete sollten wissen, dass sie diesen Krieg nicht gewinnen können. Städte, Berge, Täler, der Widerstand ist überall. Sie müssen der Realität ins Auge blicken. Das Erdoğan Regime darf keinen Jugendlichen mehr töten, egal ob kurdisch oder türkisch, es muss einer Lösung zustimmen. Die Freiheit des Vorsitzenden Abdullah Öcalan und die Autonomie der Völker Kurdistans ist der einzige Weg der Lösung. Es gibt keine Alternative. (...)" *(ANF, 29.3., ISKU)*

Eine ausführlichere Übersetzung der Rede Karayilans ist unter https://isku.blackblogs.org/2251 *zu finden.*

Ausgangssperren und Militäroperationen gehen weiter

Die Kommandantur der YPS von Şirnex erklärte, dass am 15. April bei einem 10-stündigen Gefecht im Stadtteil İsmetpaşa viele Angehörige der Spezialteams von Jandarma (JÖH) und Polizei (PÖH) getötet worden seien.

Während des Gefechts seien 3 Gebäude, in denen sich Spezialteams aufgehalten hätten, zeitgleich gesprengt worden. Unter den Trümmern seien etwa 40 Mitglieder von PÖH und JÖH begraben. Als weitere Einheiten dazu kamen, um die Leichname zu bergen, griff die YPS diese aus 4 Richtungen an; bei den anschließenden Gefechten seien weitere 20 Mitglieder der Spezialeinheiten getötet worden. Die YPS erklärte, dass sie den Spezialeinheiten momentan nicht genehmige, die Leichname zu bergen. Die Kräfte der YPS wurden daraufhin vom Stadtteil Cumhuriyet aus angegriffen. Bei den anschließenden Gefechten sollen weitere 11 Angehörige der Spezialeinheiten getötet worden sein. Außerdem sollen 2 Bagger, 2 gepanzerte Militärfahrzeuge verschiedenen Typs zerstört worden sein. Die Gefechte halten mit Unterbrechungen weiterhin an.

In Şirnex geht der Widerstand nun schon in den 34. Tag. Die Bombardierung der Stadt dauert ohne Unterbrechung an. An einigen Orten gibt es Gefechte. Vor allem die beiden Stadtteile İsmetpaşa und Cumhuriyet sind schweren Bombardements ausgesetzt, hunderte Häuser wurden zerstört. Selbst in den Stadtteilen, in denen kein Widerstand geführt wird, gibt es Auseinandersetzungen, so z.B. in den Stadtteilen Gündoğdu, Tekser und Vakıfkent. In der Zwischenzeit ist der türkische Staat dazu übergegangen, Häuser im Zentrum der Stadt niederzubrennen. Der Feuerwehr wird verwehrt die Brände zu löschen.

In Gever (Yüksekova) dauert die Ausgangssperre und Militäroperation nun schon den 36. Tag an. Aktuell werden die Gebäude in den Stadtteilen Esentepe und Esenyurt sowie die Straße İpekyolu von Spezialeinsatzkräften blokkiert und durchsucht. *(ANF, 17.4., ISKU)*

Freiheit für Mustafa Çelik!

Militärkonvoi angegriffen

Auf der Verbindungsstraße zwischen Amed (türk. Diyarbakır) und Çewlig (türk. Bingöl) kam es zu einer großen Explosion, als ein Militärkonvoi die Straße passieren wollte. AugenzeugInnen berichten von vielen Verwundeten und Toten.

Die Explosion ereignete sich nahe des Dorfes Diwêlê im Landkreis Karaz (türk. Kocaköy), als der Konvoi gegen 9:20 Uhr die Straße passierte. Durch die Explosion wurden die Militärfahrzeuge schwer beschädigt. Kurz darauf eilte eine große Anzahl an Rettungskräften zum Ort des Geschehens.

Die Straße ist seit der Explosion in beide Richtung für den Verkehr komplett gesperrt. *(ANF, 20.4., ISKU)*

Kurdischer Politiker soll von Schweden an Deutschland ausgeliefert werden

Der kurdische Politiker Zeki Eroğlu wurde auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm verhaftet. Ein schwedisches Gericht hat jetzt der Auslieferung des kurdischen Politikers an Deutschland zugestimmt. Innerhalb der nächsten vierzehn Tage soll Zeki Eroğlu nach Deutschland ausgeliefert werden. Zeki Eroğlu genießt in der Schweiz politisches Asyl. Deutschland wirf ihm vor, als Gebietsverantwortlicher für den Raum Stuttgart tätig gewesen zu sein. Gegen das Gerichtsurteil haben die Anwälte von Zeki Eroğlu Widerspruch eingelegt. *(BN, 17.4., ISKU)*

Aufruf der Kampagne „Nicht länger Schweigen!" an alle JournalistInnen der Welt

Seit Monaten sind die Stadt Nisêbîn (türk. Nusaybin) und viele weitere Städte in Bakur (Nordkurdistan) einem barbarischen Krieg durch die türkische Armee ausgesetzt. Die türkische Armee hat unfassbare Verbrechen und Gewalttaten gegen die Menschlichkeit des kurdischen Volkes begangen. Hinzu werden in den betroffenen Städten die Häuser der EinwohnerInnen zerstört und niedergebrannt.

Die türkische Regierung unterdrückt auch die freien Medien, die solche Verletzungen aufdekken wollen. Sie verschließen all jenen JournalistInnen die Tür, die aus dem Ausland kommen, um die Wahrheit in den kurdischen Städten aufzudecken. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan wiederum droht JournalistInnen, egal ob

TIHV: Mehr als 300 ZivilistInnen seit August getötet

Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TİHV) hat einem Bericht über die staatliche Operation der letzten Monate herausgegeben. Ihrem Bericht zu folge haben seit dem 16. August etwa 300 ZivilistInnen ihr Leben durch die Operation des türkischen Staates verloren. Zweidrittel der Menschen sind innerhalb von Räumen ermordet, ein Drittel sind zu Tode gekommen, weil sie die medizinische Versorgung, die sie benötigt hätten, nicht bekommen haben. Unter den Toten sind 78 Kinder, 69 Frauen und 30 die älter als 60 Jahre waren.

Seit dem 16. August bis heute wurden in der Türkei mindestens 65 Mal Ausgangssperren verhängt. Sie wurden ausschließlich über Städte und Landkreise verhängt in denen Kurden leben. Bei den erwähnten Ausgangssperren handelt sich ausschließlich um jene die mindestens einen Tag lang dauerten oder gar über Tage und Wochen anhielten. Ausgangssperren, die „nur“ ein paar Stunden umfassten, werden hier nicht weiter erwähnt. In Amed (Diyarbakır)wurde 35, in Şirnex (Şırnak) 10, in Mêrdîn (Mardin) 11, in Colemêrg (Hakkâri) 5, in Mûş 1, in Elazîz (Elazığ) 1 und in Êlih (Batman) 2 mal die Ausgangssperre verhängt. Einer Volkszählung im Jahre 2014 zu Folge leben an den Orten, die von der Ausgangssperre betroffen waren bzw sind, 1.642.000 Menschen. Das sind mehr als 1,5 Millionen Menschen, denen in der Zeit der Ausgangssperren die grundlegendsten Rechte auf Leben und Gesundheit versagt wurden. Einer Erklärung des Gesundheitsministers vom 27. Februar zu Folge, waren zu dem Zeitpunkt bereits 355.000 Menschen dazu gezwungen, ihren Wohnort zu verlassen. Seit dem sind zwei weitere Monate vergangen, in denen die Operation fortgesetzt wurde.

Orte, an denen die Ausganssperre nach wie vor 24 Stunden am Tag anhält sind Sûr, Gever (Yüksekova), Nisêbîn (Nusaybin) und Şirnex (Şırnak). In Sûr wurde am 3. Dezember 2015 die Ausgangssperre verhängt. Nachdem sie für 17 Stunden unterbrochen wurde, ist sie seit dem 11. Dezember Dauerzustand. Selbst nachdem am 9. März 2016 die militärische Operation für offiziell beendet erklärt wurde, hat sich an der Ausgangssperre nicht viel geändert und so dauert sie in vielen Straßen und Vierteln Sûrs weiterhin seit 141 Tagen an.

In Gever wurde am 13. März die Ausgangssperre verhängt und dauert nun schon seit 38 Tagen an. Einen Tag danach wurde in Nisêbîn und im Zentrum von Şirnex die Ausgangssperre verhängt, auch sie dauern fort. In den zu Şirnex gehörenden Landkreisen Cizîr (Cizre) und Hezex (İdil) dauert das Ausgehverbot eingeschränkt weiterhin an. In den Stunden zwischen 21.30 und 4.30 Uhr herrscht Ausgangssperre, obwohl auch hier die militärische Operation schon vor etlicher Zeit für „beendet“ erklärt worden war.

(ANF, 20.4., ISKU)

Internationalisten in Südkurdistan festgenommen

Zwei Briten und ein Ire, die sich den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG – Yekîneyên Parastina Gel) im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) angeschlossen haben, wurde von der südkurdischen Regierung unter Barzanî an der syrisch-irakischen Grenze festgenommen.

Der ehemalige IT-Arbeiter Jac Holmes aus Bournemouth, an der Südküste Englands, hatte bis vor kurzem in den Reihen der kurdischen Verteidigungseinheiten in Rojava/Nordsyrien gekämpft. Er wurde zusammen mit Joe Akerman aus Halifax und dem irischen Staatsangehörigen Joshua Molloy von Peshmerga der Autonomen Region Kurdistans im Norden des Irak verhaftet.

Laut BBC befanden sich die drei Männer auf dem Rückweg nach Großbritannien, als sie verhaftet wurden. Die Gruppe musste bereits mehrere Wochen warten, um überhaupt die Grenze überschreiten zu können. Die Regionalregierung unter Barzanî hatte ein paar Wochen zuvor die Grenzen vollständig geschlossen und sämtlichen Grenzverkehr untersagt. Bisher besteht jedoch keine Erkenntnis über den Grund der Verhaftung.

Mark Campbell, ein Aktivist für die Rechte der KurdInnen, erklärte, dass Jac Holmes „sehr müde und am Ende seiner Kräfte sei“.

„Er hat sich aus Sicht vieler Menschen für eine gute und legitime Sache eingesetzt. Diese Behandlungen kommt einer Verhöhnung gleich, die ihn nur noch stärker beansprucht.“, so Campbell. Er fügte hinzu: „Holmes ist ein kraftvoller junger Mensch, ich bin mir sicher er wird auch unter diesen Umständen standhaft bleiben. Ich hoffe die Dinge werden sich regeln“.

Jac Holmes ging im Januar 2015 mit 22 Jahren, ohne jedwede militärische Erfahrung nach Rojava, um sich den Volksverteidigungseinheiten (YPG) anzuschließen.

Er berichtete bereits in einem früheren Interview mit BBC, dass er sich seit 2011 mit der Entwicklung in Syrien beschäftigte, dabei vor allem mit dem Widerstand und der wachsenden Revolution der KurdInnen im Norden des Landes, die mehr und mehr zum Ziel des IS wurden. Darauf verfolgte er die Entwicklungen auch über die Sozialen Medien, wie beispielsweise von anderen freiwilligen InternationalistInnen, die an der Seite der KurdInnen kämpften und kämpfen.

Bei seinem ersten Einsatz wurde er von einer Kugel in der rechten Schulter getroffen, er kehre darauf im August letzten Jahres zurück nach Großbritannien, erklärte aber bereits damals, dass er nach Rojava zurückkehren werde. *(BBC, 19.4., ISKU)*

Gefechte in Qamişlo

Am Mittwochmorgen kam es gegen 11 Uhr in Qamişlo zu Gefechten zwischen Regimekräften und den kurdischen Sicherheitskräften. Dem vorraus ging ein Angriff einer paramilitärische Einheit namens Difa Wetenî, die sich dem Baath Regime zugehörig fühlt, gegen die kurdischen Sicherheitskräfte. Einheiten der Asayiş (Sicherheitskräfte) kreisten die Paramilitärs ein und eröffneten das Feuer. Dabei wurden nach bisherigen Angaben 8 Regimesoldaten getötet und 12 weitere verhaftet. Eine bisher vom Baath Regime besetzte Bäckerei wurde zudem zurückerobert.

Dennoch dauern die Gefechte in vom Regime besetzten Teilen der Stadt an. Mittlerweile werden die Asayiş von Kräften der YPG (Yekîneyên Parastinan Gel – Volksverteidigungseinheiten) unterstützt, da die Gefechte an Intensität zunehmen.

(ANF, 20.4., ISKU)

TürkInnen, KurdInnen oder aus sonst einem Land stammend, mit Konsequenzen, wenn diese Versuchen, Fakten und von der Armee begangenen Verbrechen aufzudecken. Er lässt seinen Drohungen auf vielen Wegen Taten folgen. Die Kampagne „Nicht länger Schweigen!“ wurde am 3. April 2016 von JournalistInnen in Rojava und auf Initiative von JournalistInnen der Vereinigung der Freien Medien gegründet, um das Schweigen der Weltmedien und der internationalen Gemeinschaft über die Geschehnisse in der Stadt Nisêbîn, dem Gegenstück der in Nordsyrien gelegenen Stadt Qamişlo und auch den anderen Städten in Nordkurdistan, zu brechen.

Die JournalistInnen der Kampagne waren in der Lage, von der syrischen Seite aus die Verletzungen der türkischen Armee mit ihren Kameras zu dokumentieren. Sie beobachteten die Bombardements, Zerstörungen und das Abbrennen der Häuser. Außerdem wurde dokumentiert, wie Granaten von türkischer Seite abgefeuert und auf Qamişlo einschlugen, was zu Toten und großem materiellen Schaden in der Stadt führte.

Die Kampagne „Nicht länger Schweigen!“ appelliert an alle JournalistInnen der Welt, ihre moralische und menschliche Rolle einzunehmen und daran zu arbeiten, diese gegen die kurdische Zivilbevölkerung gerichteten Übergriffe und Verbrechen in den Städten Nordkurdistans/Türkei der Weltöffentlichkeit aufzudecken. Wörtlich heißt es: „Wir laden Sie ein, Rojava (Westkurdistan) und die Stadt Qamişlo zu besuchen, um diesen, vor den Augen der Welt vom türkischen Militär geführten, barbarischen Krieg auf die Stadt Nisêbîn, welche ein Beispiel ist für das, was in den anderen Städten Nordkurdistans passiert, zu dokumentieren.“ *Kampagne „Nicht länger Schweigen!“– Rojava YRA – Vereinigung der Presse von Rojava*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
BN	BestaNûçe

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

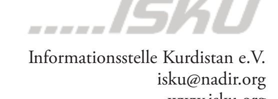
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 767
29. April 2016

N û ç e


Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Der 1. Mai 2016 – Tag der Arbeitskämpfe und Solidarität

Wir erleben derzeit die Folgen der neoliberalen Globalisierung, die dem Recht des Kapitals uneingeschränkte Macht verleiht, weltweit Ungleichheiten erzeugt, sowie Ausbeutung, Vertreibung und Zerstörung der ökologischen Lebensräume und Kriege vorantreibt. Diese Ungleichheit hat dramatische Folgen und fordert auf der ganzen Welt ihre Opfer. Durch Armut, Krieg und Terror werden gegenwärtig Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Vor den Toren Europas schlägt ihnen ein Wind des Hasses und der Diskriminierungen entgegen. Auch in Deutschland werden in der Gesellschaft Ängste geschürt. Unverständnis führt zu Ausgrenzung und behindert ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben. Die für die dramatischen Lebensbedingungen der Menschen verantwortliche (Wirtschafts-)Politik, die weltweit rücksichtslose Ausbeutung und Vertreibung fördert – oder mindestens billigend in Kauf nimmt –, wird dagegen nicht hinterfragt und die eigentlichen Fluchtursachen somit ausgeblendet. Dies ermöglicht erst, dass gesellschaftliche Notlagen von rechten Parteien und Organisationen instrumentalisiert und gesellschaftliche Spaltungen zusehends vertieft werden.

Dem gilt es, entschlossen Werte von Demokratie, Gleichheit und Frieden entgegenzuhalten, internationale Solidarität zu demonstrieren und mit Nachdruck eine demokratische, gleichgestellte Gesellschaftsordnung einzufordern. Die prekäre Situation vieler Menschen in Deutschland ist nicht erst mit der Ankunft der Flüchtlinge entstanden. Sie wurde verursacht durch Arbeitslosigkeit, Leiharbeit und Niedriglöhne, sowie soziale Missstände wie Altersarmut, Bildungsabbau und das Fehlen bezahlbarer Wohnungen und Kitas. Sie ist damit das Ergebnis einer rücksichtslosen neoliberalen Politik, die weltweit umgesetzt wird und gesellschaftliche Verarmung wohlwollend erzeugt.

Auch in der Türkei wird spätestens seit der Parlamentswahl vom Juni 2015 die Gesellschaft systematisch gespalten, während gleichzeitig wirtschaftliche, politische und soziale Errungenschaften der Menschen im ganzen Land ausgehebelt und Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Ganze Stadtteile in den kurdischen Siedlungsgebieten im Südosten des Landes werden abgeriegelt, bombardiert und dem Erdboden gleich gemacht. Hunderte ZivilistInnen mussten aufgrund dieser Angriffe ihr Leben lassen, Hunderttausende mussten flüchten. Auch das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit wird immer weiter eingeschränkt. Die traditionellen Gewerkschaftsdemonstrationen und Veranstaltungen zum 1. Mai wurden auch in diesem Jahr wieder bereits im Vorfeld verboten.

Der Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ist ein gemeinsamer, internationaler und solidarischer Kampf, der global geführt werden muss. Gerechtigkeit und Gleichheit liegen in unser aller Interesse und können nur gemeinsam durchgesetzt werden. Für ein besseres Leben, eine gerechtere Verteilung und für ein demokratisches Zusammenleben müssen sich ArbeiterInnen und Geflüchtete gemeinsam der neoliberalen Politik entgegen stellen. Es gilt, gemeinsam für gleiche wirtschaftliche, politische und soziale Rechte zu kämpfen und damit international Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu erzeugen.

Daher rufen wir alle demokratischen BürgerInnen, Organisationen und Gruppierungen dazu auf, sich an den Veranstaltungen und Demonstrationen zum 1. Mai zu beteiligen.

Biji 1'e Gulane – Es lebe der 1. MAI!

Biji Pistgirtiya Gelan – Es lebe die Solidarität der Völker

BijiTekosina Azadiye û Demokrasî – Es lebe der Kampf um Freiheit und Demokratie

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V.

Verbot aufheben! Kriminalisierung stoppen!

Erneut Festnahmen in Deutschland

Nachdem erst vor kurzem ein kurdischer Politiker in Schweden auf Geheiß der bundesdeutschen Regierung in Zusamenarbeit mit dem AKP Regime festgenommen wurde und nun zur politischen Strafverfolgung in die BRD abgeschoben werden soll, kam es zu Beginn der Woche auch in Deutschland zu zwei Festnahmen.

Die von der Springer-Presse geführte BZ titelte am Dienstag, den 26.04. “Zwei mutmaßliche kurdische PKK-Terroristen verhaftet” .

In dem Artikel berichtet die BZ, dass zunächst am Montag in Bremen der 52-jährige kurdische Aktivist Ali D. unter dem Vorwand Gebietsverantwortlicher für Berlin und Bremen gewesen zu sein festgenommen, als er einen Kulturverein verließ.

Am Dienstag Morgen folgte dann in Berlin-Friedrichshain die Festnahme von dem 36-jährigen Cem A. in seiner Privatwohnung. Ihm wird vorgeworfen kulturelle und politische Veranstaltung mitorganisiert zu haben.

Auch diese Festnahmen belaufen sich auf nicht nachweisbaren Behauptungen und Vermutungen und kriminalisieren legale politische und kulturelle Arbeiten, die laut Grundgesetz gewährleistet und zugesichert werden. Keinem Beschuldigten konnten bisher konkrete Straftaten oder Beweise nachgewiesen werden. Damit werden auch die kommenden Verfahren zu einer politischen Farce, die sowohl die politische Agenda der türkischen Regierung, als auch die machtpolitischen Interessen der führenden Industrienationen umsetzt.

Weitere Information werden in den kommenden Wochen auf der folgenden Webseite veröffentlicht: **freiheit.blackblogs.org**

(ISKU, 27.4.)

Meldungen:

Eine weitere sizilianische Stadt erklärt Abdullah Öcalan zum Ehrenbürger

Im Rahmen der Aktivitäten aus Anlass des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus wird Abdullah Öcalan zum Ehrenbürger der Stadt Palagonia im Kreis Catania auf Sizilien erklärt. Der Bürgermeister von Palagonia Savatore Valerio Marletta würdigte in seiner Ansprache im Rahmen des Programms anlässlich des Jahrestages den Widerstand der Kurden und erklärte, dass es Parallelen zwischen dem Widerstand der Kurden und dem Widerstand des italienischen Volkes gegen den Faschismus gibt und wies darauf hin, dass die jetzigen Ereignisse in seinen Augen von „großer Bedeutung“ seien. „Öcalan, als Repräsentant des Volkes, spiele in diesem Kampf eine zentrale Rolle. Obwohl er in Imrali unter Isolationshaftbedingungen steht, leistet er einen großen Widerstand, deshalb verleihen wir ihm die Ehrenbürgerwürde.“ An der Festivität nahm auch der 92-jährige ehemalige Partisan Nicolo di Salvo teil. Er erklärte in seiner Rede, dass er die Bewegung der Kurden auch als ein Teil von sich betrachte.

(ANF, 22.4., ISKU)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Aktionen:

Projekt „Familienpatenschaft“ zur Unterstützung von vom Krieg in Nordkurdistan betroffenen Familien gestartet

Im Herbst 2015 begann das türkische Militär mit einer Offensive gegen die kurdische Stadt Gimgim im Osten des Landes. Dem folgten Ferqin, Lice, Silopi, Sur, Cizre, Nisebin, Derik, Kerboran, Hezex, Gever und Sirnex. Die umkämpften Orte wurden seitens der Sicherheitskräfte abgeriegelt, die Strom und Wasserversorgung eingestellt und Ausgangssperren verhängt. Lieferung von Lebensmitteln ist ebenfalls nicht möglich. Durch die schweren Bombardements sind große Teile der Wohngebiete zerstört und unbewohnbar.

Die Zahl der Todesopfer ist bis jetzt nicht genau geklärt,

Bewaffnete Auseinandersetzungen in Qamişlo beendet

Nach der Ausrufung eines Waffenstillstands in Qamişlo durch die Asayiş von Rojava am 22. April kam es zu einem Treffen zwischen der Leitung der Demokratischen Autonomie und dem Baath-Regime. Das Treffen führte zu einer Vereinbarung zwischen beiden.
Einige Punkte der Vereinbarung sind:
1- Die Waffenruhe wird von den Seiten gewahrt.
2- Die den Kräften des Regimes verbundene Difa El Weteni genannte paramilitärische Kraft wird geprüft und in der kommenden Zeit aufgelöst.
3- Das Regime verzichtet darauf den Beamten mit Entlassung und nicht Zahlung ihrer Gehälter zu drohen und übt keinen Druck auf sie aus, damit sie Waffen tragen.
4- Beide Seiten lassen die in ihrer Hand befindlichen Verhafteten frei.
5- Zahlung von Entschädigung für all jene Zivilisten deren Haus durch den Angriff Schaden erlitten oder den Tod ziviler Angehöriger zu beklagen haben.
6- Die Kräfte des Regimes mischen sich nicht weiter in díe inneren Angelegenheiten der Bevölkerung ein.
7 – Der über die Stadt verhängte Status der Erhöhten Sicherheit wird beendet.
8- Die Position der Kräfte (von Asayiş und Regime) wird so gewahrt wie sie aktuell ist. (1)
Die Ausrufung des Waffenstillstand durch die Asayiş von Qamişlo machte das Treffen zwischen der Leitung der Demokratischen Autonomie und dem Baath-Regime möglich.
Die generelle Leitung der Asayiş von Rojava in Qamişlo hatte für den 22. April beginnend um 15.30 Uhr eine Waffenruhe erklärt. In ihrer schriftlichen Erklärung hat sie auch zu den 3 Tage andauernden Gefechten Stellung bezogen.
Der Erklärung der Asayiş zu Folge haben zu Beginn Kräfte des Regimes eine Patrouille der Asayiş angegriffen. Bei dem Angriff wurden 3 Angehörige der Asayiş getötet und in der näheren Umgebung mehrere Jugendliche verhaftet. Um die Sicherheit des Gebietes wieder herzustellen, hätten die Asayiş daraufhin interveniert. Als Ergebnis der Intervention kam es anschließend zum Gefecht. Im Verlauf der Gefechte konnte der Angriff der Kräfte des Regimes gebrochen werden. Mit Unterstützung der YPG wurden die Kräfte des Regimes aus dem Zentralgefängnis von Qamişlo und anderen Orten vertrieben. Alle Gefangenen des Gefängnisses wurden frei gelassen.
Auf Seiten der Kräfte des Regimes wurden 31 getötet und 102 in Kriegsgefangenschaft genommen.
Bei den Gefechten verloren 3 Kämpfer der YPG und 7 Mitglieder der Asayiş ihr Leben. In den Vierteln der Stadt kamen durch Mörser-Beschuss der Kräfte des Regimes 17 Zivilisten zu Tode.
Aufrufe und Bemühungen von NGO's und Stammesführern für einen Waffenstillstand führten schließlich zur Ausrufung des Waffenstillstands. In der Erklärung heißt es: „Bis zur Findung einer geeigneten Lösung wird der Waffenstillstand von der Asayiş gesichert. Sollte es jedoch zu Provokationen kommen oder dem Waffenstillstand zuwider gehandelt werden, dann wird die Asayiş hart darauf antworten."

(ANF, 22./24.4., ISKU)

Kurdischer Aktivist vor OLG Celle als „Terrorist" angeklagt

Am 29.04.16 beginnt um 9.15 Uhr vor dem OLG Celle die Hauptverhandlung gegen den kurdischen Aktivisten Mustafa Çelik. Die Generalstaatsanwaltschaft Celle wirft ihm vor Mitglied der ArbeiterInnenpartei Kurdistan (PKK) zu sein und klagt ihn wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland nach §§ 129a, 129b StGB an.
Dieser Prozess ist eines von mehreren sog. § 129b-Verfahren, die derzeit gegen kurdische und türkische AktivistInnen geführt werden. Sie sind Ausdruck der Kriminalisierung und undemokratischen Ausgrenzung linker AktivistInnen und migrantischer Organisationen aus der Zivilgesellschaft. Das PKK-Verbot, das seit 1993 Grundlage dieses Vorgehens gegen KurdInnen ist, stigmatisiert auch heute die kurdische Gesellschaft in der BRD und schließt sie von gesellschaftlicher Teilhabe systematisch aus.
Kurdische, deutsche und türkische linke Organisationen haben sich darum zum Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen Celle/Hannover zusammengeschlossen und mobilisieren zum Prozessauftakt. Ihr Ziel ist die kritische Begleitung des Verfahrens gegen Mustafa Çelik, um der Ausgrenzung und Kriminalisierung linker AktivistInnen entgegenzuwirken und Öffentlichkeit zu schaffen.
Das Solidaritätskomitee hat darüber hinaus für den Tag des Prozessauftakts eine Kundgebung um 13.00 Uhr an der Stechbahn in der Celler Innenstadt angemeldet, um über das Verfahren aufzuklären und gegen die Ausgrenzung und Spaltung linker AktivistInnen zu protestieren.
An der Kundgebung werden auch Tuğba Ezer, Abgeordnete im Parlament der Türkei der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aus der Provinz Wan (türk.: Van), sowie Yüksel Koç, Kovorsitzender des Demokratischen Gesellschaftszentrums der KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM), teilnehmen. Für MedienvertreterInnen wird es die Möglichkeit geben, mit ihnen Gespräche zu führen.

Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen Celle/Hannover

Als Pressekontakt für das Solidaritätskomitee fungiert NAV-DEM Hannover:
NAV-DEM Hannover e.V.
NAV-DEM_Hannover@posteo.de

Kundgebung zum Prozeßauftakt im 129b-Verfahren in Hamburg

Am Dienstag, dem 3. Mai, beginnt vor dem OLG Hamburg die Hauptverhandlung gegen den kurdischen Aktivisten Bedrettin Kavak. Ihm wird die Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung (§§ 129a Abs. 1 Nr. 1, 129b Abs. 1 S. 1 und 2 StGB) vorgeworfen.
Dieser Prozess ist einer von vielen § 129b-Verfahren, die derzeit gegen kurdische Aktivisten in Deutschland geführt werden. Vor dem Prozess treffen wir uns vor dem **OLG, Sievekingplatz 3**, 20355 **Hamburg** um **8:30 Uhr** zu einer Kundgebung. Der Prozess gegen Bedrettin Kavak beginnt im Anschluss um 9:00 Uhr im Saal 237.

(ISKU; 27.4.)

jedoch wird von Beobachtern vor Ort mit Hunderten gerechnet. Tausende sind zur Zeit als Kriegsflüchtlinge auf der Flucht. Die ganze Situation hat sich zu einer humanitären Katastrophe entwickelt.
Um den bedürftigen Flüchtlingen, Verletzten, Kranken und Weisen in diesen Gebieten langfristig helfen zu können, haben wir das Projekt „Familienpatenschaft" ins Leben gerufen.
Hierbei vermitteln wir den Familien in Not einen Paten, der diese monatlich finanziell stützt. Gleichzeitig haben die Paten die Möglichkeit persönlich mit den Betroffenen in Verbindung zu kommen, wobei sie neben dem finanziellen auch einen seelischen Beistand leisten können.
Mit der Übernahme einer Patenschaft tragen Sie dazu bei, dass die Menschen in dieser Not sich mit den lebensnotwendigen versorgen können. Helfen Sie den Menschen diese schwere Zeit durchzustehen. Dank Ihnen wird dieses Hilfsprojekte erst möglich!

Voraussetzungen für eine Patenschaft:

– die monatliche Hilfe beträgt min. 150,00 Euro (es können sich auch mehrere Personen zu einer Patengruppe zusammen schließen)
– Dauer der Zahlung ist min. 12 Monate
– die Zahlung/Überweisung tätigen Sie selbst an die Familie (auf Wunsch können wir den Vorgang übernehmen)
– Zahlungen über den Mindestbetrag sowie Mindestdauer liegen in Ihrem Ermessen

Für weitere Fragen zum Projekt „Patenschaft" stehen wir Ihnen gerne zu Verfügung.

Heyva Sor a Kurdistane e.V.

Wilhelmstr.7
53840 Troisdorf / Deutschland
Telefon: 02241-9752583 und 02241-9752585
E-Mail: heyvasor@web.de

In eigener Sache:

Am 1. Mai 2016 wird die Nûçe 15 Jahre alt!

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 768
13. Mai 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Operationen „beendet“, Ausgangssperren halten an

Die seit 160 Tagen anhaltende Ausgangssperre in Sûr, dem Altstadtviertel von Amed (Diyarbakir), hat bisher 62 Todesopfer gekostet. 11 weitere Menschen kamen im Umland von Sûr zu Tode, teils bei Protesten aus Solidarität mit Sûr, teils handelt es sich aber auch um zufällige Opfer der Angriffe der türkischen „Sicherheitskräfte“, z.B. weil eine Granate „zufällig“ in ein Haus einschlug. Unter den Toten aus Sûr befinden sich nachweislich ZivilistInnen, darunter der 70-jährige Salih Baygın. Ein alleinstehender Mann, der unter Asthma litt. Er fiel dem Tränengas zum Opfer. Oder auch die 55-jährige Fatma Ateş. Auch zwei Jugendliche wären zu nennen. Sie waren auf dem Weg zur Arbeit. Frühmorgens bei der Bäckerei, in der sie arbeiteten, wurden sie von „Sicherheitskräften“ des türkischen Staates ermordet. Auch bei ihnen handelt es sich nachweislich um zivile Opfer. Sie seien hier nur Stellvertretend für all die anderen ZivilistInnen genannt, die in Sûr durch die Angriffe des türkischen Staates ihr Leben verloren haben.
Viele Leichname konnten erst nach Beendigung der Operation (sie wurde am 9. März offiziell für „beendet“ erklärt) geborgen werden. Einige Leichname sind wegen der Ausgangssperre weiterhin im Viertel. Einige der Getöteten waren nachweislich nach „Beendigung“ der Operation noch am Leben. Unter den Toten sind Jugendliche im Alter von 13 Jahren.
In Gever (Yüksekova) wird es nicht viel anders gewesen sein. Bisher kamen insgesamt 77 Leichname aus Gever ins Leichenschauhaus von Erzîrom (Erzurum). Von ihnen konnten 25 identifiziert werden. Diese wurden von ihren Angehörigen abgeholt und beerdigt. 17 weitere sind gerade erst ohne Feststellung ihrer Identität und ohne Erlaubnis der Verwandten aus dem Leichenschauhaus entführt und anonym verscharrt worden. Zuvor waren schon einmal 35 Leichname, die aus Gever stammten, entführt und verscharrt worden. Doch viele Angehörige können nicht nach ihren toten Verwandten suchen. Entweder weil sie selbst vertrieben sind, oder weil sie noch in Gever sind, aber wegen der immer noch andauernden Ausgangssperre ihre Wohnungen nicht verlassen können.
In Gever wurde die Operation vor 21 Tagen für „beendet“ erklärt, aber die Ausgangssperre dauert nun schon den 58. Tag an. Während viele Einwohner die Stadt verlassen haben und ins Umland abgewandert sind, haben etwa 10.000 Einwohner in den Stadtteilen Yenimahalle, Esenyurt, Esentepe und İpek sich nicht vertreiben lassen. Sie haben die Tage der Bombardierung ihrer Stadtteile und die Ausgangssperre ertragen. Mehr noch, sie haben ihre Türen all jenen geöffnet, die vom türkischen Staat zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben wurden. Sie leben so jetzt zumeist mit 15 bis 20 Personen in einer Wohnung. Trotzdem sagen sie: „Wir lassen uns nicht vertreiben. Wir haben hier zwei Monate ausgeharrt und sind geblieben. Wir bleiben auch weiterhin.“ Jetzt rufen sie alle dazu auf, in ihre Stadt zurückzukehren und Gever gemeinsam mit ihnen wieder aufzubauen. *(BN/ANF, 9.5., ISKU)*

OLG Düsseldorf: Eröffnung des §129b-Verfahrens gegen Ahmet Çelik

Am Donnerstag, 12. Mai, um 10.00 Uhr begann vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf-Hamm, Kapellweg 36 die Hauptverhandlung gegen den kurdischen Politiker Ahmet Çelik, der im Juli 2015 in Siegen festgenommen wurde und sich seitdem in Untersuchungshaft in der JVA Köln-Ossendorf befindet.
Die Anklage wirft dem 51-Jährigen vor, als mutmaßlicher PKK-Kader von Anfang Juni 2013 bis Juli 2014 den Sektor „Mitte“ (u. a. Bielefeld, Köln, Düsseldorf, Bonn) geleitet zu haben. In dieser Funktion sei er mit propagandistischen, personellen und organisatorischen Aufgaben befasst gewesen und habe zwecks Informationsaustauschs in engem Kontakt zu anderen Sektor- und Gebietsleitern sowie der PKK-Europaführung in Belgien gestanden.
Von Mai 2008 bis April 2011 hat sich Ahmet Çelik als Vorsitzender der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM (heute NAV-DEM) insbesondere für die politische Lösung der Kurdenfrage und eine Demokratisierung der Türkei ebenso eingesetzt wie für eine gleichberechtigte Teilhabe der KurdInnen an der deutschen Mehrheitsgesellschaft .
Gegen Ahmet Çelik wurden alle geheimdienstlichen Observationsmethoden angewandt – von einer umfassenden Telefonüberwachung, ausgelesenen SMS bis zum Einsatz von IMSI-Catchern.
Der Bundesgerichtshof hat im Oktober 2010 entschieden, die PKK nicht mehr „nur“ als kriminelle Vereinigung im Inland, sondern künftig als „terroristische“ Vereinigung im Ausland nach § 129b StGB einzustufen und politisch aktive Kurd*innen entsprechend zu verfolgen. Voraussetzung hierfür ist das Vorliegen einer Ermächtigung zur Strafverfolgung durch das Bundesjustizministerium als einzige Instanz, die festlegt, ob eine Organisation terroristisch zu sein hat oder nicht. Eine solche Ermächtigung hat die Behörde am 6. September 2011 erteilt – generell für mutmaßliche Sektor- und Gebietsleiter sowie Deutschlandverantwortliche der PKK.
Diese Entscheidung muss nicht begründet werden und ist rechtlich nicht angreifbar. Die Regelung des § 129b wird in juristischen und Bürgerrechtskreisen als willkürlich, politisch motiviert und mit den Grundrechten unvereinbar kritisiert.
In allen §129b-Verfahren geht es nicht darum, Angeklagten eine individuelle Straftat vorzuwerfen und nachzuweisen. Ausschlaggebend ist einzig, ob die PKK in der Türkei als terroristisch eingestuft wird und ein Angeklagter die Vereinigung unterstützt hat bzw. deren Mitglied gewesen ist. Angesichts der politischen Entwicklungen seit 2011 (u. a. Gesprächsdialog mit der PKK, Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen in der Türkei und Rojava/Nordsyrien, Rettung

→

Meldungen:

Mehr als 300 Anträge zur Aufhebung der Immunität gegen HDP-Abgeordnete
Dem türkischen Parlament liegen mehr als 600 Anträge auf Aufhebung der Immunität vor. Mehr als die Hälfte der Anträge richtet sich gegen die Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker HDP, davon allein 75 gegen den Abgeordneten und Co-Vorsitzenden der HDP Selahattin Demirtaş.
Einer der Gründe hierfür ist die schriftliche Erklärung der HDP, die am 27. November 2015 in der Tageszeitung Cumhuriyet veröffentlicht wurde. In der Erklärung nimmt die HDP Stellung gegen die Verhaftung der beiden Journalisten Can Dündar und Erdem Gül am Tag zuvor. Die Erklärung im Nmen der HDP ist von ihren beiden Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ unterschrieben.
Ein weiteres Beispiel ist die Abgeordnete Leyla Birlik, sie ist Abgeordnete der HDP für Şirnex (Şırnak). Auch gegen sie liegt ein Antrag auf Aufhebung ihrer Immunität vor. Ihr wird die Teilnahme an einer Beerdigung zur Last gelegt. Sie war auf der Beerdigung von Hacı Lokman Birlik. Hacı Lokman Birlik ist ihr Schwager. Er wurde am 3. Oktober 2015 in Şirnex im Stadtteil Dicle ermordet. An jenem Tag hatten Spezialeinheiten der Polizei das Feuer auf ZivilistInnen eröffnet. Hacı Lokman Birlik wurde am Bein verletzt und stürzte zu Boden. Als er verletzt am Boden lag gingen die Täter auf ihn zu und erschossen ihn. Nach seiner Ermordung wurden Bilder ins Internet gestellt die zeigten, wie sein Leichnam an ein Militärfahrzeug gebunden durch die Straßen der Stadt geschleift wurde. Auf eben jener Beerdigung hat der Abgeordnete Faysal Sarıyıldız, der auch Zeuge seiner Autopsie war, eine Rede gehalten. Auch die Abgeordnete Aycan İrmez nahm an der Beerdigung von Hacı Lokman Birlik teil. Gegen alle drei Abgeordneten beantragte die Staatsanwaltschaft die auf Aufhebung der Immunität. Zu ergänzen wäre hier vielleicht noch: Herr Birlik, der Mann der Abgeordneten Leyla Birlik, wurde verhaftet. Die Gründe hierfür sind bisher nicht bekannt. *(BN/ANF, 7.5., ISKU)*

UN fordert unabhängige Untersuchungen in der Türkei
Prince Zeid Ra'ad Zeid al-Hussein, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Men-

Abschied nach über 20 Jahren

Davut Altınkaynak war erst 13 Jahre alt, als er in Mêrdîn (Mardin) im Landkreis Kerboran (Dargeçit) im Haus seiner Familie verhaftet wurde. Davut Altınkaynak war einer von vielen Verschwundenen in der Türkei. Nach mehr als 20 Jahren wurde er nun endlich gefunden. Im April 2015 veranlasste der Menschenrechtsverein IHD eine Ausgrabung. Dabei konnten die sterblichen Überreste dreier Menschen in einer Höhle nahe des Flusses Tigris geborgen werden. Im Laufe der Untersuchung stellte sich heraus, dass es sich bei den Toten um drei Minderjährige handelt, den 13-jährigen Davut Altınkaynak, den 16-jährigen Nedim Akyön und einen bisher nicht identifizierten weiteren Jugendlichen im Alter von 14–15 Jahren.
Davut lebte mit seiner Famiie in Kerboran. An einem Morgen des Jahres 1995 drangen Soldaten in das Haus der Familie ein. Am Abend kamen sie erneut und verschleppten die Mutter. Den 13-jährigen Davut rissen sie aus dem Schlaf und nahmen ihn ebenfalls mit. 4 oder 5 Tage verblieb die Mutter in der Kaserne, der Sohn an ihrer Seite. Zuletzt sah sie ihn, da war er in der Folter. Sie hatten ihn aufgehängt. Er flehte sie um einen Schluck Wasser an. Es wurde ihr nicht gestattet ihm diesen Wunsch zu erfüllen. Seit jenem Tag ist sie auf der Suche nach ihm …
In den 1990er Jahren war der JITEM in Mêrdîn äußerst aktiv. In jener Zeit wurden dort sehr viele Menschen verschleppt, gefoltert, ermordet. Viele sind bis heute nicht gefunden. Zwischen dem 30. Oktober und dem 3. November 1995 wurden in Kerboran 7 Menschen entführt und ermordet. Süleyman Seyhan (57), Nedim Akyön (16), Mehmet Emin Aslan (19), Seyhan Doğan (14), Davut Altınkaynak (13), Abdurrahman Olcay (20) und Abdurrahman Coşkun (21). Was die Opfer eint, ist ihr Schicksal. Alle wurden auf Order des Jandarma Kommandanten Mehmet Tire verschleppt und schwerst gefoltert. Manch einer unter ihnen wurde als „verhaftet" registriert, viele auch nicht. So mancher wurde gar von der Staatsanwaltschaft entlassen. Doch auch sie sollten nicht entkommen. Jandarma Kommandant Mehmet Tire, Jandarma Kommando Brigadekommandant Oberst Hurşit İmren und seine Truppe, darunter auch Dorfschützer, verhafteten, folterten und liquidierten. Keiner ihrer Opfer starb „zufällig". Alle wurden bewusst getötet. Mancher unter ihnen wurde erdrosselt, andere erschossen. Als der Soldat Bilal Batırır im Frühjahr darauf seine Vorgesetzten schriftlich über sein Wissen in Kenntnis setzte, wurde auch er gefoltert und ermordet.
Am Montag wurden Davut Altınkaynak und Nedim Akyön beigesetzt. Die Suche seiner Mutter hat ein Ende gefunden. Viele andere Mütter in der Türkei suchen immer noch.

(BN, 10.5., ISKU)

Nisêbîn seit zwei Monaten im Ausnahmezustand

Nisêbîn (Nusaybin) gehört zur Provinz Mêrdîn (Mardin). Die Stadt liegt an der Grenze zu Syrien. Seit dem 14. März ist über sie die Ausgangssperre verhängt worden. Um das Schweigen gegenüber dem Geschehen in Nisêbîn zu durchbrechen, wurde am 3. April die Kampagne „NO MORE SILENCE" ins Leben gerufen. Neben JournalistInnen der Medien in Rojava, haben auch Journalist*innen aus Deutschland, Kolumbien und Italien an der Kampagne teilgenommen. Abwechselnd jeweils zu zweit haben sie Wache gehalten, Nachrichten gesammelt und weiter geleitet. Jetzt haben sie ihre Eindrücke noch einmal in einem Bericht zusammengestellt.
Mit Beginn des Beschusses durch türkisches Militär haben etwa 200.000 Einwohner Nisêbîn verlassen. Etwa 35.000 harren weiter in der Stadt aus. Es gibt aktuell Kämpfe zwischen den türkischen Truppen und den zivilen Verteidigungseinheiten YPS und YPS-Jin in den Stadtteilen Zeynel AbİDin, Kışla, Abdülkadirpaşa und Qanika. Diese Stadtteile werden von den türkischen Truppen stark beschossen. Allein heute sollen vom türkischen Militär an die 240 Granaten auf erwähnte Stadtteile abgeschossen worden sein. Vor zwei Tagen fand sogar ein Beschuss der Stadt aus der Luft statt. Seit 15 Tagen soll die türkische Armee auch das völkerrechtlich geächtete Phosphor zum Einsatz bringen, wodurch viele Gebäude verbrannt und zerstört wurden.
In den Stadtteilen, die sich gegen die Vertreibung im Widerstand befinden, ist seit Beginn der Militäroperation die Trinkwasser- und Stromversorgung unterbunden. Die in den Stadtteilen verbliebenen ZivilistInnen sind von jeglicher Versorgung abgeschnitten. Desweiteren hat der türkische Staat in den 4 Stadtteilen, in denen der Widerstand andauert, seit dem 19. März auf höheren Gebäuden Scharfschützen in Stellung gebracht, die ohne einen Unterschied zu machen sofort auf alles schießen, was sich bewegt. Selbst in dem auf der anderen Seite der Grenze auf syrischem Gebiet liegenden Qamislo haben 2 Menschen das Leben durch die türkischen Scharfschützen verloren, 5 weitere wurden verletzt.

(BN, 8.5., ISKU)

→OLG Düsseldorf: Eröffnung...

zehntausender Yesiden und Yesidinnen durch die HPG, Kampf der Volksverteidigungskräfte von YPG/YPJ gegen die Terrororganisation IS, Einzug der HDP ins türkische Parlament, blutiger Anschlag in Suruç, einseitige Aufkündigung des Friedensprozesses durch Erdoğan und Kriegführung gegen PKK und kurdische Bevölkerung, EU-Flüchtlingsdeal mit dem AKP-Regime) müssten die Gerichte das Justizministerium auffordern, die Gültigkeit der Verfolgungsermächtigung zu überprüfen.
Nicht zuletzt bedeutet sie wegen der inhaltlichen Vorgaben des Ministeriums für jeden Angeklagten eine Vorverurteilung. Die Staatsschutzsenate der OLGe folgen der staatlich vorgegebenen politischen Richtschnur. Im Vordergrund stehen die in den Anklageschriften seitenlang aufgelisteten Aktivitäten der PKK-Guerilla, von einem staatsterroristischen Vorgehen des türkischen Regimes ist keine Rede.
AZADÎ fordert vor diesem Hintergrund die Einstellung aller Verfahren, die Freilassung der politischen Gefangenen, ein Ende der Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden sowie die Abschaffung des § 129, 129a/b StGB.

AZADÎ e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, Köln, 9.Mai

schenrechte, hat sich zu den Ereignissen in der Türkei geäußert. Allem voran Cizîr (Cizre) betreffend, aber auch aus anderen kurdischen Städten liegen der UN Berichte vor. Prince Zeid Ra'ad Zeid al-Hussein bezeichnete die der UN vorliegenden Berichte als „glaubwürdig." Neben dem allgemeinen Zugeständnis an die Türkei Operationen gegen die PKK durchführen zu dürfen, wies er allerdings darauf hin, dass es im internationalen Recht Gesetze gäbe, die es zu achten gelte, wie z. B. das Verbot der Anwendung von über das notwendige Maß hinausgehender Gewalt. Die der UNO vorliegenden Berichte über die Stadt Cizîr bezeichnete er als „glaubwürdig". Den Berichten zu Folge sollen während der Ausgangssperre in Cizîr aus Militärfahrzeugen heraus auf ZivilistInnen, darunter auch Frauen und Kinder, geschossen worden sein. Im Gesundheitsbereich Tätige sollen während sie Verletzten halfen in ihrer Arbeit behindert worden sein. Ein Teil der Berichte befasst sich auch mit dem Geschehen in den drei Kellern von Cizîr, bei dem mehr als einhundert Menschen bei lebendigem Leib verbrannt worden sein sollen. Al-Hussein bezeichnet den Teil der Berichte als „den Besorgnis erregendsten Teil" und forderte die Türkei auf, unabhängige Untersuchungen der Vorwürfe durch die UN zuzulassen.
Der Sprecher des türkischen Außenministeriums, Tanju Bilgiç, bezeichnete in einer Erklärung die Worte des Hohen Kommissars der der Vereinten Nationen UN für Menschenrechte Zeyd Raad Al-Hüseyin vom 10.5.2016 als „einseitig". Er gab jedoch bekannt, daß „es uns eine Ehre sein wird, Herrn Seid jederzeit in unserem Land, einschließlich der Region Süd-Ost Anatolien, willkommen zu heißen."
Damit scheint der Weg für eine unabhängige Untersuchung des Massakers von Cizîr (Cizre) erst einmal geebnet zu sein.

(ANF, 10.5.,CH, 11.5. ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
BN	BestaNûçe
CH	Cumhuriyet

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 769
20. Mai 2016

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Aufhebung der Immunität beschäftigt das Parlament

Zur Aufhebung der Immunität der Abgeordneten des türkischen Parlaments ist eine Änderung in der türkischen Verfassung notwendig. Die AKP hat einen Gesetzesentwurf über einen Zusatzparagrafen vorgelegt, der vorübergehend wirksam sein soll. Damit soll die Aufhebung der Immunität all jener Abgeordneten zugelassen werden, gegen die aktuell ein dem entsprechender Antrag der Staatsanwaltschaft dem Parlament vorliegt. In dem Falle der Annahme des Gesetzentwurfes ist dann auch eine Einzelfallprüfung nicht mehr notwendig. Am 17.05.2016 soll die erste Runde in der Abstimmung über das umstrittene Gesetz vor der Kammer des Parlaments stattfinden. Die HDP wird an ihr teilnehmen, obwohl sie selbst den Vorstoß der AKP scharf verurteilt und davon ausgeht, das seine einzige Zielsetzung darin besteht, die HDP aus dem Parlaments auszuschließen. Die zweite und letzte Tour im Abstimmungsverfahren ist für Freitag den 20. Mai vorgesehen. Entgegen allen anderen Gesetzestexten werden Gesetzesvorstöße die Verfassung betreffend mit einer ganz bestimmten Prozedur und in geheimer Wahl beschlossen. In der ersten Tour dürfen höchstens 7 Änderungsanträge gestellt werden. Jeder Änderungsantrag wird einzeln behandelt und abgestimmt. Zwischen erster und zweiter Tour der Abstimmung müssen mindestens 48 Stunden vergangen sein. In der zweiten Tour wird dann über den kompletten Gesetzesantrag und dessen Unterparagrafen abgestimmt.

Damit der Gesetzentwurf als angenommen gilt benötigt er in der letzten Abstimmung der zweiten Tour 330 Stimmen, liegt er darunter, gilt er als abgelehnt. Hat er zwischen 330 und 367 Stimmen erreicht, wird er dem Präsidenten mit dem Antrag ihn über ein Volksvotum durchzusetzen vorgelegt. Sollte er mehr als 367 Stimmen bekommen, wird er dem Präsidenten zur Unterschrift vorgelegt. Sobald der Präsident seine Zustimmung erteilt hat, wird er offiziell veröffentlicht. Zwei Wochen nach offizieller Veröffentlichung tritt er in Kraft.

Die HDP, die den Gesetzesvorstoß der AKP als „Staatsstreich“ definiert, hat zwar lange über die Frage ihrer Teilnahme an der Abstimmung diskutiert, sich dann jedoch dazu entschlossen bei der ersten Tour der Abstimmung anwesend zu sein. Im Vorfeld hatte die HDP bereits in 11 Städten 68 Versammlungen abgehalten, bei denen sie mit der Bevölkerung über den Gesetzesvorstoß diskutierte und Anregungen und Vorschläge dazu entgegen nahm. Dabei waren auch jeweils Abgeordnete der HDP zugegen. Es war geplant, dass auf einer Sitzung die Vorschläge und Anregungen ausgewertet werden. Sie sollen eine wichtige Rolle im weiteren Vorgehen gegenüber dem Gesetzesvorstoß spielen. Es wurde davon ausgegangen, dass die beiden Co-Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, die Sitzung leiten werden und sowohl die Abgeordneten der HDP als auch der Exekutivrat der Partei bei der Versammlung anwesend sein werden. *(BN, 16.5., ISKU)*

Auseinandersetzungen in Nisêbîn und Şirnex

In Nisêbîn (Nusaybin) dauern der Angriff auf die Stadt und die Ausgangssperre seit nun mehr zwei Monaten an. Der türkische Staat soll hier erneut einen Luftangriff durchgeführt haben. Betroffen soll der Stadtteil Yenişehir, ein Stadtteil der sich im Widerstand befindet, gewesen sein. Er soll in der Nacht aus der Luft angegriffen und bombardiert worden sein. Es gibt Meldungen, nach denen der türkische Staat in Nisêbîn eine Rampe für Raketen installiert. Die Bilanz der YPS listet eine Reihe von Aktionen gegen Fahrzeuge, darunter Bagger, die bei der Vernichtung der Stadt eingesetzt worden sein sollen, gepanzerte Militärfahrzeuge und Panzer, aber auch gegen Gruppen Spezieller Einsatzkräfte, die vermehrt versuchen, Quartier in Häusern der Stadt zu beziehen. Der Angriff der türkischen „Sicherheitskräfte“ auf Şirnex (Şırnak) dauert auch am 62. Tag unvermindert an. Über die ganze Stadt verteilt gibt es Gefechte. Vor allem im Stadtteil Bahçelievler sind die Gefechte zwischen YPS, YPS-JIN und dem Kräften des türkischen Staates heftig.

Am Samstag zwischen 22.00 und 23.00 Uhr soll es zu einem zeitgleichen Angriff der YPS, YPS-JIN und der YJA-STAR auf mehrere militärische Ziele gekommen sein, darunter Stützpunkte und Kasernen. Während im Zentrum der Stadt YPS, YPS-JIN aktiv waren, war die YJA-STAR im Umland aktiv.

In den letzten 3 bis vier Tagen soll es in der Stadt vor allem zu heftigen Gefechten im Umfeld eines Gebäudes, dass sich zwischen den Stadtteilen Yeni und Bahçelievler befindet, gekommen sein. Dem türkischen Militär gelang es dabei nicht, in den Stadtteil einzudringen. Daraufhin sprengten sie Häuser und Gebäude in die Luft. In einem Gebäude soll es zu einer Explosion gekommen sein, als eine Gruppe von Spezialeinsatzkräften es betrat. Das Gebäude soll daraufhin eingestürzt sein. Es wird von Toten und Verletzten ausgegangen. Im gleichen Stadtteil soll eine weitere Gruppe von Spezialeinsatzkräften in die Umzingelung durch die YPS und YPS-JIN geraten sein. Es kam zu Gefechten.

Die Stadtteile Yeni, Cumhuriyet, Gazipaşa und İsmetpaşa stehen derweil unter Dauerbeschuss der türkischen Truppen, dabei sollen auch mehrere Gebäude in Brand geraten sein. Während des Beschusses mit Granaten wurde auch ein Platz mit Zelten, in denen die Zivilbevölkerung unter gekommen ist, getroffen. Dabei wurde der 22-jährige Ali Sümbül durch einen Granatsplitter schwer am Arm verletzt. Polizei und Rettungsdienst wurden informiert, kamen jedoch nicht. Der junge Mann verlor sein Leben. Auch eine Frau, die durch einen Granatsplitter am Fuß verletzt wurde, wartetet vergeblich auf einen Rettungswagens und konnte erst am nächsten Tag ein Krankenhaus erreichen. *(BN, 16.5., ISKU)*

Meldungen:

Aktion der HPG in Istanbul

Das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte HPG BIM gab eine Erklärung zu einer Aktion der Guerilla in Istanbul Sancaktepe heraus. Demnach habe es am 12. Mai 2016 eine Sabotageaktion gegen zwei Militäreinrichtungen in Sancaktepe Istanbul gegeben. Der Erklärung zufolge habe die HPG am 12. Mai um 16.45 Uhr mit einem mit Aprengstoff beladenen Fahrzeug während eines Truppentransports die Sabotageaktion durchgeführt. 9 Soldaten sollen dabei verletzt worden sein. *(ANF, 17.5., ISKU)*

Sonderparteitag der DBP am 28. Mai

Die Partei der Demokratischen Regionen DBP führt ihren Sonderparteitag wie geplant am 28. Mai in Ankara durch. Der Kovorsitzende der DBP, Kamuran Yüksek, der seine Verhaftung als Versuch wertet, den Parteitag zum Scheitern zu bringen, erklärte aus dem Gefängnis heraus, dass er trotz der Haft erneut für den Vorsitz kandidieren werde. Mehmet Salih Yıldız, Kovizevorsitzender der DBP berichtete, dass „bisher 5.600 Menschen festgenommen wurden, 1200 kamen in Untersuchungshaft. In jenen Tagen (2009) in denen die sogenannten KCK-Operationen durchgeführt wurden, waren es 10.000. Damals wie heute zielen die Verhaftungen darauf, den Willen der Bevölkerung zu brechen“ und führt aus: „Die DBP ist eine Partei, die bei den letzten Lokalwahlen 106 BürgermeisterInnen für sich verzeichnen konnte. Danach wurden 21 Ko-BürgermeisterInnen in Untersuchungshaft genommen, 18 weitere ihres Amtes enthoben. 21 Mitglieder der Parteizentrale wurden in Untersuchungshaft genommen, weitere 49 werden mit Haftbefehl gesucht. Wenn man das alles zusammen fasst, kann das nur eins bedeuten, es wird versucht, die unbeugsame Haltung des kurdischen Volkes zu brechen.“ In dem Rahmen sieht er auch die Verhaftung von Kamuran Yüksek und erklärt, dass Kamuran Yüksek auf dem Sonderparteitag erneut für das Amt des Kovorsitzenden der DBP kandidieren wird. Die Kandidatin für das Amt der Kovorsitzenden wird sich seinen Worten nach im Rahmen der Aktivitäten des Frauenrates herauskristallisieren. *(YH, 18.5., ISKU)*

Gever: Versorgung der Bevölkerung unter der Ausgangssperre nicht weiter möglich

Seit dem 13. März ist über Gever (Yüksekova) die Ausgangssperre verhängt. Sie dauert weiterhin an, obwohl die mit ihr einhergehende Militäroperation für beendet erklärt worden war. Die Notwendigkeit der Durchsuchung der Viertel wird von offiziellen Stellen als Grund dafür angegeben.
Der Sprecher des Viertels Yeni von Gever, Kerem Demir, wies jetzt auf die prekäre Situation hin, die das Anhalten der Ausgangssperre für die sich in Gever befindenden Menschen darstellt. Die Lage sei verzweifelt. 700 Familien hätten ohnehin, auch während der Ausgangssperre, den Stadtteil nicht verlassen. Hinzu gekommen seien jetzt noch jene, die nach Beendigung der Operation nach Gever zurückgekehrt seien und jene die aus anderen Stadtteilen Gevers in den Stadtteil Yeni gekommen seien und Schuz und Unterkunft gefunden haben, sodass sich jetzt etwa 3000 Familien allein im Stadtteil Yeni befinden. 3000 Familien, die wegen der anhaltenden Ausgangssperre von den grundlegendsten Bedürfnisse des Lebens abgeschnitten sind. Während der Operation hat das Bürgermeisteramt ein paar Mal die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgt. Diese Lebensmittel seien nun aufgebraucht. Hinzu käme, das die Zahl der Bedürftigen erheblich zu genommen habe. Kerim Demir sieht keine Möglichkeit, so viele Menschen mit Lebensmitteln versorgen zu können. So wendet er sich im Namen der Menschen im Stadtteil Yeni an die Verantwortlichen mit einem Aufruf, die Ausgangssperre schnell zu beenden.

(ANF, 16.5., ISKU)

HDP zur Frage der Visafreigabe

Die HDP ist dafür, dass die Visapflicht beidseitig aufgehoben wird. Wir sind prinzipiell gegen jegliche Beschränkungen der Freizügigkeit und Reisefreiheit von Menschen. Der Grund dafür ist folgender: Während das Kapital vollständig über grenzenlose Bewegungsfreiheit verfügt, kann es nicht sein, dass, außer einer kleinen reichen Klasse, der Gesellschaft in ihrer Breite das Recht auf Bewegungsfreiheit durch Visazwang eingeschränkt wird. Eine der grundlegenden Perspektiven unserer Partei ist es, dass die nationalen Grenzen an Bedeutung verlieren, während die kommunale Selbstverwaltungen an Bedeutung gewinnen. Unsere Überzeugung ist, dass wenn die EU die Prinzipien eines grenzenlosen Europas ausweitet und andere Teile [der Welt] miteinschließt, es zu einem Abbau der Polarisierung und der Radikalisierung zwischen unterschiedlichen Identitäten führen könnte.
Auf der anderen Seite finden wir es bedenklich, dass grundlegende Rechte und Freiheiten aufgrund der Visa-Angelegenheit zu einer Verhandlungsmasse zwischen der EU und der Türkei geworden sind. Selbst wenn die Türkei die 72 Kriterien für die Visafreiheit nicht erfüllen sollte, hat die EU die Verantwortung, eine klare Haltung gegenüber den Menschenrechsverstößen in der Türkei einzunehmen. Bis heute haben die Länder und die Institutionen der EU die systematische Zerstörungspolitik des türkischen Staates in Cizre, Nusaybin, Sur und anderen Orten nicht einmal auf ihre Tagesordnung genommen. Und hierfür gibt es einen einzigen Grund. Und der ist, dass die Türkei sich an die Bedingungen des EU-Türkei Abkommens hält und die Flüchtlinge aus der EU/aus Griechenland wieder aufnimmt. Das Ergebnis dieses schmutzigen Deals ist, dass die AKP-Regierung nun bedenkenloser das kurdische Volk angreifen kann. Somit zahlen die KurdInnen wohl den größten Preis für die mögliche Gestattung der Visafreiheit für die Türkei.
Zusammengefasst sind wir für die Aufhebung der Visabeschränkung, allerdings hätte das nicht das Ergebnis eines schmutzigen Deals sein dürfen. Die Visafrage (und die Flüchtlingsfrage) darf keine Angelegenheit sein, für die im Gegenzug ein Schweigen gegenüber den Massakern in Kurdistan ausgehandelt wird. Das wäre äußerst prinzipienlos und unmoralisch. Stattdessen müsste bei dieser Frage ein Prozess in die Wege geleitet werden, der weder die Würde der Flüchtlinge unter die Füße nimmt, nocht der AKP-Regierung das Recht einräumt, die KurdInnen und Oppositionelle in der Türkei weiter zu unterdrücken.

Evren Çevik
Kommission für Außenbeziehungen der HDP

Kollektiv gegen den Ausnahmezustand

Mit der Zerstörung der Dörfer 1993 schlossen sich die BewohnerInnen des zum Landkreis Licê gehörenden Dorfes Mişif gegen die Angriffe zusammen und wurden zu einem Beispiel für kollektives Leben. Auch die Bombardierungen und Verbote der letzten Zeit konnten sie nicht schrecken, so machen sie alles, vom Hüten des Viehs bis zur Feldarbeit, in Solidarität miteinander.
In den 1990gern, zu einer Zeit als wie heute der türkische Staat glaubte die kurdische Frage ließe sich mit Vernichtung und Zerstörung lösen, lehnten die BewohnerInnen des Dorfes es ab Dorfschützer zu werden, und entwikkelten kollektives Lebens verschiedene Arbeitseinheiten. Die BewohnerInnen des Dorfes sind ungehalten gegenüber der in letzter Zeit zunehmenden Bombardierungen. Auch jetzt werden sie ihr Dorf – wie auch in den 1990er Jahren – nicht freiwillig verlassen, sondern als Antwort auf die stattfindenden Angriffe ihr kollektives Leben entsprechend weiterentwickeln.
Als sich die BewohnerInnen 1993 weigerte Dorfschützer zu werden zusammen, wurde ihr Dorf von staatlichen Kräften zerstört. Nun waren sie gezwungen, den Winter in Amed und Licê zu verbringen. Nach Ende des Winter benachrichtigten sie einander und kehrten in ihr Dorf zurück, wo sie gemeinsam die zerstörten Häuser wieder aufbauten. Obwohl sie daraufhin unzählige Male von Soldaten, die ihr Dorf angriffen, gefoltert und beleidigt wurden, blieben sie. Dann wurde ihnen ein Embargo auferlegt. Es wurde ihnen untersagt, Lebensmittel in ihre Häuser zu bringen. Aber auch das konnte sie nicht dazu bringen ihr Dorf zu verlassen. Dem Hunger begegneten sie, indem sie das bisschen das sie besaßen, miteinander teilten. Obwohl der Druck von Seiten des Staates lange Zeit andauerte, fruchtete er nicht. Sie bleiben.
Das Dorf besteht aus zwei Vierteln. Die Menschen des Dorfes handeln nun in allen Bereichen des Lebens gemeinsam. Die Felder werden von ihnen gemeinsam mit dem Traktor bearbeitet. Auch zur Erntezeit wird der Ertrag gemeinsam eingeholt. Als das Dorf noch keine Schule besaß, bauten sie gemeinsam eine, damit die Kinder etwas lernen können. In der Schule gibt es jetzt 18 SchülerInnen und einen Lehrer.
Die Haupteinkunftsquelle des Dorfes ist die Viehwirtschaft. Auch hier haben sie sich die Arbeit aufgeteilt. Abwechselnd bringen sie das Vieh ins Umland zum Weiden. Am Morgen in der Frühe machen sich jeweils 2 Personen mit dem Vieh auf den Weg. Alle im Dorf verbliebenen kümmern sich derweil um die Arbeit auf den Feldern. Wie die BewohnerInnen des Dorfes erklären, wurde das System entwickelt, damit alle anderen sich in Ruhe um die Feldwirtschaft kümmern können.

(BN, 14.5., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
BN	BestaNuçe
YH	Yüksekova Haber

Petition

Humanitärer Korridor für Kobanê und ganz Rojava!
Die Petition richtet sich an die Kurdische Regionalregierung KRG (Nordirak), um eine Grenzöffnung nach Rojava (Nordsyrien) und einen humanitären Korridor für Kobane und ganz Rojava zu ermöglichen.
Die Kurdische Regionalregierung im Nordirak und die Volksverteidigungseinheiten YPG haben einen Grenzübergang zwischen dem Nordirak und Nordsyrien (Rojava) errichtet. Um den Grenzposten bei Peshhabor in Semalka zu passieren, ist eine Genehmigung der KRG und der Demokratischen Selbstverwaltung von Rojava erforderlich. Neuerdings berichten Hilfsorganisationen, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten, dass ihnen durch die KRG Schwierigkeiten bereitet werden, wenn es um die lokale Kooperation geht, die für ihre Arbeit erforderlich ist. Eine große Anzahl von Hilfslieferungen für Rojava warten seit Monaten an der Grenze. Das kurdische Volk hat einen heldenhaften Kampf gegen den IS geführt, es hat Millionen Menschen vor der Ermordung oder Versklavung durch den IS gerettet. Jetzt braucht es unsere Unterstützung.
Ein humanitärer Korridor ist notwendig!
Unterstützung für den Wiederaufbau von Kobane wird benötigt!
Die KRG muss die Grenze nach Rojava für die Unterstützung der Bevölkerung öffnen!

Kampagne TATORT Kurdistan
tatortkurdistan.blogsport.de

Die Petition kann unter folgender Adresse unterstützt werden:
tinyurl.com/corridor4kobane

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 770
27. Mai 2016

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erdoğan setzt auf die militärische Lösung

Mit der Aufhebung der parlamentarischen Immunität der Abgeordneten der HDP (Demokratische Partei der Völker) wurde die Möglichkeit einer politischen Lösung der kurdischen Frage völlig eliminiert. Der Konflikt wird in eine neue Phase eintreten. Während sich Bemühungen der HDP darum drehen, die Gewaltspirale in diesem Konflikt zu durchbrechen, ist die Schließung der politischen Kanäle ein schwerer Schlag für jegliches Friedensbestreben. Es ist schlichtweg nicht verständlich, weshalb auf Methoden beharrt wird, die auch in der Vergangenheit lediglich dazu geführt haben, die Probleme zu vertiefen. Was wir nun brauchen, ist die Öffnung des demokratischen Raums in der Politik.

Am 20. Mai stimmten das türkischen Parlament für das Gesetz zur Aufhebung der Immunität von 138 Abgeordneten. Insgesamt 376 Abgeordnete stimmten für das Gesetz, das in erster Linie gegen die Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker (HDP) gerichtet ist. Damit hat Erdoğan die erforderliche 2/3-Mehrheit für eine Verfassungsänderung erreicht. Das Ergebnis zeigt, neben den Abgeordneten der regierenden AKP und der nationalistischen MHP haben auch Teile der kemalistischen CHP für die Aufhebung der Immunität gestimmt.

HDP: Kampf um demokratische Politik findet nicht nur im Parlament statt

In einer ersten Stellungnahme zur verabschiedeten Verfassungsänderung erklärte Ayhan Bilgen, Sprecher der HDP-Fraktion, folgendes: „Die Fraktionen der AKP, CHP und MHP haben unter Beweis gestellt, dass das Bestreben, Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme in der Politik zu finden, für sie keine Bedeutung hat. Wir haben gesehen, dass für sie die Meinungs- und Organisationsfreiheit keine Bedeutung haben. Doch der Kampf um eine demokratische Politik findet nicht allein im Parlament statt.“

Erdoğan baut seine Diktatur auf – mit freundlicher Unterstützung der EU

Dass die Türkei sich in den letzten Monaten kontinuierlich in Richtung einer Diktatur bewegt, steht außer Frage. Der brutale Krieg in Kurdistan, die Festnahmewellen gegen Oppositionelle und Journalisten, und nun die Aufhebung der Immunitäten der HDPAbgeordneten sollen diesen Weg ebnen und die letzten Hindernisse aus dem Weg räumen. Doch Tatsache ist auch, dass Erdoğan und sein Regime nur so sicher auf diesem Weg voranschreiten können, weil sie wissen, dass sie von Seiten der EU und der deutschen Bundesregierung nichts zu fürchten haben. Im Gegenteil, wie die Acta Böhmermann unter Beweis stellt, sitzt derzeit die AKP aufgrund des unmoralischen Flüchtlingsdeals am längeren Hebel. Beim Thema Kriegsverbrechen in Kurdistan hält die Bundesregierung deshalb ganz still.

Gemeinsam für eine demokratische Türkei und die Lösung der kurdischen Frage!

Doch diese Haltung sind wir nicht bereit zu akzeptieren. Mit der Aufhebung der Immunitäten der HDP-Abgeordneten wird derzeit die letzte Hoffnung auf eine politische Lösung der kurdischen Frage ausgelöscht. Ein jahrelanger leidvoller Krieg droht. Hiergegen müssen wir die Stimme erheben. Die EU und die Bundesregierung müssen Maßnahmen einleiten, um ein weiteres Abdriften der Türkei in Richtung Diktatur zu verhindern. Sie muss sofort ihren gesamten Einfluss im Sinne einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage in die Waagschale werfen. Deswegen unterstützt unsere Forderungen, teilt unseren Protest und lasst uns gemeinsam für eine demokratische Türkei und eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einstehen – Hier und Jetzt!

NAV-DEM, Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e.V.,

Luftangriffe auf Nisêbîn und Medya Verteidigungsgebiete

Am 19., 20. und 21. Mai kam es zu massiven Luftangriffen sowohl auf die schwer umkämpfte kurdische Stadt Nisêbîn (türk. Nusaybin) im Süd-Osten des türkisch besetzten Teils Kurdistans, als auch in den im Nordirak gelegenen Medya Verteidigungsgebieten der kurdischen Guerilla.

Aus der umkämpften Stadt Nisêbîn an der türkischen Grenze zu Rojava/Nordsyrien meldete die Generalkoordination der Zivilen Verteidigungseinheiten (YPS – Yekîneyên Parastina Sivîl), dass die Stadt am Abend des 19. Mai von Kampfflugzeugen der türkischen Luftwaffe mehrfch bombardiert wurde. Darüber hinaus soll es auch zum Einsatz chemischer Kampfstoffe gekommen sein, da Bevölkerung und Selbstverteidigungskräfte über Haut- und Augenreizungen, sowie Atemwegsprobleme klagen.

Am schwersten betroffen seien die Stadtteile Şehid Gelhat und Şehid Alika, die unter starkem Beschuss durch Artillerie, anderen schweren Waffen und Phosphorbomben, so genannten Brandbomben, steht. Die YPS meldete zudem, dass 6 Kräfte der türkischen Armee ausgeschaltet, sowie 6 gepanzerte Fahrzeuge zerstört werden konnten.

Am Freitag folgte eine weitere Mitteilung, inder über einen erneuten Luftangriff am 21. Mai gegen 15:45 Uhr gesprochen wird, dabei soll vor allem der Stadtteil Fırat getroffen worden sein. Die immer heftiger werdenden Angriffe des türkischen Staates lassen sich laut der YPS auf den anhaltenden Misserfolg der türkischen Streitkräfte zurückverfolgen, diesen gelingt es weiterhin nicht einen Fuß in die selbstverwalteten Gebiete zu setzen.

Die Luftangriffe auf Nisêbîn seien zudem im Rahmen der “no silence” Kampagne von Journalisten aus der unmittelbar auf ‘syrischer’ Seite gelegenen Stadt Qamişlo gefilmt und dokumentiert worden. Die Kampagne “no silence” wurde ins Leben gerufen, um die Gräueltaten und Verbrechen des türkischen Staates auf die kurdi-

→

Meldungen:

Türkischer Generalstab: 3342 Polizisten und Soldaten tot oder verwundet

Der türkische Generalstab, der verantwortlicht ist für die Durchführung der Massaker in den selbstverwalteteten Gebieten in Bakûr (Nordkurdistan/Osttürkei), hat ein bedeutendes Eingeständnis gemacht. Er veröffentlichte eine Erklärung, in der er bestätigt, dass mindestens 483 Polizisten und Soldaten getötet, sowie weitere 2859 während der Kämpfe in Nordkurdistan seit dem letzten Sommer verwundet worden sind.

Aus dieser Erklärung geht hervor, dass mindestens 3342 Staatskräfte nicht länger fähig sind an den Kämpfen teilzunehmen und somit nicht fähig sind, die Massaker gegen die Bevölkerung Nordkurdistans durchzuführen. Während der türkische Generalstab von ingesamt 3342 Getöteten und Verletzten spricht, belaufen sich die kurdischen Schätzungen auf über 5000.

(ANF, 24.5., ISKU)

Hilferuf aus Nisêbîn

Ein telefonischer Anruf aus Nisêbîn (Nusaybin) ging beim Fernsehsender Med Nuçe ein. Am Telefon war Yasemin Erkol. Sie berichtet aus Nisêbîn und erklärte, dass bei ihr 35 Personen und Schwerstverletzte seien. Dabei handele es sich vor allem um Frauen mit Kindern. Die meisten der Kinder seien verletzt. Sie hätten keinen Kontakt zu anderen, die möglicherweise in Nisêbîn eingeschlossenen sind. Sie selbst sehen keine Möglichkeit den Ort, an dem sie sich befinden, zu verlassen. Außerdem seinen noch Verletzte bei ihnen, Schwerstverletzte bei denen es ihnen nicht gelinge die Blutungen zu stoppen. Sie hätten kein Wasser und keine Nahrungsmittell. Sie bittet um Hilfe und bittet den Menschenrechtsverein IHD darum, sich für die Öffnung eines Korridors zur Bergung der ZivilistInnen und Verletzten einzusetzen.

(ANF, 26.5., ISKU)

Aysel Avesta seit ihrer Festnahme durch die KDP im Hungerstreik

Nach Meldungen von ANF ist die Journalistin und TV-Moderatorin des kurdischen Senders Stêrk, Aysel Avesta (Gazal Avanaş), im Hungerstreik. Avanaş wurde am 19.5. in der kurdischen Stadt Duhok (Südkurdistan/Nordirak) von Schergen der KDP festgenommen. Sie war auf dem Weg nach Laleş im Şengal. Laleş ist das soziale und

Rückzug der YPS aus Nisêbîn

Die Gemeinsame Koordination der Zivilen Verteidigungseinheiten YPS erklärte, dass sie seit 72 Tagen im legitimen Rahmen ihre Bemühungen um eine demokratische Autonomie in Nisêbîn den Widerstand geführt haben. Sie konnten selbst da noch den Widerstand aufrechterhalten, als die dem türkischen Regime angebundenen Kräfte mit schweren Waffen, jeglichem technischen Gerät und Luftangriffen gegen die Stadt vorging. Der türkische Staat hat mit seinen maßlosen Angriffen die Stadt in Schutt und Asche gelegt. Die YPS habe sich die jetzt dazu entschlossen ihren Ort zu wechseln. Sie habe ihre Kräfte aus der Stadt zurück gezogen. Dieser Rückzug sei seit dem 25. Mai abgeschlossen. Alle Kräfte konnten erfolgreich verlegt werden. Seit dem Tage ist keiner unserer bewaffneten Kräfte mehr in der Stadt. Damit wäre dann auch jeglicher Grund für die Türkei beseitigt die Stadt weiterhin zu zerstören, heißt es in der Erklärung. „Jegliche Kugel, die ab dem 25. Mai vom türkischen Regime in der Stadt abgeschossen wurde und wird, ist demnach eine auf unbewaffnete ZivilistInnen abgeschossene Kugel", heißt es weiter in der Erklärung der YPS. Die YPS weist im folgenenden darauf hin, dass im Stadtteil Alika noch unbewaffnete ZivilistInnen – großteils Mütter mit Kindern, aber auch Alte – verblieben sind sowie einige verletzte Jugendliche aus der örtlichen Zivilbevölkerung. Die YPS ruft die Bevölkerung von Mêrdîn und Nisêbîn sowie alle NGO's dazu auf, sich für das Recht auf Leben dieser ZivilistInnen einzusetzen, damit nicht ein ähnliches Massaker wie in Cizîre (Cizre) auch an ihnen verübt wird. *(ANF, 26.5., ISKU)*

Operation in Rakka – neue strategische Phase

Die von der Welt erwartete Rakka-Operation hat tatsächlich am 24.5.2016 begonnen. Damit die Operation starten konnte, wurden seit längerem militärische, politische und diplomatische Vorbereitungen getroffen. Der Beschluss für den Start der militärischen Operation fiel Mitte Mai dieses Jahres. Seit dem 19. Mai wurden die Kämpfer_innen in die Region zusammen gezogen und am gestrigen Tag die Erklärung Operation zur Befreiung Nordrakkas bekannt gegeben. Die Operation in Rakka führt die QSD (SDF – Syrian Demokratic Forces, SDF; Demokratische Kräfte Syriens) aus. Die QSD ist ein Bündnis diverser demokratischer Kräfte, jedoch machen die YPG/YPJ den größten Anteil im Bündnis aus. In den letzten Tagen schlossen sich der QSD Kämpfer_innen der demokratischen Kräfte Rakkas Ekrar El Reqa und Liwa Tehrir an, die eine aktive Rolle in der militärischen Offensivoperation einnehmen werden. An der Offensivoperation nimmt die internationale Koalition ebenfalls teil und leistet aus der Luft Unterstützung. Die vor einiger Zeit stationierten 50 US-Militärexperten in der Region wurden aufgestockt. Am 23. Mai gingen 250 weitere US-Militärexperten nach Rojava. Auch Russland gab am Dienstag bekannt, dass sie bereit seien, die Operation mit zu unterstützen. (...)

Diese Operation ist ein Prozess. Die am 24. Mai gestartete Operation kann nicht in kurzer Zeit abgeschlossen werden. Bei dieser Operation gibt es hohe Risiken, sowohl politische als auch militärische. Die Demokratischen Kräfte Syriens ist eine sowohl eine politische als auch militärische Struktur und stellt auch wegen ihrer Vielsprachlichkeit als einziges Modell für ein demokratisches Syrien dar. Kurd_innen, Araber_innen und alle in der Region lebenden ethnischen und konfessionellen Bevölkerungsgruppen kommen unter diesem Dach zusammen. Um sie zu stärken, ist die Vertreibung des IS aus Nordsyrien eine Notwendigkeit. Neben der Türkei gibt es auch andere ernstzunehmende Kräfte, die gegen solch eine Entwicklung sind. Je weiter die Operation fortschreitet, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit, dass innere, aber auch äußere Kräfte angreifen werden. Insbesondere die nach Rojava durchgesickerten oder noch durchsickernde Gruppen sind bereit, alles Erdenkliche zu tun. Davon ist auszugehen. In dieser Phase sollten die Türkei und Nordkurdistan im Kampf gegen den IS besonnen an einem Strang ziehen. Sie werden nicht zögern, ähnliche Anschläge wie die Massaker von Ankara und Suruc zu versuchen. (...)

Die Entwicklungen in Rojava und Syrien werden auch den Krieg in Nordkurdistan (Südosttürkei) und die kurdische Frage beeinflussen. Tatsächlich hat die AKP-Regierung den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung durch die Entwicklungen in Rojava begonnen. Seit den 30. Oktober 2014 der MGK [2] den Krieg gegen die Kurden beschloss, wird er geführt. Die Niederlage der Türkei in Rojava und Syrien bedeutet den Sieg der Kurden in der Türkei. Deshalb sind die Entwicklungen von entscheidender Bedeutung für alle.

Die Rakka-Operation ist der Beginn einer neuen strategischen Ära. Viele Hürden werden überwunden und es wird viele neue Entwicklungen geben.

Die Löwen haben begonnen, ihre eigene Geschichte zu schreiben, wir werden sehen, was die Schakale machen werden …

(ANF, 25.5., ISKU)

→Luftangriffe auf Nisêbîn und ...

schen Gebiete und Orte zu dokumentieren und der Weltöffentlichkeit sichtbar zu machen.

Auch die Guerilla der HPG (Hêzên Parastina Gel – Volksverteidigungskräfte) melden aus der 'türkisch-irakischen' Grenzregion, den sogenannten Medya Verteidigungsgebieten eine Reihe von Luftangriffen des türkischen Militärs. Diese nahmen an Intensität zu, nachdem die kurdische Guerilla Videomaterial veröffentlichte, in dem ein türkischer Kampfhelikopter des Typs Kobra durch einen Guerillakämpfer abgeschossen wurde. Die türkische Regierung versuchte dies zu vertuschen und erklärte zunächst, es handle sich um einen technischen Defekt. Nach Veröffentlichung des Videomaterials gestand die türkische Regierung ein, dass es auch ein Abschuss gewesen sein kann.

Das Pressezentrum der HPG veröffentlichte bezüglich der Bombardierungen folgende Daten:

19. Mai – Eine Ortschaft nahe Ranya Pirê in Xakurke im Zeitraum zwischen 14.00 – 16.00 Uhr,

19. Mai – Die Hügel rund um Ranya Pirê and Kurê Mızgeftê im Zeitraum zwischen 22.00 – 23.00 Uhr,

20. Mai – Eine Ortschaft nahe Ranya Pirê im Zeitraum zwischen 13.30 – 14.00 Uhr,

20. Mai – Die Umgebung der Dörfer Şêranê, Yekmalê, Kanisarkê und Şermankê Kevn, sowie des Ortes Deşta Kafya in Garê im Zeitraum zwischen 10.00 – 12.00 Uhr,

20. Mai – Die Gebiete Sümbül und Girê Berxa in der Region Zagros im Zeitraum zwischen 10.00 – 11.00 Uhr.

(ANF, 21.5., ISKU)

religiöse Zentrum der kurdischen Êzîden.

Aysel Avesta wollte nach Laleş, um dort über ein religiöses Fest der Êzîden zu berichten. Sie selbst ist ebenfalls Êzîdin. Ihr wird u.a. vorgeworfenen, die KDP nicht über ihre Reise nach Şengal informiert zu haben. Sie soll jetzt in Händen des zur KDP gehörenden Geheimdienstes Parastina sein. Über ihren Aufenthaltsort ist nichts näheres bekannt. Ihre gesundheitliche Situation soll allerdings stark angeschlagen sein, da es ihr auch verweigert worden sei, für sie wichtige Medikamente zu bekommen. Aysel Avesta soll seit ihrer Verhaftung im Hungerstreik sein.

Die YRD (Verband der demokratischen Presse) verurteilte dann auch die Verhaftung der Journalistin Aysel Avesta scharf und forderte ihre sofortige Freilassung. *(ANF, 23.5., ISKU)*

Şirnex seit 70 Tagen unter Belagerung

Seit 70 Tagen ist Şirnex (Şırnak) eine von der türkischen Armee umstellte und belagerte Stadt. Allein am Dienstag wurden die Stadtteile Bahçelievler und Yeni mehr als 12 Stunden lang pausenlos mit Granaten beschossen. Durch den Beschuss sind mittlerweile fast alle Gebäude beschädigt, teils völlig zerstört worden. Auf höheren Gebäuden der umliegenden Viertel hat der türkische Staat Scharfschützen positioniert,die auf die Stadtteile Bahçelievler und Yeni schießen. In den Stadtteilen İsmetpaşa, Cumhuriyet und Dicle werden weiter diverse Häuser und Gebäude niedergerissen. In den Abendstunden ist die türkische Armee mit Panzern in die Stadt eingedrungen und beschoss zahlreiche Gebäude der Stadtteile Gazipaşa, İsmetpaşa, Aydınlıkevler, Tekser und Vakıfkent. Auch Gebäude des Stadtteils Yeni wurden beschossen. Im Stadtteil Yeni steckte die türkische Armee Häuser in Brand. Die Brände griffen teils auf Nachbarhäuser über. Weitere Gebäude wurden von der türkischen Armee mit Sprengsätzen zerstört. *(ANF, 24.5., ISKU)*

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 771
3. Juni 2016

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Ausgangssperren: Angriffe in Şirnex, „Lockerungen" in Gever, Abrissbagger in Cizîr

Auch am 77. Tag der Ausgangssperre über Şirnex (Şırnak) dauert die Bombardierung durch die türkische Armee unvermindert an. Während der Nacht wurde die Stadt aus Panzen beschossen. Während des Beschusses beschallte die türkische Armee die Stadt mit nationalistischen Märschen. Vor allem Gebäude und Häuser im Stadtteil Bahçelievler wurden gezielt zerstört. In den Morgenstunden soll es zu einem kurzen Gefecht zwischen YPS/YPS-JIN und Sondereinheiten der Polizei (PÖH) gekommen sein. Während die türkische Armee im Stadtteil Yeni, Dicle, Gazipaşa und İsmetpaşa Häuser und Gebäude in Brand steckt, sind im Stadtteil die Bagger im Einsatz.

Gever: Ausgangssperre „gelockert"

In Gever (Yüksekova) wurde nach 78 Tagen die Ausgangssperre gelockert. Sie gilt jetzt „nur noch" zwischen 20.00 und 6.00 Uhr. Seit gestern haben sich viele auf den Weg zur Rückkehr in die Stadt gemacht. Aktuelle Bilder zeichnen ein Bild der Zerstörung. Es ist ein Krieg gegen den Norden Kurdistans. Die Zerstörung von Gever ist nur ein Teil der türkischen Anfal Operation gegen die Kurden. Zur Erinnerung: Anfal war der Code-Name der Operation unter Saddam Hussein gegen die Kurden in den Jahren 1988 und 1989 im südlichen Teil Kurdistans (Nordirak).

Cizîr: Jetzt kommen die Abrissbagger

Im Anschluss an 79 Tage Ausgangssperre und militärischen Operationen, einer militärischen Operation bei der Anfang dieses Jahres unzählige Menschen in den Kellern von Cizîr (Cizre) von der türkischen Armee bei lebendigem Leibe verbrannt wurden, hatten nicht nur viele Bewohner von Cizîr ihre Angehörigen verloren, waren selbst verletzt worden, es waren auch viele Häuser der Stadt zerstört worden. Was noch stand, sollte nun Ziel einer neuerlichen Repression werden. Viele Häuser und Parzellen wurden im Eilverfahren beschlagnahmt und zu „öffentlichem Eigentum" erklärt. 4000 Häuser und Gebäude, vor allem im Stadtteil Nur, sind betroffen. Sie sollen offiziellen Stellen zufolge „stark beschädigt" sein. Ihre Besitzer und Mieter wurden dazu aufgefordert, die Gebäude binnen drei Tagen zu räumen. Tausende Betroffene legten daraufhin Widerspruch beim Gouverneursamt ein. Das lehnte den Widerspruch ab. Rechtsanwalt Mehmet Tül erklärte, dass die Bewohner der betroffenen Häuser große Hoffnung gehabt hätten, dass ihr Widerspruch Erfolg habe, denn viele Gebäude über die beschieden wurde, waren nicht oder nur wenig beschädigt. Es habe aber keine weitere Überprüfung stattgefunden, der Widerspruch wurde ohne Angabe von Gründen abgelehnt. In der Ablehnung wird nur betont, dass „die Gebäude für immer und ewig zu räumen sind." Mehmet Tül erklärte, man werde den Betroffenen helfen, die Gerichte anzurufen. Aber bereits am Mitwoch kamen die ersten Bagger. Unter militärischem Schutz begannen sie mit den Abrissarbeiten. Betroffen ist die Straße Kolami.

(ANF/YH, 31.5./1.6., ISKU)

Ankara: 4. Sonderparteitag der DBP

Die Partei der Demokratischen Regionen DBP hat, obwohl Hunderte ihrer Mitglieder, darunter auch ihr Kovorsitzender Kamuran Yüksek, in Haft sind, ihren 4. Sonderparteitag abgehalten.

Auf dem Sonderparteitag in Ankara waren die Kovorsizenden der Demokratischen Partei der Völker HDP Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, die Kovorsizenden des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft DTK Leyla Güven und Hatip Dicle, die Kosprecher des Demokratischen Kongresses der Völker HDK Gülistan Kılıç Koçyiğit und Ertuğrul Kürkçü, eine Reihe BürgermeisterInnen der DBP so wie Abgeordnete der HDP zugegen. Es nahmen auch Angehörige der in den letzten Tagen und Wochen während der Ausgangssperren Ermordeten teil wie zum Beispiel Esmer Tunç, Mutter vom Mehmet Tunç der in einem der Keller in Cizîr (Cizre) ermordet worden war. Auch dir Mütter Hanım Yavuzel, Sakine Demir und Behiye Nayır waren zugegen. Auf dem Sonderparteitag wurde eine Botschaft des in Adana inhaftierten Kovorsitzenden der DBP Kamuran Yüksek verlesen. Seine Botschaft wurde verlesen durch den Kobürgermeister von Sêrt (Siirt) Tuncer Bakırhan.

In seiner Botschaft erklärt Kamuran Yüksek, dass er für das kurdische Volk in der Demokratie die Lösung sieht. Nachdem er darauf hingewiesen hat, dass das kurdische Volk in vier verschiedenen Ländern lebt, erklärte er: „Es gilt die Anerkennung als Volk innerhalb der Ganzheit des jeweiligen Landes zu erwirken." Dazu gehört für ihn „das Recht auf freie Entfaltung der Identität, allem voran das Recht auf Bildung in der Muttersprache, regionale Autonomie", und eine „Teilhabe mit autarken/autonomen Modellen an der Verwaltung, eine Selbstverwaltung". In der Hinsicht sieht die DBP die Lösung für die Kurden, aber auch für alle anderen Probleme, so Kamuran Yüksek – die „Republik demokratisieren", er benennt das kurz „Demokratische Republik." Deshalb verteidige die DBP das Modell der „Demokratischen Autonomie".

Er erklärte: „Den Kurden ihr Recht zuzugestehen ist zum Vorteil eines jeden. Das kurdische Problem mit anderen Mittel zu lösen als dem der Gewalt, wäre von Vorteil für das ganze Land, für alle in der Gesellschaft. In der Hinsicht stellt die als Lösungs- bzw Verhandlungsphase der Jahre 2013 bis 2015 eine wichtige Erfahrung dar. Es wurde allerding erkannt, dass „die Methode der Verhandlungsführung allein mit Delegationen auf der Route İmralı-Kandil-Ankara während der als ‚Lösungsphase' genannten Zeit nicht ausreichend sei", ver-

→

Meldungen:

Erneuter Angriff auf Roboskî erweckt Erinnerungen an das Massaker von 2011

Erneut steht der Name Roboskî (Uludere) in den Schlagzeilen. Wie der Abgeordnete der HDP für Şirnex (Şırnak), Ferhat Encu, bekannt gab wurde erneut eine Gruppe von Grenzhändlern zur Zielscheibe der türkischen Armee. Die zehn- bis fünfzehnköpfige Gruppe soll mit Artellerie genau an jenem Ort beschossen worden sein, an dem vor fast fünf Jahren schon einmal ein Massaker durch die türkische Armee verübt worden ist. Der 16-jährige Vedat Encu wurde bei dem Angriff getötet, 5 Personen wurden teils schwer verletzt. Ferhat Encu beklagt, dass erneut keine Rettungswagen zu Hilfe kamen, dass erneut die Presse schweigt, dass es erneut zu einem Massaker kam. Die Bevölkerung des nahe gelegenen Dorfes ist den Verletzten zu Hilfe geeilt, um sie ins Krankenhaus zu bringen. Der Getötete Vedat Encu selbst soll Verwandte bei dem Massaker in Roboskî verloren haben.

Der neuerliche Vorfall in Roboskî lässt die Erinnerung an das Massaker vom 28. Dezember 2011 wach werden. 2011 wurden 34 zumeist jugendliche Kurden durch einen Angriff der türkischen Luftwaffe ermordet.

(YH, 29.5., ISKU)

Hurşit Külter: Kreisvorstandsmitglied der DBP „verschwunden"

Erneut gibt es einen „Verschwundenen" in der Türkei: Hurşit Külter. Hurşit Külter ist Mitglied im Kreisvorstand der Partei der Demokratischen Regionen DBP von Şirnex (türk. Şırnak). Zu Beginn der Ausgangssperre über Şirnex verabschiedete er sich bei seiner Familie. Er wolle zu seiner Tante, die im Stadtteil Bahçelievler lebt, sagte er. Seit dem Tag hatte seine Familie keine weitere Nachricht mehr von ihm erhalten. Erst am 27. Mai bekam sie morgens um 7.00 Uhr eine E-Mail von ihm. Darin erklärt er: „Sie sind kommen. Lebt wohl." Am gleichen Tag um 20.00 Uhr wird auf Twitter unter dem Acount "BOF@Tweet_Guneydoğu" seine Verhaftung verkündet, er soll unverletzt sein. Die Eintragung wird später gelöscht.

Die letzte Meldung, die über seinen Verbleib zu erhalten war, besagt, dass Hurşit Külter in das Gebäude Spezieller Einsatzkräfte in Gümüştepe – einem berüchtigten Ort der Folter – verbracht

Gedenken an Hevala Nûdem und Hevala Amara

Vor 11 Jahren starben Hevala Nûdem (Uta Schneiderbanger) und Hevala Amara (Ekin Ceren Doğruak) bei einem Autounfall in der Nähe der südkurdischen Kleinstadt Qeladize. Der Fahrer des Autos, mit dem sich die beiden auf den Rückweg von der III. Generalversammlung des Kongra Gel nach Europa machten, verlor in dem steilen Berggelände die Kontrolle über das Fahrzeug und stürzte in den Abgrund. Der plötzliche Tod raubte ihnen die Möglichkeit, die Entwicklungen weiterzuverfolgen. Sie haben jedoch als Frauen selbstbestimmt ein Leben gelebt, das viele sich nicht getraut hätten zu leben. Der internationalistische Freiheitskampf und die Suche nach einem menschenwürdigen Leben, ihre aktive Teilnahme an der Vollversammlung des Kongra Gel, sowie ihre Entschlossenheit, ihre erfahrungen und ihr Wissen für den Aufbau einer freien Gesellschaft einzusetzen, all dies charaktisierte die Lebensgeschichten von Hevala Nûdem und Hevala Amara. Durch ihren Mut und ihre Liebe haben sie zugleich vielen anderen Menschen neuen Mut gegeben, beharrlich zu sein, weiter zu träumen und zu kämpfen!

Şehîd namirin – die Gefallenen sind unsterblich

Festnahmen in Nisêbîn

Eine Gruppe von 25 ZivilistInnen wurde wegen „Mitgliedschaft in einer bewaffneten Organisation" und „Separatismus" festgenommen, nachdem sich die Zivilen Verteidigungskräfte YPS aus Nisêbîn (Nusaybin) zurück gezogen hatte.

Bei einer weiteren Gruppe von 42 ZivilistInnen, die ebenfalls aus Nisêbîn geborgen wurde, dauert das Verhör an. Sie wurden bereits am 26.5. in Gewahrsam genommen, nun wurde eine Verlängerung um weitere zwei Tage beantragt und angeordnet.

Obwohl sich die YPS aus Nisêbîn zurück gezogen hat und sich nur noch ZivilistInnen dort befinden, setzt der türkische Staat seine Angriffe auf die Stadt unvermindert fort. So wurde jetzt die Stadt nahezu 12 Stunden lang pausenlos von der türkischen Armee beschossen.

Bedenklich ist vor allem, dass vom Beschuss auch Quartiere wie Koçer und Newroz betroffen sind, die zuvor weniger in den Schlagzeilen gestanden haben. Und zumindest von Newroz ist bekannt, dass hier vermehrt ZivilistInnen Schutz gesucht haben und Teils in Zelten leben. Offizielle Stellen der Türkei leugnen den Rückzug der YPS. Doch die Praxis spricht eine andere Sprache. Die YPS hatte erklärt, dass sie mit dem 25. Mai ihren Rükkzug erfolgreich vollendet hätte. Am gleichen Tag wurde in der Ebene zwischen Nisêbîn, Mehsert und Midyad über 13 Dörfer die Ausgangssperre verhängt und eine Militäroperation gestartet. Die Ebene wurde mit Kampfjets bombardiert, wodurch es zu Bränden kam. Ein Dorf wurde später durchsucht. Es gab aber keine Festnahmen.

"Kapitulationsvideo" wurde inszeniert

Sowohl das AKP Regime, als auch die von ihm kontrollierten oder kollaborierenden Medien inszenieren weiterhin ihre eigenen Schlagzeilen, um die Niederlagen der Staatskräfte, sowie die Massaker an der Bevölkerung Bakurs, Nordkurdistan (Süd-Osttürkei) zu verschleiern.In den türkischen Medien wurde nun inszeniertes Filmmaterial veröffentlicht, in dem sich angeblich KämpferInnen der PKK in Nisêbîn (türk Nusaybin) ergeben haben sollen. In den sozialen Medien existieren jedoch weitaus längere Aufnahmen, als die offiziell Veröffentlichten, in denen türkische Soldaten den vermeintlichen "PKK KämpferInnen" ihre Rollen zuweisen und wie sie sich für die Kamera zu positionieren haben.

Einer der Soldaten bringt einer am Boden liegenden Person eine weiße Fahne, während der Soldat hinter der Kamera weitere Regieanweisungen macht. Aus dem Hintergrund ist im folgenden zu hören: "Ok, alle so bleiben". Desweiteren spricht er den Soldaten an, der sich noch bei den Personen befindet: "Aus dem Bild".

(ANF, 25./28.5.,1.6., ISKU)

→Ankara: 4. Sonderparteitag...

merkt Kaamuran Yüksek in seiner Botschaft an die DBP. Er fordert neue Wege zu suchen. Er votiert, „da Erfolg versprechender für einen Frieden", die Freiheit Öcalans. Es gälte „einen Rahmen zu schaffen, damit Herr Öcalan selber aktiv am Prozess Teilnehmen kann, aber auch, damit wieder ein Weg geschaffen werde für eine Lösung mittels Verhandlungen". Er glaube fest daran, dass „auf diese Art eine Demokratiesierung zu meistern" sei. Für Kamuran Yüksek ist die zunehmende Haltung, die Verhandlungen mit Erdoğan, der AKP … abzulehnen, als unrealistisch und führt nicht zu einer Lösung der Probleme. „Um welches Problem es sich auch immer handeln sollte, es muss unter Einbeziehung der betroffenen Seiten gelöst werden. Außerhalb dessen konnte bisher noch nie eine Lösung erzielt werden." In den vor uns liegenden Tagen gälte es vor allem Kader zu schaffen die es vermögen, Begriffe und Inhalte wie die „Demokratische Republik" oder die „Demokratische Autonomie" allen zu vermitteln, die alle Bereiche der Gesellschaft organisieren und im Hinblick auf die Lösung des Problems die Freiheit Öcalans einfordern. Das wären damit auch die Leitlinien der DBP für die nächste Zeit. In einer Zeit in der der Druck immens groß sei, in der es Massenverhaftungen gegen die Partei gibt, ja sogar vor Ermordung von Mitgliedern der DBP nicht zurück geschreckt wird, in der es Pläne des Staates gäbe anstelle der gewählten Bürgermeister der DBP Treuhänder einzusetzen, gälte es „fest zusammenzustehen, und harmonisch miteinander zu arbeiten". Es gälte auch, sich gemeinsam gegen die Einsetzung von Treuhändern anstelle der gewählten Bürgermeister der BDP einzusetzen. Das gleiche gilt auch gegen den Versuch die Abgeordneten der HDP aus dem türkischen Parlament auszuschließen indem ihnen die Immunität entzogen wird.

In seiner Botschaft ging Kamuran Yüksek auch darauf ein, dass es immer auch Rückschläge und schwere Zeiten für eine Bewegung geben kann. „Doch solange man nicht aufgegeben hat, hat man nicht verloren", sagt er und fordert alle auf, unabhängig davon wo man sich gerade befindet, ob im Gefängnis wie er oder draußen, nicht aufzugeben. Im Hinblick „auf den Tod Tausender, von Vertreibung, Verarmung, der Zerstörung ganzer Städte, die Beschlagnahme (von ganzen Stadtteilen) gilt es auch weiterhin solidarisch zu helfen und Not zu lindern. Zur Beendigung der Politik aus Krieg und Gewalt gilt es, Politik zu betreiben gegen die Unterdrückung, gilt es den zivilgesellschaftlichen Kampf voran zu treiben", sagt er.

Auf dem Sonderparteitag der DBP in Ankara wurde ein neuer Vorstand gewählt. Demnach sind die neuen Kovorsitzenden der DBP Kamuran Yüksek und Sebahat Tuncel. Auch der 70-köpfige Parteirat wurde neu gewählt.

(ANF, 28.5., ISKU)

worden sein soll. Sowohl Augenzeugen als auch Nachrichten die im Internet verbreitet wurden besagen, dass Hurşit Külter am 27. Mai verhaftet wurde. Doch Nachfragen von Familie, des Menschenrechtsvereins IHD und Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker HDP bei offiziellen Stellen bleiben ergebnislos. Die Sicherheitsbehörden, die Staatsanwaltschaft, die offiziellen Stellen der türkischen Armee geben einhellig an, seine Verhaftung sei „bei ihnen nicht registriert". Das lässt schlimmes befürchten. Am 29.05. gibt es erneut eine Nachricht über Twitter. Die gleiche Adresse die zuvor seine Verhaftung verkündete, verkündet nun seinen Tod. Sein Vater wandte sich an die Vereinten Nationen. Es gibt internationale Verträge die auch die Türkei unterzeichnet hat. Eines ist das Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. *(ANF, 30.5., ISKU)*

Tourismusbrache in der Türkei auf tiefstem Stand seit 17 Jahren

Die Zahl der Touristen, die die Türkei besuchten, ist im April gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr um 28% gesunken und hat damit den tiefsten Stand seit 17 Jahren erreicht. Damit sind 500.000 Arbeitsplätze in der Tourismusbranche akut bedroht. Vor allem die Anzahl der Touristen aus Russland hat sich mit 79% dramatisch verringert. Nach offizieller Mitteilung des Ministeriums für Tourismus und Kultur hat sich seit Beginn des Jahres die Zahl der Touristen insgesamt merklich verringert. Im Januar um 6%, im Februar um 10,32%, im März um 12,84% und im April erreichte sie dann ein Rekordtief von 28,07%. In Zahlen: Im April dieses Jahres sollen sich 1.753.045 Touristen in der Türkei aufgehalten haben. Im Vorjahr waren es zur gleichen Zeit jedoch 2.437.263 Touristen. Das bedeutet für das Hotelgewerbe eine Einbuße von 41%.

(CH, 27.5., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YH	Yüksekova Haber
CH	Cumhuriyet

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 772
10. Juni 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Minbic wird befreit

Minbic hat eine Geschichte, die mindestens bis zu den Assyrern zurück reicht. Es liegt im Nordwesten Syriens, 85 km von Aleppo entfernt, nahe einer Brücke über dem Euphrat. Von dort nach Kobanê sind es 65 km. Es hat 4 Landkreise Ebû Qelqel, Ebû Kehef, Meskene und Xefsa. So alt wie Minbic ist, so viele Kulturen hat es auch beherbergt. Ihre Spuren sind bis heute sichtbar. Die Bevölkerung ist dem entsprechend ein Mosaik aus AraberInnen, KurdInnen, TscherkessInnen, TurkmenInnen und anderen Völkern, so wie verschiedenen Religionen. Die beiden größten Gruppen bilden AraberInnen mit 68% und KurdenInnen mit 25% Bevölkerungsanteil. Wie in Raqqa so sind auch hier die AraberInnen sunnitischen Glaubens. Die Lage von Minbic verleiht ihm Bedeutung im Handel. Es verbindet die großen Städte Syriens mit irakischen Städten wie Mossul und Bagdad sowie den westlichen Städten. Das verleiht Minbic einen teils strategischen Wert. Seine Ebene ist fruchtbar. Schätzungen gehen davon aus, das Minbic etwa 90.000 Einwohner zählt. 2011 geriet Minbic unter Kontrolle der SUK (Nationale Koalition Syriens). Seit dem 22. Januar 2014 ist es unter Kontrolle der DAİŞ, dem sogenannten Islamischen Staat. Während sich bis 2011 Männer und Frauen im öffentlichen Raum relativ frei bewegen konnten, zumindest freier als in vergleichbaren Städten, gilt heute das Gesetz der Scharia. Laut Meldungen sollen in der letzten Zeit Rufe aus der Bevölkerung laut geworden sein, die Hilfe einforderten. Seit dem 1. Juni hat deshalb der Militärrat von Minbic seine Offensive zur Befreiung von Minbic begonnen. Unterstützt wird sie von den Koalitionstruppen mit Luftangriffen.

Zu Ehren des Kommandanten der Shams Al-Shamal Abû Layla, der in den ersten Tagen der Offensive schwer verwundet wurde und am Sonntag verstarb, wurde die Offensive nach ihm benannt.

Zum Kommandanten des Militärrats von Minbic wurde Ebû Emced gewählt. 13 Mitglieder stehen ihm im Militärrat zur Seite, dessen Gründung am 2. April 2016 am Staudamm von Tişrîn verkündet wurde und sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzt. Bei ihnen handelt es sich um Şems El Şemal, Şuwar El Minbic, Firat Tugayları İttifakı, Cind El Heramên Tugayları, Fırat Şehitleri Taburları Birliği , Liwa El Qewsî, Tirkman El Minbic. Unschwer ist schon anhand der Namen zu erkennen, dass es sich damit auch um einen Zusammenschluss verschiedener Bevölkerungsgruppen, so wie Teilweise um Menschen handelt die selbst aus Minbic stammen und die sich jetzt für die Befreiung ihrer Stadt stark machen. Der Kommandant des Millitärrates Ebû Emced, erklärte dann auch, dass nach Vollendung ihres Zieles, also nach der Befreiung der Stadt und seines Umlandes, die Verwaltung einer zivilen Struktur obliegt, dem Gebietsrat von Minbic. Er besteht aus AraberInnen, KurdInnen, TurkmenInnen und TscherkessInnen.

Nach jüngsten Meldungen ist die Einkreisung der Stadt Minbic seit Freitagmorgen abgeschlossen. Eine große Rolle dabei spielte die Wiederherstellung der Qereqozax-Brücke über den Euphrat. Die Brücke konnte bei der Befreiung des Kantons Kobanê durch die Kräfte der YPJ und YPG zurückerobert werden, wurde vom IS jedoch zerstört hinterlassen. Als die kurdischen Kräfte vergangenes Jahr auf die Brücke vorrückten, sprengte der IS große Teile der Brücke, um den weiteren Vormarsch zu stoppen. Die Brücke bildet eine wichtige Verbindung zwischen Manbij und Kobanê. Nach der Wiederherstellung der Brücke konnte die Verbindungsstraße zwischen Manbij und Jarablus eingenommen und so der Nachschub von DAİŞ aus dem Norden abgeschnitten werden.

Am Freitagmorgen wurde gemeldet, dass auch die Verbindungsstraße im Westen von Minbic in Richtung Al-Bab unter der Kontrolle der Demokratischen Kräfte Syriens (HSD) steht und Minbij somit von allen Seiten umschlossen ist. *(ANF, 2./6.6., ISKU)*

Tausende bei Beerdigung von Abû Leyla

Tausende nahmen an der Beisetzung und militärischen Zeremonie des Kommandeurs Feysel Abû Leyla und des QSD/HSD Kämpfers Harûn Kobanê teil.

Der Angehörige des Manbijer Militärrats und Kommandant der Shams al-Shamal Brigaden, Feysel Abû Leyla erlag vor wenigen Tagen seinen schweren Verletzungen, die er an der Operation zur Befreiung von Manbij vom IS erlitten hat. Abû Leyla wurde mit dem QSD/HSD (arab. Qūwāt Sūriyā addīmuqrāṭīya / kurd. Hêzên Sûriya Demokratîk – Demokratische Kräfte Syriens) Harûn Kobanê beigesetzt. Zehntausende Einwohner*innen des Kantons Kobanê begleiteten die Prozession vom Haus für Familien der Märtyrer*innen und zum Şehîd Dicle Friedhof.

Der YPG Kommandant Cemil Kobanê hielt eine Rede, in der er betonte: “Kommandant Abû Leyla war von Anfang an Teil der Revolution in Syrien. So viele Revolutionär*innen erhoben sich und kämpften für ihre Ideale, nicht zu Letzt besonders in Kobanê. Kommandant Abû Leyla hat seinen Platz in unserem Kampf und Widerstand gefunden, mit all seiner Entschlossenheit und seinem Mut. Er fürchtete nicht den Tod. Er war immer dort, wo der Feind uns versuchte anzugreifen. Der Glaube, der ihm diese Kraft gab, war der Widerstand von Kobanê”.

Auch der offizielle Sprecher der QSD/HSD Şervan Derwêş unterstrich in seiner Rede, dass Abû Leyla einen wichtigen Platz in der Revolution eingenommen hat. Er erklärte weiter: “Lasst die Menschen, die Abû Leyla noch nicht kennen, ihn kennen lernen. Er nahm seine Waffe, um seine Mitmenschen und seine Heimat zu verteidigen, um bis zu Letzt Widerstand zu leisten. Er kämpfte in Sheikh Maqsoud gegen das Regime, in Shehba und Kobanê gegen die Banden des IS und an vielen weiteren Fronten”. *(ANF, 7.6., ISKU)*

Meldungen:

KOMAW: Klage am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eingereicht

Die Institution der Angehörigen der Verschwundenen und Märtyrer Kurdistans (KOMAW) hat wegen der im letzten dreiviertel Jahr von der Türkei an den Kurden verübten Gräueltaten den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angerufen. Beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag sind Klagen gegen Länder unzulässig. Klage kann nur gegen Personen erhoben werden. KOMAW reichte Klage namentlich gegen Erdoğan (Staatspräsident der Türkei), Davutoğlu (bis Mai dieses Jahres Ministerpräsident der Türkei), Hulusi Akar und Efkan Ala ein. Hulusi Akar ist seit August 2015 Chef des Generalstabs und damit auch militärischer Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte. Als solcher ist er ebenfalls Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates. Efkan Ala war seit Dezember 2013 Innenminister der Türkei und bekeidete auch unter Davutoğlu dieses Amt. KOMAW macht Erdoğan, Davutoğlu, Akar und Ala verantwortlich für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Städten und Bezirken wie Cizre und Sur. *(ANF, 3.6., ISKU)*

Guerillaaktionen in Bidlîs und Şirnex

Das HPG-Mediencenter veröffentlichte eine schriftliche Erklärung über Guerillaaktionen der HPG (Hêzên Parastina Gel – Volksverteidigungskräfte) und der YJA-Star (Yekîtîya Jinên Azad-Star – Einheiten der freien Frauen-Star), bei denen eine große Anzahl türkischer Soldaten getötet wurde.

BIDLÎS (Bitlis): Guerillas der HPG griffen Posten des türkischen Militärs auf dem Berg Hevris bei Bidlîs an, bei dem Angriff wurde 1 Soldat getötet, 2 weitere wurden verwundet.

ŞIRNEX (Şırnak): Am 4. Juni gegen 7 Uhr morgens legte die Guerilla auf der Straße zwischen Gundikê Melê und Sêgirkê eine Hinterhalt gegen eine anrückende türkische Operationseinheit, bestehend aus türkischen Soldaten und bezahlten Dorfschützern, dabei wurden 2 Soldaten getötet. Die türkischen Kräfte zogen sich am 5. Juni gegen 3 Uhr zurück.

Weiterhin wurden mehrere Militärposten auf den Bergen Şehidan und Kurkê Omerya, sowie der Elemun Außenposten im Şirnexer Stadtteil Uludere am

Nisêbîn: 20 Zivilisten hingerichtet

Schockmeldung aus dem besetzten Nisêbîn (Nusaybin). Ein Augenzeuge berichtet von einem Massaker an 20 wehrlosen Menschen. Weitere Augenzeugen bestätigen die Aussage.
Nach dem die Zivilen Verteidigungseinheiten YPS ihre Erklärung des Rückzugs aus der Stadt veröffentlicht hatte, dauerte die Bombardierung der Stadt Nisêbîn durch die türkischen Streitkräfte an. DIHA berichtet jetzt von einem Massaker. Es soll am 31. Mai im Stadtteil Yeni, nahe der Grenze zu Syrien stattgefunden haben. 20 wehrlose Menschen sollen hier ermordet worden sein.
Der Augenzeuge berichtete, das im Landkreis Nisêbîn zuvor aus gepanzerten Militärfahrzeugen heraus Aufrufe erfolgten sich zu ergeben. Am späten Abend um 22.00 Uhr seien dann 4 Rettungswagen, die von gepanzerten Militärfahrzeugen begleitet wurden, zum in der Nähe der Grenze liegenden Friedhof gekommen sein. Dort hielten sie an, entluden 20 Menschen. Diese wurden in drei Gruppen eingeteilt. Dann stießen zu den Krankenwagen weitere Fahrzeuge. Ein gepanzertes Fahrzeug und ein ziviles. Nach einer Weile entfernte sich das zivile Fahrzeug wieder. Kaum hatte sich das zivile Fahrzeug entfernt, wurden die in drei Gruppen eingeteilten Personen unter Dauerfeuer genommen und erschossen.
Der Augenzeuge berichtet, dass er das Massaker deshalb so gut beobachten konnte, weil einer der Rettungswagen die Scheinwerfer angelassen hatte. Einer der Polizisten, der der Hinrichtung beiwohnte, habe den Fahrer des Rettungswagens noch angeschrien „Lösch das Licht, bist du verrückt". Anschließend sollen sie dann die Leichname der Ermordeten übereinander gelegt und angezündet haben. Sie haben dann mit Artellerie in unsere Richtung geschossen, berichte der Zeuge. Bis zum Morgen sind unsere Straßen beschossen worden. Das gepanzerte Fahrzeug hat dort bis zum Morgen Wache gehalten. Am Morgen soll dann ein anderes gepanzertes Fahrzeug an den Ort gekommen sein und alle weiteren Spuren vernichtet haben. Es gibt weitere Zeugenaussagen aus der Region die die Aussage bestätigen. *(ANF, 3.6., ISKU)*

Ein neuerlicher Gesetzesvorstoß der AKP

Das Gesetz zur Aufhebung der Immunität wurde Dienstagabend von Staatspräsident Erdoğan unterzeichnet und ist heute in den offiziellen türkischen Medien veröffentlicht worden. 152 Abgeordnete des türkischen Parlaments – im Besonderen die der HDP – sind von diesem Gesetz betroffen. 800 Anträge auf Aufhebung der Immunität, die bis zum 20. Mai dieses Jahres bei den verschiedenen Organen des türkischen Parlaments eingetroffen sind, liegen vor. Sie werden voraussichtlich in den nächsten 15 Tagen an die Gerichte weiter geleitet, wo sie nach Information der Tageszeitung Cumhuriyet von etwa 200 Staatsanwälten bearbeitet werden. Diese entscheiden dann, ob die jeweilige Klage als „nichtig" einstuft und eine Anklage fallen gelassen wird, oder ob ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird und die Gerichte sich damit möglicherweise befassen werden.
Aysel Tuğluk, Co-Vizevorsitzende der HDP, rief in einer schriftlichen Erklärung alle Abgeordneten des Parlaments auf, sich an einer Klage vor dem Verfassungsgericht zu beteiligen und kündigte auch eine Klage der HDP vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an.
Die Co-Vorsitzende der HDP, Figen Yüksekdağ, bezeichnete das Gesetz dann auch als „Katastrophe" für die Türkei und wies auf die Ironie des Schicksals hin, dass just zu dem Zeitpunkt, wo Erdoğan die Immunität der Abgeordneten aufhebt, von der AKP ein Gesetzentwurf an das Parlament eingereicht wird, mit dem „Soldaten die Immunität verliehen werden soll". Daraufhin erklärte Figen Yüksekdağ: „Die Regierung, die versprach, die Vormundschaft durch das Militärs beenden zu wollen, ist heute mit den militaristischen Strukturen eine Koalition eingegangen."
Figen Yüksekdağ ging auf den neuerlichen Gesetzesvorstoß der AKP ein. Dieser Entwurf sieht eine Neuregelung für die Verhängung des OHAL (Ausnahmezustand) vor. Dem Neuentwurf zu Folge wäre eine offizielle Ausrufung des OHAL dann nicht mehr notwendig. Zuvor musste, wenn der OHAL für einige Provinzen angewendet werden sollte, dieser verkündet und alle 4 Monate vom Parlament bestätigt werden. Sollte der Gesetzentwurf das Parlament passieren – und daran besteht bei der jetzigen Konstellation kaum ein Zweifel – würde dem Ministerrat diese Aufgabe zufallen; jenem Organ, dass die „Eilbeschlagnahme" und damit Enteignung ganzer Stadtteile wie Sûr u.ä. eingeführt und beschlossen hat. Dem Gesetzesentwurf zu Folge kann auf Antrag des Innenministers in Zukunft der Ministerrat die türkischen Streitkräfte (TSK) dazu ermächtigen. Umfang und Dauer, Ort, Umfang der nachrichtendienstlichen Aufgaben, Beschränkung der Waffenarten die zum Einsatz gebracht werden dürfen, alle Fragen dieser Art würden dann dem Ministerrat obliegen. Fragen wie Größe der Einheiten, ihre Positionierung u.ä. militärische Details liegen im Ermessen des Generalstabs.
Kommt die Neuregelung durch, würde der Kommandant einer beauftragten Militäreinheit über Befugnisse verfügen, die bisher der Polizei vorbehalten waren. Dem Gouverneur obliege dann lediglich die Koordination zwischen den Militäreinheiten, den Sicherheitskräften im Allgemeinen und den öffentlichen Einrichtungen (übrigens ein Vorgehen, dass so bereits während der Operation in Nisêbîn (Nusaybin) angewandt wurde). Bei Operationen liege, dem Gesetzentwurf entsprechend, das Kommando beim jeweils ranghöchsten Kommandanten. Nachrichtendienstliche Informationen, die der dazu beauftragte Kommandant der Militäreinheit zu benötigen glaubt, sollen von den Diensten bevorzugt behandelt und umgehend weitergeleitet werden. Die beauftragten Militäreinheiten dürften dann auch auf Befehl ihres Kommandanten Razzien durchführen. Sollte ein Aufschub einer Razzia nicht angezeigt sein, darf er eine Razzia durchführen lassen, wenn er sich innerhalb von 24 Stunden diese von einem Richter nachträglich absegnen lässt.
Mit dem Gesetzesvorstoß wäre eine Verfolgung von Straftaten, die innerhalb von Operationen verübt werden, dann gebunden an eine Zustimmung verschiedener Gremien. Richtet sich ein entsprechender Vorwurf gegen die Kommandanten der Streitkräfte oder gegen den Generalstab, muss die Zustimmung des Ministerpräsident eingeholt werden, Betrifft ein entsprechender Vorwurf einen Angehörigen der Streitkräfte, so ist es das Verteidigungsministerium, das darüber bescheidet, bei Jandarma, Personal der Küstenwache oder Polizeikräften das Innenministerium, bei allen anderen Staatsbeamten liegt die Zustimmungsbefugnis bei Gouverneur oder Landrat. Bei Forderung von Entschädigung für Schäden die durch den „Kampf gegen den Terror" entstanden sind, können diese gerichtlich gegenüber dem Staat eingefordert werden, nicht aber bei dem jeweils Verantwortlichen und dass unabhängig ob ein persönlicher Fehler oder eine Unbotmäßigkeit vorgelegen hat.
(CH/ANF, 7./8.6., ISKU)

5. Juni gegen 9:30 Uhr angegriffen. Bei den Angriffen wurde ein gepanzertes Fahrzeug beschädigt und eine bisher unbekannte Anzahl an Soldaten getötet oder verwundet.
Zudem kam es am 3. und 4. Juni zu einer Operation der Guerilla nahe des Berges Şehîd Lezgin gegen 11 Uhr, sowie am Berg Kuroşino gegen 16 Uhr und in der Region Şehîd Kendal um 8:30 Uhr. Während dieser Operation wurde ein Bagger zerstört und ein Soldat getötet.
AMED (Diyarbakır): Laut dem Mediencenter wurde die Region Şehîd Ferhat im Kreis Pîran (Lice) am 4. Juni gegen 10:20 Uhr durch türkische Kampfflugzeuge bombardiert. Kurz darauf begann die Armee eine Operation mit Bodentruppen, die weiterhin andauert.
DERSÎM (Tunceli): Laut Angaben der HPG, haben am 1. Juni türkische Soldaten in Zivilkleidung Aufklärungsmissionen in der Region Barav (Kreis Pülümür) durchgeführt. Am 2. Juni kreisten über der Region mehrere türkische Drohnen, sowie Helikopter des Typs Kobra, die an verschiedenen Punkten Soldaten abließen. Am 3. Juni wurde das Gebiet dann von den Kobra Helikoptern beschossen, die Armee beendete ihre Operation gegen 17 Uhr. Dennoch befinden sich weiterhin türkische Einheiten nahe Barav und Şevdin.
COLEMÊRG (Hakkari): Die Guerilla führte am 3. Juni eine Aktion gegen die nahe des Berges Şehîd Bager stationierten Soldaten aus, der Berg befindet sich im Kreis Gever (Yüksekova). Bisher können keine genaueren Angaben über getötete oder verwundete Soldaten gemacht werden, jedoch wurde bekannt, dass einigen toten Soldaten Guerillauniformen für Pressefotos angezogen wurden.
Am 4. Juni begann die türkische Armee gegen 4 Uhr eine Operation nahe der Dörfer Helenka und Meleyan im Kreis Şemzinan und errichteten Kontrollposten auf der Straße zwischen Wan (Van) und Colemêrg.
(ANF, 6.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CH	Cumhuriyet

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 773
17. Juni 2016

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Pressefreiheit und inhaftierte kurdische JournalistInnen in der Türkei

Im diesjährigen Index zur Pressefreiheit der Reporter ohne Grenzen liegt die Türkei auf Platz 151 der insgesamt 180 aufgelisteten Staaten. Zurzeit sitzen mindestens 36 JournalistInnen aus nach Richtlinien des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht zu rechtfertigenden Gründen in türkischen Gefängnissen. Hinzu kommt eine angesichts der politischen Lage rassistische Repression, da das Gros dieser JournalistInnen kurdischer Herkunft ist. Trotz dieser Tatsachen behauptet der türkische Staat weiterhin, dass der türkische Journalismus einer der freiesten der Welt sei.

Die Gefahren und die Einschränkungen der Pressefreiheit haben sich vor allem in den letzten Monaten in der Türkei verschärft. Es gibt eine wachsende Anzahl von mittlerweile fast 2000 JournalistInnen, AkademikerInnen und weiterer Personen, die wegen angeblicher "Beleidigung Erdoğans" von Prozessen und Haftstrafen betroffen sind. In den letzten Monaten hat die Regierung mit wirksamer Anordnung vom 15. Mai 2016 die Kontrolle über die Redaktion der Zeitung Zaman, der Nachrichtenagentur Cihan, sowie der Verlagsgruppe Feza übernommen. Diesen Nachrichtenorganisation wird allesamt die Unterstützung des türkisch-islamischen Predigers Fethullah Gülen vorgeworfen, einem ehemaligen Weggefährten und nunmehr Feind des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan.

Nur drei Tage nach dem internationalen Tag der Pressefreiheit wurden Can Dündar, Chefredakteur, sowie der Journalist Erdem Gül der türkischen Tageszeitung Cumhuriyet von der Anklage des Versuches zum Sturz der Regierung, sowie der Spionage freigesprochen. Am 6. Mai wurden Dündar und Gül dann dennoch zu mehrjährigen Haftstrafen wegen der Veröffentlichung geheimer Staatsdokumente verurteilt. Bei diesen Dokumenten handelt es sich um Papiere und Fotos, nach denen der türkische Geheimdienst (MİT – Mılli İstıhbarat Teşkılatı) nachweislich schwere Waffen und Ausrüstung an den Islamischen Staat (IS) geliefert hat. Zudem steht eine Nebenklage der Staatsanwaltschaft wegen der angeblichen Unterstützung einer Terrororganisation noch aus, diese Beschuldigung bezieht sich wiederum auf die Kritik der AKP-Regierung und somit auf eine angebliche Unterstützung der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê – Arbeiterpartei Kurdistans).

Natürlich ist nicht nur die türkische Oppositionspresse betroffen, sondern vor allem auch die kurdische, so sehen sich die kurdische Nachrichtenagentur Dicle (DIHA) und ihre ReporterInnen systematischen Angriffen des Staates ausgesetzt. Mehmet Hakkı Yılmaz war einer der ersten Journalisten vor Ort, nachdem am 30. April eine Autobombe des IS in Dîlok (türk. Gaziantep) explodierte. Noch vor Ort wurde Yılmaz durch eine türkische Anti-Terror Einheit (TEM) verhaftet und festgesetzt, weil er seinem Beruf nachging. Den Rechtsanwälten der Nachrichtenagentur wurde zunächst jegliche Auskunft verweigert, erst nach massiven Druck, konnte Kontakt zu Yılmaz aufgenommen werden.

Zeitgleich überfielen türkische Sicherheitskräfte Häuser im Bezirk Savur der Stadt Mêrdîn (türk. Mardin) und verhafteten dabei den DIHA Reporter Abdulkadir Turay, den kurdischen Ko-Bürgermeister der DBP (Demokratik Bölgeler Partisi –Partei der Demokratischen Regionen), sowie fünf weitere EinwohnerInnen. Auch in diesem Fall wurden keine spezifischen Informationen zur Verhaftung und Anschuldigung veröffentlicht, jedoch wurde bekannt, dass sie in die örtliche Kaserne der Gendarmerie (Militärpolizei) verbracht wurden.

Es ist nicht überraschend, dass der türkische Staat glaubt gegen jegliches internationales und nationales Recht handeln zu können; solange keine scharfe Kritik aus der westlichen Welt ertönt, scheint der diktatorische Staat fast unaufhaltsam. Die ReporterInnen der Nachrichtenagentur DIHA sind Ziele der türkischen Repression und Verfolgung seitdem die "Friedensverhandlungen" zwischen dem Staat und der PKK von staatlicher Seite abgebrochen wurden. So wurde ebenso der DIHA Reporter Idris Yılmaz in Wan

→

2. Phase zur Befreiung von Minbic beginnt

Der Militärrat von Minbic erklärte, dass die Befreiung von Minbic nun ihre 2. Phase erreicht habe. In der Umgebung der Stadt konnten eine große Anzahl von Dörfern und Siedlungen vom DAİŞ dem sogenannten Islamischen Staat befreit werden; zuletzt die 3 Dörfer Hudhud, Qenat El Xerra und El Hamduniyê in unmittelbarer Nähe der Stadt. Auch stehen alle Zu- und Ausfahrtsstraßen der Stadt unter Kontrolle der Einheiten des Militärrats von Minbic. Damit sind die Vorbereitungen zur Befreiung der Stadt abgeschlossen. Die zweite Phase, die Befreiung der Stadt, könne in Angriff genommen werden. Allerdings befinden sich in der Stadt weiterhin Zivilisten. Der Militärrat von Minbic erklärte, man täte aber alles ihnen mögliche, um diese vor Schaden zu bewahren.

Die Operation zur Befreiung von Minbic wurde am 1. Juni begonnen. Das oberste Kommando für die Operation liegt beim Militärrat von Minbic. In ihm sind verschiedene gesellschaftliche Gruppen und Ethnien miteinander verbunden. Seit dem der Kommandant der Shams Al-Shamal, Abu Layla, bei den Kämpfen verletzt wurde und gefallen ist trägt die Operation den Namen Şehit Komutan Faysal Ebu Leyla.

(ANF, 12./14.6., ISKU)

Meldungen:

Drittgrößte Gewerkschaft in Großbritannien ernennt Abdullah Öcalan zum Ehrenmitglied

Die Gewerkschaft GMB (General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union) ist mit etwa 650.000 Mitgliedern die drittgrößte Gewerkschaft Großbritanniens. Aktuell führt sie ihren jährlichen Kongress in Bournemuth durch. Jetzt hat die GMB Abdullah Öcalan zum Ehrenmitglied ihrer Gewerkschaft ernannt. Ehrenmitgliedsausweis und Zertifikat wurden vom Vorsitzenden der Gewerkschaft GMB, Tim Roache überreicht. Stellvertretend entgegen genommen wurde sie von Reimar Heider, Mitglied der Internationalen Initiative – Freiheit für Abdullah Öcalan. Der internationale Direktor der GMB, Bert Schouwenburg erklärte in seiner Eröffnungsrede: „Wir stehen in der Schuld des kurdischen Volkes. Vor hundert Jahren ist durch Britannien Kurdistan auf verschiedene Länder aufgeteilt worden. Als Ergebnis dessen hat das kurdische Volk das ganze letzte Jahrhundert hindurch eine große Zerstörung durchlitten. Ich selbst habe vor einiger Zeit Kurdistan besucht und bin direkt Zeuge der Zerstörung der kurdischen Städte durch die Regierung Erdoğans geworden. Ich hoffe, unser Bemühen wird einen Beitrag dazu leisten das kurdische Problem zu lösen.“ Neben der Ehrenmitgliedschaft führt die GMB auch eine Kampagne für die Freiheit Abdullah Öcalans durch.

(ANF, 9.6., ISKU)

UN: Wir haben zur Einhaltung des internationalen Rechts gemahnt

In Genf findet seit Montag die 32.Tagung des UN-Menschenrechtsrats statt. Die Tagung wird bis zum 1. Juli andauern. Die Eröffnungsrede hielt der Hohe Kommissar der UN für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein. Zeid Ra'ad Al Hussein ging in seiner Rede auch auf die Situation in der Türkei gegenüber den KurdInnen ein. Er erklärte, dass die Türkei in Nisêbîn (Nusaybin) schwere Waffen zum Einsatz gebracht habe. Wenn man sich Satellitenbilder ansähe würde man erkennen, dass ein Großteil der Gebäude der Stadt vollständig zerstört seien. Hussein erklärte: „Wir haben einige Male Erklärungen abgegeben und unsere Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Wir haben zur Einhaltung des internationalen

Bericht der Untersuchungskommission der UN zu den Angriffen auf ÊzîdInnen veröffentlicht

Am 3. August 2014 begannen die Angriffe gegen die ÊzidInnen im Şengal durch den sogenannten Islamischen Staat DAÎŞ. In den folgenden Tagen wurde Tausende ermordet und entführt. Ein Massenexodus war die Folge. Tausende flohen in die nahen Berge mit nur dem auf dem Leib das sie gerade anhatten. Dort saßen sie fest. Umzingelt von dem DAÎŞ, bei Temperaturen von 40 Grad und mehr, ohne Wasser und Nahrungsmittel. YPG- und YPJ-KämpferInnen aus Rojava gelang es schließlich das Gebiet zu erreichen und eine Bresche in die Umzingelung zu schlagen. Tagelang konnten sie so einen Korridor nach Rojava halten und zehntausende ÊzidInnen retten. Aber erst mehr als ein Jahr später gelang es, das Gebiet von Şengal aus den Händen des DAÎŞ zu befreien. Viele ÊzidInnen sind auch heute noch in der Gewalt des DAÎŞ, weitere Vermisst oder in Flüchtlingslagern. Außerdem kommt es immer wieder zu Angriffen des DAÎŞ auf das Gebiet der ÊzidInnen. Doch die sind mittlerweile wehrhaft.

Nun hat die vom UN-Menschenrechtsrat (UNHRC) beauftragte Untersuchungskommission ihren Bericht zum Überfall des DAÎŞ auf die Êzîdi im Şengal in Genf vorgestellt. Der Bericht kommt zu folgendem Fazit; der Islamische Staat DAÎŞ haben an den ÊzidInnen einen Völkermord verübt. Die Kommission ruft die Länder, die sich zu einer Koalition gegen den DAÎŞ zusammen gefunden haben dazu auf, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen um die tausenden Êzîdi, die immer noch in Gefangenschaft sind, zu retten.

Viele konnten zwar bereits gerettet werden, aber es wird mit etwa 3200 Frauen und Mädchen gerechnet die weiterhin in der Gewalt des DAÎŞ sind. Die Frauen werden dazu gezwungen zum Islam zu konvertieren und für den DAÎŞ zu kämpfen. Zur Anzahl der Männer im Şengal, die in Gefangenschaft der DAÎŞ fielen oder auch jene die später gerettet werden konnten, liegen keine konkreten Zahlen vor. Wie bei vielen Minderheiten so sind auch die êzidischen KurdInnen von Massakern, Folter und sexueller Versklavung betroffen. Alles geschieht mit dem Ziel ihrer Vernichtung, wie es im Bericht heißt. Der DAÎŞ habe „unvergleichliche Grausamkeit" verübt an jeder êzidischen Frau, jedem êzidischen Mann und jedem êzidischen Kind, die sie Gefangen nehmen konnten. Frauen und Mädchen werden kontinuierlich immer wieder erneut verkauft oder von Mitgliedern des DAÎŞ untereinander verschenkt. Frauen, denen die Flucht aus der Gefangenschaft des DAÎŞ gelungen ist berichten, durch Mitglieder des DAÎŞ vergewaltigt worden zu sein.

Im Bericht wird ebenfalls erwähnt, dass der DAÎŞ die ÊzidInnen als „Teufelsanbeter" betrachten und jene die nicht zum Islam übertreten ermorden würden. „Der DAÎŞ trennt die über 12-jährigen Kinder und Erwachsenen von ihren Familien und tötet jene die nicht zum Islam übertreten", heißt es in dem Bericht der Untersuchungskommission. Der Vorsitzende der Untersuchungskommission Paulo Pinheiro forderte dann auch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dazu auf, das Massaker an den ÊzidInnen als Völkermord anzuerkennen. Sollte das Verbrechen als Völkermord anerkannt werden, müssen die Länder, die Mitglied der UN sind, Maßnahmen zum Schutz der Êzîdi ergreifen, dann wäre auch eine Bestrafung der Täter geboten. *(ANF, 16.6., ISKU)*

→ Pressefreiheit und inhaftierte ...

(türk. Van), sowie die Reporterin der Frauennachrichtenagentur JINHA, Vildan Atmaca verhaftet. Atmaca wurde während der militärischen Ausgangssperre im Stadtteil Erdiş festgenommen, als die EinwohnerInnen ihr legitimes Recht ausübten und gegen die Belagerung durch die Polizei und das Militär protestierten.

Später wurden Idris Yılmaz und Vildan Atmaca vor Gericht geführt und wegen "Propaganda für eine Terrororganisation", sowie wegen "Beleidigung des Präsidenten" verurteilt. Diese Anklagen fungieren wie ein Rundumschlag, um die lebenswichtigste Infratstruktur eines demokratischen Prozesses zu verhindern – der Meinungsfreiheit.

Es gibt noch viele weitere Beispiele, wie z.B. Nedim Oruç, der über zwei Tage vermisst wurde, bevor er von einem Gericht in Şirnex (türk. Şırnak) wegen angeblicher Unterstützung der PKK angeklagt wurde. Während der 48 Stunden in denen Oruç vermisst wurde, verbreitete sich der hashtag #NedimOrucNerede (Wo ist Nedim Oruç?) per Twitter in kürzester Zeit, Menschen aus aller Welt kritisierten darauf hin seine Festnahme. Oruç wurde erst vor wenigen Tagen entlassen, nachdem er über 5 Monate im Gefängnis saß.

Zurzeit sitzen rund 13 ReporterInnen der Nachrichtenagentur DIHA hinter Gittern, insgesamt sind in der Türkei 36 JournalistInnen eingesperrt, davon arbeiten 24 für kurdische Institutionen, fast alle sind kurdischer Herkunft. Veröffentlichte Fotos und Berichte weisen darauf hin, dass sie gefoltert und unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten werden. Obwohl diese Behandlung keine Besonderheit des türkischen Staates im Umgang mit kurdischen Gefangenen darstellt, zeigt sich hier ein deutlicher Unterschied, den der Staat zwischen gefangenen kurdischen und türkischen JournalistInnen vollzieht. Der Staat zögerte keine Minute internationales Recht zu brechen und KurdInnen mit brutalster und systematischer Gewalt zu misshandeln.

Trotz dieser Tatsachen geht die Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit weiter. Über 100 JournalistInnen, KünstlerInnen, AkademikerInnen und SchrifstellerInnen haben einer Erklärung veröffentlicht, die die Freilassung der inhaftierten DIHA ReporterInnen fordert. In der Erklärung wird betont, dass die DIHA JournalistInnen festgenommen wurden, um zu verhindern, dass sie über den 'schmutzigen Krieg' und die Massaker in den kurdischen Gebieten berichten. Die türkische Öffentlichkeit soll einzig die Meinung der AKP Presse übernehmen und keine Solidarität mit dem kurdischen Freiheitskampf entwickeln, dies beweist nur zu gut die Verhaftung und Verurteilung einer prominenten Person wie Can Dündar.

Wie zu erwarten, zeigen weder die türkische Regierung noch Staatspräsident Erdoğan die geringsten Anzeichen moralischer Bedenken oder von Gewissensbissen. Es besteht kein internationaler Druck auf den sie eingehen müssten, um eine Säule einer demokratischen Gesellschaft zu schützen. Wenn uns die Geschichte etwas gelehrt hat, dann das diejenigen, die die Freiheit angreifen, besonders die Pressefreiheit, diejenigen sind, die letztlich damit ihren Untergang besiegeln. *(KQ, 12.6., ISKU)*

Rechts und zur Achtung des Rechts auf Leben im Südosten der Türkei gemahnt. Uns erreichen eine große Anzahl von Berichten. Wir fordern, dass die Türkei uns den Weg frei macht, damit Teams die meinem Ressort unterstehen dort hingehen und die Vorwürfe vor Ort untersuchen können."

In einem Interview der Zeitung The Irish Times gegenüber erklärte der Co-Vorsitzende der HDP Selahattin Demirtaş, dass wegen der Angriffe der letzten Zeit etwa 500.000 KurdInnen ihren Wohnsitz verlassen mussten. Tausende Menschen haben dabei gänzlich das Dach über ihrem Kopf verloren und wissen nicht mehr wo sie hin sollen. Zehn Orte sind vollständig zerstört worden, die Menschen dort benötigen dringend humanitäre Hilfe. *(ANF, 13.6., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
KQ	Kurdish Question

Termin:

12. Zilan Frauen Festival

In einer kapitalistischen Moderne finden wir enorme Angriffe gegen die Frau vor. Der Krieg, den die Gesellschaften untereinander führen, Nationalismus und Rassismus, werfen sich immer auf Frauen aus. Im Rahmen der Auseinandersetzungen von Klassen, im eigenen Haus, in der Öffentlichkeit, finden diese Angriffe statt.

Wie können Frauen sich dagegen verteidigen, sich organisieren. Wie bewegt sich Frauen, wenn sie im Bewußtsein von Selbstverteidigung diesem System begegnen. Im Widerstand von Kobane bis Şengal und Bakur ist der Freiheitskampf von Frauen gegen die vielfältigen Angriffe, die Selbstverteidigung grundlegend.

Neben dem kulturellen Programm auf der großen Hauptbühne finden in drei verschiedenen Zelten Podiumsdiskussionen statt.

18. Juni 2015 – 10 Uhr
Revierpark Wischlingen
(Dortmund-Wischlingen)

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 774
24. Juni 2016

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Solidarität mit der Tageszeitung Özgür Gündem

Seit dem 3. Mai, dem internationalen Tag der Pressefreiheit, hat die Tageszeitung Özgür Gündem eine Kampagne zur Solidarität mit ihrer Zeitung und für die Pressefreiheit gestartet. Jeweils für einen Tag übernimmt ein/e JournalistIn oder Intellektuelle/r die verantwortliche Redaktion der Zeitung. Täglich wechseln die Aufgaben. Seit Beginn der Kampagne haben sich 49 Menschen an dieser Kampagne beteiligt. Gegen 39 von ihnen wurde ein Ermittlungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft eingeleitet. 6 Ermittlungsverfahren wurden später eingestellt, 6 wurden ans Gericht weiter geleitet.

Die Vorsitzende der Menschenrechtsstiftung TİHV, Prof. Dr. Şebnem Korur Fincancı, der Schriftsteller Ahmet Nesin und Erol Önderoğlu, Vertreter der Organisation Journalisten ohne Grenzen (ROG) in der Türkei, die zu Letzt an der Kampagne teilgenommen haben, sind gestern verhaftet worden. Als Grund werden Artikel, die an den Tagen, als sie die Verantwortung der Zeitung übernommen hatten, benannt.

Heute, am 50.Tag der Kampagne, hat sich auch der Journalist und Chefredakteur der Tageszeitung Cumhuriyet Can Dündar der Kampagne angeschlossen. Can Dündar erklärte: „Die Verhaftungen vom Vortag sind eine Botschaft. Sie sagt: Wenn ihr an der Seite der Wahrheit steht, werdet ihr verhaftet.“ Er rief zur Solidarität mit Özgür Gündem auf: „Auch ich habe die Botschaft erhalten. So bin ich denn gekommen, Solidarität zu zeigen.“

Federica Mogherini und Johannes Hahn äußerten sich im Namen der Europäischen Union und nahmen Stellung zu den Verhaftungen. Beide wiesen die Türkei erneut darauf hin, dass „jedes Land, das der EU beitreten will, auch die Menschenrechte garantieren müsse.“

Nach der Verhaftung von Şebnem Korur Fincancı, Erol Önderoğlu und Ahmet Nesin, haben sich jetzt etliche JournalistInnen solidarisiert. 107 JournalistInnen haben in einer Solidaritätsliste bekundet, dass auch sie bereit sind einen Tag lang verantwortliche/r RedakteurIn der Zeitung Özgür Gündem sein zu wollen. Die Liste wurde der Zeitung Özgür Gündem übergeben. In einer Pressekonferenz zuvor forderten sie die Freilassung der JournalistInnen. Zana Kaya von Özgür Gündem bedankte sich dann auch im Namen der Zeitung für so viel Solidarität. Er betonte: „Die Angriffe gegen Özgür Gündem richten sich nicht allein gegen Özgür Gündem. Sie richten sich gegen die ganze Gesellschaft und gegen alle JournalistInnen. Sie sind nur mit unserer Solidarität zu überwinden.“ *(ANF, 21.6., ISKU)*

Zwei Mal lebenslänglich, zusätzlich weitere 486 Jahre Haft für Demirtaş gefordert

Nachdem auf Order des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan die Immunität von Abgeordneten aufgehoben wurde, sind 510 Anträge auf Anklage allein gegen die Abgeordneten der HDP an die Staatsanwaltschaft weiter geleitet worden. Vorladungen zum Verhör sind die allgemeine Folge dessen. Wer in der Türkei einer solchen Ladung nicht Folge leistet, wird zwangsweise vorgeführt. Sollten die Abgeordneten den Vorladungen Folge leisten, würde das in nächster Zeit ihre gesamte Zeit in Anspruch nehmen. Der Arbeit, wofür sie gewählt worden sind, könnten sie nicht mehr nachkommen.

Allein gegen den Abgeordneten und Co-Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker HDP Selahattin Demirtaş liegen 93 Anträge auf Anklage vor. Insgesamt wird gegen ihn zwei Mal lebenslänglich, zusätzlich weitere 486 Jahre Haft gefordert. Die Abgeordneten der HDP haben bereits im Vorfeld erklärt, dass sie den Vorladungen nicht Folge leisten werden. Alles andere liege hingegen nicht in ihrer Hand.

Selahattin Demirtaş, Co-Vorsitzender der HDP, hat sich gegenüber BBC Türkçe zu verschiedenen aktuellen Themen geäußert.

Zur Diskussion über Kontakte zwischen Vertretern der kurdischen Freiheitsbewegung und der Regierung erklärte Demirtaş: „Zu der Zeit waren in den Verhandlungen nicht wir die direkten Ansprechpartner. Von uns wurde in dem Rahmen nur eine gewisse Unterstützung erwartet und wir als HDP waren auch bereit zu helfen. Alle Treffen fanden dann auch mit meinen Wissen statt.

Es gab vor allem, bevor die Operationen in den Städten Şirnex (Şırnak), Gever (Yüksekova) und Nisêbîn (Nusaybin) begannen, einen Dialog zwischen der Regierung und Kandil, ob eine Lösung zu finden sei. Das war keine Sache in der wir direkt Mittelspersonen waren. Wir hatten weder mit Kandil ein direktes Gespräch noch mit der Regierung. Wir waren lediglich dahingehend behilflich, dass der Verkehr der Gespräche problemlos abgewickelt werden konnte. Bedauerlicher Weise haben sie zu keinem Ergebnis geführt. Wenn man so sagen will, ist die Regierung, wenn auch nur in sehr geringem Maße, auf eine Suche gegangen. Es ist dabei eine Diskussion geführt worden, ob die sich dort befindlichen bewaffneten Personen abgezogen werden und eine Operation dann nicht erfolge. Aber soweit ersichtlich, hat Erdoğan nach den ganzen Sondierungen die Verhandlungen beendet.“

Auf die Möglichkeit neuerlicher Gespräche angesprochen erklärte Demirtaş: „Zu der Frage hat weder Kandil noch die Regierung uns etwas zukommen lassen. Der Ministerpräsident selbst hat erklärt, die PKK habe ihm die Botschaft gesandt, sie wäre bereit die Waffen zu strecken. Aber weder ich noch die HDP verfügen dazu über irgend eine Information. Abdullah Öcalan ist ein politischer Häftling der in İmralı unter spezieller Isolation steht. Sollte es Gespräche zwischen ihm und Vertretern des Staates geben (Anmerkung des Übersetzers: die türkische Tageszeitung Hürriyet hatte eine entsprechende Meldung einige Tage zuvor lanciert), bedeutet das nicht, dass es politische Gespräche, Verhandlungen oder einem Dialog gibt. Letztendlich halten sie ihn in einem

→

Meldungen:

KCK: Keine Verhandlungen mit dem derzeitigen Regime

In den letzten Tagen gemachte Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Yıldırım, die PKK würde Gespräche suchen, hat die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK nun mit scharfen Worten dementiert. In ihrer Erklärung heißt es dazu: „Mit einer Regierung, die die Freiheitsbewegung der Kurden und die demokratischen Kräfte zu vernichten trachtet und eine hegemonistische, autoritäre, faschistische Ordnung errichten will, gibt es nichts, was wir zu bereden haben. Die kurdische Frage lässt sich allein im Gespräch mit einer Regierung, die über ein demokratisches Verständnis verfügt, lösen. Ein solches Verständnis, einen dem entsprechenden Charakter lässt die AKP allerdings vermissen.“ Statt auf Gespräche mit der Regierung scheint die KCK eher auf eine Demokratiebewegung in der Türkei zu setzen. So heißt es in der Erklärung, dass eine Änderung der Mentalität und Herangehensweisen „nur durch den Kampf der demokratischen Kräfte“ zu ermöglichen sei, „die Türkei würde sich demokratisieren und die kurdische Frage könne eine Lösung finden“.

„Mit einem Regime, dass die Vereinbarung von Dolmabahçe, die mit dem Bemühen Öcalans zustande kam, leugnet und einen Krieg beginnt“, erklärt die KCK, „ist es nicht möglich, ein Problem durch Verhandlungen zu lösen.“ Ihr Fazit aus den Erfahrungen der Vergangenheit erklärt die KCK deutlich: „Die kurdische Freiheitsbewegung wird mit politischen Kräften, die im Rahmen einer Demokratisierung der Türkei nicht deutlich die kurdische Existenz anerkennen, die nicht offen das freie und demokratische Leben der Kurden respektieren, erst gar nicht mehr verhandeln.“ Ein weiteres Mal wolle man sich und die Völker nicht hinhalten und täuschen lassen. *(ANF, 16.6., ISKU)*

Ausgangssperren über Licê, Farqîn und Pasûr ausgeweitet

Über Licê, einem Landkreis von Amed (Diyarbakır), wurde schon vor Tagen über 13 Dörfer die Ausgangssperre verhängt. Zeitgleich mit der Ausgangssperre begannen über Stunden anhaltende Luftangriffe der türkischen Armee, bei denen auch ein Dorf zu Schaden kam. Gestern wurde die Ausgangssperre erweitert, so dass insgesamt 25 Dörfer in der Ebene zwischen Licê, Hêni

Minbic: Politrat beginnt Arbeiten in befreiten Gebieten

Am 5. April wurde in der Stadt Sirrin im Kanton Kobanê der Politrat von Minbic durch EinwohnerInnen der Stadt und der umliegenden Dörfer gegründet, die vor den Banden des Islamischen Staates in die freien Gebiete West-Rojavas flüchteten. Der Politrat setzt sich aus AraberInnen, KurdInnen, TurkmenInnen und TscherkessInnen zusammen, die nun dabei sind, nach über zweieinhalb Jahren in ihre Heimat zurückzukehren.
Die Ko-Vorsitzende Sozdar Xalid stammt aus Minbic und war ebenfalls gezwungen ihre Heimatstadt 2013 zu verlassen, um den Massakern durch die islamistischen Banden von al-Nusra und Co zu entgehen. Xalid floh damals nach Bakur (Nordkurdistan/Osttürkei), kam jedoch bereits ein Jahr später zurück, vorerst nach Kobanê.
Wie, warum und aus welchem Umstand heraus wurde der Politrat von Minbic gegründet?
Zunächst wurde der Rat auf Wunsch und Bedarf der Bevölkerung von Minbic heraus gegründet. Zuvor konstituierte sich bereits der Militärrat, um der Notwendigkeit nach Schutz und Sicherheit nachzukommen. Danach wurde dann am 5. April der Politrat im Kanton Kobanê, also quasi im Exil gegründet. (...) Die Befreiung Minbic's wurde zum Thema spätestens seit der Besatzung durch den IS. Es kamen Diskussionen auf, wie das soziale Leben in und um Minbic aussehen kann, nachdem die militärische Befreiung erfolgreich ist, der Bedarf eines politischen Rates entstand.
Du warst nun bereits in den befreiten Gebieten, was brauchen die Menschen?
Wir waren gezwungen den Politrat in Sirrin zu gründen, quasi im Exil. Dennoch waren wir zu jeder Zeit mit Minbic verbunden und sobald die ersten Gebiete durch die Operation befreit waren, sind wir dort hin gefahren. Wir begannen sofort damit die Bedürfnisse der Menschen in Erfahrung zu bringen und nach Möglichkeit zu befriedigen. Wir unterstützen die Menschen mit dem Nötigsten, wie Essen und Medikamente. Der Kanton Kobanê, der eigentlich selber jede Hilfe benötigt, half uns dabei unseren Menschen zu helfen. Das was die Menschen hier am nötigsten brauchen ist Brot, danach kommt Treibstoff für Fahrzeuge und Stromgeneratoren.
Die Menschen kommen auch in euer Zentrum, um mit euch zu sprechen, wie stehen sie zu der militärischen Operation? Begrüßen sie sie? Wie ist ihre Meinung? Wie sind die Bedingungen der Frauen?
Wir waren überrascht, wir haben nicht mit einem so enormen Interesse für uns gerechnet. Bis auf wenige Personen zeigt der Großteil der Menschen ein reges Interesse an unserer Arbeit. Die Konstituierung von Rätestrukturen in den befreiten Dörfer entwickelt sich rapide. Die Menschen haben ein enormes und verständliches Interesse sich selber wehren und verteidigen zu können, sie wollen Teil des bewaffneten Kampfes gegen den IS werden.
Wir verichten unsere Arbeit mitten unter den Menschen und sie melden uns eine große Freude über die Operation und Befreiung Minbic's zurück. Viele weinen vor Freude. Viele berichten, dass sie seit Beginn der Operation Tag für Tag auf das Anrücken der befreienden Kräfte warten. Sie sehen diese Kräfte als ihre eigenen und sagen, dass sie die Gräuel des IS durch die Freude über ihre Freiheit vergessen können.
Frauen sind diejenigen, die am meisten unter den Grausamkeiten des IS leiden mussten. Von Hausarresten, über Steinigungen, bis hin zur gewaltsamen Ganzkörperverschleierung, sie erlitten am meisten. Dies erklärt auch, warum Frauen diejenigen sind, die die Befreiung mit der größten Begeisterung und Freude empfangen. In manchen Dörfern, die wir nach ihrer Befreiung besuchten, rissen sich junge Frauen die Vollverschleierung vom Körper und sagten, dass sie es nicht glauben können endlich frei zu sein.
Was sind nun die Ziele des Rates?
Unser Hauptziel ist die Sicherung der Selbstbestimmung der Menschen in Manbij und den umliegenden Dörfern. Wir planen Schulen, Volks- und Frauenräte und sind dabei Komitees für die Bereiche Gesundheit und Wirtschaft zu formen. Dieser Rat wird der Beginn eines neues Lebens für unsere Heimat. Manbij ist eine historische Stadt in der Menschen aus verschiedensten Nation und verschiedener Völker und Kulturen leben. Für uns ist ein essenzieller Bestandteil der Selbstverwaltung durch die Bevölkerung, dass die Menschen gleichberechtigt und geschwisterlich zusammenleben. *(ANF, 20.6., ISKU)*

→Zwei Mal lebenslänglich ...

Gefängnis fest, das ihrem Ministerium untersteht. Den Schlüssel dazu hält der Justizminister in Händen. Wann immer es ihm passt kann er die Tür öffnen und mit ihm selbst reden, aber selbst das würde dann noch lange nicht bedeuten, dass erneut Verhandlungen oder ein Dialog zum kurdischen Problem stattfindet. Nur wenn es zu einem Gesprächsverkehr mit politischen Delegationen und als drittes Auge dies in Gegenwart eines Vermittlers geschieht, erst dann kann man davon ausgehen, dass erneut Verhandlungen für eine Lösung aufgenommen wurden. Deshalb ist alles jetzt nur Spekulation.
Abdullah Öcalan hat seit mehr als einem Jahr zu niemanden mehr Kontakt, für die Außenwelt sind Kontakte zwischen ihm und dem Staat – sollte es solche denn überhaupt geben – ohne Bedeutung."
In den letzten Tagen waren Äußerungen des Abgeordenten Altan Tan (HDP) vermehrt in der Presse zu lesen. Irretationen, die dadurch hervor gerufen worden sind, stellt Demirtaş dann auch folgend klar: „Die Haltung unserer Partei gegenüber Gewalt ist unzweifelhaft, wir sind eine Partei die eine demokratische Politik ausübt, die eine Demokratie verteidigt, die pluralistisch, vielsprachig, multikulturell ist und allen Glaubensrichtungen Raum gibt. Jedem, der in unserer Partei Politik betreibt, ist das bekannt und handelt auch dem entsprechend. Natürlich darf unsere Partei auch kritisiert werden. Aber der richtige Ort dafür ist nicht die Presse oder die Medien, sondern die Gremien der Partei. Unsere Partei befindet sich nicht auf dem Scheideweg der Frage zwischen Gewalt oder demokratischer Politik. Sie hat ihren Weg gewählt, die Linie ist klar. Jegliche Äußerung darüber, dass die HDP am Scheideweg stände zeigen nur, dass das, was die HDP ist nicht ausreichend begriffen wurde." (...)
Demirtaş konkretisiert dann auch die HDP verteidige Säkularismus und Religionsfreiheit. Selbstverständlich könnten sich in der HDP konservative Kurden, muslimische Kurden, konservative Türken und muslimische Türken einfinden. Aber eine Festlegung der HDP als muslimische Partei lehnt Demirtaş ab. „Unserer Partei ist keine Partei des politischen Islam, aber als Religionsgruppe ist jede in ihr vertreten".
Auf Fragen hinsichtlich der TAK antwortete Demirtaş: „Es gibt eigentlich niemanden der die TAK mehr kritisiert, sie mehr warnt und sie mehr auffordert diese Art der Aktionen zu beenden als uns. Mit Terroraktionen, die Zivilisten zum Ziel haben, haben wir in keinster Weise etwas zu tun. Jegliche Toleranz oder Sympathie durch die HDP ist undenkbar. Wir haben jene Organisation mit dem Namen TAK immer dazu aufgerufen solche Aktionen zu unterlassen und sie aufgefordert, die Drohung in Zukunft weiterhin solche Aktionen durchzuführen und sie noch zu forcieren, zurück zu nehmen."
(...)
(YH/ANF, 16./18.6., ISKU)

(Hani), Farqîn (Silvan), Hezro (Hazro) unter Ausgangssperre stehen.
Bei den Luftangriffen sollen auch die Dörfer Mizak (Kılıçlı) und Qurmik (Konuklu) getroffen worden sein. Über Schäden liegen noch keine Meldungen vor. Am 22.6. wurden ebenfalls über drei Dörfer des Landkreises Pasûr (Kulp) die Ausgangssperre verhängt. Mit Licê ist inzwischen jegliche Verbindung vollständig abgebrochen. Weder telefonisch noch per Internet ist ein Verbindung dorthin möglich, gleiches gilt für den Landkreis Farqîn.
Die ehemalige Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Anne Brasseur, wies darauf hin, dass „Ausgangssperren, wie schon die Venedig-Kommission, (einer Kommission des Europarates die Länder Verfassungsrechtlich berät) dar gelegt hat, rechtlich unzulässig sind."
(ANF/YH, 21./22.6., ISKU)

Minbic Militärrat: Weitere Fortschritte
Die Operation zur Befreiung der Stadt Minbic und der umliegenden Dörfer unter dem Kommando des Minbicer Militärrats erreichte am Donnerstag ihren 23. Tag. Zuletzt konnte die Stadt Minbic vollkommen eingekreist werden, wobei jedoch nach verschiedenen Angaben ein kontrollierter Korriodor offengelassen werden sollte, durch den die IS Kämpfer sich zurückziehen sollen, da größere Kämpfe sowohl die Stadt vollkommen zerstören, als auch die verbliebenen EinwohnerInnen in große Lebensgefahr bringen würde. Dies zeigt sich aus den Erfahrungen von Kobanê und anderer Städte.
Mittlerweile scheinen die Bandenmitglieder zusehends in Panik zu geraten und agieren immer häufiger mit Selbstmordangriffen, die jedoch bisher keine nennenswerte Wirkung hatten. Zur Zeit finden rund um die Stadt Kämpfe statt, da der IS sämtliche Vorstöße versucht aufzuhalten.
(ANF, 23.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YH	Yüksekova Haber

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 775
1. Juli 2016

N û ç e



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Licê: Dörfer werden zwangsgeräumt, Einwohner ermordet

Die Militäroperation in der Ebene von Licê dauert weiter an. Das türkische Militär ist mit etwa 20.000 Mann vor Ort, beschießt das Gebiet aus der Luft und vom Boden aus. Betroffen sind aktuell vor allem die Dörfer Akçabudak, Arıklı, Baharlar, Bayırlı, Çavundur, Çağdaş, Dolunay, Ergin, Hedik, Kılıçlı, Örtülü, Seydanlı, Ulucak, Yamaçlı, Yalımlı, Yorulmaz, Kayacık, Mezramıho, Sağgöze und deren Umgebung. Die Bevölkerung der Dörfer Dibek, Çağdaş, Cenazur, Yolçatı wurden zwangsvertrieben. In diesen Dörfern hat das Militär Einzug gehalten.

In Hazro, auch ein Landkreis der Provinz Amed, ist das Militär mit Baggern gekommen. Sie haben begonnen Häuser des Dorfes Helhel (Çiftlibahçe) in Brand zu stecken. Sie forderten die BewohnerInnen auf, ihre Häuser zu verlassen, das Gebiet sei „zum Sicherheitsgebiet erklärt worden“, so die Begründung. Einige BewohnerInnen, die sich weigerten, wurden verhaftet. Die Verbindungen zum Dorf sind unterbrochen.

Eine Gruppe lebender Schutzschilde wurde vergangenen Freitag auf der Hauptstraße zwischen Amed (Diyarbakır) und Cewlig (Bingöl) in Höhe des Dorfes Hedik vom Soldaten aufgegriffen und festgesetzt. Anschließend wurde die 75 Personen zählende Gruppe zur Kaserne verschleppt. Es handelt sich bei ihnen vor allem um Menschen aus dem Umland.

Am Donnerstag wurde eine Gruppe von 20 BewohnerInnen des Dorfes Kerwas von Soldaten gestoppt und gefoltert. Dann begannen die Soldaten, Häuser und Zelte niederzubrennen. Zwei Männer, die das Feuer löschen wollten, wurden vor den Augen der Bevölkerung zu Tode gefoltert; die Soldaten posierten anschließend mit ihren Füßen auf den Köpfen der Getöteten.

Licê, das weckt Erinnerungen, Erinnerungen an das Jahr 1993. Das Jahr, in dem das türkische Militär in Licê ein Massaker verübte. 16 Menschen fielen ihm zum Opfer, darunter auch 2 Mitglieder des Militärs, ermordet von ihren eigenen Leuten. Im Rahmen des Angriffs auf Licê wurden damals viele Häuser und Arbeitsstätten in Brand gesetzt, hunderte Menschen zwangsvertrieben. Der Prozess kann erst 21 Jahre später wieder in Gang, einen Tag, bevor die Verjährung abgelaufen wäre. Angeklagt ist der damalige Kommandant der Jandarmas und ein weiterer Militär, der inzwischen jedoch verstorben ist. Der Prozess dauert an. *(ANF, 25./30.6., ISKU)*

Hasan Dutar an Deutschland überstellt

Am 28. Juni wurde der in Deutschland lebende kurdische Politiker Hasan Dutar von Dänemark an die deutsche Justiz überstellt und in die JVA Hamburg-Holstenglacis gebracht.

Er war am 8. Juni aufgrund eines europäischen Haftbefehls, der auf einem Haftbefehl des Oberlandesgerichts Hamburg beruhte, in Kopenhagen fest- und in Auslieferungshaft genommen worden. Ausgerechnet an dem Tag, an dem dort ein Prozess endete, in dem Hasan Dutar freigesprochen wurde.

Er und andere kurdische Aktivisten waren beschuldigt worden, Spenden für den damaligen kurdischen Fernsehsender ROJ-TV gesammelt zu haben, dem unterstellt wurde, Propaganda für die PKK verbreitet zu haben. Der Sender verfügte über eine dänische Sendelizenz. Jahrelang hatte die türkische Regierung massiven Druck auf Dänemark ausgeübt, ROJ-TV diese Lizenz zu entziehen. Die dänischen Behörden weigerten sich jedoch, den Forderungen aus der Türkei nachzukommen.

Erst die Nominierung des damaligen dänischen Ministerpräsidenten Fogh Rasmussen zum NATO-Generalsekretär hatte zu einem Verbot von ROJ-TV geführt. Die türkische Regierung hatte ihre Zustimmung zu seiner Ernennung von einem Lizenzentzug abhängig gemacht.

Im Dezember 2012 ist Hasan Dutar auf Ersuchen der dänischen Justiz in Zweibrücken festgenommen und im Februar 2013 nach Dänemark überstellt und dort inhaftiert worden.

Das Hauptverfahren gegen elf kurdische Aktivisten begann am 28. August 2013. Zur Prozessbeobachtung reisten Dutars Verteidiger im September aus Deutschland nach Kopenhagen. Hierbei hatten sie auch die Möglichkeit, Hasan Dutar, der sich als einziger Angeklagter in U-Haft befand, zu besuchen. Sie berichteten von erschreckenden Haftbedingungen, entwürdigenden Durchsuchungsmaßnahmen und mangelnder ärztlicher Versorgung ihres unter gesundheitlichen Problemen leidenden Mandanten.

Ihr Besuch habe noch einmal deutlich gemacht, dass die Behörden im politischen Strafrecht „länderübergreifend von ihren umfangreichen Eingriffsbefugnissen Gebrauch machen“, schrieben die Anwälte in ihrem Bericht.

Sie konnten später erreichen, dass ihr Mandant aus der Haft entlassen wurde unter der Bedingung, dass er alle Verhandlungstermine in Kopenhagen wahrnimmt. Das hat Hasan Dutar 3 Jahre lang getan!

- Auf Ersuchen der deutschen Justiz sind in Auslieferungshaft derzeit noch: Cihan I. und Zeki Eroǧlu in Stockholm, der voraussichtlich in den nächsten Tagen nach Deutschland überstellt wird.
- Vor Staatsschutzsenaten deutscher Oberlandesgerichte laufen derzeit fünf § 129b-Verfahren gegen kurdische Aktivisten.
- Mit Hasan Dutar befinden sich wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland nun 10 Kurden in U- bzw. Strafhaft.

AZADÎ verurteilt die neue Dimension der Kriminalisierung und strafrechtlichen Verfolgung von politisch aktiven Kurdinnen und Kurden und fordert deren Freilassung, die Einstellung aller Verfahren und die Aufhebung des seit 1993 bestehenden PKK-Betätigungsverbots.

Angesichts des Vernichtungskrieges, den der türkische Despot Recep Tayyip Erdoǧan gegen die kurdische Bevölkerung führt, toleriert und unterstützt die Bundesregierung durch ihre Politik diesen verbrecherischen Kurs. Sie muss sich vorwerfen lassen, mitverantwortlich zu sein für Tod, Vertreibung und Zerstörung.

Eine solche Politik braucht Ächtung, Widerstand und Solidarität mit den Betroffenen.

(AZADÎ e.V., 29.6.)

Meldungen:

Türkische Armee beschiesst Flüchtlinge aus Rojava

Erneut vermeldet die Nachrichtenagentur ANHA (Hawarnews), dass die türkische Armee Flüchtlinge beschossen hat, die versuchten, die Grenze in die Türkei zu gelangen. So sollen am 28. Juni gegen 17 Uhr Ortszeit zahlreiche Menschen durch das türkische Militär beschossen worden sein, die aus der Region Heşîşa versuchten, in die Türkei zu flüchten. Zahlreiche Menschen sind dabei verletzt worden, mindestens zwei Verletzte befinden sich in einem kritischen Zustand. Augenzeugen berichten, dass viele der Opfer Kinder und Frauen gewesen sind. Einige Verletzte sollen durch türkische Militärs weggeschleift worden. Über ihren Verbleib gibt es keine Informationen. Zwölf Verletzte werden derzeit in den Krankenhäusern Rojavas behandelt.

Die Region Heşîşa liegt rund 35 km östlich von der Stadt Girê Spî (Tall Abyad), die im Juni vergangenen Jahres durch die Einheiten der YPG vom IS befreit worden war. An der Grenze zwischen Rojava und der Türkei kommt es immer wieder zu Angriffen und Provokationen des türkischen Militärs.

Zuletzt berichtete die Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte am 18. Juni, dass das türkische Militär neun syrische Flüchtlinge, darunter vier Kinder, bei dem Versuch, die Grenze zu überqueren, erschossen habe. Allein in diesem Jahr sollen mindestens 60 Flüchtlinge durch türkische Soldaten an der syrisch-türkischen Grenze ermordet worden sein. *(CA, 29.6., ISKU)*

Verfassungsentwurf für Rojava wurde angenommen

Die Arbeiten an einer Verfassung für Rojava, die Gebiete Nordsyriens schreiten voran. Der „Gründungsrat für ein demokratisch-föderales Nord Syrien“ kam am 27. Juni zu einer zweitägigen Sitzung in Derîk zusammen und hat die letzte Lesung des Verfassungsentwurfs vorgenommen. Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Entwurf angenommen. Nur über die Namensgebung konnte noch keine Einigung erzielt werden. Drei Vorschläge stehen zur Wahl. Es wird davon ausgegangen, dass darüber auf der nächsten Sitzung am 27. Juli eine Einigung erzielt werden kann. Der Verfassungsentwurf wird in Kürze an die zuständigen Gremien weitergeleitet und auch in den Medien veröffentlicht.

Anhörung des Mörders von Sakine, Fidan und Leyla verschoben

Die Untersuchungen bezüglich des am 9. Januar 2013 in Paris begangenen dreifachen Mordes an der PKK Gründerin Sakine Cansız, der Pariser Vertreterin des KNK Fidan Doğan, sowie der Aktivistin der kurdischen Jugendbewegung Leyla Şaylemez wurden vergangenes Jahr im Mai für abgeschlossen erklärt, die ausstehenden Anhörungen wurden für den Zeitraum vom 5. bis zum 16. Dezember diesen Jahres angesetzt.
Die KurdInnen in der Diaspora erhofften sich vor allem durch die anstehnden Anhörungen weitere und vor allem positive Entwicklungen in der Aufklärung dieses babarischen Aktes. Selma Akkaya von der Tageszeitung Yeni Özgür Politika berichtete nun, dass das eingesetzte Songergericht den RechtsanwältInnen mitgeteilt hätte, dass die Anhörungen verschoben würden.
Nachdem die RechtsanwältInnen der Familien und Hinterbliebenen der drei ermordeten Revolutionärinnen von der Vertagung hörten, forderten diese eine Begründung durch das Gericht, dieses weigerte sich jedoch auch nur die kleinste Begründung abzuliefern. “Es ist eine Unverschämtheit, dass die RechtsanwältInnen in keinster Weise darüber informiert werden, dass die Anhörungen verschoben werden sollen oder gar werden.”, so einer der Anwälte.
Die Vorsitzenden RichterInnen gaben darauf eine kurze und knappe Antwort in der sie erklärten: “Wir müssen keine Erklärung oder Begründung abgeben”. Die AnwältInnen der Familie gehen derweil von einer politischen Entscheidung aus, erklärten jedoch gleichzeitig, dass sie weiterhin Einspruch einlegen werden und sich über dies hinaus auch mit dem Vorsitzenden Richter zusammensetzen werden.
In der vorherigen Woche hatte Tatverdächtige Ömer Güney das Gericht aus gesundheitlichen Gründen um Haftverschonung während des laufenden Prozesses gebeten, das Gericht lehnte diese Bitte jedoch ab und begründete, dass zum einen eine akute Fluchtgefahr bestehe und zudem Güneys gesundheitlicher Probleme nicht derartiger Natur sind, dass er nicht in einem Gefängnis untergebracht werden könnte. Außerdem sei er der Beschuldigte in einem Prozess, der im öffentlichen Interesse laufe und dies verhindere zusätzlich eine Annahme seines Gesuches.
Gerade in Anbetracht einer solche Entscheidung ist mit besonderem Augenmerk der neuerliche Entwicklung des französischen Rechtssystems zu betrachten, in der die vorgesehenen Anhörungen im Dezember verschoben werden. Sowohl der Widerspruch, als auch das persönliche Treffen der AnwältInnen mit dem Vorsitzenden Richter wird in den kommenden Tagen veröffentlicht, aber bereits jetzt steht für viele fest, dass die Vertagung eine durch und durch politische Motivation hat.

(ANF, 29.6., ISKU)

Wegen Kriegsverbrechen: Anwältinnen, Abgeordnete und Künstler wollen in Deutschland ein Strafverfahren gegen den türkischen Staatspräsidenten

Erdogan angezeigt

Seit mehreren Monaten führt die Regierung in Ankara Krieg gegen Dutzende kurdische Städte und Dörfer im Südosten der Türkei. Gegen Wohngebiete werden Panzer, Artillerie und die Luftwaffe eingesetzt. Hunderte Zivilisten starben, in Cizre und Diyarbakir-Sur verübten »Sicherheitskräfte« Massaker an unbewaffneten Menschen.
Weil die Verantwortlichen für diese Verbrechen in der Türkei nicht zur Rechenschaft gezogen werden, haben die Hamburger Rechtsanwältinnen Britta Eder und Petra Dervishaj nun der Bundesanwaltschaft eine 207 Seiten starke Anzeige gegen den Staatspräsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, sowie weitere hochrangige Politiker und Militärs zur Prüfung übergeben. Juristische Grundlage sei das Weltrechtsprinzip im Völkerstrafgesetzbuch, erklärten die Anwältinnen am Montag in Berlin. »Zweck dieses Prinzips ist, die Straflosigkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern, unabhängig davon, wo der Tatort liegt.« Allein in Cizre seien während einer Ausgangssperre von Dezember bis März mindestens 178 Menschen getötet worden, die in Kellerräumen Schutz vor den Angriffen des Militärs gesucht hatten.
Eder und Dervishaj handeln im Namen von Dutzenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Künstlern und Intellektuellen, darunter die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano, der Komponist Konstantin Wecker und der Schauspieler Rolf Becker. Als Geschädigte treten der Abgeordnete der prokurdischen Oppositionspartei HDP Faysal Sariyildiz und zwei Angehörige von Opfern der Massaker, Serdar Erdin und Hasan Demirkaya, auf.
Während einer Pressekonferenz zur Vorstellung der Anzeige schilderte Faysal Sariyildiz die bisherigen Erkenntnisse zu den gezielten Tötungen von Zivilisten in der Kreisstadt Cizre: »Ich spreche hier von Menschen, die bei lebendigem Leibe vor den Augen der Weltöffentlichkeit in Kellern verbrannt wurden. Es waren keine Menschen, die im Kampf gefallen sind. Es waren unbewaffnete Journalisten, Künstler, Studierende, Aktivisten.« In den vergangenen Monaten seien Städte mit über hunderttausend Einwohnern von Polizeitruppen in Schutt und Asche gelegt worden. Er selbst sei Augenzeuge dieser Zerstörung in Cizre geworden, so Sariyildiz: »Die Stadt wurde umstellt und mit Panzern und Artillerie beschossen.« Personen, die während der Umzingelung Cizres in der Stadt geblieben waren, suchten in Kellergewölben Zuflucht. Dort seien sie gezielt von Spezialeinheiten des türkischen Staates umgebracht worden, denen voll bewusst gewesen sei, dass es sich um unbewaffnete Zivilisten handelte. Ein kommandierender Offizier habe per Funk durchgesagt: »Lasst keinen lebend rauskommen.« Das sei das letzte gewesen, »was wir von den Menschen in den Kellern mitbekommen haben«, erinnerte sich Sariyildiz. Nun versuche der Staat, diese Verbrechen zu vertuschen, so der HDP-Abgeordnete.
Von der Bundesanwaltschaft erhoffe man sich Aufklärung. »Wir können davon ausgehen, dass diese Verbrechen in der Türkei nicht geahndet werden«, erklärte die Rechtsanwältin Petra Dervishaj. Auch vor dem Internationalen Strafgerichtshof sei die Einleitung eines Verfahrens schwierig, da die Türkei das Römische Statut, das die Grundlage der Arbeit dieses Gerichts bildet, nicht unterzeichnet hat. Die Bundesanwaltschaft hat aber bereits nach einer Strafanzeige gegen Erdogan wegen Kriegsverbrechen in den Jahren 2003 bis 2011 nicht ermittelt.

(jW, 28.6., ISKU)

Die Vorschläge zur Namensgebung sind wie folgt:
1-Demokratisch-Föderales System von Rojava Kurdistan (‘Rojava Kürdistan’ı Demokratik Federal Sistemi’)
2- Demokratisch Föderales System von Rojava-Nord Syrien (‘Rojava-Kuzey Suriye Demokratik Federal Sistemi’)
3-Demokratisch Föderales System Nord Syriens (‘Kuzey Suriye Demokratik Federal Sistemi’) *(ANF, 29.6., ISKU)*

IS Krankenhaus erobert: Türkische Lieferungen gesichert

Die “Kommandant Faysal Abu Leyla Operation” zur Befreiung der Stadt Minbic, sowie der umliegenden Dörfer setzt sich auch am 24. Tag erfolgreich fort. Bisher konnten einige wichtige Stellungen erobert werden, darunter einige Checkpoints des Islamischen Staates (IS). An der westlichen Front konnte vor zwei Tagen zudem ein dreistöckiges Krankenhaus des IS bei der Befreiung des Dorfes Şexbadbaş erobert werden. In den Räumen befinden sich umfangreiche Patientenzimmer, sowie ein bedeutender Vorrat an Medikamenten. Ein Großteil der beschlagnahmten Medikamente und Verpackungen trägt Aufdrucke und Herstellerdaten der pharmazeutischen Firma “Çetin İlaç Sanayi ve Anonim Şirketi”, sowie des Großunternehmens Deva Holding. Beide Firmen sind beheimatet in der Türkei und beweisen erneut die Zusammenarbeit dieser mit dem IS. Die Bündniskräfte des Minbicer Militärrats konnten zudem den Wohnort des libanesischen Emirs Emir İsa einnehmen. Dort wurden große Mengen militärischer Ausrüstung, darunter auch Thermalvisiere und Unmengen an IS Munition aufgefunden und ebenfalls beschlagnahmt.
Ein Kämpfer der Minbicer Befreiungskräfte, Saleh Muhammed erklärte: “Wie viele hier wissen, bedarf es um den Titel des Emirs zu bekommen, dass diejenige Person mindestens 7 Menschen enthaupten muss.

(ANF, 24.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad
jW	junge Welt

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 776
15. Juli 2016

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Irreguläre Truppen bei Militäroperation in Licê

Nach Meldungen der Tageszeitung Cumhuriyet soll die Co-Vorsitzende der Partei der Demokratischen Regionen (DBP), Sebahat Tuncel, auf einer Versammlung der Parteispitze in Amed (Diyarbakır) sich auch zur Militäroperation im Landkreis Licê geäußert haben. Die Operation war begleitet von einer Ausgangssperre. Sie begann am 22. Juni und endete am 3. Juli 2016. Gleich zu Ende der Operation war eine Delegation bestehend aus der Co-Vorsitzenden des DTK Leyla Güven und Abgeordneten der HDP im Gebiet. Erst jetzt werden Vorwürfe bekannt nach dem neben regulären Einheiten (darunter auch Sondereinheiten von Polizei und Militär) auch möglicherweise irreguläre Kräfte zum Einsatz gekommen sein sollen. Ähnliche Vorwürfe sind auch schon im Zusammenhang mit den Militäroperationen in Nisêbîn, Şirnex, Sur und Cizîr aufgekommen. Sebahat Tuncel soll sich wie folgt geäußert haben: „Sie haben Licê bombardiert, die Wälder verbrannt und den Lebensraum der BewohnerInnen zerstört. 34 BewohnerInnen wurden festgenommen. Dann kam eine Truppe. Alle bärtig, mit auf den Armen tätowierten arabischen Schriftzeichen. Sie hatten Benzin dabei und wollten die BewohnerInnen des Dorfes verbrennen. ‚Wir zünden sie an‘, sagten sie. Wenn der anwesende Offizier es ihnen gestattet hätte, sie hätten es getan. Der Offizier habe sein Veto eingelegt, habe erklärte, er habe die Verhaftung bereits gemeldet weshalb nichts zu machen sei. Woraufhin die Angehörigen dieser Truppe, um wen es sich bei ihnen auch gehandelt haben mochte,- die DorfbewohnerInnen bedroht und gesagt habe: ‚Das sind alles Terroristen, wir verbrennen sie alle, wir sind niemandem Rechenschaft schuldig‘. Hätte der Offizier nicht sein Veto eingelegt, wer weiß, vielleicht wären dort 34 Menschen lebendig verbrannt worden.“ Sebahat Tuncel soll ausgeführt haben: „Es soll dort der Name SADAT gefallen sein. Wir wissen, dass Tayyip Erdoğan ihm unterstehende spezielle Einheiten gebildet hat, aber ob es sich bei dieser Truppe um seine gehandelt hat oder ob sie Efkan Ala (Innenminister) unterstellt sind, wissen wir nicht.“ Sebahat Tuncel soll sofortige Aufklärung gefordert haben. *(CH, 9.7., ISKU)*

Geheimdienstzusammenarbeit in Südkurdistan

In Başûr (Südkurdistan/Nordirak) sind höchst brisante Informationen über die Zusammenarbeit zwischen der PDK/KDP (Partiya Demokrata Kurdistanê – Demokratische Partei Kurdistans) und des türkischen Geheimdienstes MİT (Milli İstihbarat Teşkilatı – Nationaler Nachrichtendienst) über verübte und geplante Brandanschläge ans Tageslicht gekommen.

Das kurdische Autonomiegebiet im Nordirak ist eine formal autonome Region unter der Schirmherrschaft der USA, diese willigten ihre Unterstützung im Rahmen der gegenseitigen Unterstützung während der Irak Kriege ein. Südkurdistan lässt sich in drei politische Zonen unterteilen. Das nord-östliche Grenzgebiet, namentlich die Medya Verteidigungsgebiete, sowie das Qandîlgebirge unterliegen der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê – Arbeiterpartei Kurdistans), der Süd-Osten der PUK (Yekêtiy Nîştimaniy Kurdistan – Patriotische Union Kurdistans) und der Nord-Westen der PDK/KDP. Die verschiedenen Strukturen hatten seit jeher Konflikte, wobei sich speziell die PDK/KDP immer wieder als williger Kollaborateur verschiedenster imperialistischer und reaktionärer Mächte (USA, Türkei, Israel, Iran, etc.) gegen die kurdische Freiheitsbewegung formierte.

Vor wenigen Wochen konnten durch den PUK Geheimdienst Zanyari mehrere verdächtige Personen festgesetzt werden, die später aussagten, dass sie eine Spezialausbildung zur Brandstiftung in Trainingscamps erhalten haben, die durch den türkischen MİT in Zusammenarbeit mit dem PDK/KDP Geheimdienst Parastin geführt werden.

Gemeinsame Ausbildungslager

Die primären Ausbildungslager dieser militärischen Spezialeinheiten sind bei Kuştepe nahe Hewlêr und bei Zawita in Duhok. Gerüchte und Vermutungen über solche Ausbildungslager gab es bereits seit Längerem, jedoch stellen die nun gemachten Aussagen über die direkte Zusammenarbeit und Ausbildung des MİT und des Parastin eine belastbare Grundlage dar.

Im Ausbildungslager bei Kuştepe werden die Einheiten in Sabotage, Liquidierung, Entführung, Verhören und Beschattung geschult. Die Ausbildung erfolgt vor allem durch Personen des türkischen MİT und zielt vor allem auf die Entführungen von Mitgliedern der kurdischen Freiheitsbewegung und deren Sympathisanten rund um die PKK ab. Zudem soll das Bündnis zwischen PUK und Gorran sabotiert werden.

Die Bzutinewey Gorran (Bewegung für Wandel) ist noch relativ neu auf der Parteienlandschaft Südkurdistans. Sie setzt sich vor allem aus ehemaligen PDK/KDP und PUK Mitglieder zusammen, die zum einen die massive Korruption, als auch die traditionelle Zweiparteienlandschaft bekämpfen und aufbrechen wollen. Nachdem im vergangenen Jahr Masud Barzanî, der Vorsitzende der PDK/KDP, sowie amtierender Präsident der Autonomie Region trotzt verlorener Wahlen sein Amt nicht freigab und sich bis heute rechtswidrig an der Macht hält, schlossen PUK und Gorran vor einigen Monaten ein Oppositionsbündnis.

Die Ausbildung in Zawita zielt hingegen speziell auf die Führungsebene der PKK ab. Die Einheiten werden vor allem im gezielten Morden ausgebildet. Erst vor Kurzem gab es ein Treffen hochrangiger MİT und Parastin Offiziere in Zawita. Die dort stattgefunden Gespräche handelten vor allem über Einsätze in denen von der PKK genutzten

→

Meldungen:

Türkei blockiert Untersuchung

Die US-Organisation »Human Rights Watch« (HRW) wirft der türkischen Regierung in einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht vor, eine unabhängige Untersuchung der verübten Kriegsverbrechen im Südosten der Türkei zu verhindern. In den vergangenen Monaten seien von staatlichen Stellen massenhaft Menschenrechtsverletzungen begangen worden. Dazu gehörten die extralegale Tötung von Zivilisten, die Vertreibung der Bevölkerung und die umfassende unrechtmäßige Zerstörung von privatem Eigentum. HRW fordert die türkische Regierung in dem Bericht auf, einer unabhängigen Kommission unter Leitung des Hohen Kommissars für Menschenrechte den Zugang zu dem Kriegsgebiet für Nachforschungen zu gewähren.

Laut HRW sei seit dem Ende des Waffenstillstandes im Juli 2015 über 22 Städte und Nachbarschaften der Ausnahmezustand verhängt worden. Die Bewohner durften nur noch mit einer offiziellen Erlaubnis auf die Straße gehen. Davon betroffen waren auch Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Rechtsanwälte. Damit erhielten die Einsatzkräfte einen Freibrief für das Begehen von Kriegsverbrechen. Selbst nach dem Ende der Ausgangssperren und der »Antiterroroperation« wurden Menschenrechtsgruppen wie HRW, Amnesty International und »Ärzte für Menschenrechte« daran gehindert, die verübten Verbrechen zu dokumentieren.

»Die Blockade der türkischen Regierung, die betroffenen Gebiete im Südosten zu besuchen, schürt den Verdacht, dass die Geschehnisse verschleiert werden sollen«, erklärte Emma Sinclair-Webb von HRW. Der Großteil der Toten, der Zerstörung und Vertreibung sei in den neun kurdischen Städten, darunter Cizre, zu verzeichnen. Mehr als 355.000 Menschen wurden vertrieben. Meist suchten sie Schutz innerhalb der eigenen Stadt, in benachbarten Orten oder anderen Regionen in der Türkei.

Mindestens 338 Menschen wurden getötet – die Mehrheit davon Zivilisten. Rechtsanwälte aus Cizre haben in der Zeit zwischen 14. Dezember 2015 und 11. Februar 2016 allein 66 Tote, darunter elf Kinder, gezählt, berichtete HRW. Sie wurden durch Schüsse und Explosionen während der »Antiterroroperation« getötet. *(jW, 14.7., ISKU)*

Sûr und der Widerstand:

Mit den Augen eines Elfjährigen

Und wieder wurde eine „Ausgangssperre“ über Sûr, den Altstadtdistrikt von Amed (türk. Diyarbakır) verhängt, die letzte wurde am 2. Dezember 2015 verordnet, sie hat de facto weiterhin bestand. Obwohl die türkische Regierung im März die militärische Operation und die damit verbundenen „Ausgangssperren“ in Sûr für beendet erklärt hat, herrscht weiterhin Belagerungszustand. Die Brandstiftungen, Zerstörungen und Ermordungen, aber vor allem der Widerstand in Sûr werden im individuellen, wie im kollektiven Gedächtnis erhalten bleiben. Diejenigen, die die jungen Menschen bei ihrem Widerstand im Altstadtviertel gesehen und miterlebt haben und sei es auch nur für eine Stunden, werden dies nie vergessen und an alle weitertragen die sie kennen. Auch die Kinder, Kinder wie der elfjährige F.1, der uns von den den jungen Menschen berichtet, die nun für viele Kinder Helden sind.

F. blieb in Sûr bis die Ausgangssperre ihren 29. Tag erreichte. Er erzählte uns, was er erlebt hat, als die Gräben gezogen und Barrikaden errichtet wurden. Er erzählte: „Zu Beginn kamen die großen Brüder und fingen an Gräben zu graben und Barrikaden zu errichten. Ich wusste anfangs nicht was da sollte. Sie behandelten mich und meine Geschwister sehr gut, dann wurde die erste Ausgangssperre verordnet. Die türkischen Nachrichten sagten, sie wären „Terroristen“, aber sie haben weder uns, noch sonst wem im Viertel etwas getan. Nachdem ich diese Nachrichten gesehen habe, bin ich zu ihnen gegangen und habe ihnen geholfen. Wir redeten miteinander und ich half ihnen die Gräben zu graben und die Barrikaden zu bauen, auch wenn sie mir es manchmal nicht erlaubten. Ich bin jeden Tag bis tief in die Nacht, manchmal bis 3:00 Uhr morgens bei ihnen geblieben. Und nicht nur ich, sondern auch meine Geschwister und die anderen Kinder aus dem Viertel, dann haben wir miteinander gelacht und sie haben uns Witze erzählt“.

F. betonte, dass die „großen Geschwister“ der YPS-Jin (Yekîneyên Parastina Sivîl-Jin – Zivile Frauenverteidigungseinheiten) und YPS (Yekîneyên Parastina Sivîl – Zivilen Verteidigungseinheiten) ihnen bei allen Problemen halfen. Seine Mutter ließ ihn während der Gefechte nicht aus dem Haus, in dieser Zeit machte er sich am meisten Sorgen um seine Freund*innen. Zwei von ihnen waren ganz in der Nähe seinen Zuhauses, Andok und Zozan. F. sagte: „Ich habe sie beide sehr gemocht. Sie haben mich und meine Mutter mehr als nur einmal gerettet. Die Soldaten nennen sie „Terroristen“, aber es waren die Soldaten die mit ihren Waffen auf uns zielten. Die Beiden haben uns vor den Soldaten gerettet. Die Soldaten haben immer wieder auf uns geschossen, wenn wir versuchten das Haus zu verlassen, um Brot und Wasser zu besorgen. Meine Eltern sagten: „Wir gehen hier nicht weg, auch wenn wir hier sterben“. Ich habe ihnen darauf gesagt, dass ich nicht gehen würde, selbst wenn sie gingen. Die Menschen die ich liebe waren schließlich dort, vor allem Andok. Ich will werden wie er. Ich blieb auch während der Gefechte, ich habe gesehen was die Soldaten und Polizisten getan haben“.

F. fragte uns: „Kennt ihr das, wenn ihr die Explosion einer Bombe hört und ihr euch fragt wer dabei getötet wurde?“. F. Ist elf Jahre alt, er ist während des gesamten Gespräches ruhig und gefasst. Er wurde Zeuge als die zwölfjährige Helin Şen getötet wurde. „Sie drangen mit Gewalt in die Häuser der Menschen ein und bedrohten sie. Ich stand nahe der Wand direkt gegenüber von Helin, als sie von der Polizei getötet wurde. Ihre Familie wartete auf sie, sie sollte nur kurz Brot besorgen. Sie hatte große Angst zur Bäckerei zu laufen, um Brot zu besorgen. Dann schossen sie aus einem gepanzerten Wagen auf sie. Sie fiel auf den Boden. Dann fingen die Menschen im Viertel an Krach zu machen, sie schlugen auf die Rollläden. Sie holten ihre Leiche. Nachdem ich sah wie Helin starb, wollte ich schnell zu Andok, denn wenn wir bei ihnen waren gab es keine Kämpfe“.

Nun wartet F. darauf in sein Zuhause zurückkehren zu können. Er erzählte: „Ich sagte allen, dass ich nicht weggehen werde, ich werde sie nicht alleine lassen. Aber dann stürmte die Polizei auch unser Haus, meine Mutter war schwanger, meinen Vater schlugen sie. Wir mussten gehen, bei meiner Mutter setzten die Wehen ein. Mein Vater versprach mir, dass wir zurükkkehren werden. Im Februar gingen wir, überall lag Schnee. Jeden Tag lief ich nach Sûr. Sie waren dort um uns zu beschützen und wann immer ich an sie dachte, dass sie dort weiter kämpfen, war ich glücklich. Aber es heißt all die jungen Menschen seien nach und nach getötet worden. Ich redete mit meiner Mutter darüber und sagte ihr, dass ich mich ihnen anschließen werde. Meine Mutter sagte mir, ich wäre zu klein. Dann warte ich eben, ich werde sie nicht vergessen. Ich werde mit meiner Familie zurückkehren und ich werde dort wieder leben“. *(JINHA, 9.7., ISKU)*

Bahoz Erdal: Bin im Dienst…

In einem kurzen telefonischen Interview mit dem Südkurdistan-Korrespondenten von Al Jazeera Ahmet Zawiti sagte HPG-Kommandeur Dr. Bahoz Erdal, die Meldungen über ihn seien "Lügen der türkischen Kriegsmedien". Bahoz Erdal sagte, solche Geschichten würden regelmäßig verbreitet und auch die letzte Meldung [über seinen angeblichen Tod] seine eine Lüge, da er am Leben sei und seine Pflicht erfülle (…)

Was war geschehen? Die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu (AA) hatte gemeldet, dass Dr. Bahoz Erdal letzte Woche in Rojava ums Leben gekommen sei. Die HPG beantwortete dies umgehend und betonte, dass Bahoz Erdal in Kurdistan seine Pflicht erfülle.

(ANF, 13.7., ISKU)

Marsch für den Frieden beginnt mit Festnahmen

Am Morgen des 7. Juli haben 3 Friedensaktivisten einen Marsch für den Frieden begonnen. Der Marsch begann im Kreis Beykoz von Istanbul soll in Şemzinan (Şemdinli), einem Landkreis von Colemêrg (Hakkari) enden. Bei den drei Friedensaktivisten handelt es sich um Vedat Çamlı, Mustafa Aksoy und Resul Kalyoncu . Allerdings stieß ihr Marsch bereits nach den ersten Metern auf staatliche Hürden. Die Polizei erklärte ihnen, dass ihr Marsch „für Provokationen offen“ wäre, deshalb sei er nicht gestattet.

Nachdem sie sich jedoch nicht beirren ließen und forderten den Gouverneur sprechen zu wollen, wurden sie verhaftet. Als sie Stunden später wieder auf freien Fuß gesetzt wurden gaben sie noch vor der Polizeiwache eine kurze Erklärung ab in der sie sagten: „Der Tag heute ist der Tag des Aufstehens“ und luden alle zum Marsch für den Frieden ein. Danach setzten sie ihren gerade erst begonnen Marsch fort. *(ANF, 7.7., ISKU)*

→Geheimdienstzusammenarbeit...

Gebiete Garê, Metina und Qandîl.

Gemeinsam geplante Brandanschläge

Aus den Aussagen geht hervor, dass sowohl die Brandanschläge auf die PDK/KDP Büros in Silêmanî, Helebce, Ranye und Hewlêr, als auch der Brandanschlag auf das Gebäude des TV Senders Rûdaw in Hewlêr von diesen Ausbildungslagern ausgingen. PDK/KDP Organe beschuldigten damals frühzeitig die Gorran als Täter, die Aussagen stärken jedoch die Vermutung, dass die geplanten Anschläge als Sabotage gegen das Oppositionsbündnis von PUK und Gorran abzielten.Die Festgenommenen gaben zu zur PDK/KDP zu gehören und zusammen von MIT und Parastin für diese Einsätze ausgebildet worden zu sein. Dies wird auch durch die Aussagen einiger Polizeibeamter in Hewlêr unterstützt, die die Täter des Anschlags auf den Fernsehsender als PDK/KDP Mitglieder identifizierten.

Sie planen eine Säuberung und beschuldigen die KDP

Zentraler Bestandteil der aktuellen PDK/KDP Taktik ist die massive Anti-Propaganda gegen die kurdische Freiheitsbewegung im Gesamten und gegen die Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava im Speziellen. In letzter Zeit wird vor allem die Behauptung gestreut, dass in Rojava eine Struktur ähnlich der TAK (Teyrêbazên Azadîya Kurdistan – Freiheitsfalken Kurdistans) in der Türkei gegründet werden soll, diese soll dann angeblich Entführungen, Sabotage und Liquidierungen an PDK/KDP Funktionären durchführen. Damit zielt die PDK/KDP vor allem auf die Diffamierung und Zerschlagung von Tev Dem ab, der die stärkste Instanz der Selbstermächtigung und -verwaltung in Rojava darstellt und somit gleichzeitig den stärksten gegener der Machtausbreitung durch die PDK/ KDP.

Die jetzige Taktik der PDK/KDP und die speziellen Ausbildung lassen darauf schließen, dass zukünftig auch zentrale Personen des ENKS ins Fadenkreuz geraten könnten und dass dann die Strukturen rund um Masud Barzanî erneut Selbstverteidigungsstrukturen wie die YPG dafür verantwortlich machen.

(ANF, 7.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CH	Cumhuriyet
jW	junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 777
22. Juli 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Erklärung der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) zum Putschversuch in der Türkei

Keine der Konfliktparteien verteidigt die Demokratie

Mit einer Erklärung hat die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) die Ereignisse in der Türkei rund um den Putschversuch bewertet. Die KCK macht in ihrer Erklärung deutlich, dass es sich bei den Ereignissen nicht um einen Machtkampf zwischen Demokraten und Putschisten handelt. Vielmehr habe eine Militärclique den Putsch gegen eine andere Militärclique geprobt. Die AKP werde nun im Nachgang zu den Ereignissen versuchen, politischen Profit aus dem Putschversuch zu erzielen und sich zur Hüterin der Demokratie stilisieren. Dabei habe Erdoğan und seine AKP selbst nach den Wahlen vom 7. Juni 2015 gemeinsam mit der faschistischen MHP und dem Militär gegen den Willen der Bevölkerung geputscht.
Die vollständige Erklärung der KCK lautet wie folgt:

Keine der Parteien verteidigt die Demokratie
Egal welche inländischen oder ausländischen Mächte in diesen Vorfall verwickelt sein mögen, und egal aus welchen Gründen dieser Machtkampf geführt wird, es geht bei den Ereignissen vom Freitag nicht darum, dass eine der beiden Seiten die Demokratie gegen die andere Seite zu verteidigen versucht. Im Gegenteil, die Ereignisse stellen unter Beweis, dass in der Türkei keine Demokratie herrscht. In Ländern, in denen Machtkämpfe dieser Art geführt werden und eine der Parteien versucht, auf diese Weise die Macht an sich bringen, sind keine Demokratien. In Ländern wie diesen wird eine autoritäre Macht eine andere autoritäre Macht versuchen, mit einem Putsch vom Thron zu stoßen, sobald sie die Bedingungen hierfür als geeignet betrachtet. Was in der Türkei gestern passiert ist, ist genau dies.
Der Putsch Erdoğans gegen den Willen der Bevölkerung
Vor genau einem Jahr hatte Tayyip Erdoğan und seine Palast-Gladio die MHP, alle faschistischen Kräfte und die Ergenekon-Bande des Militärs an seiner Seite versammelt, um gegen die Wahlergebnisse des 7. Junis [2015] zu putschen. Es fand ein Putsch des Präsidentenpalasts gegen den Willen des Volkes statt. Bereits in der Vergangenheit wurde in der Türkei geputscht, wenn die Demokratiekräfte ein wenig an Kraft gewannen und die KurdInnen begannen, sich selbst zu organisieren. Aus denselben Gründen putsche der Präsidentenpalast auch infolge der Wahlen vom 7. Juni. Der AKP-Faschismus hat Bündnisse mit allen faschistischen Kräften im Land und dem Generalstab geschmiedet, um die Kurdische Freiheitsbewegung und die Demokratiekräfte im Land zu ersticken. Das Militär wurde in die kurdischen Städten und Bezirke entsandt, um diese niederzubrennen und hunderte Zivilisten zu ermorden. Um die Verbrechen des Militärs zu decken, wurden neue Gesetze erlassen. Aufgrund dieser Situation werteten Intellektuelle und die Demokratiekräften im Land die AKP als eine Regierung, welche die Vormundschaft des Militärs im Staat legalisiert und legitimiert.
So hatte das Militär auch vor dem gestrigen Putschversuch ihre Machtposition im Staate gefestigt. Die Vorfälle des gestrigen Abends sind von daher als ein Putschversuche einer militärischen Clique im Staat gegen eine andere militärische Clique zu werten. Das ist letztlich auch der Grund dafür, dass Kräfte im Staat, die zuvor einen Putsch des Militärs gegen die AKP sich gewünscht hatten, die neuerliche Vormundschaft des Militärs durch die Regierungspartei akzeptiert und sich an die Seite der AKP stellten. Der beste Beweis dafür, dass es sich um keinen Machtkampf zwischen

→

Minbic: Befreite Orte werden von Minen gesäubert

Die Operation zur Befreiung von Minbic startete am 1. Juni und erreichte am Donnerstag ihren 50. Tag. Daesh, der sogenannte Islamische Staat zieht sich immer weiter in Zentrum von Minbic Stadt zurück und auch die Zahl der befreiten umliegenden Dörfer wächst täglich.
Während die Gefecht und damit die baldige Befreiung Minbic immer näher rückt, gehen die Aufräum- und Säuberungsarbeiten in den bereits befreiten Orten zügig voran. Daesh, der IS hat Unmengen an Minen und Sprengfallen auf seinem Rükkzug platziert und zurückgelassen. Spezialeinheiten des Minbicer Militärrats, der die Befreiungsoperation leitet, haben damit begonnen die Sprengsätze und Minen Stück für Stück zu entschärfen oder kontrolliert zu sprengen.
Immer wieder versucht der IS mit Selbstmordattentätern in mit Bomben bestückten Autos den stetigen Rückzug zu bremsen, dafür rasen die Attentäter mit den Autos in Checkpoints oder Gebäude und Strukturen im bereits befreiten Gebiet und versuchen so Terror und Angst zu verbreiten.

Agir Şervan im Kampf um die Befreiung von Minbic gefallen
Die YPG hat den Tod einer ihrer internationalistischen Kämpfer bekannt gegeben. Am 14. Juli verlor der aus Nevada stammende Amerikaner Levi Jonathan Shirley (Agir Şervan) im Kampf um Minbic sein Leben. Levi Jonathan Shirley hatte sich im Februar 2015 der YPG angeschlossen. Er nahm im letzten Jahr an der Rubar Qamişlo genannten Operation teil und kehrte nach der Befreiung des Berges Kezwan in seine Heimat zurück. Im Januar 2016 kam er erneut nach Rojava und nahm an Verteidigungseinheiten in den Kantonen Cizir und Kobanê teil. Zuletzt nahm Levi Jonathan Shirley an der Operation Şehit Komutan Ebu Leyla teil wo er an der Front von Minbic kämpfte. Dort verlor er am 14. Juli sein Leben. Die YPG drückt der Familie ihr Beileid aus.

(ANF, 21.7., ISKU)

Meldungen:

Ausnahmezustand in der Türkei ausgerufen
In der Türkei ist Ausnahmezustand (OHAL) ausgerufen worden. Am Mittwoch ist der Nationale Sicherheitsrat (MGK) unter Führung von Staatspräsident Erdoğan zusammen getreten und hat eine dem entsprechende Empfehlung verabschiedet. Auf der anschließenden Ministerratssitzung wurde die Empfehlung des MGK angenommen und verkündet. Der OHAL ist für eine Dauer von drei Monaten vorgesehen. Er gilt in der ganzen Türkei.
Im Namen der HDP verurteilte ihr Sprecher Ayhan Bilgin die Verhängung des Ausnahmezustands und erklärte: „Wenn der Putsch erfolgreich gewesen wäre, wäre ebenfalls der Ausnahmezustand ausgerufen worden. Die AKP, die bisher die Welt mit blumigen Worten manipuliert wie „der Putsch ist niedergeschlagen, die Demokratie beschützt worden“, macht jetzt mit Verhängung des Ausnahmezustands auch nichts anderes als das was sowieso passiert wäre. In einem Teil des Landes hat ohnehin lange Zeit der Ausnahmezustand geherrscht. Die Regierung die sich damit brüstete, dass sie den Ausnahmezustand einst aufgehoben hat, hat ihn jetzt mit eigener Hand wieder eingeführt."
(Mi/ANF, 21.7., ISKU)

Reggio Emilia: Vierte italienische Stadt ernennt Abdullah Öcalan zum Ehrenbürger
Die italienische Stadt Reggio Emilia hat am Dienstag Abdullah Öcalan die Ehrenbürgerschaft verliehen. Honoriert wurde vor allem, dass Öcalan im Kampf der KurdInnen um die Anerkennung ihrer nationalen und kulturellen Rechte innerhalb der Türkei eine politische Lösung anstrebt.
Die Stadt Reggio Emilia war während des 2. Weltkrieges Zentrum der gegen den Faschismus kämpfenden Partisanen. 500 Partisanen verloren im Laufe der Kämpfe damals ihr Leben, die Stadt selbst wurde fast gänzlich zerstört und die Einwohner zwangsvertrieben.
Reggio Emilia ist die vierte Stadt in Italien – nach Palermo, Napolie und Palagonia –, die Abdullah Öcalan die Ehrenbürgerschaft verliehen hat. In der Erklärung der Stadt hieß es dazu weiter: „Die Ereignisse der letzten Tage in der Türkei machen noch einmal deutlich, wie wichtig die Verleihung der Ehrenbürgerwürde ist.“

Essa Moosa: Die Isolation Öcalans ist schlimmer als die von Mandela

Im südkurdischen Silêmanî (Sulaimaniyya) wurde am Dienstag eine dreitägige Konferenz unter dem Titel „Freiheit und Stabilität im Mittleren Osten durch die Ideen Abdullah Öcalans“ eröffnet. An der Konferenz nehmen unter anderem Mandelas Rechtsanwalt Essa Mossa, Öcalans Anwalt Ibrahi Bilmez, die Repräsentantin der Jineologie-Akademie Rojavas Zozan Sima, so wie viele weitere teil.
Die Konferenz begann mit einem Vortrag unter dem Titel „Hintergründe zum internationalen Komplott gegen Abdullah Öcalan“. Darauf folgte ein Panel zur „Isolation gegen Öcalan und das İmralı System”, moderiert durch Aysel Tuğluk.

Tuğluk: İmralı-System muss abgeschafft werden
Aysel Tuğluk, die ebenfalls Anwältin für Abdullah Öcalan ist, erklärte, dass İmralı ein Ort ist, an dem eine ganz bestimmt Praxis stattfindet, die ein System der Folter beinhaltet. Dieses System widerspricht jeglichem nationalen, wie internationalem Recht und wir erst seit der Entführung Öcalans auf die Gefängnisinsel angewandt.
Tuğluk betonte, dass nunmehr seit über einem Jahr weder ein Besuch, noch irgendein anderer Kontakt mit Öcalan stattfinden kann und es weiterhin keine Informationen über seinen Gesundheitszustand gibt. Sie erklärte, dass es nicht einfach Öcalan ist, der in Isolation gehalten wird, sondern der Wille des kurdischen Volkes. „Das İmralı-System muss abgeschafft werden.“, so Tuğluk, die am Ende noch einmal betonte, dass die Forderung der Freiheit Öcalans eine gewissenhafte und moralische Pflicht ist.
Darauf sprach Rezan Sarıca von der Kanzlei Asrın und sprach über das İmralı-System, dabei stellte er heraus, dass Abdullah Öcalan immer wieder „größte Anstrengungen“ unternommen hat, um eine demokratische Lösung zu finden, in einer Situation ständig steigenden Drucks, der totalen Isolation im Gefängnis, der Einzelhaft, der willkürlichen Praxis, physischer Angriffe, Drohungen und psychologischem Drucks.
Sarıca bemerkte, dass die Rechtsanwält*innen Öcalans sämtliche Anstrengungen auf sich genommen haben, um Öcalan in den letzten fünf Jahren besuchen zu dürfen, aber dass sie einem immer größer werdenden Hindernis gegenüberstehen, da sich die Isolation Öcalans nun auf die kurdischen Städte ausstreckt. Er fügte hinzu, dass sie nun „verschiedenen Methoden der Putschdynamik“ gegenüberstehen.
Sarıca warnte davor, dass es keine Rückkehr zu einem demokratischen Lösungsprozess geben wird, wenn die zichfachen Angriffe des Staates weiter geführt werden und mit einem all umfassenden Widerstand beantwortet werden müssen.

Moosa: Die Isolation Öcalans ist schlimmer als die von Mandela
Danach sprach der Rechtsanwalt Nelson Mandelas, aktives Mitglied der internationalen Friedens- und Versöhnungsinitiative Essa Mossa.
Moosa betonte die Ähnlichkeiten zwischen dem Kampf von Nelson Mandela und Abdullah Öcalan und bemerkte, dass die Isolation Öcalans noch weitaus schlimmer ist, als die, die Nelson Mandel auferlegt wurde, da dieser zumindest weitere politische Gefangene um sich hatte. Er stellte fest, dass die Isolation auf İmralı gegen jegliches internationales Recht verstoße.
Mossa sprach auch über sein erstes Treffen mit Öcalan, als sie über den kurdischen Freiheitskampf redeten, kurz bevor Öcalan in die Gefangenschaft verschleppt wurde.

(ANF, 19.7., ISKU)

→Keine der Konfliktparteien...

Demokraten und Putschisten handelt, ist die Tatsache, dass chauvinistisch-nationalistische Kreise wie die MHP sich an die Seite der Palast-Gladio gestellt haben.

Erdoğan wird versuchen sich als Hüter der Demokratie zu präsentieren
Nach dem gestrigen Putschversuch nun Tayyip Erdoğan, die Palast-Gladio und die faschistische AKP-Regierung als eine demokratisch legitimierte Regierung darzustellen, wäre deshalb nicht nur falsch, sondern auch äußerst gefährlich. Einen Machtkampf zwischen autoritären, despotischen und demokratiefeindlichen Kräften so zu bewerten, als handele es hierbei um den Kampf einer anti-demokratischen und einer demokratischen Konfliktpartei, käme der Legitimierung der vorherrschenden faschistischen und despotischen Regierung gleich.
In der Türkei gibt es weder eine zivile Regierung, noch herrscht ein Machtkampf zwischen “Demokraten” und Putschisten. Es wird lediglich ein Kampf darum geführt, wer dem herrschenden demokratie- und kurdenfeindlichen System vorstehen soll. Aus diesem Grund kann nicht die Rede davon sein, dass die Demokratiekräfte sich an die Seite einer dieser beiden Konfliktparteien stellt.

Der eigentliche Putsch gegen die Demokratie
Wenn die Rede von einem Putsch gegen die Demokratie ist, dann ist es zu allererst die faschistische AKP-Regierung, die diesen Putsch vollzogen hat. Den größten Putsch gegen die Demokratie stellen die Kontrollübernahme der Regierung über die Justiz, die Durchsetzung faschistischer Gesetze auf Grundlage der Mehrheit im Parlament, die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten, die Festnahmen und Absetzungen von demokratisch gewählten BürgermeisterInnen, sowie die Inhaftierungen tausender PolitikerInnen der HDP und DBP dar. Hinzu kommt, dass in Kurdistan gegen die Bevölkerung derzeit eine Vernichtungskampagne geführt wird, wie sie bei keinem der Militärputsche in der Türkei stattgefunden hat.
Es ist die Kriegsregierung der AKP, welche die Türkei in dieses Chaos der Auseinandersetzungen geführt hat. Mit seinem monistischen, hegemonialen und antidemokratischen Charakter sorgt die Regierung dafür, dass das Chaos im Land fortbesteht. Mit seinem ständigen Kampf gegen alle, die nicht dem eigenen Kurs folgen, und das sind zuallererst die KurdInnen und die DemokratInnen, hat die AKP dafür gesorgt, dass der Krieg zu einem Dauerzustand im Land geworden ist.
Der jüngste Putschversuch hat unter Beweis gestellt, dass die Türkei von der faschistischen AKP-Regierung befreit und zu einer demokratischen Regierung geführt werden muss. Die Befreiung der Türkei von einer monistischen, hegemonialen und faschistischen Regierung und die Demokratisierung des Landes drängt mehr denn je.

Das Gesicht der AKP enttarnen
Die wichtigste Aufgabe der Demokratiekräfte nach den gestrigen Ereignissen ist es, die Versuche der faschistischen AKP-Regierung ihr Gesicht unter dem Deckmantel der Demokratie zu verschleiern und sich so Legitimität zu verschaffen, zu enttarnen und auf diesem Wege ein wirkliches Demokratiebündnis auf die Beine zu stellen. Infolge dieses Putschversuches darf es nicht dazu kommen, dass der Kampf gegen den AKP-Faschismus vernachlässigt wird. Im Gegenteil, dieser Kampf muss gestärkt werden, um die Türkei aus diesem Chaos herauszuführen und eine demokratische Türkei zu erschaffen.

(CA/ANF, 16.7., ISKU)

Unterdessen sind die KurdInnen selbst mehr als besorgt. Seit mehr als 15 Monaten gibt es keinen Kontakt mehr zu Abdullah Öcalan. Idris Baluken, Abgeordneter der HDP forderte die Regierung auf, einen Besuch der Familie oder seiner Anwälte bei Abdullah Öcalan zuzulassen, um Gewissheit darüber zu erlangen, in wie weit die Ereignisse in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli Auswirkungen auf die Situation auf Imrali hatte. Er machte deutlich, dass eine bloße Erklärung nicht ausreiche, die berechtigte Sorge des Volkes aus dem Weg zu räumen. Immerhin gab es in den letzten Tagen Meldungen nach denen auch Abdullah Öcalan Ziel in den Plänen der Militärs gewesen sein soll.

(YÖP, 20.7., ISKU)

111 IS Kämpfer in Minbic getötet
Während der Kessel um die schwer umkämpfe Stadt Minbic immer größer wird und sich die Kämpfer des IS immer tiefer ins Innere der Stadt zurückziehen müssen, versuchten sie am Dienstag einen verzweifelten letzten Versuch, die Befreiung der Stadt doch noch zu verhindern.
In den frühen Morgenstunden rückten Kämpfer des IS von drei Seiten aus vor: im Norden auf den Fluss Sacûr, im Süden auf die Dörfer Qera El-Kebîra, Qera El-Zixîra und Oseclî Tok El-Xelî und im Westen auf das Dorf Um Edese.
Die Einheiten des Minbicer Militärrats reagierten unverzüglich auf den Angriff und schlugen die Angreifer an sämtlichen Fronten zurück. Bei den heftigen Gefechten kamen rund 111 IS Kämpfer ums Leben, außerdem konnte einen Panzer zerstört und eine größere Menge Munition sichergestellt werden.
Unterstützung erhielten die Einheiten des Minbicer Militärrats dabei auch von der Internationalen Koalition, die mehre Positionen des IS bombardierte.

(ANF, 19.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
CA	Civaka Azad
Mi	Milliyet

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 778
29. Juli 2016

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Für Frieden und Demokratie

NGOs und Parteien sind in Ankara zusammen gekommen und haben eine gemeinsame Erklärung gegen den Putsch und den Ausnahmezustand formuliert. Anwesend waren Vertreter von KESK, DİSK, der HDP, der ÖDP, der EMEP, der EHP, der DBP, von Devrimci Parti, ESP, SYKP, Halkın Türkiye Komunist Partisi, von der YSGP, der HDK, so wie von Haziran Hareketi Halkevleri, İHD, THİV, die als Dachverband der Alevitischen Gemeinschaft gehandelte Alevi Bektaşi Federasyonu, die Hacı Bektaş-ı Veli Vakfı, Pir Sultan Abdal Kültür Dernekleri und Demokratik Alevi Dernekleri.
Die NGOs und Parteien einigten sich auf eine Erklärung. Sie wurde vom Vorsitzenden der Gewerkschaft DISK, Kani Beko, verlesen. Mit der Verurteilung des Putschversuchs vom 15. Juli wandten sich die genannten Organisationen und Parteien scharf gegen jegliche Art von Putsch und Putschversuchen, aber auch gegen die Ausrufung des Ausnahmezustands, und stellten ihre dringenden Forderungen dar. In ihrer Erklärung heißt es dazu:
„Die AKP verteidigt nicht die Demokratie und die grundlegenden Menschenrechte gegen den Putschversuch. Ganz im Gegenteil verteidigt sie nach Art und Manier der Putschisten die Todesstrafe, legitimiert Folter und übergeht das Parlament. Ganz offensichtlich wird mit der Ausrufung des Ausnahmezustands (OHAL) durch den Ministerrat ein ziviler Putsch zur Umsetzung und Konstituierung des Präsidialsystems unter dem Namen des ‚Obersten Kommandanten' vollzogen. Mit dem OHAL wird das Parlament vollständig entmachtet, Rechte ausgesetzt. Alle Befugnisse und jegliche Beschlussfassung sind mittels Deklaration mit Gesetzeskraft dem Staatspräsidenten überantwortet worden. Zum Schluss ist dann auch noch erklärt worden, dass die entsprechend der (türkischen) Verfassung Paragraph 15 Absatz 2 unter allen Umständen gültigen Grundrechte, die Europäische Charta für Menschenrechte, ausgesetzt ist."
Im Folgenden fordern die genannten Organisationen die AKP zu einer „sofortigen Abkehr des eingeschlagen Weges" auf und fordern eine „freiheitliche und pluralistische Demokratie" ein sowie die Einhaltung der Menschenrechte.

Die gemeinsamen Forderungen aller Beteiligten wurden wie folgt dargelegt:
- Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands
- Überantwortung der Putschisten an die Gerichte. Gerichtsverfahren unter Beachtung allgemein gültiger Rechtsnormen und Beachtung der Menschenrechte. Das Verbot der Folter ist allgemein. Es ist einzuhalten.
- Untersuchung der Vorwürfe von Lynchjustiz und der Folter während des Putschgeschehes, zur Rechenschaftziehung der Verantwortlichen.
- Die Todesstrafe ist keine demokratische Forderung. Sie ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Todesstrafe ist im Rahmen eingegangener internationaler Verträge aufgehoben worden. Nichts sollte zu ihrer Wiedereinführung führen.
- Verzicht auf jegliche Maßnahme die die gewerkschaftlichen oder freiheitlichen Rechte wie daß der Versammlung, der Demonstration uä aushebeln.
-Die ohne jegliche juristischen Basis begonnenen Amtsenthebungen im öffentlichen Dienst, in Universitäten, in der Hohen Gerichtsbarkeit belegen, dass die Liquidation der Opposition beschleunigt wurde, die fehlende Transparenz der Maßnahmen führt zur Besorgnis, dass der gesamte öffentliche Dienst ausschließlich mit AKP nahen Personen besetzt wird. Von solchen Schritten ist mit sofortiger Wirkung Abstand zu nehmen, ein Handeln entsprechend den Rechten wird gefordert.
- Gefordert werden Schritte in Richtung Demokratie. Alle dahin gehenden Schritte, sowie die Verabschiedung von Gesetzen, sollten unter Einbeziehung des Parlaments und aller Teile der Gesellschaft erfolgen. Auf Deklarationen mit Gesetzeskraft ist zu verzichten.
- eine Beendigung der im Rahmen der in Syrien betriebenen Kriegspolitik geschlossenen Beziehungen zu dschihadistischen Organisationen
- Ergreifung vom Maßnahmen zum Schutz vor Provokationen, vor allem auch zum Schutz der Aleviten vor Übergriffen durch jene, die sich auf den Straßen im Rahmen der sogenannten „Wachen für die Demokratie" versammelt haben
- Sofortige Schritte für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage und eine Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen aufgrund des (ungelösten Konflikts)

Die Organisationen erklären:
„Wir werden, unter welchen Bedingungen auch immer, an unseren aufgestellten Forderungen festhalten und unseren Kampf dafür fortführen. Wir werden fortfahren Arbeitsrechte, Säkularität, wahre Demokratie und den Frieden zu verteidigen.
(ANF, 23.7., ISKU)

IS Terror in Rojava – Mindestens 55 Tote bei Anschlag in Qamişlo

Bei einem feigen Terroraschlag des Islamischen Staates (IS) in der Stadt Qamişlo sind am Morgen des 27. Juli mindestens 55 Menschen ums Leben gekommen und mehr als 165 weitere Personen verletzt worden. Der Anschlag ereignete sich in einem belebten Viertel der Stadt, wo Mitglieder des IS einen mit Sprengstoff beladenen Lastwagen in die Luft jagten. Viele der Opfer verstarben unter dem Schutt der durch die Wucht der Detonation zerstörten Häuser und Gebäude in der Umgebung des Explosionsortes.
Der aktuellste Terroranschlag des IS ist zugleich auch ein Eingeständnis seiner Verzweiflung und seines Niedergangs. Denn seit der Befreiung der Stadt Kobanê vom IS im Februar 2015 haben die Verteidigungseinheiten Rojavas kontinuierlich Gebiete im Norden Syriens von der Terrororganisation befreit. Während der IS zuvor im Irak wie in Mossul vielerorts die irakische Armee überrannt und in Syrien zahlreiche Gebiete anderer oppositioneller Gruppen problemlos okkupiert hat, ist die Organisation gegen die Einheiten der YPG (Volksverteidigungseinheiten) und YPJ (Frauenverteidigungseinheiten) aus Rojava (West-Kurdistan/Nord-Syrien) an ihre Grenzen gestoßen. Mit der Unterstützung der Anti-IS-Koalition haben die Kräfte Rojavas Stück für Stück weitere Gebiete im Norden Syriens vom IS bereinigt und die lokale Bevöl-

→

Meldungen:

Aktionen der Guerilla in Bakur
Das Pressezentrum der kurdischen Volksverteidigungskräfte (HPG – Hêzên Parastina Gel) veröffentlichte eine Mitteilung über aktuelle Aktionen der Guerilla.
Am 22. Juli errichtete eine 22-köpfige Guerillaeinheit einen Kontrollposten auf der Verbindungsstraße zwischen Dêrsim und Erzingan (türk. Erzincan). Im Verlauf des Tages kontrollierten die Guerillakräfte passierende Personen, deren Personalien und informierten diese über den Grund der Kontrolle, sowie die aktuellen Entwicklungen. Während der Kontrollen wurden 6 staatliche Fahrzeuge beschlagnahmt und in Brandt gesetzt. Obwohl das türkische Militär das umliegende Gebiet ab ca. 21:00 Uhr unter Beschuss nahm, bleibt der Kontrollpunkt bis auf weiteres bestehen.
Auch auf der Verbindungsstraße zwischen Sêrt (türk. Siirt) und Wan (türk. Van) errichtete die Guerilla am Abend des 22. Juli einen vergleichbaren Kontrollpunkt. Hier kam es nach bisherigen Erkenntnissen zu keinerlei Zwischenfällen.
Ebenfalls am 22. Juli führte die Guerilla im zur Provinz Wan gehörenden Landkreis Gürpınar eine Aktion gegen den Şamanıs Außenposten des türkischen Militärs durch, bei der ein Soldat getötet wurde.
Am 21. Juli zerstörten Guerillakräfte einen Sendemast des türkischen Mobilfunkanbieters AVEA nahe der Dörfer Erenzê und Bacini, sowie des Berges Gabar in Şırnex (türk. Şırnak).
Am folgenden Tag, dem 22. Juli bombardierte das türkische Militär mit Mörsern und Artillerie großflächig das Gebiet Çiyayê Bızına ebenfalls nahe des Berges Gabar.
Auch in den südkurdischen Medya Verteidigungsgebieten bombardierte die türkische Luftwaffe erneut das Dorf Zengil. Durch die Bombardierung wurden vor allem die Felder und Obstgärten der Ortschaft zerstört.
Die HPG gab zudem bekannt, dass ein Guerillakämpfer am 20. Juli bei Gefechten mit dem türkischen Militär auf der Verbindungsstraße zwischen Sêrt und Şirnex ums Leben kam.
(ANF, 23.7., ISKU)

Nisêbîn: Ausgangssperre hält weiter an
In Nisêbîn (Nusaybin), einer Kleinstadt der Provinz Mêrdîn (Mardin), ist die Ausgangssperre

Wir fordern den umgehenden Kontakt zu Abdullah Öcalan

Der Putschversuch in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli von Teilen des türkischen Militärs ist die direkte Folge der antidemokratischen Politik des türkischen Staatspräsidenten Erdoğans und seiner AKP. Entgegen aller Behauptungen der türkischen Regierungspartei, dass allein ein Präsidialsystem in der Türkei für Stabilität im Lande sorgen könne, ist die angestrebte alleinige Machtstellung Erdoğans Ursprung und Quelle von Instabilität, Machtkämpfen innerhalb der Eliten des türkischen Staates und fortdauernder Auseinandersetzungen. (...)

Als zwischen 2013 und 2015 der türkische Staat und die HDP Gespräche mit dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali führten, warnte dieser unzählige Male die türkische Regierung vor einer Putschgefahr in der Türkei. Zur Bannung dieser Gefahr seien die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei die einzigen Garanten. Was damals für viele Kreise als unwahrscheinliches Schreckensszenario und taktisches Kalkül des PKK-Vorsitzenden wirkte, um die AKP am Verhandlungstisch zu binden, hat sich am Abend des 15. Juni als vorausschauende Weitsicht entpuppt. Öcalan analysierte die Machtstrukturen und die dahinterliegenden Interessen im türkischen Staat zutreffender als die Organe des türkischen Staates und warnte Erdoğan davor, dass sein Schicksal bei einem Scheitern des Lösungsprozesses dem Mursis in Ägypten oder Saddam Husseins im Irak gleichen könnte.

Nach den Ereignissen in der Putschnacht ist die kurdische Bevölkerung um den Zustand Abdullah Öcalans besorgt. Da unklar ist, ob die Soldaten auf der Gefängnisinsel Imrali, auf der Öcalan seit 1999 inhaftiert ist, auch zu der Clique der Putschisten gehört, stellt sich die berechtigte Frage, was in jener Nacht auf Imrali geschehen ist. Bislang verweigern die türkischen Behörden jeglichen Besuch bei Öcalan. Dies kann und wird von der kurdischen Bevölkerung nicht geduldet werden.

Abdullah Öcalan ist von kurdischer Seite der einzige legitime Partner für mögliche Friedensverhandlungen mit der Türkei. Sein Schicksal und der Ausweg aus der permanenten Krise in der Türkei sind eng miteinander verknüpft

Aus diesem Grund fordern wir:

- Dass sofort der Zugang der Familienangehörigen und Anwälte Öcalans auf die Gefängnisinsel Imrali ermöglicht wird, sodass mit Bestimmtheit sein Wohlergehen bestätigt werden kann. Die Internationale Gemeinschaft muss Druck auf die Türkei ausüben, dass diese den sofortigen Zugang zu Öcalan ermöglichen.
- Im nächsten Schritt fordern wir die türkische Regierung dazu auf, Friedensgespräche mit Herrn Öcalan aufzunehmen und so den Weg für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage zu ermöglichen. Unabdingbar hierfür ist ein Ende des Imrali-Gefängnissystems, in welchem der PKK-Vorsitzende einer permanenten Totalisolation ausgesetzt ist.
- Letztlich fordern wir die Freiheit von Abdullah Öcalan und aller politischen Gefangenen in der Türkei, was gleichbedeutend mit der Forderung nach einer Lösung der kurdischen Frage und der Demokratisierung der Türkei ist. Nur auf diesem Wege kann die Türkei sich aus ihrem Zustand der Dauerkrise und Instabilität befreien, sowie dafür sorgen, dass Militärputsche nur noch Teil der Geschichte des Landes und nicht Teil ihrer Gegenwart oder möglicherweise Zukunft sind.

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V.

→ IS Terror in Rojava ...

kerung von dem Joch der Terrororganisation befreit. Derzeit setzen die Demokratischen Kräfte Syriens SDF/QSD – ein multiethnischer und multikonfessioneller militärischer Zusammenschluss dem auch die kurdischen Verteidigungseinheiten angehören – den IS in der Stadt Minbic und im Norden Rakkas unter starkem Druck. In die Defensive gedrückt, greift der IS nun erneut verstärkt zu solch abscheulichen Mitteln, wie den jüngsten Anschlag in Qamişlo.

Die Region Rojava ist auch deshalb seit langem ein Angriffsziel des IS, weil das dort gelebte Gesellschaftsmodell im diametralen Gegensatz zum menschenverachtenden Terror-Regime des Islamischen Staates (IS) steht. Denn in Rojava wird ein demokratisches und pluralistisches Gesellschaftskonzept gelebt, dass keine Unterschiede zwischen Volksgruppen sowie Glaubens- und Religionsgemeinschaften macht. Außerdem wird in Rojava derzeit mit den patriarchalen Verhältnissen gebrochen. Die Frauen sind die Vorhut des neuen Gesellschaftskonzepts. Die Vorstellung einer solchen Gesellschaft passt nicht in die menschenverachtende Gedankenwelt des IS und anderer jihadistischer Gruppierungen in Syrien. Unterstützt mit Waffen und der Logistik der Türkei, die ebenfalls mit allen Mitteln gegen die Selbstverwaltung in den Gebieten vorgeht, haben diese Gruppen deshalb seit Beginn der Revolution von Rojava im Jahr 2012 die Region angegriffen. Allerdings hat die Gesellschaft von Rojava mit der Revolution Errungenschaften erzielt, die sie bereit ist unter allen Umständen und gegen jeden Gegner zu verteidigen. Und das tut sie bislang mit großem Erfolg.

Doch die jüngsten Anschläge und Angriffe des IS in Deutschland und Frankreich machen nochmals deutlich, dass der Kampf gegen diese Organisation auch international geführt werden muss. Die EU und die Bundesregierung müssen größeren Druck auf die Staaten ausüben, die weiterhin den Terror dieser Organisation offen oder verdeckt unterstützen. Hierzu gehört auch und vor allem die Türkei, wo Mitglieder des IS weiterhin unbehelligt agieren können.

Außerdem ist es inakzeptabel und in keiner Weise nachvollziehbar und verständlich, dass die Bevölkerung von Rojava und ihre Verteidigungseinheiten derzeit das größte Bollwerk gegen den IS darstellen, ihre Selbstverwaltung allerdings weiterhin keine Anerkennung der internationalen Gemeinschaft genießt. Bislang weigern sich die Vereinten Nationen UN gar Vertreterinnen und Vertreter Rojavas zu den internationalen Gesprächen über einen möglichen Frieden in Syrien einzubinden.

Aus diesem Grund fordern wir:

- Die internationale Anerkennung Rojavas und die Einbindung ihrer VertreterInnen zu allen internationalen Gesprächen für eine diplomatische und friedliche Lösung sowie über die Zukunft Syriens.
- Die Ausweitung des internationalen Drucks auf Staaten wie die Türkei, die islamistischen Organisationen wie den IS in Syrien unterstützen. Wenn nötig müssen auch Sanktionen gegen diese Staaten in Erwägung gezogen werden.
- Die Ausweitung der internationalen Unterstützung für diejenigen bewaffneten Kräfte in Syrien, die an vorderster Front den Kampf gegen den IS führen. Das gilt insbesondere für die Demokratischen Kräfte Syrien SDF/QSD.
- Die Durchbrechung des wirtschaftlichen Embargos gegen die Region Rojava, welches insbesondere von der Türkei aufrecht gehalten wird. Es muss dringend ein humanitärer Korridor nach Rojava geöffnet werden.

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V., Juli 2016

gestern nach 134 Tagen in 10 Stadtteilen teilweise aufgehoben worden. Für die sechs Stadtteile Abdulkadir Paşa, Fırat, Dicle, Yenişehir, Zeynel Abidin und Kışla besteht sie allerding weiter. Das sind die Stadtteile, in denen der Widerstand geführt wurde. Für die anderen Stadtteile gilt die Ausgangssperre „nur noch" zwischen 21.00 und 5.00 Uhr morgens. *(Mi, 26.7., ISKU)*

Minbic: Immer mehr EinwohnerInnen in Sicherheit

Die Operation zur Befreiung von Minbic, die in Gedenken an den gefallenen Kommandanten Faysal Abu Leyla in dessen Namen geführt wird, erreicht heute ihren 56. Tag. Der Vorstoß in das Stadtzentrum ergibt sich äußerst schwierig, da neben den Daesh/IS Einheiten und deren Sprengfallen, sich auch weiterhin viele hunderte ZivilistInnen in den noch umkämpften Vierteln und Straßen befinden. Die EinwohnerInnen suchen vielfach Schutz in den Kellerräumen der Gebäude, daher gehen die Einheiten des Minbicer Militärrats äußerst behutsam und vorsichtig vor, um die Menschen nicht zu gefährden.

Bereits gestern verbreitete sich die Meldung, dass bei der Befreiung des Stadtteils El-Keclî mehr als 60 ZivilistInnen gerettet werden konnten, die seit über 4 Tagen ohne Wasser und Nahrung in einem Gebäude ausharrten. Die befreite Gruppe bestand überwiegend aus Frauen und Kindern und wurde umgehend in die bereits gesicherten Gebiete gebracht, wo sie mit dem Nötigsten versorgt wurden.

Aber auch vor wenigen Stunden wurden weitere 200 Familien aus den Vierteln Al-Neyîm, Al-Keclî und Al-Beta befreit und umgehend evakuiert. Auch sie befinden sich nun in den bereits gesicherten Gebieten und werden versorgt.

Währenddessen gehen die Kämpfe um das Stadtzentrum unvermindert weiter. Der Erfolg der Operation ist nicht mehr fern. *(ANF, 26.7., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
Mi	Milliyet

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 778
5. August 2016

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Wir werden auch in Zukunft unsere Stadt verteidigen, werden an der Selbstverwaltung festhalten

Der Flüchtlingsverein GÖÇ-DER AMED hat seinen Bericht über Nisêbîn (Nusaybin) veröffentlicht. Sein jetzt vorgelegter Bericht fußt auf den dort gesammelten Eindrücken und Gesprächen, die sie mit den dortigen Co-BürgermeisterInnen, Dorfvorstehern und der Bevölkerung führte.

Die in Nisêbîn seit mehr als 3 Monaten anhaltende Ausgangssperre gilt seit dem 25. Juli noch in der Nacht. Die sechs Stadtteile, in denen die Ausgangssperre weiterhin über 24 Stunden anhält, sind durch einen aufgestellten Maschendrahtzaun von den übrigen Vierteln getrennt. Es wurde beobachtet, dass an diesem vermehrt türkische Fahnen angebracht sind. In der Zeit der Ausgangssperre und der militärischen Operation waren 80% der Bevölkerung von Nisêbîn gezwungen worden ihre Stadt zu verlassen. Seit Einschränkung der Ausgangssperre kehren die zurück, die noch einen Platz zum Wohnen vorfinden. BewohnerInnen der weiterhin gesperrten Viertel betonten gegen über GÖÇ-DER, das auch sie in ihre Viertel zurückkehren möchten. GÖÇ-DER hat in seinem Bericht festgehalten, dass alle Stadtteile Schäden durch Artilleriebeschuss aufwiesen. Es spiele dabei auch keine Rolle, ob es in den betreffenden Vierteln Auseinandersetzungen gegeben habe oder nicht. Auf den Mauern beschädigter Häuser und Arbeitsstätten seien häufig Schmierereien mit rassistischen und hasserfülltem Inhalt zu sehen. Neben der Zerstörung von Wohnungen und Häusern wären auch häufig die Zerstörung des in der Wohnung zurückgebliebenen zu beobachten gewesen, oder eben auch das vieles fehlt. In den sechs Stadtteilen, die weiterhin abgeriegelt sind, gibt es Vermisste. Möglicherweise sind sie zu Tode gekommen und liegen noch irgendwo in den Straßen und Häusern im Sperrgebiet.

Ein Interview mit Ayşe Şaman, einer 70-jährigen Frau die zusammen mit ihren Kindern während der Ausgangssperre in Nisêbîn ausgeharrt hat, verdeutlicht die Bedeutung der Tage der Ausgangsspeere. Sie berichtet: „An einem Morgen erwachten wir und sahen, dass wir mit Panzern, Artillerie und schweren Waffen umstellt waren. Die Ausgangssperre war verhängt, wir konnten nicht mehr raus. Ab der Mittagszeit begannen sie, in unsere Häuser einzudringen. Sie wollten die Bevölkerung zwangsweise aus ihren Wohnungen vertreiben. Aber wir wehrten uns, sagten, wir lassen uns nicht vertreiben. Trotz allen Drucks, der auf uns ausgeübt wurde, sind wir geblieben. Die Sicherheitskräfte sind dann in die Wohnungen derer die zwangsvertrieben wurden gegangen und haben deren Besitz geraubt, zerstört und verbrannt. Anschließend begann der große Angriff. Der Angriff begann am Tag der Verhängung der Ausgangssperre um die Mittagszeit. Er war sehr heftig. Er war im Vergleich zu den Ausgangssperren zuvor viel stärker als sonst. Sie setzten von Beginn an Panzer und Artellerie ein."

In den darauf folgenden Wochen habe der Staat viele Verluste verkraften müssen und seine Kräfte daraufhin zurückgezogen. „Eines Tages sahen wir, dass sie sich zurückzogen und nicht mehr kämpften konnten. Um voran zu kommen setzten sie jetzt schwere Waffen ein. Dann kamen sie mit Panzern in die Viertel und schossen willkürlich um sich. Wir erlebten furchtbare Momente. Der Staat hat in Nisêbîn nicht einen Stein auf dem anderen gelassen. Sie begannen auch Bereiche, in denen es keine Barrikaden gab, aus Panzern heraus zu beschießen. Als die Kräfte des Staates sich zurückzogen, begannen sie mit Flugzeugen Nisêbîn zu bombardieren. Es war wie im Krieg. Gebäude flogen in die Luft, die Stadt wurde unter dem schweren Bombardement verbrannt und zerstört."

Auf die Frage ob sie auch Mitglieder von zivilen Selbstverteidigungskräfte YPS und YPS-Jin gesehen habe erklärte sie: „Natürlich. Manchmal haben wir sie zu Gesicht bekommen. Um ihren Mut zu beschreiben, reichen Worte nicht aus. Ihre Solidarität untereinander, ihre Opferbereitschaft für einander war unbeschreiblich. Sie haben auch nicht einen Augenblick lang sich gebeugt, waren immer voller Zuversicht, haben keinen Schritt zurück gesetzt und ihre Stellungen nicht verlassen. Über Wochen konnte der Staat nicht voran kommen. Hunderte Granaten wurden gleichzeitig vom Staat verschossen. Um eine Barrikade zu räumen setzten sie Panzer und schwere Waffen ein. Hubschrauber stiegen auf und bombardierten. Aber die YPS ist sofort dagegen angegangen und hat den Angriff zurückgeschlagen. Ich bin jetzt 70 Jahre alt, aber einen solchen Widerstand habe ich zuvor weder gesehen noch davon gehört. Es waren alles ganz junge Menschen, Nisêbîn Kinder. Alles Kinder die groß wurden in diesen Straßen und in diesen Vierteln. Unter ihnen war keiner von der Guerilla. Es gab welche von außerhalb. Das waren Studierende, ArbeiterInnen, kurdische werktätige Jugendliche. Sonst niemand. Trotzdem haben sie Widerstand geleistet gegen eine große Armee, gegen Artilleriebeschuss, Panzer und Luftangriffe."

Über ihren eigenen Alltag unter Bedingungen der Ausgangssperre angesprochen erzählt sie, sie durften nicht ihre Wohnung verlassen: „Sie hatten uns gesagt, wenn wir unsere Wohnungen verlassen werden wir getötet. Unser Haus wurde willkürlich beschossen, es wurde Gas eingesetzt. Obwohl Fenster und Türen verschlossen war drang das Gas ein und wir litten. Sie taten uns schweres an, aber wir leisteten unter einander Solidarität. Die Bevölkerung von Nisêbîn ist nicht zurückgewichen. Wir haben uns zusammen geschlossen und uns nicht vor den Angriffen gebeugt. Wir haben alles miteinander geteilt, zusammen Widerstand geleistet. Wenn einer Brot gebacken hatte, hat einer unter dem Kugelhagel des Staates den anderen davon gebracht. Obwohl wir hundertfach dem Tod von Angesicht zu Angesicht standen, haben wir dem anderen zu Essen und Wasser gebracht. Uns aufmunternde Worte gespendet und uns gegenseitig versichert, dass wir Nisêbîn nicht verlassen werden. Staatliche Hilfe haben wir in dem Zeitraum nicht angenommen und haben uns mit unseren eigenen Mitteln auf den Füßen gehalten."

Den Einsatz von unbekannten militärischen Gruppen und Dorfschützern bestätigt sie. Sie berichtet von „Fremden mit langen Bärten. Sie ähnelten den Banditen des IS, sie waren besonders unerbittlich. Wir hatten von ihnen

→

Meldungen:

Bei der Offensive der YPG/YPJ in Manbic sind zwei Internationalisten gefallen

In der Offensive für die Befreiung von Manbic wurden zwei Internationalisten im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) getötet. Givara Rojava, mit bürgerlichen Namen Dean Carl Evans, kam aus Großbritannien und wurde am 21. Juli grtötet. Rodi Çekdar / Martin Gruden kam aus Slowenien zur YPG und verlor wenige Tage später am 27. Juli 2016 im Kampf um die heiß umkämpfte Stadt Minbic sein Leben.

Die Pressestelle der Volksverteidigungseinheiten (YPG) erklärte dazu:

„Unsere Kräfte schreiben im Kampf gegen den Faschismus und der Barbarei Geschichte. Für den Kampf der Menschlichkeit werden große Opfer gebracht. Der Kampf der YPG/YPJ findet überall auf der Welt große Anerkennung. RevolutionärInnen und InternationalistInnen kommen aus allen vier Himmelsrichtungen der Welt, um am Kampf der YPG/YPJ teilzunehmen.

Für diese internationale Aufmerksamkeit und für die Menschlichkeit in unseren Reihen nehmen die im Kampf gefallenen Genossen Givara Rojava und Rodi Çekdar einen heldenhaften Platz ein. Sie leisteten Widerstand gegen die Feinde der Menschlichkeit und kämpften einen entschlossenen Kampf.

Der Garten der Freiheit wurde mit dem Blut der beiden Genossen getränkt. All den gefallenen GenossInnen versprechen wir, dass ihre Träume Wirklichkeit werden.

Allen Märtyrern, insbesondere Givara und Rodis Hinterbliebenen drücken wir unser Beileid aus." *(ANF, 2.8., ISKU)*

HPG veröffentlichen Jahresbilanz zum Krieg in der Türkei

Vor einem Jahr hat die türkische Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdogan im kurdisch geprägten Südosten des Landes einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung entfacht. Nun zieht die Führung der kurdischen »Volksverteidigungskräfte« (HPG) Bilanz: Der türkische Staat habe alle technischen Möglichkeiten eingesetzt, um der kurdischen Befreiungsbewegung PKK zu schaden und diese zu zerstören, heißt es dort.

OLG Hamburg verurteilt kurdischen Politiker zu dreijähriger Freiheitsstrafe

Bedrettin Kavak wurde heute vom 3. Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg nach § 129b StGB zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der kurdische Politiker von Ende 2012 bis Sommer 2014 in verschiedenen Regionen Deutschlands als Gebietsleiter der PKK tätig gewesen sei. Die Bundesanwaltschaft hatte vier Jahre Haft gefordert. „Ich kann nicht nachvollziehen, auf welches Verständnis sich die Anklage stützt. In Deutschland wird einer, der in Syrien mit Geköpften posiert, zu drei Jahren verurteilt. Ich dagegen soll vier Jahre bekommen“, so Bedrettin Kavak.
Die Verteidiger von Bedrettin Kavak plädierten für ihren Mandanten auf Freispruch und wiesen in ihrem Plädoyer am 27. Juli erneut darauf hin, dass es an der Zeit sei, die Verfolgungsermächtigung des Bundesjustizministeriums, die die Verfolgung der PKK nach § 129 b StGB erst ermöglicht, endlich zu überprüfen und zurückzunehmen. Gründe dafür gebe es genug, so die vom türkischen Staat abgebrochenen Verhandlungen über eine politische Lösung der Kurdistan-Frage, die massiven Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Verhängung der Ausgangssperren in Cizre und anderen kurdischen Städten seit Herbst 2015 und nicht zuletzt die Säuberungswelle Erdogans nach dem 15. Juli 2016. Weiter führten sie aus, dass die Kurden seitens des türkischen Staates rassistisch motivierter Unterdrückung ausgesetzt seien und ein völkerrechtlich legitimes Selbstverteidigungsrecht hätten.
Gegen das Urteil wird Revision eingelegt.
In seinem Schlusswort am 27. Juli umriss Bedrettin Kavak die kurdische Geschichte seit dem Abkommen von Lausanne im Jahre 1923 und betonte, dass von kurdischer Seite alles versucht worden sei, die Voraussetzungen für einen würdevollen Frieden zu schaffen. Er wolle das Gericht fragen, was die Kurden noch tun sollen: „Wenn hier über die kurdische Bewegung verhandelt wird, dann sollte das Gericht zumindest eine Lösungsperspektive vorlegen.“
Der 58-Jährige kritisierte, dass die Bundesregierung die Kurden auf Wunsch der Türkei seit über zwei Jahrzehnten bis heute verfolge, „obwohl sich die Sachlage geändert habe“. Er befürchte, dass nach dem gescheiterten Putschversuch „eine zivile Diktatur aufgebaut“ werde; von Demokratie könne „keinesfalls mehr die Rede sein“. Diese Situation hätte auch die Bundesanwaltschaft berüksichtigen müssen. Es reiche nicht aus, lediglich die eigene Besorgnis zum Ausdruck zu bringen, dieser müssten „auch Taten folgen“. Während der sogenannte Islamische Staat Kurden töte, kurdische Frauen auf Märkten verkaufe und von der Türkei unterstützt werde, wende sich der türkische Staat an Europa und fordere, „den kurdischen Befreiungskampf auszumerzen“.
Mit Bezug auf die erschütternde Bilanz der Menschenrechtsverletzungen und Repression in der Türkei, erklärte Bedrettin Kavak: „Ich habe gegen die Geisteshaltung dieses Staates 41 Jahre Widerstand geleistet.“ Er war in der Türkei 22 Jahre inhaftiert, unter anderem in dem berüchtigten Foltergefängnis von Diyarbakir. Diese Tatsache ist aber nichts, was die Bundesregierung, die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte sonderlich berührt. Im Vordergrund stehen in den deutsch-türkischen Beziehungen geostrategische, militärische, wirtschaftliche und nicht zuletzt flüchtlingspolitische Interessen – auf Kosten politisch aktiver Kurdinnen und Kurden. Diese Präferenz führte am 26. August 2015 zur Festnahme von Bedrettin Kavak; der sich seitdem Untersuchungshaft befindet.
In einer Stellungnahme der deutschen Sektion der „Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen – für gewaltfreie Friedensgestaltung“ (IALANA) vom 25. Juli prangert diese den von der türkischen Regierung verhängten „Ausnahmezustand“ und die Aussetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention an. Sie kritisiert das Schweigen der NATO, der Institutionen des Europarates sowie der Bundesregierung: „Die von Präsident Erdogan und seiner AKP-Regierung angeordneten und veranlassten Maßnahmen zielen vor allem auf die Ausschaltung einer unabhängigen Justiz, die Einschüchterung und Unterdrückung jeder Opposition, die Gleichschaltung der Presse und Medien sowie auf die möglichst ungehinderte Errichtung eines autoritären Präsidialsystems mit einem ungehemmten Führerkult.“
Die seit nunmehr 23 Jahre anhaltende Verfolgung kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten in Deutschland und die äußerst verhaltene Kritik der Bundesregierung am staatsterroristischen Handeln Erdogans nach dem Putschversuch bedeuten in letzter Konsequenz die Hinnahme von Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen. Erst recht seit dem unwürdigen Flüchtlingsdeal, sieht er sich fortwährend ermutigt, von Europa – insbesondere Deutschland – ein noch härteres Vorgehen gegen die PKK und weitere politische Organisationen und Personen zu verlangen. Dies bekräftigte Erdogan im Zusammenhang mit der Forderung Brüssels, die türkische Anti-Terror-Gesetzgebung zu entschärfen, um alle 72 Kriterien für eine mögliche Visa-Liberalisierung zu erfüllen. Dem widersetzt er sich bislang konsequent.
Wie die Verurteilung von Bedrettin Kavak zeigt, ordnen sich auch die Gerichte dem Diktat der Politik unter. Denn: Mit der Ermächtigung des Bundesjustizministeriums vom 6. September 2011, generell alle mutmaßlichen Regional- und Gebietsverantwortliche der PKK nach § 129b StGB (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland) verfolgen zu lassen, hat die Politik letztlich Fakten geschaffen. Diese undemokratische Entscheidung musste weder begründet werden noch ist sie rechtlich angreifbar. In allen § 129b-Verfahren geht es einzig um die Frage, ob Angeklagte als Mitglieder oder Unterstützer der PKK anzusehen sind. Individuelle Straftaten müssen ihnen hierbei nicht nachgewiesen werden.
Derzeit befinden sich 12 kurdische Aktivisten ist U- bzw. Strafhaft; gegen fünf von ihnen sind Prozesse eröffnet worden.
Angesichts der erschreckenden politischen Entwicklungen in der Türkei sind alle demokratischen Kräfte aufgerufen, darauf hinwirken, dass die Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden einerseits und die Komplizenschaft der Bundesregierung mit dem Erdogan-Regime beendet werden.

(Azadi., 3.8., ISKU)

Doch er sei am Widerstand der Guerilla gescheitert.
Diese will nun mit ihrer Erklärung der türkischen Propaganda entgegentreten und über den aus ihrer Sicht tatsächlichen Verlauf der Auseinandersetzungen aufklären – mit detaillierten Zahlen zu Operationen und Verlusten sowohl der türkischen Sicherheitskräfte als auch der eigenen Einheiten. Nach wie vor zeichne die Regierung in Ankara ein in ihrem Sinne positives Bild: In den Kämpfen mit den Milizen hätten Armee und Polizei nur geringe Verluste gehabt, während mehr als 8.000 Kämpfer der HPG getötet worden seien. Die nun veröffentlichten Zahlen widersprechen dem allerdings.
Seit dem 24. Juli 2015 habe die türkische Armee demnach 365 Bodenoperationen, 658 Bombardements durch Kampfflugzeuge, 147 Angriffe mit Kampfhubschraubern und 1.649 Angriffe mit schweren Waffen wie Artillerie und Panzern auf angebliche Ziele der Guerilla durchgeführt. Hinzu kämen noch 671 Aufklärungsmissionen, um vermeintliche kurdische Stellungen ausfindig zu machen. Insgesamt sei es dabei zu 110 Zusammenstößen mit Guerillaeinheiten gekommen. Die HPG selbst will 1.199 Aktionen durchgeführt haben, bei denen fast 3.000 türkische Soldaten und Polizisten getötet und mehr als 1.000 verletzt worden seien. 13 weitere seien gefangengenommen worden. An Kriegsgerät zerstört worden seien demnach 15 Panzer, 184 Fahrzeuge und vier Kampfhubschrauber. Weitere 175 Fahrzeuge und 44 Hubschrauber seien beschädigt worden. Die eigenen Verluste gibt die Guerilla mit 435 Toten und 16 Gefangenen an.

(jW, 28.7., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt
Azadi	Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

→Wir werden auch in Zukunft...

gehört und haben sie ab und an auch mit eigenen Augen gesehen“. Für die Dorfschützer hat sie nur Verachtung. Und erklärt: „Der Staat ist hier nicht von Dauer, früher oder später wird das kurdische Volk seine Freiheit verkünden, dann können die Dorfschützer niemandem mehr ins Gesicht sehen“, sagt sie und fordert sie auf „den Verrat zu lassen und an die Seite des Volkes zu wechseln“.
Sie sagt: “Sie haben mit Panzern, Artellerie und aus der Luft unsere Stadt zerstört, aber wir haben uns ihnen nicht gebeugt. Wir werden auch in Zukunft unsere Stadt verteidigen, werden an der Selbstverwaltung festhalten. Wir haben hier keine andere Alternative. Wir haben keine Alternative als in unserem eigenen Land, auf unserem eigenen Boden in Freiheit zu leben.”

(ANF, 30.7., ISKU)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 780
12. August 2016

Nûçe



Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Strategischer Erfolg der kurdisch-arabischen Allianz in Nordsyrien

Nach rund 70 Tagen heftiger Kämpfe haben in den Demokratischen Kräften Syriens (SDF) zusammengeschlossene kurdische Volksverteidigungseinheiten (YPG) und arabische Milizen, unterstützt von der US-Luftwaffe, die strategisch wichtig gelegene nordsyrische Stadt Minbic weitgehend unter ihre Kontrolle gebracht. Im Nordwesten der Stadt haben sich nach SDF-Angaben allerdings noch rund 120 Kämpfer des »Islamischen Staates« (IS) mit bis zu 4.000 Zivilisten als lebende Schutzschilde verschanzt. Außerdem befinden sich im Zentrum des Ortes zahlreiche Sprengfallen.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP wurden während der Kämpfe um Minbic seit Ende Mai rund 1.000 IS-Kämpfer, 300 SDF-Angehörige sowie rund 400 Zivilisten getötet. Dutzende Zivilisten sollen Ende Juli bei einem US-Luftangriff ums Leben gekommen sein. Mit dem westlich des Euphrat gelegenen Minbic haben die Islamisten eine wichtige Verbindung zwischen der an der Grenze zur Türkei liegenden Stadt Dscharabulus, ihrem »Hauptquartier« in Al-Rakka und der Region um Aleppo verloren.

Nach der Befreiung von Minbic, »könnten die YPG-Kräfte mit russischer Luftsicherung und russischen Waffen weiter westwärts vorrücken«, heißt es in einer aktuellen Studie des US-Thinktanks »The Washington Institute for Near East Policy«, der vor unterschiedlichen Interessen der YPG und der auf eine Offensive gegen Rakka drängenden USA warnt. Die YPG »signalisierte durch ihre Aktionen eindeutig ihre Präferenz« und verfolge eine »Gesamtstrategie der Zusammenarbeit mit Russland, um die kurdischen Enklaven Afrin und Kobani zu verbinden«, heißt es in der Studie. Die »Assad-Putin-Allianz« werde den Kurden dabei zur Seite stehen, um den »Rebellenkessel« – gemeint sind die von der Türkei unterstützen dschihadistischen Kampfverbände – in der Stadt Azaz zu zerschlagen.

Vertreter der Kurden in Syrien reagieren derweil gelassen auf die Aussöhnung zwischen Russland und der Türkei. Am Dienstag waren die Präsidenten beider Länder, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, erstmals seit dem Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges durch die türkische Luftwaffe im November vergangenen Jahres in Sankt Petersburg zusammengekommen. Die russische Tageszeitung Vedomosti meldete zwar am Mittwoch, der Syrien-Konflikt habe zu den wichtigsten Themen des Gipfeltreffens, an dem auch der türkische Geheimdienstchef Hakan Fidan und der russische Generalstabschef Waleri Gerassimow teilnahmen, gehört. Dagegen erklärte Erdogan auf Nachfrage von Journalisten, die Syrien betreffenden Fragen würden erst in einem späteren Gespräch erörtert werden. Dass es keine öffentliche Erklärung zu Syrien gab, sieht die Beraterin des Direktors des Russischen Instituts für strategische Forschungen, Jelena Suponina, im Gespräch mit der russischen Nachrichtenagentur Sputnik als Beleg dafür an, dass die Kontroversen darüber fortbestehen.

So unterstützt die Türkei weiterhin die bei Aleppo kämpfenden dschihadistischen Verbände. Umgekehrt wirft Ankara Russland die Unterstützung der syrischen Kurden vor. So hatte die im Norden Syriens ausgerufene Autonomieregion »Rojava« im Februar dieses Jahres auf Einladung der russischen Regierung ein Verbindungsbüro in Moskau eröffnet. »Erdogan hätte gern, dass diese Beziehungen beendet oder zumindest minimiert werden. Diesen Trumpf sollte die russische Seite nutzen«, sagte der Vorsitzende des Russischen Rates für internationale Beziehungen, Andrej Kortunow. Mit dem Spielen der kurdischen Karte könne Erdogan zu einem Kompromiss in der nächsten Runde der Genfer Friedensgespräche bewegt werden. Ankara werde nun die Notwendigkeit verstehen, die Kurden in den Prozess der Versöhnung in Syrien einzubinden, zeigte sich Russlands UN-Botschafter Witali Tschurkin gegenüber Sputnik am Dienstag zuversichtlich. Bislang scheiterte deren Teilnahme an den Genfer Gesprächen am Veto aus Ankara.

»Unsere Beziehungen zu Russland sind gut. Russland ist unser Freund«, hatte der Kovorsitzende der in »Rojava« führenden kurdischen Partei der Demokratischen Union PYD, Salih Muslim, noch vor dem russisch-türkischen Gipfel am Montag gegenüber Sputnik bekräftigt. Moskau sei im Syrien-Konflikt eine »wirksame und gute Kraft« und müsse sich nun für neue Verhandlungen in Genf einsetzen. Dabei betonte Muslim, dass sich die syrischen Kurden weiterhin auf ihre eigene Stärke stützten. »Wir haben unser Projekt, das Projekt des Föderalismus. Dieses Projekt treiben wir jeden Tag weiter voran.«

(jW, 12.8., ISKU)

NAV-DEM: Bundesweite Demonstrationen für Öcalan

Das Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM) ruft für diese Woche zu bundesweiten Demonstration und Protesten gegen die Isolationshaft des Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan auf.

In einer Presseerklärung geht das Gesellschaftszentrum auf die anhaltende Totalisolation und komplette Kontaktsperre seit über einem Jahr ein. Gerade in Zeiten eines Militärputsches und den aktuellen Entwicklungen der AKP/Erdoğan, kann auf die Versprechen und Lippenbekenntnisse der türkischen Regierung nicht vertraut werden. Sowohl der Familie, als auch den AnwältInnen und unabhängigen Delegation wird jeglicher Zutritt auf die abgelegene Gefängnisinsel verwehrt.

In der Erklärung wird erneut die Forderung erhoben, dass internationale Organisationen und Persönlichkeiten sich für die Belange des kurdischen Volkes einsetzen und Druck auf die türkische Regierung ausüben. Die Erklärung betont, dass die Teilnahme an den Demonstrationen für Öcalan bedeutet, sich gegen die Politik und Mentalität der

→

Meldungen:

Erneut Hinrichtungen im Iran

Erneut hat das iranische Regime Hinrichtungen vollzogen. Nachdem der kurdische politische Gefangene Mihemed Abdullahi und 5 weitere Gefangene gestern in Einzelzellen verlegt worden waren, wurden sie heute in den frühen Morgenstunden hingerichtet. Die Hinrichtung wurde im Gefangnis vom Urmiye vollzogen.

Mihemed Abdullahi wurde am 24. Mai 2010 verhaftet. Bei seiner Verhaftung wurde er durch den Geheimdienst (Itlaat) von Urmiye angeschossen. Nachdem er zuerst ins Militärkrankenhaus gebracht worden war, wurde er einige Stunden später bereits ins Gebäude des Geheimdienstes verbracht. Seit dem befindet er sich in Gefangenschaft.

Mihemed Abdullahi wurde vor 35 Jahren in der zu Urmiye gehörenden Stadt Bokan geboren. Der verheiratete Abdullahi wurde wegen „Unterstützung der Komele", einer kurdischen Partei, vom Revolutionsgericht in Mahabad zum Tode verurteilt. Am 3. April 2014 wurde Mihemed Abdullahi über sein Strafmaß offiziell in Kenntnis gesetzt. Sein Anwalt hatte sich noch um die Aufhebung der Todesstrafe bemüht.

Zuletzt geriet das iranische Regime in die Schlagzeilen, als in der zu Teheran gehörenden Stadt Kerecê im Gefängnis Recayi 20 Sunniten hingerichtet worden waren. *(ANF, 9.8., ISKU)*

Internationalist Jamie Bright in Australien beigesetzt

Der YPG-Kämpfer und Internationalist Jamie Bright (Gaber Amed) ist heute in Perth/Australien beigesetzt worden. Jamie Bright ist der 3. Australier, der in den Reihen der YPG gekämpft und im Kampf gegen den DAİŞ (Islamischen Staat) sein Leben gegeben hat. An der Beisetzung von Jamie Bright nahmen neben seiner Familie und Freunden auch der Vater von Reece Harding teil. Reece Harding stammte wie Jamie Bright aus Australien hatte sich ebenfalls der YPG angeschlossen und verlor sein Leben . An der Beerdigung von Jamie Bright haben etwa 250 Menschen teilgenommen, darunter auch viele Kurdinnen und Kurden.

Jamie Bright wurde 45 Jahre alt. Die letzten 17 Monate hatte er sich der YPG angeschlossen. In der YPG lernte er kurdisch und befasste sich wohl vor allem auch mit dem Räumen von

Minen. Am 25. Mai dieses Jahres ist er in den Kämpfen um Şedadê gefallen.
(ANF, 7.8., ISKU)

Panzer für die Türkei
Letzte Woche sind in den Medien Meldungen erschienen, wonach der deutsche Waffenfabrikant Rheinmetall AG in Zusammenarbeit mit einer Firma mit Sitz in Malaysia eine Waffenfabrik in der Türkei bauen will. Eine ähnliche Meldung verbreitete auch die Tageszeitung Die Welt unter dem Titel: Rheinmetall möchte für Erdogan Panzer bauen. Der Autor berichtete, dass der türkische Zweig der Rheinmetall die BMC und die Firma Etika Strategi SDN zusammen eine Firma mit Sitz in der Türkei begründen wollen. Es wird davon ausgegangen, dass so der Deal um die Lieferung von Lepoard-2-Panzern für die Türkei hingebogen werden soll. Seit 2000 soll es diese Pläne geben, es scheiterte jedoch bisher am Widerstand der Opposition. Allerdings wurden 350 Leopard-2-Panzer aus alten Beständen der Bundeswehr an die türkische Armee geliefert und als Militärhilfe deklarierte weitere 320 Leopard-1 Panzer.
Die Firma, die nun in der Türkei gegründet werden soll, soll entsprechende Panzer und gepanzerte Fahrzeuge herstellen. Diese Firma könnte dann auch den Markt im Nahen Osten bzw. Mittleren Osten und in Asien wesentlich leichter bedienen, heißt es. Die Aktienmehrheit der Firma läge bei der türkischen Firma BMC. Es gibt Informationen, wonach auch türkische Parallelfirmen von Krauss-Maffei Wegmann Gespräche zum Verkauf von Panzern geführt haben.
Es steht als zu befürchten, dass auch weiterhin die Türkei bestens ausgestattet sein wird, um weitere Städte ihrer kurdischen Bevölkerungsanteile dem Erdboden gleich zu machen.
(ANF, 6.8., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

Remzi Kartal, Co-Vorsitzender des KONGRA-GEL, zum Tod von Celal Özkan

„Herbijî war in jedem Teil Kurdistans und hat alle unterstützt. Er war sowohl Weggefährte und Freund von Abdullah Öcalan. Mit seinem eigenen Bemühen hat sich seine ganze Familie der Bewegung angeschlossen. Drei Söhne von ihm haben ihr Leben für die Bewegung gegeben. Die Familie hat viele Opfer für die Freiheitsbewegung Kurdistans gebracht. Er hat für den Nationalrat Kurdistans, PKDW, KNK, Heyva Sor a Kurdistan und für viele weitere Einrichtungen und Institutionen gearbeitet und war in ihnen Mitglied oder gar Mitbegründer. Mehr als 20 Jahre haben wir zusammen gearbeitet. Er war bei der gesamten Bevölkerung beliebt. Wir haben mit ihm zusammen zur Lösung von Problemen zwischen den Mitmenschen mitgewirkt. Er hatte eine friedliche Mission inne. War ein wirklicher Patriot, den man sich als Bespiel nehmen konnte und sollte. Zuletzt hatte er große gesundheitliche Probleme. Das letzte Jahr verbrachte er in Kurdistan und verstarb auch dort. Man könnte viel über Herbiji berichten. Wir, die wir seine Freunde und Weggefährten sein durften können stolz sein. Es ist ein großer Verlust für unsere Bewegung. Wir trauern um ihn, sowohl als Bewegung als auch als seine Freunde. Er hat großes hinterlassen, hat viel getan. Wir werden uns bemühen, ihm zur Ehre zu gereichen."
Celal Özkan war Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses (KNK), des Kongra Gel, Gründungsmitglied von Heyva Sor a Kurdistanê und von Meya-Der Europa. Zuletzt hatte er schwere gesundheitliche Probleme und entschloss sich zur Rückkehr in seine Heimat. Die letzten 10 Monate verbrachte er in seiner Heimat in Pirsûs (Suruç). Zuletzt lag er im Krankenhaus von Riha (Urfa), wo er verstarb. Celal Özkan war sein Leben lang der kurdischen Sache tief verbunden. Drei seiner Söhne sind in den Reihen der PKK gefallen, der erste, Ismet Özkan, im Jahre 1982 im Kampf gegen die Besetzung des Libanon durch Israel. 1982 kämpfte die PKK in den Tagen der Besatzung an der Seite der Palästinenser.
(ANF, 11.8., ISKU)

Amerikanischer Internationalist in Minbic gefallen

Die YPG hat den Tod eines ihrer Kämpfer bekannt gegeben. Es handelt sich bei ihm um den Amerikaner Jordan Mactaggart. Jordan Mactaggart trug den Codenamen Ciwan Fırat und sammte aus Colorado/USA. Er fiel am 3. August während der Operation zur Befreiung von Minbic.
In der schriftlichen Erklärung der YPG heißt es: „Unser Genosse Ciwan Fırat (Jordan Mactaggart) war bescheiden und trug immer eine Lächeln im Gesicht. Er stand immer an vorderster Front gegen die Terroristen bereit, eilte mi der Waffe in der Hand den Völkern zu Hilfe.
Heval Ciwan verlangte sehr beharrlich, bei der vom Militärrat von Minbic begonnenen Operation zur Befreiung von Minbic dabei zu sein. Er schenkte dem Hilfeschrei der Völker, die unter der DAİŞ ächzen, Gehör, wollte deshalb Teil sein der historischen Offensive. Wollte sowohl gegen die DAİŞ kämpfen als auch den Frauen und Kindern in der Hand der DAİŞ zu Hilfe eilen. Das war der sehnlichste Wunsch unseres Freundes Ciwan.
Am 3. August ist von den Freiheitskämpfern von Minbic eine besondere Operation zur Rettung der Zivilisten durchgeführt worden. Unser Freund Ciwan hat an dieser Operation teilgenommen und hat innerhalb der heftigen Kämpfe sein Leben verloren.
Unser Genosse Jordan hat mit Mut und Willensstärke teilgenommen und hat in den Kämpfen eine große Widerstandskraft gezeigt. Er hat die Geschwisterlichkeit der Völker gestärkt und die Fahne der Freiheit gehißt. Der Kampf des Genossen Jordan und sein Widerstand in Rojava haben die Revoluion in Rojava bereichert. Sein Name geht in die Analen der Geschwisterlichkeit der Völker ein.

Wir drücken der Familie von Jordan und den Familien aller unserer Märyrer unser Beileid aus. Und geben unser Wort daß wir auf dem Pfad unserer Märtyrer voran schreiten."
(ANF, 10.8.,ISKU)

→NAV-DEM: Bundesweite ...

Genozide und Massaker zu stellen.

NAV-DEM listet für Samstag, den 13. August folgende Demonstrationstermine auf:

Hannover: zentrale Demonstration aus Peine, Hildesheim, Lohne, Aurich, Celle, Ninburg, Oldenburg und Umgebung um 14:00 Uhr in Hannover
Stuttgart: zentrale Demonstration aus Reutlingen, Esslingen, Pforzheim, Heilbronn, Friedrichshafen, Karlsruhe, Göppingen, Singen und Umgebung um 14:00 Uhr in Stuttgart
Hamburg: zentrale Demonstration aus Kiel, Altona, Bremen, Bremerhaven, Neumünster, Achim und Umgebung in Hamburg um 15:00 Uhr am HBF-Hachmannplatz
Dortmund: zentrale Demonstration aus Meschede, Duisburg, Bochold, Kleve, Essen, Bielefeld, Osnabrück, Münster, Gronau, Rheine, Hagen und Umgebung um 14:00 Uhr am Kino hinterm HBF
Freiburg: zentrale Demonstration aus Lahr, Offenburg, Weil am Rhein, Kehl und Umgebung um 14:00 Uhr vom Kartoffelplatz in Freiburg
Saarbrücken: zentrale Demonstration Kaiserslautern, Trier, Merzig, Mainz, Mannheim, Worms, Heidelberg, Landau, Rüsselsheim, Wiesbaden und Umgebung um 14:00 Uhr vom Landwehr Platz in Saarbrücken
Bonn: zentrale Demonstration aus Troisdorf, Meckenheim, Düren, Leverkusen, Aachen, Bergischgladbach, Gümmersbach, Köln, Düsseldorf, Wuppertal, Mönchengladbach, Grevenbroich, Koblenz und Umgebung um 16:00 Uhr am Bahnhofsplatz in Bonn
Kassel: Demonstration um 15:00 Uhr vom Königsplatz
Berlin: Demonstration um 17:00 Uhr von U-Bahn Station Wittenberg Platz
Erfurt: Demonstration um 14:00 Uhr vom Dom mit anschließenden Aktionen bis 18:00 Uhr
Wetzler: zentrale Demonstration aus Giessen, Marburg, Siegen, Limburg und Umgebung um 15:00 Uhr vom Wetzlaer Bahnhof
Darmstadt: zentrale Demonstration aus Bensheim, Aschaffenburg, Frankfurt, Offenbach, Hanau und Umgebung um 15:00 Uhr, Luisenplatz in Darmstadt
Vom 14. bis zum 16. August wird es einen dreitägigen Marsch von Ingolstadt zum Landtag in München geben, daran beteiligen werden sich Menschen aus Nürnberg, Ingolstadt, Weissenburg, Ausburg München, Ulm, Heidenheim und Umgebung.
(ANF, 9.8., ISKU)

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 781
19. August 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei: Tageszeitung Özgür Gündem verboten

Am Dienstag wurde die Tageszeitung Özgür Gündem in der Türkei verboten. Das Verbot von Özgür Gündem ist ein neuerlicher Akt der Zensur und Gleichschaltung der Medien. Hatte es die Türkei noch nie sehr genau mit Presse- und Meinungsfreiheit genommen, sind das seit dem gescheiterten „Putschversuch" vom 15. Juli und der anschließenden Verhängung des Ausnahmezustands nur noch Fremdworte, die man in der Türkei vergeblich wird suchen können.

Dabei hat Özgür Gündem viele Opfer für die Entwicklung von Demokratie und Pressefreiheit gebracht. In den 90er Jahren fielen Duzende ihrer JournalistInnen und MitarbeiterInnen dem Staatsterror und extralegalen Hinrichtungen zum Opfer. Ihre Zentrale in Istanbul wurde sogar Ziel eines Bombenattentats. Seit dem 7. Juni dieses Jahres wird sie mit Ermittlungsverfahren überhäuft. Aus Solidarität mit der Zeitung wurde daraufhin die Kampagne „Einen Tag lang Bereitschafsdienst als Chefredakteur" ins Leben gerufen. AkademikerInnen, JournalistInnen, RedakteurInnen stellten sich einen Tag lang der Zeitung als ChefredakteurIn zur Verfügung. Doch selbst diese bekamen die Verfolgung der Zeitung durch das Regime zu spüren. Drei an der Kampagne beteiligte, die Akademikerin Şebnem Korur Fincancı, der Journalist Erol Önderoğlu und der Schriftsteller Ahmet Nesin wurden inhaftiert und erst nach weltweiten Protesten Tage später wieder aus der Haft entlassen. Der Journalist Celal Başlangıç kommentierte das jetzige Verbot: „Zuerst haben sie alle Zeitungen, Fernsehkanäle und Verlage die sie der Nähe zu Gülen bezichtigten verboten. Ohnehin haben sie immer schon oppositionelle Internetseiten verboten. Dann kam die Reihe an die TIB (Telekommunikationsbehörde). Jetzt kommen sie wieder zurück zu den Kurden und gehen gegen diese vor."

Mittlerweile wurde eine Solidaritätskampagne unter der Parole „Wache für eine freie Presse" initiiert. Es werden alle zur Solidarität mit Özgür Gündem aufgerufen, denn die Pressefreiheit kann nicht nur von JounalistInnen verteidigt werden. Sie geht alle an. Es ist nicht nur das Recht der JournalistInnen zu informieren, sondern auch das Recht des Lesers, sich informieren zu können. Demokratie geht alle an.

Am Dienstag wurde die Zentrale von Özgür Gündem in Istanbul von Polizei und Sonderpolizeieinheiten durchsucht. Mitarbeiter von Özgür Gündem, darunter auch der Herausgeber Zana Kaya, aber auch JournalistInnen anderer Presseagenturen und Fernsehsender, die sich zu dem Zeitpunkt im Gebäude aufhielten, wurden verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich Günay Aslan, Reyhan Hacıoğlu, Ender Öndeş, Doğan Güzel, Ersin Çaksu, Kemal Bozkurt, Sinan Balık, Önder Elaldı, Davut Uçar, Zana Kaya, Fırat Yeşilçınar, Mesut Karnak (DIHA), Gülfem Karataş (imc TV-Journalistin) und Gökhan Çetin (imc TV- Kameramann).

Aufruf zur Solidarität von 4 Zeitungen für Özgür Gündem

Reaktionen zur Schließung von Özgür Gündem halten weiter an. Die Zeitungen Cumhuriyet, Evrensel, BirGün und Yurt zeigten sich solidarisch und reagierten auf die Zwangsschließung mit einem Aufruf zur Solidarität.

Chefredakteurin der Zeitung Yurt, Sibel Köklü:
„JournalistInnen machen Nachrichten, die im öffentlichem Interesse sind . In einer Demokratie sind die Medien die vierte Macht. Aber die Türkei hat begonnen, diese Freiheit zu verlieren und die Regierung gibt jetzt den Rahmen vor, in dem Journalismus betrieben werden soll. Aber Journalismus ist kein Verbrechen. Mit der Verhaftung von JournalistInnen und die Schließung von Zeitungen sind die Probleme nicht gelöst. Meinungen können auf diese Weise nicht vernichtet werden."

Köklü unterstrich, dass alle JournalistInnen Solidarität zur Schließung von Özgür Gündem und die Razzien bei JournalistInnen zeigen und ihre Stimme erheben müssten: „In solchen Fällen müssen JournalistInnen Seite an Seite stehen."

Polat: Die Kinder von APE MUSA sind stabil

Der Chefredakteur von Evrensel, Fatih Polat, sagte, das Erlebte der letzten Phase erinnert sehr stark an die Ruhe vor dem Sturm.

Polat führt weiter aus: „Stadträte der Partei der Demokratischen Regionen DBP mit Treuhänder zu besetzen, die Verhaftung von DBP- und HDP-AktivistInnen, die Bedrohung durch Inhaftierung von HDP-Abgeordneten, die Schließung von Özgür Gündem, sind Entwicklungen, die sich ergänzen.

Doch trotz alle dem sagen die Kinder von Ape Musa nach solch einem schweren Putsch, ‚Wir werden uns nicht beugen'. Diejenigen, die diese Haltung unter dem Druck der Manschette führen, scheinen erwiesenermaßen viel robuster zu sein. Der Tag an dem Seite an Seite gestanden wird ist da, es ist Zeit, Schulter an Schulter zu stehen."

Er ruft alle JournalistInnen zur Solidarität auf.

Engin: Wir müssen noch näher Seite an Seite stehen

Der Chefredakteur von Cumhuriyet, Aydın Engin:
„Wir bewegen uns in eine Richtung, in der alle Oppositionsmedien zum Schweigen gebracht werden sollen. Meiner Meinung nach, ist die gesetzte Priorität für Özgür Gündem kein Zufall. Die AKP-Regierung begräbt den Cemaat (Gülenbewegung). Offensichtlich wird er sich jetzt wieder der kurdischen politischen Bewegung zuwenden. Dass die HDPler von jeder parlamentarischen Arbeit ausgeschlossen werden, ist Beweis genug. Türkische Nationalisten, eine Militärallianz mit den Nationalisten, oder sogar eine Koalition aus Beiden, sind andere Beweise. Wir müssen uns auf Schwierige, sehr schwierige Tage befasst machen. Gegen weitere Repressionen müssen wir viel näher Seite an Seite stehen."

Varli: Nationalistische Versöhnung der Faschisten!

Der Birgün-Chefredakteur İbrahim Varlı ergänzt, die Schließung von Özgür Gündem sei das Ergebnis der „Nationalistischen Versöhnung der Faschisten!".

Varlı: „Gegen die nationalistische Versöhnung der Faschisten heute Widerstand zu leisten ist die Aufgabe von linken-Sozialisten und die Pflicht aller Oppositionellen. In dem Verständnis ist es Pflicht Solidarität mit Özgür Gündem zu zeigen."

(ANF, 16./17.8., ISKU)

Meldungen:

Elazîz: Autobombe zerstört Polizeipräsidium

Auf das Polizeipräsidium von Elazîz (Elazığ) wurde ein Anschlag verübt. Das Polizeipräsidium befindet sich 6 km vom Stadtzentrum entfernt. Am Donnerstag um 9.30 Uhr explodierte eine Autobombe im Vorhof des Polizeipräsidiums. Sie riss ein zwei Meter tiefes Loch in den Boden, zerstörte geparkte Fahrzeuge und das Gebäude des Polizeipräsidiums. Bei dem Anschlag wurden drei Polizisten getötet, etwa 170 Menschen wurden verletzt, darunter 14 schwer.

(ANF, 18.8., ISKU)

Mitglied des HPG-Pressezentrums bei Einsatz getötet

Das Pressezentrum der Volksverteidigungskräfte HPG-BIM gibt den Tod eines seiner Mitarbeiter bekannt. Arhat Ba hat während eines Einsatzes für die HPG-BIM sein Leben verloren. Arhat Ba, mit bürgerlichem Namen Şakir Ek, wurde in Amed geboren und wuchs dort auch auf. Er studierte an der Universität Hacettepe Philosophie. In dieser Zeit lernte er die kurdische Befreiungsbewegung kennen. 2012 schloss er sich der Guerilla an. Ab 2015 arbeitete er beim HPG-BIM. Nach einer Schulung auf der Presseschule Şehit Deniz Fırat ging er an die Front und war Kriegsberichterstatter. Er berichtete sowohl von den Kämpfen als auch vom Leben hinter den Linien. Die Aufnahmen vom Abschuss eines Kampfhubschraubers am 13. Mai dieses Jahres in Çelê (Çukurca) in der Provinz Colemêrg (Hakkari) stammten von ihm. Seine letzten Aufnahmen machte er von zwei Aktionen am 10. August in Qilaban (Uludere) in der Provinz Şirnex (Şırnak). Die Aufnahmen zeigen einen Angriff auf einen Miliärkonvoy auf der 2. Habur Straße, eine weitere Aufnahme zeigt einen Angriff auf die Tepê-Yekmal-Kaserne. Im Anschluss verlieren drei an den Aktionen Beteiligte ihr Leben. Einer von ihnen ist Arhat Ba.

(ANF, 18.8.2016, ISKU)

Rojava: Der Internationalist William Savage erlag seinen schweren Verletzungen

Am 10. August 2016 hat ein weiterer Internationalist in Rojava sein Leben verloren. Der Amerikaner William Savage aus Maryland hatte sich Anfang 2015 der YPG angeschlossen. Dort trug er den Namen Amed Kobanê. Ihm lag vor allem das gemeinsame Leben und die gemeinsame Ver-

Hesekê: Schwere Gefechte mit dem syrischen Regime

In der Nacht zum Donnerstag griffen regimenahe Paramilitärische Kräfte (Difa Al Wetani) eine Tankstelle in Hesekê, die Verbindungsstraße zu Qamişlo, sowie einen Kontrollpunkt der Asayîş (Öffentliche Sicherheitskräfte) nahe der Aşurî-Kirche im Stadtteil Al-Mesekê an. In Folge dessen brachen schwere Gefechten mit Asayîş-Kräften aus. Die Auseinandersetzungen weiteten sich schnell auf andere Stadtteile, den zentralen Marktplatz, sowie das Postamt aus.
Bereits am 16. August kam es zu Kämpfen, nachdem Regime-Kräfte das Asayîş Hauptquartier am zentralen Marktplatz angriffen. Die Gefechte endeten erst vergangene Nacht, nachdem verschiedene lokale Persönlichkeiten einen Waffenstillstand verhandelten.
Im Verlauf des frühen Nachmittags begann das syrische Regime verschiedene bewohnte Bereiche, darunter auch die Stadtteile Kelasê, Miftî, Til Hecer, Mesakin, Sînaa, Sînalko und El-Nasra mit Kampfjets zu bombardieren. In den betroffenen Stadtteilen befinden sich neben tausenden ZivilistInnen auch Quartiere der Asayîş, sowie ein BesucherInnenzentrum der YPG/YPJ.
Im Verlauf der ausweitenden Gefecht sind seit dem frühen Nachmittag nun auch Einheiten der YPG und YPJ an den Kämpfen beteiligt. An den aktuellen Gefechten sind neben den Asayîş, der YPG/YPJ, auch MilizionärInnen der Verteidigungskräfte der Kommunen (HPC) beteiligt.
Aktuell nehmen die Gefechte an Intensität zu, auch die Bombardierungen des syrischen Regimes dauern weiter an.
Redur Xelil, offizieller Sprecher der YPG erklärte in einer Stellungnahme, dass die Kräfte des syrischen Regimes die Stadt wahllos bombardieren und dabei mit schweren Waffen gegen die Stadtteile vorgehen. Die Behauptung, das Regime hätte einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen, ist eine Lüge regimetreuer Kräfte, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

(ANF, 18.8., ISKU)

24. Internationales kurdisches Kulturfestival für Frieden, Toleranz und Demokratie

Verfassungsschutz erwirkt de facto Veranstaltungsverbot

Am 3. September sollte im RheinEnergie Stadion Köln das 24. Internationale Kurdische Kulturfestival stattfinden. Veranstalter des Festivals ist das Demokratische Gesellschaftszentrum der Kurdinnen und Kurden in Deutschland (NAV-DEM) e.V., welches mit über 200 Mitgliedsvereinen zu den größten Dachverbänden von Migrantenorganisationen zählt.
Nun erfuhren wir, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sowie der Innenminister des Landes NRW sowie der Kölner Polizeipräsident Jürgen Mathies Druck auf die Stadionbetreiber ausgeübt haben, damit diese den Veranstaltungsvertrag nicht unterzeichnen.
Der Verfassungsschutz begründet sein Vorgehen u.a. damit, dass NAV-DEM der PKK nahestehe und es angesichts der politischen Lage in der Türkei zu Auseinandersetzungen zwischen Besucher*innen des Festivals und nationalistischen Türken kommen würde. Der Betreiber des Stadions erklärte zunächst in einer Pressemitteilung, dass es sich bei NAV-DEM um einen eingetragenen Verein handele, der „sich mit seinen Tätigkeiten am Meinungsbildungsprozess der deutschen demokratischen Gesellschaft beteiligt“ – eine Aussage, die das zentrale Anliegen unserer Organisation erfasst. Am heutigen Tage jedoch erteilte der Stadionvermieter dem Veranstalter eine Absage.
Diese durch den Verfassungsschutz erwirkte Entscheidung stärkt in Anbetracht der aktuellen Ereignisse in der Türkei das despotische Vorgehen des AKP-Regimes nach dem gescheiterten Putschversuch. Eine politische Konnotation hierbei steht außer Frage. Zehntausende türkische Nationalisten konnten Ende Juli ungehindert in Köln aufmarschieren, sich mit einer Diktatur solidarisieren und gegen die deutsche Politik wettern. Zehntausenden Kurd*innen wird nun untersagt, ein Festival für Frieden, Freiheit und Demokratie zu feiern.
Ihre Organisationen werden immer wieder einem pauschalen Terrorverdacht ausgesetzt. Dabei bemühen wir uns als Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurd*innen in Deutschland seit Jahren gemäß unserem Verständnis von einer demokratischen, gerechten und friedlichen Gesellschaft um eine politische Lösungsperspektive für die kurdische Frage, der mit dem Abbruch des Friedensprozesses durch den türkischen Staatspräsidenten Erdogan und der verhängten Totalisolation von Abdullah Öcalan ein schwerer Schlag versetzt wurde. In einer Zeit, in der uns täglich neue erschreckende Nachrichten aus der Türkei über Verhaftungen, Entlassungen, Verbote von Medien und Vereinen sowie Zwangsverwaltungen für Kommunen erreichen, gilt es, den Kampf für Menschenrechte und Demokratie zu fördern und nicht zu verbieten.
Vor dem Hintergrund der jüngst durch eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag ans Tageslicht gekommenen Einschätzung des Bundesinnenministeriums, dass sich die Türkei seit 2011 schrittweise „zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen der Region des Nahen und Mittleren Ostens“ entwickelt habe, erachten wir die Haltung des Innenministers und des Verfassungsschutzes für äußerst gefährlich. Diese islamistischen Gruppen stellen nicht nur eine regionale, sondern, wie die Anschläge in Europa beweisen, auch eine globale Bedrohung dar. Spätestens jetzt ist ein umgehender Politikwechsel erforderlich. Eine Diktatur darf kein Partner für Deutschland sein.
Die Bundesrepublik ist aufgefordert, die demokratischen Kräfte, so auch die Kurd*innen, zentraler Akteur im Kampf gegen islamistischen Terror, und ihre Bestrebungen zu unterstützen. Hierzu gehört auch die Achtung vor der Versammlungsfreiheit im Rahmen des 24. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals. Schließlich steht diese Veranstaltung mit seinem breit gefächerten kulturpolitischen Programm von Anbeginn an im Zeichen eines toleranten Miteinanders – unerlässlich in Zeiten erstarkender Rechtspopulisten, die auf deutschen Straßen ungehindert Flüchtlingshetze betreiben. Das macht es zwingend notwendig, ein Zeichen zu setzen für Toleranz, Demokratie und Frieden. Dafür stehen wir, dafür steht unser Festival.
Deshalb werden wir juristische Schritte einleiten, damit unser Recht auf Veranstaltungs- und Versammlungsfreiheit gewährleistet wird.

NAV-DEM, Düsseldorf, 18.8.2016

antwortung am Herzen, heißt es in der Erklärung der YPG. Deshalb habe es ihn auch an die vorderste Front gezogen. Zuletzt nahm William Savage an der Offensive zur Befreiung von Minbic teil. Er wurde am 10. August bei den Kämpfen im Zentrum der Stadt schwer verletzt. Alle Bemühungen sein Leben zu retten blieben erfolglos.

(ANF, 17.8., ISKU)

Südkurdistan: Journalist getötet aufgefunden

Ein kurdischer Journalist wurde in Dohuk ermordet. Bei dem Journalisten handelt es sich um Vedat Hisên Elî. Vedat Hisên Elî begann vor zwei Monaten für die Nachrichtenagentur RojNews zu arbeiten. Vor einigen Tagen wurde er von den Sicherheitskräften in Dohuk mehrfach unter Druck gesetzt und aufgefordert die Stadt zu verlassen. Am letzten Donnerstag wurde er Tot auf der Straße Sêmêlê gefunden, sein Leichnam besaß deutliche Spuren von Folter. Vedat Hisên Elî wurde 1988 in Colemêrg (Hakkari) im zum Landkreis Gever (Yüksekova) gehörenden Dorf Alakan geboren. Nach dem seine Familie 1991 auswanderte und nach Dohuk zog, wuchs Vedat Hisên Elî in der Stadt auf. Eine Zeit lang war Vedat Hisên Elî in der Jugendbewegung aktiv, seit 2 Monaten war er Journalist bei der Nachrichenagenur RojNews.

(ANF, 14.8., ISKU)

83-jährige Friedensmutter Dılşah Özgen verhaftet

In der Türkei wurde die 83-jährige Friedensmutter Dılşah Özgen verhaftet. Sie ist Mitglied des Rates der Friedensmütter in Amed (Diyarbakir). Zuvor wurde ein Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet. Als sie der Vorladung folgte, wurde sie in Untersuchungshaft genommen. Sie soll für den Märtyrerfriedhof in Licê, auf dem auch ihr Sohn Ferdi Özgen (Amed) beerdigt ist, Container gespendet haben, damit BesucherInnen des Friedhofs, die dort das Gebet für ihre gefallenen Angehörigen sprechen, Unterstand finden können.

(ANF, 12.8., ISKU)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 782
26. August 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Cerablus: Militäroffensive der Türkei richtet sich nicht gegen den IS

Türkeinahe Medien und der türkische Mainstream berichten von einer großangelegten Militäroffensive der Türkei gegen den Islamischen Staat (IS) in Cerablus (Dscharabulus). Jedoch berichten die örtlichen Einwohner von Cerablus, dass es eine Militärbewegung zur Besetzung von Cerablus gibt.

Rojava/Nordsyrien – Der Landkreis (Karkamış) in Bakur/Nordkurdistan gegenüber der Stadt Cerablus in Rojava/Nordsyrien wurde bereits seit Tagen mit einer Ausgangssperre belegt und entleert. Es wird berichtet, dass es unter dem Codenamen Fırat kalkanı/Euphratschild eine Militärbewegung angefangen habe. Die Aussagen der Dorfbewohner in der Region und die Bilder belegen dies, doch die türkische Regierung bestreitet die Vorwürfe.

Nach Aussagen der Dorfbewohner, gibt es keine Militäroperation der Türkei gegen den IS in Cerablus. Gefechte mit dem IS gäbe es auch keine. Einige organisierte Bandengruppen sollen Waffenlieferung und logistische Unterstützung durch die Türkei erhalten haben. Berichten zufolge übergab der IS vier Dörfer, die zuvor geleert worden sind.

Einwohner des zu Cerablus gehörenden Dorfs Karakuyu gaben an, dass das türkische Militär 12 bis 13 km in Cerablus vorgestoßen sei. Im Stadtzentrum von Cerablus befinden sich derzeit nur IS-Truppen, Gefechte mit der türkischen Armee habe es keine gegeben. Das Dorf Keklice, das sich 4 km von Stadtzentrum Cerablus entfernt befindet, wurde mit türkischen Panzern besetzt. Auch hier wurde ihnen kein Widerstand entgegengesetzt.

Ebenso berichten die Einwohner von Girgamêş, dass es bisher zu keinen Gefechten gekommen sei. Jedoch beschieße das türkische Militär die Umgebung von Cerablus.

Seit Tagen werden IS-Kämpfer in Gruppen, bestehend aus 10–15 Kämpfern, von Cerablus über die Grenze in die Türkei mit besonderen Fahrzeugen transportiert, so die Einwohner.

Die in die Türkei verbrachten IS-Kämpfer werden mit neuen Uniformen ausgestattet wieder zurück nach Cerablus gebracht, heißt es demnach weiter.

In den letzten Tagen hatte die Türkei die Bevölkerung aus Girgamêş (Karkamış), einem Landkreis der Türkei gegenüber von Cerablus, das zu Syrien gehört, evakuiert und eine Ausgangssperre verhängt. In Havar Kilis und Girgamêş sollen etwa 5000 paramilitärische Söldner zusammengezogen worden sein, die sich seit einer Woche in Bereitschaft halten. Zeitgleich mit dem Angriff auf Cerablus bombardierte die türkische Armee auch Dörfer im Gebiet al-Bab. Auch hier handelt es sich um kurdische Dörfer die betroffen sind.

Trotz der Ruhe in Zentrum von Cerablus und der Ausgangssperre in Girgamêş läuft das Leben demnach normal weiter. Die Aussagen der Einwohner in Bezug auf die Militärbewegung und einige Gruppenbewegungen des IS und die Waffenruhe bestärken dies.

Türkei ist de fakto in einen Krieg mit Syrien getreten

Die von der Türkei unterstützen paramilitärischen Söldnertruppen sind bis an das südlich von Cerablus gelegene Dorf Akşamal herangerückt. 3 Kilometer weiter beginnen die Stellungen des Militärrates von Cerablus. Armanc Cerablus, Vizekommandant des Militärrates von Cerablus erklärte, „ein weiteres Vorrücken der türkischen Armee und ihrer Paramilitärs nach Süden wird nicht geduldet."

Russland äußerte sich „besorgt" über die Entwicklungen und empfahl der Türkei „eine Zusammenarbeit mit Syrien". Die Erklärung der HDP war da schon schärfer. Sie erklärte: „Die Türkei ist de fakto in einen Krieg mit Syrien getreten. Das Parlament, das normalerweise die Autorität inne hat, den Eintritt in einen Krieg beschließen zu können, ist in die Ferien gegangen. Erneut ist das Parlament übergangen worden, der Präsident mit seiner um ihn gewobenen technisch bürokratischen Struktur und die AKP-Regierung haben – ohne das Parlament zu fragen – die Türkei in den Strudel eines Krieges gestoßen."

Wichtige Staatsbesuche im Schatten der Angriffe in Cerablus

Im Schatten der Angriffe auf Cerablus und al-Bab erfolgen wichtige Staatsbesuche. So ist am 24. August der US-Vizepräsident Joe Biden auf Staatsbesuch in der Türkei. Gestern war bereits auch schon Mesud Barzani (Chef der südkurdischen KDP) in der Türkei vorstellig geworden. Sein erster Halt galt dem türkischen Geheimdienst (MIT). Er kam aber auch mit Staatspräsident Erdoğan und Ministerpräsident Binali Yıldırım zusammen.

(ANF/YH, 24.8., ISKU)

Dilok: 53 Personen durch Anschlag auf Hochzeitsfeier getötet

Samstagnacht wurde in Dilok (Antep) ein Anschlag auf eine kurdische Hochzeitsgesellschaft verübt. Betroffen ist der Stadtteil Beybahçe, ein Stadtteil mit kurdischer Bevölkerung. Ein Selbstmordattentäter hat sich mitten in der Hochzeitsgesellschaft in die Luft gesprengt. Mahmut Toğrul, Abgeordneter der HDP wies auf Ähnlichkeiten mit den Attentaten in Pirsûs (Suruç), Amed (Diyarbakir) und Ankara hin und mutmaßte, dass es sich bei dem Attentäter wahrscheinlich, um ein Mitglied des Islamische Staat IS handle. Er erklärte, dass es sich bei der betroffenen Familie um Mitglieder und Unterstützer der HDP handle. Die Familie stamme ursprünglich aus Sêrt (Siirt) und sei „die patriotischste Familie am Ort". Mahmut Toğrul geht davon aus, dass „die Familie bewußt als Ziel ausgesucht worden" ist. Auch der Zeitpunkt sei nicht zufällig gewählt worden. Einige Tage zuvor wurde Minbic vom IS befreit, möglicher Weise sei der Anschlag aus „Rache" für die erlittene Schmach verübt werden. Eine weitere Möglichkeit sei, dass Bemühungen für die Anbahnung eines Friedenswegs auf diese Weise sabotiert werden sollte. Am gleichen Tage hatte die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK ein Deklaration veröffentlicht, in der sie erklärte, dass

→

Meldungen:

Türkischer Geheimdienst tötet Kommandanten des Militärrats von Cerablus

Mit einer Presseerklärung wurde die Gründung des Militärrates von Cerablus (Dscharabulus) in Rojava/Nordsyrien am 22. August bekanntgegeben. Gleichzeitig wurden erklärt, dass gegen eine Besetzung der Stadt durch die Türkei Widerstand geleistet werde. Drei Stunden nach Bekanntgebens der Presseerklärung wurde der Generalkommandant Abdulsettar El-Cadir durch Schüsse schwer verletzt. Im Krankenhaus konnten die Ärzte sein Leben nicht retten. Er erlag seinen schweren Verletzungen.

Am Morgen des 23. August gab der Militärrat in einer Erklärung bekannt, dass sie den mutmaßlichen Mörder, ein Mitglied des türkischen Geheimdienstes (MIT), festnehmen konnten. Auch anderen Mitgliedern des MIT sei man auf den Spuren.

(ANF, 23.8., ISKU)

Mecît Gumuş nach langer Krankheit verstorben

Mecît Gumuş (Mahmut) stammt aus Mêrdîn (Mardin). Einer Erklärung der PKK zu folge hat er sich bereits in den ersten Jahren der Gründung der Partei angeschlossen. Zwei Mal wurde er verhaftet als er im Norden Kurdistans aktiv war. 20 Jahre seines Lebens, das ist die Hälfte seines politischen Lebens, verbrachte er in verschiedenen Gefängnissen, darunter auch dem berüchtigten Gefängnis von Diyarbakir und hat sich am Gefängniswiderstand beteiligt. Er war Teil des großen Todesfasten vom 14. Juli 1982. Als er nach der zweiten Gefängnishaft entlassen wurde, suchte er umgehend Kontakt zu seinen Genossen, seinen Genossinnen und seiner Organisation und wandte sich den Bergen zu.

2011 nimmt er die politische Arbeit in Russland auf. Am 14. Juli 2011 wird er in der Autonomen Republik Adygea verhaftet und in Einzelhaft genommen. Ein Jahr später wird er mit dem Vorwurf „Verantwortlicher der PKK für Russland zu sein" von Russland an die Türkei ausgeliefert. Es gibt Spekulationen, wonach er gegen tschetschenische Militante ausgetauscht worden sein soll. In der Türkei wird er 2013 zu 22,5 Jahren Haft verurteilt. Ihm werden teils Taten zur Last

KCK: Türkei-Intervention in Syrien gegen den SDF gerichtet

Aufgrund des Einmarschs der Türkei in den Norden Syriens hat die Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KCK) eine Erklärung veröffentlicht und macht darauf aufmerksam, dass die türkische Intervention gegen die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) gerichtet ist:
"Dieser Angriff ist gegen die Demokratisierung Syriens gerichtet. Es ist ein Angriff auf das kurdische Volk, das gemeinsam mit den AraberInnen, den Suryoye, den Turkmenen, den Tscherkessen, den Armeniern, den Drusen und den anderen Volksgruppen der Region den Kampf für ein demokratisches Syrien führt. Die Verantwortlichen des türkischen Staates haben ohnehin selbst erklärt, dass ihr Ziel nicht der IS ist, sondern die Demokratischen Kräfte Syriens, in denen auch die YPG vertreten ist, und der Demokratische Rat Syriens, in denen Vertreter aller Volksgruppen Syriens vertreten sind.
Dass die internationalen Mächte die Augen vor diesem Angriff der Türkei verschließen, macht deutlich, dass sie kein Interesse an einem demokratischen Syrien haben. Im Kampf um politische Macht sind sie bereit, allmögliche schmutzige Bündnisse zu bilden und hierfür die Interessen der Bevölkerung Syriens aufzuopfern.
Die Demokratischen Kräfte Syriens haben sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit allen Völkern der Region die Föderation Nordsyriens zu bilden, um so auf Basis einer Demokratisierung die Einheit Syriens zu stärken. Die KurdInnen und Völker Nordsyriens haben keinerlei Interesse daran, Syrien aufzuspalten. Dass die Türkei nun diese Kräfte damit beschuldigt, Syrien spalten zu wollen, soll nur der Verschleierung der eigenen Ziele dienen. Doch eigentlich stachelt Türkei die Völker Syriens gegeneinander auf und entfacht Feindschaften zwischen ihnen, um so die eigenen Interessen im Nachbarland besser umsetzen zu können. Aus diesem Grund bezweckt die, eine Demokratisierung Syriens, die Lösung der kurdischen Frage und weiterer Probleme in Syrien zu unterbinden, um so Syrien in einem permanenten Zustand der Instabilität zu halten.
Der türkische Staat möchte mit der Besatzung von Cerablus über die bewaffneten Banden, mit denen sie zusammen agiert, ihren Einfluss in Syrien stärken. Hierfür benutzt sie unter anderem die anti-kurdischen Gruppierungen in Syrien. Ziel ist es, die KurdInnen auszuschalten, um anschließend auf religiös-sektiererischer Basis über Syrien hinaus den eigenen Einflussbereich im Mittleren Osten auszuweiten.
Aus diesem Grund ist der türkische Staat derzeit Vorreiter im Kampf gegen die Demokratie im Mittleren Osten. Die Verantwortlichen in Ankara möchten die demokratischen Dynamiken im Mittleren Osten, allen voran die kurdische Dynamik, ausschalten, um so die autoritären Regime, wie sie eines sind, weiter auf den Beinen zu halten. Aus diesem Grund muss dieser Angriff des türkischen Staates und ihrer Verbündeten als ein Angriff auf alle demokratischen Kräfte im Mittleren Osten gewertet werden. Und folglich müssen alle Völker, die ein demokratisches und freies Leben wollen, sich gegen diesen Angriff stellen.
Die AKP-Regierung zielt nicht nur auf die Vernichtung der demokratischen Kräfte im eigenen Land ab, sie möchte auch alle demokratischen Kräfte im Mittleren Osten in die Knie zwingen. Aus diesem Grund ist ihr aktuelles Angriffsziel im Norden Syriens einzig das kurdisch-syrische demokratische Bündnis.

Aufruf zur Erhöhung des Widerstands

Gegen diesen Angriff müssen alle kurdischen und demokratischen Kräfte zusammenkommen. Die KurdInnen dürfen diesen Angriff nicht bloß als einen Angriff auf Rojava werten. Dieser Angriff ist gegen alle KurdInnen gerichtet und so müssen auch alle KurdInnen zusammenkommen, um eine gemeinsame Haltung und einen gemeinsamen Widerstand gegen diese Angriffe zu bilden. Genauso wie die KurdInnen und die demokratischen Kräfte beim Angriff auf Kobanê gemeinsam sich erhoben und gemeinsam Widerstand geleistet haben, ebenso müssen sie es auch beim aktuellen Angriff der Türkei tun und überall gemeinsam Widerstand leisten.
Nachdem der türkische Staat erfolglos den IS hat gegen die Revolution von Rojava und Kobanê kämpfen lassen, hat sie sich nun entschlossen, selbst anzugreifen. Aus diesem Grund rufen wir das kurdische Volk und die Demokratiekräfte in der Türkei und überall auf der Welt dazu auf, mit dem Geist wie beim Widerstand für Kobanê gemeinsam überall auf die Straßen zu gehen und den Kampf zum Schutz der Revolution von Rojava und die Demokratisierung Syriens gemeinsam zu führen." *(ANF/CA, 25.8., ISKU)*

→Dilok: 53 Personen durch Anschlag...

sie für eine politische Lösung des Konflikts weiterhin offen sei, zuvor jedoch ernste Schritte vom türkischen Staat erwarten würden.
Der Kovorsitzende der HDP Selahattin Demirtaş sagte nach dem Attentat seinen Besuch in Süd-Afrika ab und kam gemeinsam mit der HDP-Delegation. Auch Selahattin Demirtaş glaubt nicht an einen Zufall. Er erklärte gegenüber der Presse: „Nach dem Massaker von Pirsûs wurden in Serê Kanî (Ceylanpınar) zwei Polizisten im Schlaf ermordet. Das war ein berechnetes Szenario, um einen Krieg vom Zaun zu brechen. Leider waren sie damit erfolgreich. Seit etwa einem Jahr tobt im Brennpunkt der kurdischen Frage ein Krieg. Als am 10. Oktober das Massaker in Ankara geschah, stand Seitens der KCK die Ausrufung eines Waffenstillstands auf der Agenda. Das Massaker verhinderte dies. Die, die das Massaker verübten, erreichten ihr Ziel. Gestern hat die KCK eine Erklärung abgegeben die einem Waffenstillstand hätte den Weg ebnen können. Und da passiert der Angriff in Dilok. Das ist kein Zufall. Weder die Betroffenen noch der Ort sind zufällig gewählt."
Inzwischen mehren sich Meldungen, nach denen das Attentat möglicherweise hätte verhindert werden können. Bei den Ermittlungen zum Attentat in Ankara ist die Staatsanwaltschaft auf Hinweise gestoßen, nach denen Aleviten, aber auch Ziele in Antalya, dort Vergnügungsstätten wie Diskotheken und Nachtlokale und auch Ziele in Dilok vom IS anvisiert worden seien, konkret kurdische Hochzeitsgesellschaften.
Bei dem Attentat verloren 53 Menschen ihr Leben, 94 wurden zumeist schwer verletzt. 50 Leichname wurden mittlerweile freigegeben. Nachdem 5 bereits am frühen Morgen beerdigt worden sind, 3 weitere nach Wan (Van), Semsûr (Adıyaman) und Sêrt gebracht wurden, sind 42 bei einer gemeinsamen Beerdigungszeremonie in Dilok zu Grabe getragen worden. Bei dieser waren die Kovorsitzende Figen Yuksekdağ, die Kovorsitzende der DBP Sabahat Tuncel, der Kosprecher der HDK Ertuğrul Kurkçü und die Abgeordneten der HDP Nursel Aydoğan, İbrahim Ayhan, Behçet Yıldırım und Mahmut Togrul anwesend. Mehrere tausend Menschen kamen zusammen, um gemeinsam Abschied zu nehmen. Der Demokratische Gesellschaftskongress (DTK) hat eine der 3-tägige Trauer ausgerufen.
(ANF, 21.8., ISKU)

gelegt, die es nachweislich nie gegeben hat. Eine ihn belastende Aussage kam nachweislich durch Folter zustande.
Das war das dritte Mal, dass er in der Türkei im Gefängnis saß. Dort erkrankt er an Lungenkrebs. Schon nach kurzer Zeit wird er haftunfähig und im April 2016 aus dem Gefängnis entlassen. Kaum entlassen, nimmt er Kontakt zu seinen Genossen und Genossinnen auf, und bittet darum, die ihm verbleibende Zeit in den Bergen bei ihnen verbringen zu dürfen. Dieser Wunsch wurde ihm erfüllt. Nach 20 Tagen in den Bergen verstarb er jetzt im Krankenhaus von Silêmanî, heißt es in der Erklärung der PKK. Mecît Gumuş wird seine letzte Ruhe in den Medya-Verteidigungsgebieten finden.
(ANF, 21.8., ISKU)

Qisle: Aktion der HPG gegen Polizei- und Militärstation

In Qisle (Nazimiye) in der Provinz Dersim wurde am Montag die Polizei- und Militärstation mit Raketenwerfer und Mörsern von der Guerilla der Volksverteidigungseinheiten HPG angegriffen.
Laut örtlichen Quellen war die Aktion so heftig, dass eine Stunde lang die zahlreiche Gefechte zu hören waren. Mehrere Detonationen und Gefechtslärm konnte vernommen werden. Hubschrauber und Krankenwagen kamen zum Ort des Angriffs, um die Toten und Verletzten zu bergen.
Genauere Informationen liegen noch nicht vor, staatliche Medien berichteten von einem toten Soldaten und acht zum Teil schwerverletzten Sicherheitskräften.
Eine Stellungnahme der HPG liegt noch nicht vor.
Im Anschluss der Aktion der Guerilla wurde Seitens des Staates eine Ausgangssperre verhängt. *(ANF, 22.8., ISKU)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YH	Yüksekova Haber
CA	Civaka Azad

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 783
2. September 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei eskaliert an der Grenze zu Kobanê

Am 4. Tag der Besetzung der Stadt Cerablus durch die türkische Armee und von ihr unterstützte Söldner haben türkische Panzer Stellungen des Miliärrats der Stadt Cerablus angegriffen. Der Angriff richtete sich gegen das 8 Kilometer südlich von Cerablus gelegenen Dorfs Til-Emare. Bereits am Morgen hatte die Türkei gegen das Dorf Til-Emare Luftangriffe durchgeführt. Bei dem Luftangriff soll es zu vielen Verletzten und Getöteten unter der Zivilbevölkerung gekommen sein.
Zu Gefechten zwischen der türkischer Armee und Einheiten des Militärrats kam es, nachdem die türkische Armee Stellungen des Militärrates im Dorf Yusufbayk südöstlich von Cerablus angegriffen hatte. Der Militärrat reagierte diesmal. Es war das erste direkte Gefecht zwischen kurdischen und türkischen Kräften. Bei dem Gefecht wurden drei türkische Panzer zerstört. Meldungen der Tageszeitung Milliyet zu Folge sollen dabei ein türkischer Soldat getötet, drei weitere verletzt worden sein.
Während seit der Besetzung der Stadt Cerablus die Situation mehr und mehr eskaliert, hat die Türkei die Grenze zu Rojava auch an anderer Stelle verletzt. Am Grenzübergang Mürşitpınar bei Kobanê fuhren gepanzerte Militärfahrzeuge über die Grenze nach Rojava. In ihrem Schatten Baufahrzeuge, die auf syrischem Gebiet damit begannen, eine Mauer zu errichten. EinwohnerInnen der Stadt Kobanê zogen daraufhin zu Tausenden an die Grenze und begannen eine Mahnwache zu halten. Die KurdInnen sind empört über das Vorgehen der Türkei und sprechen von einer Provokation. Sie verurteilten die Besetzung ihres Landes durch die türkische Armee.

Türkisches Militär nimmt vier YPG-Kämpfer bei einer humanitären Mission als Geisel
Die Pressestelle der Volksverteidigungseinheiten YPG berichtet in einer schriftlichen Erklärung davon, dass vier ihrer Kämpfer vom türkischen Militär und ihm nahen Banden in die Falle gelockt und als Geisel genommen wurden. Zuvor bombardierten türkische Kampfflugzeuge ZivilistInnen im Dorf El-Kusa. Die YPG-Kämpfer hatten sich daraufhin auf den Weg gemacht, um verletzten ZivilistInnen zu helfen.
In der Erklärung heißt es weiter: „Am 28. August bombardierten türkische Kampfflugzeuge südlich von Cerablus das Dorf El-Kûsa aus der Luft. Die Bombardements richteten sich gegen ZivilistInnen. Im Zuge der Angriffe wurden viele getötet und verletzt. Die Kommandantur des Militärrat von Cerablus hatte aufgerufen, den verletzten ZivilistInnen zu Hilfe zu eilen.
Auf der Qereqozax-Brücke trafen sich die 4 und bildeten ein Team, um die ZivilistInnen zu retten. Sie versuchten das Gebiet schnell zu erreichen. Aber das türkische Militär und ihr nahestehende Banden stellten eine Falle, in die ihr Fahrzeug geriet. Die 4 wurden als Geisel genommen.
Wir teilen hiermit der Öffentlichkeit mit, dass das türkische Militär und der türkische Staat Verantwortung für das Leben und für die Gesundheit unserer Freunde haben. Wir machen sie dafür verantwortlich, sollte ihnen etwas passieren."

"Die Parteien versicherten, sich auf die Gefahr die vom IS ausgeht konzentrieren zu wollen"
Mit Intervention amerikanischer Vertreter soll jetzt zwischen türkischer Armee und dem Militärrat der Stadt Cerablus beidseitig eine Waffenruhe erklärt worden sein. Das türkische Außenministerium soll bereits erklärt haben, dass der Waffenstillstand für sie nicht bindend sei.
Einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP nach, hat der Sprecher der CENTCOM General John Thomas erklärt: „Seit ein paar Stunden schweigen die Waffen, die Parteien versicherten, sich auf die Gefahr die vom IS ausgeht konzentrieren zu wollen. Es handelt sich dabei um eine vorläufige Übereinkunft. Wir hoffen, dass sie innerhalb der
In einer Erklärung der Hauptkommandantur des Militärrats von Cerablus heißt es: „Nach Intervention der Internationalen Allianz unter Führung der USA haben wir, um das Blutvergießen zu beenden und zum Schutz der Zivilbevölkerung, mit der Internationalen Allianz als Mittler den Waffenstillstand gegenüber der türkischen Armee erklärt. Dieser Waffenstillstand ist am vergangenen Abend zwischen unseren Kräften am Ufer des Sacur und der türkischen Besatzungsarmee zustande gekommen. Jene Kräfte, die intervenierten und sich für einen Waffenstillstand aussprachen, hegen die Hoffnung, dass er dauerhaft sein möge. Wir möch-

→

Neue Phase des Widerstand unter dem Motto:

„Es ist der Tag der Aktion"

Seit Tagen rief die demokratische Opposition für den 31. August nach Amed (Diyarbakir). Man wolle die gemeinsame Strategie für die kommende Zeit ausloten und verkünden, hieß es. Am 31. war es dann soweit. Vor dem Gebäude des Demokratischen Gesellschaftskongresses DTK in Amed versammelten sich alle Co-Vorsitzenden und Co-Sprecher von DTK, Demokratischer Volkskongress HDK, Kongress der Freien Frau KJA, Partei der Demokratischen Regionen DBP und Demokratische Partei der Völker HDP, alle Abgeordneten der HDP, alle Bürgermeister der DBP, Bezirksärzte, diverse NGOs und auch Teile der Bevölkerung, um der Verkündung der Deklaration beizuwohnen. Die gemeinsame Deklaration aller verlas Hatip Dicle. Mit Verlesung der Deklaration soll eine neue Phase eingeleitet werden, unter dem Motto: „Es ist der Tag der Aktion". Im Zentrum des Widerstands wird Abdullah Öcalan stehen, von dem es seit nun mehr 510 Tagen kein Lebenszeichen mehr gibt. Auftakt des Widerstand wird am 5. September sein. 50 Freiwillige werden, sollte die Regierung bis dahin nicht einlenken, ab dem 5. September in den unbegrenzten Hungerstreik treten, der nur eine Forderung hat: Besuch durch Familienangehörige, seine Anwälte oder eine Delegation von PolitikerInnen bei Abdullah Öcalan.
(ANF, 31.8., ISKU)

Meldungen:

Dorf Um Hoş befreit
Die der YPG nahstehenden Ceyş El-Siwar, El-Şîmal und a Demokratik Tugayı-Einheiten und KämpferInnen des Militärats von Bab haben nach den Angriffen des IS auf die Ceyş El-Siwar-Stellungen in den Dörfern Um Hoş und Herbil in Şehba eine Befreiungsaktion gestartet, bei der sie die genannten Dörfer nach Gefechten vom IS befreien konnten. Der IS hatte zuvor 3 ZivilistInnen getötet und weitere 7 verletzt. Die verletzten ZivilistInnen wurden in das Krankenhaus von Êfrin eingeliefert.
(ANF, 30.8., ISKU)

Die Bevölkerung von Rojava erweist 3 gefallenen Internationalisten ihre letzte Ehre
Drei Kämpfern der YPG wurde am Montag am Grenzübergang von Sêmelka die letzte Ehre erwiesen, bevor sie über Başûr/Südkurdistan in ihr Heimatland überstellt wurden. Es handelt sich bei ihnen um die Amerikaner Jordan Andrew (Ciwan Firat) aus Colorado, William Savage (Amed Kobanê) aus Maryland und Levi Jonathan Shirley (Agir Şervan) aus Nevada, die in den Reihen der YPG gekämpft und im Kampf gegen den Islamischen Staat IS/DAIŞ für die Befreiung von Minbic ihr Leben gegeben haben.
(ANF, 29.8., ISKU)

Şemzinan: Guerilla nimmt Hügel der Region Rubarok ein
In der Region Rubarok hat die Guerilla der HPG einen strategisch wichtigen Hügel eingenommen, der unter der Kontrolle des türkischen Militärs stand.
Gegen 23:00 Uhr konnte der sich in Colemêrg (Hakkari) im Landkreis Şemzinan (Şemdinli) liegende Hügel eingenommen werden. Dabei kam es zu schweren Gefechten zwischen der Guerilla und der türkischen Armee. Bei den Gefechten wurden mehrere Soldaten getötet, schwere Waffen konnten von der HPG beschlagnahmt werden.
(ANF, 29.8., ISKU)

Hungerstreik in Strasbourg für Sengalê und Abdullah Öcalan
Seit dem 23. August sind Vertreter und Vertreterinnen des Rats von Şengale im Ausland in Strasbourg in einen Hungerstreik getreten. Während die Verantwortlichen des Rates unbegrenzt in den Hungerstreik getreten sind, schließen sich immer wieder verschiedene Gruppen aus Solidarität mit den Forderungen im 5-tägigen Wechsel dem Hun-

Mustafa Çelik zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt

Am 30.8.2016 ist der kurdische Aktivist Mustafa Çelik vom Oberlandesgericht Celle wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ – gemeint ist die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) – nach §§ 129a, 129b StGB zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt worden. Nachdem seit dem 29.4.2016 vor dem OLG Celle gegen Mustafa Çelik verhandelt wurde, sprach ihn das Gericht am Dienstag schuldig und verurteilte den kurdischen Aktivisten zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft. Vier Monate lang ließ das Gericht ZeugInnen – vor allem von Polizei und Geheimdienst – anhören, abgehörte Telefonate und SMS vorlesen und bereits an anderer Stelle Beschlossenes vortragen.
Vor der mündlichen Urteilsverkündung sah sich der Vorsitzende Richter Rosenow gezwungen zu begründen, warum das Gericht kein politisches Urteil in einem politischen Prozess erlasse, sondern allein nach rechtsstaatlichen Kriterien urteile. Eine Entpolitisierung des Urteils und des gesamten Verfahrens gelang ihm dabei freilich nicht.
In der Urteilsbegründung versteifte sich das Gericht darauf, das türkische Regime sei „keine Besatzungsmacht und kein rassistisches System“ – angesichts des seit letztem Jahr eskalierenden Krieges in Nordkurdistan/Südosttürkei und des Einmarschs türkischen Militärs an der Seite extrem islamistischer Banden in Rojava/Syrien eine Farce. Sogar das Gericht selbst musste sich in diesem Punkt widersprechen, als es bei der Begründung des Strafmaßes anerkannte, dass Mustafa Çeliks Engagement gegen die die Unterdrückung des kurdischen Volks und die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Regimes gerichtet gewesen sei.
Eigenhändige Straftaten konnte das Gericht Mustafa Çelik nicht nachweisen; allein, dass er seine Tätigkeiten – das Organisieren von Protesten, Wahlkampf für die Demokratische Partei der Völker (HDP), das Sammeln von Spenden, die Teilnahme und Bewerbung von Bildungen – als Mitglied der PKK ausgeführt habe, genüge, ihn zu verurteilen.
Mustafa Çelik selbst hatte bereits am Prozesstag zuvor erklärt, er werde sein Engagement für den Freiheitskampf in Kurdistan und die Freiheit des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan fortsetzen.
Nach der Urteilsverkündung drückte das Solidaritätskomitee für die Politischen Gefangenen Celle/Hannover noch spontan seinen Protest gegen das Urteil durch eine kurze Demonstration und eine Kundgebung in der Celler Innenstadt aus.
Über das Verfahren gegen Mustafa Çelik sowie gegen alle anderen kurdischen AktivistInnen, die nach §§ 129a, 129b StGB angeklagt werden, informiert der Blog *https://freiheit.blackblogs.org*

Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen Celle/Hannover

Cizîr: 118 „Sicherheitskräfte“ getötet

Das Polizeipräsidium und die Wache der Sonderpolizei (Çevik Kuvvet) in Cizîr (Cizre) wurden bei einem Bombenanschlag zerstört. Am 26. August gegen 7.00 Uhr morgens fuhr ein Fahrzeug vor. Am Kontrollpunkt, 50 Meter vor der Wache, wurde das Fahrzeug aufgehalten. Es soll zum Gefecht gekommen sein, das Fahrzeug explodierte noch am Kontrollpunkt. Trotzdem wurden die Gebäude des Polizeipräsidiums und die Wache der Sonderpolizeieinheiten großteils zerstörst. Ein Brand, der durch die Explosion entstanden war, griff schnell auf das Materiallager der Polizei über. Unter den Verletzten befindet sich auch der Vertreter des Staates in Cizîr, Gouverneur Ahmet Adanur.
Die Pressestelle der Volksverteidigungskräfte HPG hat eine Erklärung veröffentlicht, in der sie nähere Details zu dem Angriff auf die Polizeistation bekannt gibt. Demnach wurden 118 „Sicherheitskräfte“ getötet. Der Guerilla-Kämpfer Firat Pirsus (Mustafa Aslan) wurde bei der Aktion getötet.
Die Aktion richtete sich gegen die Kräfte, die die Morde in Cizîr geplant und durchgeführt haben, also gegen die Polizeistation, das Polizeipräsidium und die Wache der Sonderpolizei (Çevik Kuvvet), das Haus des Gouverneurs, das MIT-Gebäude (Einrichtung des Geheimdienstes) und gegen den Polizeikontrollpunkt.
In der Erklärung heißt es: “Von unserem Kämpfer Fırat Pırsus wurde ein Lastwagen mit Sprengstoff gezündet. Wir haben bis heute keine Lebenszeichen von unserem Vorsitzenden [Abdullah Öcalan] gehört. Wir werden Aktionen dieser Art unter der Parole ‘Bê Serok Jiyan Nabe! – Ohne den Vorsitzenden gibt es kein Leben’ verstärken.“
Zum Gedenken an die Ermordeten von Cizîr wurde zwischen zwei Gebäuden der Polizeistation ein Lastwagen mit Sprengstoff gezündet. Die beiden Gebäude wurden komplett zerstört. Der hohe Anteil an Explosivstoffen im Depot ist in Brand geraten. Dadurch kam es zu mehreren Explosionen, die vier Stunden andauerten.
60 Militärfahrzeuge (Ranger, Akrep, Kobra, Kirpi, BTR), die sich auf dem Gelände befanden, wurden ebenfalls zerstört. Auch sind durch die Explosionen einige Militärfahrzeuge und gepanzerte Container in den Fluss Dicle gestürzt. Ein wichtiger Teil der Militärstation wurde zerstört. Vom Haus des Gouverneurs stürzten die Wände ein. Auch das Gebäude des türksichen Geheimdienstes MIT wurde weitgehend zerstört.118 „Sicherheitskräfte“ wurden durch die Explosionen getötet und 152 Verletzt. Auch der Gouverneur wurde verletzt. Die Anzahl der Getöteten und Verletzten vom MIT und den anderen Gebäude konnte nicht festgestellt werden.
Bei den Ein- und Ausfahrtssperren nach Cizîr wurden zwei Zivilisten verletzt.

(CH, 26.8./ANF, 27.8., ISKU)

→ Türkei eskaliert an der Grenze...

ten die Öffentlichkeit darauf hinweisen, dass der Waffenstillstand jedoch nicht bedeutet, dass wir eine Besetzung von Cerablus durch die Türkei akzeptieren werden.“

Heftige Kämpfe zwischen YPG und IS
Nachdem am 23. August, ein Tag vor dem Einmarsch der Türkei in Cerablus, der IS südlich von Şedadê auf einer 15 Kilometer langen bis zum Dorf Azawî reichenden Front die YPG angegriffen haben, sind heftige Kämpfe entflammt. Allein sieben Mal soll in dieser Zeit der IS versucht haben, mit mit Explosionsstoffen beladenen Fahrzeugen die Linien der YPG zu durchbrechen. Nach 3 Tagen der Gefechte konnte die YPG den Angriff abwehren und die Situation für sich entscheiden.
In Şedadê dauern Minenräumarbeiten an. Bei dem Versuch eine Mine zu entschärfen, hat, wie jetzt bekannt wurde, der Kommandant der Einheiten des Sicherheitsrats der Assuri von Xabur (Zêrevanên Xabûr) Basil Taliya (Akad) sein Leben verloren. Die Zêrevanên Xabûr sind Mitglied des Militärrates der Süryani.

(ANF, 28.-30.8., ISKU)

gerstreik an. Während der ersten 5 Tage war das die Demokratische Föderation der Aleviten. Nach 5 Tagen ist an ihre Stelle jetzt die Europäische Föderation der Ezîden getreten. Die Forderungen der Hungerstreikenden sind die internationale Anerkennung eines Status für Sengalê und ein Kontrollbesuch bei Abdullah Öcalan durch das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CTP). Seit April letzten Jahres steht Abdullah Öcalan unter Totalisolation. Er hat weder Kontakt zu Angehörigen seiner Familie noch zu seinen Anwälten. Vor allem nach dem Putschversuch in der Türkei ist die Besorgnis über die Auswirkungen und Folgen der Ereignisse auf ihn und seine Situation erheblich gewachsen. *(ANF, 28.8., ISKU)*

Amed: Kurdischsprachige Tageszeitung durchsucht
Die einzige kurdisch sprachige Tageszeitung in der Türkei, Azadiya Welat, wurde am 28.8. Ziel einer Razzia der türkischen Polizei. Die Zentrale der Zeitung in Amed (Diyarbakir) wurde durchsucht. 25 MitarbeiterInnen der Zeitung und mehrere Besucher, darunter ein Kind, die sich zum Zeitpunkt der Durchsuchung in den Büroräumen aufhielten, wurden verhaftet. Der Inhaber der Zeitung Ramazan Ölçen erklärte: „In letzter Zeit wurden viele unserer JournalistInnen und ZustellerInnen verhaftet. Allein heute wurden in Amed 25 unserer Zusteller festgenommen. Aber das schreckt uns nicht ab. Wenn nötig, werden morgen alle unsere Redakteure die Zeitung zu ihren Lesern tragen. Bis heute haben sich weder unsere Leser noch unser Volk abschrecken lassen. Sie werden ihre Zeitung auch weiterhin unterstützen, wenn nötig selber ins Büro kommen, um sie sich zu holen. Wir werden fortfahren, die Wahrheit zu schreiben.“

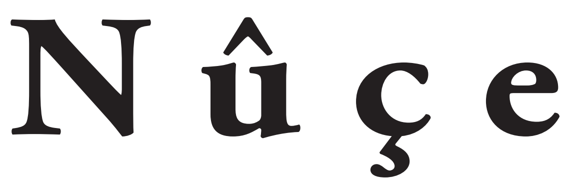
(ANF, 28.8., ISKU)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur
CH Cumhuriyet

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 784
9. September 2016



.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

50 kurdische AktivistInnen im unbefristeten Hungerstreik

„Bis wir ein Lebenszeichen von Herrn Öcalan erhalten“

Mit einer gemeinsamen Erklärung sind 50 kurdische Aktivistinnen und Aktivisten in Amed (Diyarbakir) in den unbefristeten Hungerstreik getreten. Die Hungerstreikenden erklärten, dass sie solange den Hungerstreik fortsetzen werden, bis ein Lebenszeichen des auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan sie erreicht. Die Kovorsitzende der Demokratischen Partei der Regionen (DBP), Sebahat Tuncel, erklärte zum Auftakt des Hungerstreiks, dass seit der Nacht des gescheiterten Militärputsches am 15. Juli keine vertrauenswürdige und objektive Information zum Zustand Öcalans die Öffentlichkeit erreicht habe. Tuncel erklärte, dass die Isolation Öcalan mittlerweile 510 Tage anhalte und dass alle politischen Versuche, die Isolation des PKK-Vorsitzenden zu beenden, durch die AKP-Regierung niedergeschmettert worden seien. Aus diesem Grund werde die Gruppe von 50 Aktivistinnen und Aktivisten solange ihren Hungerstreik fortsetzen, bis die Angehörigen Öcalans, seine AnwältInnen oder eine politische Delegation ihn auf der Gefängnisinsel besuchen können. Unter den Hungerstreikenden befinden sich mehrere Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Mitglieder der Demokratischen Partei der Regionen (DBP), KünstlerInnen, RechtsanwältInnen, JournalistInnen, Frauenaktivistinnen und weitere VertreterInnen der Zivilgesellschaft

Strasbourg: Shengal Diaspora Rat seit zwei Wochen im Hungersteik
Ebenfalls mit der Forderung nach einem Lebenszeichen von Öcalan befinden sich im französischen Strasbourg insgesamt fünf Mitglieder des Shengal Diaspora Rates bereits seit 14 Tagen im Hungerstreik. Ein Arzt des kurdischen Halbmondes erklärte nach einem Besuch bei den Hungerstreikenden, dass deren gesundheitlicher Zustand sich zusehends verschlechtere. So hätten die Aktivisten bereits bis zu acht Kilogramm Gewicht verloren. Drei von ihnen würden zudem bereits unter Blutdruckproblemen leiden. Noch sei der gesundheitliche Zustand der Hungerstreikenden in keinem kritischen Zustand. Dies könnte sich allerdings in den folgenden Tagen ändern, erklärte der Arzt.

Gefangene von PKK und PAJK werden sich dem Hungerstreik anschließen
Im Namen der politischen Gefangenen von PKK und PAJK begrüßte Demiz Kaya den Hungerstreik von in Amed und erklärte, dass sich auch die politischen Gefangenen in der Türkei und Kurdistan dem Hungerstreik anschließen. Unter der gleichen Forderung wird am 15. September die erste Gruppe Gefangener in den unbegrenzten Hungerstreik treten. Die erste Gruppe wird aus 35 Personen bestehen, jeweils 5 aus den Gefängnissen Diyarbakır D Tipi, Siirt E Tipi, dem Frauengefängnis in Gebze, Kandıra 1 Nolu F Tipi, Kırıklar F Tipi, Silivri und Tarsus.
(CA, 5.9., ANF. 8.9., ISKU)

Colemêrg: Tagelange Gefechte zwischen HPG und türkischer Armee

Am 30. August hat die türkische Armee eine Operation im Gebiet Ertuş in der Provinz Colemêrg (Hakkari) begonnen. Gegen 20.00 Uhr wurde das Gebiet zuerst durch die türkische Luftwaffe bombardiert, dann wurden an zwei Orten in der Bergen nahe der Anhöhe Kale Ertoş Einheiten der türkischen Armee mit Hubschraubern abgesetzt. In den frühen Morgenstunden des darauf folgenden Tages kam es daraufhin zu heftigen Gefechten zwischen den Volksverteidigungskräften HPG und der türkischen Armee. Nachdem die HPG auf die Stellung der türkischen Armee in einer der Schneisen eine Aktion durchgeführt hat, nahm sie die Anhöhe dahinter ein. Zeitweise waren an dem Ort auch im Anschluss noch Gefechte zu verzeichnen, an anderen Punkten sowie der Anhöhe Kale Ertoş gab es heftige und anhaltende Gefechte, auch kam es immer wieder zu Luftangriffen der türkischen Armee. Die Gefechte dauerten auch am 3. Tag an. Die HPG erklärt, sie hätten sich mittlerweile auf weite Teile von Ertoş ausgebreitet.

Der große Widerstand von Çelê
Natürlich kennt die Guerilla das Gelände gut. Von den hohen Gipfeln des Ertoş bis in die tiefen Täler von Zap kennt sie sich gut aus. Egal wie groß der Angriff auch sein mochte, die Guerilla sagte „Danke“ und startete ihren historischen Widerstand.
Es ist nicht lange her, als die Guerilla mit ihrem Widerstand all die großangelegten Militäroperationen des türkischen Militärs ins Leere laufen lassen hat – 2008 in Zap und 2015 in Çarçela …
Seit Tagen ertönen die Geräusche von Kampfflugzeugen und schwerer Artillerie in der Region, sie hören nicht auf. Nach den ganz lauten Explosionsgeräuschen frage ich mich immer wieder, „Was ist passiert?”, aber nach einigen verstrichenen Sekunden sehe ich, die Guerilla hat mit ihrer Agilität und Erfahrung die Angriffe erneut ins Leere laufen lassen. Die Gegend von Ertuş brennt Stück für Stück. Ich sage dies, sowohl bildlich als auch wörtlich …
Bildlich gesprochen, die Guerilla versetzt den Banden der türkischen Armee schwere Schläge, so dass beim Militär keine Psyche übrig bleibt und wörtlich gesprochen, die Soldaten, deren Psyche zerstört wurde, werden mit neuen Angriffen der Kampfflugzeuge, die in der Region stundenlang bombardieren und zerstören, beruhigt.
Ja, Ertuş leistet Widerstand. Die sich in der Region befindende Guerilla leistet mit dem Geist von Zap großen Widerstand. Sie bringt der türkischen Armee große Schläge bei, wie 2008 in Zap. *(ANF, 4./5.9., ISKU)*

Meldungen:

Türkische Armee verletzt Grenze zu Kobanê – 2 Tote und 80 Verletzte
Die türkische Armee hat ein Blutbad an der Grenze vor Kobanê angerichtet. Nachdem vor Tagen die türkische Armee die Grenze vor Kobanê verletzt hat und versucht, auf der Seite von Rojava/Nordsyrien, eine Grenzmauer zu errichten, sind hunderte Menschen aus Kobanê zur Grenze geeilt, um dort eine Mahnwache abzuhalten. Am Morgen des 2. Septembers hat die türkische Armee die unbewaffnete Zivilbevölkerung mit scharfer Munition und Tränengas angegriffen.
In Folge des Angriffs wurden 80 Menschen verletzt, darunter 7 schwer, zwei Jugendliche verloren ihr Leben. Nach bekannt werden des Angriffs sind weitere Menschen zur Grenze geströmt. Die Mahnwache dauert an.
(ANF, 2.9., ISKU)

Türkische Aggression in Rojava: Sechs kurdische Verteidigungseinheiten ermordet
Der türkische Staat weitet seine Angriffe auf Rojava weiter aus. Jüngstes Ziel ist der Kanton Afrin. Türkische Soldaten haben von ihrem Staatsgebiet aus am Abend des 7.9. ein Dorf im Bezirk Raco des Kanton knapp eine Stunde lang mit schweren Waffen beschossen. Dabei wurden insgesamt sechs Mitglieder kurdischer Selbstverteidigungseinheiten, die an der Grenze postiert waren, getötet. Sechs weitere Menschen wurden verletzt.
Der Angriff ereignete sich gegen 18 Uhr Ortszeit im Grenzdorf Surkê. Ohne Vorwarnung habe das türkische Militär die Stellungen der Verteidigungseinheiten mit Raketen beschossen und unter Panzerbeschuss gesetzt. Als die Zivilbevölkerung des Dorfes die verletzten Verteidigungseinheiten aus der Schusslinie holen wollte, habe das türkische Militär auch sie unter Beschuss genommen, berichten die Bewohner. So handele es sich bei zwei der sechs Verletzten um Zivilisten.
(CA, 7.8., ISKU)

YAT nimmt Geiselnehmer fest
Eine Gruppe von 4 YPG-Kämpfern, die in einer humanitären Mission unterwegs waren, um verletzte ZivilistInnen zu versorgen, die zuvor von türkischen Kampfjets bombardiert wurden, war mit ihrem Fahrzeug in eine Falle geraten. (siehe Nûçe Nr. 783).

Ellen lebt im Kampf für eine frauenbefreite, ökologische und basisdemokratische Welt weiter

Unsere Freundin Ellen Jaedicke ist am Freitag, den 2.9. in Hamburg an einer Krebserkrankung verstorben. Sie wurde nur 40 Jahre alt. Sie wollte noch nicht gehen, denn sie hatte viele Pläne. Ellen war seit 10 Jahren in der kurdischen Frauenbewegung aktiv. 2007 hatte sie in Amed (Diyarbakir)in der Baglar Kadin Kooperatifi (Frauenkooperative) mitgearbeitet. Ende 2007 hat sie das Kurdistan Komitee Berlin mit gegründet. 2009 hatte Ellen maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Camps in Amed mitgewirkt, das zu einer Reihe von Initiativen in der Bundesrepublik führte, u.a. der Broschüre „Demokratische Autonomie in Nordkurdistan" und der Gründung der Kampagne Tatort Kurdistan, und sie hat an dem Buch „Widerstand und gelebte Utopie" mitgearbeitet.
Eineinhalb Jahre beteiligte sich Ellen an der kurdischen Frauenbewegung in den Bergen, wo sie den Namen Sterk (Stern) annahm. Sie war Mitarbeiterin verschiedener Initiativen wie der Frauenbegegnungsstätte Utamara und dem Kurdischen Frauenbüro für Frieden Cenî. Zuletzt war sie Mitglied des Rojbîn Frauenrates in Hamburg.
Der Frauenbefreiungskampf innerhalb der PKK löste in Ellen eine sehr große Begeisterung aus, sie sah in der Vermittlung seiner Methoden und Ideen Chancen für die Initiierung einer Neuorganisierung der feministischen Bewegung in der Bundesrepublik.
Mit ihrer mitreißenden, fröhlichen und strahlenden Art begeisterte Ellen viele Menschen. Wie wir insbesondere in den letzten Tagen und Wochen sehen konnten, wird Ellen von vielen Menschen geliebt und wird in diesem Kampf für eine frauenbefreite, ökologische und basisdemokratische Welt weiterleben. Sie wird uns und in vielen Projekten fehlen.
Die Beerdigung und Trauerfeier wird erst in ca. 2-3 Wochen auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg im Garten der Frauen stattfinden. *(ISKU, 5.9.)*

Kenan Baştu zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt

Am 1.9.2016 wurde der kurdische Aktivist Kenan Baştu vom Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Celle (4. Strafsenat) wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" – gemeint ist die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) – nach §§ 129a I, 129b I StGB zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt worden.
Seit dem 09.06.16 wurde vor dem OLG Celle gegen Kenan Baştu verhandelt. Heute sprach ihn das Gericht der Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" schuldig und verurteilte den kurdischen Aktivisten zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft.
In der Urteilsbegründung zeichnete der vorsitzende Richter Rosenow einen Teil des Lebens Kenan Baştus nach, der sich in der Türkei in einer linken Gewerkschaft engagiert hatte. Aufgrund seines politischen Engagements war er dort zwei mal inhaftiert und in der Haft gefoltert worden, ohne allerdings verurteilt worden zu sein. Aufgrund dieser Verfolgung suchte er 2008 Asyl in Frankreich und setzte sich auch in Europa für eine Demokratisierung der Türkei und eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ein. Richter Rosenow kam nicht umhin, anzuerkennen, dass Kenan Baştu aus uneigennützigen, ja idealistischen Gründen für die Freiheit des kurdischen Volks eintrete. Auch hielt er Kenan zugute, dass er kein „Scharfmacher" gewesen sei, sondern stets besonnen agiert habe, was selbst ein Zeuge des Bundeskriminalamts (BKA) so ausgesagt hatte.
Ansonsten glänzte das Gericht mit wenig Aufrichtigkeit, da es zwar einerseits die Menschenrechtsverletzungen und die langjährige Unterdrückung der Bevölkerung Kurdistans durch das türkische Regime anerkannte, aber andererseits in typischer Manier der Staatsschutzsenate die Vorgaben der Bundesregierung, des BKAs und des Bundesgerichtshofs (BGH) bezüglich der Aburteilung vermeintlichen „Terrorismus" mithilfe der §§ 129a, 129b StGB sowie die Lesart des kurdischen Freiheitskampfs als illegitim umsetzte.
Wie bereits im Urteil des gleichen Senats gegen den kurdischen Aktivisten Mustafa Çelik vorgestern, behauptete das Gericht, das türkische Regime sei „keine Besatzungsmacht und kein rassistisches System". Die Unterdrükkung und Folter, die von diesem Regime seit Jahrzehnten ausgeht und von der Kenan Baştu sogar persönlich betroffen gewesen ist, stellte das Gericht jedoch nicht in Abrede. Wie für die §§ 129a, 129b StGB üblich, wurde Kenan keine individuelle Straftat als solche nachgewiesen, sondern lediglich dargelegt, dass er seine Tätigkeiten als Mitglied der PKK ausgeführt habe.

Solidaritätskomitees für die politischen Gefangenen Celle/Hannover https://freiheit.blackblogs.org

Familienpatenschaften – Für die Würde der Menschen in Kurdistan

Der Rojava-Hilfs- und Solidaritätsverein aus der Türkei hat gemeinsam mit dem Kurdischen Roten Halbmond (Heyva Sor a Kurdistanê) eine Patenschaftskampagne für Familien gestartet, deren Lebensgrundlage durch den Krieg der türkischen Armee gegen die kurdische Zivilbevölkerung zerstört wurde.
Bisher konnten 3186 von 31100 erfassten hilfsbedürftigen Familien unterstützt werden.
Wir, das Demokratische Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM), erachten es gemäß dem Grundsatz der unantastbaren Menschenwürde als unerlässlich, diese Kampagne auch hierzulande zu unterstützen und eine Vermittlerrolle zu übernehmen.
Mit einem monatlichen Mindestbeitrag von 150 Euro – dieser kann auch von mehreren Personen zusammen getragen werden – leisten Sie, leistet Ihre Organisation nicht nur einen finanziellen Beitrag für eine Familie, sondern Sie spenden auch Hoffnung und ermutigen die Menschen zu weiterem Widerstand gegen die Despotie.
Weitere Informationen können unter: *www.heyvasor.com/de/xwiskubira/* gefunden oder unter *015772085796* bzw.: *familienpatenschaften@gmail.com* erfragt werden. *(NAV-DEM, 6.9.)*

Die 4 Kämpfer, die als Geiseln genommen wurden, wurden gefoltert; die Aufnahmen hatten die Angreifer in den sozialen Medien verbreitet.
Bei den Angreifern handelt es sich um Kämpfer der Sultan Murat Gruppe, die dem MIT (Geheimdienst der Türkei) nahestehen. Zwei Mitglieder dieser Sultan Murat Gruppe konnten seitens der YAT, der Anti-Terror-Einheit der YPG festgenommen werden. Die YAT hatte in Cerablus eine Befreiungsoperation gestartet, um die 4 als Geiselen genommenen Kämpfer zu retten. Bei den beiden im Stadtzentrum von Hama festgenommenen handelt es sich um Mihemed El-Ehmed und Elî Mihemed, die angeben, von der Türkei belogen worden zu sein. Auch konnte im Zuge der Rettungsoperation das eigene Fahrzeug gefunden werden.
(ANF, 1.9., ISKU)

Bevölkerung von Minbic protestiert gegen die Türkei

Die Bevölkerung von Minbic hat gegen die Besetzung Rojavas/ Nordsyriens insbesondere von Cerablus seitens der Türkei und gegen die Bombardements durch türkische Kampfflugzeuge demonstriert. Hunderte hatten an der Demonstration gegen die Türkei teilgenommen.
Auf den vier Straßen im Stadtzentrum von Beta hatten sich hunderte Menschen aus Minbic getroffen, um eine Demonstration durchzuführen.
Slogans wie "Nieder mit Erdogan, es lebe die Demokratie" und "Minbic sagt, die Bevölkerung Syriens ist eins, es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker" begleiteten die Demonstration.
Im Dorf Dendeniyê wurden Transparente aufgerollt, die die Ermordung von ZivilistInnen verurteilen. Auch wurde gefordert, dass die Türkei mit ihren Angriffen aufhört. Der Widerstand des Militärrates von Minbic wurde hingegen lautstark begrüßt. Auf den vier Straßen von Kura El-Erediyê nahm der Demonstrationszug sein Ende.
(ANF, 1.9., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 785
16. September 2016

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Freiheit für Öcalan, damit der Frieden eine Chance hat!

In der Türkei überschlagen sich die politischen Entwicklungen. Es ist erst zwei Monate her, dass eine Gruppe innerhalb der Armee einen Putsch gegen die Erdoğan-Regierung probte, welcher durch die AKP selbst verhindert wurde. Anschließend vollzog die türkische Regierung selbst einen „zivilen Putsch“, mit welchem sie seitdem nicht nur gegen die Putschisten, sondern gegen die gesamte Opposition im Lande vorgeht.

Totale Isolation von Öcalan bedeutet totaler Krieg gegen Kurden

Der Umgang der Regierung bzw. des türkischen Staates mit Herrn Öcalan ist immer ein Spiegelbild ihrer Politik gegen die kurdische Bevölkerung. Bevor die Friedensgespräche zwischen ihm und Vertretern des türkischen Staates Ende Juli letzten Jahres endgültig für beendet erklärt worden waren, setzte die AKP bereits im April 2015 auf die erneute Totalisolation Öcalans. Auf die Isolationshaft seit dem 5. April 2015 folgte ein umfassender Krieg des türkischen Staates in den Städten Nordkurdistans. Kurdische Städte und Bezirke wie Sur, Cizre, Nusaybin, Silopi, Sirnak und Mardin wurden vom Boden und aus der Luft angegriffen. Hunderte von Zivilistinnen und Zivilisten wurden dabei ermordet. Nach Angaben des Menschenrechtsvereins IHD verloren so innerhalb eines Jahres (Zwischen 24. Juli 2015 und 24. Juli 2016) insgesamt 1552 Menschen ihr Leben.

Begleitet wurde diese Kriegspolitik von rechtlichen Maßnahmen des türkischen Staates gegen die kurdische Politik. So wurden Gesetze zur Aufhebung der Immunität von kurdischen Parlamentsabgeordneten und zur Absetzung kurdischer Bürgermeister verabschiedet. In der zweiten Septemberwoche wurden 11.285 kurdischen Lehrerinnen und Lehrer vom Dienst suspendiert und über 20 kurdische Stadtverwaltungen wurden innerhalb eines Tages unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt.

Diese kurdenfeindliche Politik des türkischen Staates ist nicht nur auf ihre Innenpolitik begrenzt. Auch die Errungenschaften der Kurden in Syrien wurden von Anfang an von der Türkei mit Argwohn beobachtet. Die Türkei geht sogar so weit, dass sie Mörderbanden wie den IS unterstützt, damit dieser die kurdischen Selbstverwaltungsgebiete bekämpft und angreift. Sie schloss ihre Grenzen zum nordsyrischen Rojava und setzt die Region unter ein wirtschaftliches Embargo, wodurch die Bevölkerung der Gefahr einer humanitären Katastrophe ausgesetzt wird. Sie macht keinen Hehl daraus, dass die Kurden in Syrien für sie eine viel größere Gefahr darstellen als der IS. Zuletzt begann sie am 24. August 2016 in der nordsyrischen Grenzstadt Dscharablus gemeinsam mit Gruppen der FSA eine Besatzungsoffensive gegen Rojava.

Allein die genannten Entwicklungen reichen aus, um zu erkennen, wie gefährlich die Anti-Kurdenpolitik des türkischen Staates ist.

Herr Öcalan wird seit 1999 auf der Gefängnisinsel in einer Einzelzelle gefangen gehalten. Seit dem 5. April 2015 befindet er sich in absoluter Isolationshaft. Der türkische Staat erneuerte sein Konzept des totalen Krieges gegen die Freiheitsbewegung der

→

Gewählte BürgermeisterInnen abgesetzt und gegen Gouverneure ausgetauscht

Durch Verfügung des Innenministeriums wurden in 28 Rathäusern die BürgermeisterInnen abgesetzt. Bei 24 Rathäusern erfolgte dieses unter dem Vorwurf der „Unterstützung der PKK“, bei 4 weiteren mit dem Vorwurf der Unterstützung von Fetullah Gülen, der bezichtigt wird, Drahtzieher des Putschversuchs vom 15. Juli zu sein. Allerdings liegt gegen die betroffenen Bürgermeister im allgemeinen bisher keine rechtskräftige Verurteilung vor.

Dem Dekret 674 entsprechend wurden auf die so frei gewordenen Ämter 28 Personen als Teuhänder eingesetzt. Als Treuhänder wurden zumeist stellvertretende Gouverneure oder Landräte berufen. Betroffen sind die Rathäuser von 2 Provinzen, 24 Kreisen und 2 Gemeinden.

In den betroffenen Gemeinden und Landkreisen wurde der Zugang zum Internet eingeschränkt, deren Rathäuser polizeilich durchsucht. In vielen Städten kam es zu Protesten. Die Polizei ging vieler Orts mit Wasserwerfern und Tränengas gegen die Protestierenden vor, so in Batman, Suruç, Hakkari und Sur.

Am Nachmittag nach der Verkündung zur Vollstreckung der Zwangsverwaltung gingen in den kurdischen Orten, die von der Maßnahme betroffen waren, tausende Menschen auf die Straßen, um gegen die Entscheidung der Regierung zu protestieren. Vielerorts wurden die Proteste von den türkischen Staatskräften angegriffen und es kam zu schweren Auseinandersetzungen. Während auch die Stadtverwaltung von Cizîr (Cizre) unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, ist die demokratisch gewählte Ko-Bürgermeisterin der HDP, Leyla Imret, festgenommen worden.

Nur wenige Tage zuvor sind zu Beginn des neuen Schuljahres 11.285 LehrerInnen wegen mutmaßlicher Unterstützung der kurdischen Arbeiterpartei PKK vom Dienst suspendiert worden.

Zwischen der Geisteshaltung der Putschisten, die am 15. Juli das türkische Parlament, die Repräsentanz des Volkswillens, bombardiert haben, und der Geisteshaltung, die hinter der Übernahme der demokratisch gewählten Stadtverwaltungen per Zwangsverwaltung steht, sehen wir keinen Unterschied. Bei den betroffenen kurdischen Stadtverwaltungen handelt es sich ausschließlich um Orte, in denen die kurdischen Ko-BürgermeisterInnen mit einem Stimmanteil von 65% bis 95% bei den Kommunalwahlen 2014 gewählt wurden. Die Haltung der Regierung führt letztendlich dazu, dass die Lösung der kurdischen Frage noch weiter in die Ferne rückt. *(YH, 11.9./ NAV-DEM, 14.9., ISKU)*

Meldungen:

Besuch bei Abdullah Öcalan

Am Sonntag den 11. September konnte der Bruder von Abdullah Öcalan, Mehmet Öcalan, zum ersten Mal seit fast zwei Jahren wieder nach Imrali. Nach seiner Rückkehr wandte er sich an das Asrın Anwaltsbüro, in dem die Rechtsanwälte von Abdullah Öcalan vernetzt sind. Am Montag Morgen machte sich Mehmet Öcalan dann in Begleitung von Rechtsanwalt Mazlum Dinç auf den Weg nach Amed, wo er mit den Hungerstreikenden zusammentraf und ihnen und der Öffentlichkeit die Botschaft Öcalans übermittelte (siehe Artikel links). *(ANF, 12.9., ISKU)*

Aktion der YPS in Gever

Die Hauptkoordinationsstelle der YPS (Yekîneyên Parastina Sivîl – Zivilen Verteidigungseinheiten) teilen schriftlich mit, dass eine YPS-Einheit am Abend des 11. Septembers im Stadtviertel Cumhuriyet in Gever (Yüksekova) eine militärische Aktion durchgeführt habe. Die Aktion galt eine Polizeikontrollpunkt im besagten Viertel. Vier Polizisten seien dabei gestorben.

In dem Schreiben heißt es wörtlich: “Am 11. September 2016 um 20:30 hat eine unserer Widerstandseinheiten im zentralen Viertel Cumhuriyet in Gever eine militärische Aktion durchgeführt. Der dortige Polizeikontrollpunkt wurde angegriffen. Nach bisherigen Informationen wurden dabei 4 Polizisten getötet.

Im Anschluss der Aktion wurden die Verletzten und Getöteten mit zwei Krankenwagen abtransportiert.” *(ANF, 12.9., ISKU)*

Ahmet und Mehmet Altan in Haft

Der über die Grenzen der Türkei hinaus bekannte Journalist und Autor Ahmet Altan und sein Bruder Mehmet Altan sind verhaftet worden. Ahmet Altan war Mitbegründer und Herausgeber der Tageszeitung Taraf bis sie geschlossen wurde und Autor zahlreicher Romane, die zum Teil auch ins deutsche übersetzt worden sind. Sein Bruder Prof. Dr. Mehmet Altan ist Professor für Volkswirtschaft und ebenfalls Autor vieler Bücher. Beide wurden nun im Rahmen der Verhaftungswelle, die nach dem Putschversuch am 15. Juli gegen mutmaßliche Mitglieder, Sympathisanten oder Unterstützer von Fetullah

Türkische Armee erlebt in Çelê eine Niederlage

Die türkische Armee begann Anfang September mit einer massiven Propagandaoperation in Çelê. Nun hat sich die Propagandaoperation zu einer großen Niederlage entwickelt, so konnte die türkische Armee keine Fortschritte gegen die Guerilla der HPG und YJA-Star, die die Nord- und Südkurdistanfront verteidigen, machen. Zudem sagt die Guerilla, dass das Militär seine Bemühungen, die Öffentlichkeit zu täuschen, verstärke, indem auf intensive Luftangriffe und auf den Einsatz von Technologie gesetzt werde.

In Nordkurdistan in der Umgebung des Bezirks Çelê haben die Guerilla der HPG und YJA-Star gegen Stellungen des türkischen Militärs eine Gegenoffensive unter dem Namen Şehit Xebat Aktepe gestartet. Die revolutionäre Militäroperation brachte der Armee schwere Verluste bei. Die Offensive wandelte sich für die Armee in eine Niederlage um.

Während die Kräfte der Armee und Sondereinheiten der Polizei keine Fortschritte verzeichnen konnten, werden ihre Stellungen zum Ziel der Angriffe der Guerilla. Das Ergebnis ihrer Fehlgeschlagenen Operation verbirgt der türkische Staat durch Bombardements der Berge Kurdistans.

Wan: HPG setzt türkische Fassbombe gegen Staatskräfte ein

Die Pressestelle der HPG hat Details über eine Aktion in Wan bekanntgegeben. In Wan (Van) wurde eine Aktion gegen das Gouverneursgebäude, einen Kontrollpunkt der Polizei und in der Umgebung befindliche Container der Spezialpolizeieinheiten (PÖH), durchgeführt. Der dabei eingesetzte Sprengstoff sei eine Fassbombe gewesen , diese wurde zuvor von der türkischen Luftwaffe auf kurdisches Gebiet abgeworfen, explodierte jedoch nicht.

In der schriftlichen Erklärung der HPG Pressestelle heißt es:

“Aufgrund der ununterbrochenen Bombardements durch Kampfflugzeuge in Kurdistan, haben wir mit einer Fassbombe, die auf Kurdistan geworfen wurde, jedoch nicht explodierte, geantwortet. Dazu luden wir den Sprengkörper in ein Fahrzeug und platzierten es vor dem Gouverneursgebäude in Wan. Die Bombe wurde zur Explosion gebracht, als sich eine größer Menge Polizisten vor dem Gebäude aufhielt. Dies war eine Antwort auf die von der AKP konsequent durchgeführten Razzia in Wan, auf die Ermordung von kurdischen Jugendlichen und auf die Besatzung der Regionen durch Treuhändler, da der Wille der kurdischen Bevölkerung durch den Putsch nicht gebrochen werden konnte.

Genaueres zur Aktion: Am 12. September 2016 um 10:45 Uhr wurde von uns eine Militäraktion gegen das AKP-Gebäude, welches sich auf der Beşyol Straße befindet, ein Kontrollpunkt der Polizei und die sich in der Umgebung befindlichen 3 Container der PÖH, durchgeführt. In der Umgebung der Einrichtungen, die Ziel der Aktion waren, befand sich auch das Gouverneursamt.

Durch die Explosion wurden alle von der PÖH genutzten Container, sowie drei gepanzerte Fahrzeuge zerstört. Hinzu kamen verschiedene Gebäude der AKP und Polizei zu großem Schaden.

Die durchgeführte Aktion hatte zur Folge, dass 18 Polizisten und Spezialkräfte getötet wurden. Auch wurden weit über 30 AKP-Staatsbedienstete und PÖH-Mitglieder verletzt.”

(ANF, 13.9., ISKU)

→Freiheit für Öcalan...

KurdInnen, als er Herrn Öcalan inhaftierte und ihn in Isolationshaft hielt. Für die letzten 17 Monate wurde ihm nicht erlaubt, sich mit seiner Familie, seinen Anwälten oder sonst jemanden zu treffen.

Viele Jahre lang haben die KurdInnen regelmäßig Mahnwachen außerhalb des Gebäudes des Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) in Straßburg abgehalten; seit vier Jahren wurde eine dauerhafte Mahnwache aufrechterhalten. Hunderttausende von Menschen versammelten sich auf Demonstrationen und 10 Millionen Menschen unterschrieben eine Petition, welche internationalen Institutionen vorgelegt wurde. Trotz all dieser Anstrengungen wurden nicht alle notwendigen juristischen Mittel angewandt, und die Haltung des türkischen Staates gegenüber Herrn Öcalan hat sich nicht verändert.

Mit dem Versuch des Militärputsches am 15. Juli 2016 in der Türkei hat die Sorge über das Leben von Herrn Öcalans, seine Gesundheit und Sicherheit massiv zugenommen. Aufgrund der Dringlichkeit der Situation sind ezidische KurdInnen seit dem 23. August 2016 in einen unbegrenzten Hungerstreik getreten, um das CPT aufzurufen, sofort Maßnahmen zu ergreifen. Im türkischen Teil Kurdistans haben 50 gewählte Offizielle, eingeschlossen Parlamentsabgeordnete, Bürgermeister und Menschenrechtsaktivisten, ebenfalls aus dem gleichen Grund einen unbegrenzten Hungerstreik am 5. September begonnen. Die Streikenden und die kurdische Bevölkerung fordern von den internationalen Organisationen und dem CPT, die Sorgen der kurdischen Bevölkerung und ihrer Freunde zu verstehen und Herrn Öcalan auf Imrali umgehend zu besuchen.

„Wir können dieses Problem in 6 Monaten lösen“

Schließlich durfte am 11. September sein Bruder auf die Gefängnisinsel, und ein gemeinsames Treffen fand statt. Diese Entwicklung ließ das kurdische Volk endlich aufatmen. In Öcalans Botschaft an die Öffentlichkeit sagte er:

„Die Isolation fährt fort, doch ich habe keine körperlichen Probleme. Die Situation geht weiter wie zuvor. Wir haben mit unseren FreundInnen weiterhin Kontakt, wir haben unsere Projekte und Pläne, wenn der Staat dafür bereit ist, können wir diese Projekte und Pläne innerhalb von 6 Monaten umsetzen. Doch festzuhalten gilt, dass es zunächst einmal nicht wir waren, die den Friedensprozess zerstört haben. (…) Ja, die kurdische Frage ist ein schwerwiegendes Thema. Sie ist keine Sache von 20 Jahren, sie geht 150–200 Jahre zurück. Aktuell sterben täglich schätzungsweise 30 Menschen. Wäre der Staat ehrlich, würde es nicht so viele Tote geben. Dieses Land verdient das nicht. Jeder Mensch mit Verstand muss das einsehen. Wenn der Staat dazu bereit wäre, würde er uns zwei seiner Vertreter schicken. Es handelt sich um eine ernste Angelegenheit, unsere Projekte und Pläne sind bereit. Wir können dieses Problem in 6 Monaten lösen. Der aktuelle Krieg ist ein blindwütiger Krieg. Es ist ein Krieg, in dem keine Partei gewinnen kann. Dieser Krieg dauert seit 40 Jahren an. Vielleicht wird er so noch 80 Jahre weiter gehen. Es ist eine Schande um und für die Menschen, die in diesem Krieg sterben. Blut und Tränen müssen aufhören zu fließen.“

Damit diese blinde Gewaltspirale durchbrochen werden kann, sollte auf die Vorschläge von Herrn Öcalan eingegangen werden. Es ist offensichtlich, dass er der Schlüssel zur friedlichen Beilegung der Probleme ist. Hierfür muss die Isolationspolitik eingestellt und seine Freiheit gewährleistet werden.

(NAV-DEM, 14.9., ISKU)

Gülen losbrach, in Haft genommen. Das Ermittlungsverfahren gegen sie begründet sich auf ihre Teilnahme an einer Talkshow des Senders Can Erzincan TV, an der sie am Vorabend des Putschversuchs teilgenommen hatten. Die Journalistin und Moderatorin der Sendung Nazlı Ilıcak war bereits Ende Juli verhaftet worden und befindet sich nach wie vor in Haft. Der Sender „Can Erzincan TV ist inzwischen verboten. *(CH, 10.9., ISKU)*

KDP schließt das Büro der kurdischen Menschenrechtsorganisation in Hewler

Die KDP hat das Büro der kurdischen Menschenrechtsorganisation in Hewler (Arbil) geschlossen. Zudem verhinderte sie den Besuch einer Menschenrechtsdelegation in Şengal.

Die kurdische Menschenrechtsorganisation mit Hauptsitz in Deutschland führt Studien zu Menschenrechtsverletzungen durch. In Rahmen des Projektes führte sie auch Arbeiten zu Şengal durch. In diesem Zusammenhang sollte eine Delegation der Menschenrechtsorganisation nach Şengal reisen, die von Sicherheitskräften der KDP daran gehindert wurde. Zudem wurde das Büro der Menschenrechtsorganisation in Hewler geschlossen.

Zu dem Verhalten der KDP sprach der Vertreter der Menschenrechtsorganisation Südkurdistans Sirwan Dartaş zu Rojnews haber ajansı. Er sagte: „Als Menschenrechtsorganisation wollten wir Şengal besuchen. Dort wollten wir verschiedene Berichte vorbereiten. Aber unser Besuch wurde verhindert!”

Sirwan Dartaş erklärte weiter: “Wir lassen uns von unseren Arbeiten nicht abbringen. Wir werden eine Presseerklärung veröffentlichen, um die Öffentlichkeit über die Haltung der KDP zu informieren.“

(ANF, 10.9., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YH	Yüksekova Haber

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 786
23. September 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Eine Vereinbarung, die die Zukunft Syriens bestimmen wird

Aldar Xelil, Mitglied der Demokratischen Verwaltung Rojavas, erklärte in einem Interview gegenüber ANF, dass die Demokratische Verwaltung Rojavas und die Organisation Teyar El-Xed El-Sûrî (Şepêla Sibe ya Sûriyeyê/Sabah Dalgası Hareketi) am 10. September eine Übereinkunft in Ägypten unterzeichnet haben. Der Vertrag von Ägypten umfasst 7 Punkte, die Grundlage einer politischen Lösung der Konflikte in Syrien sein sollen. Die erste Zusammenkunft zwischen ihnen soll es im September 2015 gegeben haben, die zweite im September 2016. Im Dezember wäre man bereits so weit überein gekommen, dass man sich über einen Bündnisbeschluss geeinigt habe. Auf Wunsch der Organisation Teyar El-Xed El-Sûrî wäre jedoch Stillschweigen über die Übereinkunft gewahrt worden. Die Teyar El-Xed El-Sûrî habe sich organisatorisch gesammelt und ihren Kongress abgehalten, aus dem sie neustrukturiert gestärkt hervor gegangen sei. Nach dem 2. Treffen habe man dann am 10. bzw 11. September in einer gemeinsamen Pressekonferenz auch die Öffentlichkeit über die Übereinkunft informiert. Zu den Treffen kamen jeweils Delegationen der beiden Parteien zusammen.

Teyar El-Xed El-Sûrî ist eine arabische Organisation. Sie verfügt im Gebiet Deyr Zor und Umgebung über viel Einfluss. Ihre Mitglieder entstammen vor allem dem Stamme Şamar. In den Jahren zwischen 2014 und 2015 hat der Islamische Staat IS den Stamm der Şamar schwer angegriffen. In einer einzigen Nacht wurden allein 700 Mitglieder des Stammens ermordet. Insgesamt wurden tausende Jugendliche des Stammes von Seiten des IS gemeuchelt. Viele Mitglieder des Stammes verließen in dieser Zeit ihr Gebiet und wurden zu Flüchtlingen.

Im ersten Paragraphen der Übereinkunft wird festgehalten, dass „die syrische Revolution von ihrer Linie abgewichen ist und das Land damit einer großen Gefahr ausgeliefert ist". In Syrien kam es 2011 zum Volksaufstand, es entstand eine revolutionäre Phase. Durch direkte und indirekte Interventionen regionaler und internationaler Kräfte wandelte sich dies zu einem Bürgerkrieg, aus dem nur sehr schwer wieder herauszukommen ist. Es besteht der Reihe nach die Gefahr der politischen, sozialen, kulturellen und geographischen Aufspaltung Syriens.

⟶

Guerilla-Kommandantur Kirkuk: Wir werden die Menschen weiter schützen

Nachdem bereits der für Kirkuk zuständige Kommandant der Peshmerga eine Erklärung zu den Aussagen des irakischen Abgeordneten Erşet Salih abgab (siehe S. 2), folgte nun eine Erklärung der Kommandantur der Guerillakräfte an der Mexmûr-Kirkuk-Front. Erşet Salih ist Abgeordneter der irakischen Regierung und gleichzeitig Vorsitzender der ITF (Iraqi Turkmen Front – Front irakischer Turkmenen). Die ITF ist ein Bündnis irakisch-turkmenischer Parteien, sie unterhält gute Beziehungen zum türkischen Staat und wird von diesem sowohl militärisch, als auch finanziell unterstützt. Er gab in einer öffentlichen Erklärung bekannt, dass er die kurdische Guerilla als „Terroristen" und Besatzer von Kirkuk betrachte und warnte: „Jeder sollte bedenken wie er sich positioniert".

In der nun veröffentlichten Erklärung der Guerilla-Kommandantur heißt es: „Es mag sicherlich einige Parteien oder Kräfte geben, die unsere Bewegung nicht in dieser Region sehen wollen, aber wir als Bewegung lassen uns von solch unseriösen Aussagen nicht beeindrucken".

In der Erklärung wird auch noch einmal auf die Anfrage verschiedener politischer Kräfte in Südkurdistan Bezug genommen, die im Laufe der massiven Angriffe des IS im Jahr 2014 um Unterstützung durch Guerillakräfte baten. „Seit diesem Zeitpunkt konnten wir gemeinsam mit den Peshmerga den IS erfolgreich zurückschlagen. Unsere Anwesenheit in Südkurdistan beruht auf der Bitte des kurdischen Volkes und der dortigen politischen Kräfte. Wir haben seitdem unsere Pflicht, die Verteidigung gegen den IS, erfüllt und wir werden sie auch zukünftig erfüllen".

Die Erklärung der Kommandantur geht auch auf die Strukturen hinter der ITF ein: „Anscheinend stecken nach ganz andere Kräfte hinter der ITF, aber ein sollte bewusst sein, unsere Bewegung ist eine kurdische Bewegung. Wir sind verantwortlich für den Schutz unserer Leute. Als PKK-Bewegung werden wir unsere Pflicht zur Verteidigung erfüllen, so wie wir es bisher taten, wo auch immer unser Volk sich befindet. Wir wissen das die Äußerung des ITF-Vorsitzenden und irakischen Abgeordneten Erşet Salih, die Guerilla seien „Terroristen" und „Besatzer Kirkuks" plumpe Verleumdungen sind. Wir sind unser darüber bewusst, dass hinter diesen Aussagen noch weitaus größer Kräfte stecken. Wir wollen noch einmal betonen, dass keine Kraft das Recht hat die Guerillakräfte der PKK, die Verteidigungskräfte unseres Volkes auf diese Art und Weise zu verleumden".

Abschließend unterstreicht die Kommandantur der Guerillakräfte an der Mexmûr-Kirkuk-Front, dass sie ihrer Pflicht, den Schutz des kurdischen Volkes an jedem Ort fortsetzen werden, ohne jeden Zweifel und zu jedem Opfer bereit. „Wir rufen das kurdische Volk auf, solchen Behauptungen keine Beachtung zu schenken. Die Guerilla stand seit 2014 an vielen Orten an der Seite des kurdischen Volkes gegen die Banden des IS und erfüllte ihre Pflicht ohne jeden Zweifel und sie wird dies weiterhin tun. Dies soll nicht nur unserem Volk, sondern allen Menschen klar sein. Wir werden den Kampf gegen die Feinde der Völker Kurdistans fortsetzen und dabei mit den Peshmerga in den gleichen Schützengräben liegen. Einige mögen sagen, dass die Guerilla nicht in dieser Region sein sollte, aber dies ist Kurdistan und die Guerilla ist die legitime Verteidigungskraft Kurdistans. Wir fragen niemanden nach seiner Erlaubnis, um hier zu sein, unser Volk zu schützen und die Faschisten des IS zu bekämpfen. Und wir werden auch jetzt nicht damit beginnen".

(ANF, 20.9., ISKU)

Meldungen:

HDP-Kovizevorsitzender Alp Altınörs in Haft

Alp Altınörs, Kovizevorsitzender der Demokratischen Partei der Völker HDP, ist am vergangenen Freitag in Untersuchungshaft genommen worden. Alp Altınörs ist bereits am 9. September festgenommen worden. In der Zwischenzeit waren auch Foltervorwürfe laut geworden. Am Montag ist er unter dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" in Untersuchungshaft genommen worden. Konkret wird ihm die Teilnahme an einer Beerdigung zur Last gelegt. Am 10. Oktober 2015 soll er auf der Beerdigung von Zakir Karabulut, einem der Opfer des IS-Bombenanschlags in Ankara gewesen sein. Die HDP ist entsetzt und verurteilt die Verhaftung von Alp Altınörs mit scharfen Worten. Die HDP äußerte in ihrer Erklärung ihr Unverständnis darüber, dass der Staat bis dato die Hintermänner des Attentats nicht aufgeklärt habe, die AKP die Bildung einer Untersuchungskommission zur Aufklärung der Hintergründe des Attentats blockiert habe und stattdessen aber Politiker, die an der Beerdigung der Opfer teilgenommen haben, juristisch verfolgen würden. Von Birsen Kaya, der Ehefrau von Alp Altınörs, gibt es noch keine aktuelle Nachricht. Sie befindet sich weiterhin im Verhör. *(ANF, 16.9., ISKU)*

IS setzt erneut Chemiewaffen ein

Laut bisherigen Berichten griff der IS am frühen Freitag Abend mit Chemiewaffen das Dorf Um Al-Qura in Shehba an. ZeugInnen und Betroffene berichten, dass viele EinwohnerInnen von dem Giftstoffen betroffen sind und starke Hautreizungen und Ätzungen aufweisen. Ein Großteil der Verwundeten wurde in das Krankenhaus nach Efrîn verbracht.

Das Dorf Um Al-Qura wurde erst vor wenigen Tagen, am 30. August vom IS befreit.

(ANF, 17. 9., ISKU)

Irakische Regierung warnt Türkei

In einer schriftlichen Pressemitteilung erklärte der irakische Außenminister Ibrahim al-Jaafari, dass die irakische Regierung der Türkei nicht erlauben wird auf irakischem Boden so zu intervenieren, wie es die Türkei im angeblichen Kampf gegen den IS in Syrien tut.

Jaaferi hob das Treffen mit den türkischen Vertretern hervor und

Peshmerga-Kommandant: „Die Guerilla ist die Verteidigungskraft Kurdistans“

Ein Frontkommandant der Peshmerga, Westa Resul gab am Montag ein Interview in der Mehtep Xalit Zone an der Kirkuk-Front. Er kritisierte den irakischen Abgeordneten Erşet Salih, der gleichzeitig zuständiger Vertreter für die stationierten türkischen Soldaten ist, dafür, die Guerilla als „Terror- und Besatzungsmacht in Kirkuk“ zu denunzieren. Resul erklärte, dass niemand das Recht habe, die kurdische Bewegung, sowie die in Kirkuk stationierte Guerilla auf solche Weise zu verunglimpfen, da sich diese auf Erbitten des Gouverneurs im Kampf gegen den IS dort befinde.

Resul äußerte, dass niemand die Guerilla so beschimpfen dürfe und dass auch die Peshmerga dies nicht zulassen werden, da die Guerilla legitime Verteidigungskräfte der KurdInnen sind. Er sagte weiter:

„Ich möchte vorweg eins festhalten. Die Person, die im Namen der Türkei spricht verunglimpft die Guerilla als Terrororganisation und Barbaren. Es muss absolut klar sein, dass niemand das Recht hat die Guerilla so zu denunzieren. Niemand. Die PKK ist eine legitime kurdische Organisation und ihre Guerilla ist eine legitime kurdische Verteidigungskraft. Wir werden es nicht hinnehmen, dass egal wer, die Guerilla beschmutzt oder denunziert. Die Guerilla kämpft mit uns und an unserer Seite gegen den IS, sie gaben und geben ihr Leben. Jegliche Kraft, die dazu beigetragen hat eine internationale Koalition für den Kampf gegen den IS zu organisieren und innerhalb dieser nun gegen den IS kämpft, kann nicht als terroristisch hingestellt werden. Vielmehr sind diejenigen, die diese Behauptung aufstellen, die wahren Terroristen. Ich möchte noch einmal festhalten, dass Erşet Salih kein Recht dazu hat, die Guerilla als Terroristen zu verunglimpfen“.

Resul beschreibt auch eine andere Sichtweise, so beschrieb der irakische Premierminister Haidar al-Abadi die Guerilla und die Peshmerga als „Helden im Kampf gegen den IS“ und erklärte an Salih gewendet Folgendes:

„Salih ist ein irakischer Abgeordneter. Er weiß, dass der irakische Premierminister Abadi bereits selbst die Guerilla und die Peshmerga als „Helden im Kampf gegen den IS“ erklärt hat. Warum entgegnet er dem Premierminister nicht seine Meinung und sagt ihm: „Nein, diese Leute sind Terroristen“? Unabhängig davon, sollten alle wissen, dass wir als Peshmerga die Guerilla als legitime Verteidigungskraft anerkennen und es ist unsere moralische Pflicht unsere Sichtweise offen zu legen“.

Der Peshmerga-Kommandant Westa Resul protestierte gegen die Aussage des für die türkische Armee zuständigen irakischen Abgeordneten Erşet Salih, der die Guerilla als „Invasiontruppe“ bezeichnete. Resul erklärte: „Salih behauptet Duzxurmatu und Dakuk wären von der Guerilla besetzt worden. Zwischen diesen Orten befinden sich schätzungsweise 50.000 Peshmerga. Wie sollte die Guerilla dort eine Invasion vollziehen? Könnte es noch absurder sein?

Ja, die Guerilla ist in Kirkuk. Sie kamen nach Kirkuk und befinden sich seit dem in Stützpunkten und Stellungen und dies auf Erbitten des Gouverneurs von Kirkuk, Necmettin Kerim, sie halfen und helfen den Peshmerga im Kampf gegen den IS. Die Guerilla kämpfte an den härtesten Fronten in Wehdê, Mattar und Dakuk. Sie haben zwei Gefallene zu betrauern und mindestens acht Verwundete.

Die Guerilla legte hunderte Kilometer zurück, um hierher zu gelangen und ihr Leben im zur Verteidigung Kirkuks zu geben. Die politischen Partein und Stellen sollte der Guerilla danken. Hätte Salih diese Frontverläufe nur einen Tag besucht, wäre einen Tag während des Opferpfestes vorbei gekommen oder hätte die verwundeten Peshmerga in den Krankenhäusern besucht, vielleicht hätte er dann ein Recht sich zu äußern, aber er hat bisweilen keinen einzigen Schritt hierher gemacht. Aber wahrscheinlich ist Salih nur das Sprachrohr anderer, die wollen, dass er so abscheulich über Guerilla und Peshmerga spricht“. *(ANF, 19.9., ISKU)*

→ Eine Vereinbarung, die ...

Im zweiten Paragraphen wird „das Blutvergießen in Syrien angesprochen und die Verantwortung dafür regionalen Kräften angelastet“. Im gleichen Absatz wird auch ein Aufruf an Saudi Arabien gerichtet. Adar Xelil betont, dass sie die Hoffnung hegen, dass die Länder der Region, allen voran Saudi Arabien, in Zukunft darauf verzichten, dem IS oder den Gruppen unter dem Dach der Nationalen Koalition Syriens Unterstützung zukommen zu lassen.

Im dritten Paragraph wird darüber gesprochen, dass „die Notwendigkeit besteht, eine nationale Kraft, die alle Syrer vertritt und eine demokratische Delegation zu bilden“. Adar Xelil weist darauf hin, dass zuvor der Rat des Demokratischen Syriens(MSD) gebildet worden war. In ihm waren alle Völker Syriens vertreten. Die eigentliche Aufgabe des Rates bestand darin, verschiedene Völker und Religionsgemeinschaften zusammenzubringen und auf den Prinzipien von Freiheitlichkeit, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung eine Annährung zwischen ihnen zu initiieren. Der Rat hat das gemacht und damit eine neue Phase eingeleitet, erklärte Adar Xelil. In der Phase sei mit allen, die über die Zukunft Syriens mitbestimmen wollten, Gespräche geführt worden. Auch die Gespräche und die Vereinbahrung zwischen der Demokratischen Verwaltung Rojavas und Teyar El-Xed El-Sûrî fußten letztlich auf dieser Phase. „Allerdings ist uns während der Gespräche mit Teyar El-Xed El-Sûrî aufgefallen, dass ihnen unser Projekt der Rojava-Nordsyrien Föderation unklar ist. Deshalb schlugen wir die Gründung eines gemeinsamen Komitees vor, das allen gesellschaftlichen Kreisen mit einfachen Worten das Projekt erklären soll. Denn wir wünschen uns die Beendigung des seit 6 Jahren andauernden Krieges in Syrien und möchten die Suche und Bündnisse für eine demokratische Lösung entwickeln,“ so Xelil.

Ein weiterer Punkt ist „ein gemeinsames Leben und ein Staatssystem das nicht zentral ausgerichtet ist“. „Unter einem Staatssystem, das nicht zentral regiert wird, verstehen wir ein föderales System. Jedem ist klar, das Syrien nicht wie ehemals zu regieren ist. Niemandem ist an einem System gelegen, indem alles in einer Hand ist und das sich von Zeit zu Zeit unter Gewaltanwendung gegen das Volk wendet. Es ist nicht möglich, dass erneut das System eines zentralistischen Staates in Syrien an Einfluss gewinnt, gleiches gilt auch für den Nahen Osten. Ohnehin hat das Volk in Syrien genau mit dieser Forderung den Aufstand (2011) begonnen.

Die Völker Syriens, die den Wandel suchten, werden sich auch nicht ihre Zukunft von regionalen oder internationalen Kräften vorzeichnen lassen. Die Völker Syriens möchten ihre Zukunft selbst bestimmen. Deshalb werden verschiedene Lösungsansätze vorgeschlagen und deren Praxis vorgestellt. Einer dieser Lösungsansätze ist das demokratisch föderale System. Das demokratisch föderale System bringt verschiedene Völker und Religionsgemeinschaften auf der Grundlage von Freiheitlichkeit, Gleichheit und Gerechtigkeit zusammen und bietet ihnen ein neues Leben. Schritte die auf die Übereinkunft von Ägypten folgen und auf ihr fußen werden die Zukunft Syriens und ihre Völker prägen,“ so Xelil.

(ANF, 17.9., ISKU)

betonte diesbezüglich, dass die Konflikte zwischen Bagdad und Ankara mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu in Venezuela diskutiert wurden.

Zu Letzt unterstrich Jaaferi noch einmal, dass die irakische Regierung der Türkei nicht erlauben wird auf und von irakischem Boden aus zu operieren und sie die türkische Regierung weiterhin auffordern, die in der Bashiqa Region nahe Mosul stationierten Soldaten abzuziehen.

(ANF, 19. 9., ISKU)

Hungerstreiks in Amed und Strasbourg nach Besuch bei Öcalan beendet – Der Widerstand aber geht weiter

Nach dem Besuch bei Abdullah Öcalan und der Verlesung seiner Botschaft in Amed (Diyarbakır) durch seinen Bruder Mehmet Öcalan hat die Co-Vorsitzende des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft DTK Leyla Güven im Namen der Hungerstreikenden in Amed eine Erklärung abgegeben. Nachdem sie darauf hingewiesen hatte, dass der Hungerstreik in Strasbourg seit nun mehr 20 Tagen und der in Amed seit 8 Tagen anhält, erklärte sie, dass früher wie heute alles nur durch das leisten von Widerstand errungen werden konnte.

Die Forderung des Hungerstreiks war, eine Nachricht von Öcalan zu erhalten, dies wurde erreicht. Aber es geht nicht allein darum eine Nachricht von Abdullah Öcalan zu erhalten sondern die Isolationshaftbedingungen insgesamt zu beenden. In dem Sinne ist der Hungerstreik beendet, der Widerstand ginge jedoch weiter.

Auch von den Hungerstreikenden in Strasbourg liegt mittlerweile eine Erklärung vor. Im Namen der Hungerstreikenden erklärte Sezai Uçar den Hungerstreik, der am 23. August begonnen wurde, für beendet. Er erklärte aber auch, dass die Teilnehmer des Hungerstreiks noch bis zum 15. September vor Ort bleiben werden, um an einer großen Kundgebung vor dem Europa Parlament teilzunehmen.

(ANF, 12.9., ISKU)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 787
30. September 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Pressegleichschaltung mithilfe des Ausnahmezustands:

AKP verbietet weitere Fernsehsender

Auf Grundlage des Ausnahmezustands hat die türkische Regierung per Dekret ein Ausstrahlungsverbot für insgesamt zehn Fernsehsender ausgesprochen. Betroffen von der Maßnahme sind unter anderem der oppositionelle Fernsehsende „Hayatin Sesi", der alevitische Sender TV10 und kurdischsprachige Zeichentricksender Zarok TV. Die betroffenen Fernsehsender sind über den türkischen Satellitenbetreiber Turksat seit dem 28. September nicht mehr zu erreichen. In den nächsten Tagen wird auch die türkische Rundfunkanstalt RTÜK sich mit den Sendern befassen, was voraussichtlich die Umsetzung des Ausstrahlungsverbots für die betroffenen Fernsehkanäle zur Folge haben wird.

„Oppositionelle Stimmen werden zum Schweigen gebracht"
Der Programm-Koordinator des Fernsehsenders Hayatin Sesi, Arif Koşar, erklärt zum Ausstrahlungsverbot seines Senders, dass die AKP ein Einparteiensystem und eine Ein-Mann-Diktatur in der Türkei zu etablieren versuche. Der aktuelle Schritt der AKP liefere dafür lediglich einen weiteren Beweis. „Oppositionelle Stimmen sollen zum Schweigen gebracht werden und das Ausstrahlungsverbot macht nochmal deutlich, dass man als Oppositioneller in der Türkei derzeit keine Sicherheit genießt", so Koşar.
Veli Büyükşahin, Redaktionsmitglied des alevitischen Fernsehsenders TV 10, bewertet das Ausstrahlungsverbot seines Senders als Teil einer Gleichschaltungspolitik und Assimilationspolitik der AKP gegenüber der alevitischen Glaubensgemeinschaft. „Wir haben die Kultur, die Stimmen, die Probleme und die Forderungen der Aleviten zum Thema unseres Fernsehprogramms gemacht. Das scheint die Regierungspartei derart gestört zu haben, dass sie sich nun zu diesem Schritt gezwungen sah. Die Stimme der Aleviten soll also zum Schweigen gebracht werden", erklärt der Mitarbeiter von TV 10.

Zarok TV: „Welche Propaganda haben wir betrieben?"
Die Leiterin des Senders Zarok TV Dilek Demiral stellt sich nach dem Ausstrahlungsverbot gegen ihren Sender die Frage, welche Propaganda ihr kurdischsprachiger Zeichentricksender denn betrieben habe. Der Sender mit Sitz in Amed (Diyarbakir) hatte ausschließlich international bekannte Zeichentrickserien wie „Die Schlümpfe" oder „Biene Maja" ins kurdische synchronisiert und ausgestrahlt. Demiral fordert eine Erklärung der Regierung für das Ausstrahlungsverbot und fährt wie folgt fort: „Wenn sie uns eine einzige Straftat, ein einziges Propagandadelikt beweisen können, werden wir selbst unseren Sender schließen. Unsere einzige Schuld ist, dass wir in kurdischer Sprache Zeichentrickserien gesendet haben."

Rückenwind für türkische Medienzensur aus Europa: Eutelsat fordert Schließung von MedNuce TV
Parallel zu den ausgesprochen Ausstrahlungsverboten der AKP gegen zehn Sender, hat der französische Satellitenbetreiber EUTELSAT wohl andere europäische Satellitenbetreiber dazu aufgefordert, den Sendeplatz für den kurdischen Fernsehsender MedNuce TV zu streichen. Das berichtet der betroffene Fernsehsender selbst in einer schriftlichen Stellungnahme vom 29. September. MedNuce TV erklärt, dass die Aufforderung hierzu von der AKP-Regierung aus der Türkei kommt. Die Türkei habe mit dem Verbot der zehn Sender am Tag zuvor bewiesen, was sie von der Meinungs- und Pressefreiheit hält. Die Tatsache, dass EUTELSAT, immerhin der drittgrößte Satellitenbetreiber der Welt, sich hinter die Aufforderung der AKP stelle, mache das Unternehmen zum Mittäter, erklärt der kurdische Nachrichtensender.
(CA, 29.9., ISKU)

Das Şirnex, das du kanntest, das gibt es nicht mehr

Kennst du Şirnex (Şırnak)? Şirnex ist die Stadt, in der die Ausgangssperre seit 7 Monaten ununterbrochen Tag und Nacht anhält. Es ist die Stadt, in der die Straßen und Stadtteile jeden Tag ein Stückchen mehr abgerissen und vernichtet werden und wo von den zerstörten Häusern nicht einmal mehr der Schutt übrig bleibt. Alles wird fortgeschafft. Und falls du mal in Şirnex warst, das Şirnex, das du kanntest, das gibt es nicht mehr. Şirnex wurde zerstört. Es wurde vom türkischen Staat zerbombt und niedergerissen. Doch Şirnex wurde nicht zum ersten Mal zerstört. Nach 24 Jahren wurde es jetzt zum zweiten Mal verbrannt und zerstört. Unbeachtet von der Welt, in aller Stille, und das trotz modernster Technik, die die Nachrichten in Sekundenschnelle von einem zum anderen Ende der Welt bringen.
Die Bevölkerung von Şirnex, die mit Verhängung der Ausgangssperre ihre Häuser und Wohnungen verlassen mussten, sie sind nicht abgewandert. Sie sind geblieben, haben an den Hängen der angrenzenden Berge, des Cudi und Gabar, Schutz gesucht und Unterschlupf gefunden. Sie errichteten ihre Zelte so, dass sie von dort aus ihre Stadt sehen können. Hier leben sie jetzt. Etwa 3.000 Familien, rund 10.000 Menschen. An vielen Stellen schossen Zeltsstädte aus dem Boden. Der Konutlar mevkii (Platz der Wohnungen) genannte Ort ist nur eine von vielen. Die Bedürfnisse derer, die hier sind, werden von den Rathäusern von Şirnex und Dergûl (Kumçatı) getragen. Denn die Familien selbst haben mit Verhängung der Ausgangssperre nicht nur ihr Dach über dem Kopf verloren sondern alles, auch ihre Arbeit und ihr Einkommen – dementsprechend groß ist die Not. Aber die Solidarität untereinander macht vieles wett, denn nur so lässt sich das Leben meistern. Neben der Sicherstellung einer Wasserversorgung haben sie einen Backofen errichtet. Es sind Toiletten gebaut und es gibt die Möglichkeit zu duschen. Doch die Nächte werden bereits kälter. Der Herbst und damit der Winter naht. Im Winter kann man hier nicht bleiben. Der Boden, auf denen die Zelte errichtet sind, besteht aus Erde. Wenn der erste Regen kommt, wird er aufweichen und das Leben hier dann zur Qual machen. Vor der

→

Meldungen:

Ebadi: Türkei soll irakisches Territorium verlassen
Haydar Ebadi, Ministerpräsident des Irak, nahm auf einer Pressekonferenz Stellung zu jüngsten Äußerungen Erdoğans bezüglich einer Beteiligung der Türkei an einer Militäroperation gegen den Islamischen Staat DAİŞ in Mossul. Er erklärte: „Die Erklärung Erdoğans bezüglich einer (geplanten) Operation in Mossul ist sehr verblüffend. Denn die Türkei wird in keinerlei Weise an ihr beteiligt werden. Wann die Operation stattfindet, wird mit allen Beteiligten geklärt werden. Eine Vereinbarung mit türkischen Soldaten lehnen wir ab." Weiter erklärte er: „ Wir wünschen in keinster Weise Differenzen mit der Türkei. Aber es ist auch Notwendig, dass die Türkei den Irak verlässt. Wir akzeptieren die Existenz von türkischen Soldaten auf irakischem Territorium nicht." *(ANF, 28.9., ISKU)*

Flugzeugabsturz über den Medya-Verteidigungsgebieten
Am Dienstag hieß es in einer zunächst unbestätigten Eilmeldung der Nachrichtenagentur Rojnews, die sich auf lokale Quellen berief, in Garê im Gebiet Bergare in den Medya-Verteidigungsgebieten, sei ein türkisches Flugzeug abgestürzt. Es wird davon ausgegangen, dass es sich möglicherweise um einen Kampfjet handeln könnte. Jetzt haben die Volksverteidigungskräfte HPG bestätigt, das Teile des abgestürzten Flugzeugs in ihrer Hand seien. Das Flugzeug war gegen 19.00 Uhr in der Nähe der Dörfer Guze und Biye auf den Boden aufgeschlagen. Im Anschluss habe die türkische Armee das Gebiet aus der Luft bombardiert hieß es.
(ANF, 28.9., ISKU)

Nisêbîn: Der Stadtteil Kanîka wurde dem Erdboden gleichgemacht
Die Nachrichtenagentur Dicle Haber Ajansi DIHA hat jetzt ein Foto eines Stadtteils von Nisêbîn (Nusaybin) veröffentlicht. Das Foto zeigt oder besser es zeigt nichts, denn den Stadtteil Kanîka (Zeynelabidin) gibt es nicht mehr. Er wurde ausradiert. Ausgelöscht in 7 Monaten Ausgangssperre, verhängt vom türkischen Staat. Vom ganzen Stadtteil ist nur noch ein Gebäude und eine Moschee übrig. Alle anderen Gebäude wurden ausgelöscht. Im zur Provinz Mêrdîn (Mardin) gehörenden Landkreis Nisêbîn war am 14. März 2016 die Ausgangssperre verhängt worden.

Initiative für Städtepartnerschaft zwischen Kobani und Frankfurt am Main übertrifft Erwartungen

Spenden für den Wiederaufbau

Die Stimmung im legendären Club Voltaire in Frankfurt am Main, wo sich die Städtepartnerschaftsinitiative Kobani-Frankfurt seit Monaten regelmäßig trifft, war am Montag abend ausgelassen. Seit Juli hat die Initiative, die sich aus Mitgliedern kurdischer und deutscher Vereine zusammensetzt, ihre eigenen Erwartungen übertroffen und 21.042 Euro gesammelt. Der Verein LAGG »Leben und Arbeiten in Gallus und Griesheim e. V.« hatte angekündigt, die ersten 10.000 Euro, die bis Dezember eingehen, zu verdoppeln. Damit sind es jetzt 31.042 Euro. Die Frankfurter Aktivisten wollen den Wiederaufbau der nordsyrischen Stadt an der türkischen Grenze mitfinanzieren. Im Februar 2015 hatten die kurdischen Frauen- und Volksverteidigungseinheiten YPJ und YPG Kobani von der Terrormiliz »Islamischer Staat« befreit. Die Öffentlichkeit hatte den Kampf um die Stadt fast täglich im Fernsehen mitverfolgen können. Viele erinnern sich an die Stadt, die nach der Befreiung in Schutt und Asche lag; vor allem an das Modell der regionalen Selbstverwaltung, nach dem alle Positionen in der Verwaltungs- und politischen Entscheidungsstruktur paritätisch mit einer Frau und einem Mann besetzt sind. So erklärte Lothar Reininger, Vorsitzender des LAGG und stellvertretender Leiter des Club Voltaire, die Spendenbereitschaft aus der ganzen Republik – »insbesondere offenbar auch von jW-Lesern«.

Ein Waisenhaus für Kinder, die in der Stadt im kurdischen Selbstverwaltungsgebiet Rojava ihre Eltern im Kampf gegen den IS verloren haben, sei als erstes Projekt im Bau. An der Finanzierung wirken derzeit verschiedene Initiativen in Deutschland, den Niederlanden und Österreich mit. Die Frankfurter Initiative unterstützt das Projekt auch praktisch: Unter ihren Mitgliedern sind Pädagogen des freien Jugendhilfeprojektes »Welle« aus Hanau. Sobald die Grenzblockaden der Türkei aufgehoben sind, wollen sie in Kobani Weiterbildungen anbieten, damit kriegstraumatisierte Kinder therapiert werden können. Beteiligt sind zudem das Dritte-Welt-Haus, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), der Städtefreundschaftsverein Frankfurt-Granada (Nicaragua), die Kampagne »Tatort Kurdistan« und kurdische Organisationen wie Nav-Dem, der Amara-Frauenrat und der Studierendenverband YXK.

Die Lage in der Stadt selbst sei weiterhin prekär, betonte Mako Qocgiri vom Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad. Die Türkei habe kürzlich versucht, eine Mauer auf dem Stadtgebiet zu errichten. Nach Protesten der Bevölkerung wurde der Bau auf türkischem Territorium fortgesetzt – und somit das Embargo, unter dem die Stadt leidet.

Das Ziel einer offiziellen Städtepartnerschaft zwischen Frankfurt am Main und Kobani liegt noch in weiter Ferne. Die Frankfurter Initiative will einen Verein gründen, um mindestens 6.000 Mitglieder und Fördermitglieder zu gewinnen, erklärte eine Aktivistin. Für den 3. November plant die Initiative eine Veranstaltung im Frankfurter Saalbau Bockenheim: »Wir wollen verdeutlichen, dass wir dieses Gesellschaftsmodell mit seiner emanzipativen, demokratischen Idee toll finden und mit den Leuten in Kobani in Austausch kommen wollen«, sagt Thomas Lutz von der »Welle«. Schüler und Lehrer könnten E-Mail-Kontakt mit Schulen dort aufnehmen; Studierende, Hochschuldozenten und Professoren mit den Universitäten in Afrin oder Kamischli; gewerkschaftliche Betriebsgruppen mit Kooperativen.

Unterstützung gibt es für das Projekt in vielerlei Hinsicht: Eine kurdische Werbeagentur im Rhein-Main-Gebiet versprach, kostenlos eine Website zu erstellen. Aktivisten planen eine Demo am 1. November: Dabei, so heißt es, würden freilich die bislang von der Frankfurter Polizei verbotenen Embleme und Fahnen der kurdischen Frauen- und Volksverteidigungseinheiten der YPG und YPJ und der in den Selbstverwaltungsgebieten regierenden »Partei der Demokratischen Union« (PYD) mitgeführt. *(jW, 29.9., ISKU)*

4.10.: Prozesserklärung von Ahmet Çelik

Im Verhandlungstag am 4. Oktober wird der nach § 129b StGB angeklagte Ahmet Çelik vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eine Erklärung abgeben.

Das Hauptverfahren gegen den kurdischen Politiker, den die Anklage beschuldigt, Mitglied in einer terroristischen Vereinigung im Ausland gewesen zu sein, war am 12. Mai 2016 in Anwesenheit zahlreicher ProzessbesucherInnen eröffnet worden.

Ihm wird vorgeworfen, von Anfang Juni 2013 bis Anfang Juli 2014 unter dem Decknamen „Kerim" als hauptamtlicher Kader der PKK den Sektor „Mitte" in Deutschland geleitet zu haben. Zum Prozessauftakt erklärte Ahmet Çelik auf die Frage der Vorsitzenden Richterin nach seinen persönlichen Daten, dass sein ursprünglich kurdischer Name Hemê Xelef sei, der im Zuge der Assimilierungspolitik des Staates türkisiert worden sei. Außerdem lege er Wert darauf, nicht in Bozok, sondern in Meşkina geboren zu sein.

Nach zahlreichen von der Verteidigung vorgelegten, vom Senat und der Bundesanwaltschaft abgelehnten Anträgen, dem aufschlussreichen Vortrag des von der Anklage als Zeuge geladenen sachverständigen Wissenschaftlers an der Landesverteidigungsakademie in Wien, Dr. Walter Posch, über die Situation der Kurden in der Türkei 2013/2014, will der Angeklagte nunmehr selbst Stellung nehmen und sich zu verschiedenen Aspekten des Konflikts äußern. *(Azadi, 30.9., ISKU)*

→Das Şirnex, das du kanntest...

Hitze wurden die Zelte mit Zweigen abgedeckt. Doch wie sollen sie sich vor der Kälte des Winters schützen? Im Winter fallen die Temperaturen in Şirnex sehr tief, meterhoch wird dann der Schnee liegen. Was soll dann aus den Kindern werden die hier leben? Eine Schule gibt es hier nicht. Seit der Verhängung der Ausgangssperre können sie nicht mehr zur Schule gehen. Als die Operationen noch andauerten haben die Menschen hier von den Hügeln aus beobachtet, was unten in der Stadt passierte. Seit Monaten ist die Militäroperation beendet, doch die seit dem 14. März dieses Jahres verhängte Ausgangssperre dauert weiterhin an.

Die Menschen wollen ihre Stadt nicht aufgeben, wollen sich nicht vertreiben lassen und haben dafür alles auf sich genommen. Seit Monaten leisten sie tagtäglich Widerstand. Sie fordern die Aufhebung der Ausgangssperre, aber wird es nicht auch Zeit, die Last, die auf ihnen ruht, zu teilen? Zum Beispiel mit einer Patenschaft oder einer Gemeinschaftspatenschaft für eine Familie? Heyva Sorê Kurdistan e.V. wird bei der Vermittlung bestimmt gern behilflich sein (siehe Nûçe Nr. 784 bzw. www.heyvasor.com/de/xwiskubira/). *(ANF, 27.9., ISKU)*

Nach 134 Tagen wurde sie in 9 Stadtteilen aufgehoben, in 6 weiteren dauert sie hingegen weiter an. Während dessen setzt das türkische Regime seine „Abrißarbeiten" fort. Das Foto vom Stadtteil Zeynelabidin-Kışla läßt erahnen, was das für Folgen haben wird. Der Stadtteil Zeynelabidin liegt an der Grenze zu Syrien. Auf der anderen Seite der Grenze liegt die Stadt Qamişlo. Mit Auslöschen des Stadtteils wurde auch die erste Universität der Welt , die Nisîbîs Universität, vernichtet. *(YH, 22.9., ISKU)*

26. Kommune unter Zwangsverwaltung

Mit der Kreisstadt Ergani in der Provinz Amed (Diyarbakir) wurde am Mittwoch die 26. von der kurdischen Demokratischen Partei der Regionen (DBP) regierte Kommune unter Zwangsverwaltung gestellt. An die Stelle der bereits unter dem Vorwurf der »Unterstützung einer Terrororganisation« inhaftierten Bürgermeisterin Aygün Taskin trat ein Staatsbürokrat.

Nach Angaben der regierungsnahen Tageszeitung Sabah von Dienstag sollen bis zu 40.000 Angestellte des öffentlichen Dienstes aufgrund angeblicher Verbindungen zur Arbeiterpartei Kurdistans PKK entlassen werden. Bereits in den letzten Wochen waren mehr als 50.000 Beamte ohne jeden Prozess suspendiert worden, darunter neben vermeintlichen Gülen-Anhängern auch 11.000 in der linken Bildungsgewerkschaft »Egitim Sen« organisierte Lehrer.

In einem Gefängnis der südostanatolischen Stadt Sirnak kam es in der Nacht zum Mittwoch nach Informationen der Nachrichtenagentur Firat zu einem Aufstand. Die Insassen forderten ein Ende des Besuchsverbots für Angehörige und Anwälte. Ein Gefangener kam ums Leben, als Feuer ausbrach. Nach Angaben von Justizminister Bozdag wurden in Zusammenhang mit dem Putschversuch bislang 32.000 Menschen in Untersuchungshaft genommen. *(jW, 30.9.)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YH	Yüksekova Haber
CA	Civaka Azad
jW	junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 788
7. Oktober 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Zum 18. Jahrestag des internationalen Komplotts fordern wir:

Freiheit für Abdullah Öcalan

… die Geschichte
Am 9. Oktober 1998 wurde Abdullah Öcalan, der wichtigste politische Repräsentant der Kurdinnen und Kurden, von einem internationalen und regionalen Bündnis, in das auch Europa involviert war, zum Verlassen des Mittleren Ostens gezwungen. Es folgte eine weltweite Odyssee, die im Februar 1999 mit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung aus Kenia in die Türkei endete. Seitdem ist Abdullah Öcalan unter schwersten Isolationsbedingungen auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert. Der türkische Staat war Ende 2012 aufgrund des kurdischen Widerstandes und weiterer Entwicklungen gezwungen, erneut Verhandlungen mit Abdullah Öcalan zu beginnen. Die kurdische Frage in der Türkei ist mit der Veröffentlichungen seiner Briefe am 21. März 2013, 2014 und 2015 in eine neue Phase eingetreten. Auf diese Aufrufe für Verhandlungen um Frieden und Demokratie folgte ein fast dreijähriger Verhandlungsprozess.

… die Gegenwart
Mit dem angestoßenen Friedensprozess kamen auch konkrete Ergebnisse und nach Jahrzehnten entstand so etwas wie Hoffnung in der Bevölkerung um diesen Konflikt auf friedlicher Ebene zu lösen und was eine Phase der Demokratisierung für die Türkei bedeutete. Diese Entwicklung die nicht im Interesse Erdogan's und seiner AKP war, wurde Öcalan im Laufe dieser Friedensverhandlungen isoliert. Neben dem, bereits seit 2011 geltende Besuchsverbot der Anwälte kam am 5. April 2015 die Totalisolation hinzu. Parallel dazu folgte ein umfassender Krieg des türkischen Staates in den Städten Nordkurdistans/Südosttürkei. Kurdische Städte und Bezirke wurden vom türkischen Militär zerstört und Massaker an der Bevölkerung verübt. Die Immunität von kurdischen Parlamentsabgeordneten wurde aufgehoben und die Zwangsverwaltungen kurdischer Kommunen angeordnet. Auch die Errungenschaften der Kurdinnen und Kurden in Rojava/Nordsyrien sind der Türkei ein Dorn im Auge und werden immer wieder völkerrechtswidrig militärisch angegriffen.
Mit dem Versuch des Militärputsches am 15. Juli 2016 in der Türkei vergrößerte sich die Sorge um das Leben Abdullah Öcalans. Aufgrund der Dringlichkeit der Situation traten êzîdische Kurdinnen und Kurden am 23. August 2016 in den Hungerstreik, ihnen schlossen sich am 5. September 2016 50 gewählte Offizielle, einschließlich Parlamentsabgeordnete, Bürgermeister und Menschenrechtsaktivisten in Nordkurdistan/Südosttürkei an. Die Forderung der Streikenden war ein konkretes Einlenken und Handeln internationaler Organisationen sowie der CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe), die Sorgen der kurdischen Bevölkerung und ihrer Freunde zu verstehen und Abdullah Öcalan auf Imrali umgehend zu besuchen. Schließlich durfte am 11. September sein Bruder auf die Gefängnisinsel, und ein gemeinsames Treffen fand statt.

… die Zukunft
Diese Entwicklung ließ das kurdische Volk endlich aufatmen. In Öcalans Botschaft an die Öffentlichkeit sagte er: „Die Isolation fährt fort, doch ich habe keine körperlichen Probleme. Die Situation geht weiter wie zuvor. Wir haben mit unseren Freund*innen weiterhin Kontakt, wir haben unsere Projekte und Pläne, wenn der Staat dafür bereit ist, können wir diese Projekte und Pläne innerhalb von 6 Monaten umsetzen. Doch festzuhalten gilt, dass es zunächst einmal nicht wir waren, die den Friedensprozess zerstört haben. (…) Ja, die kurdische Frage ist ein schwerwiegendes Thema. Sie ist keine Sache von 20 Jahren, sie geht 150–200 Jahre zurück. Aktuell sterben täglich schätzungsweise 30 Menschen. Wäre der Staat ehrlich, würde es nicht so viele Tote geben. Dieses Land verdient das nicht. Jeder Mensch mit Verstand muss das einsehen. Wenn der Staat dazu bereit wäre, würde er uns zwei seiner Vertreter schicken. Es handelt sich um eine ernste Angelegenheit, unsere Projekte und Pläne sind bereit. Wir können dieses Problem in 6 Monaten lösen. Der aktuelle Krieg ist ein blindwütiger Krieg. Es ist ein Krieg, in dem keine Partei gewinnen kann.
Dieser Krieg dauert seit 40 Jahren an. Vielleicht wird er so noch 80 Jahre weiter gehen. Es ist eine Schande um und für die Menschen, die in diesem Krieg sterben. Blut und Tränen müssen aufhören zu fließen."
Damit diese blinde Gewaltspirale durchbrochen werden kann, sollte auf die Vorschläge von Abdullah Öcalan eingegangen werden. Es ist offensichtlich, dass er der Schlüssel zur friedlichen Beilegung der Probleme ist. Hierfür muss die Isolationspolitik eingestellt und seine Freiheit gewährleistet werden.

Deswegen fordern wir unter anderem:

o Sofortige Beendigung der Isolationsfolter!
o Freiheit für Abdullah Öcalan und alle anderen politischen Gefangenen in der Türkei!
o Aufnahme von Friedensverhandlungen damit eine politische Lösung der Kurdenfrage im Rahmen der Demokratisierung der Türkei entwickelt werden kann!

Nav-Dem, Oktober 2016

MedNuce TV ausgeschaltet

Obwohl der kurdische Fernsehsender MedNuce nicht in der Türkei, sondern hier in Europa über den französischen Satellitenbetreiber Eutelsat sendet, wurde der Sendebetrieb am 3. Oktober 2016 um 11.00 Uhr eingestellt. Während sich die EU über die massive Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit und die Schließungen von Fernsehsendern in der Türkei empört, fällt Frankreich der kurdischen Opposition in den Rükken, indem es die türkische Forderung nach Schließung des kurdischen Senders MedNuce widerstandslos an das französische Unternehmen Eutelsat weitergeleitet hat. Eutelsat hat sich dem Druck offensichtlich schnell gefügt.
Kurz nach der Verlängerung des Notstandes in der Türkei durch Erdogan wurden 12 TV-Sender, darunter auch Kinderprogramme in kurdischer Sprache, geschlossen.
Der kurdische Sender MedNuce TV, der seit 2013 über eine Sen-

→

Meldungen:

Nordsyrien: Massaker der türkischen Armee gegen ZivilistInnen – 18 Menschen getötet
Nach Meldungen der Nachrichtenagentur ANHA, die sich auf lokale Quellen beruft, ist es gestern Nacht zu einem Massaker durch Luftangriffe der türkischen Armee und der Koalitionstruppen in einem Dorf bei al-Bab gekommen. Betroffen ist das im Norden von al-Bab gelegene Dorf Til Tana. 18 ZivilistInnen kamen zu Tode, auch soll es Verletzte geben. Unter der Toten sollen sich Mahmut Yahya und 3 seiner Kinder, Mihemmed Mistefa und 3 seiner Kinder, eine Person der Familie Şikri Reşo und 3 von der Familie Reşit handeln. Außerdem sei das Dorf Cibbel Asim bombardiert worden, wo drei Flüchtlinge aus dem Dorf Til Tana zu Tode kamen. Auch bei ihnen handelte es sich um Zivilisten.
In den letzten 43 Tagen, seit Einmarsch türkischer Truppen, sollen vor allem aus den nördlichen Regionen von al-Bab etwa 2000 ZivilistInnen in den Kanton Afrîn geflohen sein.
(ANF, 5.10., ISKU)

Hürşit Külter: Erste öffentliche Pressekonferenz nach 4 Monaten
Der DBP(Demokratik Bölgeler Partisi – Partei der demokratischen Regionen)-Politiker Hürşit Külter aus Şirnex (türk. Şırnak) verschwand spurlos am 27. Mai 2016. In den vergangenen Monaten lief eine internationale Kampagne unter dem Slogan: „Wo ist Hürşit Külter?". Am Freitagvormittag hielt Külter eine Pressekonferenz in Kirkuk/Kerkûk zu seinem Verschwinden und seinem Verbleib während der letzten Monate.
Külter dankte den Menschen, die sich für die Kampagne und seine Sicherheit in den vergangenen Monaten einsetzten und sagte: „Ich möchte mich vielmals bei allen entschuldigen, die sich für mein Wohlergehen eingesetzt haben, dass ich mich erst so spät öffentlich zu allem äußern kann. Es ist die erste Gelegenheit für mich, solch eine öffentliche Presseerklärung zu machen. Die Sicherheitsvorkehrungen für mich ließen es bisher nicht zu, öffentlich in Erscheinung zu treten".
Külter erklärte, dass er am 27. Mai während des Widerstandes der ausgerufenen Selbstverwaltung festgenommen und für 13 Tage unter Arrest gestellt wurde. „Sie brachten mich irgendwo in ein Gebäude, dort saß ich für 13

"Meine Verhaftung basiert ausschließlich auf Verleumdungen"

Der stellvertretende Kovorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Alp Altinörs wurde am 9. September festgenommen und befindet sich seit dem 16. September in Untersuchungshaft. Die staatliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu Ajansi berichtete einen Tag nach der Festnahme von Altinörs, dass dieser beschuldigt wird, "Mitglied in einer terroristischen Organisation zu sein und für die Organisation neue Mitglieder werbe." Der Vorwurf basiere auf vermeintlichen Zeugenaussagen, so die Nachrichtenagentur. Nun meldet sich der stellvertretende Kovorsitzende der HDP aus der Haft heraus mit einem Brief an seine Parteizentrale zu Wort und erklärt, dass seine Verhaftung ausschließlich auf Verleumdungen basiere.

Altınörs bewertet in seinem Brief die aktuelle Situation und die Ursachen, die zu seiner Verhaftung führten, wie folgt: "Die türkische Regierung setzt wie in den 90er Jahren auf Verleumdungen, die auf erzwungenen Aussagen vermeintlicher Zeugen beruhen, um politische Gegner aus dem Weg zu räumen. In der Stadt Tokat wurden zahlreiche Genossen meines verstorbenen Freundes Zakir Karabulut auf diese Weise unter Druck gesetzt. Einige ihrer Anwälte zogen es deshalb vor, mit der Polizei zu kollaborieren. Lehramtstudierende wurden mit langen Haftstrafen und dem Rauswurf aus ihrem Studium bedroht. Auf diese Weise kam es zu unwahren 'Geständnissen'. Einigen Studenten wurde auferlegt, insbesondere gegen mich schwere Vorwürfe zu erheben. Diejenigen, die dies ablehnten, wurden verhaftet. Die 'Zeugenaussagen' gegen mich, von denen ich später in der Nachrichtenagentur Anadolu erfuhr, kamen höchstwahrscheinlich unter diesen Umständen zustande."

Altınörs erklärt, dass die Vorwürfe gegen ihn, die die Anadolu-Agentur veröffentlichte, auf Polizeiberichten basieren: "In meiner Zeit in Haft wurde unsere Partei HDP durch meinen Fall unter Druck gesetzt und bedroht. Ich begrüße alle Freunde, die hiergegen Widerstand leisten und für Recht und Demokratie kämpfen. Durch diesen Widerstand habe ich sehr viel an Kraft geschöpft."

Weiter führt Altinörs aus, dass die türkische Polizei auf zwielichtige Methoden setzt, um die politische Opposition in der Türkei zu dezimieren. "Fethullah Gülen und seine Anhänger haben keinen Einfluss mehr in der Polizei, aber deren Methoden werden weiter praktiziert. Während ich fünf Tage lang keinen Kontakt zu meinen Anwälten hatte, wurden die Vorwürfe eines 'geheimen Zeugen' über die staatliche Agentur veröffentlicht. Ich werde zur Zielscheibe gemacht, weil ich an der Beerdigungszeremonie von Zakir Karabulut teilnahm und eine Rede hielt. Alle anderen Vorwürfe, die in den 'Geständnissen' dieses Zeugen vorkommen, basieren auf Lügen und sind frei erfunden", so Altinörs.

"Justiz erhält Befehle von oben"

Der inhaftierte Altinörs geht in seinem Brief weiter darauf ein, dass die Beweise, die er gegen die konstruierten Vorwürfe vorgelegt hat, schlichtweg ignoriert werden: "Die Aussagen des 'Zeugen' werden mir vorenthalten. Es ist völlig unklar, wann und unter welchen Umständen diese Vorwürfe gemacht wurden. Es ist ganz offensichtlich, dass die Anklage, die auf diesen Aussagen fußt, unhaltbar ist. Selbst als ich nachweisen konnte, dass ich zu der Uhrzeit, an dem behauptet wird, ich hätte jemanden zum Anschluss am bewaffneten Kampf überzeugen wollen, auf dem Rückflug aus Bitlis war, hat sich nichts an meiner Situation geändert. Da die Justiz in der Türkei scheinbar gehörlos gegenüber Beweisen unsererseits ist, müssen sie wohl Befehle von weit oben erhalten haben."

"Wir werden unserer gefallenen Freunde immer gedenken"

Zu seinem verstorbenen Freund Zakir Karabulut, der bei der Friedensdemonstration in Ankara am 10. Oktober 2015 durch einen Selbstmordanschlag getötet wurde und auf dessen Beerdigungszeremonie Altinörs die Rede hielt, die dann zu seiner Verhaftung führte, erklärt er in seinem Brief: "Zakir war Mitglied der HDP in Tokat. Jetzt ist er unser Friedens-Märtyrer. Sogar nach seinem Tod wird er kriminalisiert. Als er noch am Leben war, wurde kein einziges Mal gegen ihn polizeilich ermittelt. Aber jetzt wird ihm nicht mal in seinem Grab Ruhe gelassen. Es ist offensichtlich, dass sie es nicht vertragen können, dass wir ihn nach seinem Tod gedenken. Wir werden unserer gefallenen Freunde immer gedenken. Das gilt auch für Zakir."

"Ich bin Türke, Demokrat und HDP'ler"

Zum Abschluss seines Briefes macht Altinörs nochmal deutlich, weswegen er hinter der HDP steht: "Einer der Polizisten fragte während meiner Festnahme, dass ich sehr türkisch aussehe und was ich bei der HDP suche. Ich glaube, sie versuchen uns für unsere Solidarität mit dem kurdischen Volk diesen Preis zahlen zu lassen. Ziel ist der gemeinsame demokratische Widerstand des türkischen und kurdischen Volks. Meine Antwort auf die Frage des Polizisten war 'Ich bin Türke, Demokrat und HDP'ler'. Wir Sozialisten, Demokraten, Ökologen, diejenigen, die für Frauen- und Arbeiterrechte kämpfen und alle Linken innerhalb der türkischen Bevölkerung werden mit unserer bunten Vielfalt in den Reihen der HDP gegen den Faschismus kämpfen"

(ANF, 1.10., Civaka Azad)

Tage. Sie setzten intensive psychologische und physische Foltertechniken gegen mich ein. Ihr Ziel war es, mich zum Verräter zu machen, ich sollte für sie als Agent/Spion rbeiten. Sie forderten mich auf, vor die Presse zu treten und mich gegen die Selbstverwaltung zu positionieren. Sie, dass waren Polizisten einer Spezialeinheit. Während all dieser Zeit drohten sie immer wieder mich umzubringen. Manchmal hörte ich sie miteinander reden 'Lasst ihn uns töten, nachdem wir haben, was wir wollen'".

Külter berichtete weiter, dass er wegen der Reaktion der Öffentlichkeit noch am Leben sei. „Sie sprachen immer wieder miteinander und sagten 'Er ist zu sehr im Scheinwerferlicht. Lasst uns warten, bis die Proteste nachlassen, dann können wir ihn töten". Kurze Zeit später wurde Hürşit Külter in ein höheres Stockwerk verlegt, dort fing er an intensiv nach einer Fluchtmöglichkeit zu suchen, die er schließlich auch fand: „Nachdem ich aus dem Gebäude entkommen war, bemerkten sie natürlich meine Flucht. Sie schossen auf mich und versuchten mich zu fangen, aber ich rannte immer weiter und entkam. Ich erreichte die Stadt und suchte nach einem Weg, meine Familie oder die Presse zu kontaktieren, aber ich fanden keine sichere Möglichkeit. Für die folgenden 40 Tage versteckte ich mich in geräumten Häusern, dann endlich fand ich Kontakt zu einigen Widerstandskämpfern und gelangte sicher aus der Stadt. Nachdem ich die Stadt mit ihrer Hilfe verlassen hatte, begann meine 2-monatige Reise hierher. Um die Menschen, die mir halfen, nicht zu gefährden, werde ich keine Namen preisgeben. Ich erzählte bis heute niemandem, dass hier bin. Nun mache ich diese öffentliche Presserklärung, da ich nun endlich in Sicherheit bin. (...) Ich möchte den Samstagsmüttern, den Friedensmüttern und allen nationalen und internationalen Institutionen für ihre Mühen danken. Das ich heute am Leben bin, habe ich all diesen Menschen zu verdanken". *(ANF, 7.10., ISKU)*

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur

→ MedNuce TV ausgeschaltet

delizenz verfügte, gab den Kritikern der türkischen AKP-Regierung einen Plattform. Als einer der letzten oppositionellen Sender, der auch in der Türkei empfangen werden konnte, berichtete er beispielsweise über das brutale Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte gegen die Bevölkerung in den kurdischen Siedlungsgebieten und die in Städten wie Cizre und Silopi begangenen Kriegsverbrechen. Deswegen war der Sender der AKP-Regierung stets ein Dorn im Auge.

Die Schließung des Senders MedNuce TV stellt einen massiven Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit dar. Das Eingreifen der Türkei in die Medienpolitik eines europäischen Staates ist ein Angriff auf die Stimmen der Kurdinnen und Kurden in Europa. Die Umsetzung türkischer Forderungen nach Zensur kurdischer, oppositioneller Medien macht europäische Staaten und Medienunternehmen wie Eutelsat zu Komplizen des repressiven, antidemokratischen, kurdenfeindlichen Erdogan-Regimes. Dies richtet sich gegen die fortschrittlichen kurdischen und türkischen Kräfte in der Türkei, die nach wie vor auf Dialog und eine friedliche Lösung politischer Differenzen statt auf militärische Auseinandersetzungen setzen.

In dieser prekären politischen Situation leistet nicht nur das Unternehmen Eutelsat, sondern auch das Schweigen der EU einen Beitrag zur Unterdrükkung der freien Meinungsäußerung. So fällt Europa der Opposition in der Türkei in den Rükken.

Als demokratische Organisationen erheben wir unsere Stimme gegen diesen Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit und fordern, dass MedNuce wieder auf Sendung gehen kann! Die europäischen Länder dürfen sich nicht länger zu Handlangern der AKP Diktatur machen.

Nav-Dem , Oktober 2016

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 789
14. Oktober 2016



.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Türkei: Kein Tag ohne Überfälle, kein Tag ohne massenhafte Verhaftungen

Die verhafteten Politiker und Politikerinnen gehören den Parteien an, die in der Türkei das kurdische Problem mit politischen Mitteln zu lösen vermögen. Das türkische Regime hingegen setzt alleinig auf eine militärisch-polizeiliche Lösung. Da mag es dann in den Augen des Regimes auch nur konsequent sein, jegliche oppositionelle, politische Struktur und Willensäußerungen betreffs der Emanzipation der KurdInnen bis zum äußersten zu verfolgen, zu zerschlagen und völlig zu vernichten.

Nachdem am Dienstag im türkischen Parlament mit den Stimmen von AKP und MHP die Verlängerung des Ausnahmezustands um weitere drei Monate abgesegnet wurde, wurden in einer nächtlichen Verhaftungswelle – mit Schwerpunkt in Amed (Diyarbakır) – mindestens 136 Mitglieder der Ortsvorstände der Partei der Demokratischen Regionen DBP und der Demokratischen Partei der Völker HDP – drunter auch Co-Kreisvorsitzende – verhaftet. In Amed blieb fast kein Landkreis verschont. Die Wohnungen der Betroffenen wurden durchsucht, eine Sperre von 5 Tagen verhängt, in denen die Verhafteten keinen Anwalt zu Rate ziehen dürfen. Ein aus rechtsstaatlicher Sicht fragwürdiges Unterfangen. Aber die Verhaftungswelle ist nicht allein auf Amed beschränkt. Auch aus Wan (Van) gibt es ähnliche Meldungen. In Wan und seinen Landkreisen wurden ebenfalls verschiedene Co-Kreisvorsitzende, Funktionäre und Mitglieder der DBP verhaftet, 70 weitere stehen auf einer Liste zur Fahndung aus und können jederzeit festgenommen werden. Es ist also davon auszugehen, dass sich die Zahl der Verhaftungen in den nächsten Tagen noch erheblich erhöhen wird. Desweiteren gibt es Verhaftungen in Qers (Kars), Colemêrg (Hakkari) und Sêrt (Siirt).

Einer Erklärung der DBP vom 1. Oktober ist zu entnehmen, dass allein im letzten Jahr 2500 Mitglieder und leitende Funktionäre der DBP in Untersuchungshaft genommen wurden. Die Co-Vorsitzende der DBP Sebahat Tuncel sprach am 26. September, nachdem das Regime in Ankara Treuhänder an Stelle gewählter Bürgermeister und Bürgermeisterinnen eingesetzt hatte, von sogenannten Operationslisten. Sie erklärte: „In Diyarbakır warten 800 Dossiers. Das sind Dossiers, die von Mitgliedern des Ordens [Gemeint sind Anhängern von F. Gülen], vorbereitet wurden. Aber wenn es sich um die Kurden handelt, spielt es ja bekanntlich keine Rolle, wer die Akte angelegt hat."

Unter denen die in den letzten 12 Monaten im Untersuchungshaft genommen wurden, befand sich auch der Co-Vorsitzende der DBP Kamuran Yüksek. Kamuran Yüksek ist nach 6-monatiger Untersuchungshaft erst vor einigen Tagen wieder auf freiem Fuß gesetzt worden. Die Staatsanwaltschaft hat aber bereits Widerspruch gegen seine Freilassung eingelegt.

26 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die von der DBP gestellt werden, sind von Ankara durch sogenannte Treuhänder ersetzt worden. Eine Praxis, die fast ausschließlich in den kurdischen Regionen der Türkei Anwendung findet. Darüber hinaus werden in den kurdischen Provinzen auf Bürgermeisterämter fast ausschließlich Gouverneure als Treuhänder eingesetzt. Die aktuelle Verhaftungswelle lässt erahnen, dass noch weitere BürgermeisterInnen durch sogenannte Treuhänder ersetzt werden sollen. Aber selbst dort, wo die BürgermeisterInnen noch im Amt sind, stehen sie de facto häufig schon unter Treuhand. Als Beispiel wäre hier das Rathaus von Heweng (Bozova), einem Landkreis von Riha (Urfa), zu nennen. Hier ist zwar offiziell der Co-Bürgermeister noch im Amt, jedoch sind ihm seine Befugnisse entzogen worden. Mit den letzten Kommunalwahlen ist ein neues Gesetz in Kraft getreten, dass die Landkreise dazu nötigt 40% ihrer Einnahmen dem Hauptrathaus der jeweiligen Provinz zuzuleiten. Doch auch über die restlichen 60% der Einnahmen kann die Bürgermeisterei von Heweng nicht verfügen. Sie ist, sie ist de facto unter Treuhand gestellt, ihre Befugnisse dem örtlichen Landrat überantwortet worden und gezwungen, sich jegliche Tätigkeit von ihm absegnen zu lassen. Ähnlich wie der Gouverneur wird auch der Landrat nicht durch Wahlen legitimiert, sondern wird von Ankara eingesetzt. Wie schon zu Zeiten des Militärputsches von 1980 wird erneut die kurdische Region der Türkei mehr und mehr einer Sonderverwaltung unterworfen.

(YÖP/ANF, 12.10., ISKU)

HPG Guerillas: Die faschistischen türkischen Kräfte werden verlieren

Am 30. August begann die türkische Armee eine Militäroperation mit tausenden Soldaten in den ländlichen Gebieten von Çelê (Çukurca) der Region Colemêrg (Hakkâri). Die türkische Regierung verkündete, dass dies die größte und weitreichendste Operation in der Geschichte des Kampfes gegen die PKK sei.

Die HPG (Hêzên Parastina Gel – Volksverteidigungskräfte) und YJA-Star (Yekîtîya Jinên Azad-Star – Verband der freien Frauen-Star) Guerillas reagierten auf die Operation mit einem historischen Widerstand und starken Gefechten gegen die türkischen Besatzungstruppen.

Angesichts des starken Widerstandes der Guerilla zogen sich die türkischen Truppen verzweifelt in ihre Außenposten zurück und gaben die Operation auf. Die türkische Armee sieht sich einer massiven psychologischen Niederlage gegenüber, nachdem ihre Einheiten täglich durch die Guerilla Verluste erlitt.

Letztlich hat die Guerilla das türkische Kommando dazu gebracht zuzugeben, dass sie „… einen Krieg auf Leben oder Tod in Çelê führen". Es bleibt zu fragen, wie die türkische Armee, die kampfunfähig ist,

→

Meldungen:

Gever: 4 Zivilisten auf offener Straße von türkischen „Sicherheitskräften" ermordet

In Gever (Yüksekova) sind 4 Zivilisten von türkischen „Sicherheitskräften"ermordet worden. Sie verloren ihr Leben, als ohne ersichtlichen Grund aus einem gepanzerten Polizeifahrzeug heraus auf sie geschossen wurde. Drei weitere Menschen wurden schwer verletzt. Unter den Toten befindet sich auch ein 16-jährige Gymnasiast im 2. Jahr. Er ist ein Neffe der Parlamentsabgeordneten Pervin Buldan (HDP).

Augenzeugen berichten, dass selbst als versucht wurde, die Verletzten ins Krankenhaus zu bringen, noch auf diese geschossen wurde. Auch soll Tränengas eingesetzt worden sein. Einer der Verletzten, berichtet, dass er bei dem Versuch einem Verletzten zu Hilfe zu eilen er selbst verletzt wurde. Das Krankenhaus, in das die Verletzten und Toten gebracht wurden, wurde von der Polizei abgeriegelt. Angehörige der Verletzten und deren Freunde, die sich vor den Toren des Krankenhaus versammelten, wurde ebenfalls von der Polizei angegriffen.

Mittlerweile soll ein Polizist verhaftet worden sein. Er soll sich auf eine „Ladehemmung" berufen. Beobachter weisen allerdings darauf hin, dass der weitere Beschuss durch die Polizei dagegen spräche. Der örtliche Gouverneur erklärte, dass eine Untersuchung der Geschehnisse eingeleitet worden sei.

(ANF, 8.10., ISKU)

Eutelsat hat nun auch die Ausstrahlung des TV Senders Newroz TV gestoppt

Der französische Sattelitenbetreiber Eutelsat hat, nachdem er die Ausstrahlung des kurdischen Nachrichtensenders MedNuce TV gestoppt hat, nun auch die Ausstrahlung des mehrsprachigen Sender Newroz TV gestoppt. Newroz TV berichtete in den kurdischen Dialekten Soranî, Goranî und Kurmancî sowie auf Farsi.

Auf Wunsch der RTÜK (Anstalt für TV und Radio der Türkei) hat der französische Sattelitenbetreiber Eutelsat am 3 Oktober die Ausstrahlung des kurdischen Nachrichtensenders MedNuce TV beendet.

Aber: Newroz TV ist ab sofort über folgende Frequenzen zu erreichen:

Satelit: Nilesat, Frequenz: 11354, S.R: 27500, Pol: Vertical, Fec: 5/6

(ANF, 11.10., ISKU)

Amed: Polizei schließt kurdischsprachige Grundschule

Die erste Grundschule in Bakur/Nordkurdistan (Türkei), die ihren Unterricht in der Muttersprache Kurdisch gab, wurde am 9. Oktober zwangsgeschlossen. Die Grundschule Ferzad Kemanger befand sich in Amed (Diyarbakır) im Kreis Bağlar. Benannt war sie nach dem kurdischen Lehrer Ferzad Kemanger, er ist im Mai 2010 vom iranischen Regime hingerichteten worden. Seit Eröffnung der Grundschule am 26. September 2014 erhielten 238 Kinder zwischen 5 und 11 Jahren dort ihre Schulbildung. Die Schule hatte bereits 2013 mit dem Unterrichten begonnen. 2014 wurde sie von der Polizei angegriffen. Während dutzende Kinder im Unterricht waren, stürmten Polizeikräfte die Schule. Die Eltern setzten sich anschließend unzählige Male für ihre Schule ein und so konnte sie letztendlich weiter machen. Die Schule war zwar offiziell als Privatschule eingestuft, die Schüler mussten jedoch keine Unterrichtsgebühren bezahlen. Neben Fremdsprachen wie Englisch wurde hier auch die türkische Sprache gelehrt. Der Unterricht erfolgte jedoch auf Kurdisch. Mittagessen und bei Bedarf ein Schulbus wurden von der Schule gestellt, auch die Schuluniformen. Die Grundschule verfügte zuletzt über 18 Lehrer. Sie erhielt keine Finanzen vom Ministerium für Bildung sondern bestritt ihre Kosten alleinig aus Spenden von sie unterstützenden Organisationen und Privatpersonen. Die Grundschule wurden auf Beschluss des örtlichen Gouverneurs am 10.10.2016 erneut von der Polizei geschlossen.
Amed, Gever (Yüksekova) und Cizîr (Cizre) waren 2014 als Orte für das Pilotprojekt des muttersprachlichen Unterrichts ausgewählt worden.
In Cizîr war 2014 die Grundschule Berivan (Dibîstana Sereteya Berivan) eröffnet worden. Sie war im Stadtteil Nur angesiedelt. Obwohl sie drei Mal zwangsweise geschlossen wurde, hat sie bis letztes Jahr kurdischsprachigen Unterricht erteilt. Nach Einsetzung eines Treuhänders in Cizîr – anstelle des von der Bevölkerung gewählten Bürgermeisters – wurde der Unterricht an der Schule eingestellt.
In Gever war ebenfalls 2014 eine Grundschule eröffnet worden. Sie trug den Namen Üvenş Ana Grundschule. Sie befand sich im Stadtteil Esentepe. Bei Eröffnung zählte sie 100 Schüler. Die Schule, die von KURDÎ-DER gegründet wurde, ist im Laufe der Zeit unzählige Male von der Polizei angegriffen und geschlossen worden. Aufgrund des anhaltenden Widerstand der Eltern konnte die Schule trotzdem weiter unterrichten, musste jedoch in den Stadtteil Orman ausweichen. Mit der über Gever verhängten Ausgangssperre wurden ihre Räume von staatlichen Kräften geplündert und als Kommandozentrale missbraucht. Zuletzt zog sie in den Stadtteil Yenimahalle. Es gelang ihr in der Kürze der Zeit nicht die Vorbereitungen für das neue Schuljahr abzuschließen. So musste sie mit Beginn des neuen Schuljahrs geschlossen bleiben.

(YÖP, 11.10., ISKU)

→ HPG Guerillas: Die faschistischen...

einen Kampf auf Tod oder Leben führen will.
Trotz der harten Rückschläge in Çelê startete die türkische Armee am 5. Oktober eine noch umfangreichere Operation in der Region von Ertuş. An der Militäroperation, in den von der kurdischen Guerilla gehaltenen Gebieten, nehmen über 30.000 Soldaten, sowie Unmengen an militärischem Gerät teil, welche aus anderen Städten und Orten wie Kayseri und Eskişehir herangebracht worden sind. Auch hier brechen seit Tagen enorme Gefechte aus, gleichzeitig wurde das Operationsgebiet noch vergrößert.
HPG Guerilla Lezgin Botan: Die Isolation Apos (Abdullah Öcalan) ist ein wichtiger Grund unseres Kampfes. Die Möglichkeit der Kommunikation mit unserem Vorsitzenden ist eines unserer Ziele. Wir, all unsere FreundInnen hier, versprechen unserem Volk, dass unser Kampf uns Sekunde um Sekunde näher an die Revolution führt. Die türkische Armee hat heftige Gefechte bei Ertuş versucht und wird dies auch weiterhin tun. Sie versuchen ein Bild zu vermitteln, als ob sie große Erfolge erzielen, dabei erleiden sie in Wahrheit große Rückschläge und Verluste. Vielleicht werden wir die Revolution nicht mehr miterleben, doch wir versprechen den Menschen, dass sie mit unseren FreundInnen den Weg dorthin weiter gehen werden und das unsere FreundInnen bis zum letzten Tropfen Blut Widerstand leisten werden. Wir reagieren nicht einfach nur auf die Operationen der türkischen Armee in Ertuş, Çele und anderen Gebieten Kurdistans. Wir führen hier einen revolutionären Kampf.
HPG Guerilla Şoreşger Herekol: Im Kriegsgebiet hat die türkische Armee schwere Verluste erlitten. Dort wird ein umfassender Krieg geführt. Die türkischen Soldaten kämpfen mit ihrer hochmodernen Technik, aber gegen die Kampftaktik der Guerilla haben sie auch damit keine Chance. Wir lassen ihre Angriffe ins Leere laufen, während die türkische Armee schwere Verluste einsteckt. Sie wollen uns so angreifen, wie es Daesh/der IS in Kobanê tat, aber es sie vergessen, dass wir hier in den Bergen Kurdistans sind.
Diese Berge schützen uns seit über 40 Jahren vor jeglichen Angriffen, so wie sie es auch nun tun. Als Guerilla wissen wir sehr genau, wie wir uns in den Bergen schützen. Tayyip Erdoğan denkt, er könnte die Taktiken von Daesh/dem IS übernehmen und gegen uns auch in den Bergen Kurdistans einsetzen. Aber wir, die Guerilla, haben Erdoğan und seine Horden hier in Ertuş ins Leere laufen lassen und aufgerieben. Bei unseren Angriffsaktionen sterben jedes Mal dutzende türkische Kräfte. Wenn unsere GefährtInnen von einer Position zur nächsten wechseln, steigen sie über die Leichen der Soldaten. Das ist die Realität des Krieges hier, die jeder und jedem bewusst sein muss. Manchmal fallen auch unsere FreundInnen als MärtyrerInnen, aber jede Freundin und jeder Freund die/der fällt, reißt dutzende Soldaten mit in den Tod. Wir werden siegen.
HPG Guerilla Dilovan Kobanê: Der türkische Staat beweist sein Interesse an kurdischem Land, indem er den Vertrag von Lausanne wieder auf die Tagesordnung setzt. Die türkischen Soldaten in Bashiqa (Südkurdistan/Nordirak), die dort quasi als Besatzungstruppe verbleiben, griffen angeblich Cerablus (Rojava/Nordsyrien) an, um letztlich den türkischen Imperialismus umzusetzen und Land einzunehmen. Nun wollen sie weitere grenzüberschreitende Operationen durchführen. Tayyip Erdoğan ist ein Lügner, der sich selbst für clever hält. Doch unser Widerstand in den Bergen von Ertuş hat gezeigt, wie einfach er doch eigentlich gestrickt ist. Wir als Guerilla der PKK versprechen den Menschen, dass wir die Daesh/IS sympathisierenden Horden Tayyip Erdoğans auf den Müllhaufen der Geschichte verbannen werden.

(ANF, 11.10., ISKU)

Türkei bombardiert Qandîl – F-16 Kampfjet abgeschossen

Am frühen Abend des 6.10. begann das türkische Militär, erneut die Medya-Verteidigungsgebiete im Qandîlgebirge zu bombardieren. Türkische Kampfjets warfen Bomben auf das von der Guerilla kontrollierte Gebiet ab, dabei wurden vor allem die Umgebungen der Dörfer Dêrik und Museleka in Garê, sowie das Gebiet Şukê in der Region Avashin angegriffen.
Laut lokaler Berichte gegenüber ANF wurde ein türkisches Kampfflugzeug des amerikanischen Typs F-16 gegen 20:30 Uhr bei Pişta Şanê abgeschossen. Bereits einige Tage zuvor zerschellte ein türkisches Kampfflugzeug im Qandîlgebirge.

(ANF, 7.10., ISKU)

Eröffnung des §129b-Prozesses gegen Ali Hıdır Doğan

Am 11. Oktober wurde vor dem Kammergericht in Berlin das Hauptverfahren gegen den kurdischen Aktivisten Ali Hıdır Doğan eröffnet. Er wird von der Anklage beschuldigt, unter dem Decknamen „Ahmet“ in der Zeit zwischen April 2014 und September 2015 im Raum Berlin den „PKK-Sektor Nord“ und später das Gebiet „Bremen“ verantwortlich geleitet zu haben. In dieser Eigenschaft habe er u. a. Veranstaltungen organisiert, hierfür Busse angemietet und tickets verkauft, Spendenkampagnen für die politische und kulturelle Arbeit durchgeführt und – unglaublich – Landsleute im Krankenhaus besucht oder Familien von Gefallenen aufgesucht, um ihnen zu kondolieren. Desweiteren sei er den Menschen bei rechtlichen Problemen behilflich gewesen. Damit hat er sich nach Auffassung der bundesdeutschen Politik und Justiz „terroristisch“ betätigt.Von dieser Beschuldigung betroffen sind alle derzeit 12 in Haft befindlichen kurdischen Aktivisten.
Ali Hıdır Doğan wurde 25. April 2016 in Bremen festgenommen und befindet sich in U-Haft in der JVA Berlin-Moabit.

(Azadi, 11.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 790
24. Oktober 2016

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Stoppt die Türkische Invasion in Nord-Syrien!

In dem Bestreben, den Widerstand gegen extremistische Gruppen zu unterbinden, hat die türkische Luftwaffe die Dörfer Um Al Housh und Um Al Qura nur einige Stunden nachdem diese von dem IS befreit worden waren, bombardiert.
Zusätzlich hat die Türkei mit Artillerie Dörfer in den Regionen Shehba und Efrin beschossen. Als Resultat dieser Angriffe verloren vierZivilisten ihr Leben und dutzende Menschen wurden verletzt. Diese Angriffe halten weiterhin an.
Diese Bombardierungen sind Teil einer Kriegskampagne des türkischen Staat gegen die Menschen in Syrien. Die Angriffe stellen gleichzeitig auch eine Unterstützung für den IS dar, nachdem diese zuvor eine schwere Niederlage gegen die revolutionären Kräfte erlitten hatten.
Diese Praxis des türkischen Staates in Syrien stimmt nicht mit internationalen Verträgen und Konventionen überein und richtet sich direkt gegen die Menschen aus Syrien.
Die internationale Gemeinschaft und internationale Kräfte, welche sich mit dem Kampf gegen Terrorismus beschäftigen, müssen eingreifen und die türkische Intervention in Syrien beenden.
Das bisherige Ignorieren und Wegesehen beim Einmarsch der Türkei in Cerablus führte nun letztendlich dazu, dass sie ihre Luftwaffe einsetzten, um die umliegenden Gegenden zu bombardieren.
Dies stellt unter Beweis, dass sich der türkische Staat in Bezug auf die wahllose Bombardierung von syrischen Bürgern nicht vom Syrischen Regime unterscheidet. Letztlich streben beide Parteien danach, eine politische Lösung der syrischen Krise zu verhindern. Stattdessen schaffen sie durch ihre Luftangriffe Bedingungen, unter welchen extremistischen Kräften erlaubt wird, ihre Kräfte in Gebieten neu zu formieren, in denen sie zuvor bezwungen und beseitigt wurden.
Wir verurteilen die Aggression des türkischen Staates in den Regionen Shehba und Efrin und ihre abscheulichen Angriffe aufs Schärfste. Erdoğan und seine Pläne bei der Mossul-Operation sind gescheitert. Aus diesem Grund versucht er erneut in Syrien den Einfluss zu gewinnen, den er im Irak verloren hat. Die Türkei unter Erdogan träumt davon, die Misak-ı Milli-Grenzen, welche sie nach dem 1. Weltkrieg verloren hat, wiederzuerlangen. Das Ziel der Türkei mit diesen Angriffen ist nicht nur in den Norden Syriens einzumarschieren, sondern Einfluss auf Syrien als Ganzes zu nehmen. Es sollten daher alle internationalen Kräfte eine klare Haltung gegen die Invasion des türkischen Staates in Nord-Syrien einnehmen.
Wir rufen alle Menschen dazu auf ihre Meinung auszudrücken und die Verletzungen, Verbrechen und offensichtlichen Rechtsverletzungen der Souveränität von Rojava und Syrien zu verurteilen.

(Kurdistan Nationalkongresses (KNK), 20.10., CA/ISKU)

Offensive auf Mosul: Fakten und Geständnisse

Die Türkei um Staatspräsident Erdoğan hat versucht, ihr international, regional und innenpolitisch schlechtes Image mit der Offensive auf Mosul aufzupolieren. Für die Teilnahme an der Offensive hat sie jeden Weg probiert und jede Drohung ausgesprochen. Allerdings hat der Irak mit der Zustimmung der USA, Russlands und weiterer internationaler Mächte, die Türkei zum Besatzer erklärt und den sofortigen Abzug ihrer Truppen gefordert. Auch der Schiiten-Führer und weitere politische Gruppen im Irak haben diese Erklärung unterstützt. Man darf hierbei auch nicht vergessen, dass viele dieser Gruppen unter dem Einfluss des Iran stehen und somit der Iran wohl eine ähnliche Haltung gegenüber der Türkei einnimmt.
Inmitten dieser Drohungen gegen den Irak und die USA seitens der Türkei begann die Offensive zur Rückeroberung von Mosul. Kurz vor Start erklärte Masoud Barzanî in einem Dekret, dass “kein Name außer den Peshmerga” in den Medien im Zusammenhang mit der Offensive genannt werden darf und Zuwiderhandeln unter Strafe steht.
Türkische und südkurdische Medien waren damit beauftragt, die öffentliche Meinung während der Operation im Sinne ihrer eigenen Rolle bei der Befreiung von Mosul zu lancieren. In Südkurdistan übernahm die Zeitung Rûdaw hierfür die Führungsrolle. Rûdaw stellte den Start der Offensive aus Südkurdistan auf eine Weise dar, als wäre die Peshmerga die einzige Kraft, die daran teilnimmt. Und das, obwohl die Offensive, die beteiligten Kräfte, die Routen und das Vorrücken der Einheiten bis an bestimmte Stellen von vornherein von einer Koalition geplant und organisiert wurde, an deren Spitze die irakische Regierung sitzt.
An der Operation nehmen knapp 30.000 Mitglieder der irakischen Armee teil. Die Zahl der Peshmerga beläuft sich auf 4.500 Soldaten. Die US-geführte internationale Koalition unterstützt die Offensive aus der Luft. Es wird erwartet, dass irakische Sondereinheiten der Operation in den kommenden Tagen ebenfalls beitreten. Die Peshmerga sollten zunächst bis Givêra vorrücken, um dort Halt zu machen. So ist es dann auch geschehen.
Viele Kräfte, die in der jüngeren Vergangenheit dem IS breiten Raum für den Aufbau ihrer Schreckensherrschaft überließen, versuchen nun mit ihrer Teilnahme an der Mosul Operation einen verlogenen Sieg zu ergattern und ihr Image aufzupolieren. So sind die Bilder, als die Peshmerga die schutzlose Bevölkerung Shengals zurückließ und die Stadt kampflos aufgab, noch in aller Köpfe.

Türkei blockiert Angriff auf den IS

Nach jetzigem Kenntnisstand beginnt die Offensive von zwei zentralen Punkten aus über die Routen Givêra und Bashiqa. In Givêra wurde die Offensive gestartet, in Bashiqa noch nicht. Die Türkei hat mit ihrer “wir nehmen unter allen Umständen teil”-Haltung den Start verzögert. Der Irak hat deutlich gemacht, dass sie die Teilnahme der Türkei unter keinen Umständen dulden wird.

→

Meldungen:

Colemêrg: Volksversammlung von Polizei gestürmt – 100 Festnahmen

Im Rahmen der Vorbereitungen für den Kongress der Partei der Demokratischen Regionen DBP in Colemêrg (Hakkari) am 25. Oktober wurde am Dienstag eine Volksversammlung durchgeführt. Die Versammlung, die in den Räumen der DBP in Colemêrg stattfand, wurde von der Polizei gestürmt. Sie nahm etwa 100 BesucherInnen in Gewahrsam, darunter auch Vorstandsmitgieder der DBP. Zeitgleich wurden auch die Zentrale der Demokratischen Partei der Völker HDP in Colemêrg von den staatlichen „Sicherheitskräften“ gestürmt und die Räumlichkeiten durchsucht.

(YÖP, 18.10., ISKU)

Türkische Luftwaffe im Einsatz gegen Rojava

Seit Dienstag wurden in der Al-Shahba Region nördlich von Aleppo die Dörfer Um Al Housh, Um Al Qura und Hasiya dem Bombenhagel der türkischen Luftwaffe ausgesetzt. Diese Dörfer wurden erst vor Kurzem von den revolutionären Kräften der SDF (Demokratische Kräfte Syriens) befreit. Die Luftangriffe ereigneten sich nur wenige Stunden nachdem die genannten Dörfer, sowie zwei weitere Dörfer und der Al Shahba Staudamm vom IS befreit worden waren.
Wir, die Generalkoordination der demokratisch-selbstverwalteten Kantone Cizîrê, Kobanê und Afrin verurteilen diesen eklatanten Angriff, der durch den türkischen Staat ausgeführt wird und das Leben von hunderten unbeteiligten ZivilistInnen bedroht.
Wir stellen klar, dass wir alles in unserer Hand stehende tun werden, um die ZivilistInnen und die gesamte Gesellschaft Nordsyriens zu schützen.
Außerdem möchten wir betonen, dass die jüngsten türkischen Angriffe eine Reaktion auf die Befreiung der Dörfer vom IS zu sein scheinen. Es gibt unzählige Beweise, dass der türkische Staat wie der Beschützer der terroristischen Organisation IS und weiterer terroristischer Organisationen und Individuen agiert.
Wir rufen zudem die internationale Gemeinschaft, die Vereinten Nationen, die USA, Russland, internationale Menschenrechtsorganisationen und die Zivilgesellschaft dazu auf, sofort Schritte einzuleiten, um die türkische Aggression zu stoppen und zu verhindern, dass der türkische Staat weiterhin den Frieden und

die Sicherheit unserer Region durch die anhaltende Verletzung des internationalen Rechts bedroht.
Diese Angriffe dürfen nicht, so wie bei der türkischen Besatzung von Cerablus (Dscharablus), auf internationales Schweigen stoßen.
Wir rufen auch alle Syrer dazu auf, verantwortungsvoll zu agieren und die Angriffe zu stoppen, die lediglich beweisen, dass die Verlierer dieser Angriffe Syrien selbst und der politische Prozess zur Lösung der syrischen Krise sind. (*Generalkoordination der demokratisch-selbstverwalteten Kantone Cizîrê, Kobanê und Afrin, 19.10.2016)*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
CA	Civaka Azad

Prozesstermine
in den §129b-Verfahren gegen kurdische Politiker

Cem AYDIN, Kammergericht Berlin-Moabit, Eröffnung des Hauptverfahrens:
Ende November 2016
Ahmet ÇELIK, OLG Düsseldorf, alle Verhandlungen in Düsseldorf-Hamm, Kapellweg 36,
Dienstag, 25. 10., 13.30 Uhr
Freitag, 4. 11., 13.00 Uhr
Dienstag, 8.11., 9.30 Uhr
Ali Hıdır DOGAN, Kammergericht Berlin-Moabit, Eingang Wilsnacker Str. 4, Saal B129
Freitag, 4.11., 9.00 Uhr
Freitag, 11.11., 9.00 Uhr
Hasan DUTAR, Hanseat. Oberlandesgericht, Sievekingplatz 3, Saal 288
Dienstag, 25.10., 9.00 Uhr
Mittwoch, 26.10., 9.00 Uhr
Dienstag, 1.11., 9.00 Uhr
Mittwoch, 2.11., 9.00 Uhr
Muhlis KAYA; OLG Stuttgart Eröffnung des Hauptverfahrens: 22. November 2016
Die Verfahren gegen **Zeki EROGLU** (JVA Schwäbisch-Hall) und **Cihan ILIMAN** (JVA Stuttgart-Stammheim) wurden noch nicht eröffnet.
(Terminangaben ohne Gewähr; Termine können kurzfristig verlegt werden.
Aktuelle Informationen unter: *freiheit.blackblogs.org)*

Die Rathäuser in Bakur gleichen mehr und mehr Kasernen

Bei den letzten Regionalwahlen in der Türkei konnte die Partei der Demokratischen Regionen (DBP) 100 Bürgermeister stellen. Seit Verhängung des Ausnahmezustands (OHAL) in der Türkei sind 26 Bürgermeister der DBP per Dekret aus Ankara unter einen Treuhänder gestellt worden. Die Provinz Wan (Van) besitzt den nötigen Status für ein „Rathaus einer Großen Stadt“, dazu kommen noch 13 weitere Rathäuser in den jeweiligen Landkreisen. Es gibt also in der Provinz insgesamt 14 Rathäuser. Von diesen 14 Rathäusern sind bei der letzten Regionalwahl 12 der DBP und 2 der AKP zugesprochen worden. Vier der größten Landkreise, in denen die DBP die Bürgermeister stellt, sind jetzt unter der Regie eines Treuhänders beordert worden, eines Treuhänders, der von Ankara bestimmt wurde. Als Treuhänder wurde der Landrat eingesetzt. Landräte werden von Ankara bestimmt. Sie handeln im Auftrag und auf Anweisung von Ankara. Einmal haben sie bereits den Versuch unternommen mit Waffengewalt und Unterstützung der Polizei auf die Sitzung des Zentralrathauses einzudringen. Überhaupt sollen die Rathäuser, die unter einen Treuhänder gestellt worden sind, mehr einer Kaserne ähneln als einem Rathaus. Um sie herum sind im Allgemeinen schwer bewaffnete Polizei und Militäreinheiten postiert.
Trotzdem hat Ankara kein leichtes Spiel. Es gibt überall Kritik und Widerstand an ihrer Maßnahme. So hat im Namen der Generalkommandantur des Zivilen Verteidigungskräfte (YPS) Doğan Zınar erklärt, dass die YPS ihre Taktik geändert und auch ihre Ziele erweitert habe. Ziel sei jetzt „jeder, der mit dem Kolonialismus in Kurdistan kooperiert, die Rathäuser besetzt, eine Waffe in die Hand nimmt, um das kurdische Volk zu vernichten“.
Ohnehin schein nicht jeder begeistert darüber die Rolle des Treuhänders übernehmen zu sollen. So haben einige Treuhänder, kaum von Ankara beauftragt, bereits ihren Rücktritt eingereicht. Im Landkreis Erxenî Ergani der Provinz Amed (Diyarbakır) waren drei Treuhänder an stelle dreier Mitglieder des Bezirksrates berufen worden. 2 von ihnen haben jetzt ihren Rücktritt eingereicht. Auch jener, der als Treuhänder für den Posten des Vizebürgermeisters im Landkreis Qerqelî (Özalp) in der Provinz Wan berufen war, ein Mitglied der AKP, hat seinen Rücktritt eingereicht.
Derjenige, welcher in Latifiye, das zum Landkreis Erdîş (Erciş) in Wan gehört, für den Posten des Dorfvorstehers als Treuhänder eingesetzt worden war, hat vor wenigen Tagen mit seinem Leben dafür bezahlt hat. Die YPS bekannte sich inzwischen zu der Tat. *(ANF/YÖP, 19.10., ISKU)*

→ Offensive auf Mosul: Fakten...

Hätte man parallel die Operation in Bashiqa gestartet, so wäre wohl eine Teilnahme der Türkei nicht zu verhindern gewesen. Dies würde zu Unruhen und Chaos führen. Daher hat die irakische Armee zunächst die Route unter Kontrolle gebracht und anschließend das Camp der Türkei unter Belagerung gesetzt. Daher agiert die Offensive derzeit nur entlang einer Route.
Aufgrund ihrer Blockadehaltung wird die Türkei von vielen Seiten als Schutzschild für den IS gewertet. Denn die Türkei blockiert auf diese Weise jene Kräfte, die die Stadt befreien sollen. Daher kommen die Beziehungen zwischen dem IS und der Türkei noch einmal an das Tageslicht und es wird klar ersichtlich, dass die Beziehungen nicht nur in Syrien, sondern auch im Irak stark sind. Das dritte Zentrum des Startes der Offensive sollte die Stadt Tel-Afer sein. Hier sollen die vornehmlich schiitischen Milizen der Hashd al–Shaabi bei der Operation mitwirken, wogegen die Türkei und die KDP heftig protestieren.

IS-Geständnisse Erdogans
Erdogan erklärte mehrmals, dass sie unter allen Umständen an der Operation teilnehmen werden und hat deswegen sogar gegen mehrere Akteure in der Region offene Drohungen ausgesprochen. An dem ersten Tag der Offensive machte Erdogan Erklärungen, welche als offene Geständnisse seiner Beziehungen zu dem IS gewertet werden können. “Syrien und der Irak zerfallen im Krieg gegen den IS, aber wir haben in Cerablus und Al-Rai bewiesen, dass man diese Städte auch ohne jegliche Zerstörung zurückgewinnen kann”, sagte Erdogan in einer seiner Reden. Jedem, der den zerstörenden Charakter des IS kennt, ist bekannt, dass er keinen Ort einfach aufgeben würde, ohne vorher eine Einigung mit der Gegenseite erzielt zu haben. Daher ist die Rede Erdogans ein Geständnis dafür, dass die genannten Städte im Sinne einer Abmachung der Türkei übergeben wurden. Erdogan schreckt auch nicht davor zurück, verschiedenen Akteuren mit dem IS zu drohen. Die Erklärungen des Verteidigungsministers, dass die Städte des Irak nicht sicher seien und sich dort türkische Staatsbürger befinden würden, sind Ausdruck dieser Drohungen. Mit Erklärungen dieser Art wird der IS quasi dazu aufgerufen, bestimmte Orte anzugreifen.

Tarik Hashimi wünscht sich „Widerstand” vom IS
Während der Offensive auf Mosul kam noch ein weiterer Akteur Erdogans ins Spiel: Tarik Hashimi, dem vorgeworfen wird sein Amt als stellvertretender Staatspräsident für Massenmorde an schiitischen Zivilisten ausgenutzt zu haben, nahm Stellung auf Erdogans Seite. Hashimi sagt, dass der IS Widerstand leisten werde, wenn die Türkei an der Offensive nicht teilnehme. Damit fordert er praktisch den IS zum Widerstand auf. Einen Tag später erklärt Hashimi, dass der IS sich über Tal Afar und dann weiter über den Ort Bokemal such bis nach Deir ez-Zor in Syrien zurückziehen wird. Diese Erklärungen haben keine andere Bedeutung, als dass sie Handlungsaufforderungen an den IS darstellen. Denn Hashimi ist bekannt für seine sunnitisch-sektiererische Politik, die auf Gewalt gegen „Andersgläubige“ fußt. Der IS setzt eben diese Politik derzeit am besten um und genau deswegen wird Hashimi als Mittelsmann zwischen dem IS und Erdogan gewertet.

Der Plan B und Plan C Erdogans
Nach und nach wird klar, dass die türkische Delegation, die Bagdad vor Beginn der Offensive besuchte, nicht den IS und Mosul als Ziel hatten, sondern die kurdische Freiheitsbewegung und die YBŞ (Widerstandseinheiten der Stadt Shengal). Nach diesem Plan wollte die Türkei weiter im Irak stationiert bleiben und die kurdischen Kräfte der HPG und YBŞ in Shengal gemeinsam mit der irakischen Armee angreifen. Die YBŞ ist derzeit aber ein Mitglied des Bündnisses Hashd al–Shaabi und wird von der irakischen Regierung offiziell anerkannt. Viele Dörfer Shengals stehen noch unter Kontrolle des IS. In dem Plan der Türkei werden diese Dörfer in keiner Weise erwähnt. Ziel sind lediglich die Stellungen der HPG und YBŞ in Shengal. Diesen Wunsch der Türkei teilt in gewisser Weise auch die KDP, wie aus ihren regelmäßigen Drohungen gegen die Kräfte der HPG und YBŞ ersichtlich wird. Die KDP fordert immer wieder die HPG und YBŞ auf, Shengal zu verlassen. Allerdings waren genau diese Kräfte diejenigen, welche die Stadt verteidigten, als die Peshmerga die Bevölkerung schutz- und waffenlos dem IS überließ. (...)
(ANF, 19.10., CA/ISKU)

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 791
28. Oktober 2016

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

Co-BürgermeisterInnen von Amed verhaftet

Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt

Am Abend wurden die Co-BürgermeisterInnen der Stadt Amed, Gültan Kışanak und Fırat Anlı (DBP) verhaftet. Gültan Kışanak war auf dem Rückweg aus Ankara verhaftet worden. Am Morgen war sie noch von der parlamentarischen Untersuchungskommission angehört worden. Die Untersuchungskommission war zur Untersuchung des Putschversuchs vom 15. Juli so wie geheimer Organisationen und deren Einfluss auf die Politik der Türkei gebildet worden. Gültan Kışanak war mit dem Flugzeug von Ankara nach Amed zurückgekehrt. Sie wurde noch auf dem Flughafen verhaftet.
Mit der Verhaftung der beiden Co-BürgermeisterInnen wurde zeitgleich auch das Rathaus von der Polizei durchsucht. Während der Durchsuchung wurde das Rathaus von Wasserwerfern und gepanzerten Polizeifahrzeugen umstellt und abgeriegelt. In allen Etagen und auf dem Dach des Rathauses wurden bewaffnete Mitglieder von Polizeisondereinheiten postiert.
Nach der Verhaftung der beiden Co-BürgermeisterInnen und der Besetzung ihres Rathauses durch Polizeieinheiten strömte die Bevölkerung von Amed vor dem Rathaus zusammen. Auch Abgeordnete der Demokratischen Partei der Völker HDP wie Feleknas Uca und İdris Baluken so wie die Co-Vorsitzende der Partei der Demokratischen Regionen DBP Sebahat Tuncel sind vor Ort.
Tuncel und die Co-Vorsitzende der Demokratischen Partei der Völker HDP, Figen Yüksekdağ, gaben eine Presseerklärung ab, erklärten, der Widerstand dauere an und riefen dazu auf, den Protest auf die Straße zu tragen. Idris Baluken erklärte: „Wir sind an einem Punkt angelangt da hört das Wort auf. Das ist der Tropfen, der das Fass zum überlaufen bringt. Die Geduld des kurdischen Volkes ist am Ende. Ab heute sind wir ohne Pause im Widerstand. An jedem Tag, zu jeder Stunde werden wir auf der Straße sein. Wir geben keine Erklärungen mehr ab und gehen dann nach Hause. Bis die politischen Massenverhaftungen enden, bleiben wir auf der Straße. Auch wir als HDP-Fraktion werden Teil des Widerstands sein.“
Über den Tag dauerten die Proteste in Amed an. Mehrmals ging die Polizei mit Wasserwerfern und unter Knüppeleinsatz gegen die Protestierenden vor. Es gab eine Reihe von Verhaftungen, darunter auch Ayla Akat Ata, aktuelle Sprecherin der KJA. Die Bevölkerung lässt sich davon allerdings nicht einschüchtern, ist sie doch seit fast 40 Jahren nichts anderes vom türkischen Staat gewohnt.
Die Staatsanwaltschaft hat für Gültan Kışanak und Fırat Anlı ein 5 tägiges Verbot verhängt in denen ihre Anwälte nicht zu ihnen vorgelassen werden. Gültan Kışanak soll wegen einer Rede, die sie auf einem Kongress der DTP gehalten haben soll, verhaftet worden sein, Fırat Anlı wegen eines Transporters, der für eine Beerdigung vom Rathaus zu Verfügung gestellt worden sein soll.

Telefonnetz/Internet an vielen Orten gekappt
In der kurdischen Region der Türkei sind am Dienstag an vielen Orten Internet und/oder Mobiltelefonverbindungen lahmgelegt worden. Darunter Orte wie Amed (Diyarbakır), Mêrdîn (Mardin), Êlih (Batman), Sêrt (Siirt), Wan (Van), Elazîz (Elazığ), Dersim (Tunceli), Dîlok (Gaziantep), Riha (Şanlıurfa), Kilis und Adıyıman. Die Unterbrechung der Verbindungen begannen ab 10.30 Uhr. Zuletzt wurden am 11. September 2016 die Verbindungen unterbrochen, als sogenannte Treuhänder anstelle der 24 gewählter Bürgermeister der Partei der Demokratischen Regionen DBP von der türkischen Regierung eingesetzt wurden.

Proteste, Polizeiangriffe und Widerstand
Am Tag nach den Festnahmen der beiden Ko-Bürgermeister von Amed (Diyarbakir) war das Bild in der Stadt von Protesten geprägt. Ab 11 Uhr Ortszeit versammelten sich die Bürger der Stadt vor dem Rathaus von Amed, um gegen die gestrigen Festnahmen ihrer beiden Bürgermeister Kışanak und Anlı zu protestieren. Die Polizeikräfte duldeten den Protest allerdings nicht und griffen die Menschenmenge an, woraufhin es teilweise zu Auseinandersetzungen kam. Über den ganzen Tag hinweg griffen die Polizeikräfte immer wieder Menschengruppen an, die sich in der Stadt zum Protest versammelten. Dabei setzte die Polizei u.a. Wasserwerfer ein. Insgesamt 25 Demonstranten sollen in Amed festgenommen worden sein. Am späten Abend versammelten sich erneut Protestierende vor dem Rathaus, darunter auch mehrere Abgeordnete der HDP. Sie erklärten, dass sie bis zu einer Freilassung der Bürgermeister ihren Protest fortsetzen werden. Auch in weiteren Städten Nordkurdistans und der Türkei kam es aufgrund der Festnahme zu Protesten. In der westtürkischen Stadt Bursa wurden zehn Teilnehmer der Proteste festgenommen.

Verurteilung der Festnahme durch HDP und KJA
Der Vorstand der Demokratischen Partei der Völker äußerte sich mit einer schriftlichen Stellungnahme zu der Festnahme der beiden Bürgermeister. Darin heißt es u.a.: „Die Festnahme Gültan Kışanak und Fırat Anlı übersteigt im Krieg der Regierung gegen die demokratische Politik die Grenze der Absurdität. Diese rechtswidrigen und willkürlichen Festnahmen verstoßen gegen internationales Menschenrecht und die Prinzipien der demokratischen Rechte. […] Verantwortlich für diesen historischen Fehler und dem resultierenden Chaos ist die Regierung dieses Landes.“
Auch der Kongress der Freien Frauen (KJA), ein Dachverband kurdischer Frauenverbände in der Türkei und Nordkurdistan, verurteilte die Festnahme der Bürgermeister von Amed und rief die Frauen zum kollektiven Widerstand gegen dieses Unrecht auf. Während der Proteste im Laufe des Tages wurde auch die Sprecherin der KJA und ehemalige Abgeordnete Ayla Akat Ata durch die Polizeikräfte festgenommen.
Auch in mehreren deutschen Städten versammelten sich Menschen, um gegen die Repressionsmaßnahmen des türkischen Staates zu protestieren. So kam es unter anderem in Hamburg, Dortmund, Köln und Bielefeld zu Protestaktionen. Auch im französischen Marseille, in der

→

Meldungen:

IS greift Dörfer in Şengal an
In den frühen Morgenstunden hat der IS am Montag mit fünf Truppen Şengal angegriffen. Der Angriff richtet sich gegen die Dörfer Tıl Qasab, Rambosi, Kızıl Kent und Solaq sowie gegen eine Zementfabrik. Es kam zu starken Gefechten zwischen den Verteidigungseinheiten von Şengal und den Angreifern. Der Angriff auf Şengal weckt böse Erinnerungen an den Angriff vom 3. August 2014, als der IS Şengal angriff und einen Völkermord an den ÊzidInnen verübte.
Die Gefechte verlagerten sich im Laufe des Vormittags und konzentrierten sich vor allem auf die Dörfer Cidale und Skinye. Es gibt Meldungen nach denen die Peşmerge, deren Einheiten dort von Êziden die der KDP nahe stehen gebildet werden, sich vom Dorf Cidale haben zurückziehen müssen. Es gibt Tote und Verletzte unter ihnen. Im Laufe der heftigen Gefechte haben die Truppen der Koalition aus der Luft die Verteidiger unterstützt und einen Autokonvoi des IS in Höhe des Dorfes Tıl İzer angegriffen. *(ANF, 24.10., ISKU)*

Erster Kontrollpunkt der YJŞ in Şengal errichtet
Erster Kontrollpunkt der YJŞ in Şengal errichtetŞengal – Zum ersten Mal gibt es einen Kontrollpunkt der Selbstverteidigungseinheiten der êzîdischen Frauen von Şengal (YJŞ). Der Kontrollpunkt befindet sich an der Straße zwischen Xane Sore und Şengal, am Eingang zum Şengal-Gebirge. Der Kontrollpunkt ist nicht nur für die Frauen des Şengal neu. Arin Şengali, Mitglied der YJŞ, die zur Einheit des Kontrollpunktes gehört berichtet, dass es auch für die Gesellschaft der Êzîden es etwas ganz neues ist von Frauen beschützt zu werden.
(YÖP, 19.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
CA	Civaka Azad

Termine:

Hamburg, 1.-5.11.
Aktionswoche zum internationalen Welt-Kobanê-Tag
Am 1. November 2014 gingen weltweit Hunderttausende Menschen auf die Straßen, um ihre Solidarität mit den vom Islami-

Şirnex: Vertriebene vertrieben

Die Lage ist verzweifelt. Während in Şirnex (Şırnak) die Ausgangssperre andauert, harrt ein Teil der Bevölkerung in Zelten auf den Hängen der nahen Berge aus, und wartet auf den Tag, an dem sie in ihre Stadt zurückkehren können. Doch nun werden sie nicht nur aus ihren Wohnungen und ihrer Stadt vertrieben, nun soll ihnen auch der letzte Platz genommen werden der ihnen noch verblieben war. Am Montagmorgen kamen türkische „Sicherheitskräfte“ und forderte sie zur Räumung des Platzes auf. Sofort begannen sie die Zelte abzureißen.
Wohin sollen diese Menschen jetzt gehen? Ihre Wohnungen befinden sich in der für sie verbotenen Stadt –, einen anderen Platz gibt es nicht für sie. Und möglicher Weise gibt es nicht einmal mehr diesen, denn in der Stadt gehen die Abrissarbeiten unvermindert weiter.
Dergûl (Kumçatı) heißt der Platz an dem die Zeltstadt steht. Er war die letzte Zuflucht der Vertriebenen. 41 Familien hatten hier Unterschlupf gefunden. Jede einzelne Familie besteht aus unzähligen Menschen. Der Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Aycan İrmez, gelang es auf den Platz zu gelangen. Sie berichtet, dass alle Zelte von der Polizei nieder gerissen wurden, die Menschen, die in ihnen lebten, jetzt nicht wissen wohin? Es gibt keinen Ort wohin sie gehen könnten. Die Stadt selbst ist zu 80% zerstört. Außerdem dauere die Ausgangssperre an. Sie können also gar nicht zurückkehren. Sie hatten Zuflucht in den Zelten gefunden, doch nun seien selbst diese zerstört worden. Die Polizei habe angekündigt alle Zelte nieder reißen zu wollen, auch jene an weiteren Plätzen rund um die Stadt. „Wohin sollen die Menschen gehen? Es wird Ihnen nicht einmal eine Alternative angeboten“, so Aycan İrmez.

(ANF, 24.10., ISKU)

Peşmerge und KämpferInnen von HPG und YJA Star verteidigten gemeinsam die Stadt Kerkûk

Es ist der 22. Oktober, der 5. Tag der Militäroperation gegen den IS in Musul. Während die Militäroperation in Musul, der 2. größten Stadt des Irak, andauert, hat der IS das Stadtzentrum von Kerkûk und einige zu Kerkûk gehörende Dörfer zeitgleich angegriffen.
Dutzende Banditen des IS haben am 22. Oktober gegen 4 Uhr morgens Verwaltungsgebäude und die Gebäude der Sicherheitskräfte im Stadtzentrum von Kerkûk angegriffen. Meldungen des IS-Propagandaorgans zu Folge wurde Kerkûk von ihnen von 4 Seiten aus angegriffen. Der Angriff haben sie mit einem Selbstmordattentat begonnen. Ihr Angriff richtete sich gegen die Einrichtungen der Sicherheitskräfte in 5 Stadtteilen von Kerkûk. Zwei Selbstmordattentäter, die in das Polizeipräsidium eindrangen, wurden getötet. Von vier Attentätern die in ein Polizeirevier im Zentrum der Stadt eindrangen wurde einer erschossen. Den anderen dreien gelang es, sich in die Luft zu sprengen. Auch die umliegenden Reviere der Polizeistreifen wurden angegriffen. Attentäter, die mit einem Scharfschützengewehren bewaffnet waren, drangen ins Rathaus ein, auch überfielen sie ein Hotel. Desweiteren sprengten sie in verschiedenen Stadtteilen der Stadt drei mit Explosionsstoffen beladene Autos in die Luft. Ein Stromwerk in der Nähe von Kerkûk wurde ebenfalls Ziel der Attentäter. Drei Attentäter drangen in das Werk ein, einer konnte getötet werden bevor er sich in die Luft sprengen konnte, die anderen beiden rissen mindestens 16 Arbeiter, darunter einen Ingenieur und 4 iranische Techniker, mit in den Tod.
Aber auch eine Reihe von zu Kerkûk gehörende Dörfer wurden vom IS angegriffen. Um die Angriffe des IS zurückzuschlagen baten die Peşmerge die Kämpfer von HPG und YJA Star um Hilfe. Dem wurde von HPG und YJA Star entsprochen. Unter ihnen auch Scharfschützen eilten sofort zu Hilfe. Sowohl im Zentrum der Stadt als auch in den Dörfern kämpften anschließend Peşmerge und die Kämpfer von HPG und YJA Star gemeinsam gegen den IS. Nach Stunden langen Kämpfen gelang es ihnen u.a. 20 Arbeiter aus Maxmur zu retten und das vom IS angegriffene Hotel zu befreien. Auch das im Westen von Kerkûk gelegene Dorf Karatepe konnte erneut befreit werden. Dort verloren allerdings 2 Mitglieder der Peşmerge ihr Leben. Die Bilanz am Abend: 30 getötete Angreifer, eine verhaftete Frau, die die Angreifer unterstützt haben soll, etwa 10 Tote unter den Sicherheitskräften und dutzende Zivilisten, die durch den Angriff des IS ihr Leben verloren haben.
Auch in den Abendstunden setzten sich die Gefechte stellenweise noch fort. So in der Umgebung der Burg von Kerkûk, in den Stadtteilen Waid und Heziran und an einigen weiteren Orten. Während des Tages hatten auch die Koalitionstruppen Unterstützung bei der Abwehr des Angriffs des IS geleistet. Ein Gebäude, in dem sich einige IS-Terroristen verschanzt hatten, wurde von aus der Luft angegriffen. Wegen des Angriffs des IS wurde gestern über Kerkûk der Ausnahmezustand verhängt, die Bürger wurden davor gewarnt aus den Häusern zugehen, auch wurden die Zugänge zur Stadt gesperrt. Der örtliche Gouverneur geht davon aus, dass eine sogenannte Schläferzelle den Angriff verübt habe.
Auch am 23.10. kam es erneut in Kerkûk zu zwei Angriffen des IS. Nachdem sich ein Attentäter selbst in die Luft gesprengt hatte kam es im Stadtteil Heynida, in der Nähe des Gouverneursamt erneut zu Gefechten zwischen kurdischen Kämpfern und dem IS. Anschließend griff der IS erneut den Stadtteil Haziran an, auch dort kam es anschließend zu Gefechten zwischen der IS und den Sicherheitskräften.
In der Erdölstadt Kerkûk, die 170 Kilometer südlich von Mussul entfernt liegt, obliegt die Sicherheit den Kräften der Peşmerge. 55 Kilometer von Kerkûk entfernt liegt Havice. Havice steht unter Besatzung des IS.

(ANF, 23.10., ISKU)

→Der Tropfen, der das Fass ...

italienischen Metropole Milan und in der norwegischen Hauptstadt Oslo kam es Kundgebungen für die Freilassung der Bürgermeister.
Der Demokratische Gesellschaftskongress der KurdInnen in Europa, kurz KCDK-E, rief die kurdische Bevölkerung am Tag nach den Festnahmen dazu auf, ihre Proteste auch in Europa fortzusetzen und auszuweiten. In ihrer Erklärung kritisierte der größte Dachverband der Kurden in Europa das Schweigen der europäischen Politik gegenüber den Repressionsmaßnahmen des türkischen Staates. Diese Haltung Europas stärke die Hand des autoritären AKP-Regimes bei der Bekämpfung der Kurden.
Für den kommenden Samstag rief die KCDK-E zu Protesten in ganz Europa auf, um gegen die Angriffe des AKP-Regimes in Nordkurdistan und in Rojava zu protestieren. *(ANF/CA, 25./26.10., ISKU)*

schen Staat (IS) eingekesselten Menschen in Kobanê zum Ausdruck zu bringen. Verschiedene Organisationen wollen mit einer Reihe von Aktivitäten um den 1. November herum auf die Lage in Rojava und Nord-Kurdistan aufmerksam machen und um Solidarität mit dem Kampf um demokratische Selbstverwaltung im Mittleren Osten werben.
Weitere Infos unter
hamburg4kurdistan.blackblogs.org

1.11.2016 um 18 Uhr
Kundgebung vor dem türkischen Generalkonsulat
Gegen die türkische Kriegspolitik in Rojava und Nord-Kurdistan |Bakur|
Tesdorpfstrasse 18, 20148 Hamburg (Dammtor)

2.11.2016 um 19 Uhr
Informations- und Diskussionsveranstaltung
Der kurdische Kampf um Selbstbestimmung mit Yavuz Fersoglu (Bundesvorstandsmitglied von NAV-DEM)
Kulturwerkstatt Harburg Kanalplatz 6, 21079 Hamburg

4.11.2016 um 18.30 Uhr
Perspektiven der kurdischen Bewegung mit:
Salih Muslim , Co-Vorsitzender der PYD
Faysal Sarıyıldız , Abgeordneter der HDP und Zeitzeuge der Massaker des türkischen Regimes in Cizîr (Cizre)
Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg und NAV-DEM
Universität Hamburg, Hörsaal A/ESA 1, Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg

5.11.2016 um 14 Uhr
Demonstration: Es lebe Rojava! Die Alternative lebt!
Auftakt: Gänsemarkt/Hamburg

5.11.2016 um 20.30 Uhr
Kobanê Solidaritätskonzert
mit:
SERHADO | hiphopa kurdî |
SPEZIAL-K | PUNKRAP |
CELOVIZ |hiphopa kurdî |
KOMA RENGÊ NÛ | Folklore/Jazz |
Einlass 19:30 Uhr Beginn 20:30Uhr
Eintritt: 5,-
Wo: Rote Flora – Achidi-John-Platz 1 (Schulterblatt 71)
20357 Hamburg

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 792
4. November 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Abgeordnete und Vorsitzende der HDP verhaftet

Die türkische Polizei führt seit Freitag Razzien und Verhaftugen gegen Abgeordenete der Demokratischen Partei der Völker (HDP) durch. Selahattin Demirtas vermeldete um 0:30 Uhr Ortszeit über seinen Twitteraccount, dass die Polizeikräfte mit einem Durchsuchungs- und einem Festnahmebefehl vor seiner Wohnung in Amed (Diyarbakir) stehen. Laut der Onlinepräsenz der Tageszeitung Evrensel wird die Wohnung der zweiten Kovositzenden Figen Yüksekdag in Ankara ebenfalls durchsucht.
Auch der HDP Abgeordnete aus Ankara Sırrı Süreyya Önder und die HDP-Abgeordnete Gülser Yıldırım aus Mardinwurden nach der Durchsuchung ihrer Wohnungen festgenommen. Önder war Mitglied der sog. Imrali-Delegation, die 2013 bis 2015 während des Lösungsprozesses zwischen dem türkischen Staat und der PKK vermittelte und den inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali regelmäßig besucht.
Am Freitagvormittag wurde bestätigt, dass mindestens zwölf Abgeordnete der HDP festgenommen wurden: Selahattin Demirtaş,Figen Yüksekdağ, Sırrı Süreyya Önder, Nursel Aydoğan, Selma Irmak, İdris Baluken, Mehmet Ali Aslan, Leyla Birlik, Gülser Yıldırım, Ziya Pir, Ferhat Encü und İmam Taşçıer.
Bei der Razzia in der HDP-Hauptzentrale in Ankara soll es zu Tumulten gekommen sein. Dabei wurde der Abgeordnete Idris Baluken gewaltsam von der Polizei festgenommen. Bei den Tumulten wurden außerdem die Abgeordnete Aysel Tuğluk und der Anwalt und Kovorsitzende des Freiheitlichen Anwaltsvereins Alişan Şahin verletzt. Obwohl Şahin schwer verletzt wurde, lässt die Polizei derzeit niemanden in das Gebäude ein- oder austreten.
Nachdem der festgenommene HDP-Kovorsitzende Demirras von seinem Anwalt Mehmet Emin Aktar auf der Polizeistation in Diyarbakir besucht wurde, ließ er in einer ersten Message mitteilen, dass es ihm gesundheitlich gut geht und seine Moral ungebrochen ist. "Ich grüße unsere Bevölkerung", ließ Demirtas über seinen Anwalt mitteilen.
Die Anwälte der Abgeordneten wurden bei dem Versuch, in Amed das Gerichtsgebäude aufzusuchen, um Informationen zu ihren Mandaten zu erhalten, von den Polizeikräften mit Schlägen und Tritten malträtiert. Die Polizei versucht den Anwälten den Zugang zum Gebäude zu versperren. Die Lage ist weiterhin angespannt.

Wenn nicht jetzt – Wann dann?
Songül Karabulut, Vertreterin des Kurdistan Nationalkongresses (KNK), ruft die europäische Politik dringend dazu auf, aufgrund der Festnahmen der HDP-Abgeordneten zu handeln. Sie erklärte uns gegenüber telefonisch, dass ab dem morgigen Tag überall in Nordkurdistan und der Türkei Proteste gegen die Festnahmen zu erwarten seien. Da in der Türkei die alle oppositionellen Medien zum Schweigen gebracht wurden, befürchtet sie, dass der türkische Staat ohne Angst vor medialer Aufmerksamkeit mit aller Brutalität gegen diese Proteste vorgehen wird. Aus diesem Grund ruft sie dir Europäische Union dazu auf, sofort zu handeln und Schritte gegen die türkische Regierung einzuleiten. "Wenn die EU und Deutschland auch jetzt nicht handeln, wann wollen sie es sonst tun?", so Karabulut.
Auf einer Pressekonferenz vor ihrer Parteizentrale in Ankara rief der HDP-Sprecher Ayhan Bilgen zur Solidarität auf. Die Festnahmen seien die Vorboten eines faschistischen Regimes in der Türkei. Es sei an der Zeit, dass alle demokratischen Kreise, die Zivilgesellschaft und die internationale Öffentlichkeit ihre Stimmen erheben. Auch die HDP werde sich diesen Angriffen nicht beugen, erklärte Ayhan.
Die Polizei verhinderte, dass die Journalisten zur Pressekonferenz vor der HDP-Zentrale gelangten. Die Pressekonferenz wurde deshalb live über die sozialen Medien geschaltet.
In einer gemeinsamen Pressekonferenz in Amed/Diyarbakir wandten sich die Kovorsitzende der Demokratischen Partei der Regionen (DBP) Sebahat Tuncel und die Kovorsitzende des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK) Leyla Güven an die Öffentlichkeit. Güven erklärte, dass es nach den Festnahmen in der Nacht nichts mehr zu sagen gäbe. Nun sei es an der Zeit, Straßenzug für Straßenzug gegen den Faschismus Widerstand zu leisten. Tuncel wiederum erklärte, dass spätestens mit der vergangenen Nacht klar sei, wer die Verantwortlichen des Putsches in der Türkei sind.

(CA, 4.11, ISKU)

Unter www.civaka-azad.org *wurde ein Newsticker eingerichtet, der laufend über aktuelle Entwicklungen informiert.*

Amed: Die Zivilcourage eines jeden einzelnen Bürgers der Stadt ist gefragt

Was der AKP an der Wahlurne nicht gelang, will sie per Dekret durchsetzen. Die DBP hatte bei den letzten Lokalwahlen an die 100 Bürgermeister stellen können. Die Gegenkandidaten der AKP hatten das Nachsehen und gingen leer aus. Doch den Bürgermeistern der DBP wurde ihr Sieg nicht leicht gemacht. Alle waren mit Amtsantritt einer unglaublichen Repression durch das Regime in Ankara ausgesetzt. Kaum einer ist mittlerweile nicht festgenommen, inhaftiert, zur Fahndung ausgeschrieben und gesucht oder vom Innenministerium des Amtes enthoben worden. Die jüngsten Verhaftungn der Co-Bürgermeister von Amed, Gültan Kışanak und Fırat Anlı, am 25. Oktober, ist so gesehen also nichts ungewöhnliches sondern nur letztes Glied einer Kette von Verhaftungen und Amtsenthebungen. Und doch ist dies etwas anderes. Was die Verhaftung der beiden Co-Bürgermeister besonders macht ist die Tatsache, dass sie nicht Bürgermeister „irgendeiner" Stadt waren sondern die Bürgermeister von Amed (Diyarbakır). Bei Amed handelt es sich sowohl um das Rathaus einer Provinz und im Besonderen ist Amed die heimliche Hauptstadt der Kurden der Türkei. Mit Amed fällt die letzte Bastion der durch das Volk Gewählten –

→

Meldungen:

Belgisches Gericht entscheidet, kurdische Politiker nicht zu belangen
2010 wurde ein Untersuchungsverfahren durch die belgische Staatsanwaltschaft gegen mehrere kurdische Politiker wegen Betätigung in einer terroristischen Organisation eröffnet. Unter den Betroffenen befanden sich Remzi Kartal, Zübeyir Aydar, Adem Uzun, sowie eine Reihe kurdischer Fernsehsender und Vereine in Belgien.
Heute, also knapp sechs Jahre später, entschied das belgische Gericht, dass die kurdischen Politiker, sowie die Fernsehsender und Vereine nicht weiter strafrechtlich verfolgt werden. Die RichterInnen begründeten ihre Entscheidung damit, dass es zwar einen bewaffneten Konflikte gäbe, dieser sich jedoch innerhalb der Türkei abspiele und somit nicht unter das Anti-Terrorgesetz fallen.
Bezüglich der kurdischen Fernsehsender entschied das Gericht, dass diese ebenfalls nicht länger zu verfolgen seien, das dies eine Verletzung des Rechts auf Redefreiheit/Presse- und Meinungsfreiheit darstelle.
Das Gericht erkennt in seiner Entscheidung an, dass sich der Krieg in der Türkei fortsetzt und die merkte an, dass die Behauptungen des türkischen Staates, die Kurden seien Terroristen, falsch sind.

(ANF, 3.11., ISKU)

Luftangriffe der türkischen Armee in Gever
In der noch immer mit Ausgangssperren verhängten Region Gever (Yüksekova), im Landkreis Hakkari (Colemêrg), kreisen Kampfflugzeuge über die Dörfer, Städte und benachbarte Landstriche.
Lokale Quellen berichten von Luftangriffen in den Dörfern Kaport, Menkawa, Pirzala, Serindere, Tiloran und Dêlezê, sowie in den Gebieten Kuçe, Pagê, Köycük, Yekmala Jorin, Yekmala Jêrîn, Darê, Xurekana Jorîn, Tilorana Jorîn und Aşağı Güveç. *(ANF, 30.10., ISKU)*

Amed: Städtische Angestellte legen Arbeit nieder
Die Angestellten des Rathauses von Amed sind im Ausstand. Seit Verhaftung der Kobürgermeister ihrer Stadt, Gültan Kışanak und Fırat Anlı, haben die Stadtarbeiter ihre Arbeit niedergelegt. Seit drei Tagen stehen in Amed buchstäblich die Räder still. Kein Bus fährt

Kann DIHA nach 14 Jahren wirklich zum Schweigen gebracht werden?

Mit den jüngsten Dekreten des Regimes in Ankara wurden 15 Presseorgane verboten. Unter ihnen ist die Dicle Haber Ajansı. Am 4. April 2002 startete DIHA. Zuletzt verfügte sie über Regionalbüros in İstanbul, Ankara, İzmir, Adana, Amed (Diyarbakir), Wan (Van), Şirnex (Şırnak), Riha (Urfa) und Agirî (Ağrı), in denen täglich hunderte von Mitarbeitern arbeiteten. Doch wer für DIHA arbeitet, dem musste auch klar sein, dass das nicht nur ein Höchstmaß an journalistischer Tätigkeit erfordert, sondern vor allem auch viel Zivilcourage. So gehörte für die Mitarbeiter einer oppositionelle Nachrichtenagentur auch zum Arbeitsleben von der Polizei geschlagen und verfolgt zu werden. Ihnen wurden ihre Kameras beschlagnahmt, sie wurden verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Zuletzt waren allein neun Journalisten der DIHA im Gefängnis. Bereits im 2. Jahr nach Aufnahme ihrer Tätigkeit im Jahre 2004 wurde im Umfeld einer NATO-Tagung die Zentrale und die Büros von DIHA das erste Mal von der Polizei gestürmt und Mitarbeiter verhaftet. Am 20. Dezember 2011 wurde die Nachrichtenagentur erneut in großem Maßstab angegriffen, als AKP, damals noch verbündet mit der Gülen Gemeinde, die Nachrichtenagentur als „KCK-Presse" brandmarkte. 48 kurdische Journalisten wurden verhaftet. 35 unter ihnen in Untersuchungshaft genommen. Viele verbrachten anschließend Jahre ihres Lebens im Gefängnis. Mit dem erneuten Kriegsbeginn des türkischen Regimes gegen die Kurden am 24. Juli 2015 wuchs auch der Druck auf die Presse, vor allem auch auf die oppositionelle und kurdische, und DIHA war sowohl oppositionell als auch kurdisch und nie eine bequeme Presse für die Machthaber in Ankara. So gehören zu ihren Erfolgen die Veröffentlichung des Massakers von Roboskî, der Pozantı Skandal mit seinem Missbrauch von inhaftierten Kindern, die Bombardierung des Verlags Umut, die Ermordung von Ceylan Önkol und Uğur Kaymaz durch türkische Militäreinheiten, zuletzt die Dechiffrierung der Provo-Aktion am Tendürek zur Legitimation des Abbruchs der Friedensverhandlungen mit den Kurden und zur Wiederaufnahme einer über alle Grenzen hinausgehenden Repression, ja eines Vernichtungsfeldzuges gegen die Kurden. Aber auch in solch einer Situation war DIHA nicht Stumm. Sie berichtete von der Ermordung von Hacı Lokman Birlik, dessen Leichnam an ein Militärfahrzeug gebunden durch die Straßen der Stadt geschleift wurde, ein Synonym der hässlichen Fratze eines unmenschlichen Krieges des türkischen Regimes. DIHA berichtet aus den brennenden Kellern in Cizîr (Cizre). Von der Nachrichtenagentur DIHA gingen die Hilferufe der in den Kellern Eingeschlossenen als erste in die Welt hinaus. „DIHA war die Stimme Nord-Kurdistans", wie ihr Nachrichtenredakteur Mehmet Ali Ertaş bemerkte. Wird sie von nun ab Schweigen, nur weil ein Dekret aus Ankara dies verordnet? Unwahrscheinlich. Es hat in der Türkei immer Mut erfordert Journalist zu sein. Daran hat sich nichts geändert. Es wird immer Menschen geben, die auch unter einer Diktatur noch Mut und Zivilcourage beweisen.

(ANF, 30.10., ISKU)

→Amed: Die Zivilcourage...

geraubt im undemokratischen Spiel der AKP –, um von eben dieser mit einem von ihr eingesetzten Treuhänder, Zwangsverwalter, besetzt zu werden. So sehen es zumindest die Bürger von Amed, aber so sehen es auch die Kurden der Türkei. Und was noch wichtiger sein wird: so sehen es die kurdischen Jugendlichen in der Türkei. Und so ist es dann auch nur bezeichnend, wenn Idris Baluken, Abgeordneter der HDP, es als „Wahnsinn" brandmarkt, „wenn die Regierung glaubt, sie könne Amed mit einem Beamten des Palastes (gemeint ist Erdoğan) regieren". Ayhan Bilgen, Abgeordneter und Sprecher der HDP, erklärte: „Was zu tun bleibt ist, jenem der den Willen des Volkes für nichtig erachtet, ihn ebenso für nichtig zu erachten." Keine leichte Sache. Ist doch die persönliche Haltung, ist die Zivilcourage eines jeden einzelnen Bürgers der Stadt gefragt.

Fakt ist, unter einer Türkei mit einem Ausnahmezustand-Regime wird nicht nur der legale Bereich zusehends enger, er löst sich allmählich gänzlich auf. Und das betrifft nicht nur die Kurden, sondern mittlerweile selbst eine Zeitung wie Cumhuriyet. Cumhuriyet gilt als Grundstein des Staats selbst. Und selbst sie ist nicht mehr sicher vor Verfolgung. Nachdem zuvor bereits duzende Zeitungen, Fernseh- und Radiosender verboten, seit einer Woche auch das Internet in den kurdischen Regionen lahm gelegt wurde, wurden gestern auch erstmalig 18 Funktionäre und Journalisten der Tageszeitung Cumhuriyet verhaftet. Man darf fragen, was hat die CHP nur geritten, als sie an der Ausrufung des OHALs (Ausnahmezustand) in der Türkei mitwirkte. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Ländern sind in der Türkei weder Staatsstreich noch OHAL unbekannt. Keiner kann sagen, die CHP hätte nicht wissen können was die Folgen der Ausrufung des OHALs bedeuten würden. Jeder in der Türkei weiß, was OHAL bedeutet. Und auch die CHP hat es gewusst. War ihr Hass gegen die Kurden gewichtiger als jedwede Vernunft? Nun, es spielt keine Rolle mehr. Ab jetzt stellt sich nur noch eine Frage: Wird sie Widerstand leisten können? In ihrer Identität gibt es Merkmale auf die sie sich berufen kann, um sich dahin gehend zu transformieren. Doch es gibt noch mehr Unzulänglichkeiten die dazu geeignet sind dies zu verunmöglichen, allen voran ihre Haltung gegenüber ihren kurdischen Landsleuten. Die Zeit wird zeigen wie sie damit umgeht und ob sie eine Zukunft haben wird. Widerstand leisten hingegen werden erst einmal wieder die Kurden. Sie verfügen in der Hinsicht über die nötigen Erfahrungen. Die letzten 35–40 Jahre in der Türkei war für sie vor allem eins: die Geschichte ihres Widerstands. Und so bedarf es für sie denn auch keines neuen Mazlum Doğans, der in den Folterkellern des Gefängnisses vom Diyarbakir Licht in das Dunkel einer Diktatur trägt und sie zum Widerstand führt. Sein Licht war nie erloschen. Und selbst die Ko-Bürgermeister in Amed waren nur denkbar im Lichte seines Widerstands.

Doch die Türkei ist nicht mehr die Türkei die sie war, als in den kurdischen Regionen die Bürgermeister der DBP gewählt wurden. Das Regime ist heute ein anderes. Am 8. Juli 2015 riss Erdoğan das Heft an sich und degradierte Regierung und Parlament zum Schattendasein bzw. sie ließen sich dazu degradieren. Keine noch so geartete Militärdiktatur hätte dies besser vermocht als Erdoğan. Der Militärputsch vom 15. Juli? Was immer er auch war, in einem Land, das über Erfahrung verfügt wie ein Militärputsch verübt wird, steht er immer noch als ein Ereignis da mit vielen Fragezeichen. Wo hingegen kein Fragezeichen besteht ist, dass es in der Türkei einen Putsch gegeben hat. Den Putsch des Palastes. Was er der Türkei kosten wird? Das was jeder Putsch einem Land kostet: die Demokratie, die Menschenrechte, die Pressefreiheit, die Meinungsfreiheit, eben alles.

Murat Karayılan zumindest hat die Jugend gestern dazu aufgerufen „sich an der Arbeit der Partei zu beteiligen, sich der YPS anzuschließen, sich der HPG anzuschließen". *(ANF, 1.11., ISKU)*

mehr, auch die Stadtreinigung hat die Arbeit niedergelegt. Der Müll sammelt sich am Straßenrand.

Am 26. Oktober, dem Tag der Verhaftung von Gültan Kışanak und Fırat Anlı, hatte der Provinzgouverneur vorsorglich ein Verbot von Ladenschießaktionen verhängt. Ein Versammlungsverbot besteht ohnehin, auch wenn sich daran viele nicht halten. Das Internet ist in Amed und der gesamten Region lahmgelegt. Selbst Presseerklärungen sind mittlerweile genehmigungspflichtig.

(Mi, 28.10., ISKU)

Weitere Nachrichtenagenturen, Zeitungen und Magazine in der Türkei verboten

Erneut wurden 15 weitere Zeitungen, Magazine und Nachrichtenagenturen verboten. Auffällig ist, dass vor allem den Kurden nahestehende Medien oder zumindest ihrem Schicksal offen gegen über stehende Zeitungen betroffen sind. So sind unter den verbotenen Zeitungen und Nachrichtenagenturen auch bekannte wie Dicle Haber Ajansı (DIHA), die Frauennachrichtenagentur Jin Haber Ajansı (JINHA), die einzige kurdisch sprachige Tageszeitung der Türkei Azadiya Welat, dessen Verantwortlicher Redakteur Rohat Aktaş unter den Opfern in den drei Kellern von Cizîr (Cizre) war, in denen der türkische Staat mehr als 100 Menschen ermordete und viele bei lebendigem Leib verbrannte.

Die vollständige Liste der verbotenen Zeitungen, Nachrichtenagenturen und Magazine: Dicle Haber Ajansı, Jin Haber Ajansı, Azadiya Welat, Özgür Gündem, Yüksekova Haber, Batman Çağdaş, Cizre Postası, İdil Haber, Güney Express, Prestij Haber, Urfanatik, Kızıltepe'nin Sesi gazeteleri, das türkisch-kurdischsprachige Magazin Tîroj, sowie die Magazine Evrensel Kültür und Özgürlük Dünyası.

(YH, 29.10., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YH	Yüksekova Haber
CA	Civaka Azad
Mi	Milliyet

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 793
11. November 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Botschaft des inhaftierten Ko-Vorsitzenden der HDP Selahattin Demirtaş

"Das Reich der Angst wird bald zerfallen"

Selahattin Demirtaş, der Ko-Vorsitzende der HDP hat eine weitere Botschaft über seine Anwälte veröffentlicht.
„Die Tatsache, dass wir und unsere Parteimitglieder und Abgeordneten als Gefangene und Geisel genommen wurden, ist ein Resultat des zivilen Putsches und nicht bloß ein Angriff auf uns als Individuen.
Dies ist ein neuer Schritt derer, die Stück für Stück Angriffe gestartet haben, um letztlich eine Ein-Mann-Diktatur in der Türkei zu etablieren.
Es darf keinesfalls außer Acht gelassen werden, dass diese Angriffe auf uns als VerteidigerInnen der Geschwisterlichkeit, Gleichheit, eines freien und friedlichen Lebens in unserem Land gleichzeitig ein Angriff auf alle demokratischen Kräfte ist.
Es besteht kein Zweifel, dass der einzige Ausweg der gemeinsame Kampf ist. Schulter an Schulter, was auch immer gegen solch ein Regime notwendig ist. Und somit den Kampf gegen den Faschismus auszubreiten.
Wir erwarten und wünschen, dass die europäische Öffentlichkeit und die demokratischen Institutionen in Europa eine wirksame und effektive Position gegen diese Unterdrückung einnehmen.
Dieses Reich der Angst wird ohne Zweifel bald zerfallen. Wir werden unseren Kampf unter allen Umständen und unseren Glauben an eine demokratische Politik nicht verlieren. Auch wenn wir nun in Zellen sitzen, wir werden weiter Teil des Kampfes sein und aus der Freude des unendlichen Halay (Kreistanz; Anm.d.Ü.) der Freiheit Kraft schöpfen – nie vergessend, dass wir alle unter dem gleichen Himmel leben.
Ich sende liebste Grüße an alle GenossInnen, an unsere Jugend und an unsere Frauen".

(ANF, 9.11., ISKU)

Die Befreiungsoffensive auf Raqqa

Während die Befreiung um Mossul noch andauert, gerät Daesh nun auch in Syrien unter Druck.
Am 6. November gaben die SDF (Demokratische Kräfte Syriens) in einer Presseerklärung bekannt, dass sie eine Operation mit dem Namen „Zorn des Euphrat" gegen Daesh (auch IS) mit dem Ziel Raqqa zu befreien durchführen werden. Beteiligt seien die YPG, YPJ, der MFS (Suryoye Militärrat), das Raqqa Revolutions-Bataillon und die revolutionäre Brigade von Tel Abyad. Diese Bodenkräfte werden durch die US-geführte Koalition mit Luftschlägen, sowie der Beratung von US-Militärexperten unterstützt. Die SDF wurden ebenfalls mit schweren Waffen wie Panzern und Raketen ausgestattet. Am selben Tag begann daraufhin die Militäroperation.
Raqqa ist für Daesh sogar noch wichtiger als Mossul. Ist Mossul das ökonomische Zentrum, so liegt in Raqqa seine Kommandozentrale. Hier im Euphrattal laufen die Fäden zusammen.
Wenn Daesh Raqqa verliert, ist sein Rückgrat gebrochen, er wird gezwungen sein, sich in die westsyrische Wüste zurückzuziehen.
Raqqa ist jedoch nicht nur für Daesh, sondern für alle internationalen Akteure von strategischer Bedeutung: Allen voran für Assad und Russland, die Daesh niemals ernsthaft bekämpft haben. Es gibt an vielen Punkten einen de facto Nicht-Angriffspakt. Das von Daesh besetzte Gebiet ist für Assad ein ruhiges Hinterland. Fiele es in die Hände gegnerischer Kräfte, so wäre der Aleppo Streifen von zwei Seiten eingekreist. Dies würde Assads Bemühungen, die Rebellen im Westen zu vernichten, erheblich schwächen.
Während das Regime es durch jahrzehntelange Bemühungen geschafft hat, eine tiefe Kluft zwischen der arabischen und kurdischen Bevölkerung zu erzeugen und mit einer Teile-und-Herrsche-Strategie, Umsiedlungsprojekten und Separatismuspropaganda Angst vor den KurdInnen zu schüren, hat die Befreiung arabischer Städte durch die SDF und die Invasion islamistischer Banden aus der Türkei in den letzten Monaten eher zu einem Zusammenwachsen von kurdischen und arabischen Kräften geführt. Immer mehr arabische Jugendliche sowie Teile der FSA haben sich den SDF angeschlossen.
Die Türkei sieht wie immer die größte Bedrohung in den KurdInnen. So hat sie erneut begonnen, kurdische Städte an der Grenze zu bombardieren, wie zuletzt Dêrîk am 8. November. Die Gefahr einer türkischen Invasion in die Stadt Tall Abyad (kurd. Girê Spî), das jahrelang die Hauptnachschubroute für Daesh in Raqqa war, ist immer noch präsent. Im Frühjahr 2015 hatten die SDF die Stadt von Daesh befreit.

Die Drohgebärden des Erdogan-Regimes

Auf keinen Fall will das Erdoğan Regime, dass sich die Gebietsgewinne der SDF, die überwiegend von den YPG und YPJ getragen werden, noch vergrößern und sie nach Shaddadi, Hol und Manbij auch noch eine weitere arabische Großstadt kontrollieren. Das Erdoğan-Regime droht ständig damit, die von den SDF im August befreite Stadt Manbij zu überrollen, sowie die Stadt Al Bab einzunehmen. Al Bab ist von enormer Bedeutung für Rojava, um die beiden Kantone Cizîrê und Kobanê mit dem Kanton Afrin zu verbinden.
Neben seinen Drohgebärden tobt der türkische Präsident derzeit aber vor allem darüber, dass die USA jetzt die Offensive auf Raqqa mit den SDF begonnen haben. Erdogan, international isoliert, war schon von der Mossul Operation ausgeschlossen worden. Ankara will erneut seine islamistischen und rechtsextremistischen Banden, die auch schon in Nord Aleppo (Region Shahba) einmarschiert sind, ins Spiel bringen. Offensichtlich schließen die USA genau dies aus, waren es doch genau diese Kräfte, nämlich die Gruppe Ahrar Al Sham, die 2013 Raqqa an Daesh übergeben hatten. (...)

Die ersten Erfolge der Operation „Zorn des Euphrats"

Nach Informationen der kurdischen Nachrichtenagentur ANHA konnten die SDF in den ersten zwei Tagen der Operation von Ayn Issa aus, das nordwestlich von Raqqa liegt, 15 km in Richtung Raqqa vordringen und

→

Meldungen:

Solidarität aus Rojava für die HDP
Aus Afrîn und Tirbespiyê kamen für die Demokratische Partei der Völker HDP ebenfalls Solidaritätsbekundungen. Es wurde gegen die politisch motivierten Verhaftungen der AKP in Bakur (Nordkurdistan) gegen die HDPlerInnen protestiert und die HDP begrüßt.
Im Kanton Afrîn strömten die Menschen auf die Straße, um gegen die von der AKP geführte Politik in Nordkurdistan zu protestieren. Unter dem Motto „Der faschistische AKP-Putsch kann den Willen unserer Bevölkerung nicht brechen" führten tausende Menschen aus Afrîn eine Demonstration durch. Daran nahmen auch die Vorsitzende der demokratischen Autonomie, Zivilorganisationen und SprecherInnen von politischen Parteien teil. Mit Fahnen von HDP, TEV-DEM, Kongreya Star, PYD und vom Vorsitzenden Abdullah Öcalan sowie einem Transparent mit der Aufschrift „Die Bevölkerung Afrîns lässt Bakur nicht allein" wurde die Demonstration bunt gestaltet.
Hunderte aus Tirbespiyê, Sinceq und Aliya kamen in Tirbespiyê zusammen, um gegen die politischen Verhaftungswellen in Bakur zu protestieren. Vor der Akademie Şehîd Yekta Herekol startete die Demonstration.
Die Kovorsitzende des Volksrates von Tirbespiyê, Hediye Şemo, rief auf der Demonstration die internationale Öffentlichkeit auf, sich nicht verantwortungslos gegenüber der Politik der AKP zu verhalten. Die internationale Öffentlichkeit solle ihrer Verantwortung gerecht werden.
Bei der Demonstration wurde auch der Widerstand in Bakur begrüßt. *(ANF, 6.11., ISKU)*

Dritter Abgeordneter der HDP der Provinz Colemêrg inhaftiert
Nachdem am 4. November bereits die beiden Kovorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ sowie 7 weitere Abgeordnete der HDP verhaftet worden sind, ist am Montag ein weiterer Abgeordneter der HDP in Untersuchungshaft genommen worden. Es handelt sich bei ihm um Nihat Akdoğan. Somit ist er nach Selma Irmak und Abdullah

Großdemo am Samstag den 12.11.16 in Köln

Es gibt nichts mehr zu reden. Nun ist die Zeit des Widerstands!

Der Angriff auf den parlamentarischen Arm kurdischen Freiheitsbewegung bildet den Höhepunkt einer breit angelegten Vernichtungskampagne gegen die kurdische Bevölkerung, ihre Selbstverwaltungsstrukturen und die demokratische und fortschrittliche Opposition der Türkei. In der Nacht zum 4. November nahmen türkische Sondereinsatzkräfte die beiden Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP) fest und durchsuchten ihre Häuser. Gegen Selahattin Demirtas und Figen Yüksedag laufen „Terrorismus“-Verfahren, sie sollen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unterstützt haben. Viele weitere Parlamentarier*innen und demokratische Politiker*innen fielen der Repression zum Opfer und wurden ebenfalls verhaftet.

Seit über einem Jahr versucht das AKP-Regime die Selbstverwaltungsbestrebungen der kurdischen Bevölkerung gewaltsam zu ersticken. Mit den Massakern von Sur, Cizre, Nusaybin, Gever und vielen weiteren Städten wurde versucht den demokratischen Widerstand der Bevölkerung zu brechen während jede kritische Stimme in Presse und Politik unterdrückt wurde. Städte wurden dem Erdboden gleichgemacht, hunderte unbewaffnete Zivilist*innen ermordet.

Dutzende Bürgermeister*innen wurden inhaftiert und abgesetzt, tausende Aktivist*innen, Journalist*innen und Lehrer*innen wurden suspendiert, eingesperrt und gefoltert. Die Regierungspartei AKP und ihr faschistisches Anhängsel MHP überlegen laut, die Todesstrafe für den inhaftierten Kurdenpolitiker Abdullah Öcalan einzuführen.

Die westlichen Staaten, allen voran die Bundesrepublik Deutschland, tragen und unterstützen die diktatorische Politik Erdogans. Die Oberflächlichkeit der scheinbaren Kritik an Menschenrechtsverletzungen, offenbart sich bei einem Blick auf die deutschen Rüstungsexporte und Investitionen. Es ist Heuchelei wenn die Bundesregierung sich öffentlich als Beschützerin der Demokratie und Menschenrechte inszeniert, im gleichen Moment aber das faschistische Regime in der Türkei mit deutschem Geld und Kriegsgerät weiter gestützt wird. Auch die Bundesrepublik trägt eine enorme Mitschuld am Krieg und der Repression gegen die kurdische und demokratische Opposition in der Türkei. Es sind auch deutsche Panzer mit denen im Norden Syriens gegen das emanzipatorische Gesellschaftsprojekt Rojava vorgegangen wird. Ankara versucht mit aller Macht das Projekt einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft, welches die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft im Mittleren Osten darstellt, zu vernichten.

Die Herrschaft Erdogans und der AKP hat ein Ausmaß angenommen, bei dem wir von offenem Faschismus sprechen müssen. Jegliche Möglichkeit des friedlichen Protestes wurde versperrt. Die einzige Option die den demokratischen und revolutionären Kräften bleibt, sollte es nicht bald eine grundlegende Veränderung geben, ist die konsequente Selbstverteidigung und der bewaffnete Widerstand. Von den „demokratischen“ westlichen Staaten ist keine Hilfe zu erwarten. Die Bundesregierung hat ihre Haltung oft genug unter Beweis gestellt. Wir haben heute die historische Verantwortung, auch hier in Deutschland Widerstand zu leisten und den Aufstieg des Faschismus in der Türkei aufzuhalten. Wir werden nicht zusehen, wie sich in der Türkei eine faschistische Diktatur etabliert und ihr von Seiten der westlichen Staaten mit einer Appeasement-Politik begegnet wird.

Wir müssen durch entschlossenen massenhaften Widerstand den Druck auf die Bundesregierung weiter erhöhen und ihr die Grenzen aufzeigen.

Wir stehen fest an der Seite der demokratischen widerständigen Kräfte der Türkei und der kurdischen Freiheitsbewegung und rufen alle Demokrat*innen, Sozialist*innen, Antifaschist*innen und Internationalist*innen dazu auf sich dem Widerstand anzuschließen und am 12.11. in Köln massenhaft, entschlossen und kämpferisch auf die Straßen zu gehen.

Um es mit den Worten der KCK, der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans zu sagen: Es gibt nichts mehr zu reden. Nun ist die Zeit des Widerstands.

Ciwanên Azad, Jinên Ciwanên Azad, Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK), Studierende Frauen aus Kurdistan (JXK), 9.11.

Die Demonstration beginnt am **12.11.** um **13:00 Uhr** an der **Deutzer Werft** in **Köln.**

→ Die Befreiungsoffensive auf Raqqa

elf Dörfer befreien. Auch südlich von Qenterî konnte das strategisch wichtige Dorf Leqta eingenommen werden, das auf einer Anhöhe liegt. (...)

Ara News berichtet, Daesh versuche nun die SDF mit Minen, Autobomben und Selbstmordkommandos aufzuhalten. Allein am Montag zerstörten die SDF sechs mit Sprengstoff beladene Autos, bevor diese ihre Ziele erreichen konnten. Die SDF riefen die Zivilbevölkerung auf, vorsichtig zu sein, da Daesh immer wieder versuche, ZivilistInnen als Schutzschilde einzusetzen. Aus der Stadt wird laut Ara News berichtet, Daesh habe zahlreiche Internetcafés geschlossen, und private Satelitenschüsseln konfisziert. Niemand darf die Stadt verlassen. Die Wohnungen kurdischer Familien wurden gestürmt und zahlreiche ZivilistInnen wurden verhaftet.

„Wir werden in dieser entscheidenden Schlacht genau wie in Kobanê, Tel Abyad, Hasakah, Al-Hawl, al-Shaddadi und Manbij erfolgreich sein“, erklärte die militärische Leitung der Operation gegenüber Aranews.

Die SDF sind zu der bedeutendsten Befreiungskraft im Norden von Syrien geworden. Den islamistischen Banden, die von der Türkei unterstützt werden, vertrauen inzwischen noch nicht einmal mehr die USA. Erdoğans Träume vom Großosmanischen Reich, dass er zuerst mit der Hilfe von Daesh und nun mit seinen angeblichen FSA Banden durchsetzten will, ist in weite Ferne gerückt. Umso wütender greift er die KurdInnen im Norden an.

Jetzt ist es aus Sicht der fortschrittlichen Kräfte wichtig, auf die UN Druck auszuüben, damit sie die zweifellos in Massen fliehenden Menschen aus Mossul und Raqqa humanitär unterstützt. Der Erfolg der SDF ist mittelfristig nur zu sichern, wenn die befreite Bevölkerung auch versorgt werden kann.

Auch wenn die USA und die Internationale Koalition die Kräfte der Befreiung von Mossul und Raqqa nun unterstützen, kommen sie eigentlich zwei Jahre zu spät. Wie viel Leid hätte verhindert werden können, hätte man die Türkei und ihre Verbündeten Saudi Arabien und Katar schon früher gebremst, als sie islamistische Banden groß werden ließen, die daraufhin diese Städte überrannt haben. Wenn wir heute hören, Saudi Arabien werde sich nun an der Internationalen Koalition beteiligen, muss das wie Hohn in den Ohren der Menschen klingen, die ihre Liebsten verloren haben, die verschleppt und vergewaltigt wurden.

Heute vertreten allein die Kräfte der SDF die Werte, die der Westen nur behauptet zu vertreten: Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und Freiheit.

(ISKU, 8.11.)

stark gekürzt, vollständiger Artikel unter **www.isku.org**

Zeydan der dritte Abgeordnete für die Provinz Colemêrg (Hakkari) der in Haft genommen wurde. Mit ihm hat sich die Anzahl der inhaftierten Abgeordneten der HDP auf 10 erhöht. Neben Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ befinden sich jetzt İdris Baluken, Ferhat Encü, Selma Irmak, Abdullah Zeydan, Leyla Birlik , Nursel Aydoğan, Gülser Yıldırım und Nihat Akdoğan in Haft.

(ANF, 7.11., ISKU)

Sohn einer HDP-Abgeordneten in Polizeihaft gefoltert

Ein erneuter Fall von Folter in der Türkei ist bekannt geworden. Muhammed Cihad, Sohn von Hüda Kaya, einer Abgeordneten der HDP, wurde auf der Polizeiwache die Schulter gebrochen. Muhammed Cihad war bei einer Protestkundgebung gegen die Verhaftung von Abgeordneten der HDP in Kadıköy verhaftet worden. Auf dem Polizeirevier soll ihm anschließend die Schulter gebrochen worden sein. Zurzeit liegt er im Krankenhaus. Die Polizei hat in mit Handschellen am gesunden Arm ans Bett gefesselt.

(CH, 7.11., ISKU)

Türkische Soldaten auf Berg Elîşêr angegriffen

Guerillaeinheit führte eine breit geführte Operation gegen Stellungen der türkischen Armee auf dem Berg Elîşêr. Die Guerillaeinheit bestand aus vier Gruppen, die sich aus verschiedenen Richtungen bei Nebel den türkischen Stellungen nährten. Bei dem Überraschungsangriff konnten drei türkische Stellungen zerstört werden. 36 türkische Soldaten starben bei dem Angriff. Ein Großteil der Waffen konnte gesichert werden.

Ein Video der Aktion wurde auf dem Youtube-Kanal „gerilla TV“ veröffentlicht.

(ANF, 7.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CHP	Cumhürriyet

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 794
18. November 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Botschaft von Figen Yüksekdağ:

Wir Frauen werden siegen!

Die Kovorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Figen Yüksekdağ, sandte eine Botschaft an den obersten Frauenrat des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK), welcher am Samstag eine Versammlung in Ankara abhielt. Sie schreibt in ihrer Botschaft: „Frauen sind die Kraft und die Konstrukteurinnen eines neuen Lebens. Wir werden die Solidarität unter uns Frauen niemals aufgeben, sondern mit einem Lächeln Widerstand leisten. Wir Frauen werden siegen."

Am Samstag hielt der Demokratische Kongress der Völker (HDK) die 7. Versammlung des obersten Frauenrates in Ankara ab. Die Botschaft der HDP-Kovorsitzenden lautet wie folgt:

„Es ist offensichtlich was der Palast (Sitz von Erdoğan; A.d.Ü.) meint, wenn er von einer neuen Türkei spricht: eine neue Diktatur! Aber bevor das geschieht, müssen sie zuerst den Willen und den Widerstand der Frauen brechen. Das wissen sie sehr genau. Wir als Frauen werden dies jedoch nicht zulassen. Frauen sind die Kraft und die Konstrukteurinnen eines neuen Lebens. Wir erschaffen diese Kraft in den Straßen, Fabriken, Gefängnissen, im Parlament, überall und wir werden ein neues Leben weiter aufbauen. Wir werden die Solidarität unter uns Frauen niemals aufgeben, sondern mit einem Lächeln Widerstand leisten. Wir Frauen werden siegen."

(JINHA, 12.11., ISKU)

Türkei: 370 Vereine und NGOs verboten

Das Innenministerium der Türkei gab am 11. November bekannt, dass 370 Nichtregierungsorganisationen (NGO) geschlossen werden. Im Rahmen des Artikel 11 des Ausnahmezustandsgesetzes wurden 153 Vereine die der Fethullah Gülen Bewegung nahe stehen sollen, 190 Vereine mit der Begründung das sie der PKK/KCK nahestehen, 19 Vereine in Zusammenhang mit der DHKP-C und 8 Vereine, die dem IS zugerechnet werden geschlossen.

Betroffen sind Vereine wie das Mezopotamische Kulturzentrum in Mersin (MKM), der Rojava-Hilfsverein, der Verein der Demokratischen Studierenden der Universität Çukurova in Adana oder auch die Zweigstelle des Solidaritäts- und Unterstützungsvereins für Menschen die Angehörige verloren haben (MEYADER) in Êlih (Batman).

In Istanbul wurden seit dem 11. November der Anwaltsverein Özgülükçü Hukukçular Derneği (ÖHD), Kadıköy Barış Derneği (Kadiköy Friedensverein), TAYAD, GÖÇ-DER, İkitelli Özgürlükler Derneği, Seyri Mesel Sanat Atölyesi, TUAD, Gökkuşağı Kadın Derneği, Sarıgazi Halklar Derneği, Demokratik Halklar Derneği, Med Kültür Merkezi. In Bursa der Frauenverein Panayır Kadın Dayanıma Derneği. In Ankara ebenfalls Özgülükçü Hukukçular Derneği (ÖHD) geschlossen.

In Amed (Diyarbakır) wurde die Zentrale des Vereins der freien Frauen (KJA) geschlossen. Ebenso wurden der Meszopotamische Anwaltsverein (MHD), der Rojava-Hilfsverein, der Kurdische Schriftsteller Verein (KYD), der Verein zur Unterstützung von Flüchtlingen (GÖÇ-DER), MEYA-DER (Solidaritäts- und Unterstützungsvereins für Menschen die Angehörige verloren haben), der Hilfsverein Sarmaşık und das Dicle Firat Kultur Zentrum. *(ANF, 12.11.2016)*

Manbij, Al Bab und Raqqa: Wie weiter?

Am 17.11. erklärten die YPG/J offiziell, dass sie sich aus Manbij zurückgezogen haben. Die Stadt war im August 2016 durch die SDF unter großen Opfern vom Islamischen Staat befreit worden. Er war nötig, um die Situation zu deeskalieren und auch Behauptungen entgegenzutreten, die kurdischen YPG/J besetzten arabische Städte. Die Kräfte wurden Richtung Ayn Issa zurückgezogen, wo sie die Raqqa Front verstärken. Ein Sprecher der US-Streitkräfte bestätigte den Abzug der YPG und YPJ. Adnan Abu Amjad, Sprecher des Militärrates von Manbij dankte den YPJ- und YPG-Einheiten. Man habe nun genügend eigene Kräfte an der Militärakademie Abu Leyla ausgebildet, um die Stadt zu verteidigen. Manbij wird jetzt von einem multiethnischen Rat als Teil der Shahba-Region innerhalb des de facto autonomen Gebietes Nord-Syrien verwaltet.

Durch den Rückzug fällt die wichtigste Begründung für einen von der Türkei geplanten Angriff auf Manbij weg. Erdoğan hatte immer wieder erklärt, er werde ein zusammenhängendes kurdisches Gebiet im Norden von Syrien nicht akzeptieren, sondern mit seinen Proxies Manbij angreifen, sollten die YPG/YPJ dort bleiben. Offensichtlich war der Rückzug notwendig, damit die USA den diplomatischen Drahtseilakt zwischen der Türkei und den SDF weiter ausbalancieren können.

Islamistisches Bündnis unter der Rigide der Türkei

Am 24.8. war die Türkei gemeinsam mit den überwiegend jihadistischen Gruppen, die unter dem Namen „FSA" agieren, mit der Operation „Euphrat Schild" in die Region Shahba eingedrungen. Offizieller Anlass war ein Selbstmordanschlag in Antep am 20. August mit 54 Toten. Die Kräfte, die an dem Einmarsch teilnehmen, sind die Sultan Murad Division (Syrische Turkmenenbrigaden, die enge Verbindungen zur MHP haben), die Levante Front (al-Jabha al-Shamiya), ein Bündnis sunnitisch-salafistischer Gruppen, die radikal-salafistische Ahrar al-Scham, die von Saudi Arabien unterstützte jihadistische Nour al-Din al-Zenki Bewegung und weitere überwiegend jihadistische Gruppen. Zunächst wurde am 25.8. die Stadt Jarabulus, der wichtigste Grenzübergang zwischen der Türkei und Nordsyrien, von der türkischen Armee und ihren Proxies eingenommen, ohne dass ein Schuss fiel. In der Folge nahm die Türkei das gesamte Grenzgebiet in dem Korridor ein und begann auch die von den SDF bereits befreiten Gebiete anzugreifen, was die USA jedoch offenbar verhinderten. Besonders wegen der Teilnahme von Ahrar al-Sham, die enge Verbindungen zum Terrornetzwerk al Qaida pflegt, lehnten die USA die von der Türkei gewollte Teilnahme von US-Spezialkräften zur Koordinierung der Luftangriffe ab.

→

Meldungen:

Med Nuçe und Newroz TV setzen sich gegen Türkei und Eutelsat durch

Ein Pariser Gericht hat in dieser Woche im Sinne der kurdischen Fernsehsender Med Nuçe und Newroz TV geurteilt und den Stop der Ausstrahlung durch den Satellitenbetreiber Eutelsat für unrechtmäßig erklärt. Der Anwalt von Med Nuçe nannte das Urteil einen großen Sieg im Sinne der Pressefreiheit.

Eutelsat hatte auf Druck der Türkei die Ausstrahlung der Sender unterbunden. Das Gericht stellte nun fest, dass weder ein Satellitenbetreiber noch die türkische Medienaufsicht das Recht hätten, über die Ausstrahlung von TV-Sendern in Europa zu entscheiden. Dies obliegt den lokalen Aufsichtsbehörden, in diesem Fall der belgischen. Auch konnte das Gericht für die türkischen Vorwürfe der "Terrorismuspropaganda" keine Beweise finden.

Eutelsat wurde nun dazu verurteilt, die Ausstrahlung der Fernsehsender unverzüglich wieder aufzunehmen. Für jeden Tag Verzögerung wird eine Strafzahlung von 10.000 € fällig.

(ANF, 18.11., ISKU)

Şirnex: Wohin soll die Bevölkerung zurückkehren?

In Şirnex (Şırnak) wurde die Ausgangssperre nun beschränkt. Statt 24 Stunden gilt sie seit Montag nur noch Nachts. Ob das in allen Stadtteilen der Fall sein wird, ist noch nicht ganz ersichtlich. Für die Rückkehr in die Viertel wurden für die Stadtteile jeweils bestimmte Wochentage freigegeben.

Aber viel ist von Şirnex nicht übrig, wohin die Bevölkerung zurückkehren könnte. Ganze Straßenzeilen, Häuserblocks sind verschwunden und dem Erdboden gleich gemacht worden, von einigen Stadtteilen sind nur noch einige Gebäude vorhanden und die Abrissarbeiten des türkischen Regimes dauern weiter an. Acht Stadtteile – Yeşilyurt, Gazipaşa, İsmetpaşa, Cumhuriyet, Aydınlıkevler, Dicle, Bahçelievler und Yeni Mahalle – sind vollständig ausgelöscht worden, darunter auch Viertel, in denen es während der Militäroperation keine Auseinandersetzungen gab.

Die Türkei erlebt eine ihrer dunkelsten Zeiten. Es ist an der Zeit, dass die Menschen im Westen der Türkei das Leid im Osten des Landes wahrnehmen. Nur dann wird es in der Türkei eine Zukunft ohne Diktatur und Faschismus geben können

(ANF, 14.11., ISKU)

AKP-Politiker ruft zur Ermordung von politischen Gefangenen auf

Am Sonntag rief Hüseyin Kocabiyik, AKP Abgeordneter für Izmir und Mitglied der Verteidigungskommission des türkischen Parlaments, die türkische Bevölkerung via Twitter dazu auf, im Fall eines Anschlags auf ein Regierungsmitglied die Gefängnisse zu stürmen und alle inhaftierten PKK- und Gülenanhänger zu erhängen. Wörtlich schrieb er: „Im Falle eines Attentats auf einen Staatsoberen wird das Volk die Gefängnisse durchkämmen und alle Gülenisten und PKKler unter den Gefangenen aufhängen. Das ist, worüber die Leute sprechen."
Spätestens jetzt, nachdem er diese Idee öffentlich äußerte, werden die Leute darüber sprechen. Der Zeitpunkt für diesen Tweet könnte gut gewählt sein, da erst vor wenigen Tagen die gesamte Führungsriege der Oppositionspartei HDP verhaftet und inhaftiert wurde.
Zukünftige Anschläge in Richtung Regierungsmitglieder – unabhängig davon, ob missglükkt, gelungen oder von der Regierung inszeniert, wie auch der Putsch im Juli diesen Jahres – stellen nach diesem Tweet ein Aufruf an den Mob dar, zu morden und zu brandschatzen, ohne mit Bestrafung rechnen zu müssen. Beim Putsch im Juli wurden etliche vermeintliche oder tatsächliche Putschisten von dem aufgeheizten Mob angegriffen, der mit Messer, Macheten, Äxten und Pistolen bewaffnet, auf die Straße ging und u.a. einen 20-jährigen Soldaten köpfte.
Mit diesem Tweet könnten die Provokationen seitens der Erdogan-Regierung eine neue Eskalationsstufe erreichen, denn sie taugen dazu, einen Bürgerkrieg anzuzetteln. Faktisch klingt es wie ein Aufruf an die islamistisch-konservativen Erdogan-Anhänger, alle tatsächlichen oder mutmaßlichen Gegner und insbesondere Kurden zu lynchen, zumal jeder Kurde unter dem Generalverdacht der PKK-Anhängerschaft steht.
Auf diese Weise wären nicht einmal mehr die strikt regierungsfreundlichen Gerichte mit anders als Erdogan Denkenden befasst; die Lynchjustiz durch einen aufgepeitschten, Erdogan ergebenen Mob, wird somit staatlich legitimiert.

(CA, 17.11., ISKU)

→Manbij, Al Bab und Raqqa...

Schon Mitte November hat sich die Obama Regierung endlich dazu durchgerungen, gegen die al-Nusra, die sich jetzt Jabhat Fatah al-Sham nennt, vorzugehen, eventuell in direkter Kooperation mit Moskau. Trump hatte dies im Vorfeld der Wahlen immer wieder zur Maxime seiner Außenpolitik gemacht.

Deutschland unterstützt Operation „Euphrat Schild"

Die deutsche Bundesregierung jedoch erklärte am 24. August ihre „Unterstützung" für die Euphrat Schild-Offensive, ebenso Frankreich. Diese beiden Staaten stehen also auf der Seite islamistischer Banden, die sich in nichts von dem Islamischen Staat unterscheiden, sowie der türkischen Armee. Nach der Aufklärung, u.a. durch deutsche AWACS, bombardiert die türkische Luftwaffe kurdische Dörfer in der Region, unter dem Vorwand, den IS zu bekämpfen. Die türkische Armee bombardierte auch mehrmals Dörfer und Städte, die die SDF schon befreit hatten, wie zum Beispiel am 15.11. die Stadt Till Rifaat. Die US-Armee erklärte am 16.11. erneut, die Koalition unterstütze die Euphrat Schild Operation nicht, es sei eine eigenmächtige Operation der Türkei.
Zehntausende Menschen, überwiegend KurdInnen, mussten aus der Region Shahba, dem Korridor zwischen den Kantonen Afrîn und Kobanî, nach Afrîn fliehen. Allein in den letzten Tagen waren es nach Bombardements der türkischen Armee auf die kurdischen Kleinstadt Qabasin rund 5000 Menschen. Nach Ansicht der SDF handelt es sich um gezielte Vertreibung von KurdInnen.
In den letzten Wochen sind die Proxies der türkischen Armee bis kurz vor Al Bab vorgedrungen. Erst in den letzten drei Tagen konnten auch die SDF ihre Kräfte von zwei Seiten weiter in Richtung al Bab voranbringen. Zwischen beiden Kräften kam es zu heftigen Gefechten. Am 16. und 17.11 konnten die SDF neun Dörfer befreien, u.a. das Dorf Kandirliyah. Nun trennen die beiden Kantone nur noch 12 km. Auch die Armee von Assad macht sich offensichtlich bereit, in das Geschehen einzugreifen. Das Abkommen zwischen Assad und der Erdoğan, das beinhaltete, dass die Türkei ihre Al Qaida Proxies aus Aleppo abzieht und Assad dafür stillhält, wenn die Türkei in Shahba einmarschiert, scheint nun hinfällig zu sein, da sich die türkische Seite nicht an das Abkommen gehalten hat.

Die Raqqa Operation – Der Zorn des Euphrats

Die am 5. November von den SDF mit Luftunterstützung der Koalition begonnene Befreiungsoperation auf die Stadt Raqqa kommt sehr gut voran. Am 17.11. wurde in einer Erklärung über ANHA eine erste Bilanz gezogen. Demnach haben die SDF Einheiten in der „Zorn des Euphrat" genannten Aktion6, an der 30.000 KämpferInnen der SDF teilnehmen, 550 km2 von Daesh befreit, darunter 34 Dörfer, 31 Weiler und zahlreiche Hügel (sogenannte Tells), die in der flachen Landschaft von strategischer Bedeutung sind. 167 Daesh Kämpfer wurden getötet. 12 mit Sprengstoff beladene Autos konnten unschädlich gemacht werden, 240 Minen wurden entschärft.
Auf einer Pressekonferenz im Dorf Hisha erklärten die SprecherInnen Jiyan Sheik Ahmad, Rojda Felat, Kino Gabriel von den MFS7, der Kommandeur der Al Sanadid Forces, Bander Hambilde Al-Hadi sowie der Sprecher der SDF Talal Silo, dass die Stadt seit Jahren unter dem Joch von Daesh zu leiden musste, während die Weltgemeinschaft geschwiegen habe. Die Al Sanadid, Milizen des Şammar Stammes, waren erst vor wenigen Tagen dem Militärbündnis zur Befreiung von Raqqa beigetreten. Man plane jetzt zunächst die ländliche Umgebung von Raqqa zu befreien und Raqqa damit von seinem Umland zu isolieren. Vier KämpferInnen der SDF seien bisher verwundet worden. Am 17.11. wurde das Dorf Tulth Khiniz befreit, 28 km westlich von Qanteri. Die SDF sind nur noch 26 km von Raqqa entfernt.
Nach wie vor ist es unklar, wie sich der neu gewählte Präsident Donald Trump nach seinem Amtsantritt am 20. Januar in dem Konflikt zwischen der Türkei und den SDF positionieren wird. Nach seinen bisherigen Aussagen sieht es so aus, als ob er in Absprache mit Russland die Bekämpfung von Daesh, Al Qaida etc. verstärkt. Damit müsste er sich aber zum einen gegen die CIA stellen und würde zum anderen Assad und den iranischen Einfluss stärken. Es wäre eine naheliegende Möglichkeit, gegen Letzteres Rojava als Gegengewicht zu unterstützen, Trump könnte dafür aber genauso auch auf die Türkei setzen. Es wird viel davon abhängen, wie sich die Kräfteverhältnisse vor Ort bis zum Amtsantritt am 20. Januar entwickeln, insbesondere in Raqqa und Aleppo/Al-Bab. Daher sind alle Kräfte nun bemüht, die Situation zu ihren Gunsten zu verschieben.
Europa, uneins und gespalten, ist weit davon entfernt Einfluss zu nehmen. Deutschland und Frankreich haben sich jedenfalls nicht auf die Seite der Demokratie und des Friedens gestellt, sondern sind nach wie vor Steigbügelhalter für den Diktator und Kriegsherren Erdoğan.

(CA, 18.11., ISKU)

Nisêbîn: Stacheldraht eingeholt

In Nisêbîn (Nusaybin) dauert seit 8 Monaten in 6 Stadtteilen die Ausgangssperre an. Lange Zeit stand die Frage warum im Raum, war die Militäroperation des türkischen Regimes gegen die kurdische Bevölkerung in Nisêbîn offiziell schon lange für beendet erklärt worden. Die 6 Stadtteile, die 24 Stunden am Tag ununterbrochen unter Ausgangssperre stehen, waren mit Stacheldraht und Absperrungen vom Rest der Stadt getrennt. Jetzt wurde der Stacheldraht um die als Kanika bekannten Stadtviertel Zeynelabidin und Kışla aufgerollt. Waren in beiden Vierteln zuvor hunderte an Gebäuden zu finden herrscht nun nur noch gähnende Leere. Der Staat hat ganze Arbeit geleistet.

(ANF, 13.11., ISKU)

Schwedische Fluggesellschaft stoppt Charterflüge in die Türkei

Die Fluggesellschaft Dalaflyget hat ihre Charterflüge von Schweden in die Türkei eingestellt. Dalaflyget flog jahrelang erfolgreich die Türkei an, es war die letzten 10 Jahre eines der meist angeflogenen Länder. Wegen der unübersichtlichen Lage in der Türkei habe man sich jetzt entschlossen die Charterflüge einzustellen, erklärte Stefan Carlson, Marketingchef der Fluggesellschaft Dalaflyget. Dieses gelte auch für das kommende Jahr.

(ANF, 13.11., ISKU)

Co-Bürgermeister von Wan festgenommen

Die AKP setzt ihre Politik fort, demokratisch gewählte VertreterInnen der kurdischen Bevölkerung einzusperren und gegen regierungstreue Marionetten auszustauschen. Am Donnerstag traf es Bekir Kaya, den Co-Bürgermeister von Wan, gleichzeitig wurden Razzien in der ganzen Stadt durchgeführt und MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, die dagegen protestierten, von der Polizei angegriffen.

(ANF, 17.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
JINHA	Jin Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 795
26. November 2016

N û ç e

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

PKK-Verbot: Ein Hindernis für Frieden und Demokratie

Am Samstag dem 26. November jährt sich das PKK-Verbot in Deutschland zum 23. Mal.
Das in den 1990er Jahren außenpolitisch bedingte Betätigungsverbot der PKK hat gegenwärtig eine Form angenommen, die Krieg und Flucht verursacht und essentiellen Faktoren, die einer Demokratisierung des Nahen Ostens und einer Friedenspolitik dienlich wären, entgegensteht. Aus kurdischer Sicht kommt das PKK-Verbot einem Kurden-Verbot gleich und stellt nichts anderes dar, als das Absprechen des Selbstbestimmungsrechtes der Kurdinnen und Kurden. Ferner kriminalisiert es politisch Aktive KurdInnen und ihre solidarischen Freunde hierzulande. Wir wollen an dieser Stelle den Blick auf die außen- und globalpolitischen Folgen des PKK-Verbots lenken.
Die Kriminalisierung und Nichtanerkennung der kurdischen Bewegung um die PKK dient seit Jahrzehnten als effizientes Instrument der Kriegspolitik verschiedener Staaten, aktuell insbesondere der Vernichtungspolitik des Despoten Erdogan. Der sogenannte „Kampf gegen Terror", welcher durch die Auflistung der PKK in die Terror-Liste rechtlich und politisch ermöglicht wird, dient der Türkei als Legitimationsmittel für ihr faschistisches und zerstörerisches Vorgehen im Nahen und Mittleren Osten. Die kurdischen Gebiete in der Türkei sind unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung in Schutt und Asche gelegt worden. Alle legalen politischen und humanitären Vereine und Organisationen sind verboten worden, demokratisch gewählte PolitikerInnen sitzen, ebenso wie hunderte Journalisten, im Gefängnis. Auch der Einmarsch der Türkei in Rojava/ Nordsyrien ist mit demselben Argument der Terrorismusbekämpfung begründet und dient der kurdenfeindlichen Politik des türkischen Staates.
Das PKK-Verbot blockiert jede positive Bewegung in der Kurdenfrage, welche seit dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Aufteilung und Verleugnung Kurdistans besteht. Wie gegenwärtig in den kurdischen Gebieten Syriens, des Irak und der Türkei zu sehen, ist die Kurdenfrage der zentrale Grund für die Konfliktträchtigkeit des Nahen Ostens. Damit einhergehend ist zugleich auch die Demokratisierung der Region unmittelbar mit der Lösung der Kurdenfrage verbunden. Da die kurdische Bewegung die größte und einflussreichste politische Vertretung der Kurden und zentrale Konfliktpartei ist, sollte sie politisch anerkannt werden. Ihre Kriminalisierung steht jeder Möglichkeit von Friedensverhandlungen explizit im Weg.
Entgegen vieler Darstellungen verlangt die kurdische Freiheitsbewegung keine Separation der KurdInnen von den jeweiligen Staaten, sondern das Selbstbestimmungsrecht sowie das Selbstverwaltungsrecht für sie, also einfach grundlegende demokratische Rechte. Vor diesem Hintergrund stehen das PKK-Verbot und die Kriminalisierung der politisch aktiven Kurden dem Frieden und der Demokratie im Nahen Osten im Wege und fördert Krieg und Vertreibung.
Über Jahrzehnte hinweg wurde die kurdische Freiheitsbewegung medial dämonisiert und fälschlicherweise als Aggressor dargestellt. Dabei ist bei näherem Hingucken leicht ersichtlich, dass die PKK sich zur einzig wahrlich säkularen, liberalen, feministischen und basisdemokratischen Entität im sonst so despotischen, fundamentalistischen und sexistischen Nahen Osten entwickelt hat. Die kurdische Frauenbewegung, die pluralistische Demokratische Partei der Völker HDP oder die progressive multireligiöse und -ethnische Rojava-Region sind Ergebnisse des politischen Kampfes und der sozialen Revolution der letzten Jahrzehnte, welche von der kurdischen Freiheitsbewegung angetrieben wird. Das PKK-Verbot behindert und verlangsamt aber derartige Entwicklungen und Prozesse.
In unserer Gesellschaft würde eine Aufhebung des PKK-Verbots helfen, dass die kurdische Bewegung als Identifikationsobjekt nicht allein für hier lebende KurdInnen, sondern auch für MigrantInnen aus anderen Gesellschaften dienen kann. Denn eine Identifikation mit der kurdischen Bewegung bedeutet eine Identifizierung mit der Gleichberechtigung von Ethnien, Religionen oder Geschlechtern; mit der Trennung der Religion von politischer Macht. Dies sind alles Eigenschaften und Werte, die unserer hiesigen Gesellschaft entsprechen und welche der soziale Zusammenhalt und Frieden derzeit und langfristig benötigen.
(NAV-DEM, 26.11., ISKU)

Im 39. Jahr werden wir den Freiheitskampf mit Erfolg krönen

Das Oberkommando des Zentrums der Volksverteidigung (NPG) veröffentlichte eine schriftliche Stellungnahme zum Jahrestag der Gründer der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK.
Im Folgenden die gekürzte Übersetzung der Stellungnahme:
„Heute begehen wir die Feierlichkeiten zum 38. Jahrestag unserer Partei, der PKK. Gegründet aus einer Diskussion über die nationale Unabhängigkeit gegen den Völkermord in Kurdistan, für unseren Vorsitzenden Apo, der große Anstrengungen für die Gründung und Entwicklung unserer Partei unternommen hat, für die vertrauensvollen und opferbereiten Menschen Kurdistans, für die Familien unserer MärtyrerInnen, für alle fortschrittlichen Menschen und all unsere GenossInnen.
Unsere Partei ist eine Organisation für einen großen Kampf, sie hat durch die Selbstlosigkeit unserer MärtyrerInnen, durch den Widerstand, durch den Kampf, durch die schrittweise Erschaffung eines neuen Lebens, ein unfassbares Wachstum erlebt, dessen Größe und Auswirkung wir heute erleben. In diesem Sinne zollen wir all unseren MärtyrerInnen durch unseren Genossen Haki Karer unseren Respekt und unsere Dankbarkeit, unserem großen Märtyrer, der durch seine Selbstlosigkeit das Fundament für die Grün-

→

Meldungen:

Rojava zu Gast in Norwegen
Die Gesandtschaft der Demokratischen Autonomie von Rojava hat für zwei Tage ihre Tore in der norwegischen Hauptstadt Oslo geöffnet. Das Rathaus von Oslo ist Gastgeber der Gesandtschaft, die am 26.11.2016 um 13 Uhr mit einer Rede der Bürgermeisterin von Oslo, Marianne Borgen eingeläutet wurde. Während des 26. und 27. Novembers wird die Gesandtschaft von Rojava vor Ort sein. Die zwei Tage werden von einem Rahmenprogramm begleitet. Es wird verschiedene Podiumsdiskussionen geben wie zur Geschichte der Revolution in Rojava, des demokratischen Konföderalismus, der demokratische Autonomie, der bewaffneten Revolution in Rojava, Frau und Kultur, die Rolle der internationalen Kräfte in der Revolution von Rojava. Thematisiert wird auch das Modell Rojava und das Thema Diplomatie ohne Staat. Unter den Teilnehmern sind die Kovorsitzenden der PYD Asya Abdullah und Salih Muslim genauso zu finden wie die Vertreterin für die Außenbeziehungen der Demokratischen Autonomie Rojava, Sinem Muhamed, Aldar Xelil Mitglied des Vorstandes von TEV-DEM so wie der Vertreter der Assyrer, Besam Îshak.
(ANF, 26.11., ISKU)

Türkische Armee macht Syrien für den Luftangriff auf ihre Truppen verantwortlich
Türkischen Medienberichten zu Folge sollen Einheiten der türkischen Armee, die vor El-Bab liegen, beschossen worden sein. Bei dem Angriff sollen offiziellen türkischen Meldungen zu Folge drei türkische Soldaten getötet und 10 weitere Verletzt worden sein. Die türkische Armee macht die syrische Armee für den Luftangriff auf ihre Truppen vor El-Bab verantwortlich. Sollten die Anschuldigungen stimmen, wäre dies der erste direkte militärische Schlag des syrischen Regimes gegen die türkische Armee, die Teile des Landes besetzt hält. Sie war gemeinsam mit ihren verbündeten Söldnern der Freien Syrischen Armee am 24. August dieses Jahres nach Syrien einmarschiert und hatte erst Cerablus besetzt und sich dann entlang der Grenze Richtung Westen bewegt. Zuletzt wurde vor allem El-Bab anvisiert, aber auch Minbic wurde in den letzten Tagen immer wieder Ziel der türkischen Truppen. Seit 2–3 Tagen kommt es täglich zu Angriffen der türkischen Armee in Höhe des Dorfes Şêx Nasir im Westen von Min-

Folter, eine gängige Praxis

Die Folter in türkischen Gefängnissen nimmt wieder zu. Die CİSST, eine türkische Organisation für zivilgesellschaftliche Akteure im Strafvollzug, berichtete, dass zum ersten Mal in der Geschichte der türkischen Republik die Anzahl der Inhaftierten über 210.000 gestiegen ist. Die Gefängnisse sind überfüllt und die Beschwerden über Folter nehmen zu. Allein aus dem T-Typ-Gefängnis in Riha (türk. Urfa) erreichte die Menschenrechtsvereinigung IHD zahlreiche Hinweise auf Folter.

19 Tage lang Folter
Cemal Işık sitzt immer noch in Riha in Haft. Er war in Syrien, wurde bei einem Angriff durch den IS schwer verwundet. Er verlor sein rechtes Ohr und sein Augenlicht. Als er am 15. August 2016 zurück in die Türkei kam, wurde er verhaftet. Işık erzählt über seine Erfahrungen in Haft: "Sie wollten, dass ich eine von Beamten angefertigte Aussage als meine eigene Aussage unterschreibe. Nachdem ich mich weigerte, erniedrigten und folterten sie mich. Ich musste mich ausziehen, sie gingen mir mit ihren Schlagstöcken in den Schritt, sie verabreichten mir Stromschläge, sie drohten mich zu töten und noch mehr…. 19 Tage lang wurde ich so gefoltert.
Als ich das nicht tat, haben sie mich in erniedrigender Art gefoltert. Ausziehen, Angriff an die Genitalien, Polizeiknüppel, Stromschläge, Bedrohung mich zu töten, und noch ähnliche…. 19 Tage lang wurde ich gefoltert."
Işık erzählt, dass die Ärzte miterlebt haben, wie er gefoltert wurde. Er selbst bekam nicht alles mit. "Ich habe mehrmals mein Bewusstsein verloren. Jedes mal, nach dem ich aus dem Krankenhaus wieder zurück kam, ging die Folter weiter. All das passierte in der Anti-Terror-Abteilung im Bezirk Ceylanpınar in Riha, wo ich in Haft war.", sagte er. (...)

Selbst Ärzte werdem bedroht
Der Gefangene Feyzullah Kipcak wurde am 27. April in Pirsûs (türk. Suruç) festgenommen. Durch Folter, wurde er gezwungen über die Frau, mit der er zusammen festgenommen wurde, auszusagen.
Wegen der Verletzungen durch die Folter, wurde er ins staatliches Krankenhaus in Pirsûs gebracht. Kipcak: "Der diensthabende Arzt im Krankenhaus wurde von den Polizisten bedroht. Zuerst sagte er, als er mich sah, 'Ich schreibe was ich sehe', danach, nachdem die Polizisten ihn in die Ecke gezogen und bedroht hatten und er zurückkam, war sein Verhalten anders. Mein Kopf und meine Rippen waren gebrochen, der Arzt sagte: 'Für deinen Kopf kann ich nichts tun'. Wegen den gebrochenen Rippen wurde ich zum Röntgen geschikkt, aber über die Ergebnisse der Aufnahmen habe ich nichts erfahren".
Ein Komitee für Menschenrechtsverletzungen und Folter des Menschenrechtsvereins IHD führte Gespräche in der Riha und informierte über den Bericht. In einer Pressemitteilung vom 14. Juli 2016 hatte die IHD Kovorsitzende Eren Keskin über die Folterungen berichtet und erklärt, dass der Bericht über die Folterungen an die Vereinten Nation übermittelt wird.
Gülhan Kaya, Anwältin zweier Jugendlicher, die im Juli für sieben Tage in Riha in Haft waren, hatte erklärt, dass ihre Klienten nackt und mit verbundenen Augen gefoltert wurden. Als sie sich zu einem Hungerstreik entschlossen, mussten sie Kölnisch Wasser (Parfüm) trinken. Die verantwortlichen Ärzte verloren kein Wort über die Folterungen, obwohl ein dokumentierter Bericht von Mehmet Ali Malkoç (Spezialist für Rechtsmedizin) existiert. *(YÖP, 19.11., ISKU)*

→ Im 39. Jahr werden wir...

dung unserer Partei legte. Wir wiederholen unser Versprechen, für den Sieg zu kämpfen.
Die PKK ist nicht nur eine Partei der Selbstlosigkeit und Aufopferung, sondern auch eine Partei der Führung. Im Namen der Volksverteidigungskräfte, HPG, feiern wir den Jahrestag der Partei auch für den Vorsitzenden Apo, der die Samen unserer Partei in einer Zeit aussäte, in der niemand mehr mit solch einer Tiefe und einem Scharfsinn über die KurdInnen sprach, der diese Bewegung mit seinem ganzen Leben gestaltet hat, der durch seine unnachgiebigen Bemühungen die Bewegung zum heutigen Tag geführt hat. Wir versprechen erneut unser Liebe, unseren Respekt und unsere Loyalität.
Die PKK wurde zur Hoffnung auf Frieden und Leben in allen Regionen Kurdistans in denen koloniale Kräfte ihre Fußabdrükken hinterließen. Der große Kampf, der seit 38 Jahren geführt wird, hat große Bemühungen für die Menschen hervorgebracht und kreiert, um ihre Identität, Kultur und sich selbst wieder zu erlangen. In diesem Sinne ist die Gründung der PKK eine erfolgreiche Intervention im Namen des kurdischen Volkes gegen die Geschichte der hegemonialen Barbarei und Tyrannei. Der Vorsitzende Apo hat durch seine Bemühungen die PKK zur stärksten kurdischen Bewegung werden lassen und dadurch einen Lebens- und Existenzweg für die Menschen Kurdistans erschaffen, die zuvor ignoriert wurden und nur gut genug waren um zu sterben. Die Menschen Kurdistans erlangten durch diesen Kampf ihre Identität zurück, sie werden auch weiterhin kämpfen und Mut beweisen. Die Menschen Kurdistans, die ihrer Identität beraubt wurden und Erfahrungen starker Versklavung erlebten, die eine ideologische und soziale Revolution verwirklicht haben und die nun eine neue Gesellschaft auf Grundlage der Freiheit der Frau errichten, die solche Erfahrungen gewinnen und gleichzeitig einen moralischen und ethischen Willen erlangen, der sie ermutigt zu kämpfen und die Demokratische Revolution im Mittleren Osten anzuführen. Die Menschen Kurdistans beweisen heute einen enormen Widerstand, der ein Beispiel für alle Menschen sein kann. Sie kämpfen gegen zwei faschistische Kräfte, die Spitze des Eisbergs der regressiven Ideologie, dem Islamischen Staat und dem türkischen AKP-Regime.
In der aktuellen Situation ist die Möglichkeit für die Existenz des kurdischen Volkes unter der Führung der PKK zu kämpfen, einem Kampf der in seiner Legitimität wächst, der stärker wird und sich in der Region ausbreitet, eine große Ehre für alle KämpferInnen der kurdischen Volksverteidigungskräfte.
Die Gründung unserer Partei beendete den Genozid an unserem Volk. Nun ist die Zeit für unsere Emanzipation gekommen. Es ist zweifellos unsere Aufgabe, die Ziele unserer MärtyrerInnen zu Ende zu erreichen. Wir gehen auf ihrem Pfad für einen Emanzipationsprozess.
Als kurdische Volksverteidigungskräfte im 39. Jahr unserer Partei, werden wir durch Erfahrung und Entschlossenheit den Freiheitskampf der Menschen mit noch mehr Erfolg krönen, als bereits in der Vergangenheit. Als erfahrene KaderInnen in diesem Kampf, blicken wir zuversichtlich auf den Erfolg. Wir sind auf dem Höhepunkt eine Praxis für die Erfüllung unserer Pflichten in dieser Periode zu entwikkeln. Im 39. Jahr unseres Kampfes erklären wir, dass wir mit vollem Einsatz unsere Pflichten dieser Periode mit aller Kraft als FreiheitskämpferInnen unserer Partei, der PKK, einer Partei der Führung und der MärtyrerInnen, erfüllen werden. Wir begehen die Feierlichkeiten des Jahrestages unserer Partei für unser ganzes Volk auf dem historischen Weg zum Sieg und für all unsere GenossInnen im Widerstand. Wir wünschen allen viel Erfolg im 39. Jahr!".
(ANF, 27.11., ISKU)

bic. Allerdings stoßen sie dort auch auf heftige Gegenwehr der Kämpfer des Militärrates von Minbic, so dass dort bereits mehrere Panzer der Türkei zerstört werden konnten. Nach offizieller türkischer Darstellung sollen seit dem 24. August insgesamt 16 türkische Soldaten auf syrischem Gebiet zu Tode gekommen sein. Cumhuriyet berichtet, die türkische Armee hätte nach dem Vorfall am morgen ihrerseits in Höhe der Ortschaft Navara das Feuer auf die syrische Armee eröffnet. Diese hätte zwar keine Verluste erlitten, habe sich jedoch zurückziehen müssen.
(ANF, 24.11., ISKU)

PES Delegation: Vorgehen gegen HDP ist inakzeptabel
Eine Delegation der Party of European Socialists (PES) wollte sich im Zuge der Besuche der inhaftierten HDP Abgeordneten auch mit dem HDP Kovorsitzenden, Selahattin Demirtaş treffen. Demirtaş sitzt in einem Gefängnis in der Provinz Erdine nahe der türkisch-griechischen Grenze.
Die türkische Polizei unterband auf Anordnung des zuständigen Gouverneurs den Besuch der PES Delegationsteilnehmer. Diese führte darauf hin eine Pressekonferenz auf einem Feld ca. 200m vom Gefängnis entfernt durch.
Der PES Vorsitzende, Sergei Stanischew sagte auf der Pressekonferenz, dass sie schwere Kritik gegenüber der Türkei erheben. Er erklärte, dass sie in die Türkei gereist sind, um ihre Sorgen zum Ausdruck zu bringen. Er betonte, dass es nunmehr demokratische Kreise sind, die unter dem Argument der strafrechtlichen Verfolgung des Putsches vom 15. Juli, verfolgt werden.
Stanischew beschreibt das Vorgehen gegen die HDP als inakzeptabel. Die Verhaftungen, Inhaftierungen und die Repression zielen auf die Zerschlagung der HDP und damit auf eine, von Millionen Menschen gewählte, demokratische Partei ab.
(ANF, 21.11., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 796
2. Dezember 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Zana und Robîn: Ermordet vom türkischen Staat

Diese Woche erreichte viele Menschen weltweit die Nachricht vom erneuten Tod zweier Internationalisten in Rojava. Sie reihen sich ein, in eine immer größer werdende Liste von gefallenen InternationalistInnen aus der gesamten Welt. In den Reihen der Revolution von Rojava kämpfen und arbeiten inzwischen Hunderte von allen Kontinenten. Viele sprechen ihre Überzeugung und Hoffnung für den Demokratischen Konföderalismus und die Revolution aus. Sie schließen sich aus Überzeugung dieser Revolution an, so auch der deutsche Zana Ciwan/Anton Leschek und der us-amerikanische Robîn Agirî/ Michael Israel. Beide starben am 24.11.2016 durch einen Angriff der türkischen Luftwaffe auf Stellungen der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) nordwestlich von Minbic. Zana und Robîn sind die ersten Internationalisten die in Rojava nicht durch den IS, sondern durch die türkische Armee ums Leben kamen.
Zana Ciwan/Anton Leschek stammt aus Bielefeld und schloss sich erst im September diesen Jahres dem Militärrat von Minbic an. In einem Interview erklärte er: "Der Krieg in Rojava und Nordsyrien bedeutet mir viel, denn die Menschen, die hier leben, sind gegen Grausamkeit, Sklaverei und Terror. Ich werde diese demokratische Revolution bis zum Ende unterstützen".
Robîn Agirî/Michael Israel stammt aus Kalifornien und schloss sich nur wenige Monate vorher, im Juli diesen Jahres dem Kampf des Militärrats von Minbic an. Er sagte damals: "Es ist eine Revolution für die Freiheit der Völker in Rojava und Nordsyrien. Ich bin hierher gekommen, um ein Teil dieses Kampfes zu sein".
Zana und Robîn werden als Gefallene und Märtyrer des revolutionären Kampfes er Erinnerung bleiben. Die hunderten InternationalistInnen, die kurdische Bewegung in der Diaspora, die Zusammenarbeit kurdischer und internationalistischer Kräfte, die Auseinandersetzung mit dem Demokratischen Konföderalismus, aber auch die Zusammenarbeit unserer Heimatländer mit den Regimen im Mittleren Osten lassen den Kampf der KurdInnen, zu unser aller Kampf werden.
Ein Kampf um Menschlichkeit, durch alle Teile der Menschheit.
Im Gedenken und in der Fortsetzung ihres Kampfes:

Şehid Avaşin Tekoşin Güneş – Ivana Hoffmann
Şehid Kemal – Erik Konstandinos Scurfield
Şehid Bagok – Ashley Johnston
Şehid Gelhat Rûmet – Keith Lewis Broomfield
Şehid Dilsoz Bihar – Kevin Jochim
Şehid Agir Servan – Levi Johnatan Shirley
Şehid Ariel Pusagunyan – Muhamed Huseyin Kerimi
Şehid Bagok Serhad – Reece Harding
Şehid Ciwan Firat – John McTaggart
Şehid Firaz Kardo – Badin Abdulhamid Mohammed Al-Imam
Şehid Gabar Amed – Jamie Bright
Şehid Gabar Rojava – John Robert Gallagher
Şehid Givara Rojava – Dean Evans
Şehid Kendal Qaraman – Mario Nunes
Şehid Rodi Cekdar – Martin Gruben
Şehid Rojvan Kobani – Emir Kubadi
Şehid Rustem Cudi – Guenther Hellstein
Şehid Amed Kobani – William Savage
Şehid Zana Ciwan – Anton Leschek
Şehid Robîn Agirî – Michael Israel

(ISKU, 1.12.)

JuristInnen warnen vor Entstehung faschistischer Diktatur in der Türkei

Die komplette Ausschaltung der politischen Opposition in einer Gesellschaft, und insbesondere der demokratischen Kräfte, ist ein typisches Kennzeichen für die mögliche Entstehung einer faschistischen Diktatur.
Schon seit Jahren werden in der Türkei schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und die Missachtung demokratischer Grundsätze festgestellt. Dies wird nicht nur durch Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch berichtet. Auch die Europäische Kommission kommt in ihren „Fortschrittsberichten" zum gleichen Ergebnis, auch wenn diese Berichte oft mit Rücksicht auf die Beziehungen zur türkischen Regierung geschönt werden. Der im November 2016 veröffentlichte Bericht weist immerhin auf gravierende Verletzungen demokratischer Grundregeln in der Türkei hin.
In besonders extremer Form richten sich die staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen die kurdische Bevölkerung und ihre gewählten VolksvertreterInnen im nationalen Parlament und in den Städten und Dörfern im Südosten der Türkei. Das umstrittene neue Gesetz zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität wurde ausschließlich gegen die HDP eingesetzt um gegen 50 ihrer Abgeordneten insgesamt 350 Strafverfahren einzuleiten.
Tatsächlich war die Aufhebung der Immunität nur ein Baustein in dem Programm der Regierung zur Beendigung des Mehrparteiensystems und zur Ausschaltung der politischen Opposition. Dem gingen zahlreiche Verbote von verschiedenen kurdischen Parteien voraus, ebenso wie die Wiederholung der Parlamentswahl im November 2015(...)
Danach eskalierten die Angriffe gegen die kurdische Bevölkerung und ihre demokratisch gewählte Vertretung. In Südostanatolien wurden vielen Städte, Stadtteile und Dörfer vom Militär zerstört und BürgermeisterInnen des Amtes enthoben. Viele der BürgermeisterInnen wurden verhaftet, zuletzt wurden die beiden Ko-BürgermeisterInnen der Stadt Diyarbakir, Gültan Kışanak und Fırat Anlı verhaften, ebenso wie weitere ca. 700 HDP Parteimitglieder. Fast täglich folgen Verhaftungen von kurdischen BürgermeisterInnen und anderen PolitikerInnen.
Am 4. November 2016 wurden 10 Parlamentsabgeordnete der

→

Meldungen:

30mal »lebenslänglich« für Saleh Muslim gefordert
Wegen eines Terroranschlags in Ankara hat die Staatsanwaltschaft 30mal »lebenslänglich« für den kurdischen Politiker Saleh Muslim gefordert. Dem Ko-Vorsitzenden der syrischen Partei der Demokratischen Union und 67 anderen Angeklagten werden Mord und Vergehen gegen die Staatssicherheit vorgeworfen, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu am Mittwoch. Unter den Angeklagten seien auch führende Vertreter der PKK, wie Cemil Bayik und Murat Karayilan. Zu dem Selbstmordanschlag im Februar 2016 mit 37 Toten in der Hauptstadt Ankara hatte sich die TAK bekannt.
(jW, 1.12., ISKU)

Aktionswoche in Berlin, 6.-13.12.
Menschenrechte im Ausnahmezustand – Stoppt Erdogan!
Seit dem Putschversuch im Juli diesen Jahres befindet sich die Türkei im Ausnahmezustand. Die Gefängnisse sind überfüllt, über 100.000 Menschen im öffentlichen Dienst wurden suspendiert und ihrer Lebensgrundlage beraubt. Zeitungen wurden geschlossen und JournalistInnen inhaftiert. Soziale Medien werden gesperrt und Internetsperren verhängt. AkademikerInnen werden entlassen, verfolgt und verhaftet. Im Fernsehen wurden Bilder von festgenommenen Soldaten, die Folterspuren aufwiesen, gezeigt.
Die regierende AKP verfolgt eine Strategie der Eskalation und des Ausnahmezustands. Nach dem sie bei den Parlamentswahlen ihre absolute Mehrheit verloren hatte, wurde der Friedensprozess mit der PKK für beendet erklärt. Ziel der AKP ist ein Präsidialsystem, mit Erdoğan an der Spitze. Für das Frühjahr 2017 ist als nächster Schritt eine Volksabstimmung zur Einführung der Todesstrafe und des Präsidialsystems geplant.
Die Verfolgung trifft vor allem die kurdische Opposition und die drittstärkste Partei im Parlament, die HDP. Mittlerweile sind über 2000 PolitikerInnen der HDP verhaftet und hunderte von kurdischen Vereinen verboten worden. Anfang November wurden 12 HDP Abgeordnete, darunter auch die beiden Ko-Vorsitzenden, Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, festgenommen und in Untersuchungshaft gesteckt. Seit Beendigung des Friedensprozess wur-

KCK: Nachruf auf Fidel Castro

„Wir sprechen den Menschen Kubas, dieser fortschrittlichen Gesellschaft und allen RevolutionärInnen angesichts des Todes eines großen Revolutionärs, Fidel Castro, unser Beileid aus. Fidel verkörpert unvergesslich bis zu seinem letzten Atemzug die klarsten Ideale und Sehnsüchte nach Menschlichkeit. Sein Vermächtnis wird von RevolutionärInnen und der gesamten Menschheit im Kampf für Freiheit, Demokratie und Sozialismus fortgeführt. Die kurdische Freiheitsbewegung wird Fidels Beitrag für den Kampf der Menschheit für Freiheit, Demokratie und Sozialismus nicht vergessen, wir werden sein Erbe und sein Streben im Freiheitskampf des kurdischen Volkes und der Menschen des Mittleren Ostens aufnehmen.

Die kubanische Revolution, geführt von Fidel Castro und Che Guevara, wurde zu einer wichtigen Inspirationsquelle für den Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung. Ihr revolutionärer Geist und ihre Hingabe für Freiheit, die Herausforderung der Tyrannen, Faschisten, Diktatoren und Imperialisten, mit den Worten ‘sterben werden wir alle’, hatten einen wichtigen Einfluss auf die Militanz der PKK. Ein kleines Land, dass das imperialistisch-kapitalistische System herausfordert, wurde zu einem Vorbild, auch für die kurdische Freiheitsbewegung. So wie sie, hat die kurdische Freiheitsbewegung durch ihre Praxis bewiesen, dass sie in ihrem Willen nach Freiheit und Demokratie nichts aufhalten kann, sie immer kämpft und Erfolge erzielt, wie groß der Feind auch ist und wie viele Steine auch im Weg liegen möchten.

Fidel Castro und das kubanische Volk haben einen enormen Beitrag zur Freiheitsgeschichte der Menschheit beigetragen. In einer Periode, in der Imperialismus und Faschismus die Welt regierten, haben der Widerstand des kubanischen Volkes und die Revolution sich in einer Kraft manifestiert, die den Kampf um Freiheit und Demokratie für alle Völker vorgetrieben hat. Und vor allem hat er den Geist der Freiheit in den Menschen Südamerikas geweckt. Er hat diese Länder in Länder des revolutionären Kampfes für Freiheit und Demokratie verändert.

Die Region, die dieser Geist nach Südamerika am meisten erfasst hat, ist der Mittlere Osten. Er hatte einen grundlegenden Einfluss auf die revolutionären Bewegungen in der Türkei und Kurdistan. Die Militanz Fidel Castros und Che Guevaras und der Charakter der kubanischen Revolution wurden zu Quellen der Courage und Moral für unterdrückte Menschen weltweit. Der internationalistische Geist der kubanischen Revolution bewog die Internationalisten Haki Karer und Kemal Pir zum Beitritt in die kurdische Freiheitsbewegung. Als kurdische Freiheitsbewegung und im Namen des Vorsitzenden Abdullah Öcalan erklären wir, dass wir niemals Personen oder Bewegung, die alle ihre Kraft in den Freiheitskampf steckten, vergessen werden, dies gilt somit auch für Fidel Castro und die kubanische Revolution. Wir werden das Erbe dieses großen Revolutionärs weiter tragen und die Werte, die durch ihn geschaffen wurden, in unserem Freiheitskampf und unserer Revolution aufnehmen.

Der revolutionäre Geist Fidel Castros und seiner GenossInnen wird im Kampf der Menschheit für Demokratie, Freiheit und Sozialismus weiterleben. Die Menschlichkeit für die sie lebten und kämpften wird eines Tages auf der ganzen Welt erblühen“.

(ANF, 28.11., ISKU)

→ JuristInnen warnen...

prokurdischen HDP festgenommen und inhaftiert, darunter die beiden Ko-Vorsitzenden der HDP Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ, sowie die Abgeordneten Selma Irmak, Leyla Birlik, Nursel Aydoğan, Ferhat Encü, Gülser Yıldırım, Abdullah Zeydan, Nihat Akdoğan und İdris Baluken. Ihnen wird Mitgliedschaft einer terroristischen Organisation bzw. deren Unterstützung vorgeworfen. Sie wurden aufgrund ihrer politischen Arbeit und ihren politischen Reden inhaftiert.

Mit den Angriffen auf die HDP versucht die türkische Regierung die konsequenteste demokratische Kraft im türkischen Parlament auszuschalten. Die verbliebenen HDP Abgeordneten haben deswegen jetzt beschlossen, die Mitarbeit im Parlament einzustellen. Die zweitstärkste politische Partei im türkischen Parlament, die Republikanische Volkspartei (CHP), die für die Aufhebung der Immunität der Parlamentsabgeordneten gestimmt hatte, hat die Verhaftung der HDP Abgeordneten als verfassungswidrig verurteilt. Der türkische Präsident hat der CHP gedroht, sie werde dafür bezahlen, und ein gerichtliches Verfahren gegen die Abgeordneten CHP wegen ihrer Erklärung eingeleitet.

Die Angriffe der türkischen Regierung auf die HDP und die sonstige politische Opposition in der Türkei sind durch nichts zu rechtfertigen. Sie verstoßen gegen die türkische Verfassung, gegen die von der Türkei ratifizierten internationalen und europäischen Verträge, wie die Europäische Menschenrechtskonvention und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

EJDM und MAF-DAD so wie die weiteren UnterzeichnerInnen dieser Erklärung rufen die Mitgliedssaaten der Europäischen Union und die europäische Zivilgesellschaft dazu auf, gegen die Verletzung grundlegender demokratischer Bestimmungen eine klare Haltung einzunehmen. Sanktionen gegen die Türkei dürfen dabei nicht ausgeschlossen werden. Für die bisherige „Appeasement-Politik“ der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten kann es kein Verständnis geben.

Die EJDM und MAF-DAD, wie die weiteren UnterzeichnerInnen dieses Appells fordern, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten die nötigen Maßnahmen treffen damit die türkische Regierung folgendes sicher stellt:

• die sofortige Beendigung des Ausnahmezustandes in der Türkei, der militärischen Angriffe auf die kurdische Bevölkerung und der damit verbundenen Einschränkung von Menschenrechten und demokratischen Grundsätze;

• die Freiheit der HDP ihre politischen und demokratischen Rechte auszuüben;

• die Respektierung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze, der Menschenrechte und insbesondere der Pressefreiheit und Meinungsäußerungsfreiheit in der Türkei, sowie die Wiederzulassung der verbotenen Medien in der Türkei;

• die Einstellung der politisch motivierten Gerichtsverfahren in der Türkei, die Einstellung entsprechender Anträge der türkischen Regierung zu solchen Verfahren gegen militante türkische und kurdische Organisationen in den europäischen Ländern;

• die Freilassung der tausenden politischen Gefangenen in der Türkei, darunter auch die demokratisch gewählten Abgeordneten und KommunalpolitikerInnen der HDP;

• die Streichung von oppositionellen türkischen Organisationen von der Terrorliste der Europäischen Union;

• die Wiederherstellung der richterlichen Unabhängigkeit und der freien Berufsausübung von RechtsanwältInnen und StaatsanwältInnen und für die Wiedereinstellung aller aus politischen Gründen entlassenen oder suspendierten RichterInnen, StaatsanwältInnen, sowie anderer Staatsbediensteter;

• für einen sofortigen Abschiebestopp und Auslieferungsstopp in die Türkei; die Türkei ist kein sicherer Herkunftsstaat und kein sicherer Drittstaat.

MAF-DAD/EJDM, 11/2016

Leicht gekürzt. Die vollständige Erklärung ist unter **www.mafdad.org** zu finden und kann dort auch unterstützt werden.

den in den kurdischen Gebieten ganze Städte und Stadtteile militärisch belagert, angegriffen und zerstört. Gewählte BürgermeisterInnen wurden abgesetzt und an ihrer Stelle staatliche Treuhändler eingesetzt. Annähernd 300 Zivilisten verloren ihr Leben durch Raketeneinschläge oder durch Scharfschützen. Die UN berichtete von 30 Menschen, die in Cizre bei lebendigem Leibe in Kellern verbrannt wurden.

Die geostrategische Lage der Türkei in einer Region, die an Rohstoffen und Konfliktherden reich ist, die florierenden Wirtschaftsbeziehungen und die Nachfrage nach Waffen „made in Germany“ lassen die EU-PolitikerInnen zum Demokratie-Abbau schweigen. Aus kurzfristiger Interessenskalkulation heraus wurde ein schmutziger Deal mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage abgeschlossen, der der Türkei politische Unterstützung und EU-Milliarden garantiert, und diese wiederum verpflichtet, die Abwehr der fliehenden Menschen für die EU umzusetzen.

Die dramatischen Entwicklungen in der Türkei haben eine Reichweite bis nach Europa. Die Angriffe auf die Menschenrechte und die Demokratie wollen wir nicht unbeantwortet lassen – wir stehen auf der Seite derer, die Widerstand gegen den Aufbau einer AKP-Diktatur leisten, die sich Erdoğan nicht unterwerfen und deswegen vom türkischen Staat verfolgt werden.

Beteiligt euch an der Aktionswoche gegen den Krieg in Kurdistan und die Repression gegen die Opposition in der Türkei. Kommt am Internationalen Tag der Menschenrechte zur gemeinsamen Demonstration.

Die Demonstration beginnt am **10.12.** um **14 Uhr** am **Pariser Platz**. Die weiteren Termine der Aktionswoche sind unter:
http://stoppterdogan.de/
zu finden.

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur
jW junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 797
9. Dezember 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

"Weltweite Solidarität bereichert den Kampf für Demokratie und Freiheit"

Die Co-Vorsitzendenden der HDP, Herr Selahattin Demirtaş, und Frau Figen Yüksekdağ, werden seit dem 4. November ihrer Freiheit beraubt. Seit jenem Datum befinden sie sich aufgrund ihres Einsatzes für Freiheit, Frieden und Demokratie unter Isolationsbedingungen in Haft. So wird auch der Briefverkehr durch die Gefängnisleitung zensiert oder ganz unterbunden. Dennoch haben Herr Demirtaş und Frau Yüksekdağ mündlich über ihre Anwälte jeweils eine Botschaft an die Teilnehmer der Konferenz der EU Turkey Civic Commission (EUTCC) gerichtet, welche wir mit Ihnen teilen möchten:

Die Botschaft des HDP Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş:

Liebe Freundinnen und Freunde,
Wir befinden uns in einer historischen Phase, in welcher die Völker des Mittleren Ostens aufgrund von Krieg, Zerstörung und Flucht großes Leid erfahren müssen. Das gesellschaftliche und politische Trauma, das unserer Region mit dem Sykes-Picot Abkommen vor 100 Jahren aufgelastet wurde, erreicht somit einen neuen Höhepunkt. Die Herrscher der Nationalstaaten in unserer Region versetzen mit ihrer polarisierenden und gewaltorientierten Politik den Hoffnungen der Völker auf eine Befreiung aus der gegenwärtigen Sackgasse schwere Schläge.

Das offensichtlichste Beispiel hierfür ist die Politik, die das Erdoğan-Regime innerhalb und außerhalb der Türkei führt. Diese aggressive Politik greift in direkter Weise die sozialen und politischen Beziehungen an, die ein friedliches Zusammenleben der Völker ermöglichen. Das Erdoğan-Regime hat nicht nur die ohnehin schwach ausgeprägte Demokratie in der Türkei abgeschafft, es zerstört auch mit seinen militärischen und politischen Interventionen in Syrien und im Irak auch in der Region die Bedingungen für das friedvolle Zusammenleben der Völker.

Ich begrüße Sie mit meinem unerschütterlichen Glauben an Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit. Ich wäre sehr gerne unter Ihnen gewesen, um mit Ihnen, meinen Freundinnen und Freunden, über den Mittleren Osten und unsere Hoffnungen zu sprechen. Ich danke allen, die an der Organisation der Konferenz mitgewirkt haben. Mein Dank geht an das EUTCC, sowie an die Fraktionen der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D), der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) und der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz. Ein besonderer Dank geht auch an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, an

→

Rettet das Ersparte unter den Kopfkissen die türkische Wirtschaft?

Die Türkei steht am Rand des Abgrundes. Es mehren sich die Zeichen dafür, dass sie möglicherweise sogar schon einen Schritt weiter gegangen ist. Am 2. Dezember hat Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan während der Eröffnung eines Autohandelszentrums in Ankara, als er die Errungenschaften unter seiner Amtszeit proklamierte, noch geschwärmt, dass so viele Menschen wie nie zuvor in der Türkei ein Auto ihr eigen nennen können und auch das Straßennetz erheblich ausgeweitet worden wäre. Doch das war es nicht, was dann für Schlagzeilen sorgte. Für Schlagzeilen sorgte sein Aufruf, wörtlich erklärte er: „Jene, die Devisen unter ihrem Kopfkissen haben, kommt wechselt das Geld in Gold, wechselt es in Türkische Lira. Damit die Türkische Lira an Wert zulegt, damit das Gold an Wert zulegt."

Seitdem ist es ganz offensichtlich, die Türkei ist wirtschaftlich stark angeschlagen. So stark angeschlagen, dass sie sich dazu gezwungen sieht, sich an jeden Strohhalm zu klammern, der ihr Rettung verspricht. Und sei es Omas mühsam Erspartes. Dass die drei Dollar oder vier Euro aus Omas Sparstrumpf die Türkei zu retten vermögen, daran glaubt wohl keiner ernstlich. Nicht einmal Erdoğan selbst. Und dass sich der Weltmarkt im Handel mit der Türkei auf die Türkische Lira einlässt, das zu glauben bedarf es schon sehr viel Naivität.

Doch eine Analyse der ökonomischen Krise in der Türkei ist hier nicht die Zielsetzung. Vielmehr gibt es einen interessanten Hinweis aus den Reihen der Politik, der hier kurz angerissen werden soll. Cemal Şerik von der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK, weist in einem Interview auf das zeitliche Zusammentreffen der Wirtschaftskrise in der Türkei mit ganz grundlegenden Veränderungen in der unmittelbaren Nachbarschaft der Türkei hin.

So macht Şerik den Wegfall dreier profitabler Quellen, aus denen sich seiner Ansicht nach die Türkei zuletzt gespeist hatte, für den wirtschaftlichen Verfall verantwortlich. Da wäre zuerst einmal die Umgehung des über den Iran verhängten Embargos. Und auch der Bürgerkrieg in Syrien soll Investoren, die zuvor in Syrien aktiv waren, sich von Syrien abgewendet und in die Türkei driften lassen, die jetzt allerdings, in ihrem sebstverursachten inneren politischen Desaster, versinken. Und zuletzt wäre da noch der Wegfall der Geschäfte mit dem Islamischen Staat.

Der IS hatte die letzten Jahre die Kontrolle über wichtige Ölquellen in Syrien und dem Irak. Mit dem Voranschreiten der Revolution in Rojava – zuletzt startete sie sogar eine Operation gegen den IS in Rakka – und der Militäroperation in Mossul im Irak geriet der IS zunehmend unter Druck und verlor wichtige Verbindungswege zur Türkei. Mit Versiegen der Quellen, so Şerik, war es auch um die türkische Wirtschaft geschehen. „Die Quellen versiegten, die Pleite kam", fasste er kurz und bündig das Geschehene zusammen. Sicher, Cemal Şerik ist kein Ökonom. Aber sollte er trotzdem Recht haben, ist die Türkei in einen Strudel geraten aus dem fraglich ist, wie sie da wieder herauszukommen gedenkt. Und das Omas Sparstrumpf da dann auch nicht mehr viel helfen kann, dazu muss man kein Ökonom sein, um das zu erkennen. So hat kaum eine Woche nach Erdoğans Eröffnungsrede in Ankara sein Ministerpräsident Binali Yıldırım erklären müssen, dass es vorerst wohl nichts mit dem Traum vom eigenen Auto wird, weder für den Staat noch für seine Bürger.

(ANF, 8.12., ISKU)

Meldungen:

HDP: Türkei foltert inhaftierte Abgeordnete

Die linke und prokurdische Partei HDP hat dem türkischen Staat die Misshandlung ihrer inhaftierten Funktionsträger vorgeworfen. »Isolation ist eine Form von Folter, und unsere Kovorsitzenden und Abgeordneten sind der Folter ausgesetzt«, erklärte der HDP-Parlamentarier Meral Danis Bestas laut einem Bericht der türkischen Zeitung Cumhuriyet am Mittwoch. Nach seiner Inhaftierung hatte der HDP-Kovorsitzende Selahattin Demirtas (auf Plakat im Bild) vergeblich gefordert, in dieselbe Zelle wie der Abgeordnete Abdullah Zeydan verlegt zu werden. Beide Kovorsitzenden der HDP und neun weitere Abgeordnete waren am 4. November unter dem Vorwurf der Unterstützung der PKK ins Gefängnis geworfen worden. Demirtas soll als Redner auf der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz der jungen Welt am 14. Januar in Berlin auftreten.

(jW, 8.12., ISKU)

Türkische Armee setzt Phosphorbomben in Minbic ein

Die Türkei setzt Phosphorbomben in den Dörfern westlich von Minbic ein. Seit Tagen werden vor allem immer wieder die Dörfer westlich von Minbic zum Ziel von Angriffen der türkischen Luftwaffe. Wie durch eine Erklärung des Sprechers des Mlitärrats von Minbic, Şervan Derwiş jetzt bekannt wurde, sollen dabei über den Dörfern Qurt Wêran, Girheyok und Qawiqlî auch Phosphorbomben von der Türkei abgeworfen worden sein.

Şervan Derwiş äußerte die Befürchtung, dass bei sich fortsetzendem Einsatz von Phosphorbomben durch die Türkei die Zivilbevölkerung der genannten Dörfer akut bedroht sei.

(ANF, 7.12., ISKU)

Trotz Gerichtsentscheid: Eutelsat verhindert weiterhin Ausstrahlung von Med Nuçe TV und Newroz TV

Der Satellitenbetreiber Eutelsat hält mit willkürlichen Begründungen weiter am Ausstrahlungsverbot der beiden kurdischen Fernsehsender Med Nuçe TV und Newroz TV fest.

In zwei separaten Verfahren hatte ein Pariser Gericht geurteilt, dass Eutelsat die Ausstrahlung der beiden kurdischen Fernsehsender auf ihren alten Sendeplätzen wieder zulassen müsse. Außerdem wurde das französische Unternehmen aufgrund des rechtswid-

Warum Sindschar?

Seit einiger Zeit wird spekuliert, die AKP würde mit KDP-Unterstützung einen Angriff auf die Meder Verteidigungsgebiete in Südkurdistan planen. Kurz vor Beginn der Offensive auf Mosul haben sich diese Spekulationen gehäuft. Und seitdem hält sich dieses Thema auf der Agenda.

Zunächst hieß es, Kandil sei das Ziel dieser Besatzungsoperation. Bei Kandil handelt es sich um den Teil innerhalb des von der PKK kontrollierten Meder Verteidigungsgebiets, welches die größte Distanz zur Grenze zu Nordkurdistan bzw. der türkischen Staatsgrenze hat. Das heißt, schon allein aufgrund der Distanz ist es keine leichte Sache, eine Besatzungsoperation in Kandil durchzuführen. Aber lasst uns die Entfernung Kandils zur türkischen Staatsgrenze mal beiseite legen und auf das eigentliche Problem schauen: Ein Staat, der den größten Teil Kurdistans kolonialisiert und besetzt und einen genozidalen Krieg gegen diejenigen, die dagegen Widerstand leisten, führt, versucht jetzt diesen Krieg auf einen anderen Teil Kurdistans auszuweiten.

Seit fast eineinhalb Jahren wird Südkurdistan ständig von türkischen Kriegsflugzeugen bombardiert. Bei mindestens zwei dieser von der KDP erlaubten Luftangriffe sind bisher auch Peschmergakämpfer der KDP getötet worden.

Obwohl am Anfang immer von Kandil als Ziel dieser Angriffspläne gesprochen wurde, wird jetzt plötzlich von Kandil UND Sindschar/Schengal geredet. Der AKP-Führer Erdogan höchstpersönlich hatte vor etwa einem Monat erklärt: “Sindschar ist auf dem Weg, ein neues Kandil zu werden. Deshalb werden wir Sindschar nicht tolerieren, denn dort befindet sich die PKK.” Kurz danach hat Devlet Bahceli, Chef der ultranationalistischen MHP, die mit der AKP eine nationale faschistische Einheitsfront gebildet hat, die kolonialistische Geisteshaltung des türkischen Staats offen zu Ausdruck gebracht: “Die Türkei verfügt über die Ausdauer, die Verräter, die versuchen, sich in Sindschar zu stationieren, auch auf irakischem Boden zu verfolgen und zu beseitigen. Ob wir uns in Gefahr befinden oder nicht, wir haben das Recht, die türkische Fahne in Kandil oder Sindschar zu hissen.”

Am Dienstag hat der türkische Nationale Sicherheitsrat getagt. Am Abend wurden die Ergebnisse verkündet. In der Erklärung heißt es, “es wurde unterstrichen, dass Strukturen der PKK-PYD-YPG und anderer Terrororganisationen im Norden Syriens und der Region Sindschar im Irak auf keine Weise erlaubt werden und wenn nötig, jegliche Möglichkeiten gegen sie genutzt werden.” Wenn man sich diese Aussagen des Nationalen Sicherheitsrats vor Augen hält, erscheint der Türkeibesuch des Premierministers der kurdischen Autonomieregierung im Nordirak, Nechirvan Barzani, letzte Woche in einem neuem Licht. Während seines 1 Stunde und 40 Minuten dauernden Gesprächs mit Erdogan und dem Geheimdienstchef Hakan Fidan wurde auch über Sindschar gesprochen. Das zeigt, dass die bei diesem Gespräch besprochenen Punkte auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats beschlossen worden sind.

Kann man die “plötzliche” Militäroffensive gegen Sindschar auf der Agenda nur mit Feindschaft gegen die PKK begründen? Ich denke nicht. Eine Bewertung dieser Pläne unabhängig von den Entwicklungen in der Region wäre unvollständig. Gehen wir einige Schritte zurück. Kurz vor der Offensive zur Befreiung von Mossul hieß es, die Widerstandskräfte von Schengal (kurz: YBŞ) würden an der Offensive teilnehmen. Bei der YBŞ handelt es sich um Selbstverteidigungseinheiten, die aus Êziden aus Schengal bestehen und deren Heimat vom Islamischen Staat besetzt worden ist. Im letzten Monat haben die YBŞ und die Fraueneinheiten aus Schengal (YJŞ) dann eine Offensive auf vom IS besetzte Dörfer im Süden Schengals gestartet. Diese Offensive hat innerhalb von kurzer Zeit ihr Ziel erreicht. Genau zu dem Zeitpunkt haben schiitische Kräfte in Tal Afar, welches zwischen Mosul und Schengal liegt und über strategische Bedeutung verfügt, eine Offensive gegen den IS gestartet. All dies geschah zu einem Zeitpunkt, in dem die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) ihre Offensive zur Befreiung der IS-Hochburg Raqqa begonnen haben. Das heißt, in dem Gebiet zwischen Raqqa und Tal Afar finden Entwicklungen statt, die neue Möglichkeiten für Schengal eröffnen.

Man sollte die Pläne der AKP für einen Angriff auf Schengal in diesem Zusammenhang bewerten. Es soll also verhindert werden, dass die Linie der freien Kurden in dieser geopolitischen Gesichtswinkel neue Gewinne erzielt.

(CA, 3.12., ISKU)

→“Weltweite Solidarität bereichert...”

Herrn Martin Schulz, für seine Gastfreundschaft. Viele von Ihnen durfte ich bei persönlichen Gesprächen kennenlernen. Leider haben sich unsere Befürchtungen hinsichtlich einer sich verschlechternden Lage in der Türkei bewahrheitet.

Die Verhaftungen von Abgeordneten der HDP, von Bürgermeistern und Politikern können nicht unabhängig von der Krise des Mittleren Ostens betrachtet werden. Unsere Verhaftungen, die in solcher Form eigentlich nur bei Militärputschen oder in diktatorischen Regimen vorkommen, werden uns nicht davon abhalten, unseren gerechten politischen Kampf fortzuführen. Auch wenn wir uns im Gefängnis befinden, so wird unser Kampf für Freiheit und Demokratie weitergehen. Das Vertrauen und die Solidarität unserer Freundinnen und Freunde überall auf der Welt werden diesen Kampf bereichern.

Aus diesem Grund erachte ich Ihre Konferenz als eine gute Gelegenheit, um die Entwicklungen in der Türkei und im Mittleren Osten richtig zu bewerten, zu verstehen und darauf aufbauend tätig zu werden. Ich begrüße deshalb nochmals alle RednerInnen und TeilnehmerInnen der Konferenz aufs Innigste.

Selahattin Demirtaş
Edirne F-Typ Gefängnis
2. Dezember 2016

Die Botschaft der HDP Co-Vorsitzenden Figen Yüksekdağ

Wehrte Teilnehmer der Konferenz,

Ich und neun weitere Mitglieder meiner Partei befinden sich auf Grund des demokratischen Kampfes, den wir als HDP geführt haben, seit dem 4. November in Haft. Weil auf Befehl des Justizministeriums die Gefängnisleitung meine Briefe zensiert, leite ich meine Botschaft an Sie mündlich über meine Anwälte weiter. Dass eine demokratisch gewählte Abgeordnete selbst hinter Gittern einer Zensur ausgesetzt ist und deshalb nur auf diesem Wege ihre Worte an Sie richten kann, ist nur ein Ausdruck des diktatorischen Regimes, mit dem wir in der Türkei konfrontiert sind. Und wir als Partei existieren genau deswegen, weil wir versuchen, all diejenigen zu verteidigen, die durch dieses Regime marginalisiert und ausgegrenzt werden.

Ich denke, dass sie auf Ihrer Konferenz, die seitens des EUTCC organisiert wird, den anhaltenden Putsch in der Türkei und dessen Auswirkungen auf den Mittleren Osten und Europa in seiner Tiefe diskutieren und analysieren werden. Ich möchte Ihnen hierbei versichern, dass entgegen des Totalitarismus von Regimen, wie dem Erdoğan-Regime, der Freiheitskampf in Rojava, der Türkei und Kurdistan die Hoffnungen am Leben halten werden und mit ihr auch die HDP bis zum Sieg den politischen Kampf fortführen wird.

Ich grüße alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz und wünsche Ihnen Erfolg.

Figen Yüksekdağ
F-Typ Gefängnis Nr. 1 Kocaeli
2. Dezember2016

(CA, 7.12., ISKU)

rigen Ausstrahlungsverbots zu einer Geldstrafe verurteilt.

Nach den beiden Urteilen setzten sich die Vertreter der zwei Sender mit Eutelsat in Verbindung, um nach Wegen einer schnellstmöglichen Wiederaufnahme der Ausstrahlung zu suchen.

Doch die Unternehmensführung und die Anwälte von Eutelsat versuchen seitdem diese Bemühungen ins Leere laufen zu lassen und die Ausstrahlung der Sender mit scheinheiligen Begründungen weiterhin zu behindern. So wurden die bisherigen Vereinbarungen der beiden Sender mit Eutelsat vonseiten des Unternehmens einseitig für ungültig erklärt. Eutelsat forderte weiterhin für die Wiederaufnahme der Ausstrahlung die beiden Sender dazu auf, ihren Uplink (Datenfluss zum Satelliten) von Frankreich aus vorzunehmen. Nachdem mit großem technischem Aufwand auch dieser Aufforderung von Eutelsat nachgekommen wurde, hat der Satellitenbetreiber den beiden Fernsehsender eine neue Vereinbarung zur Unterzeichnung zukommen lassen, in welchem Eutelsat das Recht eingeräumt werden soll, jederzeit die Ausstrahlung der Sender einseitig zu beenden, ohne dass den Sendern rechtliche Schritte hiergegen ermöglicht werden soll.

In einer gemeinsamen Erklärung machten die Verantwortlichen von Med Nuçe TV und Newroz TV klar, dass sie das rechtswidrige Vorgehen von Eutelsat nicht akzeptieren werden. Die Verantwortlichen erklärten außerdem, dass die Haltung Eutelsats, die dem Urteil des französischen Gerichts zuwiderläuft, aus den offenen und verdeckten ökonomischen Vereinbarungen mit der Türkei resultiert. Ein Ergebnis dieser Vereinbarungen soll ein Milliardenbetrag sein, für den Eutelsat erst am 5. Dezember den türkischen Satelliten Göktürk-1 über eine Trägerrakete ins Weltall brachte.

(ANF, 6.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad
jW	junge Welt

Nûçe

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Nr. 798
16. Dezember 2016

Nûçe

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

568 Verhaftungen in zwei Tagen

In der Türkei hält die Verhaftungswelle gegen Mitglieder von DBP und HDP unvermindert an. Zu der neuerlichen Verhaftungswelle war es gekommen, nachdem am 10. Dezember in Istanbul 2 Bomben explodierten und über 40 Menschen, darunter mehr als 30 Mitglieder eines Sonderkommandos der Polizei, mit sich in den Tod rissen.
Die HDP verurteilte in einer Erklärung die Bombenanschläge in Istanbul scharf und forderte alle Beteiligten auf, das in ihrer Macht stehende zu tun, damit sich solches nicht wiederhole. Dazu gehöre vor allem, dass die Türkei innen- wie auch außenpolitisch beispielhaft für Frieden, Demokratie und Menschenrechte stehe und dementsprechend auch ihre Politik ausrichte. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre von einer Rhetorik und einer Politik Abstand zunehmen, die die Gegensätze verschärfen und Feindschaft und Spannungen vertiefen, heißt es in ihrer Erklärung.
Die Erklärung der HDP bewahrte sie jedoch nicht davor, Zielscheibe des Rachefeldzuges der in der Türkei Herrschenden zu werden.
Das Innenministerium der Türkei teilte bereits zwei Tage nach dem Anschag mit, dass die Polizei Operationen in elf Provinzen und Kreisstädten durchgeführt und insgesamt 235 Personen festgenommen habe. Als Grund führte das Ministerium an, dass sich die Festgenommenen für eine „Terrorganisation" betätigt und über die sozialen Medien für diese geworben haben sollen. Damit folgt das Innenministerium derselben Argumentation, mit der es bereits in den vergangenen Wochen tausende Mitglieder der HDP und DBP festgenommen hatte.
Einer offiziellen Erklärung des türkischen Innenministeriums nach wurden allein an den beiden Tagen des 12. und 13. Dezember mindestens 568 Menschen verhaftet. Bei ihnen handelt es sich zumeist um FunktionsträgerInnen, teils auch ehemalige, von HDP und DBP. Neben mehreren BürgermeisterInnen wurden auch zwei Abgeordnete des türkischen Parlaments, die Fraktionschefin der HDP Çağlar Demirel und die Abgeordnete Besime Konca verhaftet. Nachdem Besime Konca vorerst unter Auflagen auf freien Fuß gesetzt worden war, erhob sie Foltervorwürfe. Sie berichtete von Beschimpfungen und Schlägen denen sie ausgesetzt war. Besime Konca wurde noch am gleichen Tag erneut verhaftet.
Mit den am Dienstag verhafteten Abgeordneten ist die Zahl der in der Türkei inhaftierten Abgeordneten der HDP auf 12 gestiegen.
Erstaunlicherweise scheint den PolitikerInnen in Europa das Schicksal ihrer KollegInnen in der Türkei wenig zu berühren. Dabei ist es nicht einmal in Bananenrepubliken üblich, dass Abgeordnete statt im Parlament zu debattieren im Gefängnis sind. Zumindest hielt es die Außenminister der europäischen Länder am 13.12. nicht davon ab, sich für eine Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszusprechen.

(CH, 11.12, GD, 12.12., ANF, 13.12., ISKU)

Gesetzesvorhaben zur Änderung der türkischen Verfassung dem Parlament überreicht

Die AKP hat ihr Gesetzesvorhaben zur Änderung der türkischen Verfassung dem Parlament überreicht. Die jetzt von der AKP vorgelegte Verfassungsänderung wird als entscheidender Schritt im Umbau der Republik Türkei zu einem Präsidialsystem gewertet.
Die Verfassungsänderung ist umstritten. Viele sprechen von einem Präsidialregime oder gar von einer Ein-Mann-Diktatur. Mit der Verfassungsänderung soll es dem Staatspräsidenten möglich werden gleichzeitig auch Chef einer Partei zu sein, was heißt, er ist nicht mehr, wie üblich zur Neutralität gegenüber den Parteien verpflichtet. Neben der Anerkennung des Staatspräsidenten als Oberhaupt des Staats wird er dann auch Chef der Exekutive sein. Dem Staatspräsidenten wird die Möglichkeit des Regierens mittels Dekret zugestanden. An Stelle des Kabinetts, das es dann nicht mehr geben wird, sind ein oder mehrere Vizepräsidenten vorgesehen. Der Staatspräsident erhält die Befugnis, den bzw. die Vizepräsidenten, die Minister und die Hohen Amtsträger des Öffentlichen Dienstes zu ernennen. Außerdem wird dem Staatspräsidenten die Möglichkeit zugestanden, das Parlament aufzulösen, allerdings endet in dem Falle auch seine Amtszeit. Die Zahl der Abgeordneten erhöht sich um 50 auf 600. Auch ist eine Ersatzabgeordnetenregelung vorgesehen. Während ein Teil der in der Verfassungsänderung vorgesehenen Punkte gleich nach Annahme des Gesetzes Umsetzung finden soll, werden andere Punkte erst 2019 bei den nächsten Wahlen Umsetzung finden, so z.B. die Änderung der Anzahl der Abgeordneten, die Regelung betreffs der Ersatzabgeordneten und die Absenkung der Wahlberechtigung ab 18 Jahren.
Auch die Wahl der Mitglieder der Höchsten Kommission der Richter und Staatsanwälte (HSYK) soll geändert werden. Nach der Verfassungsvorlage sollen sie dann zur Hälfte jeweils vom Staatspräsidenten bestimmt und zur anderen Hälfte vom Parlament gewählt werden. Im Parlament gilt eine Stimmenmehrheit vom 5 zu 2. Sollte bei zweimaligem Wahlgang keine Mehrheit gefunden werden bestimmt das Los. Die Militärgerichtsbarkeit wird aufgehoben, die ihr entstammenden Richter aus dem Verfassungsgericht entfernt. Damit besteht das Verfassungsgericht (AYM) dann nur mehr aus 15 Mitgliedern. Auch die Zusammensetzung des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) wird geändert. Die Generelle Kommandantur der Jandarma wird nicht mehr unter dem Dach des MGK sein. Kurz nach Verhängung des Ausnahmezustands gab es in dieser Hinsicht die Schlagzeile, dass die Jandarma direkt dem Staatspräsidenten unterstellt werden sollten. Die jetzt vorgelegte Verfassungsänderung bestätigt dies. Sollte der Verfassungsentwurf im Parlament die Zustimmung von 330 bis 367 Abgeordneten erhalten, wird eine Volksabstimmung nötig.
Bekommt er allerdings mehr als 367 Stimmen gilt er als angenommen. *(Mi, 10.12., ISKU)*

Meldungen:

Amed: Türkisches Kampfflugzeug abgeschossen
Vergangene Nacht verbreitete sich die Meldung über den Abschuss eines türkischen Kampfflugzeuges des Typs F-16. Laut bisheriger Meldungen befand sich das Kampfflugzeug aus südlicher Richtung im Landeanflug auf den Militärflughafen in Amed (türk. Diyarbakır) und wurde nahe der Stadtgrenze im Bereich Çarıklı Tavşantepe abgeschossen.
Die türkische Nachrichtenagentur IHA zitierte einen Sprecher des türkischen Militärs: "Eines unserer F-16 Kampfflugzeuge wurde am 12. Dezember 2016 gegen 19:32 in der Gegend Çarıklı Tavşantepe abgeschossen. Die Pilotin überlebte und ist wohlauf. Sie konnte den Schleudersitz betätigen und sich mit einem Fallschrim retten. Das Flugzeug wurde vollständig zerstört". *(ANF, 13.12., ISKU)*

Zwei Êzîdinnen mit Sacharowpreis ausgezeichnet
Ein Mal jährlich vergibt das Europa Parlament den Sacharow Preis. Mit ihm werden Personen oder Institutionen ausgezeichnet, die sich auf dem Gebiet der Demokratie oder Menschenrechte besonders hervor getan haben. Mit dem diesjährigen Sacharow Preis wurden zwei êzîdische Aktivistinnen geehrt, Nadya Murad und Lamiya Aji Beşar. Beide Frauen wurden am 3. August 2014, als der IS den Şengal angriff und an ihrem Volk einen Völkermord zu verübentrachtete, entführt. Lamiya Beşar konnte sich erst im April 2016 befreien und kam anschließend für eine Therapie nach Deutschland. Nadiya Murad wurde im November 2014 von kurdischen Einheiten befreit. Seit September ist sie UN-Sonderbotschafterin. Lamiya Beşar erklärte bei der Preisverleihung: „Ich bin hier, um die Stimme der Opfer zu sein." Nach wie vor befinden sich etwa 3500 Frauen in Händen des IS. Und so forderten sie neben der Bestrafung der Täter vor allem auch Hilfe und Schutz für die Êzîden ein, damit diese in ihr Land zurükkkehren können.

(YÖP, 15.12., ISKU)

Zweite Phase zur Befreiung von Rakka hat begonnen
„Die erste Phase der Militäroperation zur Befreiung von

Ebu Seyf: Aus der Tyrannei des IS zur Teilnahme am Freiheitskampf

Wir hatten die Möglichkeit, die Operation zur Befreiung Raqqas in ihrer ersten Phase zu begleiten. Die Operation gründete auf dem Hilferuf der Menschen Raqqas am 5. November 2016. Nun bekamen wir die Möglichkeit, auch die zweite Phase zur Befreiung Raqqas auf ganzer Länge der Front zu begleiten. Überall, an jeder Stelle der Front, hatten wir die Gelegenheit, Kämpferinnen und Kämpfer der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) in jeder Minute ihres Kampfes zu verfolgen und mit zu erleben.
In den Dörfern, Weilern und Frontgebieten, die bereits von den QSD-Kräften befreit worden waren, konnten wir mit arabischen, turkmenischen, kurdischen, assyrischen und tscherkessischen KämpferInnen sowie Angehörigen weiterer ethnischer oder religiöser Gruppen zu sprechen. All diese Menschen sind Teil der Demokratischen Kräfte Syriens und kämpfen gemeinsam gegen den Faschismus des IS.
Nachts lauschten wir den Geschichten der KämpferInnen bei Tee am Feuer oder in den Schützengräben an der Front.
Einige verloren ihre Familien, ihreN PartnerIn und Kinder in diesem Krieg. Einige wurden aus ihren Dörfern und Städten vom IS, Al-Nusra, Ahrar Al Sham und anderen Gruppen sowie auch von Assads Baathregime vertrieben.
Aufgrund des Krieges flohen viele ihrer Familien in die Türkei, nach Nordkurdistan oder bis nach Europa. Aber die meisten starben beim Grenzübertritt in die Türkei oder bei dem gefährlichen Seeweg Richtung Europa.
Es gibt jedoch auch diejenigen, die nicht flohen, sondern bleiben und kämpfen, in Gefangenschaft geraten, fliehen und weiter kämpfen, um Demokratie und ein freies Syrien aufzubauen und damit eine andere Welt als die von IS, Al-Nusra, Ahrar Al Sham und dem Baath Regime.
Einer dieser Menschen ist Ebu Seyf.
Ebu Seyf ist Araber aus Raqqa. Wir trafen ihn an der Westfront zu Raqqa, wo er zunächst sehr widerwillig mit uns sprechen wollte, da sich immer noch Verwandte von ihm unter der Gewaltherrschaft des IS in Raqqa befinden.
Schließlich willigte der 26 jährige dennoch unter einer Bedingung ein. Ebu Seyf hat Familie in Raqqa und will nicht auf Video aufgenommen werden. Ich erklärte ihm mein Einverständnis, erklärte, dass gar kein Bild von ihm unmöglich ist. Ich sagte ihm, ich müsse zumindest von ihm ein paar Fotos machen. Ebu gab schließlich nach und akzeptierte.
Und er begann seine eigene und die Geschichte seiner Familie zu erzählen. Er stellte sich vor, erzählte, dass er selbst Araber sei und aus Raqqa komme. In der Zeit, die in Europa als "Arabischer Frühling" betitelt wurde, begann er an Demonstrationen teilzunehmen. Nach Ausbruch des Krieges in Syrien schloss sich Ebu zunächst der Freien Syrischen Armee (FSA) an. Doch die FSA fiel schnell unter den Einfluss nationaler und internationaler Kräfte und so verließ er sie bereits nach rund drei Monaten wieder.
Er berichtete, dass die Stadt in der er geboren wurde und aufgewachsen ist, Raqqa, zunächst unter Kontrolle der FSA stand, später jedoch in die Hände anderer Gruppen wie Al-Nusra, Ahrar Al Sham und letztlich dem IS fiel.
Ebu Seyf sprach von zwei Familienmitgliedern, die vom IS enthauptet wurden, zwei weitere wurden gefoltert. Er selbst wurde vom IS 48 Tage in Gefangenschaft gehalten. Er erlitt über Wochen starke Misshandlungen und Folter, bis er schließlich eine Fluchtmöglichkeit fand.
Nachdem sich 2015 die Demokratischen Kräfte Syriens gründeten, schloss sich Ebu umgehend an. Er erklärte, dass der hauptsächliche Grund für seinen Beitritt die Befreiung seiner Familie und seines Landes sei, er wolle die eigentliche Revolution, die den Menschen Syriens genommen wurde, zurückbringen.
Ebu Seyf sagte, dass das Ziel sei, ganz Syrien vom IS zu befreien, der erste Schritt dazu sei Raqqa. Er betonte, dass sie die höchste Moral haben, da sie dabei sind, ihr Land zu befreien. Zunächst wollen Ebu und seine MitstreiterInnen die besetzten syrischen Gebiete, wie Raqqa, Al-Bab, Cerablus, Azez und schließlich ganz Syrien befreien. Dafür werden sie bis zum letzten Tropfen Blut kämpfen und die unterdrückten, gefolterten und ermordeten Menschen rächen. Er beendete sein Interview mit dem Aufruf zur Rückkehr aller Menschen, die Syrien verlassen haben, sowie an die arabische Jugend, sich den QSD anzuschließen und den Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit gegen den IS zu stärken.

(ANF, 13. 12. , ISKU)

Prozessbeginn in Paris im Januar

Nach der Ermordung der drei kurdischen Revolutionärinnen in Paris sind jetzt genau vier Jahre vergangen. Nach Angaben von Personen, die mit dem Fall vertraut sind, soll der Prozess am 23. Januar im Pariser Strafgericht beginnen und voraussichtlich fünf Wochen dauern. Sakine Cansiz, Gründungsmitglied der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Fidan Dogan, Mitglied des Kurdistan Nationalkongresses (KNK) und Leyla Şaylemez, Mitglied der Kurdischen Jugendbewegung, wurden am 9. Januar 2013 in den Räumen des Kurdistan Informationszentrum (CIK – Centre d'Information du Kurdistan) nahe Gare du Nord, mitten in Paris, am helllichten Tag durch Kopfschüsse ermordet. Der mutmaßliche Mörder Ömer Güney wurde noch im selben Monat festgenommen und später verhaftet. Seitdem sitzt er im Pariser Gefängnis „Fresnes".
Es gibt ausreichend Fakten über das Profil des Mörders, sowie über das Profil der ermordeten Revolutionärinnen. So wurde in die Akte aufgenommen, dass der mutmaßliche Mörder in Beziehung zum türkischen Geheimdienst steht und von ihm die Anweisung für die Morde erhalten habe.
Während die Untersuchungen anhielten, tauchte 2014 ein Dokument auf, das die Unterschriften von folgenden Personen des türkischen Geheimdienstes beinhaltet: Der Leiter der Zweigstelle O. Yüret, Abteilungsteiler U.K. Ayik, stellvertretender Vorsitzender der Zweigstelle S. Asil sowie der Vorsitzende H. Özcan. Die Anweisung in diesem Geheimdokument, datiert auf den 18. November 2012, ist eindeutig. Darin heißt es:
„Die Quelle hat die Möglichkeit erlangt, die europaweiten Aktivitäten, Kommunikationskanäle, Korrespondenzen und Übernachtungsorte von Sakine Cansiz, Codename Sara, in Erfahrung zu bringen. Dadurch kann die Quelle auch für eine operative Planung zur Neutralisierung des Zielobjekts eingesetzt werden.
Mit Rücksichtnahme auf die Quelle und die Sicherheit seiner Aktivitäten soll im Rahmen der chiffrierten Äußerungen, die zuvor von Legionär (Codename eines MIT-Agenten) gemacht wurden, die Planung für den Befehl einer Aktion gegen Sakine Cansiz aufgenommen werden."
Das *Kurdische Frauenbüro für Frieden e.V. – Ceni* ruft Frauen dazu auf, sich als als Prozessbeobachterinnen mit der Forderung nach „Aufklärung und Gerechtigkeit" zu beteiligen. Anmeldungen dazu sind bis zum 15.1.2017 unter *ceni_frauen@ gmx.de* möglich, weitere Informationen gibt es unter *www.ceni-kurdistan.com* oder *www.civaka-azad.org*.

(CA/ 12.12., ISKU)

Rakka ist erfolgreich vollendet", das erklärte der Sprecher der an der Operation beteiligten Militäreinheiten Cîhan Şêx Ehmed. Damit ist ein Gebiet von rund 700 km² vom IS befreit worden. In dem Gebiet befinden sich unzählige Dörfer, aber auch mehrere Punkte von strategischer Bedeutung. Cîhan Şêx Ehmed erklärte: „Mit Beendigung der ersten Phase gelang es die nördlichen Verteidigungslinien des IS zu durchbrechen. Es ist gelungen sichere Wege zu schaffen, auf denen tausende Zivilisten gerettet und in befreite Gebiete gebracht werden konnten."
Mit Beendigung der ersten Phase haben sich die Demokratischen Kräfte Syriens QSD dazu entschlossen die zweite Phase zur Befreiung von Rakka zu beginnen. Ziel der zweiten Phase der „Zorn des Euphrat" genannten Militäroperation sei, die westliche Seite von Rakka zu blockieren. „Auch die zweite Phase der Operation wird in Koordination mit der internationalen Koalition durchgeführt werden", erklärte Cîhan Şêx Ehmed.
An der zweiten Phase werden sich die Kräfte des Militärrates von Dêrezor, die Einheiten von Teyyar El-Xed El-Sûrî'ye El Nuxbe, so wie dem Siwar El-Reqa Tugayı angeschlossene Einheiten, darunter auch 150 arabische Kämpfer aus Rakka, die von den internationalen Koalitionstruppen ausgebildet wurden, beteiligen.
In den ersten drei Tagen der neuen Offensive konnten 16 Dörfer und dutzende strategischer Hügel und Ansiedllungen befreit werden.
Nach der Befreiung von Rakka ist eine zivile Verwaltung vorgesehen, die sich aus allen Teilen der Bevölkerung zusammen setzten wird.

(ANF, 10.12., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
YÖP	Yeni Özgür Politika
GD	Gazete Duvar
Mi	Milliyet
CH	Cumhurriyet
CA	Civaka Azad

Nûçe
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org

Nr. 799
23. Dezember 2016

N û ç e

.....ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
isku@nadir.org
www.isku.org

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Ömer Güney war eine Spielfigur – Sein Tod soll den türkischen Staat schützen

Am Freitag, den 16.12., wurde uns durch unsere Anwälte mitgeteilt, dass Ömer Güney, der dringend Tatverdächtige im Mordfall von Sakine, Fidan und Leyla, schwer erkrankt sei und sein Anwalt deswegen seine vorzeitige Haftentlassung fordere. Die Forderung des Anwalts werde am Montag, den 19.12. vom zuständigen Gericht geprüft. Wir, als die Angehörigen der Opfer, wollten gerade zu Beratungen über diese neue Situation zusammenkommen, als wir von der Nachricht, dass Ömer Güney mittlerweile verstorben sei, überrascht wurden.
Kurz nach dem schrecklichen Mord vom 9. Januar 2013 hatten die französischen Behörden die Untersuchungen eingeleitet. Diese hielten mehr als zwei Jahre an und wurden erst im Mai 2015 abgeschlossen und das Ergebnis am 9. Juli 2015 dem Gericht übermittelt. Obwohl die Untersuchungen Mitte 2015 beendet wurden, ist uns lange nicht mitgeteilt worden, wann das Gerichtsverfahren aufgenommen wird. Nach einer weiteren langen Pause wurde schließlich erklärt, dass die Verfahrenseröffnung vor dem Pariser Strafgericht am 5. Dezember 2016 eröffnet werden sollte. Doch dann wurde ohne Begründung im Juni 2016 verkündet, dass die Verfahrenseröffnung abermals verschoben werden soll, und die Prozesstermine wurden zwischen dem 23. Januar und dem 21. Februar 2017 datiert. Bis zu diesem Zeitpunkt taten wir diese Verschiebungen als die gewöhnliche Trägheit der französischen Justizbehörden ab.
Vor dem Hintergrund der neuen Situation möchten wir, als die Familienangehörigen der drei Opfer, allerdings folgende Frage stellen:
Warum wurde das Verfahren gegen Ömer Güney bis heute nicht eröffnet, obwohl bereits seit seiner Festnahme klar war, dass dieser über gesundheitliche Probleme klagt und Güney regelmäßig von Ärzten untersucht wurde?
Weshalb wurde der Zeitraum der Untersuchungen gegen Ömer Güney sechs Monate weiter hinausgezögert, wenn doch nach den ersten zwei Jahren der Untersuchung, außer einigen wenigen offiziellen Dokumenten, keine weitere Erkenntnisse zu der Untersuchungsakte hinzugefügt wurden und die Gesundheitsprobleme des Tatverdächtigen bekannt waren?
Weshalb wurde der Prozessbeginn auf den Januar 2017 datiert, wenn bereits Mitte 2015 die offiziellen Untersuchungen abgeschlossen wurden? Weshalb kam es zu der letzten Verschiebung des Prozessbeginns vom 5. Dezember 2016 auf den 23. Januar 2017?
In den Untersuchungsakten und der Anklageschrift wird dargelegt, dass es sich bei dem Mord um eine organisierte Tat handelt, hinter der nicht nur eine Einzelperson steht, sondern der türkische Geheimdienst MIT. Vor diesem Hintergrund stellen wir die Frage, weshalb kein anderer Täter ausfindig gemacht wurde und das Verfahren auf die Einzelperson von Ömer Güney beschränkt werden sollte?
Wir, als die Angehörigen der Opfer, erwarten Antworten auf diese Fragen.
Wir haben stets gefordert, dass die Kräfte hinter dem Mord ans Tageslicht gebracht werden sollen. Unzählige Mal haben die kurdische Bevölkerung und wir, die Familienangehörigen, auf demokratischen Protestkundgebungen die französische Justiz zur Gerechtigkeit und Aufklärung aufgerufen. Wir haben bei jeder Gelegenheit die politischen Institutionen in Frankreich aufgefordert, aufgrund von politischen und wirtschaftlichen Interessen, die tatsächlichen Kräfte hinter dem Mord nicht zu decken. Mindestens genauso oft haben wir gewarnt, dass der mutmaßliche Mörder unter Umständen aus dem Weg geschafft werden könnte. Und trotz unserer unzähligen Warnungen behielten wir letzten Endes leider doch Recht.
Es sieht danach aus, dass ein bereits seit langer Zeit niedergeschriebenes Drehbuch nun in die Tat umgesetzt wurde. Denn wenn es zu dem Verfahren gekommen wäre, dann wäre nicht nur Ömer Güney vor Gericht gestellt worden. Auch der türkische Staat, der türkische Geheimdienst MIT und die türkische Regierung wären mit ihm vor Gericht gestellt und verurteilt worden. Ömer Güney war eine Spielfigur und mit seiner Beseitigung wurde der türkische Staat geschützt.
Verantwortlich für diese Situation sind die französischen Behörden.
Wir, als die Angehörigen der Opfer, werden die Akte und diesen Fall weiter verfolgen. Der Täter war nicht alleine. Die übrigen Täter müssen gefunden und vor Gericht gestellt werden. Nur weil ein Verdächtiger beseitigt wurde, darf die Akte nicht geschlossen werden und der türkische Staat einem Prozess nicht entkommen.
Wir möchten die Öffentlichkeit informieren und bitten alle um Hilfe, die Gerechtigkeit wollen.

Metin Cansız, Bruder von Sakine Cansız – Hasan Doğan, Vater von Fidan Doğan – Cumali Şaylemez, Vater von Leyla Şaylemez, 17.12.

Kayseri: Anschlag auf Sonderkommando

In der Türkei ist es am vergangenen Samstag zu einem weiteren Anschlag gekommen. Der Anschlag galt einem in Kayseri stationierten Sonderkommando der türkischen Armee. Bei dem Anschlag verloren nach bisherigen Meldungen 14 Soldaten ihr Leben, weitere 55 Soldaten wurden teils schwer verletzt. Das Sonderkommando, das sowohl innerhalb als auch außerhalb der Landesgrenzen der Türkei zum Einsatz kommt, wurde 1965 gebildet. Seit dem Überfall auf Zypern im Jahre 1974, bei dem es zum Einsatz kam, genießt es einen besonderen Ruf. Auch im Krieg der Türkei gegen die kurdische Befreiungsbewegung kam es immer wieder zum Einsatz.
Seit dem letzte Jahr hat die Türkei den Krieg gegen die Kurden forciert und in die Städte getragen. Während der monatelangen Belagerungen mit flächendeckenden Bombardierungen wurden hunderte Zivilisten ermordet, viele Städte darunter Gever (Yüksekova), Nisêbîn (Nusaybin) und Şirnex (Şırnak) in Schutt und Asche gelegt, hunderttausende Menschen sind zwangsvertrieben worden.
Nach Meldungen der türkischen Tageszeitung Milliyet kam das in Kayseri stationierte Sonderkommando während der Ausgangssperren in den Städten Cizîr (Cizre), Sûr und Nisêbîn zum Einsatz und hat sich dort ganz besonders hervor getan. Welche Rolle das Kommando z.B. in Cizîr spielte, der Stadt, in der mehr als hundert Zivilisten bei lebendigem Leib verbrannt wurden, führte Milliyet nicht aus.

(ANF, 17.12., ISKU)

Erklärung:

NAV-DEM: Wir verurteilen den Terroranschlag in Berlin aufs Schärfste

Am Morgen nach dem erschreckenden Ereignis in Berlin, das zwölf Tote und 48 Verletzte zur Folge hatte, zeichnet sich ab, dass es sich bei dem Vorfall um einen terroristischen Anschlag handelt. Opfer dieses feigen Anschlags sind Menschen gewesen, die in der vorweihnachtlichen Zeit den Weihnachtsmarkt am Breidscheidplatz besuchten. Der oder die Attentäter sind dabei nach dem Vorbild des Anschlags von Nizza im Juli dieses Jahres vorgegangen. Ihnen ging es ausschließlich darum, möglichst viele Zivilisten zu ermorden. Wir als Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM) verurteilen diesen grausamen Anschlag zutiefst.
Die Öffentlichkeit und die Politik in Deutschland werden in den nächsten Tagen und Wochen viel über dieses schreckliche Ereignis diskutieren und darüber sprechen, welche Folgen daraus zu ziehen sind. Auch die Rechtspopulisten werden sich dieses Thema zu eigen machen und versuchen aus den berechtigten Sorgen der Menschen Profit zu schlagen. Natürlich ist eine politische Auseinandersetzung mit dem gestrigen Anschlag notwendig. Die Sicherheitskräfte und die Politik müssen darüber diskutieren, wie es zu diesem Anschlag kam, um die Gefahr einer Wiederholung von etwas derart Schrecklichem zu minimieren. Doch wir appellieren daran, diese Aufarbeitung mit Besonnenheit zu tun. Genauso wichtig wie es ist, die Hintergründe des Anschlags aufzuklären und gegen die Strukturen vorzugehen, die diesen Terror fördern, ebenso wichtig ist es, dafür zu sorgen, dass nicht alle Geflüchtete nun unter Generalverdacht gestellt werden. Denn das ist es, was der Terror bezwecken will: Sie will eine Atmosphäre der Angst erschaffen und die Spaltungen in der Gesellschaft vertiefen. Das damit Bezweckte, nämlich die Ausgrenzung und Diskriminierung von Geflüchteten, ist für sie der perfekte Nährboden für neuen Terror. Wir dürfen das nicht zulassen. Wenn nun eine Debatte über die Geflüchteten entbrennt,

müssen wir uns klar machen, dass ein großer Teil der Menschen, die in den letzten zwei Jahren zu uns gekommen sind, genau aufgrund dieses Terrors ihre Heimat verlassen mussten.
Gleichzeitig müssen wir uns die Frage stellen, wie wir dem Terror, der uns alle bedroht, begegnen müssen. Hierbei muss uns bewusst sein, dass die Frage der Terrorbekämpfung nicht alleine eine Frage der Sicherheitspolitik ist. Es bedarf einer intensiven Auseinandersetzung mit den Ursachen dieses Terrors. Klar ist auch, dass gewisse Staaten diesen Terror fördern und für ihre Zwecke zu nutzen versuchen. Diese Staaten müssen dechiffriert und öffentlich zur Rechenschaft gezwungen werden. Nur so lässt sich der Terrorismus nachhaltig bekämpfen.
Die Unterstützung der Türkei für dschihadistische und terroristische Gruppierungen ist nicht eingestellt worden. Wir sind davon überzeugt, dass eine wichtige Lehre aus dem schrecklichen Anschlag von Berlin sein muss, gegen die staatlichen Unterstützer des Terrorismus vorzugehen. In diesem Sinne erachten wir eine Veränderung der Bundespolitik im Umgang mit dem Erdogan-Regime für dringend notwendig.
Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen der Opfer des gestrigen Anschlags. Wir hoffen, dass den vielen Verletzten geholfen werden kann und sie schnell wieder genesen.

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland, 20.12.2016

Antifaschistisches Internationales Bataillon in Rojava gegründet

In der Föderation Nordsyrien – Rojava hat sich im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat und andere faschistische Gruppen ein neues Antifaschistisches Internationales Bataillon (AIT – Antifacist International Tabûr) gegründet.
Gegründet von Freiwilligen aus der ganzen Welt, wurde das Bataillon in einer Presseerklärung vom 19. Dezember 2016 offiziell verkündet.
„Heute schließt sich eine Gruppe aus AntifaschistInnen, InternationalistInnen, AnarchistInnen, KommunistInnen, SozialistInnen und Libertären dem Kampf der Unterdrückten und zur Unterstützung der Revolution in Rojava an. Wir kommen aus der Dunkelheit des westlichen Kapitalismus, um zu kämpfen und von unseren GenossInnen in Rojava zu lernen, wie wir zur wirklichen Freiheit gelangen und zum Existenzrecht für jede*n. Wir hoffen mit ihrer Courage eine Welt ohne Unterdrückung und Verfolgung, eine Welt ohne Faschismus und religiösem Fanatismus, erschaffen zu können. In dieser Absicht setzen wir unsere Segel im erstarkenden Wind der Freiheit, Gleichberechtigung und dem Respekt vor unserem Planeten. Dies ist der Weg außergewöhnlicher Menschen, die los gesegelt sind, um diese unstillbare Flamme in unserem Herzen aus der Vergessenheit zu befreien. Es ist dieselbe Flamme, die auch wir nun spüren, die uns belebt, die uns zum Kampf der demokratischen Föderation Nordsyrien geleitet hat".
In der Erklärung wird auch das Logo des AIT vorgestellt, es zeigt einen Phönix, ein Symbol mit dem bereits 1935 Revolutionäre gegen den Franco-Faschismus kämpften.
„Alle GenossInnen hier, kämpfen für eine bessere Welt mit dem lebendigen Gedenken an frühere Partisanenkämpfe, die uns letztlich bis in diese glühenden Länder gebracht haben. Im Namen unseres Bataillon gedenken wir unserer gefallenen Genossin Ivana Hoffmann, die im März 2015 im Kampf gegen den IS an der Front von Tell Tamir gestorben ist. Wir kämpfen gemeinsam, um jene Werte zu verteidigen, die wir in unseren Herzen tragen. Unser Symbol trägt den Stern der Internationalen Brigaden aus Spanien von 1935, auch damals kämpften Revolutionäre aller Welt für eine Welt ohne Grenzen, ohne Angst, gegen die Dunkelheit des Kapitalismus. Ihre Träume sind nicht tot, sondern leben ins uns weiter, in jeder Genossin und jedem Genossen der in Rojava kämpft. Wie ein Phönix, der immer wieder aus der Asche aufersteht, wird die Flamme der Revolution für immer brennen".
Hunderte internationale Freiwillige sind seit der Beginn der Revolution und dem weltweiten Interesse am Kampf gegen den IS in Kobanê 2014 nach Rojava gekommen. Mehr als ein Dutzend Freiwillige sind seitdem in den Reihen der Volksverteidigungseinheiten (YPG), der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) und der Demokratische Kräfte Syriens (SDF) gefallen.

(KQ, 21.12., ISKU)

Der Journalist Maxime Demiralp muss freigelassen werden

Am 15. Dezember wurde Maxime Demiralp, Chefredakteur der kurdischen Nachrichtenagentur Fırat News (ANF) mit Hilfe eines internationalen Haftbefehls durch Interpol in Brüssel festgenommen. Initiator dieser Verhaftungen ist wie bereits in anderen Fällen der türkische Staat. Dieser wirft Maxime Demiralp „Verbindungen zu einer Terrororganisation" vor und benennt als Begründung verschiedene Artikel, die über ANF veröffentlicht wurden.
Der türkische Staat geht spätestens seit dem Putschversuch vom 15. Juli gegen jegliche Opposition und kritische Presse vor. Zurzeit befinden sich laut Reporter ohne Grenzen mehr als 40 JournalistInnen wegen ihrer Arbeit in türkischen Gefängnissen, bei dutzenden weiteren lässt ihre journalistische Tätigkeit als Grund für ihre Verhaftungen schließen. Unzählige Zeitungen, Radio- und Fernsehsender wurden verboten oder enteignet. Sämtliche Medien sollen gleichgeschaltet werden und der staatlichen Zensur unterliegen. Aktuell belegt die Türkei Platz 151 von 180 Nation bei der Bewertung der Presse- und Meinungsfreiheit. Doch der Würgegriff Erdoğans reicht mit Hilfe der EU, der NATO und Interpol bis hierher.
Während vor allem die deutsche Bundesregierung durch Verfolgung und Verurteilung vermeintlicher PKK-Mitglieder den stärksten Partner der Türkei spielt, wird in Hamburg ein Geheimdienstmitarbeiter der türkischen Regierung enttarnt und verhaftet, bei ihm Anschlagsziele und eine schwarze Liste aufgefunden. Auch in Belgien konnte vor einigen Jahren eine Geheimdienstzelle der türkischen Regierung aufgedeckt werden, die Anschläge vorbereitete, Anschläge wie den auf drei kurdischen Politikerinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris im Januar 2013. Der Attentäter stammte aus der Türkei, unterhielt Kontakte zu türkisch-faschistischen Gruppen sowie zum türkischen Geheimdienst. Er wurde vor wenigen Tagen tot in seiner Zelle in Frankreich aufgefunden, kurz bevor der Prozess gegen ihn beginnen sollte.
Gerade die Verhaftung in Belgien gegen Demiralp erstaunt, war es doch ein belgisches Gericht, das erst vor kurzem in einer Urteilsverkündung gegen mutmaßliche PKK-Mitglieder verkündete, dass die Aktivitäten der PKK, die in den kurdischen Gebieten der Türkei gegen Soldaten und Polizisten vorgeht, als Handlungen im Rahmen eines „bewaffneten Konflikts" einzuordnen seien. „Diese Resolution erkennt an, dass es in der Türkei einen Krieg gibt und dass die Anschuldigungen Ankaras, die Kurden seien Terroristen, falsch sind", so das Urteil.
Und nun handelt genau jenes Belgien nach den Wünschen der türkischen Regierung und verhaftet einen Journalisten, weil die von ihm geleitete Nachrichtenagentur u.a. über die PKK berichtet.
In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union steht über die Meinungsfreiheit, dass sie eine doppelte Funktion hat: Einerseits dient sie jedem einzelnen Menschen, seine Persönlichkeit zu entwickeln. Gleichzeitig ermöglicht sie den Meinungsaustausch im Kontakt mit anderen Menschen.
Es darf nicht zugelassen werden, dass die Presse- und Meinungsfreiheit weiter eingeschränkt wird. Die MitarbeiterInnen der kurdischen Nachrichtenagentur ANF leisten eine wichtige Arbeit gegen die Vernichtung der unabhängigen Presse. ANF ist in der Medienlandschaft eine der wenigen Stimmen, die ungetrübt die politische, militärische Lage des Nahen und Mittleren Osten beleuchtet und über die Lebensrealität der Menschen in der Region berichtet. Aus diesem Grund ist ANF dem AKP-Regime ein Dorn im Auge.

Schützt die Meinungs- und Pressefreiheit in Europa, der Türkei und weltweit!
Gegen die antidemokratischen Entwicklungen in der Türkei und überall!
Freiheit für Maxime Demiralp und alle politischen Gefangenen! *Informationsstelle Kurdistan e.V., 22. Dezember 2016*

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
KQ	Kurdish Question

N û ç e
erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der
ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:
www.isku.org